

ABSTRAKT
NEGIERT
IST HALB
KAPIERT «

**Beiträge zur
marxistischen Subjektwissenschaft**

**Morus Markard zum
60. Geburtstag**

Hg.: Lorenz Huck, Christina Kaindl, Vanessa Lux, Thomas Pappritz, Katrin Reimer, Michael Zander

Forum Wissenschaft Studien · Band 56

Lorenz Huck, Christina Kaindl, Vanessa Lux, Thomas Pappritz,
Karin Reimer & Michael Zander (Hg.)

»Abstrakt negiert ist halb kapiert«

Beiträge zur marxistischen Subjektwissenschaft
Morus Markard zum 60. Geburtstag

BdWi-Verlag

»Abstrakt negiert ist halb kapiert«

Beiträge zur
marxistischen Subjektwissenschaft
Morus Markard zum 60. Geburtstag

Hg. v. Lorenz Huck, Christina Kaindl,
Vanessa Lux, Thomas Pappritz,
Katrin Reimer & Michael Zander

Torsten Bultmann • Ole Dreier
Ulrike Eichinger • Johannes Geffers
Carl Friedrich Graumann
Frigga Haug • Wolfgang Fritz Haug
Josef Held • Arnd Hofmeister
Lorenz Huck • Christina Kaindl
Nora Kiefer • Gesa Köbberling
Vanessa Lux • Wolfgang Maiers
Ute Osterkamp • Thomas Pappritz
Jan Rehmann • Katrin Reimer
Catharina Schmalstieg • Gisela Ulmann
Klaus Weber • Erich Wulff
Michael Zander • Christof Zirkel

Forum Wissenschaft
Studien

56

»Abstrakt negiert ist halb kapiert«.

Beiträge zur marxistischen Subjektwissenschaft – Morus Markard zum 60. Geburtstag. Herausgegeben von Lorenz Huck, Christina Kaindl, Vanessa Lux, Thomas Pappritz, Katrin Reimer u. Michael Zander.

Mit Beiträgen von: Torsten Bultmann, Ole Dreier, Ulrike Eichinger ...

Marburg, BdWi-Verlag, 2008

Forum Wissenschaft Studien Bd. 56

ISBN 978-3-939864-05-9

Umschlaggestaltung: *Julia Schnegg*

Verlag: BdWi-Verlag – Verlag des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

[VN 11351]

Gisselberger Str. 7 • 35037 Marburg

Tel.: (0 64 21) 2 13 95 • Fax: (0 64 21) 2 46 54

E-Mail: verlag@bdwi.de

www.bdwi.de

© BdWi-Verlag, Juni 2008

Alle Rechte vorbehalten

Druck: Difo-Druck, Bamberg

Preis: 22,00 EUR

ISBN 978-3-939864-05-9

BdWi-Verlag

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jegliche, auch teilweise Nach- und / oder Abdrucke bzw. Vervielfältigungen oder sonstige Verwertungen der in diesem Band enthaltenen Texte sind ohne schriftliche Genehmigung des Verlags unzulässig. Die Rechte an den Texten in ihrer Gesamtheit liegen ausschließlich bei den AutorInnen oder den in den Quellennachweisen genannten Personen, Verlagen oder Institutionen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 9

I Kritik und Weiterentwicklung psychologischer Konzepte

Erich Wulff

Über Hirnforschung und Handlungsfähigkeit 19

Ute Osterkamp

»Selbstkritische Fragen stellen, statt Selbstverständlichkeiten
zu transportieren...« – Ein Interview 23

Wolfgang Maiers

Psychologische und neurowissenschaftliche Sichten auf intentionales
Handeln: Die Kontroverse um den freien Willen 43

Christina Kaindl

Emotionale Mobilmachung – »Man muss lange üben,
bis man für Geld was fühlt.« 65

Gisela Ulmann

Normalisierung und Pathologisierung der Kindheit
im Jahrhundert des Kindes 87

Klaus Weber

»Stochern im Nebel« – Sozialpsychologische »Erklärungen« der
Familienaufstellung nach Hellinger 101

Lorenz Huck

»Psychopathy« – Funktionskritik eines kriminalpsychologischen Konzepts . 115

II Praxisverhältnisse

Catharina Schmalstieg

- Prekäre Beschäftigung und personale Handlungsfähigkeit.
Gewerkschaften als Handlungsplattform? 131

Katrin Reimer

- Umkämpfte Vielfalt – Antirassistische Pädagogik zwischen
corporate diversity und Ethnopluralismus 153

Gesa Köbberling

- Beratung von Opfern rechter Gewalt zwischen
politischer Intervention und psychosozialer Betreuung 177

Ulrike Eichinger

- Idealtypische Begründungsmuster von Beschäftigten in der Sozialen Arbeit 195

Christof Zirkel

- Es ist wie versexst...
Macht und Mythen in der Sexualpädagogik – Eine Kritik 211

Arnd Hofmeister

- Dimensionen eines kritisch-psychologischen Gesundheitsbegriffs 221

III Über die Psychologie hinaus

Christina Kaindl & Jan Rehmann

- Subjektion und Subjektivierung – eine kritisch-psychologische
Auseinandersetzung mit der lacanschen Psychoanalyse 235

Frigga Haug

- Notiz über die Wahrheit. Brief an Morus Markard 251

Wolfgang Fritz Haug

- Was heißt »Personifikation ökonomischer Kategorien«?
Für Morus Markard 257

IV Kritische Psychologie an der Hochschule

Josef Held

- Jenseits des Mainstreams: kritische Psychologien
im deutschsprachigen Raum 269

Vanessa Lux

Kritische Psychologie und Interdisziplinarität: Die Frage der »Biologie« . . . 287

Torsten Bultmann

Elite – Begabung – Exzellenz

Zur aktuellen Konjunktur einer anti-egalitaristischen Bildungspolitik 307

Nora Kiefer

Stranger than Fiction

Neoliberale Hochschulpolitik: zwischen Alternativlosigkeit

und Utopie als fiktionaler Realität 317

V Methodologie und Methoden

Ole Dreier

Allgemeinheit und Besonderheit von Erkenntnis 337

Johannes Geffers

Alles typisch?

Typus, Typologie, Typen der Verallgemeinerung,

empirische Typenbildung und typische Möglichkeitsräume 349

Michael Zander & Thomas Pappritz

Handlungsfähigkeit als psychischer Konflikt. Vorschlag

eines Forschungs-Leitfadens 369

Morus Markard

Morus Markard

Vier halbe für die Kritische Psychologie 387

Carl Friedrich Graumann

Wissenschaftliche Qualifikation des Privatdozenten Dr. Morus Markard

im Hinblick auf eine Berufung auf eine apl. Professur 391

Biografische Daten 395

Bibliografie 397

Anhang

Über die Autorinnen und Autoren 411

Einleitung

Im Gedicht »Die Teppichweber von Kujan-Bulak« befasst sich Bertolt Brecht mit Ehrungen und Jubiläen und wählt dazu die Szenerie einer sowjetischen Dorfgemeinschaft, die unter ärmlichen Bedingungen lebt: Als die Nachricht, dass »der Tag der Ehrung Lenins bevorsteht«, das Dorf erreicht, beschließen die Einwohner zunächst, ihm zu Ehren eine »gipserne Büste« zu errichten. Während sie Geld sammeln, erinnern ihre zitternden Hände sie aber an ihr dringendstes Problem, das Fieber, das von Mücken aus dem nahe gelegenen Sumpf übertragen wird. Sie entscheiden sich, das Geld zur Bekämpfung des Fiebers zu verwenden, kaufen Petroleum und begießen damit den Seuchenherd: »So nützten sie sich, indem sie Lenin ehrten und/ Ehrten ihn, indem sie sich nützten, und hatten ihn/ Also verstanden.«

Mit dem vorliegenden Band soll Morus Markard aus Anlass seines 60. Geburtstags geehrt werden, indem wir in Auseinandersetzung mit seinen Gedanken (und, wie wir hoffen, in seinem Sinne) tätig werden: in der Fortführung gemeinsamer Arbeiten und Fragestellungen. Auf unseren Aufruf, Beiträge zu einer Festschrift für Morus zu verfassen, erreichten uns Texte zu sehr unterschiedlichen Themen. Ihre Vielfalt reflektiert die Fülle von Arbeitszusammenhängen und -gebieten, in denen Morus Markard tätig ist oder war – man denke hier an seine Beteiligung an kritisch-psychologischen Forschungszusammenhängen wie dem Projekt »Subjektentwicklung in der frühen Kindheit«, dem »Projekt Analyse psychologischer Praxis« oder dem »Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis«; man denke an seine Redakteurstätigkeit für die Zeitschriften *Forum Kritische Psychologie* und *Das Argument* wie für das *Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus*; man denke schließlich an sein hochschul- und wissenschaftspolitisches Engagement u. a. im Vorstand des BdWi. Die Beiträge dieses Bandes zeigen in ihrer Unterschiedlichkeit zentrale Felder seiner Tätigkeit, in der er nicht nur Themen wie Einstellung, Erziehung, Autorität und Widerstand, Praxisforschung, Methoden, Identität, Verantwortung, Hochschulpolitik und Psychologiekritik kontinuierlich bearbeitete, sondern stets auch Arbeiten aus anderen Themenbereichen zur Kenntnis nahm, diskutierte und kritische Aneignung vielfach unterstützte. Es geht ihm um die Kritik

bestehender Herrschaftsverhältnisse und gleichzeitig um die Weiterentwicklung Kritischer Psychologie wie kritischer Wissenschaften. Die Kritik und Weiterentwicklung psychologischer Erkenntnismöglichkeiten ist für ihn immer der Versuch, das Mögliche im Wirklichen zu erforschen, und an einer *konkreten* Negation von entwürdigenden Verhältnissen zu arbeiten: »abstrakt negiert ist halb kapiert« ...

Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft

Als in den 1990er Jahren, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, von vielen, auch von vormaligen Mitstreitern, das Ende der großen Erzählungen eingeleitet wurde, betonte Morus Markard die Bedeutung marxistischen Denkens für Kritische Wissenschaften und beantwortete die damals aufkommende Frage, ob es eine Kritische Psychologie jenseits marxistischen Denkens geben könne, klar mit »nein« (1998, 33).

Auf dem 4. Kongress Kritische Psychologie, der auf seine Initiative und unter dem programmatischen Titel »Erkenntnis und Parteilichkeit« stattfand, setzte er sich bewusst gegen den Trend, z. B. Klassenverhältnisse als »Diskursformen in ihrem Widerstreit« (Mattes 1994, 29) zu relativieren. Er nahm den Kongress zum Anlass, Unklarheiten im eigenen Ansatz durchzuarbeiten: Notwendig sei »eine marxistische Selbstverständigung gegen die allfällige subjektive Not, sich zu wenden, gegen den Druck, sich zu normalisieren, endlich beim Normalen mitzumachen« (Markard 1998, 33).

Die Kritische Psychologie wendete sich, spätestens seit ihre Entwicklung zur Subjektwissenschaft auf den Begriff gebracht wurde (vgl. Holzkamp 1988), gegen Ökonomismen und Strukturalismen innerhalb marxistischer Theorie, die die Vorlage für die poststrukturalistische Absage an die marxischen Analysen lieferten. Ihre Selbstverortung innerhalb marxistischer Theorie gründet auf der Kritik von Positionen, die – mit einem Ausdruck von Wolfgang Fritz Haug im vorliegenden Band »esphilosophische« – Formeln wie »das Sein bestimmt das Bewusstsein« als ausreichende »marxistische« Grundlage bezeichneten. Dagegen fasst Kritische Psychologie das Mensch-Welt-Verhältnis als gesellschaftlich produzierte Möglichkeitsbeziehungen, Handeln als in den gesellschaftlichen Bedingungs-Bedeutungsstrukturen begründet. Der »Standpunkt der Lebenswelt« ist Ausgangspunkt der Analysen; er kann »zwar nicht verlassen, aber gedanklich durchdrungen« werden – gerade dies »macht die methodologische Basis materialistischer Dialektik aus« (Markard 1998, 34). Eine so verstandene Psychologie vom Standpunkt des Subjekts – die »nicht Psychologie vom Standpunkt des *jeweiligen* Subjekts« sein kann (2000a) – sperrt sich postmoderner Beliebigkeit. Die unmittelbare Erfahrung ist auf die sie strukturierenden gesellschaftlichen Dimensionen zu analysieren, wie bereits von Marx mit Bezug auf

die »objektiven Gedankenformen« gezeigt. Für die Rekonstruktion dieser Vermittlung ist Gesellschaftstheorie auch im Rahmen aktualempirischer Forschung unverzichtbar. Solche Analysen bedürfen mit gesellschaftlichen Veränderungen permanenter Aktualisierung, und sind doch immer, selbst innerhalb des Marxismus, strittig. Umso notwendiger ist es, den eigenen Kritikstandpunkt zu explizieren als denjenigen »entfalteter menschlicher Lebensmöglichkeiten« (Markard 1994, 150), um die es theoretisch, aber auch praktisch zu streiten gilt.

Kritische Psychologie ist daher notwendig Verbindung von Psychologie- und Gesellschaftskritik. Eingriffspunkt ist die Kritik am eigenen Fach, an der in der Psychologie betriebenen Reduktion menschlicher Subjektivität auf das Innere abstrakt-isolierter Individuen, an der Reduktion der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse auf eine quasi naturhafte (Um-)Welt (vgl. Holzkamp 1977; Haug 1977) – und an den Personalisierungen, Naturalisierungen und Psychologisierungen als Formen, in denen uns Herrschaft im (psychologischen) Alltag gefangen hält. Damit geht es gleichermaßen um die Kritik an Konzepten wie »Begabung«, »Identität« oder »Einstellung« wie die Kritik psychologischer Praxis.

Kritik der Psychologie

Wenn die Kritische Psychologie auch über die Disziplinengrenzen des Faches ausgreifen muss, weil sie sich von den Dimensionen des Psychischen leiten und nicht von administrativen Grenzziehungen einhegen lässt, ist Morus Markard doch vor allem Psychologe – und innerhalb des Fachs kritischer Experte. Er praktiziert und fördert immanente, auf detaillierter Kenntnis des Kritisierten basierende und an der Aufhebung des Erkenntnisgehalts interessierte Auseinandersetzung ebenso wie gesellschaftstheoretisch fundierte Funktionskritik. Seine Methodenkritik *Jenseits des Streits um quantitative und qualitative Methoden* (1991) dürfte mindestens im deutschsprachigen Raum in ihrer (aus dem Gegenstandsverständnis begründeten) Stoßrichtung quer zu gängigen Denkweisen einmalig sein. Im von inhaltlichen und ›Wertfragen‹ scheinbar Entlegensten identifiziert er als Ursache der dualistischen Anordnung die ver- und ungeklärte praktische Relevanz des Fachs: »Die reale Problematik des Verhältnisses von Grundlagenforschung und Anwendung bzw. Praxis in der nomothetischen Psychologie« entstehe durch den Versuch, den in den Grundwissenschaften »begrifflich und methodisch wegabstrahierten Lebenszusammenhang nachträglich [...] hinzuzufügen«; entscheidend ist die »fehlende [...] Einheit von Gegenstand und Methode« (68), der auch mit ›qualitativen‹ Ansätzen und ihren »bloß globale[n] Subjektivitäts-Postulaten« (144) nicht beizukommen ist. Die dem Gegenstand angemessene und doch ›den Zweifel organisierende‹ – subjekt-wissenschaftliche – Forschungsmethodik, an deren Ausarbeitung und Wei-

terentwicklung Morus maßgeblich beteiligt war und ist, bleibt zugleich praktisch-emanzipatorischer Relevanz verpflichtet.

Kritische Praxisanalysen sind auch Gegenstand des Ausbildungsprojekts subjektwissenschaftliche Berufspraxis (ASB), in dem (Praktikums-)Erfahrungen auf Praxistheorien, Verwaltungsvorschriften und institutionelle Bedeutungen hin analysiert werden. Dabei geht es nicht um ›gewitztes Zurechtkommen des geschmeidigen Opportunismus‹ oder ›raffinierte Taktiken im Dschungel institutioneller Menschenverwaltung‹ (vgl. Markard 2000b, 9), sondern darum, uns der mühsam zu beantwortenden Frage auszusetzen, in welchen Widersprüchen wir uns *als Psycholog/inn/en* in unseren jeweiligen Feldern bewegen (müssen), und wie wir den psychologisch organisierten »Befriedungsverbrechen« (Basaglia) und Selektionsstrategien widerständig begegnen können – immer in der Perspektive, uns von herrschenden Verhältnissen zu befreien.

Hochschulpolitisch Eingreifen

»Emanzipatorische Wissenschaften brauchen demokratische Hochschulstrukturen wie die Luft zum Atmen.« Für viele Studierende der Freien Universität war dieser Satz von Morus Markard in der »Orientierungswoche« zur Einführung ins Psychologiestudium eine wirkliche Orientierungshilfe: Er war ein erster Einstieg in die Frage, was eigene Interessen im Studium sind und auf welche Lesart und welche gesellschaftlichen Funktionen der Psychologie sich die eigene Arbeit beziehen soll. Für viele mag es der Einstieg gewesen sein, sich einzumischen in die Diskussionen im eigenen Fach wie in die wissenschafts- und hochschulpolitischen Auseinandersetzungen. Er kann auch als Leitsatz gelesen werden zu Morus Markards eigenem beständigen Engagement für die Verteidigung von Freiräumen des Denkens und von Mitbestimmung, zu seinem Eingreifen in die Definitionen von Wissenschaft und Psychologie und für die Erprobung von Kooperationsformen zwischen »Lehrenden« und »Studierenden«, in denen institutionelle Hierarchien zugunsten von sachlichen Auseinandersetzungen zurückgedrängt werden sollten. In diesen Auseinandersetzungen hat er sich – oft als einziges Mitglied des »Lehrkörpers«, dem er die meiste Zeit nicht einmal als Beschäftigter angehörte – eingemischt, sein Wissen weitergegeben und Zeit und Kraft aufgewendet – und tut es noch.

Morus Markard scheut sich nicht, Versuche, die Wissenschaften, speziell die Psychologie »an ihr fremde Interessen zu akkomodieren«, »gemein« (Marx) zu nennen und konsequente Kritik an der vielfältigen Verwicklung der Psychologie in Herrschafts- und Befriedungsverbrechen zu leisten. Er nahm auch persönliche Nachteile in Kauf; die Frage, »wie sich das auf dem Lebenslauf macht« wie auch neoliberale Flexibilitätsvorstellungen waren ihm immer fremd. Im Mittelpunkt

steht für ihn die Frage nach den Reproduktionsbedingungen kritischer Wissenschaften – und die sind maßgeblich an die Existenz sozialer Bewegungen geknüpft. »Lieber ein Stein in der Hand, als ein Brett vorm Kopf« – unter diesem Titel formulierte Morus Markard nicht die Aufforderung einer blinden Solidarität mit der Häuserbewegung der 1980er Jahre, sondern die Aufgabe, dass kritische Wissenschaften diese Bewegung(en) als Bündnispartner sehen und – durchaus kritisch – begleiten müssen. Denn wenn soziale Bewegungen und kritische Wissenschaften nicht aufeinander bezogen sind, dann schadet das den Kämpfen der ersten und macht letztere überflüssig.

Das Leitmotiv dieser Festschrift ist, Morus Markard zu ehren, indem an gemeinsamen Problemen weitergearbeitet wird. Diesem Programm folgend wird in den Beiträgen nicht *über ihn*, sondern mit ihm oder in Auseinandersetzung mit ihm *zum Thema* gesprochen. Daher kommen in den Beiträgen einige Aspekte seiner Tätigkeit zu kurz, die aber nicht ganz unerwähnt bleiben sollen: Morus Markards Witz durchzieht seine Texte, Vorträge und Diskussionsbeiträge. Er zielt teilweise auf bloße Erheiterung, teilweise auf Distanzierung von politischen und wissenschaftlichen Kontrahenten wie auf befreiendes Lachen – z. B. wenn die Geschichte vom Fahrschüler, der gemäß der Theorie operanter Konditionierung lernt und deshalb erst nach 20 Auffahrunfällen die Bedeutung von Bremslichtern versteht, kenntlich macht, zu welch absurden Aussagen anerkannte wissenschaftliche Ansätze führen können. Die Vehemenz, mit der er seine Auffassungen gerade gegenüber Gleichrangigen vertritt, wird vom jeweiligen Gegenüber manchmal als schroff empfunden, zeigt aber, dass er wissenschaftlichen Belangen nicht mit intellektueller Reserviertheit gegenübersteht, sondern auch emotional engagiert ist. Im Gegensatz dazu steht die Verbindlichkeit, mit der er Studierenden – gerade jenen, die seine Ansichten nicht teilen – begegnet, so dass diese (soweit das in universitären Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen möglich ist) ohne Angst, wie sonst nur selten, offen auch andere Auffassungen vertreten können, was wirkliche inhaltliche Auseinandersetzung erst möglich macht.

Die Beiträge der vorliegenden Festschrift befassen sich mit der Debatte um den »Freien Willen« (Erich Wulff, Wolfgang Maiers) und der Mobilisierung von Emotionen (Christina Kaindl), mit der Geschichte und Situation Kritischer Psychologie (Ute Osterkamp) und kritischer Psychologien (Josef Held), mit aktuellen Erscheinungsformen von Rassismus (Katrin Reimer) und Beratung von Opfern rechter Gewalt (Gesa Köbberling), mit Sexualpädagogik (Christof Zirkel) und Gesundheitsdiskurs (Arnd Hofmeister), gewerkschaftlicher Organisation (Catharina Schmalstieg) und Sozialarbeit (Ulrike Eichinger), Pathologisierung der Kindheit (Gisela Ulmann) und Kriminalpsychologie (Lorenz Huck), mit dem kritisch-psychologi-

schen Konfliktmodell (Michael Zander und Thomas Pappritz), Lacans Subjektbegriff (Christina Kaindl und Jan Rehmann) und Hellingers Familienaufstellung (Klaus Weber), methodischen Fragen der Typenbildung (Johannes Geffers) und dem Transfer von Forschungsergebnissen (Ole Dreier), mit dem Zusammenhang von ökonomischen Zwängen und individuellem Handeln (Wolfgang Fritz Haug), der Wahrheit (Frigga Haug), Interdisziplinarität (Vanessa Lux) und schließlich Elitendiskursen und Hochschulpolitik (Torsten Bultmann, Nora Kiefer).

Der Band zeigt, so hoffen wir, auf wie viele unterschiedliche Arbeitszusammenhänge und -gebiete Morus Markard durch seine wissenschaftliche und politische Tätigkeit Einfluss genommen hat. Wichtiger noch: Er zeigt, dass die Momente, die für sein wissenschaftliches Denken entscheidend sind, für die Probleme des 21. Jahrhunderts fruchtbar gemacht werden können – von Autorinnen und Autoren verschiedener Generationen. Vielleicht lässt der Band erahnen, wie Klaus Holzkamp (1992, in einem 1996 postum veröffentlichten Interview mit Hans Schindler) zu der Einschätzung gelangte, Morus Markard sei »theoretisch erstens ungeheuer wichtig für uns, weil er wahnsinnig gut ist, aber auch als Organisator und absolut zuverlässiger Freund« (Holzkamp 1996, 573).

Brechts Gedicht nimmt nach den oben zitierten, scheinbar schon abschließenden Versen eine weitere Wendung: Die Teppichweber stellen zwar keine Büste auf, bringen aber wenigstens eine schlichte Tafel an der Bahnstation an: »Mit dem Bericht dieses Vorgangs, enthaltend/ Auch genau den geänderten Plan und den Eintausch der/ Leninbüste gegen die fiebervernichtende Tonne Petroleum«. Eines nämlich hat die altmodische Form der Ehrung für sich: Sie schafft ein überdauerndes Dokument, aus dem gelernt werden kann.

Die Klärung von Relevanz, Stellenwert und angemessener Weiterführung der Theorie war Gegenstand intensiver – und z. T. kontroverser keineswegs emotional unengagierter – Diskussionen in der Erarbeitung dieses Bandes. Wir hoffen, er zeigt die Lebendigkeit Kritischer Psychologie, ihren Nutzen für die Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus und der subjektiven Not, die er verursacht – und für die Überwindung von beidem.

*Lorenz Huck, Christina Kaindl, Vanessa Lux,
Thomas Pappritz, Katrin Reimer, Michael Zander*

Literatur

- Haug, Wolfgang Fritz, 1977: Bürgerliche Privatform des Individuums und Umweltform der Gesellschaft. In: K.-H. Braun u. K. Holzkamp (Hg.), *Bericht über den I. Kongress Kritische Psychologie in Marburg. Vom 13. bis 15. Mai 1977*, Bd. 1, Pahl-Rugenstein Köln, 77–88
- Holzkamp, Klaus, 1977: Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben? In: K.-H. Braun u. K. Holzkamp (Hg.), *Bericht über den I. Kongress Kritische Psychologie in Marburg. Vom 13. bis 15. Mai 1977*, Bd. 1, Pahl-Rugenstein Köln, 44–75
- Ders., 1988: Die Entwicklung der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft. In: G. Rexilius (Hg.), *Psychologie als Gesellschaftswissenschaft*, Westdeutscher Verlag Opladen
- Ders., 1996 (postum): Über die Entstehung und Entwicklung der Kritischen Psychologie. Ein Interview (Teil II), in: *Das Argument* 216, H. 4, 34. Jg., 565–580
- Markard, Morus, 1991: *Methodik subjektwissenschaftlicher Forschung. Jenseits des Streits um quantitative und qualitative Methoden*, Argument Hamburg-Berlin
- Ders., 1994: Wie reinterpretiert man Konzepte und Theorien?, in: *Forum Kritische Psychologie* 34, 125–155
- Ders., 1998: Kritische Psychologie als Marxistische Subjektwissenschaft. In: B. Fried, Chr. Kaindl, M. Markard u. G. Wolf (Hg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. Bericht über den 4. Kongress Kritische Psychologie, 6. bis 9. Februar 1997 an der FU Berlin*, Argument Hamburg, 29–41
- Ders., 2000a: Kritische Psychologie: Methodik vom Standpunkt des Subjekts, in: *Forum Qualitative Sozialforschung | Forum: Qualitative Social Research* [Online Journal], 1(2); <http://qualitative-research.net/fqs/fqs-d/2-00inhalt-d.htm> [Zugriff: 31.3.2008]
- Ders., 2000b: Praxisforschung im Hauptstudium oder die Frage nach den Umständen, unter denen man aus Erfahrung klug werden kann. In: M. Markard u. ASB, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg-Berlin, 9–27
- Ders., 2005: Die Rolle der Utopie für Kritische Theorie. In: Chr. Kaindl (Hg.), *Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus*, BdWi-Verlag Marburg, 153–160
- Mattes, Peter, 1994: Kritische Psychologie am Grabmal des Intellektuellen – »Handlungsfähigkeit« in postmoderner Sicht, in: *Journal für Psychologie*, H. 2, 2. Jg., 29–36

I Kritik und Weiterentwicklung psychologischer Konzepte

Erich Wulff

Über Hirnforschung und Handlungsfähigkeit

Lieber Morus,

als ich gefragt wurde, ob ich für die geplante Festschrift zu deinem 60. Geburtstag etwas schreiben könnte, wollte ich zunächst gleich zusagen, auch um dir einen kleinen Dank abzustatten für die Unterstützung, die du mir vor Jahren gegeben hast, als ich gegen die Hysterie anzuschreiben versuchte, die das Thema sexueller Missbrauch damals überall ausgelöst hatte. Dann aber zögerte ich, weil mir nur ein paar Wochen Zeit blieben. Wir haben uns schließlich darauf geeinigt, dass ich auch einen ganz unwissenschaftlichen Bericht über eine Tagung abliefern kann, bei der ich unversehens mit einem Paradigmenwechsel der biologischen Psychiatrie konfrontiert wurde.

Diese Tagung war der Verabschiedung meines Hannoveraner Nachfolgers Wielant Machleidt gewidmet, dessen wissenschaftliche Interessen einerseits auf ethnopsychiatrischem Gebiet und da vor allem der Integration von Migranten lagen, andererseits aber auch auf dem Gebiet moderner Hirnforschung, wo er sogenannte Grundgefühle in EEG-Mustern wiederzufinden suchte und so zu einer Auffassung gelangt war, die ich überhaupt nicht teilen konnte, dass nämlich die Schizophrenie eine affektive Erkrankung sei. So war es auch nicht verwunderlich, dass auf der Tagung sowohl Themen der Migrantenpsychiatrie als auch solche der Hirnforschung bei psychotischen Patienten im Mittelpunkt standen. Ich hatte das Programm zunächst nur überflogen und mich gefragt: wie hängen diese beiden so stark unterschiedlichen Themenbereiche wohl miteinander zusammen? Aber da ohnehin feststand, dass ich an der Tagung teilnehmen würde, sagte ich mir, dass die Antwort darauf mir in Hannover schon gegeben werden würde.

Und das geschah dann auch wirklich. Schon die ethnopsychiatrischen Referate waren spannend und von höchster Qualität, ebenso ein philosophisch-literarischer Vortrag von Hinderk Emrich über Heimatverlust, Dissoziation und Entfremdung im Werk Ingeborg Bachmanns. Aber das hatte ich ja auch erwartet. Nicht aber, dass Peter Falkais Vortrag über »Neurobiologie der sozialen Reintegration von schizophrenen Psychosen« mich richtig umhauen würde. Ich hatte mir zunächst vorgestellt,

dass da wieder mal etwas ganz Unverbindliches über das bio-psycho-soziale Krankheitsverständnis käme, ein Modell, mit welchem die Neurowissenschaftler den Psychotherapeuten und Sozialpsychiatern auch ein paar kleine Kuchenstücke oder von ihnen halb abgenagte Knochen hinwerfen.

Der Vortrag Falkais begann mit einer Anekdote, wie sie viele Psychiater erzählen könnten: dass er angefangen hatte, mit chronisch Schizophrenen Fußball zu spielen, und dabei bemerkt hatte, dass sie danach zugänglicher und kontaktfreudiger wurden. Bei meiner eigenen ersten Berührung mit der Psychiatrie, 1950 als Student, lange vor Einführung der Neuroleptica, hatte ich bei einzelnen Patienten, um die ich mich besonders intensiv gekümmert hatte, ganz Ähnliches beobachtet. Falkai ließ es beim Fußballspielen nicht bewenden. Er forschte auf neurophysiologischem und hirnanatomischem Gebiet und hatte gerade bei Untersuchungen solcher Patienten geringfügige Volumenverringerungen des Hippocampus und dazu noch Veränderungen in dessen Mikrostrukturen beschrieben gefunden. Nun kam er auf den Gedanken, zu überprüfen, was nach einem intensiven sozialpsychiatrischen Kommunikationstraining mit dem Hippocampus passiert. Und es ergab sich, dass sowohl die Mikrostruktur der Neurone sich regeneriert (wenn ich richtig verstanden habe, ging es um ihre Lipidumhüllungen), als auch der gesamte Hippocampus wieder an Volumen zunimmt.

Das bedeutete: durch aktive Tätigkeit werden nicht nur zentralnervöse Funktionen wiedergewonnen, sondern auch beeinträchtigte neuronale Strukturen wiederhergestellt. Die aktive Tätigkeit, hier in der Kommunikation mit anderen, findet also auch in der Architektur des Zentralnervensystems ihren Niederschlag. Und das ist keine Hypothese, keine bloße Theorie mehr, sondern eine verifizierte Tatsache.

Dir brauche ich nicht zu erzählen, dass es die Annahmen der kulturhistorischen Schule der Psychologie und die deines Lehrers Klaus Holzkamp sind, die sich in solchen Untersuchungen bestätigt finden. Es wäre interessant zu erfahren, ob Falkai je etwas davon gehört hat. Ein jüdischer Schuster aus Lodz soll ja auch die Relativitätstheorie Einsteins neu erfunden haben. Aber interessant an der Sache sind ja nicht so sehr die theoretischen Annahmen. Ähnliche Töne wie bei Falkai hört man ja seit kurzem sogar auch von Gerhard Roth, der das Gehirn nun plötzlich »ein soziales Organ« nennt und die Hirnforschung, zumindest in Teilen, »als Sozialwissenschaft« sieht. Für ihn macht auch erst »Freuds Perspektive [...] verständlich, wofür das Gehirn da ist. Doch nicht dafür Neuronen feuern zu lassen, sondern Bedeutungen im individuellen und insbesondere sozialen Handeln zu erzeugen und zu verarbeiten«. Und Roth widerspricht auch nicht, als sein Gesprächspartner, der Sozialpsychologe Harald Welzer, den Spruch »you never use the same brain twice« zitiert, allerdings ohne den Autor zu nennen, und auch nicht, als Welzer behauptet, dass man »nicht mehr vom einzelnen Gehirn aus denken«

könne, sondern nur »von Gehirnen, die interagieren« (*Die Zeit*, 23.2.2006). Bei Roth sind solche neuen Einsichten allerdings eher Aphorismen, die mit eigenen entgegengerichteten Polemiken gegen die Willensfreiheit im Widerspruch bleiben. Falkai hat hingegen für die Gültigkeit solcher theoretischer Annahmen einen nach naturwissenschaftlichen Kriterien hieb- und stichfesten experimentellen Beweis erbracht. Erst mit der Eröffnung und Besetzung eines solchen neuartigen Forschungsfeldes kann sich die Theorie als neues Paradigma auch der biologischen Psychiatrie etablieren. Das bedeutet nämlich, dass sie die Vorgänge am Gehirn, die sie erforscht, nicht mehr ausschließlich in der somatopsychischen Wirkrichtung verfolgen kann, sondern nun auch in der psycho- und/oder soziosomatischen. Keine einzige Handlung ist also voraussetzungslos, jede geht von Prämissen aus – aber jede fügt auch dem bisherigen Satz von Prämissen neue hinzu. Alles, was wir denken, fühlen, wünschen und wollen, alles, was wir tun, hinterlässt in uns Spuren, und es hinterlässt Spuren auch in denen, die es wahrnehmen oder erleiden. Vielleicht helfen solche Forschungen den Neurobiologen auch, von ihren hirnrissigen pseudophilosophischen Folgerungen über eine angebliche Widerlegung der Willensfreiheit loszukommen, die sie aus hochgradig reduktionistischen Experimenten wie denen von Benjamin Libet und Alvaro Pascual-Leone gezogen haben: als ob die Entscheidung, einen Finger heben zu wollen, mit dem Entschluss vergleichbar wäre, sich für den Mord eines Mitmenschen zu entscheiden. Wenn sie Klaus Holzkamps »Wissenschaft als Handlung« ohne ideologische Scheuklappen gelesen hätten, wären ihnen solche Patzer vielleicht nicht passiert.

Was können kritische Psychologen und Psychiater in dieser Situation tun? Wir sollten natürlich die Diskussion mit Hirnforschern wie Falkai suchen, ich bin sicher, dass jeder hier vom anderen viel lernen kann. Aber die jüngeren von uns sollten auch aktiv in eine auch psycho- und soziosomatische Wirkungen untersuchende neurobiologische Forschung mit den modernsten Mitteln einsteigen, die von der technologischen Entwicklung zur Verfügung gestellt werden, und mehr noch, selber an der Weiterentwicklung dieser Mittel arbeiten. Mit Klaus Holzkamp gehörst auch du, lieber Morus, zu denen, die die nötige theoretische Vorarbeit für einen solchen Paradigmenwechsel geleistet haben. Herzlichen Glückwunsch zu deinem Geburtstag!

Erich Wulff

Ute Osterkamp

»Selbstkritische Fragen stellen, statt Selbstverständlichkeiten zu transportieren...« – Ein Interview

Lorenz Huck/Vanessa Lux: *Ute, deine Biografie ist mit der Entwicklung der Kritischen Psychologie sehr eng verbunden, du warst von Anfang an Teil des Arbeitszusammenhangs. Von daher wollen wir die Gelegenheit nutzen, dir zunächst einige historische Fragen zu stellen, und uns von den Anfängen der Kritischen Psychologie bis zur aktuellen Situation vorarbeiten.*

Wie kam es zu der Entscheidung, ein doch sehr großes und umfassendes Projekt wie eures, das ja dann auch zur Grundlegung der Psychologie führte, überhaupt zu beginnen?

Ute Osterkamp: Es war keine bewusste Entscheidung; wir sind mehr oder weniger in dieses Projekt reingeschlittert. Hintergrund war die Studentenbewegung mit ihren Widersprüchen und Problemen, und die Frage war, wieweit man sich den damit verbundenen Auseinandersetzungen stellt oder sich ihnen zu entziehen sucht. Dass wir uns für das Mitmachen ›entschieden‹, hing von allem Möglichen ab, das sich im Nachhinein nicht mehr eindeutig klären lässt. Der Frust ob des vorherrschenden Wissenschaftsverständnisses – Klaus nannte es später die Reduzierung von Wissenschaftstheorie auf Methodologie – hat sicherlich zur ›Entscheidung‹ beigetragen. Was immer diese auch mitbestimmt haben mag, sie hatte Konsequenzen: sie beendete zumindest bei mir den Zustand des diffusen Unbehagens/Suchens bzw. Gefühls, am eigentlichen Leben vorbei zu leben, und war zugleich bindend für das weitere Leben. Wie es zum »Projekt Kritische Psychologie« im engeren Sinne kam, hat ja Klaus ausführlich auseinandergespult (2008 [1972]). Auch das ist nur vor dem damaligen gesellschaftlich-historischen Hintergrund zu verstehen und weniger eine Frage persönlicher Entscheidung gewesen. ›Persönlich‹ wurde es insofern, als man sich genötigt sah, Stellung gegen Leute zu beziehen, mit denen man bis dahin zusammengearbeitet hatte und denen man sich vielfach verbunden fühlte. Solche Stellungnahmen gegen andere kamen partiell durchaus auch aus

fragwürdigen Gründen zustande. »Wir gehen jetzt zu Hörmann (mein damaliger Chef) und stellen ihn zur Rede: ›Kommst du mit oder nicht? Bist du für uns oder stehst du auf der andren Seite?«

Welche Rolle spielten aus deiner Sicht die Geschehnisse um den »Schülerladen Rote Freiheit« (vgl. Autorenkollektiv 1971) für die Entwicklung der Kritischen Psychologie? Welche Konsequenzen habt ihr damals aus der Geschichte gezogen?

Der Schülerladen war insofern für die Entwicklung Kritischer Psychologie bestimmend, als er zentraler Anlass der Institutsteilung war und damit zur Notwendigkeit führte, quasi aus dem Nichts heraus ein ›kritisch-psychologisches‹ Ausbildungskonzept zu entwickeln. Das hat Klaus ja ebenfalls ausführlich dargestellt (vgl. Holzkamp 2008). Auch in den Schülerladen sind wir mehr oder weniger hineingeschlittert. Er wurde von den Studierenden als autonomes Projekt in den gerade erkämpften Institutsrat hineingetragen, das eher als Testfall für die neuen Mitbestimmungsstrukturen diente, als dass es wirklich durchdacht gewesen wäre. Wäre er abgelehnt worden, wäre auch das Mitbestimmungsmodell gestorben gewesen, womit zugleich die verschiedenen Gruppen – einschließlich der Studierenden – aus der Verpflichtung zur Zusammenarbeit entlassen gewesen wären. Die Ablehnung des Projekts wurde dadurch verhindert, dass Klaus sich bereit fand, die formale Verantwortung zu übernehmen. Das bedeutete zugleich, dass man sich verpflichtet fühlte mitzuhelfen, dass daraus etwas wurde. Parallel zur praktischen Arbeit im Schülerladen liefen Diskussionen zur Erarbeitung der theoretischen Grundlagen des Projekts, die jedoch eher auf den Versuch hinaus liefen, Strategien zu entwickeln, um die Situation bzw. die Jugendlichen irgendwie im Griff zu behalten.

Für mich persönlich war der Schülerladen eine sehr wichtige Erfahrung, auch wenn ich nur in der ersten Phase aktiv mitgearbeitet habe. Die zweite Phase lief offensichtlich geordneter – was die Jugendlichen aber nicht davon abgehalten hat, den Laden schlussendlich abzufackeln – gewissermaßen als Konsequenz unserer Versuche, sie gemäß unseren Vorstellungen ›aufzuklären/abzurichten. In diesem Sinne haben wir sie in der Tat ›missbraucht‹, allerdings nicht, wie in der Pressekampagne gegen den Schülerladen behauptet, sexuell. Auf dieser Ebene verhielt es sich eher umgekehrt: Sexualität bzw. die ›obszöne‹ Form, in der die Jugendlichen über sie sprachen, diente ihnen eher als Mittel, sich gegen unsere verbale Übermacht zu wehren, uns sprachlos zu machen. Ein großer Teil der anfänglichen Theoriesitzungen bestand darin, Tabuwörter wie »ficken«, »Fotze« etc. solange einzuüben, bis sie uns ohne jede Schiefe über die Lippen kamen. In diesem Sinne wurden wir eher von den Jugendlichen ›emanzipiert‹ als umgekehrt. Im Übrigen drückte sich unsere Emanzipation weitgehend in der Missachtung alles ›Bürgerlichen‹ aus, die u. a. in der ›Freiheit‹ bestand, im Laden einfach auf den Boden zu spucken – was man in

der eigenen Wohnung mit Sicherheit niemals getan hätte und was auch den Jugendlichen nicht gut bekommen wäre, hätten sie es zu Hause versucht. Angesichts der Müllhalde, in die sich der Laden alsbald verwandelte, lag der Vergleich mit den privaten Wohnverhältnissen jedoch eh nicht sonderlich nahe. Dazu kam es vor allem, weil ›Plan‹ war, vom Schrottplatz Fahrräder zu holen, sie zu reparieren und zu verkaufen; dabei sind wir jedoch in der ersten Phase stecken geblieben; aus den vielen Fahrradteilen, die sich im Laufe der Zeit ansammelten und den Laden praktisch unzugänglich machten, ist meines Wissens kein einziges funktionierendes Fahrrad entstanden.

Wie wurde von euch das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis, das in der Kritischen Psychologie ja auf verschiedenen Ebenen angesprochen wird, damals verstanden? Und wie hat sich deine eigene Vorstellung seitdem entwickelt?

Das Scheitern des Schülerladens machte es in doppelter Hinsicht notwendig, sich mit Theorie zu beschäftigen. Zum einen hat es unmittelbar erfahrbar werden lassen, dass es mehr als einen guten Willens bedarf, ›im Interesse der Arbeiterklasse‹ zu handeln, bzw. diese Vorstellung selbst einer kritischen Überprüfung bedurfte. Zum anderen bedeutete die Institutsteilung zugleich, dass wir uns nicht länger mit der Kritik ›bürgerlicher‹ Psychologie und KollegInnen begnügen konnten; wir standen vielmehr vor der Aufgabe, von heute auf morgen eine kritisch-emanzipatorische Ausbildung auf die Beine zu stellen. Das war nur möglich, weil das Institut damals nicht nur geteilt, sondern zugleich jede Hälfte auf die ursprüngliche Größe aufgestockt wurde. Wir konnten dadurch jede Menge neuer KollegInnen einstellen, die die entsprechenden politischen und wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen mitbrachten, um sich an diesem von vornherein interdisziplinär gedachten Unternehmen beteiligen zu können. In diesem Zusammenhang sind auch die Bücher in der Campus-Reihe [*Texte zur Kritischen Psychologie*] entstanden, auf die Klaus immer wieder verweist. Sie sollten die üblichen Lehrbücher ersetzen bzw. die wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen erarbeiten, die es den Studierenden ermöglichten, sich über den Erkenntnisgehalt und die Funktion der unterschiedlichen Theorien selbst ein Urteil zu bilden. Einen detaillierten Überblick über die damaligen Diskussionen und Versuche, die Reflexion des Theorie-Praxis-Verhältnisses vom sozialwissenschaftlichen Grundstudium bis hin zum Hauptstudium (als Projektstudium) hindurch institutionell zu verankern, gibt Klaus in *Schriften V*. Das ist ungeheuer spannend zu lesen – auch weil es noch einmal den Umfang der seitdem gelaufenen Rückentwicklung vor Augen führt. Diese allein auf die neoliberale Entwicklung zu schieben, bringt nicht wirklich weiter. Die subjektwissenschaftliche Frage wäre eher, warum man dieser Entwicklung weitgehend ausgeliefert blieb. Die Form, in der die späteren institutsinternen Auseinandersetzungen

um die ›richtige Linie‹ einschließlich der Frage liefen, wieweit eine ›kritische‹ Psychologie überhaupt möglich und nicht nur eine emanzipatorische Verkleidung der üblichen Anpassungsfunktion ist, hat sicherlich nicht zur Stärkung der Widerständigkeit gegen die allgemeine Re-Formierung beigetragen.

Wann ungefähr stieß eigentlich Morus [Markard] zur Gruppe der Kritischen PsychologInnen? Übernahm er aus deiner Sicht eine spezielle Rolle oder Aufgabe? Erinnerst du dich, ob er neue Vorschläge oder Vorstellungen mitbrachte? Immerhin kam er ja aus einer etwas anderen Richtung...

In genau welchem Jahr Morus nach Berlin gekommen ist, kann ich nicht sagen. Auf dem ersten Kongress Kritische Psychologie, der im Mai 1977 stattfand, war er jedenfalls schon dabei. Es war die Zeit heftigster Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen innerhalb und außerhalb des PIs, in deren Kontext auch dieser Kongress zu sehen ist. Morus hat dort zusammen mit Barbara Grüter und Wolfgang Maiers ein Referat »Zum Verhältnis von demokratischer Studienreform, Mitbestimmung und Wissenschaftsentwicklung« gehalten. Diese Thematik ist offensichtlich auch für seine weitere theoretische wie politisch-praktische Arbeit bestimmend geblieben. Die drei, die Klaus immer BMW nannte, waren neben Klaus, Frigga und mir auch an der Gründung des Forums Kritische Psychologie (1978) beteiligt, für das Morus ohne Zweifel den Hauptanteil der organisatorisch/redaktionellen Arbeit übernommen hat.

Inhaltlich und persönlich hatte Morus sehr viel mehr mit Klaus als mit mir zu tun. Beide waren auch im SUFKI-Projekt, das, soweit ich weiß, von Gisela initiiert worden ist und für das Morus von der DFG einen Werkvertrag erhalten hatte. Das Projekt löste sich auf, als dessen ›Hauptförderung‹ abgelehnt wurde (vgl. Projekt »SUFKI« 1984, 1985). Ich hatte als Nicht-Mutter nur indirekt, über die Berichte von Klaus, an ihm teil. Später hat Morus die Organisation der Theorie-Praxis-Konferenz (TPK) von Ole Dreier übernommen. Diese wurde ins Leben gerufen, nachdem sich Ende 1981 praktisch arbeitende KollegInnen in einem Brief an die Redaktion darüber beschwert hatten, dass die Vermittlung von kritisch-psychologischer Theorie und Praxis im Forum kaum diskutiert würde. Um diesen Missstand abzustellen, ist die Redaktion um Ole erweitert worden, der zwar auch nicht Praktiker war, dessen Forschungsschwerpunkt jedoch auf dem Praxisbezug Kritischer Psychologie lag (vgl. »Reden/Schreiben über Praxis« in FKP 10). Aus der TPK haben sich später die Projekte zur Praxisforschung am Institut herausgebildet, die Morus zunächst zusammen mit Renke Fahl, dann mit Gisela entwickelt und durchgeführt hat. Das »Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis« (ASB) ist mittlerweile die letzte Bastion Kritischer Psychologie am Institut.

Als Antwort auf die zunehmende Einschränkung kritischer Reflexion auf Universittsebene entstand Anfang der 90er Jahre der Plan, über die unterschiedlichen inhaltlichen Vorstellungen hinweg eine gemeinsame Außenstelle für kritische Psychologie zu schaffen. Es ist der Tatkraft/Einsatzbereitschaft von Morus zu verdanken, dass mit der Gründung der »Gesellschaft für subjektwissenschaftliche Forschung und Praxis« (GSFP) aus dem Plan auch Wirklichkeit wurde. In der jetzigen Form dient diese Gesellschaft jedoch, soweit ich es sehe, weniger zur Verständigung zwischen den unterschiedlichen Auffassungen kritischer Psychologie als zur Diskussion Kritischer Psychologie im engeren Sinne.

Anfang der 1970er Jahre entstand eine ganze Reihe von Arbeiten, die rückblickend als Vorarbeiten zur Grundlegung der Psychologie (Holzkamp 1983) und also zur Entwicklung von grundlegenden Kategorien für die Psychologie erscheinen. Dein Beitrag dazu waren die Motivationsbnde (H.-Osterkamp 1975, 1976), mit denen du ja auch promoviert und habilitiert hast. Als Haupterrungenschaft des ersten Bandes könnte man die Aufarbeitung der ethologischen Forschung für die Kritische Psychologie bezeichnen, der zweite Band enthält die erste umfangreiche Reinterpretation eines ›traditionellen‹ Theorieansatzes, nämlich der freudschen Psychoanalyse. Wie beurteilst du diese Arbeiten aus heutiger Sicht, also nach der subjektwissenschaftlichen Wende der Psychologie? Würdest du heute Teile anders formulieren?

Zum einen: Ich würde das Verhältnis von Grundlegung und den vorangegangenen Texten anders definieren. Die in der Schriftenreihe erschienenen Bnde sind keine ›Vorarbeit‹ zur Grundlegung, sondern die Grundlegung ist die Systematisierung/Verallgemeinerung der über die verschiedenen Einzelanalysen gewonnenen Erkenntnisse zu einer Wissenschaftssprache vom Subjektstandpunkt aus. Sie ist in diesem Sinne ein Zwischenschritt zur wissenschaftstheoretischen und methodologischen Fundierung künftiger Forschung vom Subjektstandpunkt aus, die im Wesentlichen noch zu leisten ist (vgl. Holzkamp 1996, 96ff). Das Problem besteht, wie Klaus betont, darin, dass wir zwar ausführlich das Erkenntnisinteresse anderer Richtungen diskutiert, aber die eigene Forschungspraxis kaum zum Gegenstand der Analyse gemacht hätten. Offensichtlich seien wir der Auffassung gewesen, dass sich deren ›Fortschrittlichkeit‹ aufgrund der Kritik an der traditionellen Psychologie sowie der Fundiertheit des kritisch-psychologischen Grundansatzes im marxschen Denken von selbst verstehe, »sodass wir Selbstverständlichkeiten transportierten, wo selbstkritische Fragen am Platz gewesen wären« (98). Das Projekt »Lebensführung« war von Klaus als konzeptuelle Weiterentwicklung subjektwissenschaftlicher Psychologie – auf der Basis der früher erarbeiteten Grundlagen – gedacht.

Zum anderen: Die Motivationsbcher sind unter dem Druck entstanden, schnellstmöglich ›Lehrbücher‹ bereitzustellen, die in etwa unseren Vorstellungen

einer kritischen Psychologie entsprachen; sie sind mit Sicherheit in vieler Hinsicht überarbeitungsbedürftig. Allgemein finde ich jedoch eher erstaunlich, was wir damals schon alles begriffen hatten. Das ist zugleich auch erschreckend, weil ich das Gefühl habe, dass vieles von dem, was man bereits wusste, wieder in Vergessenheit geraten ist. Im Großen und Ganzen sind sie, denke ich, vom Subjektstandpunkt aus geschrieben; das hängt auch mit der Aufarbeitung der beiden Schwerpunkte zusammen. Während in der Ethologie die Umweltbezogenheit allen Verhaltens selbstverständliche Grundlage aller Forschung ist und Entwicklung sich praktisch in der zunehmenden ›emotionalen‹ Notwendigkeit der Umweltkontrolle ausdrückt, steht bei Freud das Leiden an der aufgenötigten Selbstentfremdung im Mittelpunkt der Analyse. Da damals der Subjektstandpunkt noch nicht auf den Begriff gebracht war, finden sich aber immer wieder Aussagen vom Außenstandpunkt. So ist etwa mein Einwand gegen Freud, dass Unterdrückung nicht nur im sexuellen, sondern auch in anderen Bereichen bestehe, eher peinlich – als wenn er das nicht selbst am besten gewusst hätte. Ich ignoriere damit, dass es Freud – zumindest kann man ihn so lesen – um die *Wirkweisen* von Unterdrückung, d. h. die Frage ging, was Menschen dazu bringt, sich mit den systematischen Beschneidungen ihrer Lebens- und Handlungsmöglichkeiten abzufinden. Sexualität eignet sich nach Freud zur Vermittlung von Schuldgefühlen bzw. als Mittel zur Verinnerlichung von Unterdrückung zum einen infolge ihrer spezifischen Körper-/Ichnähe, zum anderen aber auch deswegen, weil sie nicht den ›imperativen‹ Charakter von Nahrungsbedürfnissen hat, sondern es weitgehend von der persönlichen ›Ichstärke‹ abhängig zu sein scheint, wieweit man durch sie ›getrieben‹ bleibt oder sie zu sublimieren/kultivieren vermag. Beides zusammen macht sie zu einem zentralen Moment individueller Beschämung/Erniedrigung bzw. von Schamgefühlen.

Problematisch finde ich an den Motivationsbüchern vor allem den Teil, wo ich ein kritisch-psychologisches Gegenkonzept zur freudschen Neurosenlehre zu entwerfen suche (Kap. 5.7.4.), weil ich hier nicht von konkreten Problemen ausgehe, sondern eher *from the view of the top* argumentiere. Insbesondere die Reinterpretation des freudschen Kulturträgers als Opportunisten ist fragwürdig. Mit einem solch personalisierenden Begriff ist der Blick auf den gesellschaftlichen Kontext individuellen Handelns, auf den ich ›abstrakt‹ ständig verweise, in viel höherem Maße verstellt als mit dem Begriff des ›Kulturträgers‹. Aussagen wie die, dass man als Individuum ›objektiv‹ zwischen den Interessen der Allgemeinheit und dem Partialinteresse des Kapitals zu entscheiden habe, sind zwar richtig, sehen aber von dem eigentlichen Problem ab, dass diese Interessen nicht offensichtlich, sondern vielfach verdeckt sind und auch das Interesse an ihrer Offenlegung – in Abhängigkeit von der jeweiligen Position innerhalb konkreter Machtkonstellationen und den verfügbaren Handlungsmöglichkeiten – gebrochen ist. Die Rede von der ›Einsicht

in die Notwendigkeit einer Veränderung zur Verbesserung allgemeiner und damit eigener Lebensverhältnisse« oder so ähnlich klingt in dieser Abgehobenheit von den verfügbaren Möglichkeiten, ihr zu entsprechen, nicht nur normativ/abschreckend; sie lenkt zugleich von der Aufgabe ab, diese Notwendigkeit im konkreten Kontext aufzuweisen und die vielfältigen Behinderungen, die dem entgegenstehen, auf den Begriff zu bringen.

Solche »abstrakten« Aussagen, die von der Mitverantwortung für die Realisierung erkannter Notwendigkeiten absehen, fördern nicht nur die Abwehr bei jenen, die man auf diese Weise »aufzuklären« sucht, sondern stellen in gewisser Weise selbst eine Abwehr auf Seiten Kritischer Psychologie dar.

Wie beurteilst du deine damalige Auseinandersetzung mit traditionell-psychologischen Theorien zu Emotionen und Motivation aus heutiger Perspektive unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen? Hierzu vielleicht ein Beispiel: Deine Reinterpretation von Schuldgefühlen betont die Bedeutung des (verinnerlichten) Konflikts mit »den Herrschenden« (H.-Osterkamp 1976, 357ff). Du arbeitest das am Beispiel der Unterdrückung sexueller Impulse aus, der du einen zentralen Stellenwert bei der Entstehung von Schuldgefühlen zuweist. Zum einen stellt sich hier die Frage, ob dieser Stellenwert angesichts der in den 60ern und 70ern erkämpften sexuellen Freiheiten – die heute deutlich größer sind als in den 50er Jahren – noch aktuell ist und wenn ja, warum? Zum anderen ist die Frage wie du in diesem Zusammenhang Schuldgefühle, die durch selbstgewählte und nicht durch »die Herrschenden« gesetzte Normen entstehen, fassen würdest? Dies interessiert uns in Bezug auf Sexualität, aber auch vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels und solchen neoliberalen Konzepten wie Selbstaktivierung, Selbststeuerung, Selbstführung etc. Und es ist auch interessant im Kontext innerlinker Diskussion, nicht zuletzt um die sogenannte political correctness.

Da es in Kritischer Psychologie nicht um die Feststellung der »Auswirkungen« von Verhältnissen auf das Handeln der Individuen, sondern um die Notwendigkeit geht, sich im Wissen um deren Auswirkungen auf die subjektive Situation zu den jeweiligen Bedingungen zu verhalten, gelten diese Analysen, sofern sie damals richtig waren, nach wie vor. Anders ausgedrückt: Ändern tun sich bestenfalls die Anlässe, angesichts derer man sich mit der Frage konfrontiert sieht, ob man »bedrohtheitsfixiert« reagiert oder gegenüber Bedingungen handlungsfähig zu werden sucht, die dieses bedrohtheitsfixierte Verhalten nahelegen.

Wieweit Sexualität heutzutage noch als Hebel der Unterwerfung brauchbar ist, weiß ich nicht. Wenn man jedoch berücksichtigt, dass sich Sexualunterdrückung auch als ihr Gegenteil, etwa als Zwang zur sexuellen Leistungs- und Erlebnisfähigkeit bzw. jederzeitigen Verfügbarkeit/Einsatzbereitschaft äußern kann, sind durchaus Zweifel angebracht, ob sie als Unterdrückungsinstrument wirklich ausgedient hat.

Die Zwänge wirken möglicherweise subtiler bzw. ›selbstbestimmter‹; sie äußern sich etwa im Aufwand, den man in die körperliche Fitness/Attraktivität investiert, ohne die man kaum noch Chancen auf dem Markt zu haben scheint. Wie ›frei‹ das eigene Verhalten zur Sexualität ist, kann ohnehin nur jede/r für sich selbst befinden. Kritische Psychologie kann allein auf die Möglichkeit verweisen, dass die Vorstellung freier Sexualität und individueller Selbstbestimmung eher auf Verdrängung der vielfältigen Zwänge und Behinderungen beruht, als dass sie der Realität entspreche.

Die Rede von Schuldgefühlen als verinnerlichten Konflikten mit den Herrschenden ist ebenfalls sehr abstrakt. Bereits in den Motivationsbüchern habe ich ›Schuldgefühle‹, so weit ich mich erinnere, als Wissen um den Selbstverrat diskutiert, den jede Unterwerfung unter restriktive Verhältnisse bedeutet. Aber auch die Entfremdung von den eigenen Bedürfnissen als Grundlage von Schuldgefühlen fasst das Problem zu kurz, weil damit die ›laterale‹ Ebene, d.h. die Auswirkungen dieser Selbstentfremdung auf die Beziehungen zu den jeweils anderen sowie deren Rückwirkung auf die eigenen Lebens- und Handlungsmöglichkeiten ausgeblendet bleiben.

Bei der Frage, wie ich Schuldgefühle fassen würde, die durch selbstgewählte Normen entstehen, hätte ich eher die Gegenfrage, ob der Begriff ›selbstbestimmte Norm‹ nicht ein Widerspruch in sich ist. Das subjektwissenschaftliche Problem besteht ja gerade darin, dass durch die Verinnerlichung herrschender Normen diese als ›selbstbestimmt‹ erscheinen, sodass eine wesentliche Aufgabe wäre, die Zwänge, Bedrohungen und Verunsicherungen, die dem eigenen Handeln möglicherweise zugrundeliegen, bewusst zu machen, um sich zu ihnen verhalten zu können, statt durch sie bestimmt zu bleiben. ›Idealerweise‹ engagiere ich mich doch nicht für irgendwelche Ziele, weil andere es von mir erwarten und/oder es öffentliche Anerkennung bringt. Ich engagiere mich vielmehr für etwas, was für mich persönlich wichtig ist oder weil ich einen Zustand überwinden will, den ich als unerträglich empfinde. Wenn aber etwas für mich persönlich notwendig ist, versuche ich ohnehin mein Bestes zu geben; wenn das nicht ausreicht, habe ich keine ›Schuldgefühle‹, sondern suche andere Wege bzw. weitere Verbündete. Nur wenn das Engagement nicht selbst-, sondern fremdbestimmt ist, ist die Verpflichtung auf Normen erforderlich. Anders herum ausgedrückt: Schuldgefühle verweisen darauf, dass ich Ziele nicht um ihrer selbst willen, sondern aus ›defensiven‹ Gründe, um der unmittelbaren Anerkennung, Zugehörigkeit etc. willen übernommen habe. Unter diesen Voraussetzungen wird ihr Scheitern für mich nur in dem Maße zum Problem werden, wie ich befürchten muss, persönlich dafür verantwortlich gemacht zu werden, und es hat sich für mich erledigt, sobald es mir gelungen ist, andere verantwortlich zu machen.

Nach Freud sind Normen erforderlich, wo man nicht von sich aus entsprechend handeln würde. Man läuft mit der Übernahme solcher Begriffe Gefahr, ›bewusstlos‹ der Vorstellung von der ›Asozialität‹ der Menschen aufzusitzen, die durch ein entsprechendes Normen- und Strafsystem einzudämmen ist. Anders ausgedrückt: Die Gefahr ist, dass man ein Verhalten, das einem aufgenötigt ist, normalisiert, d. h. den Umstand, dass wir unter den gegebenen Bedingungen jede Menge ›Schuldgefühle‹ haben, als selbstverständlich akzeptiert oder gar noch eine Tugend daraus zu machen sucht, statt ihn auf seine realen Voraussetzungen und Implikationen hin zu analysieren.

Wieweit Schuldgefühle mit ›political correctness‹ zusammenhängen, weiß ich nicht. Zumindest liegt der Verdacht nahe, dass hinter der Besorgnis um die ›humanere‹ Bezeichnung diskriminierter Gruppen die Mitverantwortung für die Überwindung ihrer strukturellen Ausgrenzung, die den verbalen Abwertungen zugrundeliegt, aus dem Blick gerät. Die Diskrepanz zwischen Reden und Handeln ist uns kurz nach der ›Wende‹ bei einem Kollegen aus der ehemaligen DDR deutlich geworden, der ohne jedes Unrechtsbewusstsein von »Zigeunern« sprach, die sich bis in ihre Datschengegend verirrt hätten, es zugleich aber für normal hielt, sie zum Kaffeetrinken einzuladen. Dennoch durchzuckt es mich nach wie vor, wenn Leute von »Zigeunern« oder »Asylanten« reden.

Die Bemühungen um ›political correctness‹ lassen sich mit Schuldgefühlen möglicherweise insofern zusammendenken, als beide als Ersatzhandlungen gesehen werden können, die eher zur Beschwichtigung des eigenen Gewissens dienen, als dass sie im Interesse der ›Anderen‹ wären. Zu solchen Ersatzhandlungen kommt es, wenn man die Unverantwortbarkeit der jeweiligen Zustände erkennt, ohne sich jedoch in der Lage zu sehen, diese zu ändern. Die Betonung der metasubjektiven Dimension menschlicher Handlungsfähigkeit kann somit als ein wesentlicher Beitrag zur Überwindung von Schuldgefühlen und den vielfältigen Formen ihrer Beschwichtigung angesehen werden.

Uns würde, um das Thema des zweiten Bandes noch einmal aufzugreifen, sehr interessieren, welchen Einfluss deine Freud-Rezeption auf die Entwicklung der Kritischen Psychologie gehabt hat, und wie du die Bedeutung der freudschen Psychoanalyse für die Kritische Psychologie heute bewertest.

Ich denke, dass die Entwicklung einer Subjektwissenschaft ohne die freudsche Theorie nicht möglich ist. Mein Problem ist eher, dass innerhalb Kritischer Psychologie dieser Auffassung zwar nirgends widersprochen ist, und sie somit allgemein anerkannt zu sein scheint, sich dies jedoch kaum in konkreten Analysen niederschlägt. Insbesondere Abwehr ist im Rahmen subjektwissenschaftlicher Forschung von zentraler Bedeutung. Die Notwendigkeit ihrer Berücksichtigung ist in gewisser

Weise von vornherein in kritisch-psychologischer Begrifflichkeit angelegt, so etwa in der Betonung des prinzipiellen Zusammenhangs von Erkenntnis- und Handlungsmöglichkeiten: Ich kann ›kritische‹, zur Veränderung drängende Erkenntnisse nur soweit zulassen, wie ich ihnen entsprechen kann. Mit dem Begriff der »Möglichkeitenbedingungen für Erkenntnis« hat Klaus bereits 1972 auf die Notwendigkeit verwiesen, über die jeweiligen Erkenntnisse hinaus die Möglichkeit ihrer Realisierung in den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess einzubeziehen (258).

Die Vernachlässigung von Abwehr hängt möglicherweise auch damit zusammen, dass sie nicht ›objektiv‹ fassbar ist und sich damit gemäß herrschendem Verständnis wissenschaftlicher Analyse entzieht, als ›persönliches‹ Problem in den therapeutischen Zuständigkeitsbereich fällt. Vom Subjektstandpunkt aus stellt sich hingegen die Aufgabe, Abwehr zu entpersonalisieren, indem man die ihr zugrundeliegenden Zwänge und Behinderungen ›objektiviert‹, und sie damit als allgemeines Problem individueller Selbstentfremdung und Selbstentmächtigung erkennbar werden lässt. Mit der Klärung der Bedingungen, die zur Abwehr nötigen, wird zugleich die metasubjektive Verantwortung für ihre Überwindung sichtbar. In aktualempirischer Forschung wären dann die Bedingungen und Formen aufzudecken, unter und in denen man sich gegenseitig daran hindert, diese Verantwortung wahrzunehmen. Eine wesentliche Behinderung besteht aber darin, dass man Abwehr nur bei den jeweils anderen vermutet.

Ende der 70er Jahre wurde das Forum Kritische Psychologie mit Klaus Holzkamp als Herausgeber gegründet, in dem in den nächsten Jahren viele weitere Arbeiten von dir erschienen (u. a. z. B. eine sehr lesenswerte Analyse von Autobiografien einiger NationalsozialistInnen; H.-Osterkamp 1982). Siehst du selbst einen roten Faden, der deine Arbeiten zur Motivation und dein nächstes großes Projekt, die theoretische Beschäftigung mit Rassismus und die subjektwissenschaftliche Forschung in Flüchtlingswohnheimen (vgl. Osterkamp 1996), verbindet? Wie bist Du dazu gekommen, dich (erstmal Mitte der 80er Jahre) mit Rassismus auseinanderzusetzen?

Ich sehe durchaus einen roten Faden. Die Analysen beschäftigen sich mit den vielfältigen Formen, in denen man sich der Wirklichkeit eigenen Handelns gegenüber abzuschirmen sucht, wenn man sich durch deren Wahrnehmung zu einem Handeln genötigt sähe, mit dem man die relative Machtposition bzw. das Vertrauen jener, denen man diese Position zu verdanken hat, riskieren könnte. Es geht um die Analyse des ›Einsatzes‹ von Gefühlen zur Überlagerung des Wissens um die Unverantwortbarkeit eigenen Tun und Lassens. Je unübersichtlicher die Unmenschlichkeit der Verhältnisse ist, die man mit dem eigenen Handeln stützt, umso deutlicher wird dies. Prototypisch für eine solche ›emotionale Konfliktlösung‹ ist z. B. Höß [der Kommandant des Vernichtungslagers Auschwitz], wenn er in den

poetischsten Formen die innere Aufgewühltheit schildert, die er beim Anblick der von ihm organisierten Vergasungen ›unbrauchbarer‹ Menschen erfuhr, und diese der ›Abgebrühtheit‹ der Sonderhäftlinge gegenüberstellt, die noch beim ›Leichenschleppen‹ gegessen und geraucht hätten. Das Problem ist auch hier, dass solche Analysen kaum weiterführen, wenn man daraus nur die persönliche Abartigkeit Höß' liest, statt sich mit den ›normalen‹ Formen einer solchen Problembewältigung auseinanderzusetzen.

Nebenbei oder auch zusammenhängend damit: Unsere Untersuchungen über die Arbeits- und Lebensbedingungen in Flüchtlingswohnheimen zielten nicht darauf ab, eine neue Theorie des ›Rassismus‹ zu liefern. Wie der Untertitel »Gegenseitige Schuldzuweisung statt Solidarität« andeutet, geht es vielmehr um die vielen Formen der »Selbstentmächtigung«, die die übliche Praxis impliziert, für die Probleme und deren Überwindung die jeweils anderen verantwortlich zu machen. Ein wesentliches Ergebnis dieser Untersuchungen war die Erkenntnis der Beschränktheit unserer anfänglichen Vorstellungen davon, was unter ›Rassismus‹ zu verstehen ist. Sie gingen an der Einschätzung der Situation durch die Flüchtlinge voll vorbei. Dies zeigte sich nicht zuletzt darin, dass deren Vorwürfe auch MitarbeiterInnen trafen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen für die Verbesserung der Situation der AsylbewerberInnen einsetzten und in unseren Augen somit alles andere als ›rassistisch‹ dachten und handelten. Damit war zugleich auf die Notwendigkeit verwiesen, sich über die reale Begründetheit der unterschiedlichen Vorstellungen zu verständigen. In intensiven Diskussionen mit den verschiedenen Parteien – Flüchtlingen und MitarbeiterInnen der verschiedenen Sparten und Ebenen – gelang es ansatzweise einen Meta-Standpunkt, d. h. ein umfassenderes Problemverständnis zu erarbeiten, von dem aus die Standortgebundenheit/Beschränktheit der jeweils eigenen Sicht erkennbar wurde. Damit wurden zugleich als gemeinsames Problem die objektiven/subjektiven Schwierigkeiten deutlich, die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen, die man vom eigenen Handeln hat, und dessen Wirklichkeit aus Sicht der jeweils anderen zur Kenntnis zu nehmen. Auf dieser ›verallgemeinerten‹ Verständigungsebene stellte sich zudem die ›theoretische‹ Frage, wieweit der Begriff ›Rassismus‹, den man in der Regel nur zur Kennzeichnung des Handelns anderer gebraucht, die Zusammenhänge unter Umständen eher verstellt, zu deren Erfassung er gedacht ist.

Auch in diese Untersuchungen sind wir – das ist möglicherweise charakteristisch für subjektwissenschaftliche Forschung – mehr oder weniger zufällig reingestolpert: über einen ehemaligen Doktoranden von Klaus, der in einem solchen ›Heim‹ gelandet war und für die Unerträglichkeit der Situation die ›rassistische‹ Haltung der MitarbeiterInnen verantwortlich machte. Da wir (die Gruppe, die sich 1983 auf dem »Kongress Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit‹ gebildet hatte)

ohnehin mit der ›Ausländerfrage‹ beschäftigt waren, schien es selbstverständlich zu sein, dass wir es übernahmen, den Problemen auf den Grund zu gehen. Die erste Überraschung war, dass die Beschäftigung mit der Immigrations-/Integrationsproblematik, mit der wir aufgrund der Gruppenzusammensetzung (bis auf mich waren alle in der einen oder anderen Weise direkt von ihr persönlich betroffen) im Wesentlichen beschäftigt waren, keineswegs schon ein größeres Wissen/Verständnis hinsichtlich der Asylproblematik implizierte. Die beiden Bereiche schienen weitgehend isoliert nebeneinander zu bestehen.

Die Untersuchungen zogen sich über zehn Jahre hin, ohne dass sie zu einem eindeutigen Abschluss gekommen wären – wobei sich zugleich die Frage stellt, inwieweit ein solcher ›Abschluss‹ vom Subjektstandpunkt überhaupt denkbar ist. Möglicherweise ist die Hoffnung auf ›endgültige‹ Klärungen eher das Problem. Wenn es nicht darum geht, vorgegebenen Zielen, Werten, Normen zu entsprechen, sondern um die Notwendigkeit, sie auf ihre subjektive Bedeutung und Verantwortbarkeit hin zu überprüfen, kann es, denke ich, ›eindeutige‹ Klärungen/Ergebnisse prinzipiell nicht geben. Die ›Offenheit‹ der Ergebnisse hängt auch damit zusammen, dass deren subjektive Bedeutung nur von den an ihr Beteiligten eingeschätzt werden kann und diese Einschätzung sich zudem häufig im Laufe der Zeit ändert. Für mich persönlich bedeuten diese Untersuchungen einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung Kritischer Psychologie – wobei uns allerdings bis heute noch nicht gelungen zu sein scheint, dies auch für andere deutlich zu machen, sonst würden wir kaum immer wieder als (unzulängliche) ›Rassismuforschung‹ abgetan.

Das ›Revolutionäre‹ an ihnen ist, dass sie ›von unten‹ angelegt sind, ›Auftraggeber‹ jene waren, die es normalerweise zu erforschen gilt. Dieser ›Perspektivenwechsel‹ führte auch dazu, dass die DRK-Leitung, nachdem sie unser Konzept gelesen hatte, ihre ursprüngliche Zustimmung zur Durchführung der Untersuchungen im DRK-Rahmen zurückgezogen hat. Sie hat dann diese Rücknahme wieder zurückgenommen, als wir klarmachen konnten, dass wir in der Zwischenzeit – über Kontakte mit ÖTV-KollegInnen, die in den Heimen arbeiteten – die Voraussetzungen geschaffen hätten, um die Untersuchungen auch ohne ihre Zustimmung und damit jenseits ihrer Einflussmöglichkeiten durchführen zu können.

An deinen Veröffentlichungen zum Thema Rassismus haben sich Debatten entzündet (vgl. Fried 2002, Osterkamp u. a. 2002), die nach den Diskussionen um Missbrauch noch einmal verdeutlicht haben, dass eine Reihe von theoretischen Differenzen innerhalb der Kritischen Psychologie – und gerade auch zwischen dir und Morus [Markard] – bestehen. Sie betreffen u. a. das Verantwortungskonzept und den Stellenwert gesellschaftstheoretischer Analysen für die Subjektwissenschaft. Wir möchten diese Debatten hier beispielhaft anhand des Konzepts der Selbstfeindschaft aufgreifen. Morus stellt dazu

die Frage, ob »die bürgerliche Gesellschaft eine Struktur besitzt, in der sich das sog. Arrangement mit den Herrschenden für eine hinreichend große Menge von Menschen lohnt – relativ im Verhältnis zu politischen Auseinandersetzungen, so dass letztlich dort von Selbstfeindschaft in einem biografisch sinnvollen Sinne kaum geredet werden kann« (Markard 1997, 169). Weiter führt er aus: »Ob ein Arrangement selbstfeindlich ist, ist eine lagespezifische und auch individuell politisch-ideologische Frage, die jeweils – subjektwissenschaftlich – zu analysieren ist, wobei man unter bedeutungsanalytischen Gesichtspunkten aktuelle gesellschaftliche Belohnungs- und Ideologiesysteme kennen muss. [...] Die Feststellung, der Verzicht auf den Kampf um eigene Lebensansprüche habe immer katastrophale Folgen [dies ist auf eine Äußerung von dir gemünzt], trifft, sofern sie empirisch gehaltvoll ist, nur unter der Voraussetzung zu, dass man überhaupt Lebensansprüche hat, die man im Kampf gegen sog. Herrschende durchsetzen muss.« (Ebd.) Sein Fazit lautet: »Die Frage nach der Selbstfeindschaft oder -schädigung ist [...] eine – zwar kategorial veranlasste, aber – empirisch offene Frage« (169f). Wieweit kannst du diesen Überlegungen folgen bzw. was wäre Deine Gegenposition?

Dass die Frage nach »Selbstfeindschaft« oder »Selbstentmächtigung« – ein Begriff der mir treffender zu sein scheint – eine »kategorial veranlasste, aber empirisch offene« Frage ist, ist klar. Die zentrale Frage ist, von welchem Standpunkt aus man diese zu beantworten sucht. Die Spezifik kritisch-psychologischer Begrifflichkeit besteht darin, dass sie diese Frage überhaupt aufwirft. So bringt etwa das Kategorienpaar der restriktiven/verallgemeinerten Handlungsfähigkeit die *Möglichkeit* auf den Begriff, in der Art und Weise, wie man die eigene Position/Handlungsfähigkeit zu sichern sucht, Verhältnisse zu bestätigen, unter denen diese prinzipiell gefährdet ist. Die Behauptung, dass es eine hinreichend große Menge von Menschen gibt, für die das Arrangement mit den herrschenden Verhältnissen lohnend ist und bei denen somit von Selbstfeindschaft keine Rede sein kann, bleibt allerdings selbst im Rahmen restriktiver Handlungsfähigkeit. Die Befangenheit im herrschenden Denken drückt sich ja gerade in dieser Menscheneinteilerei aus, die stets von denen vorgenommen wird, die dabei auf der »guten« Seite landen. Da subjektwissenschaftliche Forschung per definitionem nicht auf Umerziehung anderer aus ist, sondern sich nur an Leute wendet, die sich durch die gegebenen Verhältnisse gehindert sehen, gemäß erkannten Notwendigkeiten zu handeln, und ein entsprechendes Interesse an deren Überwindung haben, stellt sich eher die Frage nach der Funktion, die solche Statements haben.

Kurz zur »Missbrauchsdiskussion«: Diese hat die FKP-Redaktion nicht zuletzt deshalb gespalten, weil sie abgebrochen wurde, wo sie in subjektwissenschaftlicher Perspektive zu beginnen hätte, nämlich bei der Verständigung über die reale Begründetheit der unterschiedlichen Standpunkte, von denen aus man das Problem

sieht: des potenziell zu Unrecht angeklagten Mannes oder ›missbrauchter‹ Frauen, die sich unter den Generalverdacht gestellt sehen, nur vorzugeben ›missbraucht‹ worden zu sein, um sich irgendwelche Vorteile zu verschaffen. Klaus hat ja versucht, die Ebene der sozialen Selbstverständigung in die ›Missbrauchsdebatte‹ einzubringen. Aus der Festgefahrenheit dieses Gegeneinanders kommt man nur heraus, wenn es einem gelingt, eine Wissenschaftssprache zu entwickeln, bei der die Anerkennung der Begründetheit der Position der jeweils anderen nicht gleichbedeutend mit der Abwertung der eigenen Position ist. Eine solche Logik gilt allein für den Außenstandpunkt; vom Subjektstandpunkt hingegen ist die Anerkennung der realen Begründetheit der Sichtweise der jeweils anderen Voraussetzung, um über die bestehenden Verhältnisse hinaus denken und handeln zu können.

Nach Klaus Holzkamps Tod hast du dessen letztes Projekt aufgegriffen, die theoretischen Grundlagen der Kritischen Psychologie unter dem Gesichtspunkt »bewusster Lebensführung« bzw. »sozialer Selbstverständigung« neu zu durchdenken (vgl. z. B. Osterkamp 2001, Forschungsgruppe Lebensführung 2003, 2004). Was sind aus deiner Sicht die zentralen Punkte, die das Projekt charakterisieren?

»Lebensführung« war ein Projekt, für das Klaus die nächsten zehn Jahre angesetzt hatte. Er greift damit auf eine Erkenntnis zurück, die er schon 1970 formuliert hat: Nämlich, dass Kriterium für die Relevanz psychologischer Forschung nicht irgendwelche wissenschaftsinternen/methodischen Standards, sondern allein das »tägliche Leben« sein könne. Da zur damaligen Zeit der Subjektstandpunkt noch nicht entwickelt war, kam er jedoch zu dem Ergebnis, dass sich das Alltagsleben als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung nicht eigne, weil ihm das einheitsstiftende Moment fehle, d. h. nicht auszumachen sei, was die vielen täglichen Leben verbinde, sodass man auch nicht zu einem ›allgemeinen‹ täglichen Leben als Bezugsrahmen für die Relevanz psychologischer Forschung kommen könne (117ff). Im Lebensführungstext zieht er diese Frage vom Subjektstandpunkt auf, indem er von der subjektiven Notwendigkeit ausgeht, diese ›Einheit« – als Voraussetzung selbstbewussten Handelns – selbst zu schaffen, d. h. angesichts der Vieldeutigkeit der Realität zu einer ›eindeutigen‹ Lebens-/Handlungsausrichtung zu kommen, bei der man einigermaßen sicher sein kann, mit dem, was man tut, nicht eher zu verhindern, was man zu erreichen hofft. Diese Ausrichtung steht quer zur Praxis, den ›Bedingungs-Bedeutungs-Begründungszusammenhang‹ linear von oben herab zu interpretieren, der zufolge den jeweils anderen zunächst das adäquate Bezugssystem zu vermitteln ist, bevor eine ›Verständigung‹ mit ihnen als möglich erscheint.

Die Frage, wie man angesichts der Komplexität und Widersprüchlichkeit der Probleme entscheidungs- und handlungsfähig wird, ist dabei, wie Klaus betont, in subjektwissenschaftlicher Perspektive weniger fruchtbar als die ›dynamische‹ Frage

danach, unter welchen Voraussetzungen man sich zu Entscheidungen verhalten kann, die man bereits im Handeln realisiert hat, die zu einer Realität geführt haben, aus der man nicht einfach aussteigen kann, wenn einem deren Unverantwortbarkeit bewusst wird. Diese Problematik ist im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Verhalten der Menschen im Faschismus diskutiert worden.

Wie siehst du deine Arbeit mit den Lebensführungsgruppen vor dem Hintergrund der subjektwissenschaftlichen Wende wie sie in der »Grundlegung« vollzogen (oder begonnen) wurde?

Wieder: Ich habe Schwierigkeiten mit dem Begriff ›Wende‹. Die »Grundlegung« ist weder der Beginn noch Vollzug dieser Wende. Das ›Neue‹ in ihr besteht darin, dass sie über die ›Verallgemeinerung‹ der Ergebnisse der verschiedenen kritisch-psychologischen Analysen ein Kategoriensystem erarbeitet hat, welches in der weiteren Forschung zu berücksichtigen und weiterzuentwickeln ist.

Die Forschungsgruppen zu »Lebensführung« unterscheiden sich von den Untersuchungen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Flüchtlingswohnheimen vor allem darin, dass nur ›Kritische PsychologInnen‹ beteiligt sind. Ausgangspunkt und ›gemeinsames Problem‹ dieser Gruppen ist, dass die Vorstellungen darüber, was unter Kritischer Psychologie zu verstehen und wie mit ihr umzugehen ist, durchaus unterschiedlich/widersprüchlich sind. Die primäre Aufgabe besteht somit darin, im Prozess sozialer Selbstverständigung die unterschiedlichen Deutungen Kritischer Psychologie auf ihre jeweiligen Prämissen und Implikationen hin zu analysieren. Dies schließt die Auseinandersetzung mit der Gefahr ein, kritisch-psychologische Begrifflichkeit dadurch um die ihr eigene »empirische Erkenntnisdistanz« (Holzkamp 1996, 86) zu bringen, dass man sie gemäß den aktuellen Möglichkeiten, ihr zu entsprechen, zurechtzubiegen sucht. Damit ist zugleich die Frage angesprochen, welche Funktion Kritische Psychologie für die eigene Daseinsbewältigung hat: Dient sie zur Analyse der Wirklichkeit eigenen Denkens/Handelns oder aber zum Ausweis geistig-moralischer Überlegenheit gegenüber anderen? Die Gefahr der Instrumentalisierung Kritischer Psychologie für persönliche Zwecke/Ambitionen, die zugleich ihre Dogmatisierung erfordert, ist umso größer, je weniger man sich mit ihr auseinandersetzt.

Was sind die wichtigsten Erkenntnisse, die ihr bisher herausarbeiten konntet bzw. welche Impulse für eine weitere Entwicklung der Kritischen Psychologie würdest du aus der bisherigen Arbeit heraus stark machen wollen?

Die Erkenntnisse sind in dem Sinne ›negativ‹, als sie auf das verweisen, was noch zu leisten wäre. Die wichtigste Erkenntnis ist, dass die Aufgabe, für deren Bewältigung kritisch-psychologische Begrifflichkeit entwickelt wurde, noch weitgehend vor uns steht: Die Analyse der Behinderungen, die der Realisierung ›kritischer«

Erkenntnisse entgegenstehen. Die Verständigung über diese Behinderungen ist aber, wie sich in den mittlerweile ebenfalls mehr als ein Jahrzehnt bestehenden Lebensführungsdiskussionen zeigt, vielfach begrenzt – insbesondere infolge der Blindheit gegenüber der Beschränktheit/Restriktivität des jeweils eigenen Denkens/Handelns und der Selbstverständlichkeiten, die uns daran hindern, diese überhaupt wahrzunehmen. Dazu gehören die vielen Formen, in denen man von vornherein vermeidet, die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln zur Kenntnis zu nehmen – unter anderem dadurch, dass man dem Wissen darum, dass kritisch-psychologische Begrifflichkeit allein zur Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit des jeweils *eigenen* Handelns gedacht ist, dadurch zu entsprechen sucht, dass man von der Position jener herab, die diese Erkenntnisdistanz bereits gewonnen zu haben meinen, *andere* zur Analyse des ›Prämissen-Gründe-Zusammenhangs‹ ihres Handelns zu bewegen/motivieren sucht.

Zu den Problemen, mit denen wir uns ständig herumschlagen, gehört die Vorstellung, auf Seiten derer zu stehen, an denen sich die jeweils anderen zu orientieren haben, der zufolge die Möglichkeit, die Subjektivität anderer zu verletzen, von vornherein nicht in den Blick gerät. Klaus hat diese defensiv/restriktive Haltung als »zentrierten Beziehungsmodus« auf den Begriff gebracht und als allgemeinen Ausgangspunkt subjektwissenschaftlicher Forschung bestimmt. Kennzeichnend dafür seien die »Ausgrenzung, Unterdrückung, Ignorierung, Missachtung der Lebens- und Verfügungsinteressen anderer« (vgl. 1996, 101f), die in der »Unumkehrbarkeit« der Beziehungen zum Ausdruck kämen, der zufolge man gar nicht erst auf die Idee kommt, dass die jeweils anderen einem in der herablassend-aufklärerischen Haltung begegnen könnten, die man sich selbst wie selbstverständlich ihnen gegenüber herausnimmt. Die »Kreisförmigkeit« aller auf Bestätigung/Rechtfertigung eigenen Handelns ausgerichteter Diskussionen blockiert von vornherein jede Möglichkeit zur »gemeinsame(n) Entwicklung themenbezogener wissenschaftssprachlicher Reflektiertheit« als zentralem Ziel subjektwissenschaftlicher Forschung, bei der man letztlich zwar ebenfalls noch über das Gleiche wie am Anfang redet, »aber auf einem höheren Niveau der Selbstreflexion und des Gegenstandsbezuges« (Holzkamp 1996, 106).

Für mich ist die Abwehr des Machtaspekts des jeweils eigenen Handelns das zentrale Problem subjektwissenschaftlicher Forschung. Da Abwehr jedoch per definitionem weder vom Außenstandpunkt zu erfassen noch von den jeweils einzelnen Abwehrenden zu überwinden ist, hat es wenig Sinn, sich für Abwehranalysen – quasi als Bestandteil kritisch-psychologischer Methoden – »stark zu machen«. Anders ausgedrückt: In subjektwissenschaftlicher Perspektive geht es allein um die *Möglichkeit*, dass man abwehren könnte. Sobald man diese negiert oder bestenfalls »an sich« zulässt, aber im konkreten Fall negiert, ist jede soziale Selbstverständigung blockiert. Generell kann Kritische Psychologie nur »kritisch« werden, wenn die

Veränderungsnotwendigkeiten subjektiv/praktisch, d. h. über die erfahrene ›Unverantwortbarkeit‹ eigenen Handelns vermittelt sind. Diese kann ich mir wiederum nur in dem Maße eingestehen, wie ich nicht allein damit stehe, sondern reale Alternativen sehe, d. h. mit ihrer Objektivierung zugleich auch die allgemeine Verantwortung für die Überwindung von Bedingungen erkennbar wird, die mir ein Handeln aufnötigen, das ich nur in Negierung der Subjektivität anderer rechtfertigen kann.

Welche Rolle spielt im Lebensführungsprojekt die empirische Arbeit in verschiedenen Forschungsgruppen, und welchen Stellenwert hat die Entwicklung von speziellen Methoden? Kannst du eure Vorgehensweise kurz skizzieren?

Auch hier ist die Frage, was ihr unter ›Methode‹ versteht. Wir haben unsere ›Methoden‹ – allem voran soziale Selbstverständigung und Perspektivenverschränkung – in unterschiedlichen Zusammenhängen darzustellen versucht. Das Problem ist, dass sie offensichtlich nicht als solche wahrgenommen werden, weil sie quer zum herrschenden Methodenverständnis stehen.

Soziale Selbstverständigung und Perspektivenverschränkung sind – was möglicherweise generell für subjektwissenschaftliche Forschung zutrifft – Methode und Gegenstand des Erkenntnisinteresses zugleich: Nur in Verständigung mit anderen, die vom eigenen Handeln betroffen sind, ist es möglich, dessen Wirklichkeit zu erfassen, und zugleich ist diese Verständigung gegen vielfache Behinderungen durchzusetzen, die es auf den Begriff zu bringen gilt, um sich gezielt mit ihnen auseinandersetzen zu können, statt durch sie bestimmt zu bleiben. Man kann die Behinderung sozialer Selbstverständigung wiederum nur erfahren, wenn man einen Begriff von ihrer subjektiven Notwendigkeit hat und sie nicht als übliche Form der Kommunikation missversteht, bei der jede/r die jeweils anderen auf die eigene Linie zu bringen sucht.

Wenn man die Probleme nicht gemäß den verfügbaren Methoden auswählt/zurechtstutzt, sondern den Anspruch hat, sie aus den Problemen heraus zu entwickeln, kann Kriterium für die Angemessenheit der jeweiligen Forschungsmethoden nur das Ausmaß sein, in dem sie zum Verständnis der Wirklichkeit eigenen Handelns beitragen. Wenn ich im Prozess sozialer Selbstverständigung etwas begriffen habe, das neues Licht auf die Probleme wirft, meinen Horizont erweitert, brauche ich keine äußere Instanz, die mir dies zusätzlich bestätigt oder mich auf irgendeiner Rangreihe des Erkenntnisgewinns verortet.

Was sind deines Erachtens Grundprinzipien subjektwissenschaftlicher Forschung? Gibt es – in Anlehnung an Debatten, die in der qualitativen Forschung in den letzten Jahren

an Gewicht gewinnen – so etwas wie ›Mindeststandards‹ für subjektwissenschaftliche Forschung?

Das knüpft an die obigen Ausführungen an. Die Frage ist auch hier, was ihr unter Mindeststandard versteht bzw. welche Mindeststandards euch vorschweben. Die Ausrichtung auf ›Mindeststandards‹ ist m.E., wie Klaus am schulischen Lernen veranschaulicht hat, für den Umgang mit fremdbestimmten Zielen charakteristisch. Wenn es um Klärung von Problemen geht, an denen ich selbst interessiert bin, bin ich auf ein ›maximales‹ Verständnis aus – wobei die subjektwissenschaftliche Frage wäre, wie dieses zu gewinnen ist. Absolute Voraussetzung dafür ist die Anerkennung der Begründetheit allen Handelns, wie abstrus einem dies auch erscheinen mag. Sowie man diese in Frage stellt, fällt man auf den Außenstandpunkt zurück; die zentrale Aufgabe wäre demzufolge, sich über die reale Begründetheit dieses Zurückfallens wie auch dessen weitere Implikationen zu verständigen.

Eure Fragen sind für mich ›Empirie‹, zu der ich mich verhalte, indem ich ihre Prämissen hinterfrage und auf die Möglichkeit verweise, dass ihr Selbstverständlichkeiten fortschreibt, die im Interesse eures eigenen Anliegens zu hinterfragen wären. Ich verhalte mich zu ihnen dadurch, dass ich Antworten auf sie zu finden bzw. mein Unbehagen an ihnen auf den Begriff zu bringen suche, wobei im Prozess sozialer Selbstverständigung die Position zu klären wäre, von der aus man die Probleme jeweils sieht. Das Primat der Theorie gegenüber der Praxis besteht insofern, als man die Realität immer durch die verfügbare Begrifflichkeit wahrnimmt. Diese Begrifflichkeit bleibt jedoch im Rahmen herrschenden Denkens, wenn man sie nicht auf ihre praktische Relevanz hin überprüft. Das hat aber wiederum zur Voraussetzung, dass man sich auf die komplexen und widersprüchlichen Zusammenhänge einlässt und nicht vorab über sie und die notwendigen Methoden, wie sie zu analysieren sind, Bescheid zu wissen meint.

Bei den Lebensführungsgruppen geht es somit nicht darum, Orientierungen für ein ›kritisches‹, ›verantwortbares‹ etc. Leben zu erarbeiten, sondern um die Entwicklung eines ›metasubjektiven Verständigungsrahmens‹, innerhalb dessen man die Problematik eigenen Handelns zur Sprache bringen kann, ohne befürchten zu müssen, im Regen stehen gelassen zu werden, weil die jeweils anderen eifertig betonen, dass sie über die Probleme, die man mühselig auf den Begriff zu bringen sucht, falls sie sie jemals hatten, schon längst hinweg sind. Nur wenn diese Haltung als das eigentliche Problem begriffen ist, wird es möglich sein, wie Klaus (1972, 275) es formuliert, über die gedankliche Explikation gesellschaftlicher Zusammenhänge ›Gewusstes‹ zu ›Bewusstem‹ ›Bekanntes‹ zu ›Erkanntem‹ zu machen, von der ›Vorstellung‹ einer Sache zu ihrem ›Begriff‹ aufzusteigen.

Vor welchen Aufgaben steht die Kritische Psychologie bzw. subjektwissenschaftliche Forschung aus deiner Sicht aktuell, und welchen Behinderungen, Widerständen, Konflikten steht sie gegenüber?

Die wesentliche Aufgabe ist für mich, die Arbeit weiterzuführen, die Klaus Holzkamp begonnen hat, das heißt eine Wissenschaftssprache zu entwickeln, die es ermöglicht, sich zur Wirklichkeit eigenen Handelns und den vielen Zwängen, diese abzuwehren, zu verhalten. Die Frage, wie die empirische Erkenntnisdistanz zum eigenen Handeln und den diesem zugrundeliegenden Prämissen-Begründungszusammenhängen zu gewinnen ist, hat sich, wie Klaus betont, als eine der schwierigsten Aufgaben des gesamten subjektwissenschaftlichen Ansatzes erwiesen (1996, 79). Sie wird sich m.E. nur beantworten lassen, wenn wir uns in praktischer Realisierung des ›Wissens‹ um den prinzipiellen Zusammenhang von Erkenntnis- und Handlungsmöglichkeiten auf die ›Möglichkeitenbedingungen für Erkenntnis‹ konzentrieren. Zu den Möglichkeitenbedingungen gehört vor allem, die Spaltung zwischen Theorie und Praxis zu überwinden, und das heißt für ›Theorie‹ vor allem, mit der herrschenden Vorstellung zu brechen, von einer entwickelteren Problem-sicht aus das Handeln anderer anleiten und kontrollieren zu müssen.

Literatur

- Autorenkollektiv am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin, 1971: *Schülerladen Rote Freiheit. Analysen, Dokumente, Protokolle*, Fischer Frankfurt/M
- Forschungsgruppe Lebensführung, 2003: Thesen zum Problem sozialer Selbstverständigung, in: *Forum Kritische Psychologie* 46, 143–148
- Dies., 2004: Zum Verhältnis von Selbsterkenntnis, Weltwissen Handlungsfähigkeit in der Subjektwissenschaft, in: *Forum Kritische Psychologie* 47, 4–38
- Fried, Barbara, 2002: Zur Relevanz gesellschaftstheoretischer Analysen für die aktualempirische Forschung der Kritischen Psychologie – am Beispiel Rassismus, in: *Forum Kritische Psychologie* 44, 118–151
- Grüter, Barbara, Wolfgang Maiers und Morus Markard, 1977: Zum Verhältnis von demokratischer Studienreform, Mitbestimmung und Wissenschaftsentwicklung. In: K. H. Braun u. Kl. Holzkamp (Hg.), *Kritische Psychologie. Bericht über den 1. Internationalen Kongreß Kritische Psychologie Bd. 1*, Pahl-Rugenstein Köln, 233–252
- Holzkamp, Klaus, 1970: Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen kritisch-emanzipatorischer Psychologie. in: *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 1, 5–21 u. 109–141

- Ders., 1972: *Kritische Psychologie. Vorbereitende Arbeiten*, Fischer Frankfurt/M
- Ders., 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1996 (postum): Psychologie: Verständigung über Handlungsbegründungen, in: *Forum Kritische Psychologie* 36, 7–112
- Ders., 2008: *Schriften V: Entwicklung der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft. Aufsätze*, hgg. v. F. Haug, W. Maiers u. U. Osterkamp, Argument Berlin-Hamburg
- Markard, Morus, 1997: Handlungsfähigkeit und psychologische Praxis. In: B. Fried, Chr. Kaindl, M. Markard u. G. Wolf (Hg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit, Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. Bericht über den Kongreß Kritische Psychologie, 6. Bis 9. Februar 1997 an der Freien Universität Berlin*, Argument Hamburg, 161–171
- H.-Osterkamp, Ute, 1975: *Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1*, Campus Frankfurt/M-New York
- Dies., 1976: *Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 2*, Campus Frankfurt/M-New York
- Dies., 1982: Faschistische Ideologie und Psychologie, in: *Forum Kritische Psychologie* 9, 155–170
- Osterkamp, Ute, 1996: *Rassismus als Selbstentmächtigung*, Argument Hamburg-Berlin
- Dies., 2001: Lebensführung als Problematik der Subjektwissenschaft, in: *Forum Kritische Psychologie* 43, 4–35
- Dies., Ulla Lindemann und Petra Wagner, 2002: Subjektwissenschaft vom Außenstandpunkt? Antwort auf Barbara Fried, in: *Forum Kritische Psychologie* 44, 152–176
- Projekt »Subjektentwicklung in der frühen Kindheit«, 1984: Theoretische Grundlage und methodische Entwicklung der Projektarbeit, in: *Forum Kritische Psychologie* 14, 56–81
- Dass., 1985: »Subjektentwicklung in der frühen Kindheit«: Der Weg eines Forschungsprojekts in die Förderungsunwürdigkeit, in: *Forum Kritische Psychologie* 17, 41–125

Wolfgang Maiers

Psychologische und neurowissenschaftliche Sichten auf intentionales Handeln: Die Kontroverse um den freien Willen

Seit geraumer Zeit werden die Neurowissenschaften als Schlüsseldisziplinen des 21. Jahrhunderts gehandelt, die dabei sind, das Selbstverständnis des Menschen zu revolutionieren. Den modischen Neuro-Hype in den Massenmedien und im Feuilleton ganz außer Acht lassend, können wir einen erheblichen Einfluss auf den innerakademischen Diskurs und das Wissenschaftsmanagement verzeichnen. Zu denken ist hier an eine veränderte Verteilung finanzieller Mittel durch Einrichtungen der Forschungsplanung und -förderung, aber auch an Bedeutungs- und Gewichtsverschiebungen im (intra- und inter-) disziplinären Gefüge, wie sie etwa durch sich häufende Ausschreibungen allgemeinspsychologischer Professuren mit neurowissenschaftlichem Schwerpunkt oder durch die Herausbildung neuer Gegenstandsbereiche wie der *Klinischen Neuropsychologie*, schließlich durch neue Synthesen wie die *Neuropsychanalyse*, *Neuropädagogik*, *Neurophilosophie* usw. angezeigt werden. Ist hier ein Paradigmenwechsel im Gange? Falls ja, wie tiefgehend berührt er das wissenschaftliche Selbstverständnis der Psychologie?

Ich möchte mich im Folgenden auf die fachliche Diskussion um die Erklärungs- und Geltungsansprüche der Neurowissenschaften beschränken. Was soll man von Behauptungen halten, wonach es dank der Kombination verschiedener Technologien – bildgebender Verfahren (Positronenemissionstomografie und funktioneller Magnetresonanztomografie), Elektro- und Magnetenzephalografie usw. – der Hirnforschung nunmehr möglich sei aufzuweisen, wo und wie neuronale Prozesse Bewusstseinserscheinungen *produzieren*?

Der Aufschwung und die Relevanz der Neurowissenschaften stehen außerhalb allen Zweifels. Aber selbst deren Hauptvertreter kommen nicht umhin, einschränkend festzustellen (vgl. *Das Manifest*, 2004), dass die Erkenntnisfortschritte vor allem auf der höchsten und der niedersten Organisationsebene erzielt wurden, d. h. einerseits bei der funktionalen Differenzierung von Hirnarealen, deren Zusammen-

spiel bestimmte psychische Funktionen ermöglicht, und andererseits, im Mikromaßstab, durch Analysen der zellulären und molekularen Strukturen und Prozesse. Ein Verständnis der *konkreten Realisation der psychophysischen Zusammenhänge* auf der mittleren Organisationsebene stehe demgegenüber größtenteils noch aus. Ohne diesen entscheidenden Zwischenschritt blieben alle Aussagen über den Zusammenhang zwischen beobachtbaren neuroelektrischen und -chemischen Prozessen und psychischen Leistungen weiterhin spekulativ.

Dessen ungeachtet finden sich weitergehende Behauptungen, die Tendenzen zu einer reduktionistischen *Neuro-Logik* offenbaren. Als deren Folge wiederum wachsen Befürchtungen, dass eine Forschungsperspektive, die für die gesamtgesellschaftlich-historische Praxis als Konstitutionszusammenhang des Bewusstseins blind ist, fälschlich als geeignete Epistemologie der Humanwissenschaften wie der Psychologie propagiert und wahrgenommen wird. In der Tat scheint sich ein *neuer Naturalismus* in der psychologischen Theoriebildung Bahn zu brechen, mit dem Neuropsychologie der durch die *Evolutionäre Psychologie* (vgl. Rose 2002, Maiers 2002) und das zeitweilig mit dem Humangenomprojekt verknüpfte, heute etwa in der psychiatrischen Genetik fortgeführte Programm eines *genetischen Determinismus* (vgl. Lux 2008) vorgezeichneten Bahn folgt, deren vorgeblich *ultimate Erklärungen* der Verhaltensphylo- bzw. -ontogenese sie durch *proximate Erklärungen* von Aktualgesen des Verhaltens auf Hirnebene komplettiert.

Neuronale Determination und emergente »Qualia« des Bewusstseins

Noch herrscht in den mit Bewusstsein befassten Fachwissenschaften eine *parallelistische* Arbeitshypothese vor, die eine Korrelation zwischen nicht aufeinander zurückführbaren neurophysiologischen Zuständen und emergenten Bewusstseinsqualitäten unterstellt. Einwände vom Standpunkt eines *eliminativen Materialismus* oder *identitätstheoretischer* Auffassungen markieren eher Oppositionen innerhalb der analytischen Philosophie des Geistes und üben nur geringen Einfluss auf die Forschungsarbeit in den einschlägigen Fachdisziplinen aus (vgl. Goller 2001).¹ Ausschlaggebend für das Insistieren auf psychische *Qualia* ist das Erleben personaler Einheit und Kontinuität im Bewusstseinsstrom. Episodische Zustände des *Aktualbewusstseins*, wie Sinneswahrnehmungen, Vorstellungen, Gefühlsregungen oder Bedürfnisspannungen, sind gebunden durch Zustände eines *Hintergrundbewusstseins*, zu denen etwa

1 Ich weise hier nur darauf hin und komme am Ende noch einmal kurz darauf zu sprechen, dass der Parallelismus erkenntnistheoretisch hochproblematisch ist.

das Ich- oder Selbstbewusstsein als das Erleben persönlicher Identität und autobiografischer Kontinuität, das Gewahrsein der Meinigkeit des eigenen Körpers und der Autorschaft (Urheberschaft) und Steuerung der eigenen Handlungen und mentalen Akte gehören.

Wir erklären uns die meisten unserer Handlungen, indem wir sie auf antezedente mentale Zustände zurückführen – sei es in einer Logik von *Ursache und Wirkung*, sei es in einer Logik von *Grund und Folge*. Im Falle intentionalen Handelns *wirken Gründe als Ursachen*, indem Bedürfnisse und Zielvorstellungen vermittelt über bewusste Vorsatzbildungen physische Ereignisse wie Verhaltensakte (Körperbewegungen) und deren Auswirkungen auf die Umgebung nach sich ziehen. Unsere erfolgreiche Alltagsorientierung fußt auf den kognitiven Konzepten von *Intentionalität*, *Kausalität* und, als Restkategorie, *Zufall*. Während unserem gesunden Menschenverstand deren Nebeneinander als recht unproblematisch erscheint, bildet ihre kategoriale Vereinbarkeit den strittigen Punkt in den philosophischen und einzelwissenschaftlichen Debatten über die *Willensfreiheit*.

Freiheit und Determiniertheit werden sowohl von *harten Deterministen*, die einen freien Willen in Abrede stellen, als auch von Indeterministen – sogenannten *Libertariern* –, die seine Existenz behaupten und eben deswegen jeglichen Determinismus für falsch erklären, als einander ausschließend angesehen. (Eine weitere Variante der *Freiheitsskepsis* leugnet Willensfreiheit, da diese weder mit Determinismus noch mit Zufälligkeit vereinbar sei, in der Welt aber entweder alles eine Ursache habe oder zufällig geschehe.) Diesem *inkompatibilistischen* Lager stehen andererseits sogenannte *weiche Deterministen* gegenüber, die beanspruchen, einen mit dem Determinismus der empirischen Wissenschaften verträglichen Begriff von Willensfreiheit zu entwickeln.

Was sich bisher als ungeklärte theoretische Frage im *philosophischen In-/Kompatibilismus-Streit* erwies, scheint sich durch jüngste Befunde empirischer Forschung zu erledigen: Wiederholt haben Psychologen und Neurobiologen wie Prinz (1996, 2004), Roth (2001), Singer (2003) und Wegner (2002) unsere Intuition, dass wir als Personen unsere Handlungen steuerten, als Illusion hingestellt. Ihnen zufolge werden bei unserer scheinbaren Autonomie Handlungsalternativen durch Prozesse einer *subpersonalen Maschinerie* der Informationsverarbeitung generiert und bewertet, die selbst nicht bewusst sind, deren Resultate jedoch ex post facto unserem *Ich* als persönlicher Entscheidungsinstanz zugerechnet, d. h. die als *ich-gewollt* mental repräsentiert werden. Prinz (1996, 87) umschreibt dies prägnant so: »Wir tun nicht, was wir wollen, sondern wir wollen, was wir tun.« Dass wir uns frei fühlen, wenn wir Entscheidungen treffen, und mithin für unsere Handlungsweisen und ihre Folgen verantwortlich, ist, so schlussfolgert er, kein universeller psychologischer Sachverhalt. Handlungs- bzw. Willensfreiheit sei vielmehr eine sozial konstruierte

nützliche Fiktion: Sie werde in (Sprach-) Spielen der Moral und des Rechts fabriziert, die unserer modernen Gesellschaft eigen seien und die als *Freiheitsjargon* des Alltagsverstandes ihre psychologische Wirksamkeit entfalteten (98ff).

Wenn es sich mit der neuronalen Determination tatsächlich so verhielte wie behauptet, hätte die Psychologie einen hohen Preis zu zahlen: Die *Idee des begründeten Handelns* ebenso wie die *intentionalistische Handlungserklärung* wären am Ende, kaum dass sie angefangen hätten, ihre Produktivität gegen verschiedenartige Verfehlungen von Subjektivität in verschiedenen Zweigen des psychologischen Hauptstroms zu entfalten.²

Indes: Treffen die kontra-intuitiven Thesen überhaupt zu? Wie steht es (1) um ihre empirische Evidenz und (2) um den kategorialen Status der Argumentation?

Freier Wille: eine »metaphysische Zumutung«? Experimentelle Überprüfungen und theoretische Vorbehalte

Bei näherem Hinsehen erweisen sich die *empirischen Belege* als eher dürftig. Das meiste entstammt Experimenten zur Verhaltensinitiierung, die im Anschluss an Studien des amerikanischen Neurobiologen Benjamin Libet (1985) durchgeführt wurden. Libet instruierte Versuchspersonen, aus dem Ruhezustand heraus einen Finger zu krümmen, wann immer es ihnen beliebe, und sich die Stellung eines Uhrzeigers im Moment des Gewährerdens ihres Entschlusses einzuprägen. Anders, als er es erwartet hatte, setzte das elektrophysiologisch gemessene Bereitschaftspotenzial, das für gewöhnlich Willkürbewegungen vorausgeht, 350 msec vor dem bewussten Impuls, den Finger zu bewegen, ein, der seinerseits ca. 200 msec, bevor die Versuchspersonen die Bewegung ausführten, verspürt wurde. Die bewusste Handlungsabsicht kann folglich nicht den Entschluss hervorrufen – dieser kommt vielmehr in unbewussten Hirnprozessen zustande.³

Um der gegen das allzu einfache Design der Libet-Experimente vorgetragenen Kritik Rechnung zu tragen, gestatteten die britischen Neurowissenschaftler Patrick

- 2 Hierbei lässt sich an so Unterschiedliches wie Konzepte reizausgelösten Verhaltens, die unbeschadet des historischen Niedergangs des Behaviorismus im Variablenschema nomologischer Psychologie aufrecht erhalten werden, das medizinische Modell im Kontext von Devianz und Psychopathologie, den mechanistischen Informationsverarbeitungsansatz (computational functionalism) im Rahmen des mittlerweile hegemonialen Kognitivismus, schließlich auch hyperrationalistische Erwartung-x-Wert-Theorien u.ä.m. denken.
- 3 Libet (1985) vermutete, dass dem Bewusstsein eine Veto-Funktion bezüglich der auf subpersonaler Ebene getroffenen Handlungsentscheidungen zukomme und im Übrigen die bewusste Intention eine wichtige Rolle bei der Überwachung und Kontrolle des Handlungsergebnisses spiele. Vgl. auch Libet 2005, 177ff.

Haggard und Martin Eimer (1999) in ihrer Replikationsstudie den Versuchspersonen, nicht nur den Zeitpunkt eines Tastendrucks, sondern auch die Alternative, dies mit einem Finger der linken oder der rechten Hand zu tun, frei zu bestimmen. Das in diesem Falle maßgebliche laterale Bereitschaftspotenzial ging in ganz ähnlicher Weise der Entscheidung um etwa 300 Millisekunden voraus. Wurden durch Haggards und Eimers Untersuchung aber echte Willensakte erfasst? So misst das laterale Bereitschaftspotenzial beispielsweise nicht den Vorsatz, als »gute Versuchsperson« instruktionsgemäß zu handeln, obgleich dieser eine grundlegende Voraussetzung für den Entschluss »drücke links oder rechts« ist. Wie diese Wahl am Ende ausfällt, scheint demgegenüber nicht sonderlich von Belang zu sein. Warum nicht einfach irgendeine Taste drücken – metaphorisch gesprochen: warum nicht eine Münze werfen (vgl. Seebaß, in: Hubert 2004, 10) –, wenn für die eine wie die andere Seite gleich gute Gründe vorliegen oder, anders, wenn es nach keiner Seite hin eine begründete Präferenz gibt? Haggard selbst (n. Hubert 2004, 11) räumt ein, dass das Experiment so gedeutet werden könne, dass ein Tastendruck ohne spezielle Ich-Beteiligung einfach spontanen Hirnprozessen überlassen wird. Der *experimentell realisierte Willensakt* entpuppte sich insofern recht eigentlich als *Zufallsakt*.

Alles in allem sind die *Befunde nicht überzeugend*. Sie zeigen, dass Individuen irren *mögen*, wenn sie sich selbst für bewusste Urheber ihres Handelns halten, aber sie belegen nicht, dass dies *generell der Fall ist*. Außerhalb künstlicher Laborsituationen, die Willensfreiheit als eine Angelegenheit kurzzeitiger und stark simplifizierter Willkürbewegungen operationalisieren, mögen bewusste Absichten sehr wohl eine kausale Wirksamkeit auf die nachfolgende Handlungswahl haben. Diese Kausalität darf man sich gewiss nicht wie den Stoß eines Billiardqueues, der einen Ball in Bewegung versetzt, vorstellen, sondern eher indirekt, als überdauernde Disposition, die das Gehirn in eine besondere Bereitschaft für bestimmte Aktivitäten versetzt, welche die Disposition vollenden und ausgeführt werden, sobald die passenden Umstände dafür gegeben sind (vgl. Goschke 2004, 192).

Wenden wir uns nun *den theoretischen Argumenten gegen die Idee der Willensfreiheit* zu. Drei Bedingungen, so heißt es (vgl. Beckermann 2005a), müssen bei einer freien, persönlich zu verantwortenden Entscheidung erfüllt sein: 1. *Auswahl* – Akteure müssen über alternative Möglichkeiten verfügen; 2. *Autorschaft* – sie selbst sind die Urheber ihrer Entscheidung; und 3. *Kontrolle* – ihr Wahlakt selbst darf nicht eingeschränkt sein, so dass die Individuen sich jederzeit, wenn sie es wünschen, umentscheiden könnten. Insbesondere die zweite und die dritte Bedingung scheinen sowohl der deterministischen Position als auch ihrem indeterministischen Gegenpart zuwiderzulaufen.

Das sogenannte *Konsequenzen-Argument* des harten Determinismus lautet folgendermaßen (vgl. van Inwagen 1983): Wenn eine Entscheidung eine hinreichende

Ursache in einem anderen Ereignis hat, kann sie auf *mich* nur dann zurückgehen, wenn ich zugleich dessen Urheber bin. Determinismus impliziert aber, dass auch dieses andere Ereignis sich mit Notwendigkeit aus vorhergehenden Tatsachen und den dafür geltenden Naturgesetzen ergibt, die ihrerseits zu noch weiter zurückliegenden Ereignissen führen, usw.

Wie kann eine Wahl frei sein, wenn sie von Kausalketten abhängig ist, die ich weder hergestellt habe noch unter meine Verfügung bringen kann? Unter der Prämisse des Indeterminismus darf eine Entscheidung nicht auf mich und meine inneren Prädispositionen (Bewertungsdispositionen für das Fällen einer Entscheidung) zurückgehen, weil sie in dem Falle eine Wirkung (in der Person liegender) antezedenter kausaler Bedingungen wäre und sich nicht spontan, nach Belieben – zufällig – ereignen würde.

Um dieses Dilemma aufzulösen, nimmt der *Libertarismus* neben der Determiniertheit durch natürliche Ursachen und dem rein zufälligen Auftreten eine dritte Alternative an: die *Akteurskausalität*. Diese wird als das Vermögen einer Person verstanden, als Letztursprung ihrer eigenen Ziele und Absichten *Handlungen zu verursachen, ohne selbst Ursachen unterworfen* zu sein (vgl. Chisholm 1964). »[...] free agents must be the ultimate sources of at least some of their own character-building choices and actions« (Kane 1998, 34). Diese verwegene Idee einer *Letzturheberschaft (ultimate origination)* basiert auf der fragwürdigen Voraussetzung, dass Menschen fähig seien, abstrakt-geistig, allein durch mentale Inhalte, ohne auf sinnlich-praktische Weise involviert zu sein, zu Entscheidungen zu gelangen. Solch *Voluntarismus* setzt sie außerhalb der gewöhnlichen Naturordnung. Prinz (1996, 91f) spricht daher von vernunftwidrigen »metaphysischen Zumutungen«, die mit der Idee der Willensfreiheit unvermeidlich verknüpft seien, und bezieht dies 1. auf die Annahme eines grundsätzlichen *psychophysischen Dualismus*, wonach das Psychische ein cartesianisches Eigenleben als substanzuell außerphysischer, geistiger Sachverhalt führe, 2. auf das damit eigentlich nicht verträgliche Erklärungsmuster *psychischer Kausalität*, demzufolge mentale Zustände physische Ereignisse verursachen, und 3. auf einen *prinzipiellen lokalen Indeterminismus* durch die Fiktion der Freiheit als eines supranaturalistischen Eingriffs des autonom und selbst nicht naturgesetzlich determiniert gedachten menschlichen Selbst in die Naturkausalität.

Ich kann Prinz' kritischen Argumenten über weite Strecken folgen, teile aber seine Prämisse nicht, dass die Idee extramundaner Personen als unbestimmter Quellen der Determination unvermeidlich aus der Vorstellung von der Willens- und Handlungsfreiheit folge. Eine solche libertarische Positionierung ist nicht das letzte Wort – wie die Möglichkeit eines weichen Determinismus zeigt, der Willensfreiheit mit Kausalität verknüpft.

Ich möchte auch Prinz' Diktum (1996, 92) in Frage stellen, dass Psychologie als wissenschaftliches Unternehmen unterminiert werde, wenn sie als erklärendes theoretisches Konzept die Idee persönlicher Willens- und Handlungsfreiheit einschließe. Diese Idee, so führt er aus, diene einem wichtigen gesellschaftlichen Zweck, insofern sie individuellen Akteuren moralische Verantwortlichkeit für ihr Handeln zuschreibe. Sie leiste dies, indem sie explanatorische Regresse auf unbeeinflussbare äußere Umstände bei der individuellen Begründung/Rechtfertigung eigenen Verhaltens abschneide. Eben diese erkenntnistheoretische Konsequenz sei jedoch für Wissenschaften unannehmbar, deren Erkenntnisstreben prinzipiell unbegrenzte Erklärungs-, Ableitungs- oder Reduktionsketten in der Methode und folglich einen durchgängigen Determinismus in der Sache benötige. Anders als im gesellschaftlichen Spiel der Moral sei also der Handlungs-/ Willensfreiheitsdiskurs aus der Theoriesprache der Wissenschaften strikte herauszuhalten.

Wenn ich es richtig sehe, hängt alles von der Bedeutung ab, die den Konzepten der *Kausalität* und des *Determinismus* beigelegt wird. Die Freiheitsskeptiker scheinen mit verengten Vorstellungen von Determination – *Wirkursache*, *Abgeschlossenheit*, *Linearität* usw. – zu operieren, die der klassischen Newtonschen Mechanik entlehnt (und, schlimmer noch, häufig in einer naiv-realistischen Weise als genaue Deskription der objektiven Natur missinterpretiert) werden. Gemäß der regulativen Idee des sogenannten *Laplaceschen Dämons* (Laplace 1996 [1814]) gelangen wir zu präzisen Prognosen aller möglichen Arten von Phänomenen oder zu Retrodiktionen der ursächlichen antezedenten Systemzustände, wenn wir das jeweilige Kausalgesetz kennen und in der Lage sind, Zufallereignisse oder sonstige Arten partieller Indeterminiertheit auszuschließen. Die klassisch-mechanische Kausalitäts- und Determinismuskonzeption kann in der modernen Physik, deren theoretische Beschreibungen und Erklärungen der Natur Unbestimmtheiten und Unvorhersagbarkeiten enthalten, jedoch nur noch einen begrenzten Geltungsbereich beanspruchen (Hawking 1993). Erweiterte Konzepte von Natur und kausalgesetzlichen Naturabläufen – die die Evolution der Menschen als biologischer Spezies mit einer einzigartigen *gesellschaftlichen Natur* einbegreifen – sind naturwissenschaftlich längst gang und gäbe (vgl. Maiers 1992).

Es gibt noch einen weiteren Vorbehalt. Als besondere Form von epistemischer Praxis fußt Wissenschaft mit Notwendigkeit auf psychischen Prozessen wie Wahrnehmen, Denken, Urteilen und Entscheiden – welche die Physik ohne weitere Reflexion als Bedingungen des empirischen Erkenntnissubjekts anerkennt. Dieses ist aus dem physikalischen Weltverständnis vorläufig ausgeschaltet und in die Rolle eines außenstehenden, unbeteiligten Beobachters gerückt (vgl. zu dieser Objektivierung Schrödinger 1967, 32f). Die dem Bewusstsein eigenen subjektiven Qualitäten werden keinesfalls als nicht zur Natur gehörige *private* Phänomene abgetan,

sondern nur als ein Erfahrungsbereich angesehen, der außerhalb der Untersuchungsmöglichkeiten der Physik liegt.

Mithin sollten wir aus dieser Wissensdomäne auch keine materialistische Erklärung der *Qualia* erwarten: Der Übergang von Schallwellen in das emotionale Empfinden der Klangschönheit eines Stücks Musik oder zum Verstehen eines musikalischen Sinnzusammenhangs kann nicht aus physikalischen Gesetzen abgeleitet werden.

Was bisher gesagt wurde (vgl. Kornadt 1996) liefert keinen positiven *Beweis für die Existenz der Willensfreiheit*, aber es entzieht dem Freiheitsskeptizismus ein wesentliches Argument. Irreführend scheint es mir allerdings zu sein, wenn man sich zur positiven Begründung auf den *Quantenindeterminismus* oder die *Indeterminiertheit chaotischer Systeme* beruft, um die Freiheit von Willensakten als schlicht ein weiteres nichtdeterminiertes Moment in einem generell nicht durchgängig deterministischen Kosmos auszuweisen. So versucht Kane (1998) eine naturalistische Analyse der Generierung freier Entscheidungen als chaotischer, also makroskopisch indeterminierter neuronaler Prozesse, die durch Quantenereignisse beeinflusst würden. Johnson-Laird (1988) führt in ähnlicher Weise die Stochastik eines Zufallsgenerators als Modell für unsere Gehirnleistungen an. So wie diese physikalischen Erscheinungen allesamt genaue Voraussagen einzelner Ereignisse verböten, könne auch das Resultat einer freien Willensentscheidung nicht vorhergesagt werden.

Solch eine Parallelisierung verkennt erstens, dass die Ersetzung der gewöhnlichen kausalen Determination durch eine kausal nicht erklärbare Form subjektiver Handlungsdetermination – ein Eckstein im radikal-voluntaristischen libertaristischen Verständnis von Freiheit – sich nicht auf eine bloße Abwesenheit von Determination oder Grenzen der Determinierbarkeit beschränkt. Zweitens spiegelt der Mangel an Determinierbarkeit/Vorhersagbarkeit eines Einzelereignisses in der Physik nicht reinen Zufall, geschweige denn supranaturalistische Eingriffe wider (vgl. Prinz 1996, 92). Und drittens ignoriert die Parallele den Umstand, dass das Treffen einer Entscheidung nicht als Zufallsprozess erlebt wird, der sogar für die Handelnden selbst unvorhersehbar/unvorhersagbar wäre, sondern vielmehr als eine definitive Setzung (vgl. auch Herrmann 1996, 61). Das (unter bestimmten Prämissen gebildete) *Fiat* des »Ich will« impliziert (am Maßstab praktischer Vernunft: »vernünftigerweise«) ein umschriebenes Handlungsereignis und zieht im Prinzip (sofern sich die Prämissenlage und die Ausführungsbedingungen nicht ändern) sicher dessen Realisierung nach sich.

Beliebigkeit, Zufälligkeit und Unerklärlichkeit sind keine Merkmale *begründeten Handelns*. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass Indeterminismus die subjektive Rationalität und Regelmäßigkeit, welche Intentionalität auszeichnet, untergräbt. Willensfreiheit verlangt geradezu nach dem Determinismus – nämlich

einer *Determination durch Gründe*. In der Psychologie wurde diese kompatibilistische Perspektive eines weichen Determinismus, die die Verknüpfung zwischen Freiheit, Willentlichkeit und Intelligibilität herausstreicht, schon 1946 durch Rubinstein eingenommen:

Die Freiheit des Willensaktes, die sich in seiner Unabhängigkeit von den Impulsen aus der unmittelbaren Situation ausdrückt, bedeutet, dass das Verhalten des Menschen nicht direkt durch seine unmittelbare Umgebung determiniert ist, sie bedeutet aber natürlich keineswegs, dass es überhaupt nicht determiniert ist. Willenshandlungen sind nicht weniger determiniert und gesetzmäßig als unwillkürliche – impulsive, instinktive, reflektorische – Bewegungen. Ihre Gesetzmäßigkeit und Determiniertheit ist nur von anderer Art. Aus einer unmittelbaren ist eine mittelbare geworden. Die Willenshandlung wird durch das Bewusstsein der Persönlichkeit vermittelt. (Rubinstein 1958, 631)

Auf der Suche nach einer kompatibilistischen Erklärung

Lässt sich gegenüber der inkompatibilistischen Gewissheit, dass es Freiheit des Willens nur als übernatürliche Handlungsmächtigkeit gibt, aufweisen, dass auch in einer durchgängig natürlichen Welt, insbesondere in Bezug auf Menschen als mit einzigartigen psychischen Fähigkeiten ausgestattete biologische Spezies, die Bedingungen der Autonomie erfüllt sein können?

Meine Antwort fällt positiv aus. Die ihr zugrundeliegende Argumentation (vgl. zum Folgenden auch Beckermann 2005a, 119f) hat zur Prämisse, dass Kausaltermination (nach dem Axiom der Geschlossenheit der physikalischen Welt) nicht per se freiheitswidrigen Zwang beinhaltet.

Fangen wir zunächst bei dem einfacheren Begriff von *Handlungsfreiheit* an. Sie verlangt, dass eine Person nicht *äußeren Zwangsumständen* unterliegt, sondern *tun kann*, was sie gerne täte. Diese Definition von Freiheit ist jedoch unzureichend, wie der beispielhafte Fall von Drogenabhängigen zeigt, die nicht von außen zu ihrem Suchtverhalten getrieben, sondern von einem *inneren Zwang* beherrscht werden. Kurzum, Drogenabhängigen mangelt es an *Willensfreiheit*. Sie sind außerstande, ihrer übermächtigen Begierde nach Drogen wirksam dadurch zu widerstehen, dass sie diese – aus Einsicht (»begründeterweise«) – nicht nehmen *wollen*.⁴ (Analog wäre beispielsweise das Symptomverhalten bei Phobien oder Zwangsstörungen zu bedenken.)

4 Die denkbare Vermittlung des *zwanghaften* Suchtmusters mit subjektiven *Gründen*, am Drogenkonsum festzuhalten, ist für das vorstehende Argument fehlender Willensfreiheit ebenso unerheblich wie der Umstand, dass die als innerer Zwang erlebten unverfügbaren körperlichen Prozesse/Zustände dem Drogenabhängigen ihrerseits zu Begründungsprämissen seines Handelns werden. Vgl. zur

Freiheit von inneren *Zwängen* beinhaltet keine *Freiheit von jeglichen Determinanten*, namentlich von inneren Prädispositionen des Sichentscheidens und Handelns. Volitive Phänomene unterstellen Lebewesen, die nicht nur Bedürfnisse *haben*, sondern sich auch *ihrer bewusst* und darüber hinaus in der Lage sind, sich zu ihnen zu verhalten, d. h. Präferenzen zu treffen, welches ihrer Bedürfnisse in einer gegebenen Situation ihr Handeln leiten solle. Menschen handeln nach ihren Wünschen und Überzeugungen, entweder, weil sie diese bedacht und gegeneinander abgewogen haben, oder auf der Basis von Entscheidungsmechanismen, die Argumenten für die eine oder andere Alternative zugänglich sind.⁵ Dieser Prozess sorgt dafür, dass im Moment der Entscheidung nur die Gründe und Motive wirksam werden, die als die stärksten und vordringlichen erlebt werden.

Libertariern, die auf Letzturheberschaft pochen, stellt sich dagegen eine wahrhaft freie Person als eine dar, die, noch nachdem Pro und Kontra gründlich abgewogen sind, imstande wäre, sich gegen den daraus (eigentlich) folgenden Handlungsvorsatz zu entscheiden. Aber kann die Aussage, dass meine Entscheidungen durch *mich* selbst bestimmt sind, überhaupt etwas anderes bedeuten, als dass sie auf *meinen* Präferenzen beruhen, die aus meinen Bedürfnissen und Möglichkeiten ihrer Befriedigung, wie ich sie gegenwärtig wahrnehme oder antizipiere, resultieren? Wäre es nicht aberwitzig, zu Entscheidungen in einer Weise zu gelangen, die nicht dem entspricht, was man selbst im Hinblick auf seine eigene subjektive Befindlichkeit und objektive Lage für angebracht hält – bzw. sich die Option eines anderen, durch nichts prädisponierten Handlungsvorsatzes offen zu halten? Es wäre dann allein eine Sache des Zufalls, wie sich diese Person entschied, und ihre tatsächlichen Entscheidungen blieben unerklärlich, ihr Verhalten erratisch. Es ist schwerlich vernünftig, eine Person genau dann als frei und verantwortlich anzusehen.⁶

Begründetheit menschlicher Handlungen und speziell zu deren »körperlicher Situiertheit« Holzkamp 1983, 342ff, und 1993, 253ff. Forschungsmethodische Implikationen dieses Konzepts hat Markard in verschiedenen Beiträgen herausgearbeitet. Für eine kurze Darstellung vgl. z. B. 2000.

- 5 Ähnlich heißt es bei Bieri (in Hubert 2004, 16): »Zur richtigen Idee von Freiheit gehört die Erfahrung, dass der Wille von unserem Überlegen und Urteilen abhängt – dass wir also das wollen, was wir überlegenderweise für richtig halten – und dass wir ihn artikulieren, billigen und verstehen können.« Vgl. ausführlich Bieri 2006.
- 6 Das Intelligibilitätsargument hat verschiedenartige Ausformulierungen gefunden. Sie reichen, um nur drei Beispiele zu nennen, von John Lockes Bestimmung der Freiheit des Menschen in seinem *Versuch über den menschlichen Verstand* (1981) über William Drays Konzept der »good reasons« (1985) bis hin zu Klaus Holzkamps kategorialer Aufschlüsselung des Verhältnisses von Bedingtheit und Subjektivität/Freiheit menschlicher Lebenstätigkeit und seiner Explikation des Subjektstandpunkts als Diskursebene »subjektiver Handlungsgründe« (1983, Kap. 7.4, 342ff; 1991; 1993, Kap. 1, 17ff)

In unserer Selbsterfahrung des freien Willens sind wir nicht auf ein *leeres Ich* als tabula rasa verwiesen, sondern auf einen kontextualisierten (situativ eingebetteten und leiblichen) Akteur, in dessen intentionalem Handeln sowohl selbstbestimmte – vorsätzliche, verfügbare, wissentliche – als auch kontingente – widerfahrende, widerstrebende und unwissentliche – Momente zu einem Komplex verschränkt sind.⁷ Wenn es um menschliches Handeln geht, bilden Grund-Folge-Beziehungen eine *spezifisch menschliche Form der Verursachung* – wenn auch stets vermittelt mit natürlichen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen (Naturkausalität).⁸

Das Thema einer *unverursachten Verursachung* stellt sich nur in philosophischen und theologischen Diskursen, die (im Kontrast zu naturwissenschaftlichem Determinationsdenken) Willensfreiheit als eine natürlicher Determination entgegengesetzte ultimative geistige Allmacht hypostasieren. Und nur insoweit man diese (unhaltbare) Entgegensetzung für bare Münze nimmt und der Kritik unhinterfragt voraussetzt, liegt der Schluss nahe, das Erleben der Freiheit als *fiktional* abzutun.

Zwei Einwände gegen das *kompatibilistische Argument der Intelligibilität* gilt es auszüräumen (vgl. Beckermann 2005a). Erstens: Wie können Entscheidungen und Handlungen aus subjektiven Gründeabwägungen folgen, wenn sie, wie bei allen biologischen Wesen, durch neuronale Prozesse herbeigeführt werden? Der Kompatibilismus muss selbstverständlich auch mit neurowissenschaftlichen Erkenntnissen kompatibel sein. Der strittige Punkt ist hierbei nicht, *ob*, sondern *wie* eine freie Entscheidung in Hirnprozessen kausal verankert ist. Somit stellt sich die folgende Frage: Kann man der gesicherten psychophysischen Relation von Gehirn und Bewusstsein gerecht werden und zugleich es als gewiss annehmen, dass vorsätzliche Entschlüsse eine unabhängige Rolle bei der Wechselwirkung neuronaler Netzwerke spielen?

Um einen Einstieg zu finden: Offensichtlich überlegen wir zumindest gelegentlich und sind zugänglich für Argumente, ehe wir einen Handlungsentschluss fassen. Man betrachte das folgende (Beckermann, 112 u. 121, entlehnte) Beispiel: Ich leide nach durchzechter Nacht an Kopfschmerzen und bin drauf und dran, eine Kollegiumssitzung zu schwänzen, als mich eine Kollegin anruft und bedrängt zu kommen, da meine Stimme bei einer wichtigen Entscheidung ausschlaggebend sein könne. Augenscheinlich *können* die von ihr vorgebrachten Begründungen meine Entscheidung beeinflussen. Warum sonst sollte sie mich anrufen? Folglich können entweder

7 Graumann (1996) expliziert unter Bezug auf Wundts Prinzip der »Heterogonie der Zwecke« und Ricoeurs Phänomenologie des Wollens und Handelns diese Interdependenz des Willentlichen und Unwillentlichen im intentionalen Handeln. Vgl. auch Maier 1994, 1996.

8 In der kritisch-psychologischen Rede von der Dialektik von *subjektiver Bestimmung* und *objektiver Bestimmtheit* des Menschen ist, wohlverstanden, diese Vermittlung mitgemeint.

nicht alle Entscheidungen auf neuronalen Prozessen beruhen – oder aber es gibt neuronale Prozesse, die für Begründungen und Argumente empfänglich sind.

Beckermanns philosophischer Gedankenführung folgend, betrachte ich die zweite Alternative als die plausiblere. Sie ist zudem mit *einer kognitiv-neurowissenschaftlichen Perspektive* kongruent, in der nach spezifischen neuronalen Systemen oder Aktivierungsmustern geforscht wird, die der Wahl und Einleitung intentionaler Akte und der Mobilisierung von Selbstkontrollstrategien zugrunde liegen (vgl. zu diesem Arbeitsprogramm Goschke 2004).

Bevor ich dieser Angelegenheit näher nachgehe, möchte ich den zweiten Vorbehalt aufgreifen: Können neuronal realisierte Akte der Gründeabwägung und Handlungsentscheidung noch als *meine* persönlichen Vollzüge angesehen werden? Diesbezüglich finden sich zwei Einwendungen. Wie nicht anders zu erwarten, argumentieren Libertarier erneut dahingehend, dass eine freie Entscheidung ausschließlich auf *mir* ruhen und nicht von den Kontingenzen meiner inneren Verfassung abhängen dürfe. Bezüglich dieses Arguments lässt sich nur wiederholen, dass es befremdlich ist anzunehmen, die biologische Natur (oder, analog, die Sozialisation) beraube uns unserer Freiheit und manipulierte uns dadurch, dass sie uns mit gewissen Entscheidungsmechanismen bzw. -dispositionen ausstatte. Die Denkfigur eines willensbegabten/wollenden Geschöpfes ohne psychische Prädispositionen (seien diese genetisch festgelegt oder lernbasiert) ist Fantasterei, und sie ist in sich unstimmig, da solche *mittellosen* Wesen weder ein Motiv hätten, Ziele anzustreben und Absichten zu fassen, noch über Kriterien verfügten, um eine Wahl zu treffen.

Die Freiheitspessimisten auf der anderen Seite verweisen erneut auf submentale Prozesse der Generierung von Entscheidungen, die keiner Reinterpretation auf der Ebene einer personalen Instanz (eines *subjektiven Intentionalitätszentrums* sensu Holzkamp 1983, 1993) bzw. in Begriffen personaler Handlungsfähigkeit bedürften. Dies ist indessen eine offene Frage empirischer Forschung und nichts, was *ex cathedra* verkündet werden könnte.

Im Prinzip ist es sehr wohl möglich, von natürlichen Wesen zu behaupten, sie *selbst* hätten ein bestimmtes Verhalten in Gang gesetzt, sofern sie nicht reflexhaft gleiche Reize stets auf dieselbe Weise beantworten, sondern über eigene Energieressourcen verfügen und die Art und Richtung ihrer Bewegungen unter gegebenen Umständen von variablen inneren Steuerungsprozessen abhängen. Ethologische Studien instinktiven Verhaltens und seiner gelerntesten Modifikationen liefern reiche Belege dafür, dass bei den meisten höheren Tieren die Möglichkeit von Verhaltenswahlen gegeben ist, deren jeweiliger Ausgang von innerorganismischen Kontrollmechanismen gesteuert wird. Goschke (2004, 188) beschreibt unter der Überschrift »Der evolvierte Wille: Vom Reflex zur Antizipation« die entscheidenden Schritte auf dem Weg zur willentlichen Verhaltenssteuerung so:

Im Verlauf der Evolution unterschiedlicher Formen der Verhaltenssteuerung ist es zu einer zunehmenden Abkoppelung der Reaktionsselektion von der unmittelbaren Reizsituation und Bedürfnislage gekommen, womit gleichzeitig ein Zuwachs an Freiheitsgraden der Verhaltenskontrolle verbunden war. [...] Es sind insbesondere zwei antizipative Leistungen, die entscheidende Voraussetzungen für solches Verhalten sind, das wir gemeinhin als willentlich kontrolliert ansehen: (1) die Fähigkeit, mehr oder weniger weit in der Zukunft liegende Effekte des eigenen Verhaltens zu antizipieren und zu bewerten und Verhalten an solchen mental repräsentierten Zielzuständen auszurichten (*Effektantizipation und Zielgerichtetheit*); (2) die Fähigkeit, zukünftige Veränderungen der eigenen Bedürfnislage zu antizipieren und bei der Ausrichtung des eigenen Verhaltens an solchen antizipierten Bedürfnissen wenn nötig aktuelle Bedürfnisse oder emotionale Impulse zu unterdrücken (*Bedürfnisantizipation und Selbstkontrolle*).

Die Anschlussfähigkeit dieser Überlegungen zur funktional-historischen Analyse der naturgeschichtlichen Entwicklung von Emotionalität und Motivation (als gelernter Wertungsantizipation) durch die Kritische Psychologie (H.-Osterkamp 1975, Holzkamp 1983, Kap. 3.3 und 4, 95ff und 121ff) ist unübersehbar.

Eine Rekonstruktion der Psychophylogenese hätte zu erklären, wann und wie mentale Konzepte des *Könnens*, *Müssens* und *Wollens* in der Evolution höherer Säuger und speziell der Primaten entstanden und zu einem *Ich-Erleben* führten. *Paläopsychologische* Studien des *Tier-Mensch-Übergangsfeldes* und der darauf folgenden Hominidenevolution sind rar, methodisch kompliziert und haben diesbezüglich noch nicht all zu viel entschlüsseln können. Aber wenn Hominiden nicht auf einer frühen Stufe ihrer Entwicklung zur Einsicht befähigt worden wären, dass Ereignisse nicht nur als kontingente Effekte bestimmter Ursachen eintreten, sondern qua vorsätzliche Handlungen aus nachvollziehbaren Gründen folgen können, wären Menschen niemals in die Lage versetzt worden, Wissen und Moral zu entwickeln, deren Denkformen für die personale Daseinssicherung in gesamtgesellschaftlich vermittelten Lebens- und Bedeutungszusammenhängen und für die Realisierung menschlicher Sozialbeziehungen als Intersubjektivität, durch welche ich den je anderen als von mir unterschiedenes, gleichrangiges Intentionalitätszentrum in seinem Verhältnis zu gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten erfasse, vorausgesetzt sind. Homo sapiens dürfte unter einem starken Selektionsdruck gestanden haben, eine Fähigkeit zu freier Entscheidung und freiem Handeln herauszubilden, die sich im Erleben von Willen und Selbstwirksamkeit als emotional-motivationalen Funktionsaspekten eines »bewussten Verhaltens-zu« (Holzkamp 1983, 233ff) widerspiegelt. Im Gegensatz zum Erleben von mangelnden Möglichkeiten, auf die natürliche und soziale Umwelt einzuwirken, und von Kontrollverlust signalisierten solche Erfahrungen von Autonomie Kompetenz und bildeten ein starkes Motiv für menschliches Handeln. Herrmann (1996, 58) folgert:

»Die Willensfreiheit ist keine nützliche Fiktion, sondern eine nützliche – kognitive – Realität.«

Zur erstgenannten Frage zurückkehrend, ob wir annehmen können, dass einige neuronale Aktivitäten Prozesse des Beabsichtigens oder Reflektierens von Handlungen *sind* (ihnen zugrunde liegen, sie realisieren), greife ich Beckermanns (2005b) Hinweis auf das Funktionieren von Computern auf, das in eins als physikalischer Vorgang und – funktional – als Symbolverarbeitung klassifiziert werden kann. In ähnlicher Weise können Hirnfunktionen einerseits als dynamische Arbeit von Neuronenverbänden beschrieben werden und gleichzeitig – psychologisch und in qualitativ-inhaltlichen Begriffen – als, beispielsweise, bewusste Vergegenwärtigung von Erinnerungen. Die Existenz spezialisierter Kanten- oder Gesichtsdetektoren zeigt, dass Neuronen, durch ihre Verschaltung mit anderen Neuronen und Rezeptoren auf Beschaffenheiten des visuellen Feldes oder der sozialen (Art-)Umwelt ansprechen. Augenscheinlich sind Neuronen sogar rezeptiv für (gegenständliche und sprachlich-symbolische) Bedeutungen. Während die Reaktion unseres Gehirns auf den Schreckensruf »Feuer!« sich von der Reaktion auf den Ausruf »Freibier!« unterscheiden dürfte, wird sie der Reaktion auf »Das Haus brennt nieder!« entsprechen. Nicht die syntaktisch verschiedenartigen Wörter, sondern die Bedeutungen geben den Ausschlag. Dass ich (im oben angeführten Beispiel) schließlich zur Kollegiumssitzung aufbreche, lässt sich am ehesten mit der Hypothese begrifflich machen, dass die neuronalen Prozesse, die mein Gehen bewirken, auf die Bedeutung der Äußerungen meiner Kollegin ansprechen (vgl. Beckermann 2005b, 121f).⁹ Damit steht der grundsätzlichen Annahme nichts mehr im Wege, dass es sich bei manchen neuronalen Prozessen um Prozesse des Abwägens von Gründen handelt. Freiheit und neuronale Bedingtheit schließen sich also nicht aus.

Der phänomenale Dualismus zwischen Bewusstsein und Gehirn zieht nicht notwendigerweise den im philosophischen Substanzdualismus implizierten Schluss zweier disparater (ontologischer) Wirklichkeiten nach sich. Ebenso wenig müssen wir Zuflucht zum Parallelismus nehmen. Es ist wahr, dass der Parallelismus vor Reduktionismus insofern bewahren hilft, als er durch seine Doppelbeschreibung in zweierlei

9 Vgl. auch M. Pauen (in Hubert 2004, 14): »Menschliche Entscheidungen sind schon insofern bedingt, als sie das individuelle psychische Fundament einer Person zur Voraussetzung haben. Ohne diesen Bezug auf innere Überzeugungen und Wünsche wäre Freiheit gleichbedeutend mit Zufall oder Beliebigkeit [...] Wenn also meine Überzeugung auf irgendeine Weise neuronal realisiert ist, dann widerlegt mir ein Neurobiologe, der mir jetzt diesen Mechanismus erklärt, nicht meine Freiheit, sondern zeigt mir nur, wie diese Selbstbestimmung *an dieser Stelle möglich* ist.« (Hvh. W.M.)

Theoriesprachen eine korrelative Integration von Bewusstseins- und Hirnzuständen erlaubt. Dieser relative Vorzug kann jedoch nicht seinen Mangel wettmachen, *keine Erklärung der psychophysischen Kausalität* zu bieten. Mentale Zustände, insbesondere bewusste Absichten, können nur dann kausal zum Treffen von Entscheidungen beitragen und natürliche Körper ursächlich veranlassen etwas zu tun, wenn sie als solche auf einer neuronalen Ebene physisch realisiert sind. (Der Befund, dass nicht bewusst repräsentierte, teils auch nicht bewusstseinsfähige neuronale Prozesse immer an vorsätzlichen Entscheidungen beteiligt sind, ist dabei weder neu noch steht er im Widerspruch zur Intentionalität.) Physische und psychische Gegebenheiten bilden gemeinsam ein »*psychophysisches Ereignis*« (Herrmann 1996, 63). Als *konkrete* Identität einer bestimmten inhaltlichen Erfahrung und einer bestimmten Qualität des Erlebens einerseits und eines korrespondierenden Hirnzustandes andererseits darf diese Einheit nicht mit *Gleichheit* im *abstrakt-analytischen* Sinne, den reduktionistische materialistische Identitätslehren meinen, verwechselt werden, da emergente Merkmale subjektiver Erfahrung nicht auf Phänomene reduziert werden können, die sich im Zentralnervensystem messen lassen. Umgekehrt folgt daraus, dass das Mentale nicht das Physische *determiniert*, da differente konstitutive Bestandteile einer übergreifenden psychophysischen Ereigniseinheit nicht in einem wechselseitigen Einwirkungsverhältnis zueinander stehen. Differente psychophysische Ereignisse können hingegen aufeinander einwirken (Fodor 1987). Da Menschen über aktive Gehirne verfügen, die augenscheinlich psychophysische Ereignisse einschließlich mentaler Qualitäten hervorbringen (vgl. Bechtel 1990), müssen beide Konstituenten als real betrachtet werden. Von einem Widerspruch zwischen naturgesetzlicher Determination und erlebter (kognizierter) Freiheit kann also keine Rede sein.

Die Freiheitsgewissheit dadurch zu mystifizieren, dass man sie zu einem bloßen *Epiphänomen* degradiert, zu einem *illusionären Effekt*, der für unsere gesellschaftlichen Verhältnisse charakteristische Moralpraktiken erklärt, oder als bloßes *Sprachspiel*, gar als unwissenschaftlichen *Jargon* abtut, finde ich in mehrerlei Hinsicht befremdlich: Zum einen werden Phänomene begründeten Handelns nicht bloß privat, in der Selbstwahrnehmung, erfahren, sondern auch intersubjektiv mit-/geteilt. Darüber hinaus lassen sich solche Phänomene jenseits des bloßen Empfindens von Selbstbestimmung, Wahlmöglichkeit oder Freiheit¹⁰ anhand funktionaler Kriterien objektivieren, welche Verhaltenserscheinungen wie Selbstwertschätzung, emotionalen Ausdruck, Aufmerksamkeitsfokussierung, Anstrengung etc. einschließen, die zur anerkannten Basisempirie psychologischer Forschung gehören und die je

10 Vgl. Deci und Ryan 1985, 251: »quality of self determination: a true sense of choice, a sense of feeling free«.

nachdem, ob es sich um intentionales Handeln oder nicht-intentionales Verhalten handelt, unterschiedlich ausfallen (vgl. Kornadt 1996, 26f, 39ff).

Zum zweiten ist das Argument wegen des theoretischen Vakuums befremdlich, das es hinterlässt, wenn in diesem Falle – und nur in diesem Falle – der ansonsten allgegenwärtige Versuch, Verhaltens- und Erlebensweisen an neuronale Strukturen und Prozesse zurückzubinden, nicht einmal als eine Möglichkeit in Betracht gezogen wird. Die (im Argument, das subjektive Erleben von Willensfreiheit werde durch nichts als sozial-institutionelle Moralpraktiken konstruiert, aufscheinende) Vorstellung einer gesellschaftlichen Praxis, deren individuelle Träger (Akteure) durch keinerlei natürliche Potenziale (*gesellschaftliche Natur*) überhaupt zur Vergesellschaftung und Teilhabe befähigt sind, scheint mir nur eine andere Spielart »*metaphysischer Zumutung*« zu sein.¹¹

Folgerichtig ist es an der Neuropsychologie, sich der Herausforderung zu stellen und zu demonstrieren, *wie begründetes Handeln* – in seiner spezifischen Differenz zu und Wechselwirkung mit unwillentlichem, unwillkürlichem und unbewusstem Verhalten – *auf neuronaler Ebene*, beispielsweise als spezifisches Erregungsmuster, *ermöglicht* ist. Ungeachtet gegenwärtiger theoretischer und methodischer Schwierigkeiten sollte dies im Grundsatz zu bewerkstelligen sein, ohne sich in Widersprüche zu verwickeln.

Schlussfolgerungen

Die Lesart gewisser Befunde der Neurowissenschaften, wonach Willensfreiheit nicht existent sei, nimmt als gegeben an, dass das Gehirn und die Person (das *Ich*, *Selbst*) strikte getrennt seien. Im cartesianischen Substanzdualismus fällt das Privileg, zu überlegen und entscheiden, was zu tun sei, und das Gehirn zu veranlassen, die Entscheidung in die Tat umzusetzen, dem immateriellen Geist zu. Es kann schwerlich überraschen, dass moderne Hirnforschung ein solches *mysteriöses Ich* nicht ausfindig zu machen vermag – da es einen exklusiven Ort im Gehirn, an dem alle gesammelten Informationen zusammenlaufen, so dass das *Ich* sie dort anschau-

11 Wolfgang Prinz (in Hubert 2004, 8) formuliert diese Vorstellung so: »Das ist die Vorstellung, dass die Konstrukte, mit denen wir uns in unserer Alltagspsychologie über unser eigenes Handeln wechselseitig verständigen, [...] das Produkt von sozialen Diskursen sind. Das heißt, der freie Wille wäre [...] in dieser Vorstellung eine soziale Institution und nicht so etwas wie der Ausdruck unserer natürlichen, naturgegebenen mentalen Verfassung.« Gegen diese leere Abstraktion einer idealistischen Sozialontologie, die die Naturbedingtheit des menschlichen Vergesellschaftungsprozesses auslöscht, setzt die Kritische Psychologie einen historisch-materialistischen Begriff der gesellschaftlichen Menschheitsgeschichte, der diese mit ihren naturgeschichtlichen Voraussetzungen vermittelt. (Vgl. Maiers 1985)

en und bewerten könnte, ebenso wenig gibt wie einen Ort, an dem das *Ich* als *zentrale Exekutive* eingreifen könnte, um bestimmte Motoneuronen zu aktivieren. (Deren Feuern geht auf Aktivitäten anderer Teile des Gehirns zurück.)

Wenn sie diesen Umstand gegen die Denkmöglichkeit eines freien Willens kehren, erweisen sich die Skeptiker, die so überzeugend gegen das libertarische Konzept eines voluntaristisch als unverursachtes Wollen aufgefassten freien Willens auftreten, als *selber in cartesianischen Vorstellungen befangen* – insofern sie irrtümlich eben das, was sie kritisieren: nämlich den Dualismus von Körper und Gehirn auf der einen und einem unleblichen Geistsubjekt (das, ohne selber körperliche Merkmale aufzuweisen, auf den Körper einwirkt) auf der anderen Seite, als einzig denkmögliche Option unterstellen.

Im Gegensatz zur cartesianischen Trennung des individuellen Subjekts und seines Gehirns ist letzteres ein zentrales Organ des ganzheitlichen Lebewesens. Seine spezifisch menschliche Existenzform ist das Bewusstsein, das als Charakteristikum die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen und intentional zu handeln, einschließt. Die Redeweise eines *entscheidenden Gehirns* – soweit sie denn überhaupt statthaft ist – schließt nicht die Möglichkeit aus, die Entscheidung der ganzen Person (als seines verantwortlichen Trägers) zuzuschreiben. Mehr noch: Diese Redeweise ist gänzlich sinnentzogen, wenn von der gesellschaftlich situierten sinnlichen Praxis menschlicher Individuen als des realen Kontextes, in dem Entscheidungen getroffen werden, abgesehen wird und die Akteure durch die natürlichen (biosozialen) Organe ihrer Handlungsfähigkeit ersetzt werden würden. Dieses *quid pro quo* offenbart das ernste theoretische Missverständnis einer *Akteur-System-Kontamination* – und unterliegt vollinhaltlich der hieran geübten einschlägigen Kritik.¹²

Aus meiner Sicht liegt der tiefere gemeinsame Grund für die verschiedenen problematischen Positionen in der *Reduktion des Leib-Seele- oder psychophysischen Problems auf seinen psycho-physiologischen Aspekt*. Eine angemessene *ultimate Erklärung* würde demgegenüber auf den aktiven Austausch zwischen lebendigen Organismen und ihrer gegenständlich-bedeutungsvollen Umwelt Bezug nehmen, der in der Koevolution von Verhaltenssystemen, ihren psychischen Funktionsaspekten und den korrespondierenden materiellen Substrata widerspiegelt wird. Hirnorgane bilden sich als *morphologisch-funktionale Systeme der Widerspiegelung der äußeren Wirklichkeit* heraus. Nur in Verbindung mit diesem *psycho-gnoseologischen* Blickwinkel stellt sich das psychophysische oder psychophysiologische Problem der Transduktion – und nur in dieser weiteren Perspektive auf die Welt als letzten Ursprung psychischer Phänomene lässt es sich lösen.¹³ Was das menschliche Bewusstsein

12. Vgl. Herrmann 1982; Holzkamp 1993, 118ff; Maiers 2008 i.Dr.

anbetrifft, so ist es gewiss nicht das Gehirn, das es, im strengen Sinne des Wortes, *produziert*, denn Bewusstsein ist gerichtet auf objektive Bedeutungen, die es widerspiegelt. Und die Entwicklung gegenständlicher Bedeutungen, handle es sich nun um natürliche Gegebenheiten oder um menschliche Artefakte, ist ein konstitutiver Bestandteil menschlicher Geschichte. Um es allgemein auszudrücken: Das Mittel gegen die Verdinglichung psychischer Funktionen und ihrer neuronalen Grundlagen durch einen abstrakten, dekontextualisierenden Denkansatz ist eine konkrete *psycho-phylogenetische Rekonstruktion*, die eine Erklärung der jeweiligen Merkmale und deren Genese in der Evolution artspezifischer Lebensprozesse sucht. Aus der Erklärungsperspektive des dialektischen und historischen Materialismus erscheinen beide Prozessreihen, des Psychischen und des Neurophysiologischen, als verschiedenartige Bewegungs- und Existenzformen der Materie. In dem Maße, wie ihr wesentliches Verhältnis materialistisch aus der Entwicklungslogik ihres Gewordenseins hergeleitet werden kann (vgl. Schurig 1976), werden sowohl reduktionistische Identitätstheorien als auch parallelistische Positionen transzendiert.

Literatur

- Bechtel, William, 1990: Decomposing intentionality, in: *Mind and Brain. University of Bielefeld, Report No. 48*
- Beckermann, Ansgar, 2005a: Free will in a natural order of the world. In: C. Nimtz u. A. Beckermann (Hg.), *Philosophie und/als Wissenschaft*, Mentis Paderborn, 111–126
- Ders., 2005b: Biologie und Freiheit. Zeigen die neueren Ergebnisse der Neurobiologie, dass wir keinen freien Willen haben? In: H. Schmidinger u. C. Sedmak (Hg.), *Der Mensch – ein freies Wesen?*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 111–124
- Chisholm, Roderick M., 1964: *Human freedom and the self*. The Lindley Lecture, repr. In: G. Watson (Hg.), 1982: *Free Will*, Oxford University Press, 24–35
- Das Manifest, 2004: Elf führende Neurowissenschaftler über Gegenwart und Zukunft der Hirnforschung, in: *Gehirn & Geist* 6/2004 [Themenheft: Hirnforschung im 21. Jahrhundert], 31, 33–34, 36–37
[www.gehirnundgeist.de/blatt/det_gg_manifest]

13 Zur Unterscheidung von psychophysiologischem und psychognoseologischem Aspekt siehe Jaroschewski 1975, 139ff; vgl. auch die ausführliche Analyse des psychophysischen Problems bei Rubinstein 1962.

- Deci, Edward L., und Richard M. Ryan (Hg.), 1985: *Intrinsic motivation and self-determination in human behavior*, Plenum Press New York
- Dray, William, 1985: Der Sinn von Handlungen. In: A. Beckermann (Hg.), *Analytische Handlungstheorie*, Bd. 2, Suhrkamp, Frankfurt/M., 275–303
- Fodor, Jerry Alan, 1987: *Psychosemantics. The problem of meaning in the philosophy of mind*, MIT Press Cambridge/MA
- Goller, Hans, 2001: Das Leib-Seele-Problem. In: Th. Elbert u. N. Birbaumer (Hg.), *Biologische Grundlagen der Psychologie*. Enzyklopädie der Psychologie: Vol. C I 6, Hogrefe Göttingen-Bern-Wien-Toronto-Seattle-Oxford-Prag, 1–33
- Goschke, Thomas, 2004: Vom freien Willen zur Selbstdetermination. Kognitive und volitionale Mechanismen der intentionalen Handlungssteuerung, in: *Psychologische Rundschau* 4 [Themenheft: Wie frei ist unser Wille?], 186–197
- Graumann, Carl-Friedrich, 1996: Wollen und Können. Überlegungen zu deren Wechselwirkung. In: M. von Cranach u. K. Foppa (Hg.), *Freiheit des Entscheidens und Handelns*, Asanger Heidelberg, 70–85
- Haggard, Patrick, und Martin Eimer, 1999: On the relation between brain potentials and the awareness of voluntary movements, in: *Experimental Brain Research*, 126, 128–133
- Hawking, Stephen William, 1993: *Einsteins Traum – Expedition an die Grenzen der Raumzeit*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg
- Herrmann, Theo, 1982: Über begriffliche Schwächen kognitivistischer Kognitionstheorien: Begriffsinflation und Akteur-System-Kontamination, in: *Zeitschrift für Sprache und Kognition* 1, 3–14
- Ders., 1996: Willensfreiheit – eine nützliche Fiktion? In: M. von Cranach u. K. Foppa (Hg.), *Freiheit des Entscheidens und Handelns*, Asanger Heidelberg, 56–69
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus, Frankfurt/M-New York
- Ders., 1991: Was heißt ›Psychologie vom Subjektstandpunkt?‹ Überlegungen zu subjektwissenschaftlicher Theoriebildung, in: *Forum Kritische Psychologie* 28, 5–19
- Ders., 1993: *Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung*, Campus Frankfurt/M-New York
- Hubert, Martin (Hg.), 2004: *Automat oder Autonomie? – Hirnforscher und Philosophen streiten über den menschlichen Willen*, Deutschlandfunk Studiozeit [Radio-Feature], DeutschlandRadio Köln
- Jaroschewski, Michail G., 1975: *Psychologie im 20. Jahrhundert*, Volk und Wissen Berlin/DDR

- Johnson-Laird, Philip N., 1988: Freedom and constraint in creativity. In: R. J. Sternberg (Hg.), *The nature of creativity*, Cambridge University Press New York, 202–219
- Kane, Robert, 1998: *The significance of free will*, Oxford University Press Oxford/ NY
- Kornadt, Hans-Jürgen, 1996: Willensfreiheit: Empirische Tatsache und theoretisches Problem in der Psychologie. In: M. von Cranach u. K. Foppa (Hg.), *Freiheit des Entscheidens und Handelns*, Asanger Heidelberg, 21–55
- Laplace, Pierre Simon de, 1996 [1814]: *Philosophischer Versuch über die Wahrscheinlichkeit*, Verlag Harri Deutsch Frankfurt/M
- Libet, Benjamin, und Kommentatoren, 1985: Unconscious cerebral initiative and the role of conscious will in voluntary action, in: *Behavioral and Brain Sciences* 8, 529–566
- Libet, Benjamin, 2005: *Mind Time. Wie das Gehirn Bewusstsein produziert*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Locke, John, 1981: *Versuch über den menschlichen Verstand. Band 1*, Meiner Hamburg
- Lux, Vanessa, 2008: *Gene sharing, Vulnerabilität und die gesellschaftliche Natur des Menschen. Zur Kritik der psychiatrischen Genetik und ihrer DNA-Modelle*. Unveröff. Manuskript eines Vortrags gehalten in der Gesellschaft für Subjektivwissenschaftliche Forschung und Praxis am 8. April 2008
- Maiers, Wolfgang, 1985: Menschliche Subjektivität und Natur, in: *Forum Kritische Psychologie* 15, 14–128
- Ders., 1992: »Natur« und Naturalismus in der Psychologie. Der Mythos der Naturwissenschaftlichkeit im Selbstverständnis und in der Kritik der herrschenden Psychologie, in: *Forum Kritische Psychologie* 29, 23–55
- Ders., 1994: Subjektiv begründetes Handeln als psychologische Analyseeinheit. In: W. Hoefert u. Chr. Klotter (Hg.), *Neue Wege der Psychologie*, Asanger Heidelberg, 57–79
- Ders., 1996: Der Subjektbegriff der Kritischen Psychologie. In: M. Heinze u. S. Priebe (Hg.), *Störenfried »Subjektivität«. Subjektivität und Objektivität als Begriffe psychiatrischen Denkens*, Königshausen & Neumann Würzburg, 167–221
- Ders., 2002: Der Etikettenschwindel der Evolutionären Psychologie, in: *Forum Kritische Psychologie* 45, 24–54
- Ders., 2008: Conceptual confusions in understanding human action and experience. In: Th. Teo u. a. (Hg.), *Selected Proceedings of the 12th Biennial Conference*

- of the International Society for Theoretical Psychology*, May 2007, Toronto/ON, i.Dr.
- Markard, Morus, 2000: Kritische Psychologie: Methodik vom Standpunkt des Subjekts, in: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research* [Online Journal], 1(2), <http://qualitative-research.net/fqs/fqs-d/2-00inhalt-d.htm> [31.3.2008]
- H.-Osterkamp, Ute, 1975: *Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung I*, Campus Frankfurt/M-New York
- Prinz, Wolfgang, 1996: Freiheit oder Wissenschaft? In: M. von Cranach u. K. Foppa (Hg.), *Freiheit des Entscheidens und Handelns*, Asanger Heidelberg, 86–103
- Ders., 2004: Kritik des freien Willens: Bemerkungen über eine soziale Institution, in: *Psychologische Rundschau*, 4 [Themenheft: Wie frei ist unser Wille?], 198–206
- Rose, Hilary, 2002: Die Evolutionäre Psychologie, der Sozialdarwinismus und das Standardmodell der Sozialwissenschaften, in: *Forum Kritische Psychologie* 45, 6–23
- Roth, Gerhard, 2001: *Fühlen – Denken – Handeln*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Rubinstein, Sergej Leonidowitsch, 1958: *Grundlagen der allgemeinen Psychologie*, 8. Auflage, Volk und Wissen Berlin/DDR
- Ders., 1962: *Sein und Bewusstsein*, Akademie-Verlag Berlin/DDR
- Schrödinger, Erwin, 1967: *Was ist ein Naturgesetz? Beiträge zum naturwissenschaftlichen Weltbild*, Oldenbourg München
- Schurig, Volker, 1976: *Genese des Bewusstseins*, Campus Frankfurt/M-New York
- Singer, Wolf, 2003: *Ein neues Menschenbild?* Suhrkamp Frankfurt/M
- Van Inwagen, Peter, 1983: *An essay on free will*, Clarendon Press Oxford
- Wegner, Daniel M., 2002: *The illusion of conscious will*, MIT Press Cambridge/MA

Christina Kaindl

Emotionale Mobilmachung –

»Man muss lange üben, bis man für Geld was fühlt.«¹

»Wir springen auf eine dritte Achse im Raum der Möglichkeiten: Emotionalität. Was fühlen wir? Hinter dem Begriff Qualität steckt die Suche nach den Grenzen der Empfindung. Emotion wird zu Kapital.« (Hartz 2001, 57) Dieser emphatische Werbespruch artikuliert die im neoliberalen Sozialstaat und Arbeitsregime »von oben« gestellte Forderung nach einer Aktivierung der Emotionen für eine »Selbstverwirklichung« im Rahmen der engen, durch den Markt gesteckten Grenzen. Die neuen Regime in der Arbeit fordern von den Einzelnen, sich mit den Zielen des jeweiligen Unternehmens und den Anforderungen des Marktes zu identifizieren und sie zu den eigenen zu machen. Sie geben damit eine neue Antwort auf die alte – auch in der traditionellen Psychologie verhandelte – Frage, wie Emotionen zur Leistungssteigerung eingesetzt werden könnten (vgl. Osterkamp 1999, 13). Unter der Hegemonie des Behaviorismus verschwand die Frage nach Gefühlen und ihrer Bedeutung für das Handeln der Einzelnen in der *black box*: im Einklang mit dem fordistischen Ideal der rationalen, un-emotionalen Handlung pausierte die Beschäftigung mit Emotionen zwischen den 1920er und 1970er Jahren weitgehend. Parallel zu ihrem gesellschaftlichen »Aufstieg«, ihrer Reklamierung und Mobilisierung für Verwertungsstrategien, kehrten sie im kognitivistischen Paradigma in die Psychologie zurück. In diesem Zusammenhang behandelt der vorliegende Beitrag zwei Fragen: welche Bedeutungen werden mit den gesellschaftlichen Veränderungen in Bezug auf Emotionen produziert und wie lassen sich diese in Begriffen der Kritischen Psychologie denken? Zunächst soll die Besonderheit kritisch-psychologischer Konzepte der Emotionen rekonstruiert werden.

Statt Emotion und Kognition einander gegenüber zu stellen, wie in den frühen (kognitivistischen) Theorien üblich, haben Osterkamp und Holzkamp die erkenntnis- und handlungsleitende Funktion von Emotionalität herausgearbeitet. Schon auf tierischem Niveau stellt Emotionalität eine einheitlich emotionale Wertung von Umweltgegebenheiten am Maßstab der Bedürfnisse des Organismus dar. Unter-

1 Fanny van Dannen

schiedliche Aktivitätsbereitschaften in einer Situation werden dabei »komplexqualitativ« zusammengebracht und bewertet (Holzkamp 1983, 105f). Für den Menschen charakteristisch ist die Möglichkeit, sich zu seinen gesellschaftlichen Lebensbedingungen bewusst zu verhalten: die Unmittelbarkeit des Zusammenhangs zwischen Bedürfnissen und Handlungen ist damit aufgehoben, emotionale Handlungsnotwendigkeiten werden zu Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig können die »emotionalen Momente des Gedachten« eine besondere Funktion gewinnen: aus (emotionalen) Erfahrungen können »globale Gesamtorientierungen, Vorkläarungen, Einbettungen« entstehen, »die das Denken in einer Weise ausrichten [...] und so der analytische Denkprozess sein bestimmtes Thema gewinnt« (319f).

Gesellschaft kann nicht abstrakt, sondern nur in historisch konkreten Verhältnissen analysiert werden. Mit Kritischer Psychologie lässt sich fragen, wie in der Teilhabe an den historischen Möglichkeiten die »Daseinserfüllung gebrochen [ist] durch den Verwertungsstandpunkt des Kapitals, den man im Verzicht auf die unmittelbar-kooperative Erweiterung der Verfügung über allgemeine Handlungsmöglichkeiten letztlich als eigenen Standpunkt übernommen hat« (Holzkamp 1983, 379). Für die Entwicklung der Kategorie Emotionalität bedeutet dies, dass die zuvor im funktionalhistorischen Verfahren erarbeiteten Bestimmungen »so konkretisiert werden müssen, dass die mit der Möglichkeitsbeziehung zur eigenen Emotionalität entstehenden vielfältig selegierten, verkürzten, mystifizierten Formen des Zustandekommens und der Eigenart emotionaler Befindlichkeiten und Handlungsbereitschaften gegenüber gesellschaftlichen Bedeutungskonstellationen fassbar werden« (320). Entsprechend entwickelt Holzkamp bezogen auf die bürgerliche Gesellschaft die Begriffe »verallgemeinerte« vs. »restriktive Emotionalität« als Funktionsaspekte der ebenso differenzierten Handlungsfähigkeit. Die Begriffe sollen die Widersprüchlichkeit individueller Vergesellschaftung unter den Bedingungen kapitalistischer Gesellschaften in den Blick rücken. Holzkamp bezieht sich dabei auf die »Formationsspezifika« der kapitalistischen Vergesellschaftung. Der Geltungsbereich ist damit auf kapitalistische Gesellschaften eingeschränkt, die er in ihren allgemeinsten Bestimmungen (199ff) als »darstellungsbedingte Abstraktion« skizziert (202). Damit ist keine Vorentscheidung getroffen, ob diese Dimensionen in konkreten Prämissen-Gründe-Zusammenhängen relevant sind, lediglich die konzeptionellen Denk- und Analysemöglichkeiten werden eröffnet (vgl. Kaindl 1998). Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Formation, wie sie etwa von Gramsci mit dem Begriff der Produktionsweise² gefasst werden, sollten gegenüber

2 Gramsci greift hier eine Verwendungsweise des Begriffs Produktionsweise auf, die bereits bei Marx zu finden ist: er betrifft innerkapitalistische Periodisierungen, die sich an technischen Entwicklungen wie etwa der Leitproduktivkraft, politischen Regulationen und darauf bezogenen Lebensweisen

diesen Bestimmungen nicht einschlägig sein. Solche Analysen verweist Holzkamp in die konkrete Forschung, die unter Nutzung der entwickelten Kategorien möglich wird. D.h. die Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweisen sollten in den Begriffen restriktiver/verallgemeinerter Handlungsfähigkeit – und hier: Emotionalität – analysiert werden können. Problematisch wäre, wenn die Bestimmung der Kategorien historisch spezifische Dimensionen kapitalistischer Vergesellschaftung verallgemeinern würden. Damit wäre der Geltungsbereich der Kategorien auf bestimmte historische Formationen innerhalb des Kapitalismus beschränkt und ihre Anwendung auf andere Formationen würde dadurch verzerrt, deren Spezifik könnte nicht erfasst werden. Es wird noch zu untersuchen sein, ob die These der Allgemeinheit der Begriffe für die kapitalistische Gesellschaft durchgängig tragfähig ist. Zunächst aber sollen die konzeptionellen Bestimmungen restriktiver / verallgemeinerter Emotionalität rekonstruiert werden.

Die Funktionalität restriktiver Handlungsfähigkeit sieht Holzkamp potenziell durch die emotionale Wertung gefährdet: dabei geht er davon aus, dass die »Gefährlichkeit« der Emotionen darin liegt, dass die Widersprüchlichkeit restriktiver Handlungsfähigkeit sich in ihnen wie immer gebrochen niederschlägt, auch wenn diese im »deutenden Denken« durch »Isolation von Widerspruchspolen, Eliminierung der auf der Erscheinungsebene gegebenen und verborgenen umfassenden Zusammenhänge« (Holzkamp 1983, 403) unerfassbar seien. »Die Befindlichkeit³ restriktiver Handlungsfähigkeit kann mithin charakterisiert werden durch einen essenziellen Widerspruch zwischen kognitiver und emotionaler Weltbegegnung und Realitätsbeziehung.« (Ebd.) Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, die eigene Emotionalität

festmacht. Der Begriff des »Fordismus« als einer solchen Produktionsweise ist maßgeblich von Gramsci geprägt worden, ebenso die »Herstellung« einer darauf bezogenen Lebensweise als »Kampf«, in dem »von oben« staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure, aber auch »von unten« Interessen und Wünsche vermittelt werden müssen (vgl. Haug 2001)

- 3 Der Begriff der personalen Befindlichkeit von Holzkamp unterscheidet sich vom alltagsprachlichen Gebrauch, der synonym zu »Stimmung« oder »Gefühl« verwendet wird; er bezeichnet den »Inbegriff von Handlungsmöglichkeiten, wie sie ›je mir‹ gegeben sind«, sowohl »von mir erfahrene Handlungsmöglichkeiten, die in meinen ›äußeren‹ Lebensbedingungen liegen, wie auch von mir erfahrene Handlungsmöglichkeiten, die in meiner Person, meinen Handlungsbereitschaften, Fähigkeiten etc. liegen« (Holzkamp 1983, 334, Herv. entf., CK). Die »äußeren Fakten«, die die Handlungsmöglichkeiten begrenzen, »gehören dabei zwar einerseits als solche zur objektiven Realität außerhalb meiner Befindlichkeit, sie ›ragen‹ aber andererseits dennoch in diese hinein, da durch sie die Widerständigkeit der Realität sich in der eigenen Befindlichkeit Geltung verschafft« (ebd.). Individuelle Subjektivität wird als Handlungsfähigkeit entsprechend durch das »Verhältnis von ›Potenzialität‹ und ›Faktizität‹ charakterisiert« (335). Holzkamp unterscheidet daher einen »situationalen« vom »personalen Pol« (ebd.) je meiner Befindlichkeit; letzterer umfasst etwa Fähigkeiten, Wissen, (biografische) Erfahrungen, emotionale Wertungen, Bedürfnigkeiten, soweit »sie vom Individuum in bewusstem ›Verhalten‹ zu sich selber erfahren werden« (336).

in ihrer erkenntnisleitenden Funktion aufzuschlüsseln. Gleichzeitig liegt darin eine innerpsychische Bedrohung der subjektiven Funktionalität restriktiver Handlungsfähigkeit: wenn sie brüchig wird, könnten die Handlungsimpulse wahrnehmbar werden, die einen Konflikt mit herrschaftlichen Instanzen bedeuten würden. Daraus würden sich »Verkürzungen und Formierungen der Emotionalität als Funktionsaspekt restriktiver Handlungsfähigkeit« (404) erklären: Sie liegen v. a. in der Dissoziation der Emotionen von je meinen wahrgenommenen Lebensbedingungen, deren Wertung sie sind. Der Zusammenhang von emotionalem Ungenügen und den gesellschaftlichen Verhältnissen wird unbewusst gehalten. Das führt einerseits zu einer »scheinhaften ›Verinnerlichung‹ der Emotionalität als von den realen Lebensbedingungen isolierter, bloß ›subjektiver‹ Zustand des je einzelnen Individuums« und andererseits zur »Entemotionalisierung«, d. h. Zurückgenommenheit und Unengagiertheit des Handelns« (ebd.). Emotionen sollen als »störend« möglichst ausgeschaltet oder zumindest durch Selbstdisziplin und Selbsterziehung unter Kontrolle gehalten werden (405). Durch diese Dissoziation erhalten die Gefühle eine Dunkelheit und Unklarheit, die »häufig als Qualität besonderer ›Tiefe‹ des personalen Erlebens« mystifiziert wird (404). Holzkamp verweist hier auf Alltagsdiskurse – die Gegenüberstellung von »Kopf« und »Bauch«, den Rückzug in Innerlichkeiten als eigentliches Menschsein – wie wissenschaftliche Theorienbildungen, die diese Trennung reproduzieren (vgl. H.-Osterkamp 1976, Osterkamp 1999). Zentral ist in dieser Vorstellung, dass sich in der emotionalen Befindlichkeit die kognitiv zwar ausgeblendet, gelegneten etc. Handlungsmöglichkeiten oder zumindest die Beschneidung der eigenen Interessen in der Übernahme herrschender Beschränkungen und Anforderungen niederschlagen⁴.

Eine besondere Rolle kommt in diesem Zusammenhang der Angst zu, da sie – ähnlich wie in den freudschen Konzeptionen⁵ – die Funktionalität der Übernahme

4 »[E]motionale Befindlichkeiten könnten also zwar nicht ohne Kognitionen, deren Bewertung sie darstellen, aber bezogen auf unklare, vage, isolierte, verfälschte Kognitionen innerhalb der Befindlichkeit beherrschend werden und etwa als diffuses Unbehagen, Bedrohtheitserlebnisse etc. als Ausdruck der allgemeinen Gestörtheit der Umweltbeziehung des Individuums gegeben sein oder sich auch an bestimmte ›Ersatzobjekte‹ oder ›Ersatzsituationen‹ [...] fixieren.« (H.-Osterkamp 1976, 293)

5 »›Konfliktangst‹ als Angstbereitschaft ist immer Angst vor den möglichen Folgen eigener, in zentralen Bedürfnissen gegründeter Handlungen, d.h. Ausdruck der mangelnden Fähigkeit, die Folgen der eigenen Handlungen abzusehen, somit der potenziellen Gefährdung bestehender Handlungs- und Einflussmöglichkeiten. Dies entspricht, wenn wir von der ›Triebfixierung‹ absehen, wiederum ›dynamisch‹ genau dem geschilderten Aspekt einer Angstkonzeption, dem gemäß sich die ›innere Triebgefahr‹ als eine Bedingung und Vorbereitung einer äußeren, realen Gefahrensituation herausstellt, allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, dass in unserer Konzeption die Handlungsimpulse selbst wiederum aus dem Zusammenhang objektiver Lebensbezüge erklärt werden, bei Freud jedoch im Dunkeln bleiben.« (H.-Osterkamp 1976, 283)

herrschaftlicher und normativer Anforderungen aufrecht erhält, indem sie den eigenen Ursprung in eben diesen Bedrohungen unbewusst macht. Angst ist also nicht nur Reaktion auf äußere Bedrohungen und Zeichen der Einschränkung von Handlungsfähigkeit (Holzkamp 1983, 241f), sondern nimmt bedrohliche, normative gesellschaftliche Anforderungen »nach innen«. Angst scheint so grundlos, »als solche unfassbar und unüberwindbar« (406) zu sein, das Individuum »erfährt sich als dieser Angst genau so ausgeliefert, wie es den bedrohenden Herrschaftsverhältnissen [...] real ausgeliefert ist« (ebd.). Angst ist die dauernde Hintergrundqualität restriktiver Emotionalität, die dadurch generell »widersprüchlich, gebrochen, abgestanden« (ebd.) ist, jeder »Lebensgenuss [wird] eingetrübt, grau eingefärbt, zersetzt« (407).

Andererseits impliziert die Aufschlüsselung der Komplexqualität der Emotionen »die Möglichkeit, [die Angst] zusammen mit ihren Ursachen nicht nur aktuell zu beschwichtigen, sondern dauerhaft zu bewältigen« (Osterkamp 1999, 7). Osterkamp nennt diesen Vorgang »Objektivierung« und sieht darin die politische Bedeutung von emotionalen Bewertungen in Klassengesellschaften. Die Kritik bürgerlicher Emotionalitätskonzepte nimmt vor allem zwei Momente in den Blick: einerseits die »Entgegensetzung von Gefühl und Verstand, Kognition und Emotion etc., derzufolge Anpassung an die Verhältnisse als Ausdruck von Vernunft, Auflehnung hingegen als emotional, unvernünftig, irrational erscheint« (6); andererseits die Trennung von Emotionalität und (verändernden) Handlungsimpulsen und damit der Unterdrückung von Gefühlen oder ihre Lenkung in »konstruktive« Bahnen« (9). So greifen restriktive subjektive Funktionalität und herrschaftliche Funktionalität der wissenschaftlichen Diskurse um Emotionalität ineinander.

Auch die restriktiven interpersonalen Beziehungen sieht Holzkamp von der »handlungsentbundenen Kurzschlüssigkeit und inhaltsleeren ›Innerlichkeit‹ restriktiver Emotionalität« (Holzkamp 1983, 407) charakterisiert. Bereits in der *Sinnlichen Erkenntnis* ist der Dimension »Tüchtigkeit«, die mit dem Leistungsstandpunkt und den »wertvergegenständlichenden Tätigkeiten« (254) verbunden ist, die Sympathie und Liebe in privaten Beziehungen gegenüber gestellt. Tüchtigkeit muss sich in beruflichen wie außerberuflichen Bereichen erweisen, Sympathie – und noch deutlicher: Liebe – im Privaten, sei es in Paarbeziehung oder Familie, und bildet dabei die abstrakte Negation des Verwertungsstandpunkts des Kapitals. »Das ›Eigentlich-Menschliche, um dessentwillen der andere Mensch ›geliebt‹ wird, ist ein ungreifbares, abstrakt im Menschen hockendes ›Wesen‹, das sich keinesfalls in menschlicher Tätigkeit äußern darf, weil es sonst sofort von seinem Gegenteil, der allgegenwärtigen Tüchtigkeits-Dimension, okkupiert wird.« (1973, 256f)

Als analytischen Zugang zu interpersonellen Beziehungen unterscheidet Holzkamp zwischen Instrumental- und intersubjektiven Beziehungen (als Funktionsaspekte restriktiver/verallgemeinerter Handlungsfähigkeit). Emotionen dienen im

Zusammenhang mit Instrumentalbeziehungen als Bindemittel, »gleichzeitig als Mittel der Instrumentalisierung des anderen für die eigenen Partialinteressen« (1983, 408), indem emotionale Einheiten kompensatorisch gegeneinander verrechnet werden: »Ich habe dir Aufmerksamkeit, Zuwendung, Liebe entgegen gebracht, dafür erhältst du den gleichen Betrag [...] von mir.« (Ebd.) Ein Ungleichgewicht in den wechselseitig entgegenbrachten Gefühlen tangiert die ›Geschäftsgrundlage‹ und »wirkt tendenziell in Richtung auf die Auflösung der Beziehung« (ebd.). Entscheidend ist, dass die Gefühle nicht nur »gehabt, sondern auch demonstriert, als Belohnung und Strafe eingesetzt werden« (409). Dadurch könnten Instrumentalbeziehungen u. U. einen stärker gefühlbetonten Eindruck machen als intersubjektive Beziehungen, in denen »Emotionalität ein Aspekt inhaltlich ›begründeter‹ Verbundenheit ist, aber nicht verselbständigt hervorgebracht und ›gehandelt‹ wird« (ebd.).

Emotionen werden in diesem Zusammenhang also nicht (nur) als »unterdrückt« gedacht, sondern ihre Hervorbringung und Funktionalisierung wird als Aspekt von Beziehungsregulation gesehen. Implizit scheint Holzkamp die Argumentation aus *Sinnliche Erkenntnis* aufzugreifen, in der die emotionsfreien Handlungen eher dem Produktionsbereich, die verinnerlichten Emotionen eher dem Reproduktionsbereich zugeordnet werden. Dies ist aber für die begriffliche Fassung restriktiver Emotionalität nicht zwingend und eine aktual-empirische Frage. Das Verhältnis von Funktionalisierung und Verdrängung von Emotionen und den mit ihnen verbundenen Aspekten der Situationsbewertung und Handlungsbereitschaft wäre entsprechend jeweils konkret zu untersuchen.

Im Folgenden sollen aktuelle gesellschaftliche Veränderungen in Bezug auf die verschiedenen Dimensionen restriktiver Emotionalität als Aspekte von Bedeutungsstrukturen analysiert werden.

Die Rolle von Emotionen in der sich verändernden kapitalistischen Produktionsweise

Eva Illouz sieht einen inneren Zusammenhang zwischen der Herausbildung des Kapitalismus und der einer »emotionalen Kultur«. Sie analysiert (empirisch-soziologisch), wie im Verlauf des 20. Jh. Emotionen »ontologisiert« werden, ihre Thematisierung als eigenständiger Sachverhalt, als von Erleben und Handlung getrennte Entitäten zu denken ermöglicht wird. Ihre Rekonstruktion der Entwicklung der Diskurse und Institutionen, die mit dem Management der Emotionen befasst sind, kann als Analyse der Bedeutungen verstanden werden, die den Einzelnen einen restriktiv-instrumentellen Umgang mit den eigenen Emotionen nahe legen. Die reflexiven Zugänge zu Emotionen (durch Popularisierung der

Psychoanalyse, Integration von Emotionen in betriebliche Herrschaftsstrategien, die zunehmende Bedeutung von gelingender Kommunikation in der Produktion, der Veröffentlichung privater Verhältnisse und damit verbundener normativer Diskurse in Medien und Alltagskultur, Therapie, Erziehung, Schule etc.) führen zu einer Verselbständigung der Emotionen, sie sind »scheinbar in der Realität und im innersten Selbst ihres Trägers« fixiert (Illouz 2006, 55). Dadurch würden sie Strategien der Kontrolle und Manipulation zugänglich.

So analysiert sie die berühmte Hawthorne-Studie aus den 1940er Jahren, in der gezeigt wurde, dass das *Gefühl* der Beteiligung (hergestellt durch Befragungen zur Arbeitsrealität, die Illouz als therapeutisches Interview liest) die Arbeitsleistungen der Beschäftigten erhöht. Die Beeinflussung und Funktionalisierung der Emotionen der Arbeiter ist bereits von Osterkamp als Form der Herrschaft im Betrieb analysiert worden (vgl. H.-Osterkamp 1975, 28ff). Dabei deutet schon die Bezeichnung »Human Relations Bewegung« darauf hin, dass die interpersonalen Beziehungen von zunehmendem Gewicht im Produktionsprozess waren (was sich in der dann aufkommenden Humanisierung der Arbeit mit verstärktem Einsatz von Gruppenarbeit fortsetzte).

Zu der zunehmenden Bedeutung von Beziehungsregulationen in der Arbeit kamen die sozialen und politischen Bewegungen der 1960er Jahre, die sich u. a. mit dem Bezug auf freie Sexualität und Selbstverwirklichung gegen fordristische Zumutungen wandten⁶. Mit dem Rückzug der Bewegungen blieb die zentrale Stellung der psychologischen Diskurse und ihrer Institutionalisierungen, die Selbstverwirklichung als Problem individueller »Arbeit an sich« konzipierten: wir seien »selbst dann Herr im eigenen Hause [...], wenn es brennt« (Illouz 2006, 75).

Gleichzeitig vollzieht sich ein Wandel der Produktionsweise, der die Rolle der Subjekte im Produktionsprozess verändert. Durch eine Kultur der angestrebten Identifizierung der Beschäftigten mit dem Unternehmen soll eine Intensivierung der Arbeit erreicht werden, die Arbeitenden sollen mit der Konkurrenz und Nachfrage des Marktes direkt ins Verhältnis gesetzt werden. Diese Prozesse werden nicht einfach »von oben« aufgezwungen, sondern treffen auf Interessen der Beschäftigten nach erweiterter Autonomie und Selbstverantwortung. Sie entwickelten sich auch aus den Verallgemeinerungen der psychologischen Diskurse um Selbstbestim-

6 Dabei kann für einen Teil der Bewegungen sicherlich gesagt werden, dass hier die »im Protest gegen die bestehenden Verhältnisse vollzogene Berufung auf Emotionalität, Sensibilität, Spontaneität etc. [...], soweit dies in Abkehr von der Notwendigkeit erkennender Realitätsverarbeitung geschieht, nichts weiter als ein Rückzug in die eigene ›Innerlichkeit‹ des scheinhaft handlungsentbundenen Fühlens [ist], also gerade eine Befestigung der Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen, denen der Protest gilt« (Holzkamp 1983, 405).

mung in die Alltagskultur: schließlich bot »das psychologische Modell [...] eines der wesentlichen Modelle für die Individualisierung, das vom Staat angenommen und propagiert wurde« (Illouz 2006, 89).

Die Entwicklung wird leichter verständlich, wenn sie mit Gramsci als passive Revolution im Umbruch von einer Produktionsweise zur nächsten betrachtet wird: Die gegen die Anforderungen der fordistischen Lebensweise gerichtete Kritik, die Selbstverwirklichung in der Arbeit gegen die »emotional unengagierten Handlungen« fordistorischer Vernunft setzt, wird aufgegriffen und – vermarktet – zurückgereicht im Rahmen der hochtechnologischen Produktionsweise, die Emotionen in den Bereich der Wertschöpfung zu integrieren sucht und die Vorstellung der Selbstverwirklichung jenseits paternalistischer Strukturen vor allem zum Abbau des Sozialstaates nutzt.

Die mit der neuen Produktionsweise einher gehende Explosion der Warenästhetik greift z. B. im »*emotional design*«⁷ auf die Regulation von Emotionen zu. In diesem Sinne ist das obige Zitat von Peter Hartz zu verstehen, dass mittels der Emotionen die »Grenzen« ausgeweitet werden sollen. Illouz spricht mit Blick auf die Verwicklung von ökonomischen und emotionalen Aspekten von einem »emotionalen Kapitalismus« (41), in dem sich das Verhältnis vom Management »schlechter« Emotionen und der Unterdrückung störender Emotionen in der Produktion zur aktiven Nutzung und Einforderung wandelt. Im Folgenden sollen einige der Verschiebungen in der Politik um Emotionen untersucht werden.

Das »Total Quality Management«, mit dem neue Unternehmenskulturen implementiert werden, bezieht sich sowohl auf die Beziehungen unter den Angestellten als auch auf den Einsatz der Emotionen für die Entwicklung neuer Produkte und Waren. In seinem Rahmen haben Grundvorstellungen der humanistischen Psychologie Eingang in die Betriebsrealität gefunden und verbinden »Effizienzsteigerung und Markterfolg für Unternehmen wie für andere Institutionen« mit Modellen des Managements der eigenen Person, »wie sie sich aus der Ratgeberliteratur zum Persönlichkeits-Coaching und Selbstmanagement erschließen lassen. Sie konvergieren im Leitbild des »Unternehmers seiner selbst« (Bröckling 2002, 158)⁸. Dabei gleichen sich die Management-Strategien für Unternehmen und Subjekte, wie sie in langen Reihen von Selbstmanagementratgebern popularisiert werden: die Subjekte sollen sich als Unternehmen imaginieren, in Abteilungen unterteilen und

7 Der Begriff des »emotionalen Designs« ist von Donald Norman geprägt worden und baut auf der Erfahrung auf, dass ästhetisch ansprechende Dinge als effektiver erlebt werden (vgl. Norman 2004).

8 Dabei unterscheiden Bröckling und andere Vertreter der Gouvernementalitätsstudien allerdings ungenügend zwischen der Anforderungs- und Bedeutungsstruktur und ihrer Realisierung in den Denk- und Handlungsformen der Subjekte. Zur Kritik vgl. Kaindl 2007 und Rehmman 2007.

den gesamten Betrieb einem Qualitätscheck unterziehen. Gefordert ist kein »autoritäres Regime des ›Kopfs‹ über den ›Bauch‹, sondern Mitbestimmung und partnerschaftliche Kooperation« (170). Dieses Modell der subjektiven *Corporate Identity*, der »Gewissheit, eine starke Mannschaft von vielen ›wahren Ichs‹ in sich zu haben« (171), soll ein inneres Wir-Gefühl vermitteln, das eine kohärente Präsentation nach außen ermöglicht. »Als bloßes Rollenspiel würde das Selbstmarketing seine Wirkung verfehlen; der Einzelne muss *sein*, was er darstellen will.« (Ebd.) Hinter der Rhetorik sieht auch Bröckling das Szenario eines gnadenlosen Konkurrenzkampfes, für den gerüstet wird: Alle Fehler reduzierten sich auf den einen, sich nicht am Markt orientiert zu haben.

Arlie Hochschild hat bereits in den 1990er Jahren am Beispiel der Arbeitsanforderungen für Flugbegleiterinnen analysiert, wie die bewusste Erzeugung von Emotionen (beim Kunden) durch die Aktualisierung eigener Gefühle (der Flugbegleiterinnen) zu bewerkstelligen ist. Sie zeigt, dass zur Bewältigung dieser Anforderungen die Angestellten Techniken aus dem Bereich des Theaters »lernen« (etwa im Gefolge von Stanislawski), um das »Gefühlsgedächtnis« zu nutzen. Geübt wird, aus den Ärgernissen der aktuellen Situation auszusteigen, indem Gefühle aus anderen Situationen aktiviert werden.⁹ »Um ein reiches Gefühlsgedächtnis zu erwerben, muss sich der Handelnde wie der Schauspieler gefühlsmäßig an seine Erfahrungen erinnern.« (Hochschild 2006, 59) Dafür müssen die Erfahrungen zunächst emotionalisiert werden, ggf. bereits mit Blick auf spätere Rückgriffe. Erfahrungen und (die Darstellung von) Authentizität werden zum »Schatz«, aus dem entsprechend Kapital geschlagen werden kann. Gefühlsarbeit wird Teil der Ware Arbeitskraft, die mittels angeleiteter Fachkräfte zu konturieren gelernt wird und die wiederum Teil der Dienstleistungsware ist, die das Flugunternehmen am Markt halten soll.¹⁰

9 Brecht kritisierte die »Einführung« des aristotelischen Theaters als »eine psychische Aktivitätsform, die »passivierend wirkt, weil dabei Selbstermächtigung und Selbstentmächtigung des Zuschauers zusammenfallen« (Weber 1997, 138). Zur Diskussion vgl. Suvin 2008.

10 Dabei scheinen nicht alle Beispiele des »Gefühlsmanagements« (Hochschild 2006, 66) in gleicher Weise problematisch: wer würde kritisieren, dass Ärzte lernen, schmerzgeplagten und daher widerständigen und nervigen Kindern gegenüber liebevoll und geduldig zu agieren? Die kognitive Anleitung der Emotionen scheint hier zunächst unproblematisch, wenn auch an anderer Stelle zu diskutieren wäre, unter welchen Arbeitsverhältnissen Ärzte sich vielleicht nicht zwingen müssten, sondern sich in Ruhe auf ihre Patienten einlassen könnten. Hochschild argumentiert, dass Gefühlsarbeit bei einigen Berufen zum impliziten Berufsbild gehört und nicht »extra: geübt wird – was nicht gleichbedeutend ist damit, dass es für die Betroffenen einfach wäre, diese zu leisten: »When I spoke with attendants, the obligation to manage their emotions emerged as the most oppressive aspect of the job. Ironically, this emotional labor is not recognized as work.« (Rivas 2002, 77, aus der Interviewarbeit mit privaten Pflegekräften)

Die wachsende Bedeutung von Emotionalität zeigt sich im Konzept der »Emotionalen Intelligenz«, die für Personalentscheidungen ausschlaggebend wird. Darunter wird gefasst »ein Typ der sozialen Intelligenz, der mit der Fähigkeit verbunden ist, die eigenen und fremden Emotionen zu überwachen und genau zu unterscheiden, um mit den dadurch gewonnenen Informationen das eigene Denken und Handeln zu steuern« (Mayer/Salovey 1993, 433). »Operationalisiert« wird emotionale Intelligenz in Persönlichkeitstests und über Assessment Center, in denen sie wiederum in Anlehnung ans Schauspiel umgesetzt wird. »Schauspiel wird hier zur Erscheinungsform des Authentischen«; im Rollenspiel gilt es, die Fähigkeit zu beweisen, »sich vorzuführen, ein Selbst zu inszenieren – und das heißt: nicht nur einzelne Fähigkeiten oder Eigenschaften, sondern eine ganze komplexe Identität« (Horn 2002, 121). Es geht nicht darum, etwas »richtig« zu machen, sondern eine gute Performance zu liefern. Arbeit »an sich« und Arbeit im Betrieb scheinen in eins zu fallen, daher »misst Eignung eigentlich überhaupt nicht mehr Fähigkeiten, sondern Selbstverhältnisse, die sich am Arbeitsplatz zu Fremdverhältnissen ausstülpen« (124). Das Assessment Center wird so »die gnadenlose Frage nach dem gelungenen Leben, für das jeder selbst verantwortlich zu sein hat« (ebd.). Emotionen werden auch hier nicht (oder nicht nur) unterdrückt, sondern mobilisiert, um Handlungsfähigkeit zu aktivieren. Dabei steht die Aktivierung im Zeichen der Unternehmensziele, der Rahmen der »Kreativität« ist durch den Markt klar gesteckt.

»Anleitungen«, wie die Mobilisierung von Emotionalität trainiert und in die eigenen Prämissen integriert werden kann, finden sich auch in Fernsehformaten wie der Castingshow »Popstars«. Diese richten sich an ein Publikum, das wahrscheinlich keine Selbstmanagementkurse oder -literatur konsumiert; die Botschaften ähneln sich aber eklatant. Ein Teil der Spannung der Sendungen entsteht, wenn die Kandidaten sich Anforderungen ihrer Coaches (und über diese vermittelt: des Marktes) gegenübersehen, die sie authentisch, mit Einsatz ihres ganzen Gefühls umsetzen sollen. Der Rahmen für Kreativität und Authentizität ist dabei streng vorgegeben durch die Definitionen der Coaches.¹¹ Für ihre Realisierung sind die Kandidaten aufgerufen, ihr Gefühlsgedächtnis zu nutzen. Wenn sie das nicht können, vermitteln ihnen eskalierende und tränenreiche Konflikte mit den Coaches die Erfahrungen, die sie auf der Bühne kapitalisieren sollen.¹²

11 »Mann, du sollst die fühlen, die Scheiße, wenn du es nicht fühlst, geht es nicht ... Du kommst irgendwie so falsch rüber.« (Vgl. Kaindl 2005, 357)

12 »Ich musste so hart sein, weil du warst wie ein Fähnchen im Wind, du hattest dich verloren und ich sehe nicht ein, dass ich hier irgendwelche Leute aufgebe. Ich hab dich wirklich lieb, ich muss dich doch irgendwie aufbrechen.« (Tanzcoach Detlef D Soost, vgl. Kaindl 2005, 357)

Ähnliche Konzepte finden sich im Neurolinguistischen Programmieren (NLP), das wiederum in Management- und Selbstmanagement-Ratgebern als Technik angepriesen wird: mittels »Ankerns« soll das Erlernen neuer, positiver emotionaler Wertungen und die Umdeutung negativer Wahrnehmungen ermöglicht werden. Dabei nutzt NLP das von Hochschild so bezeichnete »Gefühlsgedächtnis« zur Aktualisierung in Situationen, die als negativ empfunden werden und daher umgedeutet werden müssen. »Das Verfahren beruht auf einer einfachen Umkehrung: Weil ein bestimmtes Erlebnis, etwa die Bewältigung einer schwierigen Aufgabe, unweigerlich bestimmte physiologische Reaktionen und innere Bilder hervorruft, soll das Evozieren eben dieser Bilder und Reaktionen die Energien mobilisieren können, die es zur Bewältigung einer schwierigen Aufgabe braucht. Das Ziel ist der Weg.« (Bröckling 2002, 169) Erfolg wird wörtlich zur Einstellungssache, der »Selbstmanager zum Regisseur seines »gehirngerechten Erfolgsfilms« (170). Die evozierten Bilder sollen Realitäten nicht abbilden, sondern produzieren.¹³

Barbara Ehrenreich (2006) hat in einem Selbstversuch untersucht, wie diese Botschaften den *Ausgespuckten* des mittleren Managements vermittelt, ja eingepaukt werden, wenn sie wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen versuchen. Die Betroffenen selbst begeben sich in die Hände von »Coaches« (nicht selten PsychologInnen), geben enorm viel Geld aus für den Besuch von Trainingskursen und für die Frisierung ihrer Lebensläufe und trainieren einzeln und in Gruppen, ihren persönlichen Misserfolg ausschließlich als Problem ihrer mangelnden Erfolgs-Ausstrahlung zu verstehen. Die Coaches leisten damit eine »Übersetzungsarbeit« der allgemeinen Floskeln und Anforderungen in die jeweilige Lebenssituation der Betroffenen.¹⁴

Die Teilnehmer der Networking-Gruppen und »Bootcamps« werden zur »Siegerhaltung« angehalten, denn »eine positive Einstellung »zieht positive Ergebnisse an« oder »erfüllt« Wünsche« (92). Die Anforderung, sich selbst als Verantwortliche ihres Lebens zu sehen, Probleme bei Arbeit und Arbeitssuche anzugehen, indem man hinterfragt, wie man »sich selbst im Weg steht«, wird von vielen von Ehrenreichs Gesprächspartnern scheinbar unkritisch geteilt. Doch zeigen die geschilderten Erfahrungen auch, dass diese Denkweisen eben trainiert werden *müssen* und

13 Letztlich handelt es sich um eine Neuauflage der »Geistheilung« (»mind cures«), wie sie schon von der frühen Psychoanalyse kritisiert wurde. In dieser Tradition wurden etwa die Granatschocks von Soldaten aus dem ersten Weltkrieg als Produkt negativen Denkens verstanden. Die Psychoanalyse betonte dagegen die (Selbst-)Erkenntnis, die Analyse des Widerstands (vgl. Zaretsky 2006, 245).

14 Mit Bezug auf Gramsci kann dies als Funktion der »organischen Intellektuellen« bezeichnet werden, die an der Ausarbeitung einer mit der Produktionsweise zusammengehenden Lebensweise – und der Herstellung von Hegemonie – beteiligt sind.

wie sie gegen zum Teil aufkommenden Widerstand oder zumindest Widerspruch der Teilnehmer durchgesetzt werden. Bis die Teilnehmenden bereit sind, die präsentierte Weltansicht – »Ihre persönliche Einstellung bestimmt letztlich, welchen Erfolg ihre Stellensuche hat« (45) – zu Prämissen ihres Denkens und Handelns zu machen, bedarf es einiger Demütigungen, Übungen und psychologischer Spielchen. Denk- und Handlungsmöglichkeiten, die ermöglichen würden, solche Anforderungen solidarisch zu überschreiten, sind allerdings weitestgehend abwesend und können nicht (als Aspekt einer »kooperativen Integration«) subjektiv funktional werden. Die Form der »Kooperation« oder gegenseitiger Unterstützung wird – gänzlich über den Markt vermittelt – in der Form der »Networking«-Treffen selber gesehen, bei denen die Teilnehmer aber gnadenlos in Konkurrenz zueinander stehen. Dies kann nicht einfach den Einzelnen als deren »Beschränktheit« zugeschrieben werden, sondern verweist auf Bedeutungsstrukturen, in denen Konzepte von Solidarität und Gesellschaftsveränderung zumindest nicht in die subjektiven Möglichkeitsräume *dieser* Subjekte »hineinragen«.

Die inhaltlichen Anforderungen der Gefühlsarbeit sieht Hochschild nach Berufen differenziert und Klassen¹⁵ gespalten: die Unteren, deren Arbeit stärker monoton, dequalifiziert und fremdbestimmt ist, werden v. a. auf die Unterdrückung von Ärger und Angst oder jeglichen Gefühls ausgerichtet. Dies scheint Holzkamps Bestimmung zu entsprechen, wonach die Aufspaltung von Emotion und Kognition zur Verinnerlichung der Emotionen und Ent-Emotionalisierung des Handelns führt. In der »Mittelklasse« wird zunehmend die Ausstrahlung bei der Arbeit für ein Produkt oder Unternehmen zum Markenzeichen. Schließlich sieht Hochschild für das gehobene Management eine über Jahre des Trainings herausgebildete »Entfremdung vom eigenen Selbst«, d. h. eine »Verinnerlichung der Gefühlsnormen des Unternehmens« (Hochschild 2006, 124). In beiden Fällen ist das Handeln keineswegs unengagiert, sondern das Engagement ist Ergebnis des Gefühlsmanagements, kann aber als Ergebnis von »Selbsterziehung« (Holzkamp 1983, 405) verstanden werden.

Außerdem stellt Hochschild eine Verbindung zwischen den Anforderungen der Gefühlsarbeit der Eltern und ihren Erziehungsvorstellungen her. In dem Maße, wie Kinder die Mobilisierung von Gefühlen zur Herstellung erwünschter Handlungs-

15 Der hier in Anschlag gebrachte »Klassen«-Begriff entspricht eher dem deutschen Schichtmodell und ist nur von begrenztem analytischem Nutzen. Empirisch scheint es aber dennoch interessant, dass verschiedene Formen der »Gefühlsarbeit« mit unterschiedlichen Arbeitsrealitäten in Zusammenhang gebracht werden. Darüber hinaus untersucht Hochschild, wie diese Umgangsweisen über die Erziehungspraxen weitergegeben werden (vgl. hierzu etwa die weiterführende Unterscheidung von Prekariat und Kybertariat bei Huws 2002 und Candeias 2007).

bereitschaften lernen, können sie diese leichter mit den Anforderungen der Gefühlsarbeit der »Mittelschicht« mobilisieren. »In der Familie [...] lernen Kinder kommerzielle Zwecke zum ersten Mal aus allernächster Nähe kennen und bereiten sich auf die Anforderungen der gesellschaftlichen Passform vor, um ihre Fähigkeiten dann auf einer größeren Bühne ausspielen zu können.« (Hochschild 2006, 131) Ähnlich analysiert Illouz (2006) die klassenspezifisch unterschiedlichen Sozialisationsformen, die den sicheren Umgang mit Gefühlsmanagement nahe legen und so den Zugang zu entsprechenden gesellschaftlichen Ressourcen zuteilen. Sie spricht in Anlehnung an den Kapital-Begriff von Bourdieu von »emotionalem Kapital« (101), das in soziale Währungen, Geldwerte, Karrierechancen und Umsatzsteigerungen umgewandelt werden kann. Wie die anderen »Kapitalsorten« wird auch diese sozial »vererbt« und reproduziert somit soziale Ungleichheiten.

Mit dem beschriebenen Wandel der über Arbeit vermittelten Anforderungen wird auch der Bereich der Reproduktion und das Privatleben neu »verhandelt«. »Der Übergang von der Privatsphäre zur Arbeit wird fließend. Dies findet seinen Ausdruck in der Zunahme von Tele- und Heimarbeit, in der Scheinselbständigkeit von Ein-Personen-Unternehmen, in überlangen Arbeitszeiten und einem starken Anstieg der Arbeitsintensität.« (Candeias 2004, 195f) Die Kapitalisierungsstrategien greifen in intimste Bereiche des Alltagslebens ein. Gleichzeitig werfen die verlängerten Arbeitszeiten Probleme der Vereinbarkeit von Privatem und Beruf auf: Aufgrund der wenigen Zeit, die nach der (emotional) voll engagierten Arbeit bleibt, sind die Eltern gezwungen, zu Hause »noch mehr Arbeit zu leisten, und zwar Arbeit neuer Art: die emotionale Arbeit, die nötig ist, um den Schaden, den der Zeitdruck zu Hause anrichtete, wieder gut zu machen« (Hochschild 2002, 63). Hochschild analysiert die damit einhergehenden Probleme anhand von Interviews und teilnehmender Beobachtung bei den Beschäftigten eines nach Selbsteinschätzung »familienfreundlichen« Global Players: Familie und Partnerschaft als vormaliger »Hort der Emotionen« sind Gegenstand von »Management«-Aktivitäten. Interessanterweise sind die von ihr vorgefundenen Strategien eher den »tayloristischen« Managementmethoden entlehnt: die Beziehungen werden einem strengen Zeitregime unterworfen, das v. a. an den Erfordernissen des Berufs orientiert ist und mit einer Ent-Emotionalisierung der interpersonalen Verhältnisse einhergeht. So müssten etwa die Bedürfnisse der Kinder nach Anwesenheit von Eltern innerhalb einer definierten »Quality time« von fest getakteten 45 Minuten pro Tag erfüllt werden. Außerhalb dieser »Quality time« hätten die Kinder keine Chance, ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Sollten sie innerhalb der festgelegten Zeit »unqualifizierte« Interessen haben, wie etwa ohne die Mutter fernsehen oder mit Freunden sprechen statt mit den Eltern, gebe es keine Möglichkeit des Nachholens. Insofern täten auch

die Kinder gut daran, die Mobilisierung ihrer eigenen Gefühle *just in time* auf den Stundenplan der Eltern einzustellen.

Dabei empfinden die Betroffenen dieses Zeitregime durchaus als leidvoll, vor allem aber als fremdgesteuert – und damit im krassen Gegensatz zur ihrer als »Selbststeuerung« erfahrenen Zeiteinteilung bei der Arbeitsorganisation. »Die neuen Arbeitsrhythmen waren auch mit einem neuen Gefühl der Selbstkontrolle verbunden. Manager, Fachpersonal und auch viele Arbeiter in der Produktion sagten, bei Amerco [dem von Hochschild untersuchten Unternehmen, CK] hatten sie das Gefühl, sich ständig selbst zu neuen Leistungen anzutreiben, während ihnen der Druck zu Hause so vorkam, als ginge er von Mächten aus, die ihrer Kontrolle entzogen waren.« (Hochschild 2002, 57f)¹⁶ Die Gefühlsarbeit wird hier zur »emotionale[n] Drecksarbeit, die Kinder an das taylorisierte Zuhause anzupassen und den daraus entstehenden Druck und die Anspannung wieder gut zu machen. Eltern finden sich inzwischen immer mehr in der Rolle häuslicher Zeit- und Bewegungs-Experten wieder und sprechen auch immer häufiger von der Zeit, als wäre sie eine bedrohte Form von persönlichem Kapital, das sie managen und investieren müssen, ein Kapital, dessen Wert aufgrund von Kräften, die sich ihrer Kontrolle entziehen, zu steigen und zu fallen scheint« (76). Zu den Strategien, die genutzt werden, um diese Anforderungen zu bewältigen, zählt eine Umdefinition des Zeitaufwands, der z. B. für die Pflege einer Partnerschaft oder von Eltern-Kind-Beziehungen »wirklich notwendig« ist. Typisch ist auch eine Art »Maßstabsverschiebung« (Holzkamp 1983, 379) über die Vorstellung von (emotional empfundenem) Glück: so »negierten sie die Bedürfnisse ihrer Familienangehörigen und wurden dabei selbst zu Gefühlsasketen. Sie kamen mit weniger Zeit, weniger Aufmerksamkeit, weniger Spaß, weniger Verständnis und weniger häuslicher Unterstützung aus, als sie je für möglich gehalten hatten. Sie unterzogen ihr Leben einem emotionalen *Downsizing*« (Hochschild 2002, 240). Hier finden sich weniger die zu besonderer Tiefe mystifizierten verinnerlichten Emotionen (vgl. Holzkamp 1983, 409) als eine »Entemotionalisierung, d. h. Zurückgenommenheit und Unengagiertheit des Handelns« (404).

Til Räter diskutiert in der *Brigitte* (14/07, 103ff) unter dem Titel »Sammeln Sie Punkte?«, wie sich die gegenseitigen Leistungen in Partnerschaften optimal abrechnen lassen und warnt vor »Verschwendung«: »Liebe ist, auch in den Fällen, wo einem das Verhalten des Partners eigentlich egal ist, zu signalisieren: Es macht mir etwas aus, ich bringe ein Opfer. Denn nur so kann man Bonuspunkte sammeln

16 Marx Kritik, dass der Arbeiter »sich daher erst außer der Arbeit bei sich [fühlt] und in der Arbeit außer sich« (1844, 514) scheint hier umgekehrt.

und das Gleichgewicht wieder herstellen.« (107) Die Kosten-Nutzen-Rechnung in Bezug auf private Beziehungen, von der Holzkamp (1973, 254) noch annahm, dass sich diese hinter der Ideologie der »Liebe um seiner selbst willen« zurücktreten müssten, scheint an die Oberfläche offener Auseinandersetzungen geholt.

Bei derartigen Angeboten wird nie ganz klar, ob es sich um ironische Kritik oder um Lebenshilfe handelt. Letztlich ist das nicht entscheidend. Ironie hat die Funktion, sich in gesellschaftlichen Anforderungen zurechtzufinden, diese erfüllen zu können und sich gleichzeitig einer Distanz und eigener Handlungsfähigkeit zu versichern (vgl. Barfuss 2003). Die Rezeption auf der entsprechenden Diskussionsseite der *Brigitte* im Internet zeigt kritische Stimmen und zustimmende. Doch auch in der Kritik ist die Norm des Gleichgewichts, des Gebens und Nehmens von gleichen Anteilen an Lob, Kritik, Liebe etc. allgegenwärtig: »Wir sind doch hoffentlich noch nicht so oberflächlich geworden, dass wir diese bildliche Krücke brauchen, um zu spüren, wie wir das Gleichgewicht halten, oder?«¹⁷

Wiederaneignung der Emotionen?

Das Licht im Keller ausknipsen. Einen Edding wegschmeißen.
Sich im Umland umsehen. In eine Gurke beißen.
Waffen exportieren. Die Vorhaut zurückschieben.
Videos beschriften. Rückwärtseinparken üben.

Braucht man dafür Emotionen? Nein, nicht für solche Sachen.
Also gut, dann können die Emotionen jetzt mal Pause machen.
Emotionen Pause machen

Funny van Dannen

Die vorgestellten, meist soziologischen Analysen gehören in den Bereich aktual-empirischer Bedeutungsanalysen. Von ihnen lässt sich nicht unmittelbar individuelles Handeln »ableiten«. ¹⁸ Das Resultat dieser »gesellschaftstheoretischen Analysen als Voraussetzung für psychologische Bedeutungsanalysen« (Markard 1998, 33) sind Bestimmungen, wie die Reproduktion von Verwertungs- und Herrschaftsstrukturen funktioniert und wie diese zu Prämissen subjektiver Denk- und Handlungsweisen in der individuellen Reproduktion werden können. Die »ideologische

¹⁷ [Http://www.brigitte.de/foren/showthread.html?t=61329&page=4](http://www.brigitte.de/foren/showthread.html?t=61329&page=4) [13.2.2008]

¹⁸ Ausnahmen stellen z. T. die Analysen von Ehrenreich dar, in denen Betroffene so zu Wort kommen, dass Begründungsmuster bisweilen sichtbar werden. Sie können jedoch nicht als Prämissen-Gründe-Analysen im »strengen« subjektwissenschaftlichen Sinne gewertet werden.

Funktion der Sicherung bürgerlicher Herrschaftsverhältnisse« kann nur wirksam werden, wenn sie zugleich »für die Individuen in deren Streben nach ›restriktiver Handlungsfähigkeit‹ unter Anerkennung und ›Ausnutzung‹ der gegebenen Machtstrukturen, also [...] für den *individuellen Aufbau ›deutender‹ Weisen der Welt- und Selbstbegegnung funktional* ist« (Holzkamp 1983, 393f).

Ohne die gesellschaftstheoretischen Analysen etwa der Veränderungen der Produktionsweise und der damit einhergehenden veränderten Anforderungsstruktur an die Einzelnen lässt sich also die zugleich herrschaftliche wie subjektive Funktionalität nicht erfassen. Die hier skizzierten Bedeutungsanalysen¹⁹ wären zu ergänzen durch Analysen, die stärker die Kräfte- und Hegemonieverhältnisse in den Blick nehmen. So würde auch eine Reformulierung des Begriffs »kooperative Integration« (331) möglich: inwieweit die Überschreitung restriktiver Bewältigungsweisen für die Einzelnen funktional werden kann, hängt nicht zuletzt davon ab, ob und wie (stark) diese Handlungs- und Denkmöglichkeiten in den Bedeutungszusammenhängen repräsentiert sind, »inwieweit für das Individuum eine gegenwärtige Einschränkung seiner Handlungsfähigkeit nur auf kooperativem Wege in Richtung auf Verfügungserweiterung, Angstüberwindung« (ebd.) aufhebbar ist.²⁰

Über die Bedeutungsanalysen hinaus wäre zu prüfen, ob in die Bestimmungen restriktiver Emotionalität zeitgebundene – fordistische – Momente eingegangen sind, die »blinde Flecken« für die aktuellen Analysen aufweisen würden. Für die Entwicklung der Kategorien »Emotionalität« und »Motivation« unter bürgerlichen Verhältnissen war die Reinterpretation des freudschen ›Über-Ich‹-Konzeptes von besonderer Relevanz: »als Instanz ›verinnerlichten Zwanges‹, ein Abwehrmechanismus, durch welchen das Individuum die äußeren Ursachen der Unterdrückung verdrängt und so *aus eigenem Antrieb* quasi ›automatisch‹ alle Handlungen, ja emotionalen Handlungsimpulse unterdrückt, die das *Risiko des Konfliktes mit den Herrschenden* mit sich bringen würden, sich mithin innerhalb der objektiven Unterdrückungsverhältnisse *subjektiv unbegrenzt ›frei‹ wäghen* kann« (Holzkamp 1984, 32). Alain Ehrenberg argumentiert, dass die skizzierten Veränderungen der Produktionsweise den Geltungsbereich der freudschen Analysen in Frage stellen: er sieht im freudschen Subjektbegriff einen starken Bezug auf den Konflikt von begehrendem Individuum und versagender Gesellschaft, der nicht »gelöst«, sondern lediglich in unterschiedlicher Weise »in seine eigene Erfahrung und Geschichte integriert« werden könne (2004, 243). Ähnlich wie Illouz sieht er aber seit den

19 Für aktual-empirische Begründungsanalysen wären solcherart Bedeutungsanalysen auf Einzelfälle zu konkretisieren.

20 Vgl. etwa die Analysen von Catharina Schmalstieg im vorliegenden Band.

Umbrüchen der 1960er Jahre nicht die Unterdrückung von Wünschen und Begehren, sondern ihre Entwicklung und Verwirklichung im Vordergrund. »Die Person wird nicht länger durch eine äußere Ordnung (oder die Konformität mit einem Gesetz) bewegt, sie muss sich auf ihre inneren Antriebe stützen.« (8) Mit Blick auf die Bestimmungen restriktiver Emotionen kann gefragt werden, ob der starke Bezug auf die Unterdrückung von Emotionen, der Gegenüberstellung von »Kopf« und »Bauch« und die daraus resultierende Verinnerlichung der Emotionen und Ent-Emotionalisierung des Handelns vor allem mit den taylorisierten fordistischen Emotions-Regimen in Zusammenhang stehen, anstatt für die kapitalistische Formation insgesamt zu gelten. Im neoliberalen Mobilisierungsdiskurs sind die Gefühle »profanisiert«, weltlich und jederzeit einsetzbar. Sie müssen zum Handeln unter fremdgesetzten Zielen befähigen, sind Teil von Selbstinstrumentalisierungen, die die geforderten Haltungen – aktiv, kreativ, demütig – bereitstellen können.

Die Forderung, »man selbst zu werden« und sich selbst als grenzenlose Kapitalisierungsmaschine zu betrachten, sieht Ehrenberg im Zusammenhang mit der Ausweitung der Krankheit »Depression«, die »uns die aktuelle Erfahrung der Person [zeigt,] denn sie ist die Krankheit einer Gesellschaft, deren Verhaltensnorm nicht mehr auf Schuld und Disziplin gründet« (9). Den Rückgang der Zwangsneurosen (als Ergebnis von gesellschaftlichen Normen, die Wünsche und sexuelles Begehren verurteilen und der Verdrängung anheim stellen) zugunsten der depressiven Erkrankungen sieht Ehrenberg in diesem Zusammenhang. Gleichzeitig wandle sich das Verständnis von Depression seit den 1980er Jahren: »Die alte traurige Verstimmtheit wird zu einer Handlungsstörung und das in einem Kontext, in dem die persönliche Initiative zum Maß der Person wird.« (13)²¹ Die neoliberale Mobilisierung und Individualisierung lege die Grundlage für die Erschöpfungszustände, die für die Depression kennzeichnend sind, und den Aufstieg von Antidepressiva zur »Volksdroge«; deren Versprechen sei es, die Anforderungen der Selbstführung und Selbstverantwortung zu bewältigen.

Holzkamp und Osterkamp sehen (im Zusammenhang mit der Reinterpretation der kognitiven Theorien) die Kontrolle von Emotionen meist im Sinne ihrer Unterdrückung; dagegen rückt aktuell die Bedeutung der (kontrollierten) Herstellung leidenschaftlichen Engagements in den Vordergrund. Die Bestimmung der Angst als dauernde Hintergrundqualität restriktiver Emotionalität verdankt sich einer ähnlich zentralen Stellung des Konflikts (von individuellen Lebensinteressen und gesellschaftlichen Herrschaftsansprüchen) in der Kritischen Psychologie, wie

21 Weil die gesellschaftlichen Normen weniger über Sozialisation internalisiert würden, sei die Ausweitung von Strafsystemen und Sicherheitsdiskursen gesellschaftlich auf dem Vormarsch.

Ehrenberg ihn für die Psychoanalyse sieht. In einer – hier nur angedeuteten – Reinterpretation von Ehrenbergs Argumentation wäre zu klären, ob die in diesem Zusammenhang herausgearbeitete Funktion der Angst in restriktiver Emotionalität zu ergänzen wäre um ein dauerndes Gefühl der Hemmung und der Unfähigkeit zu handeln, der depressiven Verunsicherung des eigenen Handelns, die dem Zwang der ständigen Verwertung entstammt.²²

Gleichzeitig kann gesagt werden, dass Erschöpfung ohne Angst nicht zu denken ist: »Weil unter den Bedingungen eines flexibilisierten Kapitalismus selbst die Gewinner ihre Position immer nur »für den Moment« behaupten können, verallgemeinert sich die nur allzu berechtigte Sorge, vielleicht morgen schon auf der Verliererseite zu stehen. Für den Einzelnen ergibt sich daraus eine paradoxe Situation: Einerseits ist er den Kräften des Marktes ausgeliefert wie einer Naturgewalt, andererseits kann er seinen Erfolg wie sein Scheitern niemandem zuschreiben als sich selbst. Vermutlich beruht die Suggestivkraft der Managementprogramme nicht zuletzt darauf, dass sie diesen Widerspruch in griffige Handlungsmaximen übersetzen. Sie sollen die Angst bannen, die sie zugleich evozieren.« (Bröckling 2002, 172) Hier trifft Illouz' Bild – »wir sind selbst dann Herr im eigenen Hause, wenn es brennt« – präzise.

Die Erscheinungsweisen restriktiver Motivation (Holzkamp 1983, 411ff) verschieben sich: es geht weniger darum, fest stehende Ziele und Verhaltensweisen zu oktroyieren, als vielmehr die Subjekte zu mobilisieren, sich die Probleme selbständig zu eigen zu machen bzw. selbst aus den sachlichen Gegebenheiten abzuleiten, ihre Kreativität und Individualität in diese Prozesse einzubringen und eigenständig Verwertungsmöglichkeiten zu eröffnen. Durch die wachsende Bedeutung von Beziehungen und Beziehungsregulationen (zu Kollegen und Kunden, auch zu »potenziellen Kunden« im Falle des *emotional designs*) werden die Formen restriktiver Emotionalität, die Holzkamp verstärkt im Zusammenhang privater Beziehungen diskutiert hat, im Bereich der Arbeit zunehmend wichtig.

Illouz sieht den Auftrag einer emanzipatorischen Psychologie darin, eine »Kritik sozialer Ungerechtigkeit zu reformulieren, die sich für die Art und Weise interessiert, in der der Zugang zu psychologischem Wissen möglicherweise dazu beiträgt, unterschiedliche Formen des Selbstseins zu hierarchisieren« (2006, 108). Sie bezieht sich

22 Dabei soll hier nicht in Frage gestellt werden, dass der Verwertungsimperativ grundlegend im Widerspruch zur Realisierung der gesellschaftlichen Potenzen und Glücksansprüche der Menschen steht. In Frage steht vielmehr, ob die zentrale Stellung der Angst ergänzt werden muss durch die der Erschöpfung und Hemmung, *soweit* die subjektiven Erfahrungen weniger durch Verbote denn durch die andauernde individualisierende Forderung gekennzeichnet ist, »man selbst« und »erfolgreich am Markt zu sein«. Dies wäre in konkreten Prämissen-Gründe-Analysen zu klären.

auf die klassenspezifisch unterschiedliche Möglichkeit, die beschriebenen Mobilisierungen zu leisten. Darüber hinaus aber bleibt der »utopische Pol« verallgemeinerter Emotionalität entscheidend. Die »gefährliche Seite« der Emotionalität liegt darin, dass, wenn ich mir meine Emotionen als erkenntnis- und handlungsleitend für meine Entscheidungen wieder aneigne, die Anerkennung der individuellen Konkurrenz und der Verzicht auf veränderndes Handeln brüchig werden. Es würde der Blick dafür frei, wie die eigenen Interessen mit denen des Marktes zusammenhängen und wie Beziehungen jenseits der Konkurrenz aufgebaut werden können – »mithin in der Gerichtetheit auf die Schaffung von Bedingungen ›menschlicher‹ Lebenserfüllung/Bedürfnisbefriedigung, gleichzeitig Gewinnung von Entschiedenheit, Fülle und Angstfreiheit gegenwärtiger Emotionalität« (Holzkamp 1983, 410).

Literatur

- Barfuss, Thomas, 2003: Ironische Handlungsfähigkeit zwischen Subversion und Anpassung, in: *Das Argument* 252, H. 4/5, 45. Jg., 707–21
- Bröckling, Ulrich, 2002: Diktat des Komparativs. Zur Anthropologie des »unternehmerischen Selbst«. In: U. Bröckling u. E. Horn (Hg.), *Anthropologie der Arbeit*, Gunter Narr Verlag Tübingen, 157–173
- Candeias, Mario, 2004: *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*, Argument Hamburg
- Ders., 2007: High-Tech, Hartz und Hegemonie. In: Chr. Kaindl (Hg.), *Subjekte im Neoliberalismus*, BdWi-Verlag Marburg, i.Ersch.
- Ehrenberg, Alain, 2004: *Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*, Campus Frankfurt/M
- Ehrenreich, Barbara, 2006: *qualifiziert und arbeitslos*, Verlag Antje Kunstmann München
- Hartz, Peter, 2001: *Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können*, Frankfurter Allgemeine Buchverlag Frankfurt/M
- Haug, Wolfgang Fritz, 2001: Die Produktionsweise denken. In: H.-J. Bieling, Kl. Dörre, J. Steinhilber u. H.-J. Urban. (Hg.), *Flexibler Kapitalismus*, VSA Hamburg, 36–51
- Hochschild, Arlie Russel, 2002: *Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet*, VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden
- Dies., 2006/1990: *Das gekaufte Herz. Die Kommerzialisierung der Gefühle*, Campus Frankfurt/M

- Holzkamp, Klaus, 1973: *Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion von Wahrnehmung*, Campus Frankfurt/M
- Ders., 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1984: Kritische Psychologie und phänomenologische Psychologie. Der Weg der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft, in: *Forum Kritische Psychologie* 14, 5–55
- Horn, Eva, 2002: Test und Theater. Zur Anthropologie der Eignung im 20. Jahrhundert. In: U. Bröckling u. E. Horn (Hg.), *Anthropologie der Arbeit*, Gunter Narr Verlag Tübingen, 109–125
- Huws, Ursula, 2002: Die Produktion des Kybertariats, in: *Das Argument* 248, H. 5/6, 44. Jg., 763–776
- Illouz, Eva, 2006: *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Kaindl, Christina, 1998: *Gesellschaftliche Dimensionen individueller Handlungsfähigkeit. Zur Debatte um ein kritisch-psychologisches Grundkonzept*. Diplomarbeit am FB Erziehungswissenschaften, Psychologie und Sportwissenschaften der Freien Universität, Berlin
- Dies., 2005: »Du musst ihn fühlen, den Scheiß!« Neoliberale Mobilisierungen im Imaginären und der Kampf um neue Lebensweisen am Beispiel von Big Brother und Popstars, in: *Das Argument* 261, H. 3, 47. Jg., 347–360
- Dies., 2007: Frei sein, dabei sein: Subjekte im High-Tech-Kapitalismus. In: dies. (Hg.), *Subjekte im Neoliberalismus*, BdWi-Verlag Marburg, 141–161
- Markard, Morus, 1998: Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. In: B. Fried, Chr. Kaindl, M. Markard u. G. Wolf (Hg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft*, Argument Hamburg, 29–41
- Marx, Karl, 1844: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte. Marx-Engels-Werke (MEW), Ergänzungsband 1*, Dietz Berlin/DDR 1957ff
- Mayer, John D., und Peter Salovey, 1993: The Intelligence of Emotional Intelligence, in: *Intelligence* 17, 433–422
- Norman, Donald, 2004: *Emotional Design. Why we love (or hate) everyday things*, Basic Books New York
- H.-Osterkamp, Ute, 1975: *Grundlagen psychologischer Motivationsforschung 1*, Campus Frankfurt/M-New York
- Dies., Ute, 1976: *Motivationsforschung 2*, Campus Frankfurt/M-New York
- Osterkamp, Ute, 1999: Zum Problem der Gesellschaftlichkeit und Rationalität der Gefühle/Emotionen, in: *Forum Kritische Psychologie* 40, 3–49

-
- Rehmann, Jan, 2007: Herrschaft und Subjektion im Neoliberalismus. Die uneingelösten Versprechen des späten Foucault und der Gouvernementalitäts-Studien. In: Chr. Kaindl (Hg.), *Subjekte im Neoliberalismus*, BdWi-Verlag Marburg, 75–92
- Rivas, Lynn May, 2002: Invisible Labors: Caring for the Independent Person. In: B. Ehrenreich und A. Russel Hochschild (Hg.), *Global Woman*, Metropolitan / Owl Book New York, 70–84
- Suvín, Darko, 2008: Gefühle bei Bertolt Brecht, in: *Das Argument* 273, 49. Jg, H. 5/6, 35–51
- Weber, Thomas, 1997: Einfühlung. In: W. F. Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 3, Argument Hamburg, 134–147
- Zaretsky, Eli, 2006: *Freuds Jahrhundert. Die Geschichte der Psychoanalyse*, Paul Zsolnay Verlag Wien

Gisela Ulmann

Normalisierung und Pathologisierung der Kindheit im Jahrhundert des Kindes

Die schwedische Frauenrechtlerin und Pädagogin Ellen Key rief das 20. Jahrhundert als das Jahrhundert des Kindes aus (vgl. Key 1992 [1902]). Ihr Ziel war vor allem die Individualisierung der Erziehung in der Schule und deren Ausrichtung auf die »freie volle Selbstentwicklung« (164) der einzelnen Kinder. Tatsächlich brachte das vorige Jahrhundert für Kinder widersprüchliche Entwicklungen mit sich: Einerseits wurde die Erziehung liberaler, so dass Eltern ihre Ansprüche kaum noch gegen Kinder durchsetzten, ohne sie weiter zu begründen, andererseits wurde mehr und mehr mit (zweifelhaften) wissenschaftlichen Begründungen in deren Leben eingegriffen – zunächst normalisierend und pädagogisierend, dann pathologisierend. Ich möchte aufweisen, dass Pathologisierung Normalisierung voraussetzt – und dabei auch zeigen, warum beides nicht im Interesse der Kinder sein kann.

Normalisierung der Kindheit – durch wissenschaftliche psychologische Methoden und Konzepte

Ende des 19. Jahrhunderts begannen Wissenschaftler die Kindheit zu erforschen. Sie schrieben Tagebücher über ihre eigenen Kinder und werteten diese aus¹. Daraus entwickelte sich die »Kinderpsychologie« mit dem Ziel, über (normale) Kinder jeglichen Alters bezüglich ihrer Fähigkeiten etc. etwas (oder alles?) zu wissen. Es wird behauptet, dass dabei quasi ethnologisch vorgegangen, das Kind als »das Fremde«, oder auch »primitive« bzw. »wilde« betrachtet wurde (vgl. z. B. Gstettner, 1981), mir scheint aber das vorwiegende Ziel gewesen zu sein, »das Normale« (wenn auch als »Noch-nicht-Erwachsenes«) herauszustellen.

1 So Preyer (1882), im 20. Jahrhundert dann das Ehepaar Scupin (1907, 1910), das Ehepaar Stern (1914) und Piaget (1936, 1937, 1945; vgl. 1975a, b, c)

Dafür spricht u. a., dass Binet und Simon 1905 den Auftrag einer Kommission des französischen Unterrichtsministeriums annahmen, einen Test zu entwerfen, der ermöglichte, Kinder, die nicht in Normalschulen unterrichtet werden konnten, deutlich von jenen zu unterscheiden, bei denen dies doch möglich war (Groffmann 1964). Sie entwickelten den ersten Intelligenztest, wobei für jedes Lebensalter das als »normal« galt, was dreiviertel aller Kinder dieses Lebensalter bezüglich »bon judgement« leisten konnten. Bekanntlich beschrieben sie Abweichungen als Differenzen und vertraten – im Gegensatz zu später entwickelten Intelligenzkonzeptionen – durchaus noch die Auffassung, dass negative Differenzen durch entsprechende Unterweisung ausgeglichen werden könnten.

William Stern schlug dann 1912, also sieben Jahre später, vor, das Lebensalter nicht mehr vom so ermittelten Intelligenzalter abzuziehen, sondern dieses durch jenes zu dividieren, und kreierte somit den Intelligenzquotienten, der die Differenz ersetzte. Seine Begründung war, dass diese rechnerische Operation zu einem Wert führe, der über das Lebensalter konstanter bleibe, und deshalb bessere Auskunft über *angeborene* Intelligenz gebe. Aus demselben Grund formulierte er als Anforderung an einen brauchbaren Intelligenztest, dass sich die Werte einer Altersgruppe symmetrisch, also einer Gaußschen Häufigkeitsverteilung entsprechend, um den Mittelwert verteilen. Damit wurde »Normalität« biologisiert und intelligente Leistungen nicht mehr als Ergebnis von Erziehung angesehen, denn das Wort »normal« in einer *Normalverteilung* bedeutet, dass es sich um eine Zufallsverteilung handelt, also keine systematischen Einflüsse auf die Ereignisse wirken. Man geht davon aus, dass Ereignisse, die nur durch biologische Prozesse hervorgebracht werden, zu solch einer Verteilung führen.

Dass es gelingt, einen Test zu konstruieren, der kognitive Fähigkeiten als »normal verteilt« darstellt, spricht u. U. für die »Kunst« der Konstrukteure, die das so wollen, nicht aber unbedingt für die biologisch bedingte Zufallsverteilung dieser Fähigkeiten. Diese Denkweise: ein Merkmal (u. U. erst messbar zu machen und es dann) zu vermessen, den Durchschnitt zu errechnen, diesen – also Durchschnittliches – als »normal« anzusehen und von ihm aus die Abweichungen zu bewerten, hat sich inzwischen auch im Alltagsdenken durchgesetzt.²

Entwicklungspsychologie, die die Kinderpsychologie ablöste, betont stärker den Prozess, was aber auch nicht dazu führte, den Standpunkt der Kinder zu berücksichtigen.

2 Während Stern wie Binet noch „Normalintelligenz“ als das ansah, was dreiviertel aller Kinder einer Altersstufe leisten konnten, wurden später besonders hohe Leistungen in Intelligenztests als Zeichen von „Hochbegabung“ angesehen. So wurde das „Genie“ ebenfalls biologisiert – nicht als das angesehen, was menschenmöglich bzw. Menschen möglich ist, wenn sie entsprechend unterstützt und vor allem nicht behindert werden (wie Sève es 1975 m. E. sehr gut ausdrückte).

sichtigen. Auch sie fragt nicht nach deren subjektiv erfahrenen Verfügungsmöglichkeiten oder -behinderungen (wie z. B. Holzkamp 1980 kritisch hervorhebt).

Normalisierung der Kindheit – durch Pädagogik

Normalisierung bezieht sich auch auf die Pädagogisierung der Kindheit. Der Historiker Ariès (1975) vertritt die These, dass die Kindheit erst am Ende des Mittelalters entdeckt wurde, dass Kinder dann als erziehungsbedürftig angesehen wurden und die Beziehung zwischen Erwachsenen und Kindern eine pädagogische wurde. Ariès sah in dieser Entwicklung eine Verschlechterung der Situation der Kinder, aber dass Kinder grundsätzlich erziehungsbedürftig wären, wurde erst im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts bestritten, z. B. vom »Antipädagogen« v. Braunmühl (1975). Er argumentiert allerdings nicht vom Standpunkt der Kinder aus, sondern vom »Außenstandpunkt«, als Aussage über Kinder, ohne deren Perspektive einzunehmen. Holzkamp problematisierte Erziehung 1983 vom Subjektstandpunkt, indem er den Titel des Pink-Floyd-Lieds »we dont need no education« übernahm (Holzkamp 1983a). Seitdem haben wir den Gedanken weitreichender begründet und konkretisiert (vgl. Holzkamp 1983b, Ulmann 1987), insbesondere Markard (2003, 2006) hat ihn auf den Punkt gebracht. *Erziehung* wird von ihm als eine bestimmte Form der *Beziehung* gefasst, deren wesentliche Momente er folgendermaßen resümiert:

1. Erziehende vertreten gesellschaftliche Anforderungen und Ziele, die die Zöglinge nicht erfüllen (wollen) können.
2. Erziehung besteht aus einschlägigen Maßnahmen.
3. Erziehung bedeutet Machtausübung [...], die sich mit Erziehungserfolg reduzieren kann. [...]

Zu den [...] Erziehungszielen ist zu sagen:

- a) Die Erziehenden kennen und wählen sie.
- b) Sie versuchen sie so zu vermitteln, dass sie den Zöglingen einsichtig werden.
- c) Soweit die Zöglinge dies bzw. diese Ziele nicht einzusehen vermögen, setzen die Erziehenden die Ziele verantwortlich und stellvertretend durch.

(Markard 2006, 445)

Erziehungsziele sind also je mir als Zögling fremdgesetzt – übernehme ich sie, kann ich mich nicht von Fremdsetzungen emanzipieren. Wenn es in meinem Interesse ist, mich zu vergesellschaften – kann ich dies, wenn es mir als Forderung anderer gegenübertritt?

Erziehung strebt also eine Normalisierung der Kinder im Sinne einer Anpassung an fremdgesetzte Ziele an. Besonders deutlich wird dies an der schulischen Unternehmung: Unterrichtspflicht für Kinder wurde staatlich im Rahmen der Bekämpfung der Kinderarbeit eingeführt, in Deutschland dann 1920 die Grundschulpflicht, also die

Pflicht jedes Kindes, die sechsjährige allgemeine Schule zu besuchen. Dieses Gesetz wandte sich dagegen, dass Kinder höherer Schichten weiterhin privat unterrichtet werden konnten und so evtl. zu anderen als den staatlich verordneten Zielen geführt würden. Kinder aller Schichten sollten also die gleiche Schule besuchen, Gleichheit wurde als Chancengleichheit verstanden – aber auch als ›Normalität‹? Insofern ja, als daneben ›Sonderschulen‹ in immer mehr Ausdifferenzierungen entstanden, deren Name ja nur als Abhebung von ›normalen Schulen‹ verständlich ist.

In dieser Zeit, am Anfang des vorigen Jahrhunderts, hatte die »Reformpädagogik«, die sich gegen die normalisierende Rigidität der Regelschule richtete, und daher eigentlich zur Individualisierung führen sollte, ihre Hochblüte. Die erst relativ kurze Zeit davor entdeckte Möglichkeit, vielen gleichzeitig etwas zu vermitteln, also der »Frontalunterricht«, wurde nicht nur von Ellen Key kritisiert. Als Reformpädagoge gilt auch Steiner, der für die Kinder der Zigarettenfabrik »Waldorf Astoria« ein Schulkonzept entwickelte, das bis heute als »Waldorfschule« fortgeführt wird. Er hatte jedoch sehr genaue Vorstellungen von Normalität, insbesondere bezüglich der Altersstufen. Maria Montessoris Unterrichtskonzeption entspricht der Individualisierung wohl am besten, allerdings ist die Vorstellung der »sensiblen Phasen« ein biologisches Konzept; sie müssen vorausgewusst werden, um das geeignete Material bereitzustellen. Verbreitung fanden die Ideen der Reformpädagogik nicht, die anderen – hier nicht erwähnten – sind heute fast vergessen.

Stattdessen blieb das Prinzip der »normalisierende[n] Differenzierung«, das Foucault (1977) als eines der Prinzipien der »Disziplinaranlage« Schule pointiert herausarbeitete, bis heute bestehen: Klassen für jede Altersstufe, die allermeist noch heute frontal unterrichtet werden, mit dem Ziel, den Unterricht durch gleiche Lernbedingungen für alle Schüler möglichst effizient zu gestalten, aber gleichzeitig durch deren differenzierende Benotung eine bestimmte Form der Differenzierung durchzusetzen. Alle Differenzen werden sorgfältig registriert und ggf. sanktioniert. So entstehen Rangordnungen mit der ständigen Möglichkeit für die Individuen auf- bzw. abzustiegen. Die Folgen arbeitet Holzkamp v. a. in seinem Buch *Lernen* (1993) heraus. So legt die normalisierende Differenzierung u. a. nahe, sich anzupassen und mit den anderen zu konkurrieren.

Pathologisierung der Kindheit

Gegen Mitte des vorigen Jahrhunderts, das ja das Jahrhundert des Kindes sein sollte, änderte sich die Sicht auf Kinder noch einmal erheblich: Aus der Registrierung und ggf. Sanktionierung von Abweichungen wurde der Verdacht, dass quasi jedes Kind abweichend wäre oder doch sein könnte, was sich wissenschaftlich belegen ließe, wenn man nur genau genug auch schlecht sichtbares Verhalten messbar machte

(vgl. insbesondere Bühler-Niederberger 1991). Da »Abweichungen« jetzt nicht im Sinne der Einzigartigkeit jedes Individuums sondern im Sinne von »Störungen« konzipiert wurden, wurde die Kindheit m. E. pathologisiert, u. U. auch psychiatrisiert und medikalisiert.

Pathologisierung bedeutet in diesem Zusammenhang: Als problematisch bewertetes Verhalten eines Kindes wird als Krankheit bzw. Störung (ggf. organisch verursacht) konzeptionalisiert; in der Konsequenz wird die Ursache des Problems *ausschließlich* im Kind verortet – und am Kind therapeutisch behandelt. Die so definierte Pathologisierung lässt sich m. E. eindrucksvoll an den verschiedenen Auflagen des DSM, also des diagnostischen und statistischen Manuals psychischer Störungen der amerikanischen psychiatrischen Vereinigung (APA), zeigen. Das erste erschien 1952, in ihm wurden Kinder nicht extra erwähnt. Im DSM II, das 1968 erschien, wurde vermerkt, dass es nun – wie auch das ICD der WHO – eine Rubrik enthalte, die sich auf Kinder beziehe: »Behavior Disorders of Childhood and Adolescence«. Aufgelistet werden hyperkinetische Reaktionen, Zurückziehen, Überängstlichkeit, unsozialisierte Aggressivität und Gruppendelinquenz.

1980 erschien das DSM III, das auch ins Deutsche übersetzt wurde. Die einschlägige Rubrik hieß nun »Störungen des Kleinkindalters, der Kindheit und der Adoleszenz«. Die Liste der »Störungen« ist hier schon sehr lang, Trotzverhalten und Identitätsstörungen sind enthalten – aber als »spezifische Entwicklungsstörungen« nun auch »Lesestörung« und »Rechenstörung« sowie »Störung mit Aufmerksamkeitsdefizit«. Zu dieser wird vermerkt, dass es sich um etwas handle, das früher HKS, MCD³ etc. genannt wurde. Dass diese Umbenennung nicht durch wissenschaftliche Forschung begründet war (vgl. dazu DeGrandpre 2002), wird nicht erwähnt.

Umbenennungen, die nur auf Einigungsprozessen zwischen einflussreichen Wissenschaftlern beruhen statt auf deren Forschungsprozessen, können m. E. Ausdruck von Pathologisierung sein: Obwohl die Forschungslage unklar ist, werden Phänomene als Krankheit definiert, und es wird behauptet, dass sie medizinisch behandelt werden müssen. Im revidierten DSM III-R (1987) werden die »spezifischen Entwicklungsstörungen« in »Schulleistungsstörungen« umbenannt; als »expansive Entwicklungsstörung« werden nun »Aufmerksamkeits-« und »Hyperaktivitätsstörung« aufgeführt. Die »Schulleistungsstörung« wird dann im bisher letzten DSM IV (1994) in »Lernstörung« umbenannt (und so die Schule als mögliche Verursacherin unsichtbar gemacht), ansonsten findet man nun »Aufmerksamkeitsdefizit« und »Hyperkinetische Störung« (314).

3 Hyperkinetisches Syndrom, Minimale cerebrale Dysfunktion, s. dazu unten.

Dazu werden ca. 20 weitere Störungen mit vielen Differenzierungen aufgelistet. Da das DSM forschungsorientiert verstanden wird, erscheint es gerechtfertigt, globale Klassifizierungen zu differenzieren – die Frage, ob es sich hierbei um die Entdeckung von Störungen mit Krankheitswert oder um die Pathologisierung von Abweichungen vom »Normalen« handelt, bleibt aber offen. Die Störung wird – so meine These – insofern im Kind lokalisiert, als das, was ein Kind stören könnte, überhaupt nicht erwähnt wird. Um dies zu belegen konzentriere ich mich auf jene »Störungen«, die insbesondere in der Institution Schule imponieren: »Lesestörung«, »Rechenstörung«, »Aufmerksamkeitsdefizit« und »Hyperaktivität«.

Probleme damit, Rechtschreibung und Lesen zu lernen, wurden in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger Jahren »Legasthenie« oder »Lese-Rechtschreib-Störung« (LRS) genannt und intensiv untersucht. Zwar gab es durchaus Theorien bezüglich der Didaktik: Diese besagten, dass Legasthenie durch die damals bevorzugte Ganzheitsmethode ausgelöst würde. Die empirische Überprüfung dieser Hypothese bestätigte sie nicht. Im Psychologischen Institut der FU Berlin wurden Theorien entwickelt, die sich auf die Schichtspezifik bezogen (Ruß 1990); heute erwähnt sie niemand mehr. Auch alle anderen Theorien aus dieser Zeit wurden widerlegt (vgl. z. B. Bühler-Niederberger 1991). Legasthenie wurde weder von den Krankenkassen noch im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) als therapierelevant anerkannt. Als »Störung« tauchte sie in den bundesdeutschen Diskursen nicht mehr auf. Legasthenietherapeuten wurden zu Kindertherapeuten⁴ und schulische Erleichterungen für Kinder, die viel falsch schrieben und/oder nicht recht lesen konnten, wurden in den 80er Jahren wieder abgeschafft (vgl. dazu z. B. Ruß 1990). Anders in der Schweiz (vgl. Bühler-Niederberger 1991): Dort wurde Legasthenie von der Krankenkasse als therapiebedürftig anerkannt, was zu einer Professionalisierung der Legasthenietherapeuten führte – und zu einer drastischen Zunahme von Kindern, die als Legastheniker etikettiert wurden! Was in der BRD ein leistungsschwacher Schüler blieb, wurde in der Schweiz ein »kranker«. In diesem Jahrhundert wurden in Deutschland Ausnahmeregelungen bezüglich der Zensurierung in der Schule wieder eingeführt. Lerntherapien, die private Therapeuten anbieten, können – wenn Kinder durch ihre Lese- und/oder Rechtschreibprobleme als von seelischen Behinderungen bedroht angesehen werden – vom Jugendamt finanziert werden. Dies galt auch schon für Therapien im Rahmen des BSHG – und gilt für die gleich zu erwähnenden Therapien bei

4 Vgl. dazu die mich staunend machende Darstellung von Pilz (1982), der diese Umorientierung als wissenschaftlichen Erfolg darstellt.

Rechenstörungen. Eine staatlich finanzierte Therapie setzt also eine Etikettierung eines Kindes als »seelisch behindert« voraus.

Probleme mit dem Zahlbegriff und der Verknüpfung von Zahlen, also dem Rechnen, wurden in der BRD bzw. in Deutschland von Psychologen kaum thematisiert; ich vermute, dass das daran liegt, dass die meisten (praktisch arbeitenden) Psychologen auf Kriegsfuß mit Zahlen und deren möglichen Verknüpfungen stehen. Derartige Probleme wurden von Krankenkassen in unserem Lande nie als Krankheit anerkannt. Es gibt private Therapiezentren, in denen vor allem Mathematiker arbeiten. Auch die Forschung diesbezüglich wird v. a. von Mathematikern bzw. Mathematikdidaktikern betrieben (vgl. Fritz u. a. 2003).

Ganz anders verlief aber die Geschichte jener Verhaltensweisen, die Hoffmann 1854 (vgl. 2000) im Bilderbuch »Struwelpeter« im Gedicht vom »Zappelphilipp« als Ungehorsam, der mit der Rute zu beheben sei, beschrieb – später auch die Geschichte der Verhaltensweisen, die eher denen von Hoffmanns »Hans-Guck-in-die-Luft« entsprachen, der ins Wasser fällt, gerettet wird, aber dessen Schultasche unrettbar davon schwimmt. Diese Geschichte, in der *Ungehorsam* zur Krankheit wird, begann (nach Ostrop 2004) ganz kurz nach der Wende des Jahrhunderts zu dem, was das Jahrhundert des Kindes sein sollte⁵.

1902 beschreibt Still die Unfähigkeit von Kindern, Regeln einzuhalten, also auch »impulsiv« zu agieren, als »Moralischen Defekt«.

1925 bezeichnet Lesemann (zapplige?) Sonderschüler als »Schwache im Geiste« (1972), aber als lernfähig bei individueller Förderung.

1926 werden Verhaltensstörungen wie Zappligkeit nach einer Enzephalitisepidemie bei den davon Betroffenen beobachtet, womit die Wende zur Behauptung der *organischen* Verursachung beginnt – zunächst als Frage: Wenn einer Enzephalitis Zappligkeit folgt, könnte nicht jegliche Zappligkeit Folge eines Hirnschadens sein, der evtl. so »minimal« ist, dass er nicht messbar ist?

1934 kreieren Kahn und Cohen die »organic drivenness«, also Impulsivität – organisch begründet.

1937 veröffentlicht Bradley eine Studie, nach der 30 Schülern einer psychiatrischen Klinik mit Erziehungsschwierigkeiten bzw. Schulschwierigkeiten bzw. schizoider Störung bzw. aggressivem bzw. egozentrischem Verhalten Benzidrine verabreicht wurden. 14 Schüler hätten spektakuläre Verbesserungen bezüglich schulischer Interessen und Leistungen gezeigt. 15 Kinder wurden deutlich emotional gedämpft, von diesen besserten aber nur 7 ihre schulischen Leistungen. Nur bei 8 Kindern zeigten sich Verbesserungen in beiden Bereichen. Die »Verbesserun-

5 Die folgende Auflistung entnehme ich v. a. Ostrop (2004)

- gen« beschreibt er nicht weiter. Mit dieser Studie beginnt die Wende zur *Medikalisierung* von Kindern, die vorher tabu war.
- 1940 nehmen Werner und Strauß wieder Hirnschädigung als Ursache für Hyperaktivität auf und beantworten die 1926 aufgeworfene Frage nach einer möglichen organischen Verursachung, indem sie unzulässigerweise von einigen auf alle schließen: Jegliche Hyperaktivität ist auf Hirnschäden zurückzuführen. Daraus entsteht...
- 1956 das Konzept der minimalen (d. h. nicht messbaren) Hirnschädigung (MBD), das wie Corboz (1988) bemerkt, besonders den Eltern schwer zu vermitteln war und deshalb...
- 1962 in »minimale cerebrale Dysfunktion« (MCD), die sich in Hyperaktivität (HKS) äußere, umbenannt wurde.
- 1964 kreierte Lempp das frühkindliche exogene Psychosyndrom und Corboz (vgl. Corboz 1988) das infantile psychoorganische Syndrom: POS.
- 1962, 1963 und 1965 versuchten Mediziner und Pädagogen sich auf internationalen Konferenzen darüber zu einigen, ob von MBD oder MCD gesprochen werden sollte, ob es sich um ein medizinisches (cerebrale Schädigung oder Dysfunktion) oder ein pädagogisches Problem handle (*learning disability*). Die medizinische Sicht setzte sich durch.
- 1968 taucht so im DSM II, in dem zum ersten Mal die Rubrik »Behavior Disorders of Childhood and Adolescence« aufgenommen wird, »hyperkinetic reaction of childhood« als psychiatrisch relevante Störung auf.
- 1980 im Folgeband DSM III steht an deren Stelle »Aufmerksamkeitsstörung – mit und ohne Hyperaktivität« (ADHS oder ADS). Nun dominiert also eine Aufmerksamkeitsstörung.
- 1987 wird im revidierten DSM III-R unter der Überschrift »Expansive Verhaltensstörung« »Aufmerksamkeits- und Hyperaktivitätsstörung« klassifiziert.
- 1994 werden im DSM IV Aufmerksamkeitsdefizit und Hyperaktivität (als Subtypen von ADHS) wieder separiert. Im selben Jahr findet sich im internationalen Klassifikationssystem der WHO, dem ICD-10, in der Gruppe der »hyperkinetischen Störungen« die »einfache Aktivitäts- und Aufmerksamkeitsstörung«, deren Symptome unter die Überschriften »Unaufmerksamkeit«, »Überaktivität« und »Impulsivität« gestellt werden.
- Revisionen dieser Klassifikationssysteme sind inzwischen nicht erschienen.
- Wurden hier Krankheiten erkannt? War diese Entwicklung, die ich als Pathologisierung bezeichne, im Interesse der Kinder, weil sie nun nicht mehr mit Rutenschlägen traktiert, sondern mit Medikamenten und Psychotherapie behandelt wur-

den? Hier sind Zweifel angebracht: Bspw. wird das Medikament »Ritalin« Kindern, die die Diagnose HKS oder ADHS bekommen, häufig verschrieben, obwohl noch unklar ist, welche biochemischen Veränderungen der Wirkstoff »Methylphenidat« im Gehirn genau verursacht. (Um dies zu rechtfertigen, argumentiert man mit dem »Heilerfolg«, der meist als bessere Anpassung in der Schule definiert wird.) Genau bekannt sind hingegen die unmittelbaren Nebenwirkungen von Ritalin, das evtl. nicht grundlos unter das Betäubungsmittelgesetz fällt (Appetitmangel, Wachstumsverzögerung, Benommenheit...). Die Langzeitwirkungen sind immer noch nicht untersucht – aber man kann lesen, es gebe keine. Sicher ist, dass Ritalin die Kinder nicht heilt, sondern Lehrern und Eltern das Leben erleichtert. Verhaltenstherapie, die gemeinhin als adäquate Therapie bei AD(H)S empfohlen wird, kann in diesem Zusammenhang auch Nötigung und Bestechung zur Einhaltung von je üblichen Regeln sein (vgl. hierzu auch Weber 2002).

Die Gegenfrage ist: Wenn diese »Störungen« vor allem in der Schule auftauchen – warum wird die Schule nicht verändert? Zur Lese-Rechtschreib-Didaktik wie zur Mathematik-Didaktik wurde viel geforscht – kam es aber zur Individualisierung in dem Sinne, dass Lehrer lernen herauszufinden, welche Probleme ein ganz bestimmtes Kind diesbezüglich hat, und wie diese zu lösen seien? Kaum. Bezüglich Unaufmerksamkeit wird immer betont, dass auch die als unaufmerksam imponierenden Kinder sehr konzentriert seien, *wenn* etwas sie interessiert. Ebenso brauchen Kinder nicht zu »zappeln«, wenn sie sich bewegen dürfen, dies ist trivial. Bereits 1982 veröffentlichten Buschbeck u. a. einen Forschungsbericht über die Öffnung einer Grundschule in Berlin, die Paul-Klee-Schule, in der von Kindern *nicht* verlangt wurde, »still auf dem Platz zu sitzen, sich zu melden, um sich mitzuteilen, spontane Reaktionen ständig zu unterdrücken, eine allgemein gestellte Frage an einem bestimmten Platz zu einem vorgegebenen Zeitpunkt in einer vorgegebenen Weise zu lösen« (18). Wie sie in Fallstudien darstellen, war es »verhaltensauffälligen Kindern« (deren Beschreibung den diagnostisch relevanten Merkmalen, die heute ADHS genannt werden würden, entsprachen) gut möglich, zu lernen. Dies ist, wie Raggatz (2004) erfuhr, heute vergessen – im Gegenteil machen Lehrer heute diese »modische« Weise des offenen Unterrichts gerade für ADHS verantwortlich. Ihr Motto ist: man muss diesen Kindern »Struktur *geben*« – nicht aber sie ihre Struktur selbst *finden* lassen. So werden Kinder heute eher »integriert«, indem man sie zwingt, ständig kleinste Aufgaben sofort und hintereinander – und auf ihrem Platz zu lösen.

»Integriert« werden kann aber nur, wer zuvor ausgesondert wurde, z. B. durch eine Diagnose der Abweichung bzw. Störung (vgl. dazu auch Ulmann 2002). So befördert die – in Deutschland von Eltern erkämpfte – Integration von Kindern mit »besonderem Förderbedarf« in Regelschulen zugleich die Pathologisierung von

Kindern; da diese Kinder froh darüber zu sein haben, in der Schule sein zu dürfen, die »für alle Kinder gut« ist, bekräftigen sie und ihre Eltern damit sogar (implizit) die Meinung, »die Schule ist gut«, so wie sie war und ist.

Wehren sich Kinder in diesem Jahrhundert gegen eine Schule des (vor)vorigen Jahrhunderts, indem sie »gewaltig« Widerstand gegen deren strukturelle Gewalt leisten, wird auch dies (pathologisch) vereignschaftet – und mit Antigewalttrainings zu bekämpfen versucht. Wehren sie sich, indem sie »schwänzen«, einfach nicht mehr in die Schule gehen, nennt man das heute »Schulabsentismus«. Dies klingt nicht so diskriminierend, lässt die Frage nach den Ursachen offen, also stellbar, aber die »Abwesenheit« kann auch vereignschaftet und zur pathologischen Diagnose werden: Diese Kinder sind schulabsent. In besonderen Projekten sollen sie dann normalisiert werden (vgl. Schmitz/Ulmann 2003).

Die Entwicklung, die im »Jahrhundert des Kindes« begann, ist bis heute ungebrochen: Fühlen sich Lehrer und Eltern durch Kinder gestört, führen Wissenschaftler dies darauf zurück, dass die Kinder selbst gestört sind, d. h. aufgrund ihnen inhärenter Störungen von der Normalität abweichen. Es käme aber darauf an zu erforschen, was Kinder stört, und dies ggf. zu verändern.

Literatur

- American Psychiatric Association (APA), 1952: *Diagnostic and Statistical Manual for Mental Disorders*, APA Washington D.C.
- Dies., 1968: *Diagnostic and Statistical Manual for Mental Disorders – DSM II*, APA Washington D.C.
- Dies., 1980: *Diagnostic and Statistical Manual for Mental Disorders – DSM III*, APA Washington D.C.
- Dies., 1987: *Diagnostic and Statistical Manual for Mental Disorders – DSM III-R*, APA Washington D.C.
- Dies., 1994: *Diagnostic and Statistical Manual for Mental Disorders – DSM IV*, APA Washington D.C.
- Ariès, Philippe, 1975: *Geschichte der Kindheit*, Hanser München
- Bradley, Charles, 1937: The behavior of children receiving Benzedrine, in: *Am. J. of Psychiatry* 94, 557–585
- v. Braunmühl, Ekkehard, 1975: *Antipädagogik. Studien zur Abschaffung der Erziehung*, Beltz Weinheim
- Buschbeck, Helene, Karin Ernst und Monika Rebitzki, 1982: *(K)eine Schule wie jede andere*, Beltz Weinheim

- Bühler-Niederberger, Doris, 1991: *Legasthenie. Geschichte und Folgen einer Pathologisierung*, Leske + Budrich Opladen
- Corboz, Robert J., 1988: Psychische Störungen bei organischen Hirnschädigungen, in: K. P. Kisker (Hg.), *Psychiatrie der Gegenwart. Bd. 7: Kinder- und Jugendpsychiatrie*, Springer Berlin-Heidelberg, 119–147
- DeGrandpre, Richard, 2002: *Die Ritalin-Gesellschaft. ADS: Eine Generation wird krankgeschrieben*, Beltz Weinheim
- Foucault, Michel, 1977: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Fritz, Annemarie, Gabi Ricken und Siegbert Schmidt (Hg.), 2003: *Rechenschwäche*, Beltz Weinheim
- Groffmann, Karl-Josef, 1964: Die Entwicklung der Intelligenzmessung, in: R. Heiss (Hg.), *Handbuch der Psychologie*, Bd. 6, Hogrefe Göttingen, 148–199
- Gstettner, Peter, 1981: *Die Eroberung des Kindes durch die Wissenschaft. Aus der Geschichte der Disziplinierung*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg
- Hoffmann, Heinrich, 2000 [1845]: *Der Struwwelpeter*, Rütten und Loening München
- Holzkamp, Klaus, 1980: Was heißt »normale« Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit?, in: *Das Argument* 123, 650–657
- Ders., 1983a: »We don't need no education...«, in: *Forum Kritische Psychologie* 11, 113–125
- Ders., 1983b: Was kann man von Karl Marx über Erziehung lernen?, in: *Demokratische Erziehung* 1, 52–59
- Ders., 1993: *Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung*, Campus Frankfurt/M-New York
- Kahn, Eugen, und Louis H. Cohen, 1943: Organic Drivenness – a brain stem syndrome and an experience – with case reports, in: *N. Engl. J. Med.* 210, 748–756
- Key, Ellen, 1992 [1902]: *Das Jahrhundert des Kindes*, Beltz Weinheim-Basel
- Lempp, Reinhart, 1964: *Frühkindliche Hirnschädigung und Neurose. Die Bedeutung eines frühkindlichen exogenen Psychosyndroms für die Entstehung kindlicher Neurosen und milieureaktiver Verhaltensstörungen*, Huber Stuttgart-Bern
- Lesemann, Gustav, 1972: *Lebendige Krücken*, Marhold Berlin
- Markard, Morus, 2003: *We don't need no education! Kann zur Freiheit erzogen werden?*, <http://www.gegenentwurf-muenchen.de/mormar.htm> [7.5.2008]
- Ders., 2006: Wer braucht Erziehung?, in: *UTOPIE kreativ* 187, 438–448

- Ostrop, Stefan, 2004: *Vom Zappelphilipp zum ADS: Über die Wandlung psychologischer Konzepte*, unveröffentlichtes Manuskript einer Diplomarbeit am Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie der FU Berlin
- Piaget, Jean, 1975a [1936]: *Das Erwachen der Intelligenz beim Kinde*, Kohlhammer Stuttgart
- Ders., 1975b [1937]: *Der Aufbau der Wirklichkeit beim Kinde*, Kohlhammer Stuttgart
- Ders., 1975c [1945]: *Nachahmung, Spiel, Traum*, Kohlhammer Stuttgart
- Pilz, Dietrich, 1982: *Für eine therapeutische Pädagogik*, LZ Berlin
- Preyer, William Th., 1882: *Die Seele des Kindes*, Grieben Leipzig
- Raggatz, Anette, 2004: *Subjektive Theorien von Lehrern zum Verhältnis von Unterricht und ADS*, unveröffentlichtes Manuskript einer Diplomarbeit am Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie der FU Berlin
- Ruß, Hans-Jürgen, 1990: *Von der Legasthenieforschung und Legasthenikerförderung zur Hochbegabtenforschung und -förderung*, unveröffentlichtes Manuskript einer Dissertation an der FU Berlin
- Schmitz, Daniela, und Gisela Ulmann, 2003: »In die Schule geh ich nicht...« Schulabsentismus: Klassifikation und Verwaltung statt Schulreform?, in: *Forum Kritische Psychologie* 46, 4–19
- Scupin, Ernst, und Gertrud Scupin, 1907: *Bubis erste Kindheit*, Grieben Leipzig
- Dies., 1910: *Bubi im vierten bis sechsten Lebensjahr*, Grieben Leipzig
- Sève, Lucien, 1975: Kampf der Begabungsideologie!, in: *Demokratische Erziehung* 1, 89–97
- Stern, William, 1912: Die psychologischen Methoden der Intelligenzprüfung, in: Fr. Schumann (Hg.), *Bericht über den 5. Kongreß für experimentelle Psychologie in Berlin vom 16. bis 20. April 1912*, Barth Leipzig, 1–109
- Ders., 1914: *Psychologie der frühen Kindheit bis zum sechsten Lebensjahr; mit Benutzung ungedruckter Tagebücher von Clara Stern*, Quelle und Meyer Leipzig
- Still, George F., 1902: Abnormal Psychical Conditions in Children, in: *Lancet* 1, 1007–1012
- Ulmann, Gisela, 1987: *Über den Umgang mit Kindern*, Campus Frankfurt/M-New York
- Dies., 2002: Integration von Ausgesonderten in Regelschulen: schulkritisch oder affirmativ?, in: *Forum Kritische Psychologie* 44, 29–39
- Weber, Klaus, 2002: Wann ist (m)ein Kind normal? Oder: Wie Erziehungsratschläge Verwirrung stiften, in: *Forum Kritische Psychologie* 45, 131–146

Werner, Heinz, und Alfred A. Strauss, 1940: Causal factor in low performance, in:
American Journal of Mental Deficiency 45, 213–218

World Health Organization, 1994: *ICD-10 Kapitel V (F); Forschungskriterien*,
Huber Bern

Klaus Weber

»Stochern im Nebel« – Sozialpsychologische »Erklärungen« der Familienaufstellung nach Hellinger¹

»Nicht eins mit sich sein, sich in Krisen drängen, kleine Änderungen in große verwandeln usw., das alles kann man nicht nur beobachten, sondern auch machen« (Brecht 1982, 500f).

Einleitung

In Adalbert Stifters Geschichte *Der beschriebene Tännling* verliebt sich der Waldarbeiter Hanns in die keusche und gläubige Hanna. Bei einem Zusammensein der beiden fragt ihn Hanna, »um was er denn am ersten Beichttage die heilige Jungfrau Maria gebeten habe« (1946, 23). Hanns antwortet ehrlich und einfach: »Ich habe um nichts gebeten, [...] du weißt ja, dass ich nicht oft zu ihr in ihr Kirchlein hinaufkomme, weil ich nicht die Zeit habe; aber von ferne und von dem Walde aus, wo er eine Lücke hat, sehe ich das weiße Kirchlein sehr gern, weil von ihm nach abwärts die Wacholderstauden anfangen [...] und noch weiter unten das Häuschen ist, in dem du bist.« Hanna drängt: »Du sollst aber doch gebeten haben, [...] denn sie ist sehr wundertätig und stark, und was man am ersten Beichttage mit Inbrunst und Andacht verlangt, das muss in Erfüllung gehen, es geschehe auch, was da wolle.« Hanns, der lebensnahe Pragmatiker, entgegnet: »Das habe ich ja gar nicht gewusst; es hat mir [...] niemand gesagt, und wenn ich es auch gewusst hätte, so hätte ich sie doch um nichts gebeten, weil mir nichts gefehlt hat. – Meinst du denn im Ernste, dass sie etwas tun kann, um was man sie recht bittet?« »Freilich kann sie es tun«,

1 Gekürzter und überarbeiteter Text eines Vortrags bei der Gesellschaft für subjektwissenschaftliche Forschung in Berlin im Februar 2005. Morus Markard lud mich nicht nur zum Vortrag ein, er trug dazu bei, dass der Text besser wurde als der Vortrag.

antwortet Hanna, »weil sie sehr mächtig ist, und sie tut es auch, weil sie sehr gut ist. [...] Um was man sie am ersten Beichttage bittet, das tut sie immer und jedes Mal; aber auch an jedem andern Tage kann man sie bitten, und sie kann die Bitte gewähren, weil ihre Macht außerordentlich ist.« »Aber das ist ja kaum denklich«, erwidert Hanns, »weil sonst alle Leute daherkämen und um die verwirrtesten und verkehrtesten Dinge bäten« (ebd.).

1. Familienaufstellung nach Hellinger und ihre zentralen theoretischen Konzepte

Bei Familienaufstellungen handelt es sich um psychotherapeutische Verfahren, die Familienmitgliedern dabei helfen sollen, die »wesentlichen Elemente des Zusammenlebens in einer Familie (Selbstwertgefühl der Familienmitglieder, die Kommunikation, die Familienregeln und -systeme)« (Bauriedl 2004, 9) zu erforschen – »und zwar mit den realen Familienmitgliedern« (ebd.). Diese Erforschung hat aktuelle Problemlagen einzelner Familienmitglieder zur Grundlage. Bert Hellingers so genannte Familienaufstellungen unterscheiden sich in einigen Punkten sehr deutlich von systemischen Familienaufstellungen, wie sie etwa durch Virginia Satir theoretisiert wurden.

Die jeweiligen Probleme, mit denen Menschen in Familienaufstellungsveranstaltungen zu Hellinger oder seinen Schülern kommen, sind psychischer (Angstgefühle, Depressionen, Suizidgedanken etc.) oder körperlicher Art (Tumordiagnose, Multiple Sklerose etc.). Hellinger behauptet, er löse bzw. »entstricke« die diesen Problemen zugrunde liegenden »Verstrickungen« über eine Aufstellung sämtlicher Beteiligter, auch der längst verstorbenen, durch Stellvertreterpersonen. In einer Therapiegruppe (oder in einer Großveranstaltung) werden einzelne Personen gebeten, die zur Rede stehenden Familienmitglieder des Ratsuchenden – wie in einem Bühnenschauspiel – darzustellen. Sobald diesen Stellvertretern nun durch den Ratsuchenden ihre jeweilige Rolle zugewiesen sei, träten diese in Kontakt zu einem – wie Hellinger es nennt – höheren, wissenden Feld, einer Art Weltenseele. Dieses gebe ihnen einen authentischen Zugang zu den Gedanken und Gefühlen der repräsentierten Personen. Der Mitspieler, der die Rolle etwa des verstorbenen Großvaters übernimmt, bekomme dadurch, dass er auf eine bestimmte Position gestellt werde, genau die Eindrücke, Empfindungen und Erlebnisse, die der tatsächliche Großvater gehabt habe – und als Toter immer noch habe. Und nun kommt der Therapeut ins Spiel: Durch eine von ihm vorgenommene räumliche Umgruppierung der in einer »falschen Ordnung« stehenden Stellvertreter, verbunden mit dem Nachsprechen-Lassen ritueller Sätze, beispielsweise: »Du bist groß und ich bin

klein« oder: »Ich gebe dir die Ehre«, werde die »rechte Ordnung« wiederhergestellt, was zur Heilung des jeweiligen Symptomträgers führe (Radio Lora/Goldner 2005, 14f).²

Über die Beschreibung des technischen Vorgangs einer Aufstellung wird deutlich, dass diese nur dann funktionieren kann, wenn – wie in der Geschichte von Hanns und Hanna – vorab an die Kraft der heiligen Jungfrau Maria bzw. an das Vorhandensein des wissenden Felds, an die Macht des Therapeuten und an die rechten Ordnungen *geglaubt* wird. Beim Hellinger-Adepten Franz Ruppert aus München hört sich das so an:

Möglicherweise stehen wir Menschen auch noch im Dienste eines höheren Prinzips und sind eingebunden in etwas wesentlich Größeres. Darüber möchte ich an dieser Stelle jedoch nicht spekulieren. (2002, 37)

Zur Vermeidung eines anthropozentrischen Weltbildes erscheint es mir auch notwendig, immer mit zu bedenken, dass es jenseits von dem, was wir Menschen als »das Höchste« erkennen können, noch Weiteres gibt, das unseren begrenzten Erfahrungs- und Erkenntnishorizont übersteigt. (49)

An anderer Stelle seines Buchs bezieht sich Ruppert auf Hellingers Begriff der »großen Seele« (447), welche Familienkonflikte wie von alleine löse, »ohne dass Hellinger noch viel eingreifen« müsse (ebd.). Der unbedingte Glaube an etwas über den Menschen Verfügendes, etwas, das uns »in den Dienst nimmt« – Ruppert zitiert in diesem Zusammenhang eine Kollegin, die von einer »inneren Weisheit« bzw. einem »Schamanen in uns« (60) spricht –, ist die Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren solcher Art Aufstellung.

Hellinger und mit ihm alle esoterischen Bewegungen bauen auf einen Glaubensbegriff, der auf Obrigkeiten und unhinterfragbare Autoritäten gemünzt ist – und sich insofern nicht von demjenigen der katholischen Kirche unterscheidet. Zu diesem autoritäts- und herrschaftsfixierten Glauben gehören jedoch noch zwei theoretische Grundannahmen des Hellingerschen Konzepts, die so etwas wie eine universelle Erklärung für jegliche psychische Erkrankung bzw. Störung darstellen sollen.

2 Zur ökonomischen Seite ist anzumerken: Hellinger versammelt(e) an einem Wochenende zum Teil mehr als 200 Hilfesuchende, von denen er jeweils mehrere hundert Euro Eintrittsgeld kassierte. Nicht selten nimmt er so mehr als 20.000 Euro an einem Wochenende ein. Sein Münchner Schüler, Franz Ruppert, Professor an der Katholischen Fachhochschule, benutzte seine privaten Veranstaltungen in den Räumen der FH dazu, Studierenden einen Pflichtenchein für seine Seminare machen zu lassen. Diese mussten zum Erwerb einer Note an Privataufstellungen von Ruppert teilnehmen, bei denen auch zahlungswillige Kunden seiner Psychiatrie-Aufstellungen (ca. 50 bis 70 Personen à 200 Euro für drei Tage) anwesend waren. Die Hochschulleitung hat trotz Protesten gegen den Missbrauch der Studierenden bis heute keine arbeitsrechtlichen Maßnahmen gegen Ruppert eingeleitet.

Erstens: In Familien gebe es eine Ursprungsordnung. Die Ordnung bilde sich durch die Zeit heraus. Nach Hellinger hat alles, was zuerst in einem System da war, Vorrang vor demjenigen, das später kommt. So habe der Erstgeborene Vorrang vor dem Zweitgeborenen, die Eltern Vorrang vor ihren Kindern, die Lehrer vor ihren Schülern. In Bezug auf die Geschlechterordnung hätten Männer Vorrang vor Frauen. Bei Familiensystemen wird die Regel umgekehrt, erhält die Gegenwartsfamilie Vorrang vor der Herkunftsfamilie, die Zweitfamilie vor der Erstfamilie etc. (vgl. Nuber 2003, 10).

Zweitens: Neurosen und andere psychische und psychosomatische Problematiken entstünden durch eine unterbrochene Hinbewegung zu den Eltern. Kinder, so Hellinger, wollten ihre Eltern lieben, gleichgültig, was geschehen sei. Wenn diese liebende »Hinbewegung« des Kindes zu den Eltern unterbrochen werde, dann schlage die Liebe in Schmerz um, der so groß sei, dass das Kind nie mehr liebenden Kontakt zu den Eltern aufnehmen wolle. Hellingens Aufstellungen bestünden vor allem darin, diese »unterbrochene Liebe« ans Ziel zu führen, indem er die Kinder dazu bringt, sich vor den Eltern-Stellvertretern zu verbeugen und diesen »Ehre« zu erweisen. Sobald dies gelinge, seien sowohl die Kinder als auch die Eltern gesund. So behauptet beispielsweise Ruppert für Frauen, die nach einer Vergewaltigung Kinder bekommen haben:

[Die Frau] verachtet den Vater des Kindes aus enttäuschter Liebe. [...] Sie reduziert mitunter seine Bedeutung dem Kind gegenüber auf die eines ›biologischen Erzeugers‹. Sie wertet damit die väterlichen Seelenanteile im Kind ab und schwächt das Kind in seiner seelischen Kraft. Das Kind fühlt sich dann grundsätzlich defizitär. (2002, 73)

Hellingerjünger Ruppert empfiehlt deshalb Frauen, die vergewaltigt oder sitzengelassen wurden, sie sollten, »den abwesenden Vater des Kindes [...] lieben und achten« (ebd.), damit auch die zum Heil des Kindes nötige väterliche Seele in die Seele des Kindes hineinwirke, und die liebende Hinbewegung des Vaters zumindest über diesen Umweg zur Geltung komme.

Neben diesen beiden theoretischen Grundannahmen der hellingerschen Aufstellung gibt es die Prämisse, dass emotionale Erfahrungen durch Anwendung von Vernunft gestört würden. In einem Leserbrief in der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 14.1.2005, der die Familienaufstellung verteidigen zu müssen glaubt, schreibt eine Hellinger-Anhängerin:

Wer sich mit dem Thema ›Aufstellungen‹ beschäftigt hat und auch selber aufstellt, kann bestätigen, dass die körperliche oder seelische Heilung nicht als Ziel versprochen wird, sondern dass es darum geht, die Kraft für das eigene Leben zu finden und den Platz im Leben einzunehmen, der ›stimmt‹. Das kann man mit Worten nicht erklären; das muss man gefühlt haben. Durch das Fühlen erhält man die wichtigen Informationen, die die Seele ›weiterbringen‹.

Diejenigen, die das nicht fühlten, seien eben noch nicht so weit oder gar selbst psychisch krank. Der für Sekten typische totalitäre Zirkelschluss ist in dieser Absage an die Möglichkeiten menschlichen Denkens und Infragestellens vollendet. Kritisieren dürfen Familienaufstellungen nur diejenigen, »die sich ›wirklich‹ eingelassen haben« (Pankofer 2005, 41).

Für Ruppert zählen nicht die kritischen Stimmen und die fehlenden empirischen Belege für die Wirksamkeit von Familienaufstellungen, sondern letztlich nur die »zahlreichen positiven Rückmeldungen« von Patienten und Patientinnen, »welche die heilende Wirkung von [...] Aufstellungen allgemein für ihre seelische Gesundheit an sich selbst erlebten« (2002, 290). Sein Argument folgt dem Muster: Du musst diese Erfahrungen erst machen, von denen ich spreche, und dann wirst du davon überzeugt sein, dass ich recht habe. Diejenigen, die andere Erfahrungen machen, werden nicht nur nicht ernst genommen, sondern als psychisch Kranke diffamiert (vgl. Reuter 2005).

Doch gegen solche Analysen der die Aufstellung und ihre scheinbaren Erfolge strukturierenden Momente wehren sich die Vertreter der hellingerschen Familienaufstellung. Da Erfahrungen »im Medium gesellschaftlicher Denkformen gemacht werden«, sind sie auch vermittelbar, diskutierbar und bestreitbar und als Erfahrungen in bestimmten gesellschaftlichen Situationen und Bezügen lediglich »in theoretischer Reflexion zu begreifen« (Markard 1999, 8):

Erfahrungen, die nicht auf solche unanschaulichen, gleichwohl strukturierenden Momente hin analysiert werden, werden unvollständig oder ›schief‹ analysiert.

Kritik und Verstand – also diejenigen Fähigkeiten, die den Menschen neben seinen emotionalen Befindlichkeiten und seiner Möglichkeit kennzeichnen, seine Welt handelnd zu verändern – werden von den Gefolgsleuten der hellingerschen Aufstellung jedoch nicht nur bei denjenigen verteufelt, die sie ›von außen‹ aufs Korn nehmen, sondern begriffliches Erklären und Erkennen werden auch während einer Aufstellung ausgeschlossen:

»Ich vermeide es daher, so gut es geht«, beschreibt Psychosen-Aufsteller Ruppert, unmittelbar nach therapeutischen Interventionen, welche die Seele erreichen, Erklärungen abzugeben. Ob etwas Wesentliches geschehen ist, sieht man deutlich an der Körperhaltung des Patienten, seinem Blick, seiner Mimik und Gestik, der Art, wie er atmet. Verbale Kommentierungen können den seelischen Prozess stören und wieder den kritischen Verstand ins Spiel bringen, der das Problem bisher zwar nicht lösen, aber vermeintlich sehr genau analysieren konnte. Daher immer auch die Bitte an die anderen Teilnehmer in einer Aufstellungsgruppe, den seelischen Prozess eines anderen Menschen nicht durch neugierige Fragen zu stören. Mit einem grundsätzlichen Ausweichen vor Diskussionen über oder auch Kritik an therapeutischen Methoden hat dies nichts zu tun. (2002, 428)

Wie mit Kritik ›von innen‹ umgegangen wird, zeigt ein Beispiel, das in der Zeitschrift der Hellingerianer abgedruckt wurde: Reinhard Bauß, ein Hellinger-Schüler, kritisierte diesen, weil er auf dem Internationalen Hellingerkongress in Würzburg im April 2003 einer jungen Frau, die aus Eritrea in Bürgerkriegszeiten geflohen war und deren einer Elternteil nun dorthin zurückgegangen sei, eingeredet habe, sie müsse zurück in ihre Heimat. Hellinger erwiderte diese Kritik, indem er sich und seiner Schule die Deutungshoheit über die Körperhaltung, Mimik und Gestik der Klientin einräumt: Sein Kollege Peter Levine, der in der ersten Reihe in Würzburg gesessen habe, habe ihm mitgeteilt, dass

in dem Moment, in dem ich das sagte, sah, wie bei der Frau in ihrem Becken Energie frei wurde und ihr Rückgrat sich bewegen konnte. Für ihn war, was ich sagte, eine erfolgreiche Traumabehandlung. (zit. n. Kierspe-Goldner 2005, 147f)

2. *Faszination der hellingerschen Familienaufstellung: Sozialpsychologische Erklärungsversuche von Bauriedl und Keupp*

In Bezug auf die große Popularität Hellingers, zu dessen Veranstaltungen – auch in Kleinstädten – kaum weniger als 500 Leute kommen, wäre sozialpsychologisches Denken aufgefordert, die gesellschaftlichen Bedingungen und damit Voraussetzungen für seinen Erfolg zusammenzudenken mit den darin angebotenen Praxisformen und Menschenbildern. Gleichzeitig aber müssen sowohl die Beweggründe für die Teilnahme als auch die reale Praxis der Familienaufstellung aus der Sicht der teilnehmenden Menschen nachvollzogen werden können, wobei deren Begründungen für die Teilnahme und den anschließenden »Erfolg« in eine theoretische Aufschlüsselung einzubeziehen sind. Im Folgenden werden zwei sozialpsychologische Theorieansätze dargestellt, die explizit betonen, dass sie sich kritisch mit gesellschaftlichen Entwicklungen und insbesondere der Familienaufstellung von Hellinger beschäftigten: die *Beziehungsanalyse* Thea Bauriedls und die *reflexive Sozialpsychologie* Heiner Keupps.

Bauriedl, Münchner Psychoanalytikerin, stellt vor allem die Psychodynamik bei den Familienaufstellungen nach Hellinger in den Vordergrund ihrer Theoriearbeit:

Um das kulturell wirksame Faszinosum ›Bert Hellinger‹ zu verstehen, müssen wir uns wohl allgemein mit den Heils- und Heilungsphantasien in unserer Gesellschaft befassen. [...] Interessant wird [Hellinger] erst, wenn man das, was er predigt und tut, als ein Symptom unserer Gesellschaft versteht. [...] Wenn das Gefühl zunimmt, desorientiert und bedroht zu sein, [wird] die Suche nach ›Ordnung‹ und Sinn im eigenen Leben [...] umso dringlicher [...]. Gegenwärtig erleben wir in unserer Gesellschaft und in vielen anderen Ländern eine große Verunsicherung über die zukünftigen Lebenschancen jedes Einzelnen und der Menschheit insgesamt. In

solchen Zeiten tendieren unsichere Menschen dazu, sich einem Führer unterzuordnen, der ihnen die Erlösung von allem Übel, den Sieg über das Böse, insbesondere über die ›bösen Feinde‹ verspricht (2003, 39f).

Der Begriff von Gesellschaft, den Bauriedl nutzt, findet sich in vielen psychoanalytischen und sozialpsychologischen Konzepten: Einmal meint sie schlicht die je individuelle »Lebenswelt«, wenn sie von »unserer Gesellschaft« spricht, ein anderemal meint sie mit Gesellschaft ein Gebilde, dessen Symptom die Hellingerbegeisterung sei; ein weiteres Mal meint sie die bundesdeutsche Nation in Abgrenzung von »vielen anderen Ländern«. Irgendwie ist *Gesellschaft* vorhanden, mal außerhalb und mal innerhalb der Subjekte, mal sie beeinflussend, mal sie prägend: Eine klare Definition ist nicht erkennbar, obwohl doch die Psychologie eine wissenschaftliche Disziplin ist, die sich insbesondere mit der Frage des Zusammenhangs von Subjekt und Gesellschaft bzw. mit dem Individuum-Welt-Verhältnis beschäftigen sollte.

Zu erahnen ist, dass Bauriedl die Idee einer postmodernen Gesellschaft bzw. einer reflexiven Moderne (Beck, Giddens, Keupp) übernimmt. Diese wird nach den Chancen bestimmt, die Lebensführung individuell frei zu entwickeln, was gleichzeitig mit dem Risiko behaftet ist, jederzeit individuell scheitern zu können. Die Attraktivität der hellingerschen Familienaufstellungen erklärt Bauriedl mit drei »Heils- und Heilungsvorstellungen unserer Gesellschaft«: erstens würden »in der allgemeinen Verunsicherung [...] Führer gesucht, die wissen, was gut und böse ist und ihren Anhängern Geborgenheit in der Gemeinschaft bieten – Unterordnung vorausgesetzt« (2004, 6); zweitens geschehe diese »Bindung über diese Führer [...] über starke Gefühle, die den Führer und das, was er tut, als ›richtig‹ bestätigen« (ebd.); drittens würden Menschen »in der Gefahr [...] spontan nach Einigkeit und Versöhnung untereinander« (7) suchen, was dann möglich sei, wenn das Falsche vom Richtigen eindeutig geschieden werde. Diese Heilungsvorstellungen seien aber – und das ist der Schlüssel für Bauriedls Konzept – nur deshalb wirksam, weil sie etwas in den aktuellen Beziehungen der leidenden und mit Problemen ringenden Subjekte ansprächen, was seit deren Kindheitserfahrungen auf eine »Lösung« warte. Familienkonflikte erklärt Bauriedl damit, dass wir alle die »schon in der Kindheit von den Eltern übernommenen Strategien, mit Konflikten umzugehen« (2), übernommen hätten:

Die Szenen bringen wir alle mehr oder weniger und in unterschiedlicher Ausprägung aus den Erlebnissen unserer Kindheit mit. Mit unseren früheren Bezugspersonen haben wir solche Szenen erlebt, das hat unsere innere Welt geprägt und so prägen diese Szenen auch alle unsere weiteren Beziehungen im Leben (3).

Hellinger sei derjenige, der mit diesen unreflektierten Kindheitsszenen nun wie auf einer Klaviatur spiele: Er re-inszeniere die Kindheitserfahrung von uns allen, dass die Bedürfnisse von Vater und Mutter immer wichtiger gewesen seien als unsere

eigenen als Kinder; er re-inszeniere die Kindheitssituation, in der wir uns in einen »glücklichen Zustand« dadurch versetzen wollten, indem wir uns »dem ›Vater‹ vollständig ausliefern« (8); und Hellinger bewirke mit seiner Aufstellung folgende Retraumatisierung: Die feststehende Überzeugung von Kindern, dass sie selbst schuld seien an ihrem Unglück und die Eltern »groß und richtig«, werde durch die Familienaufstellung erneut »eingepägt«.³

Bauriedls Kritik stimmt in großen Teilen den Hellingerschen Ideologemen zu. So geht sie, die Psychoanalytikerin, von einer frühkindlichen *Prägung* durch die Eltern aus, die alles weitere in unserem Leben bestimme; und Bauriedl akzeptiert die Idee einer »ungesellschaftlichen« Familie, deren Rollen (mächtiger Vater) dargestellt werden ohne einen klärenden Bezug zu den historischen und ökonomischen Verhältnissen, in denen diese ihre Bedeutung gewinnen.

In Bauriedls Beschreibung der Hellinger-Klientel findet sich das gleiche Argumentationsmuster wieder, das Klaus Holzkamp 1995 an psychoanalytischen Interpretationen der Entstehung von Rassismus kritisiert: rassistisches Handeln werde demnach durchweg als »Angelegenheit defizitärer, infantilierter Individuen« (1997a, 314) dargestellt. So stellt auch Bauriedl die *Defizite* derjenigen, die bei Hellinger Heilung suchen, in den Mittelpunkt ihrer Analyse, gepaart mit der Behauptung ihrer *frühkindlichen Traumatisierung*, die durch eine Familienaufstellung nach Hellinger aktualisiert würde. Insofern bestätigt Bauriedl den hellingerschen Ansatz, spekuliert gar selbst über Menschen, von denen sie nichts weiß. Übrig von ihrer Kritik bleibt alleine die Behauptung, die Psychoanalyse würde »besser« mit Klienten/Klientinnen und deren Erinnerungsmaterial umgehen.

Dabei steht in beiden Denksystemen die Thematisierung von Kindheitserfahrungen als determinierenden Faktoren aktueller individueller Problematiken und damit der Verzicht auf ihre Bedingungen überwindende, befreiende Handlungsmöglichkeiten im Mittelpunkt. Wie bei Bauriedl findet sich auch bei zahlreichen anderen Psychoanalytikern, das ergibt eine Auswertung zahlreicher Hefte der sich als gesellschaftskritisch verstehenden psychoanalytischen Zeitschrift *psychosozial*, kein struktureller Unterschied zur hellingerschen Ideologie. So hat beispielsweise Hartmut Radebold keine Bedenken, in Zusammenhang mit Familienproblematiken Handlungen, Denkinhalte und Erinnerunges von Klientel wie Nicht-Klientel

3 Nicht nur Bauriedl, auch viele, die systemisch-therapeutisch arbeiten, betonen zum Thema hellingersche Familienaufstellung, dass es neben dieser »schlechten« und »bösen« Variante auch die »gute« Aufstellungspraxis der Virginia Satir gebe. Diese Spaltung verdeckt allerdings, dass auch Satirs Theorie-Welt fast ausschließlich aus Familie besteht, in der z. B. Schule (der Kinder) und Arbeitsstätten (der Männer) kaum vorkommen. Frauen erscheinen bei Satir in der Regel als Hausfrauen und zuständig für die familiäre Reproduktion (zur Kritik vgl. Friele 2005 u. 2007).

einfach als »transgenerationelle Weitergabe« bzw. »familiäre Delegation« (2003, 14) zu bestimmen, ohne die Beschränkung auf innerfamiliäre Gegebenheiten wissenschaftlich ausweisen zu können. Zu solchen Denkfiguren schreibt kritisch Holzkamp:

Die Neustrukturierung meiner Vergangenheit aus der Perspektive meiner je gegenwärtigen Lebenslage gelingt demnach keineswegs durch ein immer ›tieferes‹ Hinabsteigen in meine individuellen Kindheitserfahrungen, sondern im Gegenteil durch die reflexive Überwindung der Vorstellung des Eingesperrtseins in den Käfig meiner Kindheit, durch die alles, was ich jetzt bin und leide, determiniert sein soll. (1997b, 95f)

Die Verdoppelung der Ohnmachtserfahrung durch die theoretische Fixierung auf eine *Prägung* über Kindheitserlebnisse (wie Bauriedl dies tut), hält die Hilfesuchenden – im Gegensatz zum Helfer – in der Opferposition. Die Frage danach, welchen tätigen Anteil diese daran haben, sich in der Opferposition aufzuhalten (psychoanalytisch: den sekundären Krankheitsgewinn erkennen), würde zwar die Möglichkeit eröffnen, Handlungsschritte für zukünftig problematische Situationen zu erkunden; gleichzeitig würde aber der Therapeut die »Reinheit« des Opfers und die eigene moralische Macht durch die Identifikation mit ihm in Frage stellen müssen. Mit anderen Worten:

Mit der Nähe zu den Opfern bekommen die Helfer in der Arbeit mit Traumatisierten etwas von der Besonderheit ab, die auf das Opfer fällt, etwas von dessen moralischer Autorität geht durch die Arbeit auf sie über. [...] Dabei wird der Zwang zur identifikatorischen Lektüre der Opfergeschichten durch den gemeinsamen Feind verstärkt. [...] Doch diese Identifikation fordert als Tribut die strikte Zweiteilung der Welt in Opfer und Täter, in Freund und Feind. Je klarer und eindeutiger, je dichotomer die Welt wird, desto rigider wird der Loyalitätsdruck. (Lamott 2003, 57)

Als Vertreter einer reflexiven Sozialpsychologie hat Heiner Keupp aktiven Anteil an der wissenschaftlichen Kritik von Familienaufstellungen nach Hellinger. Doch nicht nur das: Keupp hat in seiner Funktion als wissenschaftlicher Beirat der Münchener Volkshochschule dafür gesorgt, dass alle Veranstaltungen, die mit Hellingers Methode arbeiten, von der Agenda der VHS München gestrichen werden mussten. Im Folgenden werden seine Argumente dazu geprüft, warum Familienaufstellungen nach Hellinger von einer enorm großen Anzahl Menschen besucht werden: »Wie [konnte] es Hellinger gelingen, eine so große Anhängerschaft zu rekrutieren?« (2005, 20) Antworten sucht Keupp über den Rekurs auf das *Gebrauchswertversprechen* (W. F. Haug) der Veranstaltungen.

Erstens: Hellinger verspreche den »Tausenden von Psychofachleuten« einen *Zuwachs an »Pastoralmacht*«, wie der Philosoph Michel Foucault die hegemoniale Kontrolle über die Seelen von Menschen nennt; die real erlebte Ohnmacht vieler

Menschen in Helferberufen werde bei Hellinger durch ein »Schnellverfahren mit punktgenauen Lösungen« (21) kontrastiert, was verführerisch sei.

Zweitens: Hellinger biete eine faszinierende Erzählung an: Es sei die »von unerschütterlicher Gewissheit getragene Erzählung von der unverrückbaren Ordnung der Dinge« (ebd.), von der Wahrheit und dem Richtigen im menschlichen Leben.

Wieso aber – so Keupps Frage – ist gerade heute eine solche Ideologie wirksam? »Welche gesellschaftlichen Grunderfahrungen können dieses Angebot überhaupt attraktiv machen?« (26) Hier kommen die alten Formeln der reflexiven Sozialpsychologie zum Tragen: Die Lebensformen der Menschen seien heute *geprägt* durch eine »tief greifende Individualisierung und [...] explosive Pluralisierung« (ebd.); ein »Wertewandel« habe zentrale Bereiche unseres Lebens verändert, das sei vor allem an den Themen »Familie und Identität« zu erkennen. Zudem würden die »biografischen Ordnungsmuster eine reale Dekonstruktion erfahren« (29); Richard Sennetts Buch *Der flexible Mensch*, in dem er am Beispiel von »Job«-Biografien die Umbrüche der kapitalistischen Arbeitswelt ebenso darstellt wie die damit verbundenen Lebensentwürfe und deren riskante Seiten – wird als Zeugnis für die veränderte US-amerikanische (und damit implizit der veränderten europäischen) Produktionssphäre aufgerufen; der zusammenfassende Absatz über die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse – als Prämissen der Wirksamkeit hellingerscher Gebrauchswertversprechen – endet mit der banalen Formulierung:

Die beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen greifen in unser Leben ein, und sie verändern auch unsere Vorstellungen von Normalität und das darauf bezogene psychosoziale Handeln. (31)

Keupps Ansatz, das Versprechen der Familienaufstellung (wie es vor allem durch Mundpropaganda und durch das Internet weitergereicht wird) nach seinem von den Subjekten erhofften Gebrauchswert aufzuschlüsseln, wäre außerordentlich hilfreich. Und notwendig ist auch die Klärung der Frage, welche aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen ein solches Gebrauchswertversprechen bei den Subjekten massenhaft wirksam werden lassen können. Allerdings wären dazu eine konsistente Subjekttheorie sowie eine Theorie gesellschaftlicher Verhältnisse nötig, in denen die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Veränderungen in Bezug auf die Subjekte begriffen werden können.

Das *Subjekt* als gesellschaftliches Individuum, als bedingtes und zugleich seine Bedingungen veränderndes gesellschaftliches Wesen, wie es in der *Kritischen Psychologie* in Anschluss an die marxischen »Thesen über Feuerbach« gefasst ist, kommt bei Keupp nicht vor. Sein Begriff vom Subjekt ist weder gesellschaftlich bestimmt – das Subjekt sei ein »Individuum, das sein Leben autonom zu bestimmen bemüht ist« (25) –, noch einer, der subjektives Handeln (also das, was Keupp erklären will:

den Weg zu einer Halle zu gehen, in der Hellinger auftritt, dort an der Kasse Eintritt zu bezahlen und sich unter hunderte von anderen »Erwartungsvollen« zu setzen) praktisch ins Verhältnis zu Vorgängen im gesellschaftlichen Maßstab setzen kann. Handeln kommt in der reflexiven Sozialpsychologie Keupps lediglich aufs Individuum bezogen vor und dann in der Form der Mainstreampsychologie: als »zielgerichtetes und aktives Einwirken auf die soziale Umwelt« (ebd.). Zudem habe sich das Individuum »in eine immer schon gegebene und machtsstrukturierte Welt einzugliedern« (ebd.) und erlebe dies notwendigerweise als Einschränkung seiner Selbstwirksamkeit.

Gesellschaft bzw. die aktuellen gesellschaftlichen Grundtatsachen werden von Keupp mit den Begriffen Netzwerk-Gesellschaft, neuer Kapitalismus, globalisierter Kapitalismus oder Turbokapitalismus etikettiert, ohne dass deutlich würde, was denn die materielle Grundlage für all diese neuen Dinge sein könnte – mit Ausnahme der Behauptung, die »aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche gingen ans ›Eingemachte« (28), was ich lediglich als materielles Ergebnis meiner Mutter Gartenarbeit kenne. Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise werden in Keupps Erklärungsansatz noch nicht einmal gestreift. Was die Veränderungen »in den privaten Haushalten« (27) mit der neuen Produktivkraft Mikrochip zu tun haben, was scheinbar neue Werte mit den Umbrüchen in der Arbeitswelt und damit in den subjektiven Lebenswelten zu tun haben, und warum Hellingers Aufstellungen als Lösung für irgendwelche Probleme erscheinen können – auch darauf hat Keupp keine Antwort. Fast reflexhaft wird auf die Identitätsarbeit des Einzelnen und deren Prekarität verwiesen, ohne dass deutlich würde, wieso diese »Arbeit« gerade heutzutage und nicht schon vor 150 Jahren zentral gewesen sei (wobei sich auch immer die Frage stellt, was getan wird beim »Identitätsarbeiten«?). Es zeigt sich also, dass die *reflexive Sozialpsychologie* Hellingers Aufstellung und ihre »Attraktivität« aus zweierlei Gründen nicht erklären kann:

1. Ihr Subjektbegriff ist theoretisch nicht in der Lage zu erfassen, wieso Menschen sich autoritären und vereinfachenden Lösungsansätzen für soziale und/oder individuelle Probleme zuwenden. Das deshalb nicht, weil sie subjektives Handeln nur in der Form des autonomen Handelns innerhalb sozial *geprägter* Umwelt (zugespitzt: als Identitätsarbeit, die sich lediglich innerhalb des Subjekts abspielt) und nicht in der Form individuellen und/oder gemeinschaftlichen Handelns in den Verhältnissen zur Veränderung eben dieser denken kann. Insofern trägt die reflexive Sozialpsychologie indirekt zur Attraktivität eines Angebots bei, das entfremdete Vergesellschaftung gegen die Tendenz von Individualisierung und Selbstwirksamkeit ermöglicht, weil sie selbst in ihrer Subjekttheorie keinen Platz hat für ein »attraktives« Angebot im Sinne eines gesellschaftlich vernünftigen Handelns in kapitalistischen Verhältnissen.

2. Ihr Begriff von Gesellschaft ist so wenig klar und strukturiert, dass die reflexive Sozialpsychologie nicht in der Lage ist, subjektive Wünsche und Bedürfnisse auf tatsächlich neue Anforderungen und damit zusammenhängende propagierte Werte und ideologische Formen einer neuen Produktionsweise innerhalb kapitalistischer Verhältnisse zu beziehen. »Stochern im Nebel« statt »Klarheit der Analyse« trägt aber genau zu dem Phänomen bei, das Keupp bei Hellinger-Anhängern feststellt: dem Wunsch nach (theoretischer) Ordnung und dem Bedürfnis danach, dass Wissenschaftler mutig genug sind, bei aller Reflexivität einen richtigen, weil begründeten Standpunkt einzunehmen.

3. Autorität und Autonomie: Hellingers Familienaufstellung in neoliberalen Verhältnissen

Hellingers Subjekt-Konzeption, die er in seiner Aufstellungspraxis Realität werden lässt, spielt individuelle »Freiheit« in Bezug auf Vergangenheits- und Zukunftsentwürfe vor unter Ausklammerung konkreter Analysen konkreter Lebenssituationen (und damit auch der sozialen und ökonomischen Bedingungen); gleichzeitig ist die Akzeptanz einer vorgegebenen neuen Ordnung erforderlich, welche von Hellinger selbst repräsentiert wird. Damit ist eine Reihe neoliberaler Anrufungen an heute lebende Subjekte in Hellingers Aufstellungspraxis konterkariert. Bedenkt man die Versprechen und Anpreisungen des Neoliberalismus zu autonom zu nutzenden, freien individuellen Entfaltungsmöglichkeiten, frei wählbaren Lebensstilen, zur Bedeutung lebenslangen Lernens für die persönliche Entwicklung und der Möglichkeit, jede Krise und jede Problematik als Herausforderung (challenge) zu betrachten, die gemeistert werden könne, ergibt sich das Paradox, dass als einzige Sicherheit der beständige Wandel versprochen wird (was als Prämisse einer permanenten Verunsicherung der Subjekte weiter theoretisiert werden müsste). Hellingers autoritäres Angebot steht dieser Seite der neoliberalen Entwicklung entgegen – und zugleich auch nicht: Indem es lediglich die hierarchisch abgesicherte Einordnung in vorgegebene imaginäre Ordnungen (wie Staaten, Volksgemeinschaften, Sippen etc.) als Orientierung vorgibt, kann die Familienaufstellung vielen Menschen entgegen ihrem Verunsicherungsgefühl einen Halt versprechen – ob dieses Versprechen wirklich und langfristig Sicherheit bieten kann, um in neoliberalen Verhältnissen überleben zu können, darf bezweifelt werden. Insoweit dürften auch für die Hellingersche Familienaufstellung die Tage auf dem Markt der Psycho-Szene gezählt sein.⁴

4 Seit Bekanntwerden der Tatsache, dass Hellinger in den Räumen Adolf Hitlers in Berchtesgaden wohnt, hat sich ein erklecklicher Teil seiner SchülerInnen von ihm abgewendet. Dahinter steht

Schluss

In Adalbert Stifters eingangs zitierter Geschichte *Der beschriebene Tännling* antwortet Hanna auf Hannsens Einwand, dass die heilige Jungfrau Maria doch nicht alle Wünsche der an sie Betenden erfüllen könne, weil doch darunter auch verwirrteste und verkehrteste Dinge zu finden seien, im Sinne des totalitären Zirkelschlusses, der auch Hellingers Familienaufstellung zugrunde liegt:

Wenn [die Menschen, kw] um verwirrte und verkehrte Dinge bitten, [...] so lässt sie diese nicht in Erfüllung gehen; aber bitten muss man sie immer, weil man nicht wissen kann, welches Ding verwirrt oder verkehrt ist, und weil sie allein die Entscheidung hat, was in Erfüllung gehen soll und was nicht.

Literatur

- Bauriedl, Thea, 2003: Macht und Ohnmacht. Bert Hellingers Vorstellungen über Psychodynamik in Familien. In: C. Goldner (Hg.), *Der Wille zum Schicksal. Die Heilslehre des Bert Hellinger*, Ueberreuter Wien, 39–52
- Dies., 2004: *Wirkmechanismen und Folgen von Aufstellungen nach Bert Hellinger*, Typoskript eines Diskussionsbeitrags zu einer Veranstaltung des Bildungszentrums St. Virgil in Salzburg, 18.6.2004
- Brecht, Bertolt, 1982: Me-ti. Buch der Wendungen, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 12., Suhrkamp Frankfurt/M, 417–585
- Friele, Boris, 2005: Der Radikale Konstruktivismus in der Familientherapie. Subjektwissenschaftliche Kritik eines postmodernen Konzepts. In: ders., A. Stickle u. A. Davidovic (Hg.), *Geschichtliche Entwicklungen in der Kritik. Viertes DoktorandInnenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Berlin, 105–132
- Ders., 2007: *Psychotherapie, Emanzipation und Radikaler Konstruktivismus. Eine kritische Analyse des systemischen Denkens in der klinischen Psychologie und sozialen Arbeit*, Psychosozial-Verlag Göttingen
- Holzkamp, Klaus, 1997a: Rassismus und das Unbewusste in psychoanalytischem und kritisch-psychologischem Verständnis. In: ders., *Schriften I: Normierung, Ausgrenzung, Widerstand*, Argument Hamburg, 300–344

jedoch auch deren Erfahrung, dass die autoritäre Grundstruktur des Hellingerangebots auf Dauer zu wenig in die eigenen Kassen spült. Die Absatzbewegung von Hellinger ging vor allem vom »Papst der Systemiker« Arist von Schlippe aus, dem es jahrelang nichts ausmachte, zur Gefolgschaft gerechnet zu werden.

- Ders., 1997b [1995]: Kolonisierung der Kindheit. Psychologische und Psychoanalytische Kindheitserfahrungen. In: ders., *Schriften I*, Argument Hamburg, 72–95
- Keupp, Heiner, 2005: Von der (Ohn-)Macht der Helfer. Was Hellinger seine Anhängerschaft sichert. In: Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hg.), »Niemand kann seinem Schicksal entgehen...« *Kritik an Weltbild und Methode des Bert Hellinger*, Alibri Aschaffenburg, 19–35
- Kierspe-Goldner, Claudia, 2005: »Inzwischen hat sich das Blatt total gewendet ...« Das Familien- und Organisationsaufstellen nach Hellinger steht unter massiver Kritik. In: Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hg.), »Niemand kann seinem Schicksal entgehen...« *Kritik an Weltbild und Methode des Bert Hellinger*, Alibri Aschaffenburg, 130–150
- Lamott, Franziska, 2003: Das Trauma als symbolisches Kapital. Zu Risiken und Nebenwirkungen des Trauma-Diskurses, in: *psychosozial* 91, H. 1, 26. Jg., 53–62
- Markard, Morus, 1999: Selbsterfahrung, Selbstreflexion und Selbstbeobachtung als Aspekte des subjektiven Weltzugangs in der Kritischen Psychologie, in: *Forum Kritische Psychologie* 41, 22. Jg., 5–11
- Nuber, Ursula, 2003: Eine unheimliche Ordnung. Bedürfnis nach Autorität und Führung. In: C. Goldner (Hg.), *Der Wille zum Schicksal. Die Heilslehre des Bert Hellinger*, Ueberreuter Wien, 9–11
- Pankofer, Sabine, 2005: Aufstellungen nach Hellinger in der Ausbildung von SozialarbeiterInnen. In: Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hg.), »Niemand kann seinem Schicksal entgehen...« *Kritik an Weltbild und Methode des Bert Hellinger*, Alibri Aschaffenburg, 36–48
- Radebold, Hartmut, 2003: Kriegsbeschädigte Kindheiten: die Geburtsjahrgänge 1930–32 und 1945–48, in: *psychosozial* 92, H. 2, 26. Jg., 9–15
- Radio Lora und Colin Goldner, 2005: Bert Hellinger – Guru der Psychoszene. In: Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hg.), »Niemand kann seinem Schicksal entgehen...« *Kritik an Weltbild und Methode des Bert Hellinger*, Alibri Aschaffenburg, 13–18
- Reuter, Elisabeth, 2005: *Gehirn-Wäsche. Macht und Willkür in der »systemischen Psychotherapie« nach Bert Hellinger*, Antipsychiatrie-Verlag Berlin
- Ruppert, Franz, 2002: *Verwirrte Seelen. Der verborgene Sinn der Psychosen. Grundzüge einer systemischen Traumatalogie*, Kösel München
- Stifter, Adalbert, 1946: *Der beschriebene Tännling*, VA Tyrolia Innsbruck

Lorenz Huck

»Psychopathy« – Funktionskritik eines kriminalpsychologischen Konzepts

Wozu Kritik an Begriffen und Theorien der traditionellen Psychologie?

Die Kritische Psychologie hat den Anspruch, zur Weiterentwicklung der Psychologie als Wissenschaft beizutragen: Historisch war ihre Entwicklung an der FU Berlin während der Studierendenbewegung die Alternative zu Forderungen, die sich im Slogan »Zerschlagt die Psychologie!« ausdrückten (vgl. Holzkamp 1972, 218ff). Auch die Auseinandersetzung mit der traditionellen Psychologie dient jenem Ziel: Schon früh findet sich bei Holzkamp die Formulierung, dass »eine angemessene Kritik der bestehenden Psychologie [...] gleichbedeutend mit *ihrer Weiterentwicklung als Wissenschaft*« sei (1973, 14f). Konkret umgesetzt wird dieses Prinzip durch die *Reinterpretation* von Begriffen und Theorien des psychologischen Mainstream.

Zum Verfahren der Reinterpretation hat Morus Markard einige wertvolle methodische und forschungspraktische Hinweise gegeben (1994). Von ihm ist (neben vielen anderen Dingen) aber auch zu lernen, dass ein »konstruktiver«, reinterpreterativer Zugang zu Ansätzen des psychologischen Mainstream von der Sache her nicht immer möglich ist, und daher die im Alltagsdenken verpönte »destruktive« Kritik in Form von Funktionskritik ihren Platz in der Kritischen Psychologie haben muss.

Markards Beschäftigung mit dem Konzept der »Einstellung« ist ein Beispiel für eine derartige »destruktive« Kritik. Im Schlusskapitel seiner Untersuchung stellt er fest, dass es keine Handhabe gibt, den Vorbegriff »Einstellung« mit Erkenntnisgewinn zu reinterpretieren: In seiner ursprünglichen *kategorialen Fassung* (durch die Soziologen Thomas und Znaniecki) habe der Begriff »Einstellung« das »Subjektive-in-seinen-sozialen-Bezügen« fassen sollen, komme in dieser Bedeutung aber in der Sozialpsychologie nicht mehr vor (Markard 1984, 196). *In der sozialpsychologischen Forschungspraxis* würden Versuchspersonen durch methodische Anordnun-

gen dazu benötigt, anhand von Einstellungsskalen sachentbundenen affektiven Projektionen Ausdruck zu verleihen (vgl. 80f) – dadurch werde aber eine allgemeine Bestimmung von Emotionen in der Kritischen Psychologie, nämlich deren Realitätsbezug, unterschritten (196). *Im Offizialdiskurs* der Sozialpsychologie tauche »Einstellung« als Oberbegriff für kognitive, emotionale und handlungsbezogene Komponenten des Psychischen auf, erscheine aber mangels eines erkennbaren Bezugs zur Forschungspraxis »als – gegenstandsloser – Begriff, in dem im Zuge verselbständigt-isolierter Begriffsbildung wesentliche Funktionsaspekte menschlicher Subjektivität aggregiert sind« (197; Herv. i. O.). Aus diesen Gründen könne es nicht darum gehen, »den Einstellungsbegriff reinterpretativ quasi konstruktiv zu wenden«, möglich sei lediglich eine Untersuchung der politisch-ideologischen Funktionalität des Einstellungsbegriffs (198)¹.

*»Psychopathy«² – ideengeschichtliche Wurzeln und
Veränderungen des Begriffsinhalts*

Im theoretischen Teil meiner Dissertation setze ich mich mit kriminologischen Theorien auseinander und versuche, sie (bzw. ihre psychologischen Aspekte) begründungstheoretisch zu reinterpretieren (Huck 2007)³ – u. a. behandle ich mittlerweile als »klassisch« zu bezeichnende Theorien wie Mertons Anomie-Theorie (1968 [1938]) oder den Etikettierungsansatz in der Version von Becker (1973), aber auch neuere wie den »life-course view« von Laub und Sampson (2006). Dadurch soll geklärt werden, ob diese Theorien prinzipiell zum Verständnis der kriminellen Handlungen so genannter »Intensivtäter/innen« beitragen können. Tatsächlich gibt es, wie im empirischen Teil deutlich wird, immer wieder Zusammenhänge zwischen reinterpretierten kriminalpsychologischen Theoremen, meinen Deutungen auf der Grundlage von Gesprächen mit jugendlichen, inhaftierten »Intensivtäter/innen«, und den Theorien, die diese selbst äußern.

Eine weitere Forschungsrichtung, die in der kriminalpsychologischen Diskussion eine gewichtige Rolle spielt und einen großen Teil delinquenten und »antisozialer« Karrieren auf eine »psychopathische« Persönlichkeitsstruktur zurück-

- 1 Ein weiteres Beispiel für eine derartige Funktionskritik ist Holzkamps Auseinandersetzung mit dem Begriff der »Persönlichkeit« (1988), an die sich der Titel des vorliegenden Beitrags anlehnt.
- 2 Die englische Bezeichnung für das hier diskutierte kriminalpsychologische Konzept wird nur selten ins Deutsche übersetzt. Der Grund dafür ist, dass die meisten deutschsprachigen Fachleute mit dem Ausdruck »Psychopathie« einen umfassenderen Begriffsinhalt verbinden, nämlich die Gesamtheit der (heute so genannten) Persönlichkeitsstörungen (s. u.).
- 3 Die Dissertation wurde von Morus Markard betreut.

führt, konnte, wie sich bald zeigte, zum Anliegen meiner Arbeit *keinen* Beitrag leisten. Unbeschadet dessen ist es m. E. notwendig, sich mit der ideologischen Funktion des »Psychopathy«-Konzepts und den Auswirkungen der »Psychopathy«-Forschung auf die psychologische Praxis zu beschäftigen, und ich möchte das Thema daher im vorliegenden Beitrag aufgreifen.

Die ideengeschichtlichen Wurzeln des »Psychopathy«-Konzepts sind bisher nur ansatzweise untersucht. Der Wortgebrauch geht auf den deutschen Psychiater Kurt Schneider zurück, der unter dem Titel »Psychopathie« verschiedene »abweichende Persönlichkeiten«, allerdings keine »antisoziale« oder »dissoziale«, beschrieb. Vom Begriffsinhalt her gibt es eher Parallelen zum Begriff der »moral insanity«, der in Variationen Anfang des 20. Jahrhunderts in der englischen Gesetzgebung verwandt wurde und die Unfähigkeit oder den Unwillen beschreibt, sich an gesellschaftliche Normen anzupassen (vgl. Pichot 1978, 67). Ein inhaltlich ähnlicher Begriff aus dem angelsächsischen Sprachgebrauch ist »sociopathy«, der z. B. in die erste Version des Klassifikationsmanuals DSM als »Sociopathic Personality Disturbance« Eingang fand: »Individuals to be placed in this category are ill primarily in terms of society and of conformity with the prevailing cultural milieu, and not only in terms of personal discomfort and relations with other individuals.« (APA 1952, 38)

Ein wichtiger Vorläufer der modernen »Psychopathy«-Forschung ist der US-amerikanische Psychiater Cleckley. Dieser zeichnet erstmals in den 1940er Jahren, gestützt auf Beobachtungen aus seiner psychiatrischen Praxis, ein klinisches Bild von »Psychopath/innen«, das 16 Symptome umfasst:

- a) Superficial charm and good »intelligence«; b) Absence of delusions and other signs of irrational thinking; c) Absence of »nervousness« or psychoneurotic manifestations; d) Unreliability; e) Untruthfulness and insincerity; f) Lack of remorse or shame; g) Inadequately motivated antisocial behavior; h) Poor judgement and failure to learn by experience; i) Pathologic egocentricity and incapacity for love; j) General poverty in major affective reactions; k) Specific loss of insight; l) Unresponsiveness in general interpersonal relations; m) Fantastic and uninviting behaviour with drink and sometimes without, n) suicide rarely carried out; o) Sex life impersonal trivial, and poorly integrated; p) Failure to follow any life plan. (Cleckley 1976 [1946], 337)⁴

Cleckley hält »Psychopathie« für eine Art Schizophrenie, die maskiert sei, bei der also die oberflächliche Anpassungsfähigkeit erhalten bleibe, während die Empfin-

4 Die einzelnen Fallbeispiele, aus denen dieses Bild resultiert, wären eine eigenständige Analyse wert, um deutlich zu machen, von welchen normativen Prämissen Cleckleys Beobachtungen strukturiert sind. Seine Beurteilung des Falls »Anna« (102ff) wird z. B. überdeutlich von geschlechtsspezifischen Verhaltenserwartungen gelenkt: Ein Mädchen, das offenbar leichten Herzens sexuelle Beziehungen zu einigen Mitschülern unterhält, erscheint ihm »psychopathisch«, die Mitschüler, die diese Beziehungen ebenso leichten Herzens aufnehmen, hingegen nicht.

dung für das, was anderen gewöhnlich als bedeutsam erscheine, tief gestört sei (384; daher auch der Titel der Monografie: »Mask of Sanity«). Wie im Weiteren noch auszuführen sein wird, beeinflusst diese Vorstellung auch die neuere Forschung.

Der prominenteste Vertreter der modernen »Psychopathy«-Forschung ist der kanadische Psychologe Robert Hare. Erschienen »psychopathische« Menschen in Cleckleys Schilderungen häufig noch kindisch, dumm und relativ harmlos, da sie Schaden offenbar eher zufällig anrichteten, entwirft Hare ein Bild von bösen und gefährlichen Wesen, denen menschliche Züge zu fehlen scheinen:

[C]onceptualizing psychopaths as remorseless predators helped me to make sense of what often appears to be senseless behavior. These are individuals, who, lacking in conscience and feelings for others, find it easy to use charm, manipulation, intimidation, and violence to control others and to satisfy their own selfish needs. They cold-bloodedly take what they want and do as they please, violating social norms and expectations without the slightest sense of guilt or regret. Their depredations affect virtually everyone at one time or another because they form a significant proportion of persistent criminals, drug dealers, spouse and child abusers, swindlers and con men, mercenaries, corrupt politicians, unethical lawyers, terrorists, cult leaders, black marketers, gang members, and radical political activists. (Hare 1998a, 129)

Die ideologische Funktion des »Psychopathy«-Konzepts wird schon hier – im Offizialdiskurs der »Psychopathy«-Forschung – in wesentlichen Zügen deutlich: Personen, die unerwünschte Verhaltensweisen (einschließlich politischer Aktivität) zeigen, sollen (Raub-)Tieren (»predators«) gleichgesetzt werden, so dass mit ihnen nach Gutdünken verfahren werden kann, ohne humanitäre Bedenken berücksichtigen zu müssen.

Wie ist das Konzept aber in der Berufspraxis, in der Wissenschaftspolitik, und in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung konkret wirksam geworden? Dies soll anhand einiger Arbeiten Hares erörtert werden: Seit er 1970 eine erste Monografie zum Thema »Psychopathy« veröffentlichte, hat es sich Hare zur Aufgabe gemacht, dem Konzept Geltung zu verschaffen, u. a. indem er zwei internationale Kongresse organisierte (vgl. Hare/Schalling 1978; Cooke u. a. 1998). Seine Arbeiten können daher als typisch, wenn nicht als maßgeblich für den gesamten Ansatz gelten.

Konkrete Auswirkungen des »Psychopathy«-Konzepts

a) Die »Psychopathy« Checklist

Eines der internen Probleme der »Psychopathy«-Forschung, das z. B. Hare und Cox (1978) beklagen, war lange Zeit die unterschiedliche Handhabung des Konzepts und, daraus resultierend, die mangelhafte Vergleichbarkeit von Studien.

Die Entwicklung der Psychopathy Checklist (die seit 1991 als »PCL-R« in revidierter Form vorliegt) soll dieses Problem lösen, indem sie eine bestimmte Definition verbindlich macht. Die PCL-R ist ein Verfahren, in dessen Rahmen (u. U. speziell geschulte) Psychologen auf der Grundlage von Interviews und der Lektüre von Strafvollzugsakten die Ausprägung bestimmter Eigenschaften bzw. stabiler Verhaltenstendenzen bei Betroffenen einschätzen sollen. Bei jedem der 20 Items werden null, ein oder zwei Punkte verteilt, die Summe dieser Werte ergibt einen Gesamtscore, der den Ausprägungsgrad der »psychopathischen« Persönlichkeitsstörung abbilden soll.

Die Grundlage der Einschätzungen ist jeweils recht unterschiedlich: Teilweise beziehen sie sich auf Selbsteinschätzungen der Befragten (im Falle »manipulativer« und »betrügerischer« Charakterzüge; Hare 1991, 27), teilweise auf die Übereinstimmung oder Diskrepanz zwischen verbalen Einlassungen und Verhalten (im Falle »mangelnder Reue«, 29), teilweise auf den klinischen Eindruck (im Falle des »flachen Affekts«, 31), teilweise auf objektivierbare Angaben der strafverfolgenden Organe (im Falle des Ausmaßes der »Jugenddelinquenz«, 53). Einige Merkmale wie »Promiskuität« (39) sind gar nicht operationalisiert, so dass die Einschätzung aus meiner Sicht völlig den beurteilenden Psychologen mit ihren unterschiedlichen normativen Maßstäben obliegt. In anderen Fällen ist eine bestimmte Deutung eines zumindest mehrdeutigen Geschehens vorgegeben: Z. B. sollen Aussagen wie »ich habe nicht über die Folgen nachgedacht«, oder »sie haben bekommen, was sie verdient haben«, die viele Häftlinge äußern, um ihre Straftaten zu rechtfertigen, als Ausdruck einer charakterlichen »Hartherzigkeit« interpretiert werden (33), nicht (wie z. B. Sykes/Matza [1968] vorschlagen würden) als Rationalisierungen, die gerade ein Zeichen dafür wären, dass man sich den Folgen des eigenen Tuns nicht »hartherzig« verschließen kann.

Die Beliebtheit der PCL-R in der gutachterlichen Praxis kann m. E. nicht darauf zurückgeführt werden, dass sie die Praktiker durch theoretische Konsistenz, Objektivität oder logische Validität überzeugt. Sie entspricht m. E. auch nicht dem politischen Mainstream: Z. B. gilt es allgemein wohl kaum noch als opportun, die Auflösung ehelicher Bindungen als Indiz für eine charakterliche Fehlbildung zu interpretieren. (Die Ex-Regierenden Schröder und Fischer würden bei diesem Item [51] jeweils die Höchstpunktzahl einfahren.) Der Grund für die Beliebtheit der PCL-R ist aus meiner Sicht vielmehr ihre technische Relevanz: Es besteht eine recht hohe Korrelation zwischen den PCL-R-Scores und Variablen, die die Rückfälligkeit von Häftlingen abbilden sollen (vgl. Hemphill u. a. 1998, 378)⁵. Dass diese

5 Dieser reale, wenn auch bloß »faktische«, also begründungslogisch unbegriffene Zusammenhang

Zusammenhänge auf Aggregatebene ermittelt werden und eigentlich nicht sinnvoll auf den Einzelfall bezogen werden können, wird aus rechtlichen Gründen ab und an bemängelt (vgl. Ogloff/Lyon 1998), in der Hauptsache aber ignoriert. Dies ist für Praktiker funktional: Für sie ist weniger entscheidend, dass sie dem Einzelfall gerecht werden, als dass sie bei einer großen Zahl von Gutachten möglichst wenige Fehlentscheidungen treffen, und dass sie, sollte ein/e Proband/in in spektakulärer Weise rückfällig werden, darauf verweisen können, ein wissenschaftlich anerkanntes Verfahren verwendet zu haben.

Mittlerweile ist die PCL auch in einer Version für Jugendliche erschienen (Forth u. a. 2003), die kürzlich für den deutschen Markt übersetzt wurde (vgl. Sevecke/Krischer 2005). Die erste Studie, die ergibt, dass jugendliche »Intensivtäter/innen« »psychopathischer« sind als andere Jugendsträflinge, wird nicht lange auf sich warten lassen.

b) »Psychopathy« und das DSM

Es wurde bereits erwähnt, dass in den ersten Nachkriegsjahren durchaus noch Anknüpfungspunkte zwischen dem »Psychopathy«-Konzept und der DSM-Kategorie der »Sociopathic Personality Disturbance« bestanden. Mit dem DSM-III setzte sich aber 1980 die operationale Definition der Symptomatiken (und damit der Störungskategorien) durch, die bis heute üblich ist. Bei der »antisozialen Persönlichkeitsstörung« (APS, so der neue Titel im DSM-III) war die Sozialpsychiaterin Lee Robins federführend an der Durchsetzung dieser Neuerung beteiligt (vgl. 1978, 256). Die APS wird im DSM-III durch eine Aufzählung konkreter Verhaltensweisen beschrieben, die für das Jugendalter z. B. Schulschwänzen, Substanzmissbrauch oder Vandalismus umfasst, für das Erwachsenenalter z. B. die Unfähigkeit, langfristige Beziehungen (im Arbeitsleben und im Privaten) aufrechtzuerhalten, oder Rücksichtslosigkeit im Straßenverkehr (APA 1984, 333ff). Damit entfernt sich die APS-Definition des DSM recht weit von der »Psychopathy«-Definition durch die PCL, die ja bei vielen Items die Identifikation und moralische Bewertung bestimmter Charaktereigenschaften verlangt.

Hare und Kollegen versuchten deshalb 1991 im Hinblick auf das DSM-IV (das 1994 erschien), Argumente für eine Wiederannäherung des APS-Konstrukts an das »Psychopathy«-Konzept zu bringen:

besteht wahrscheinlich, weil der PCL-R-Score u. a. die kriminelle Vorgeschichte berücksichtigt: Viele Menschen, die vor einem Haftaufenthalt regelmäßig kriminell aktiv waren, nehmen diese Aktivität nach ihrer Freilassung wieder auf, da sich ihre Lebensumstände, die Straftaten subjektiv notwendig machen, unterdessen nicht verändert haben.

[A] diagnosis of APD is based largely on the use of closed concepts, in which the diagnostician is required to select from a fixed and limited set of indicators of a trait; other perhaps better indicators cannot be used. The use of closed concepts ignores the fact that a given trait can be reflected in a wide variety of behaviours and that a given behaviour can reflect more than one personality trait [...] (393).

Daher sei die PCL-R aus theoretischen Gründen besser als Grundlage für die kommenden DSM-IV-Kriterien geeignet, es sprächen aber auch traditionelle bzw. konventionelle Gründe dafür, da »psychopathy« eher der »dissozialen Persönlichkeitsstörung« des ICD ähnele.

Tatsächlich wurde die Beschreibung der APS im DSM-IV kaum verändert, sondern nur ein wenig gekürzt (vgl. APA 1998, 734). Hare beklagt dies (1998b, 6f) und sieht seinen Ansatz insgesamt (mit der wichtigen Ausnahme der Diagnostik im Rahmen von Begutachtungen) wissenschaftspolitisch an den Rand gedrängt: »resources have been targeted primarily at programs and projects that eschew the politically incorrect idea that individual differences in personality are as important determinants of crime as are social forces« (8). Hares Auffassung ist hier durchaus zutreffend: Innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft hat sein Ansatz den Anschluss an den psychologischen Mainstream verloren, weil er auf einer Operationalisierung des »Psychopathy«-Konzepts besteht, die offensichtliche moralische Wertungen verlangt, und weil sein Konzept quer zu den »Persönlichkeitsstörungen« der großen Klassifikationssysteme DSM und ICD steht (vgl. dazu Endres 2005).

c) »Psychopathy« in der Populärliteratur

Außerhalb der Fachöffentlichkeit scheint das »Psychopathy«-Konzept leider wohlwollender rezipiert zu werden. So bemerkt z. B. Endres (2005, 199): »Psychopathie« als Erklärung für Gewalt und Kriminalität oder gar »das Böse« übt [...] stets auch eine große Faszination auf psychologische Laien und halbprofessionelle gesellschaftliche Akteure aus«, und belegt dies durch Beispiele aus dem *Focus* und der *Süddeutschen Zeitung*.

Hare hat vor allem mit seinem populärwissenschaftlichen Buch *Gewissenlos* versucht, auf die öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen (2005 [1993]; vgl. auch die zweite derartige Veröffentlichung Babiak/Hare 2006). Er reiht hier im Wesentlichen Falldarstellungen aneinander, die teilweise auf tatsächlichen Untersuchungen (also auf Interviews und/oder Aktenanalysen) beruhen, teilweise nach der Art von Ferndiagnosen erstellt wurden, aber immerhin noch auf reale Personen (z. B. bekannte Kriminelle) bezogen sind, teilweise aber auch fiktive Figuren aus Film und Fernsehen zugrunde legen. Aus all diesen Darstellungen ergibt sich, da dem Text auch jede sinnvolle Gliederung fehlt, kein kohärentes Bild von der Persön-

lichkeitsstruktur, die beschrieben werden soll: Die angebliche extreme Gefährlichkeit der »Psychopathen« widerspricht ihrer angeblichen Häufigkeit (man weiß aus dem Alltag und aus der Kriminalstatistik, dass nicht jeder fünfzigste oder hundertste Mensch in Serie mordet oder vergewaltigt); die angebliche Impulsivität der »Psychopathen« widerspricht der Vorausplanung, mit der sie an Betrugsaktionen herangehen sollen; ihr angebliches Unverständnis für menschliche Emotionen steht im Widerspruch zu ihrer angeblichen Fähigkeit (z. B. beim Heiratsschwindel) anderer Leute Schwächen zu erkennen und auszunutzen. Aus meiner Sicht werden in *Gewissenlos* lediglich die schlimmsten Charakterzüge aller möglichen »Verbrechertypen« zu einer mythischen Gestalt verschmolzen, die »das Böse« schlechthin verkörpert.

Interessant ist, in welchen Auszügen bzw. in welcher Verformung die Ergebnisse grundwissenschaftlicher Untersuchungen dargestellt werden. Beispielsweise schildert Hare kurz ein Experiment, in dem gemessen wurde, wie schnell die Probanden reale Worte verschiedener Valenz per Knopfdruck von wortähnlichen, aber sinnlosen Buchstabenkombinationen unterscheiden konnten, während gleichzeitig (als zweite Messung) ein EEG abgeleitet wurde. Das Ergebnis gibt er wie folgt wieder:

Als wir dieses Experiment mit Gefängnisinsassen durchgeführt haben, zeigten die Nicht-Psychopathen normale Reaktionsmuster – schnellere Entscheidungen und mehr Hirnaktivität bei emotionalen Worten als bei neutralen Worten –, im Gegensatz zu den Psychopathen: Sie reagierten auf emotionale Worte als wären sie neutrale Worte. (115)

In Hares Augen ist dies ein Beleg für die (letztlich auf Cleckley zurückgehende) These, dass »Psychopathen« emotionale Informationen grundsätzlich anders verarbeiten als »Nicht-Psychopathen«. Von derselben Studie berichtet Hare, dass sie bei der ersten Einreichung mit der Bemerkung zurückgewiesen wurde: »Diese EEGs können eigentlich nicht von wirklichen Menschen stammen.« (1, 201).

Zieht man vergleichend die Publikation der Studie in einer wissenschaftlichen Zeitschrift heran (Williamson u. a. 1991), wird schnell klar, dass sich diese Aussagen so nicht halten lassen: Zunächst fällt auf, dass jeweils nur acht Personen, die einen hohen bzw. niedrigen PCL-Score aufwiesen, untersucht wurden, dass sich also Häufigkeitsverallgemeinerungen auf die (hypostasierten) Gesamtgruppen der »Psychopathen« und »Nichtpsychopathen« verbieten. Die leicht unterschiedlichen Reaktionszeiten (es geht um Mittelwertunterschiede im Bereich von Millisekunden) werden angeführt, scheinen den Autoren aber nicht nur durch unterschiedliche Informationsverarbeitung erklärlich, sondern auch dadurch, dass sich die emotionale Valenz der Worte durch die Wiederholung für die beiden Gruppen in je unterschiedlicher Weise verändert haben könnte (270) – mit anderen Worten: Möglicherweise wurde die Aufgabe für die »Psychopathen« lediglich etwas schneller

langweilig als für die »Nicht-Psychopathen«. Um die je unterschiedlichen Ergebnisse der EEG-Untersuchung zu erklären⁶, bieten die Autoren drei Hypothesen an (269f), als besonders außergewöhnlich oder gar »unmenschlich« werden die Resultate aber nicht beschrieben. Dazu kommt, dass sich eine der untersuchten »psychopathischen« Personen offenbar absichtlich instruktionswidrig verhielt: In einer Nachuntersuchung, in der noch einmal bestätigt werden sollte, dass die dargebotenen Worte für die Probanden tatsächlich die intendierte »negative«, »neutrale« oder »positive« Valenz hatten, beurteilte diese Person alle Worte als »positiv«. Es ist durchaus vorstellbar, dass alle gefundenen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen auf das widerständige oder zumindest unkooperative Verhalten dieser Person zurückzuführen sind. Da die Daten nicht auf Individual-, sondern nur auf Aggregatniveau angegeben sind, lässt sich diese Annahme nicht nachprüfen.

Auch wenn meine Mutmaßung nicht zutreffen sollte, wird doch deutlich, dass mehrdeutige Geschehnisse vereindeutigt werden, um einen möglichst sensationellen Nachweis für die Monstrosität von »Psychopathen« zu erbringen.

Ausblick: Die Funktion personalisierender kriminalpsychologischer Konzepte für die kriminalpolitische Diskussion und Praxis

Es sollte durch die vorhergehenden Ausführungen gezeigt werden, dass das »Psychopathy«-Konzept keine Erkenntnisse enthält, die reinterpretaiv in der eigenen, dem Anspruch nach entwickelteren Konzeption aufgehoben werden könnten. Denn die Frage, die für eine subjektwissenschaftliche Psychologie konstitutiv ist, *aus welchen Gründen* nämlich problematische kriminelle Handlungen begangen werden, soll mit dem »Psychopathy«-Konzept gerade abgeschnitten werden. Damit steht es stellvertretend für personalisierende Tendenzen in der kriminologischen Diskussion, die sich auch in anderen Ansätzen zeigen – z. B. beinhalten auch die einflussreichen Konzeptionen von Gottfredson/Hirschi (1990) und Moffitt (1993) eigenschaftstheoretische und typologische Elemente. Derartige Ansätze liefern z. B. Argumente, wenn es darum geht, das Prinzip der Resozialisierung, das in Deutschland über Jahrzehnte die konkrete Gestaltung des Strafvollzugs bestimmte, durch das Prinzip der »incapacitation« (»Unschädlichmachung«) zu ersetzen, das die Strafvollzugspraxis in den USA bestimmt (vgl. Stolle/Singelstein 2006)⁷: Wenn

6 Es handelt sich um die Ableitung ereigniskorrelierter Potenziale, die bei den »Psychopathen« eine leicht erhöhte Amplitude am Messpunkt N 500 ergibt.

7 Diese Bestrebungen kann man mit Wacquant (2002) als Teil eines aus den USA importierten Sicherheitsdiskurses betrachten, der individualistisch und utilitaristisch ist, und daher andere neoliberale Ideologeme ergänzt.

man eine unveränderbare Persönlichkeitsstruktur als letzte Ursache krimineller Aktivität betrachtet, erscheinen Maßnahmen, die auf Besserung zielen, nicht länger Erfolg versprechend, und die scheinbar einzig sinnvolle Alternative besteht darin, die betroffenen Personen wegzusperren. Konkrete Schritte dazu, sich dem Konzept der »incapacitation« zuzuwenden, lassen sich z. B. anhand eines aktuell vorliegenden Gesetzesentwurfs zeigen, der die Möglichkeit der Sicherheitsverwahrung⁸ auch für Jugendliche einführen soll (vgl. Deutscher Bundestag 2007) und anhand der Formulierung der Ziele und Aufgaben des Jugendgefängnisses im neuen Berliner Jugendstrafvollzugsgesetz (§2, JStVollzGBln). Dort heißt es zwar weiterhin: »Der Vollzug dient dem Ziel, die Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen«, es folgt aber der Zusatz: »Gleichermaßen hat er die Aufgabe, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen.«

Bei derartigen Entwicklungen spielen auch Wirtschaftlichkeitserwägungen eine Rolle: Sollte sich in den nächsten Jahren der neoliberale Trend zur Privatisierung von Gefängnissen weiter durchsetzen⁹, wird es für den Erfolg der »Incapacitation«-Politik von entscheidender Bedeutung sein, ob es privaten Anbietern gelingt, staatlichen Auftraggebern plausibel zu machen, dass die langfristige Unterbringung angeblicher »Psychopath/innen«, »Intensivtäter/innen« oder vergleichbarer »Unverbesserlicher« eine kosteneffiziente Lösung für das Problem krimineller Mehrfachauffälligkeit ist.

Die Anfang 2008 – im Zusammenhang mit dem hessischen Landtagswahlkampf – bundesweit entbrannte Debatte um Jugendkriminalität zeigt m. E., dass diese Fragen noch hart umkämpft sind: Während in der Bevölkerung offenbar der – rechtspopulistisch instrumentalisierbare – Wunsch vorherrscht, sich krimineller Jugendlicher durch längere Haftstrafen oder Abschiebung zu entledigen¹⁰, werden diese Maßnahmen nämlich von Fachleuten wie Kriminologen, Jugendrichtern, Sozialarbeitern usw. überwiegend skeptisch beurteilt. Angesichts dieser Lage erscheint die weitere gesellschaftliche Entwicklung weitgehend offen, und es ist gerade daher notwendig und aussichtsreich, auf kriminalpolitische Debatten von der eigenen Konzeption her Einfluss zu nehmen, die kriminelle Handlungen als den Versuch versteht, sich aus einer Situation gesellschaftlicher Marginalisierung zu befreien.

- 8 Sicherheitsverwahrung bedeutet, dass einem Häftling, nachdem er die ihm zudachte Haftstrafe verbüßt hat, aufgrund seiner Gefährlichkeitsprognose weiter die Freiheit entzogen wird.
- 9 Diese Tendenz ist in Deutschland noch recht neu, das erste teilprivatisierte Gefängnis entstand 2005 unter der Landesregierung Koch in Hessen. In den USA hat sich gegen den »prison industrial complex« hingegen bereits eine recht breite Widerstandsbewegung formiert (vgl. Critical Resistance 2007).
- 10 Dafür sprechen u. a. die Zuschauerreaktionen in der Polit-Talkshow »Hart aber fair« (ARD, 9.1.2008) und eine Umfrage des *Stern* (3/2008).

Vor diesem Hintergrund hat die Beschäftigung mit dem »Psychopathy«-Konzept und ähnlichen personalisierenden Konzepten den Sinn, sich und Anderen zu verdeutlichen, dass solche Ansätze, die die öffentliche Meinung und die Praxis der strafrechtlichen Begutachtung nachhaltig prägen, letztlich unwissenschaftlich und inhuman sind. Konstruktiv ist diese Kritik nur insofern, als »das Falsche, einmal bestimmt erkannt und präzisiert, bereits Index des Richtigen, Besseren ist« (Adorno 1971, 19).

Literatur

- Adorno, Theodor W., 1971: Kritik. In: ders., *Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft*, Suhrkamp Frankfurt/M
- American Psychiatric Association (APA), 1952: *Diagnostic and Statistical Manual for Mental Disorders*, APA Washington D.C.
- Dies., 1984: *Diagnostisches und Statistisches Manual Psychischer Störungen – DSM-III*, Beltz Weinheim-Basel
- Dies., 1998: *Diagnostisches und Statistisches Manual Psychischer Störungen – DSM-IV*, Hogrefe Göttingen-Bern-Toronto-Seattle-Oxford-Prag
- Babiak, Paul, und Robert D.Hare, 2006: *Snakes in Suits: When Psychopaths Go To Work*, Harper Collins New York
- Becker, Howard S., 1973: *Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens*, Fischer Frankfurt/M
- Cleckley, Hervey, 1976 [1946]: *Mask of Sanity*, Mosby St. Louis
- Cooke, David, Adelle Forth und Robert Hare, 1998: *Psychopathy: Theory, Research and Implications for Society*, Kluwer Norwell-Dordrecht
- Critical Resistance, 2007: *Mission*, <http://www.criticalresistance.org/article.php?id=36> [31.10.07]
- Deutscher Bundestag, 2007: *Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung bei Verurteilungen nach Jugendstrafrecht*, <http://dip.bundestag.de/btd/16/065/1606562.pdf> [10.1.2008]
- Endres, Johann, 2005: Diagnostische Zugänge zur Erfassung von Dissozialität im Erwachsenenalter, in: K.-P. Dahle u. R. Volbert (Hg.), *Entwicklungspsychologische Aspekte der Rechtspsychologie*, Hogrefe Göttingen-Bern-Wien-Toronto-Seattle-Oxford-Prag, 192–208
- Forth, Adelle E., David Kosson und Robert D. Hare, 2003: *The Hare PCL: Youth Version*, Multi-Health Systems Toronto-North Tonawanda

- Gottfredson, Michael, und Travis Hirschi, 1990: *A General Theory of Crime*, Stanford University Press Stanford
- Hare, Robert, 1970: *Psychopathy: Theory and Research*, Wiley Chichester-New York-London-Sydney-Toronto
- Ders., 1991: *The Hare Psychopathy Checklist – Revised*, Multi-Health Systems Toronto-North Tonawanda
- Ders., 1998a: Psychopathy, Affect and Behavior. In: D. Cooke, A. Forth u. R. Hare (Hg.), *Psychopathy: Theory, Research and Implications for Society*, Kluwer Norwell-Dordrecht, 105–137
- Ders., 1998b: The Alvor Advanced Study Institute. In: D. Cooke, A. Forth u. R. Hare (Hg.), *Psychopathy: Theory, Research and Implications for Society*, Kluwer Norwell-Dordrecht, 1–11
- Ders., 2005 [1993]: *Gewissenlos: Die Psychopathen unter uns*, Springer Wien-New York
- Ders. und David Cox, 1978: Clinical and Empirical Conceptions of Psychopathy, and the Selection of Subjects for Research. In: R. Hare u. D. Schalling (Hg.), *Psychopathic Behaviour: Approaches to Research*, Wiley Chichester-New York-Brisbane-Toronto, 1–21
- Ders. und Daisy Schalling (Hg.), 1978: *Psychopathic Behaviour: Approaches to Research*, Wiley Chichester-New York-Brisbane-Toronto
- Ders., Stephen Hurt und Timothy Harpur, 1991: Psychopathy and the DSM-IV Criteria for Antisocial Personality Disorder, in: *Journal of Abnormal Psychology* 100 (3), 391–398
- Hemphill, James, Ron Templeman, Stephen Wong und Robert Hare, 1998: Psychopathy and Crime: Recidivism and Criminal Careers. In: D. Cooke, A. Forth u. R. Hare (Hg.), *Psychopathy: Theory, Research and Implications for Society*, Kluwer Norwell-Dordrecht, 375–399
- Holkamp, Klaus, 1970: Zum Problem der Relevanz psychologischer Forschung für die Praxis, in: *Psychologische Rundschau*, H. 1, 21. Jg., 1–22
- Ders., 1972: Die Beziehung zwischen gesellschaftlicher Relevanz und wissenschaftlichem Erkenntnisgehalt psychologischer Forschung (Kritisch historische Analyse der vorstehenden Aufsätze). In: Ders., *Kritische Psychologie. Vorbereitende Arbeiten*, Fischer Frankfurt/M
- Ders., 1973: *Sinnliche Erkenntnis – historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung*, Fischer Frankfurt/M
- Ders., 1988: »Persönlichkeit« – Zur Funktionskritik eines Begriffs, in: *Forum Kritische Psychologie* 22, 123–132

- Huck, Lorenz, 2007: *Jugendliche »Intensivtäter/innen« in Berlin – Kriminelle Karrieren und Präventionsmöglichkeiten aus Sicht der betroffenen Subjekte*. Unveröffentlichte Dissertation an der FU Berlin
- Laub, John, und Robert Sampson, 2006: *Shared beginnings, divergent lives: delinquent boys to age 70*, Harvard University Press Cambridge/MA-London
- Markard, Morus, 1984: *Einstellung – Kritik eines sozialpsychologischen Grundkonzepts*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1994: Wie reinterpretiert man Konzepte und Theorien?, in: *Forum Kritische Psychologie* 34, 125–55
- Merton, Robert K., 1968 [1938]: Sozialstruktur und Anomie. In: Fr. Sack (Hg.), *Kriminalsoziologie*, Akademische Verlagsgesellschaft Frankfurt/M, 283–313
- Moffitt, Terry, 1993: Adolescence-limited and Life-course-Persistent Antisocial Behavior: A Development Taxonomy, in: *Psychological Review* 100, 674–701
- Ogloff, James P. R., und David R. Lyon, 1998: Legal issues associated with the concept of psychopathy. In: D. J. Cooke, A. D. Forth u. R. D. Hare (Hg.), *Psychopathy: Theory, research and implications for society*, Kluwer Norwell-Dordrecht, 401–422
- Pichot, Pierre, 1978: Psychopathic Behaviour. A Historical Overview. In: R. Hare u. D. Schalling (Hg.), *Psychopathic Behaviour: Approaches to Research*, Wiley Chichester-New York-Brisbane-Toronto, 55–70
- Robins, Lee, 1978: Aetiological Implications in Studies for Childhood Histories Relating to Antisocial Personality. In: R. Hare u. D. Schalling (Hg.), *Psychopathic Behaviour: Approaches to Research*, Wiley Chichester-New York-Brisbane-Toronto, 255–271
- Sevecke, Kathrin, und Maya Krischer, 2005: Diagnostische Zugänge zur Erfassung von Dissozialität im Jugendalter: Die Psychopathy Checklist als Version für Jugendliche (PCL-YV). In: K.-P. Dahle u. R. Volbert (Hg.), *Entwicklungspsychologische Aspekte der Rechtspsychologie*, Hogrefe Göttingen-Bern-Wien-Toronto-Seattle-Oxford-Prag, 185–191
- Stolle, Peer, und Tobias Singelstein, 2006: Mechanismen und Techniken einer neuen Sozialkontrolle. Anmerkungen zu einem Ausschnitt gesellschaftlicher Transformationsprozesse, in: *Forum Recht* 3, 86–90
- Sykes, Gresham M., und David Matza, 1968: Techniken der Neutralisierung. In: Fr. Sack (Hg.), *Kriminalsoziologie*, Akademische Verlagsgesellschaft Frankfurt/M, 360–371
- Wacquant, Loïc, 2002: Sur quelques contes sécuritaires venues d'Amérique – Les impasses d'une modèle répressif, in: *Le Monde Diplomatique*, Mai 2002

Williamson, Sherrie, Timothy Harpur und Robert Hare, 1991: Abnormal Processing of Affective Words by Psychopaths, in: *Psychophysiology* 28 (3), 260–273

II

Praxisverhältnisse

Catharina Schmalstieg

Prekäre Beschäftigung und personale Handlungsfähigkeit. Gewerkschaften als Handlungsplattform?

»Ich hab' die Schnauze voll!«, stand ab Frühjahr 2004 massenhaft auf Aufklebern zu lesen, die auf Autos, Briefkästen, Laternenmasten und Wohnungstüren angebracht waren, zumindest im Wohnquartier der Autorin. Laut Statistiken sind hier Arbeitslosigkeit und Jugendkriminalität so hoch wie nirgends sonst in Berlin. Der so augenfällig kund getane Protest war allerdings weder mit der Ankündigung einer Massendemonstration oder gar eines bevorstehenden Aufstands verbunden. Die vielfache Verkündung des Nicht-Einverstanden-Seins hatte die Bild-Zeitung mit der Beilage dieser Aufkleber in ihrer Zeitung ermöglicht. Sie richtete sich jedoch nicht gegen die bereits spür- und sichtbar werdenden verheerenden sozialen Konsequenzen der zu dem Zeitpunkt angelaufenen Maßnahmen der Agenda 2010, sondern brachte den Frust über die Preisverhältnisse an deutschen Tankstellen zum Ausdruck. Die Bild-Zeitung hatte dem Volk aufs Maul geschaut und ihm ein Ventil für seinen Frust geschaffen. Doch wie über bloßes Dampfablassen hinauskommen? An dieser Stelle ist von *Bild* wohl kaum Hilfe zu erwarten.

Prekäre Arbeitsverhältnisse und damit verbundene Einkommensverhältnisse im Niedriglohnbereich, mit denen ein Auskommen kaum mehr möglich ist, nehmen zu. Die fortschreitende Prekarisierung¹ von Beschäftigungs- und Lebensverhältnissen geht mit der Zersetzung der Planbarkeit der eigenen Zukunft und darüber vermittelt mit der Bedrohung individueller Handlungsfähigkeit einher. Begleitet wird dieser Prozess durch die politisch gesteuerte Verknappung öffentlicher Güter und einer Verdrängung armer Bevölkerungsteile aus zentralen Wohnquartieren, in

1 Ein Prozess, in dem die Ausweitung prekärer Beschäftigung (definiert durch Tätigkeiten, die unter ein »Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau sinken, das [...] als Standard definiert und anerkannt wird« (Dörre u. a. 2006, 17) auf alle Beschäftigungsverhältnisse und Gesellschaftsbereiche durchschlägt.

denen durch Sanierung und Umstrukturierung die Mieten steigen. Der aktivierende Staat und seine Agenda 2010, *Gameshows* und Beratungssendungen im Fernsehen, kurz: die politischen und kulturellen Anrufungen an die Subjekte, sich selbst aus dem Sumpf der Prekarität herauszuarbeiten und »Verantwortung« für ihr Leben zu übernehmen, sind vielfältig. Das Resultat von Individualisierung und der Ausdifferenzierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen ist zweischneidig: die Gestaltungsmöglichkeiten können als Befreiung aus den Zwängen vorgezeichneter Lebensverläufe erlebt werden, zugleich gehen damit verbundene Sicherheiten und gemeinschaftliche Erfahrungsräume verloren (vgl. Candeias 2007). Die mit anderen geteilte Lebenslage und darin bestehende Interessenskonstellationen sind kaum wahrnehmbar und dadurch werden Veränderungsperspektiven undenkbar – und unfunktional: die Bedingungen der eigenen Lebensweise werden als »schicksalhaft« und notwendig gedeutet (vgl. Holzkamp 1983, 388f). Zu fragen ist, ob in den Möglichkeitsräumen der Einzelnen alternative Bedeutungsverweise vorhanden sind, d.h. Denk- und Handlungsangebote existieren, die über die bestehenden Beschränkungen hinausweisen. Gefragt wären kollektive Strategien der Entprekarisierung, die die bestehenden hegemonialen Denk- und Praxisverhältnisse in Frage stellen und durchbrechen könnten. Doch wie eine kollektive Option schaffen in Zeiten, in denen Utopien der Freiheit abgeurteilt, die Einzelnen immer mehr dem monadischen Subjekt Adornos gleichen und individuelle Freiheit zunehmend auf die freie Entfaltung als Ware reduziert wird? Welche Prozesse und welche Organisationsformen wären nötig, einen kooperativen Zusammenschluss der Individuen zu gestalten?

Diese Problematik soll anhand der Frage diskutiert werden, inwiefern Gewerkschaften als Kollektivorganisationen eine Organisation kollektiver Machtentfaltung im Sinne »kooperativer Integration« (Holzkamp 1983, 331) darstellen (können) und in der Lage sind, Strategien und Handlungsangebote zu entwickeln, mit denen individualisierende Nahelegungen zurückgewiesen werden können, und damit materiell und ideologisch »entprekarisierend« sind. Um diese organisierende »Schnittstelle« der Vermittlung zwischen personaler und kollektiver Handlungsfähigkeit denken zu können, führe ich in diesem Beitrag das Konzept der »Handlungsplattform« ein. Entsprechend wird eine doppelte Perspektive eingenommen: zum einen wird mit der Frage nach personaler Handlungsfähigkeit eine Subjektperspektive eingenommen, zum anderen eine Organisationsperspektive, wenn nach Problemen der Gewerkschaftsarbeit und Wegen der Überwindung gefragt wird. Ausgangspunkt ist die These, dass personale Handlungsfähigkeit im Rahmen gewerkschaftlicher Organisationsprozesse erweitert werden kann, d.h. die Einflussnahme auf die eigenen Arbeits- und Lebensverhältnisse durch die Partizipation an Gewerkschaftsaktivitäten erhöht wird. Und zwar nicht nur vermittelt über eine Verbesserung der

ökonomischen Lage, sondern auch als gesellschaftlich – und politisch – vermittelte Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen (239).

Grundlage der folgenden Argumentationen sind vorläufige Ergebnisse aus Forschungsarbeiten, die ich im Rahmen meiner laufenden Promotionsarbeit zu Gewerkschaftsarbeit im Niedriglohnsektor der USA durchgeführt habe: Selbstauskünfte von aktiven Gewerkschaftsmitgliedern, Gespräche mit hauptamtlichen Gewerkschafter/innen und eigene im Rahmen einer Forschungshospitalation gewonnene Beobachtungen. Im Folgenden werden einerseits Probleme der Beschäftigten und Gründe dargestellt, warum sie sich gewerkschaftlich engagieren (oder auch nicht), andererseits aus Organisationsperspektive Probleme, mit denen Gewerkschaften im Niedriglohnsektor konfrontiert sind. Daran anschließend werden exemplarisch gewerkschaftliche Handlungsansätze anhand der untersuchten Gewerkschaftskampagne im Sicherheitsgewerbe in der San Francisco Bay Area vorgestellt. Die Herausforderung besteht darin, die beiden Forschungsperspektiven zu verbinden. Zum Schluss versuche ich ein erstes Fazit im Hinblick darauf zu ziehen, welche Rolle Gewerkschaften als »organisierte kooperative Integration« in der Praxis zukommen kann.

1. Niedriglohn und Handlungsfähigkeit

Schätzungsweise 30 Millionen Menschen in den USA arbeiten Vollzeit oder länger, gehen mehreren Jobs nach und leben dennoch an oder unterhalb der Armutsgrenze. Seit der Ausweitung des Dienstleistungssektors in den 1970er Jahren und des Abbaus von qualifizierten Jobs im Industriegewerbe haben Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich zugenommen, die die bisher in den USA gängigen Einkommensstandards unterlaufen und weiter heruntersetzt haben. Die Mehrheit der Niedriglohnjobs ist im Dienstleistungsgewerbe und der einfachen Manufaktur angesiedelt, die Beschäftigten putzen Büros, bewachen Gebäude, pflegen Alte und Kranke, erziehen Kinder, verpacken Lebensmittel oder schlachten Hühner. Etwa 90 Prozent der Beschäftigten arbeiten auf der Grundlage von Arbeitsverträgen mit so genannten »at-will-employment«-Regelungen (Lichtenstein 2002). In der unendlichen Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet dies, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer das Vertragsverhältnis jederzeit ohne Angabe von Gründen aufkündigen können.² Der US-amerikanische Arbeitsmarkt ist durch Rassismus, ungleiche Geschlechterverhältnisse sowie ungleiche Bildungschancen stratifiziert und weist den Akteurinnen

2 So wie andere Gesetze Reichen und Armen gleichermaßen untersagen, unter Brücken oder in Parks zu übernachten.

und Akteuren entlang der Dimensionen Klasse, Hautfarbe und Geschlecht auch 40 Jahre nach der Einführung von Gleichbehandlungs- und Gleichstellungsgesetzen unterschiedliche Erfolgsaussichten für die Verwertung ihrer Ware Arbeitskraft zu (Acker 2005, Wilson 2007). Menschen, die Niedriglohntätigkeiten ohne Aufstiegschancen nachgehen, leben in Gegenden, in denen Armut, Kriminalität, Gefängnisaufenthalt und Perspektivlosigkeit einen Teufelskreis bilden, dem kaum jemand entkommt (vgl. Wacquant 2004). Auf extreme Weise sind hiervon männliche *African Americans* betroffen. »*Don't put my name on it*« heißt der Titel einer Untersuchung von Sandra Susan Smith (2006), die aufdeckt, dass die Mehrheit der in Armutsvierteln lebenden *African Americans* beim Einstieg in den Arbeitsmarkt nicht mit einem Job rechnet. Mancherorts bewerben sie sich gar nicht erst, setzen ihren Namen nicht auf die Bewerbungslisten, obwohl sie die Kriterien erfüllen und »objektiv« qualifiziert sind. Dieses Phänomen, in den Arbeitswissenschaften als Selbstselektion diskutiert, spiegelt die Konsequenzen wider, die Leute in ausweglosen Situationen ziehen, die ihr Leben lang erfahren »people without consequences«, Menschen ohne Wert und politisches Gewicht, zu sein. In den USA sind auffällig viele Frauen, *African Americans*, Einwanderinnen und Einwanderer aus dem spanischsprachigen Amerika, aus afrikanischen Ländern und dem südostasiatischen Pazifikraum in Niedriglohntätigkeiten ohne Aufstiegschancen beschäftigt. Die Mehrzahl der niedrig Entlohnnten sind immer noch weiße Männer, doch sind Angehörige der ersteren Gruppen hier gemessen am Anteil der Gesamtbevölkerung überproportional beschäftigt (Acker 2006, Shulman 2003, Wilson 2007).

Bedeutung prekärer Beschäftigung für Veränderungsbereitschaft – soziologische und kritisch-psychologische Perspektiven

Der Soziologe Pierre Bourdieu schätzt die Fähigkeit Prekarisierter zu kollektiver Handlungsfähigkeit pessimistisch ein. Die prekäre Lage mache »jede rationale Vorwegnahme der Zukunft [unmöglich], was für eine [...] kollektive Auflehnung gegen eine noch so unerträgliche Gegenwart notwendig ist« (1998, 97). Brinkmann u. a. (2006) stimmen mit Bourdieu überein und kommen in ihrer Untersuchung zu dem Ergebnis, dass prekär Beschäftigte »im Vergleich zu den Stammbeschäftigten über weitaus geringere Möglichkeiten verfügen, eine längerfristige Lebensplanung zu entwickeln« (58). Allerdings verweisen sie auf die Bedeutung vorhandener Praxen für die Wahrnehmung kollektiver Handlungsoptionen. »Eine politische Kultur der Selbstorganisation vorausgesetzt, ist es keineswegs ausgeschlossen, dass prekär Beschäftigte Präferenzen für kollektive, z. B. gewerkschaftliche Handlungsstrategien entwickeln.« (89; vgl. Candeias 2007)

Als »allgemeinste Rahmenqualität eines menschlichen und menschenwürdigen Daseins« (Holzkamp 1983, 243) ist Handlungsfähigkeit aus Sicht der Kritischen Psychologie kategorial vorausgesetzt (vgl. Kap. 6.3), wenngleich sie, da gesamtgesellschaftlich vermittelt, von gesellschaftlichen Bedingungen und den darin liegenden personal erfahrbaren Bedeutungen stark eingeschränkt werden kann. Der Gedanke eines blinden »Wirkens« gesellschaftlicher Bedingungen durch die Subjekte hindurch muss zurückgewiesen werden (vgl. Holzkamp 1986). Gleich wie extrem – durch lage- und positionsspezifische Bedingungskonstellationen – subjektive Möglichkeitsräume »objektiv« eingeschränkt sind, stellt Handeln die Realisierung von Handlungsmöglichkeiten³ dar und ist als begründet zu analysieren. Wie diese Begründungszusammenhänge je konkret beschaffen sind, bleibt mithin eine empirisch offene, subjektwissenschaftlich aufklärbare Frage. Soziologische Untersuchungen des Lebens in prekären Lagen sind unter subjektwissenschaftlichen Gesichtspunkten als Bedeutungsanalysen interessant, mit denen die – potenzielle – Funktionalität eines Festhaltens am Status quo analysierbar und die Hindernisse für die Wahrnehmung kollektiver Optionen verdeutlicht werden⁴. Zum anderen sind diese Arbeiten interessant, wenn sie herausarbeiten, unter welchen Bedingungen Veränderungsbereitschaft entstehen kann. Brinkmann u. a. (2006) benennen als Voraussetzung für kollektives Handeln, dass gesellschaftliche Handlungsangebote, politische Alternativen, vorhanden sind. In Begriffen der Kritischen Psychologie bedeutet das, dass im subjektiven Möglichkeitsraum Handlungsalternativen erfahrbar werden, »einschließlich der damit verbundenen Möglichkeiten des Zusammenschlusses in unmittelbarer Kooperation« (Holzkamp 1983, 373; vgl. auch 330ff u. 355f), und eine Verbesserung der »je eigenen« im Zusammenhang mit der kollektiven Veränderung der Situation möglich scheint. Holzkamp fasst dies mit der Kategorie »kooperative Integration.« Den kooperativen Zusammenschluss der Individuen auf interpersonaler Ebene fasst er als Aktualisierung gesellschaftlicher Integration, d. h. des qua Mensch-Sein vorhandenen Gesellschaftsbezugs der Einzelnen. »Der kooperative Zusammenschluss muss [...] allerdings im Interesse der

3 Holzkamp spricht von der »doppelten Möglichkeit«, um zwei Perspektiven subjektiven Handelns zu kennzeichnen: Handeln im Bestehenden vs. Handeln in Überwindung einschränkender Verhältnisse. Hierbei handelt es sich um eine analytische Unterscheidung, die nicht empirisch in »so oder auch anders handeln« aufgelöst werden kann (vgl. Markard 2001, 1177).

4 In den Bedeutungsanalysen können Nahelegungen analysiert und hypothetische Begründungsmuster formuliert werden, für eine subjektwissenschaftliche Begründungsanalyse ist aber die Sicht der Betroffenen und ihre Beteiligung als Mitforscher unabdingbar. Begründungsanalysen können wiederum nicht auf eigenständige Bedingungs-Bedeutungs-Analysen verzichten, um potenzielle Prämissen subjektiv unaufgeklärten Handelns formulieren zu können (vgl. Markard 1988; Holzkamp 1990, 42).

kollektiven Machtentfaltung zur Durchsetzung des Handlungsziels [...] *selbst wieder mehr oder weniger organisierte Form* annehmen und gewinnt u.U. als »Bewegung« o.ä. seine *eigene überindividuelle Geschichte und Kontinuität.*« (340) Die Notwendigkeit des organisierten Zusammenschlusses ist eine – gesellschaftsanalytische – Konsequenz der von Holzkamp als Klassenverhältnisse analysierten bürgerlich-kapitalistischen Machtverhältnisse.

Welcherart diese »organisierte Form« ist, kann kategorial nicht näher bestimmt werden. Festhalten lässt sich zunächst, dass mit einer »organisierten kooperativen Integration« Denk- und Handlungsmöglichkeiten verbunden sind, die ermöglichen können, das in der restriktiven Perspektive verhaftete Unmittelbarkeitsdenken/deutende Denken in Richtung auf Entwicklungsdanken/begreifendes Denken und Angebote »bewussten Machens« zu überschreiten. Ferner ergibt sich aus der sichtbar werdenden kollektiven Handlungsalternative eine Zuspitzung des »Motivationswiderspruchs« (323ff): Die Handlungsziele, die in einem wie auch immer gearteten überindividuellen Zusammenschluss formuliert und verfolgt werden, ermöglichen es, sich von »Denkverboten,« die die Aufrechterhaltung des restriktiven Modus ermöglichen (413), zu entfernen und die formulierten Interessen und Handlungsziele »motiviert« zu übernehmen, d.h. als eigene Interessen zu verfolgen. Das Verharren und Sich-Abfinden mit der aktuellen Situation und damit verbundenen Einschränkungen der »eigenen« Befindlichkeit kann in den Hintergrund treten, weil die aus der Ausgeliefertheit an die gesellschaftlichen Zwänge resultierende Angst verringert und Bedrohtheit im besten Falle kollektiv aufgefangen werden kann (414). Mit Blick auf die These, dass Gewerkschaften Instanzen »organisierter kooperativer Organisation« sein können, ist zu fragen, welche gewerkschaftlichen Strategien und Angebote entwickelt werden und ob diese von den Beschäftigten als Handlungsalternativen wahrgenommen werden.

Probleme der Niedriglohnbeschäftigung und das Beispiel der Security Officers in Kalifornien

Niedriglohnstätigkeiten sind nicht allein durch einen Armutslohn gekennzeichnet⁵, zusätzlich sind diese Beschäftigungsverhältnisse ohne Kranken- und Rentenversicherung, in der Mehrheit Teilzeitarbeitsverhältnisse und befristet, oftmals wird im

5 Das U.S. Census Bureau (2007) gibt für das Jahr 2006 für einen Vier-Personen-Haushalt ein Durchschnittseinkommen von 20.614 Dollar im Jahr als Armutsgrenze an. Die Festlegung der Armutsgrenze aufgrund des Haushaltseinkommens ist umstritten, denn lokale ökonomische Besonderheiten sowie weitergehende Armutsindizes wie Zugangsmöglichkeiten zu Jobs oder Ressourcen wie Bildung, Nahrungsmitteln und Infrastruktur spielen hierbei keine Rolle (vgl. Institute for Research on Poverty, o.J.).

Schichtdienst und in Nachtarbeit gearbeitet, was weitere Komplikationen für die Lebensführung mit sich bringt. Diejenigen, die trotz Arbeit arm sind, dürfen nicht krank werden, können die Kosten für Kinderbetreuung nicht aufbringen, wohnen in heruntergekommenen Häusern oder in Motels, können kein Bankkonto einrichten, viele haben kein Telefon, können ihre Strom- und Wasserrechnungen nicht pünktlich bezahlen und sind gezwungen sich zu entscheiden, ob sie benötigte Medikamente oder etwas zu essen kaufen. Der enge Zeitplan zwischen verschiedenen Jobs und Familie lässt kaum Zeit, sich eine bessere Stelle zu suchen (vgl. Shulman 2003; Ehrenreich 2001; Shipler 2006). Dennoch sehen viele ihre Situation als Zwischenlösung, als Übergangsstadium, aus dem sie es schon irgendwie heraus schaffen werden. Es erwächst der Eindruck, dass allein dieser Glaube sie weitermachen lässt, egal ob der ›Übergang‹ acht Monate oder bereits acht Jahre dauert.⁶ Die Fluktuation in diesen Jobs ist hoch und aufgrund fehlender Senioritätsregelungen geht ein Wechsel oft mit Einkommenseinbußen einher.

Diese allgemeinen Ausführungen über die Perspektiven eines Lebens mit Niedriglohneinkommen treffen auch auf die Lebensverhältnisse der Beschäftigten im Sicherheitsgewerbe in Kalifornien zu: deren Durchschnittseinkommen liegt in San Francisco bei 22.000 Dollar, der im Vergleich zum Rest der USA hohe Lohn wird durch die exorbitanten Lebenshaltungskosten der San Francisco Bay Area nivelliert.⁷ Das Economic Policy Institute (EPI) errechnet für San Francisco einen Bedarf von 53.412 Dollar, um für eine vierköpfige Familie den Grundstandard der Lebensführung ohne staatliche Hilfen zu gewährleisten, dazu zählen Miete, Essen, Kosten für Verkehrsmittel, Versicherung und andere lebensnotwendige Anschaffungen (EPI 2007).

Nur Vollzeitbeschäftigte haben Anspruch auf eine Krankenversicherung durch den Arbeitgeber. Die bislang angebotenen Versorgungspläne decken nur wenige Behandlungsarten ab und sind mit Gebühren und horrenden Selbstbehaltssummen für Behandlungen und Medikamente verbunden. Kinder sind nicht mitversichert, sondern über Gesundheitsprogramme des Bundesstaats Kalifornien minimal versorgt. Viele Alleinstehende leben in Motels in SOMA⁸ oder im Tenderloin in San

6 Eine Frau, die seit mehr als vier Jahren bei verschiedenen Sicherheitsdiensten arbeitet, sieht eine Zukunftsperspektive in einem Jobwechsel, allerdings ohne konkrete Vorstellungen darüber zu haben, wie sie das realisieren könnte: »I'm not going to be here for a long time. I will go somewhere else. They [her co-workers] are not going anywhere, they'll get screwed over again. But I already knew that when the contract campaign started, I knew I wasn't going to stay here.« – »What do you have in mind?« – »I'm not sure. I worked with kids before, that's almost as bad, low pay and stressful. I don't know where to go next.«

7 Bereinigt um Lebenshaltungskosten entspricht dies etwa \$15.000.

8 South of Market, ein Bezirk südlich der Marketstreet, der ähnliche Kennzeichen wie der beschrie-

Francisco, einer Gegend zwischen Rathaus und Financial District, die vor allem Drogensüchtige, minderjährige Prostituierte, Kleinkriminelle, psychisch Kranke und Obdachlose beherbergt. Die wenigen in der Stadt verbliebenen Familien wohnen in Sozialwohnungen in Gegenden wie Hunters Point oder Bay View, die ghettoisiert und in denen Drogenhandel und Gangauseinandersetzungen an der Tagesordnung sind. Beschäftigte mit Kindern können sich ein Leben in sichereren Wohngegenden der Stadt, die billigste Miete für eine Ein-Zimmer-Wohnung liegt bei schätzungsweise 950 Dollar, nicht leisten und wohnen in bis zu zwei Stunden Zug- oder Autofahrt entfernten Vorstädten und auch dort in Wohnvierteln, die kaum Infrastruktur aufweisen und durch Kriminalität und Armut gekennzeichnet sind. Die Beschäftigten im Sicherheitsgewerbe, die in der Gewerkschaft SEIU 24/7 organisiert sind, sind hauptsächlich Black Americans⁹, Einwanderer aus afrikanischen Ländern und Lateinamerika. Über 70 Prozent der Objektschützer sind Männer, die Mehrzahl allein lebend. Alkohol- und Drogenkonsum sind verbreitet. Vor allem Frauen haben Kinder oder Verwandte, die sie allein mit ihrem Einkommen versorgen müssen.¹⁰

Selten arbeiten mehrere Sicherheitsleute in derselben Schicht oder gar auf demselben Posten, so dass sie im Arbeitsalltag als Einzelne dem Arbeitgeber bzw. dessen Kunden gegenübergestellt sind. Am Arbeitsplatz sind die Sicherheitsdienstleister dem Wohlwollen der Gebäudeverwalter und Mieter, die die Sicherheitsfirmen beauftragen, ausgeliefert. Ohne Angabe von Gründen können sie auf Wunsch des Kunden von einem Tag auf den anderen von ihrem Posten abgezogen und an einen anderen Einsatzort versetzt werden. Pausenräume sind selten, und wenn es sie gibt, dann oft in entlegenen Kellerräumen oder auf dem Parkdeck. Die Beschäftigten sind angewiesen, mit den Gebäudeverwaltern (den Kunden der Sicherheitsfirmen) nicht über ihre Arbeitssituation zu sprechen. Fehler in der Gehaltsabrechnung sind an der Tagesordnung, als wäre es Teil eines Systems, die Leute beschäftigt zu halten. Geltendes Arbeitsrecht wird so lange unterlaufen, bis sich jemand beschwert und die Gewerkschaft einschaltet. Die wenigsten kennen ihre Rechte, so dass anzunehmen ist, dass die Einsparungen für die Firmen die Strafzahlungen bei den aufge-

bene Tenderloin aufweist, allerdings in jüngerer Zeit im Zuge eines Stadtentwicklungsprojekts umstrukturiert wird.

9 Selbstbezeichnungspraxis der Mitglieder der Tarifverhandlungskommission, einer ihrer Sprecher argumentiert wie folgt: »We are not African Americans, we're Black Americans, our ancestors might be from Africa, but we were born here, we are Black Americans. We shall only be called African American if we all call the white people European Americans. Also, if we refer to Black people as African Americans, we exclude all the other Black Americans, that aren't descendants of African slaves.«

10 Daten aus einer Umfrage der Gewerkschaft SEIU 24/7 im Frühjahr 2007.

deckten Fällen übersteigen. Der tägliche Kontakt mit den Mietern stellt für viele eine soziale Komponente des Jobs dar, und sie übernehmen oft Aufgaben, für die sie nicht bezahlt werden, etwa die Aufbewahrung von Päckchen oder Blumen gießen. Diejenigen, die länger im selben Gebäude arbeiten, berichten von einer Verbundenheit mit dem Arbeitsplatz und den Menschen, für deren Sicherheit sie täglich da sind. Anders als beispielsweise die Reinigungskräfte in denselben Gebäuden, sind die Sicherheitskräfte auf sich gestellt und stehen in direktem Kontakt mit den Dienstleistungsnehmern. Arbeitsbezogene kooperative Bezüge sind so gut wie nicht vorhanden, so dass es schwierig ist, vorhandene Frustration in kollektives Handeln zu überführen.

2. Gewerkschaften als Handlungsplattform

»If there is a genius in organizing, it is the capacity to sense what is possible for people to do under given conditions, and to then help them do it.«

(Piven/Cloward 1977, 22)

Probleme und Perspektiven der Gewerkschaftsarbeit

Auf die Entwicklungen der Abnahme von Arbeitsverhältnissen im industriellen Sektor und der Zunahme von Dienstleistungstätigkeiten haben die Gewerkschaften in den USA wie andernorts verspätet reagiert und es mit dem Abschmelzen des Organisationsgrads und damit ihres Einflusses und schwindender Organisationsmacht bezahlt. Seit den 1990er Jahren haben Gewerkschaften in den USA damit begonnen, Dienstleistungsbranchen zu organisieren, die relativ sicher vor *Offshoring* sind, also so gut wie nicht verlagert werden können. Dazu gehören sämtliche Gebäudedienstleistungen (Reinigung von Räumen und Fenstern, Gebäudesicherheit und -technik), Hotel- und Gaststättengewerbe sowie pflegerische und erzieherische Tätigkeiten.

Zu den Hauptschwierigkeiten der Gewerkschaftsarbeit im Niedriglohnbereich des Dienstleistungssektors gehören Einschüchterungsversuche und Willkür der Arbeitgeber, fehlendes Vertrauen in die eigene Handlungsmächtigkeit auf Seiten der Beschäftigten, deren Vereinzelung, Mehrfachbeschäftigung und daraus resultierende Erreichbarkeitsprobleme sowie weite An- und Abfahrtswege, um nur die grundlegendsten zu nennen. Darüber hinaus entstehen weitere Schwierigkeiten aus der Zusammensetzung des Beschäftigtensegments: Gruppenbildungsprozesse entlang der unterschiedlichen Sprachen, Nationalität oder Herkunft; aus unterschiedlichen Vorstellungen über angemessene Interaktionsformen resultieren Verständni-

gungsschwierigkeiten. Eine *spontane* Selbstorganisation scheint vor diesem Hintergrund unwahrscheinlich.

Bei den wenigen Gewerkschaften, die im Niedriglohnssektor arbeiten, ist man sich des Problems mangelnder Handlungsbereitschaft und der Angst vieler Beschäftigter bewusst. Die Ausführung einer Gewerkschafterin von UNITE-HERE¹¹ kann hier als exemplarisch gelten: »Bei der Organisierung ist man mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass diese Menschen in der Regel keinerlei positive Erfahrung damit haben, eigene Interessen durchzusetzen und selbst oft davon ausgehen, dass sie sowieso nichts ausrichten können oder gar denken, dazu überhaupt kein Recht zu haben.« Als Problem und Aufgabe formuliert sie: »Das ist das Schwierigste, die Leute davon zu überzeugen, dass sie gemeinsam etwas ausrichten können und sie Schritt für Schritt darauf vorzubereiten.«¹²

Gewerkschaften und die Entwicklung kollektiver Handlungsmöglichkeiten

Die eingangs beschriebene Stratifizierung des Niedriglohnssektors entlang von Geschlechterverhältnissen und Rassismus führt dazu, dass die Individuen ihre gesellschaftliche Lage und Position als grundsätzlich verschieden voneinander sehen, obwohl sie »objektiv« in der gleichen ausweglos scheinenden Situation sind. Menschen erleben allerdings nicht diese Struktur, sondern »machen Erfahrungen von Unterdrückung und Unterprivilegierung in konkreten Zusammenhängen, die sie nicht als Resultat eines größeren länger dauernden Prozesses sehen« (Piven/Coward 1977, 20). Ein Problem, das sich vor allem daraus ergibt, dass es anschauliche und nicht anschauliche Aspekte von Erfahrbarem gibt, denn gesellschaftliche Verhältnisse strukturieren, »vermittelt über verschiedene [...] Subsysteme, Lebens-tätigkeiten und Denkweisen der Gesellschaftsmitglieder; diese Strukturiertheit ist selber aber nicht anschaulich, sondern [...] nur ›rekonstruktiv‹ herauszuarbeiten« (Markard 2000, 18; vgl. Holzkamp 1984, 14).

Gewerkschaften sind zugleich Teil der strukturierenden Verhältnisse und können als »Subsysteme«, als zivilgesellschaftliche Akteure (vgl. Behrens u. a. 2003, 17), Denkangebote zur Deutung gesellschaftlicher Verhältnisse und Handlungsangebote zu ihrer Veränderung machen. Aufgrund der Organisierung entlang von ökonomischen Interessen haben Gewerkschaften das Potenzial, als »organisierte Arbeit« Gruppengrenzen und gesellschaftliche Trennungen zu überwinden. Allerdings gelingt dies nur in dem Maße, wie die Unterschiedlichkeit der Menschen einbezogen

11 UNITE-HERE: Union of Needle and Industrial Textile Employees, Hotel Employees, and Restaurant Employees.

12 Die Zitate stammen – wie auch die nachfolgenden – aus eigenen Interviews, Übersetzung CS.

wird und nicht, wie in der Vergangenheit, unter Auslassung von Besonderungen nur ein kleiner Teil der Beschäftigten – der männlichen, weißen, qualifizierten »Normalarbeiter« – organisiert wird. Unter dieser Voraussetzung sind sie für die Entwicklung gruppenübergreifender Strategien der »Entprekarisierung« (Dörre u. a. 2004) besonders geeignet. Allerdings bleibt ihr spezifischer Charakter als Organisationen zur Veränderung und Verbesserung von Arbeitsbedingungen Hauptbezugspunkt der Gewerkschaftsarbeit.

Anders als in Repräsentationsmodellen von Gewerkschaftsarbeit, in denen Funktionäre stellvertretend für die Mitglieder verhandeln und agieren, spielt die Beteiligung an der Gewerkschaftsarbeit und an Arbeitskämpfen für die Entwicklung personaler Handlungsfähigkeit in einem Organisationsmodell der Gewerkschaftsarbeit eine zentrale Rolle (vgl. Schmalstieg i. E.).

If workers fight and settle for less, versus if the union does the fight on its own and wins more, then most of the time union members will feel better about the first equation. Because they were involved, and they got to feel powerful, [...] and that's where social change comes from, it's with our members. Through taking that action they get their lives together, they don't feel that they are victims, they don't feel powerless. So, I think that's the most important thing. [...] And that's what makes a good union. (Hauptamtlicher der Gewerkschaft SEIU)

Entsprechend besteht eine wichtige Aufgabe von Gewerkschaften darin, »lebensweltliche Aspekte und den »subjektiven Faktor« (Negt) einzubeziehen und die Gewerkschaftsarbeit so zu organisieren, dass die Beschäftigten sich darin als handlungsmächtig erfahren« (Schmalstieg 2007). Aufgrund des hier Ausgeführten schlage ich vor, Gewerkschaften als Handlungsplattform i. S. »organisierter kooperativer Integration« zu begreifen.

Gewerkschaftliche Strategien als Handlungsangebote an die Mitglieder

Dass die Betroffenen ihre Situation als kollektive *empfinden*, ist Voraussetzung für kollektive Aktionen. Daraus folgt in der gewerkschaftlichen Praxis als erster Schritt, bei den Beschäftigten die Wahrnehmung der eigenen Situation als »ungerecht« zu befördern, um in einem zweiten Schritt die einzeln erfahrene Ungerechtigkeit in die Wahrnehmung als Problematik Vieler zu überführen. Gewissermaßen geht es hier um eine Bewusstwerdung und Zuspitzung des Motivationswiderspruchs und die Erschütterung der Funktionalität deutenden Denkens. Dies soll im Folgenden anhand von Strategien und Angeboten gezeigt werden, die in der Gewerkschaftsarbeit im Sicherheitsgewerbe in San Francisco entwickelt wurden.¹³

13 Dies bleibt hier aus Platzgründen notwendig exemplarisch und deckt nicht alle Ansätze dieser Kampagne ab.

Handlungsfähigkeit organisieren – Vom Aufkleber zum Streik

Bevor größere Protestaktionen durchgeführt werden können, wurde versucht, Schritt für Schritt Angst zu nehmen und durch kleine gemeinsame Aktionen Vertrauen für weitergehende Schritte aufzubauen. Damit soll der mangelnden Erfahrung der Gewerkschaftsmitglieder mit der Durchsetzung von Rechten und Interessen und der Angst vor den möglichen negativen Konsequenzen des Sich-zur-Wehr-Setzens begegnet werden.

Die von mir untersuchte Tarifikampagne¹⁴ im Jahr 2007 zielte darauf, Verbesserungen eines bestehenden Vertrags durchzusetzen, und in diesem Rahmen vorhandene Gewerkschaftsmitglieder zu organisieren und zu mobilisieren. Anders als bei der Neuwerbung von Mitgliedern zur Erringung gewerkschaftlicher Kollektivvertretungsrechte (*external organizing*) konnten aktive Mitglieder in die Gewerkschaftsarbeit einbezogen werden, die bei der Mobilisierung (*internal organizing*) von Mitglied zu Mitglied als so genannte *Member Organizer* an die bisher nicht Aktiven herantreten konnten (zum Stellenwert eines Organisierens auf Augenhöhe vgl. unten). Neben Mitgliederversammlungen und -komitees, die als hochschwellige Beteiligungsangebote angesehen werden, weil sie ein Interesse an der Gewerkschaftsarbeit bereits voraussetzen, spielt die direkte Ansprache der Beschäftigten durch die Gewerkschaft eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung von Mitgliedern. In Gesprächen mit den Beschäftigten am Arbeitsplatz wurde erfragt, welche Probleme sie haben, was sie denken, was sich ändern soll und was sie selbst dafür tun wollen. Nach und nach wurden Aktionen vorgeschlagen, wie etwa das Tragen von Aufklebern mit dem Gewerkschaftslogo oder einem kurzen Slogan wie »Health Care for Security Officers.« Was aus der Perspektive relativ sicherer deutscher Arbeitsverhältnisse als einfache Aktion erscheinen mag, erfordert in der Praxis Überzeugungskraft, denn die Angst, aufgrund dieser Aktion gefeuert zu werden, ist groß und realistisch. Gegenüber den Arbeitgebern vermitteln diese Aktionen ein Bild der Entschlossenheit und Stärke, die tatsächlich erst in dieser Aktion entstehen, und zwar in dem Maße, wie die Sicherheitsleute einander sehen und sich gegenseitig Mut machen. Ein Wachmann erzählt: »I was scared. I was scared when S. [the organizer] asked me to wear that sticker. But when I saw M. [co-worker] on his post, him wearing that sticker, too, we talked. I felt good then, I felt really good.« Erst nach und nach wurden weitere Aktionsformen eingeführt; Petitionen und gemeinschaftliche Protestzüge zu den Gebäudeverwaltern, zunächst angeleitet von Hauptamtlichen der Gewerkschaft,

14 Die Kampagne war Teil der bundesweiten *Stand-For-Security*-Kampagne der SEIU, in deren Rahmen die größten Sicherheitsfirmen organisiert und Beschäftigungsstandards verbessert und vereinheitlicht werden sollen.

später von Beschäftigten allein organisiert, und kleinere Protestaktionen von Sicherheitsleuten vor Gebäuden sollten den dort Beschäftigten zeigen, dass sie nicht allein sind. In den Gesprächen der Gewerkschafter/innen mit den Beschäftigten dominierte die Botschaft, dass eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse nur erreicht werden kann, wenn alle, auch die angesprochene Person, sich beteiligen. Rhetorische Fragen, wie die nach der Zufriedenheit mit dem Gehalt oder ob sie denken, dass sie es nicht wert seien eine Krankenversicherung zu haben, wurden gezielt eingesetzt, um Ungerechtigkeiten sichtbar zu machen und Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen. Die Risiken von Handlungsmöglichkeiten, die über den nur zugestandenen Rahmen hinausgehen, wurden benannt.

Durch die Benennung der mit einer Veränderungsperspektive verbundenen Risiken und Chancen können diese zum Gegenstand bewusster Entscheidungen werden, statt, zugunsten der Aufrechterhaltung der Funktionalität restriktiver Umgangsformen, verdrängt oder auf andere Weise abgewehrt zu werden. Letztlich sollen innere Widersprüche der Beschäftigten »an die Oberfläche geholt« und in Aufbegehren überführt werden.¹⁵ Das Ineinander von »Erfahrungen in die Krise führen« (Haug 2003), Motivationswidersprüche sichtbar machen, alternative Sichtweisen einbringen und Handlungsangebote machen soll das Mitmachen der Angesprochenen und damit kollektives Handeln zur Veränderung der Ausgangssituation befördern.

Auf Demonstrationen wurden kleinere, meist nur wenige Minuten dauernde Straßenblockaden durchgeführt, deren Ziel es einerseits war, Wirkung nach außen zu erzielen und möglichst viele zu erreichen, andererseits vermittelt es nach innen, dass gemeinsam Dinge getan werden können, von denen die meisten gedacht haben, dass sie unmöglich sind. Ein Wachschilder beschreibt Erfahrungen seiner ersten Teilnahme an einer Demonstration:

I've never done anything like that before. I didn't feel good about that, not at all, I'm not a troublemaker. None of us are, but those companies, they push you around all day, [...] it was time to push back. To block traffic, haha, we got our message across, that's important. I'm proud of what we did.

Als Höhepunkt der gewerkschaftlichen Aktivitäten lassen sich der Streik und die Aktionswochen vom September 2007 hervorheben. Erstmals in der Geschichte

15 Dass dies nicht immer gelingt, bedarf der weiteren Analyse, die an dieser Stelle noch nicht geleistet werden kann. Es ist jedoch davon auszugehen, dass hier eine ähnliche Problematik vorliegt, wie sie von Holzkamp (1993) mit dem Lehr-Lern-Kurzschluss gefasst ist. Fremdgesetzte Ziele, egal wie »einleuchtend« und notwendig sie erscheinen mögen, können, hier von den zu »belehrenden« Beschäftigten, als Versuch weiterer Fremdbestimmung gesehen und allein deswegen abgelehnt werden (vgl. Markard 2005, 58).

dieses Gewerbes streikten die Beschäftigten – selbst zur Überraschung der Gewerkschaft gleich drei Tage hintereinander. Eine Wachschützerin reflektiert diese Situation kollektiven Handelns:

I participated in the actions, the rallies leading to the strike, [...] I loved that, I actually loved seeing different people, different co-workers [...] I loved hearing them talk to me about their own personal situations. It came to a level of comradeship between different officers, I met new officers and officers I haven't seen in a while. [...] I'm so glad it was more than just my strength out there because I've met some brave officers out there that would have never even thought about going out on strike, but once they got out, they really enjoyed it. I did too, it was freedom. [...] I basically think it gave people courage to stand up for the change.

Zentral für das gewerkschaftliche Vorgehen ist, dass nach und nach weitergehende Schritte unternommen werden. Die Eskalation läuft im besten Fall immer in einem Rahmen ab, in dem die Mehrheit der Aktiven sich sicher fühlt, die eigenen Ängste überwindet und andere zum Mitmachen bewegen kann. Die Bereitschaft, die Straße zu blockieren, äußerten im Vorfeld der Demonstration nur einige, aber diese Wenigen reichten aus, dass an dem Tag selbst die Skeptischeren mitmachten, sich danach als »stark« erleben konnten und es bei der nächsten Demonstration wiederholen bzw. erneut streiken wollten. Die Erfahrung, dass während der Demonstrationen niemand verhaftet wurde, nach dem Streik niemand gekündigt wurde, obwohl die Arbeitgeber dies im Vorfeld angedroht hatten, und stattdessen wesentliche Verhandlungserfolge erzielt wurden, ermöglichte Vielen die Einsicht in diese gemeinsame Stärke. Die befürchteten negativen Konsequenzen traten nicht ein. Wahrscheinlich wiegt das mehr als die Tatsache, dass Erfolge erzielt werden konnten.

Das nötige Augenmaß, realistisch einschätzen zu können, welche Konsequenzen auf bestimmte Aktionen folgen, ist auf Grundlage vorheriger Erfahrungen und des Wissens darum, wie gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Prozesse funktionieren, möglich und kann nicht umstandslos von einzelnen Beschäftigten erwartet werden, die kaum Einsicht in die größeren Zusammenhänge haben. Gewerkschaften verfügen über die nötigen Ressourcen und Kompetenzen, Strategien zu entwickeln und deren Umsetzung anzuleiten. Gewerkschaften können hier als Handlungsplattform fungieren, indem sie in der Gewerkschaftsarbeit die Einzelnen an kollektive Handlungen heranführen, indem sie Informationen und Kenntnisse vermitteln und individuelle Angst und Frustration aus der Vereinzelung in organisierte Interessenvertretung überführen. Andererseits müssen die gewerkschaftlichen Handlungsangebote von den Einzelnen als plausible und gangbare Handlungsalternative zur Überwindung problematischer Arbeitssituationen wahrgenommen werden.

Als Kollektivorganisationen können Gewerkschaften Hegemonieverhältnisse beeinflussen. In dem Maße, wie sie als Gegenmacht gegenüber der Macht der

Arbeitgeber auftreten können, verändern sie Kräfteverhältnisse und können die Bedrohtheit ihrer Mitglieder minimieren und individuelle Risiken abfedern. Es handelt sich um den Versuch kollektiver Machtentfaltung, also überindividuelle Prozesse, in denen den individuellen Subjekten »die Erweiterung der Verfügung über ihre Lebensbedingungen nur in Überschreitung ihrer Individualität möglich ist« (Holzkamp 1983, 340). Ein Widerspruch der Praxis der Gewerkschaftsarbeit bleibt darin bestehen, wie weit die Einzelnen sich die Strategien zu eigen machen und mitbestimmen können oder von der Gewerkschaftsleitung in »von oben« entschieden Strategien geführt werden. Das Spannungsverhältnis von Mitbestimmung und Führung, das aus potenziell fremdgesetzten Zielen resultiert, und die Frage, welche Konsequenzen dies für personale Handlungsfähigkeit hat, kann an dieser Stelle nur als Gegenstand weiterer Diskussionen markiert werden.

Organisieren auf Augenhöhe – Das »Verstehens-Prinzip« der Gewerkschaftsarbeit

Die Gewerkschaftssekretäre von SEIU Local 24/7, die im Bereich Mitgliederorganisation beschäftigt sind, sind mehrheitlich aus den Reihen der Mitglieder angeworben worden, d. h. sie haben vorher selbst in solchen Jobs gearbeitet wie die Beschäftigten, die sie jetzt organisieren und mobilisieren wollen. Vor allem Fragen der Repräsentation der Belegschaft nach Geschlecht, Hautfarbe und Herkunft spielen eine große Rolle für die Mitglieder.

If you go to the union and you see people who don't really represent you, people get discouraged. Like, »where do all these people come from, why do they have union jobs?« [...] We are mostly African American, and you want people that you feel can relate to who you are. (Gewerkschaftsmitglied)

Die Redeweise ist den Denkformen von Identität und Interesse entlang von Sprache, Herkunft und Aussehen verhaftet. Gleichzeitig bringt sie die Notwendigkeit zum Ausdruck, den Zugang zu Entscheidungspositionen der Gewerkschaft demokratisch zu gestalten und darüber gesellschaftliche Machtverhältnisse zu verändern, anstatt sie blind auf die »eigene« Organisation und ihre Funktionsträger durchschlagen zu lassen. Doch nicht nur Fragen der Repräsentation sprechen für die Beschäftigung von Mitgliedern als Gewerkschafts-Organizier.

In many ways it's good for the union organizers to look and be like the members that they are organizing, so that's based on race, based on gender, based on background. With [...] that dynamic, there can be a better chemistry and relating to each other, not avoiding the outsider. (Gewerkschafter aus dem Leitungsteam der Gewerkschaft SEIU Local 24/7)

Der zitierte Gewerkschafter sieht den Vorteil der Beschäftigung ehemaliger Sicherheitsleute auch darin begründet, dass sie die Branche und ihre Probleme, die Arbeitsabläufe und Schikanen am Arbeitsplatz kennen und dies eine Arbeitsbeziehung mit den Gewerkschaftsmitgliedern erleichtert. Dieser Ansatz der Personalpolitik ermöglicht Gewerkschaftsarbeit »auf Augenhöhe« und erhöht die Glaubwürdigkeit der Gewerkschafter aus Sicht der Mitglieder. Die *Organizer* kennen die Situation im Wachschtutzgewerbe und auch die Angst, sich zur Wehr zu setzen und gewerkschaftlich zu engagieren, aus ihrer eigenen Geschichte. Doch sie selbst haben diese Ängste überwunden und können darauf in ihrer heutigen Arbeit Bezug nehmen. Die »Ehemaligen« können Bedenken, Einwände und Widerstände seitens der Mitglieder gegenüber vorgeschlagenen Aktionen eher überwinden helfen als diejenigen, die bisher nichts anderes gemacht haben als einen College-Abschluss, eine weithin anzutreffende Gruppe von Gewerkschaftsorganizern.

Nun soll hier keinem mystifizierten Gleichheitsverständnis im »Betroffenheitsansatz« das Wort geredet werden. Vielmehr scheint mit dieser Einstellungspraxis aus Gewerkschaftsperspektive ein Verstehensprinzip verfolgt zu werden, wie es von Pierre Bourdieu (1997) in *Das Elend der Welt* formuliert wurde. Bourdieu führt den Gedanken des »Verstehens« als Grundlage für die Ermöglichung »gewaltfreier Kommunikation« in der Interviewsituation ein. Er fasst diese als Gesprächs- und Interaktionssituation und zielt darauf, »die symbolische Gewalt [...] so weit wie möglich zu reduzieren« (782), d. h. Hierarchisierungen verschiedener sozialer Kapitale abzubauen.

Dem Interviewer als Gesprächspartner soll es möglich sein,

sich gedanklich an den Ort zu versetzen, den der Befragte im Sozialraum einnimmt [...] und ein generelles und genetisches Verständnis der Existenz des anderen anzustreben, das auf der praktischen und theoretischen Einsicht in die sozialen Bedingungen basiert, deren Produkt er ist: Eine Einsicht in die Existenzbedingungen und gesellschaftlichen Mechanismen, [...] eine Einsicht, in die untrennbar verwobenen psychischen und sozialen Prägungen, die mit der Position und dem biografischen Werdegang dieser Person im Sozialraum einhergehen (786).

Das Konzept basiert letztlich auf der Annahme, dass typische Begründungsmuster dem Interviewer aus eigener Erfahrung bekannt sind.¹⁶ Auf die Gewerkschaftsarbeit übertragen bedeutet dies, eine Antizipation der Prämissenkonstellation der Mitglieder und damit verbundener »typischer« Begründungsmuster mit dem Ziel mitzu-

16 Die Vorstellung von »psychischen und sozialen Prägungen« ist zu reinterpretieren als Erfahrungs- und Bewältigungsweisen, wie sie in der Biografie des Individuums entstanden sind und heute als Selbstbezug des Individuums vorliegen. Diese Erfahrungs- und Bewältigungsweisen können Teil aktueller Handlungsproblematiken sein, zu denen sich die Individuen allerdings bewusst verhalten können (Holzkamp 1983, 489f).

denken, im Prozess der Organisierung durch alternative Deutungs- und Handlungsangebote eine Prämissenumakzentuierung herbeizuführen. Darüber *kann* eine Erweiterung personaler Handlungsfähigkeit subjektiv funktional werden. Für Gewerkschaften bedeutet dies, in der Personalpolitik die Zusammensetzung der Beschäftigtenstruktur zu berücksichtigen, bei Stellenbesetzungen auf Sprachkompetenzen und biografische Hintergründe oder bei Wahlen zu Gewerkschaftsgremien die Beteiligung von Frauen, Einwanderinnen oder *People of Color* zu befördern.

Allerdings sind die *Organizer* keine Sicherheitsdienstler mehr, sondern handeln im Auftrag der Gewerkschaft und mit deren Macht im Rücken. Das »Verstehen« ist trotz aller Bemühungen eben keineswegs eine Verständigung unter Gleichen, sondern birgt auch die Gefahr, als Technik der Fremdbestimmung Nähe vorzutäuschen und reiner Interessensmanipulation im Sinne vorentschiedener Strategien zu dienen.¹⁷

Die »Einsicht in die Existenzbedingungen und gesellschaftlichen Mechanismen«, aufgefasst als Verständnis und Einsicht in Bedingungs-Bedeutungs-Konstellationen, ist nicht zwingend daran geknüpft, dass die Gewerkschafter/innen vorher selbst in der Branche beschäftigt waren – sie müssen, wie Markard – frei nach Gorki – gegen die Privilegierung unmittelbarer Erfahrung gegenüber theoretischen Erkenntnissen einwendet, keineswegs »selber in der Pfanne gelegen haben, um über Schnitzel diskutieren zu können« (2005, 61). Gesellschaftliche Prozesse, Besonderheiten der Beschäftigungsbranche sowie »typische« Prämissenkonstellationen der Mitglieder sind theoretisch zugänglich und somit auch für »Nicht-Betroffene« nachvollziehbar. »Soziologische Phantasie« (Mills 1963) – die Fähigkeit (der Gewerkschafter/innen), Zusammenhänge zwischen unmittelbaren Erfahrungen am Arbeitsplatz und den gesellschaftlichen Prozessen herzustellen, um gemeinsame Interessenlagen der Arbeiter/innen aufzuzeigen – kann gewerkschaftliche Arbeit jenseits von Repräsentationslogiken ermöglichen. Oder, wie der oben zitierte Gewerkschafter aus dem Leitungsteam knapp resümiert: »A good organizer cuts through all of that.«

17 Dies gilt für die Situation zwischen *Organizern* und Gewerkschaftsmitgliedern wie für die zwischen Forschern und »Beforschten«. Das kritische-psychologische Konzept der Betroffenen als »Mitforscher«, anstatt Forschungsobjekte, versucht diesem Problem zu begegnen. Das Problem unterschiedlicher Kenntnisstände, sprachlicher Gewandtheit etc. bleibt aber auch auf der »metasubjektiven Verständigungsebene« immer bestehen (vgl. Holzkamp 1983, Kap.9).

3. Fazit – Gewerkschaft als Handlungsplattform

Anders als im eingangs zitierten Aufkleber-Beispiel der Bild-Zeitung wurde in der Gewerkschaftsarbeit das Tragen von Aufklebern mit tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten und Veränderungsperspektiven verbunden. Während im ersten Fall die Leute zwar sehen können, dass andere genau so denken wie sie, hält die Aktionsform sie in der Subalternität fest. Es ergeben sich keine Verweise auf Handlungsmöglichkeiten oder Gemeinsamkeiten im Sinne von kooperativen Perspektiven. Die Stimmungsmache gegen »die da oben« verstärkt lediglich das Gefühl von Machtlosigkeit. Dagegen sind die Aufkleber der Gewerkschaft als »niedrigschwelliger« Einstieg in gemeinsame Handlungsoptionen mit einer Klärung eigener Interessen und erweiterter Perspektiven verbunden.

Die bisherige Analyse lässt den Schluss zu, dass Gewerkschaften als Handlungsplattform fungieren und eine »kooperative Integration« ermöglichen können, indem sie prekär Beschäftigten 1. Denk- und Handlungsalternativen bieten, die Aussicht auf eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ermöglichen, und 2. über damit verbundene kollektive Prozesse individuelle Bedrohtheit minimieren. Wenn es gelingt, eine »verstehende Herangehensweise« in der gewerkschaftlichen Arbeit zu verfolgen und typische Begründungsmuster zu kennen, können daran anschließend Denk- und Handlungsalternativen eingeführt werden, die die Funktionalitäten restriktiver Umgangsweisen in Frage stellen können. Dazu müssen gesellschaftliche Prozesse und deren Auswirkungen analysiert und den Beschäftigten vermittelt werden. Für den Aufbau von Vertrauen und Glaubwürdigkeit kann Nähe in sozialer Herkunft von Mitgliedern und Gewerkschafter/innen eine wesentliche Rolle spielen. Der Motivationswiderspruch auf Seiten Einzelner kann sich so weit zuspitzen, dass die Funktionalität deutenden Denkens für sie zurücktritt und sie eine Erweiterung ihrer Handlungsmöglichkeiten durch eine Beteiligung an den Arbeitskämpfen und kollektiven Aktionen der Gewerkschaft antizipieren können. Dies schließt ein, dass sie ihre Interessen in den Zielen der Gewerkschaftsarbeit realisiert sehen, um sich auf das immer präsente Risiko des Jobverlusts und damit Verlusts des vorhandenen Niveaus von Handlungsfähigkeit einzulassen.

Viele Fragen bleiben offen: In welchem Spannungsverhältnis stehen Strategieentwicklung und Führung durch die Gewerkschaft und die Beteiligung von Mitgliedern? Welche Widersprüche tun sich in diesem Rahmen für die Entwicklung kollektiver wie personaler Handlungsfähigkeit auf? Unter welchen Bedingungen geraten *Organizing* und »verstehende Gewerkschaftsarbeit« zu Werkzeugen der Interessensmanipulation? Das hier vorgeschlagene Konzept von Gewerkschaft als Handlungsplattform ist bislang ein auf Grundlage theoretischer Annahmen und empirischer Forschung entwickeltes Modell. Es soll helfen, die unterschiedlichen

Perspektiven von Mitgliedern/Betroffenen, die nach subjektiv lebbareren und funktionalen Formen der Absicherung ihrer Lebensinteressen und Handlungsfähigkeit streben, und der Gewerkschaft als zivilgesellschaftlichem/politischem Akteur und potenzieller Organisationsform von Gegenmacht zusammen zu denken. Ob es für gewerkschaftliche Arbeit bzw. deren Analyse taugt, bleibt Gegenstand der weiteren Arbeit.

Literatur

- Acker, Joan, 2005: *Class Questions. Feminist Answers*. AltaMira Press Lanham
- Behrens, Martin, und Kerstin Hamann, 2003: Gewerkschaftskrise ohne Ende?, in: *WSI Mitteilungen* 9/2003, 518–521
- Bourdieu, Pierre, 1997: *Das Elend der Welt*, Univ.-Verlag Konstanz
- Ders., 1998: *Gegen-Feuer*, Univ.-Verlag Konstanz
- Brinkmann, Uli, Klaus Dörre, Silke Röbenack, Klaus Kraemer und Frederic Speidel, 2006: *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*, herausgegeben von der Abteilung Arbeit und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert Stiftung Bonn
- Brinkmann, Uli, Hae-Lin Choi, Richard Detje, Klaus Dörre, Hajo Holst, Serhat Karakayali und Catharina Schmalstieg, 2008: *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung?* VS-Verlag Wiesbaden
- Candeias, Mario, 2007: Das »unmögliche« Prekariat. Antwort auf Wacquant, in: *Das Argument* 271, H. 3, 49. Jg., 410–423
- Dörre, Klaus, Klaus Kraemer und Frederic Speidel, 2004: Prekäre Arbeit, in: *Das Argument* 256, H. 3/4, 46. Jg., 378–397
- Ehrenreich, Barbara, 2001: *Nickel and Dimed. On (Not) Getting By in America*, Metropolitan Books New York
- Economic Policy Institute (EPI), 2006: *Basic Family Budget*, <http://www.epi.org> [27.5.2007]
- Frege, Carola, und John Kelly, (Hg.), 2004: *Varieties of Unionism. Strategies for Union Revitalization in a Globalizing Economy*, Oxford University Press Oxford
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1986: »Wirkung« oder Erfahrung der Arbeitslosigkeit – Widersprüche und Perspektiven psychologischer Arbeitslosenforschung, in: *Forum Kritische Psychologie* 18, 9–37

- Ders., 1990: Worauf bezieht sich das Begriffspaar »restriktive/verallgemeinerte Handlungsfähigkeit?« Zu Maretzkys vorstehenden »Anmerkungen«, in: *Forum Kritische Psychologie* 26, 35–45
- Ders., 1993: *Lernen*, Campus Frankfurt/M-New York
- Institute for Research on Poverty, ohne Jahresangabe: *Poverty Threshold in the U.S.*, <http://www.irp.wisc.edu> [30.3.2008]
- Lichtenstein, Nelson, 2002: *State of the Union. A Century of American Labor*, University Press Princeton und Oxford
- Markard, Morus, 1988: Kategorien, Theorien und Empirie in subjektwissenschaftlicher Forschung. In: J. Dehler u. K. Wetzel (Hg.), *Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Psychologie. Bericht von der 4. Internationalen Ferienuniversität Kritische Psychologie*, VAG Marburg, 49–80
- Ders., 2000: Einleitung: Praxisausbildung im Studium oder die Frage nach den Umständen, unter denen man aus Erfahrung klug werden kann. In: ders. u. ASB, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg, 9–27
- Ders., 2001: Handlungsfähigkeit. In: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, Argument Hamburg, 1174–1181
- Ders., 2005: Lernen im Kapitalismus – oder: Erfahrung macht (auch) blöd, in: *Forum Kritische Psychologie* 48, 53–66
- Mills, Charles Wright, 1959: *The Sociological Imagination*, Oxford University Press New York; dt. 1963: *Kritik der soziologischen Denkweise*, Luchterhand Neuwied
- Mishel, Lawrence, Jared Berstein, und H. Boushey, 2003: *The State of Working America*, University Press Ithaca
- Piven, Frances F., und Richard A. Cloward, 1977: *Poor People's Movements. Why they succeed, how they fail*, Random House New York
- Schmalstieg, Catharina, 2007: *Gewerkschaftliche Handlungsstrategien im Niedriglohntsektor der USA – Grenzen und Möglichkeiten der Übertragbarkeit*, Vortragsmanuskript, http://www.uni-jena.de/data/unijena_/faculties/fsv/institut_soiz/C.Schmalstieg_USA-G.pdf [1.2.2007]
- Dies., i. E.: Krise und Erneuerung – Neue Wege der Gewerkschaften in den USA. in: Chr. Kaindl (Hg.), *Ungleichheit als Projekt*, BdWi-Verlag Marburg
- SEIU Local 24/7 – Worker Census Spring 2007 [unveröffentlicht]
- SEIU Local 24/7 – Bargaining Survey 2007 [unveröffentlicht]
- Shipler, David, 2004: *The Working Poor*, Random House New York.
- Shulman, B., 2005: *The Betrayal of Work*, New York-London

-
- Smith, Sandra-Susan, 2005: »Don't Put My Name On It«: Social Capital Activation and Job-Finding Assistance Among the Black Urban Poor, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 111, Nr. 1 (July 2005), 1–57
- U.S. Census Bureau, 2001: *Income, Poverty, and Health Insurance: 1998 and 1999*, Daten-DVD
- U.S. Census Bureau, 2007: *Census of Population and Housing. United States Census 2000*, Daten-DVD
- Wacquant, Loic, 2004: Roter Gürtel, Schwarzer Gürtel: Rassentrennung, Klassenungleichheit und der Staat in der französischen städtischen Peripherie und im amerikanischen Ghetto. In: Häußermann, *An den Rändern der Städte*, Suhrkamp Frankfurt/M, 148–200
- Wilson, George, 2007: Racialized Life-Chance Opportunities across the Class Structure: The Case of African Americans, in: *The Annals* (American Academy of Political and Social Science), 609, January 2007, 215–232

Katrin Reimer

Umkämpfte Vielfalt – Antirassistische Pädagogik zwischen *corporate diversity* und Ethnopluralismus

Die staatlich geförderte Bekämpfung von »Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« steht – neben Toleranz und Demokratie – vor allem unterm Zeichen von »Vielfalt« und ist im »präventiv-pädagogischen Bereich« angesiedelt (BMFSJ 2007, 2). In den damit eröffneten Praxisfeldern werden Diversity-Seminare auch von linken Bildungsarbeiter/innen angeboten. Wie Karin Reindlmeier (2006, 28) feststellt, wird dabei »mit Auflistungen von sozialen Kategorien gearbeitet [...], die den im ›Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz‹ (AGG) aufgeführten« entsprechen: »Rasse« reformuliert als »ethnische Herkunft«, Geschlecht/sexuelle Orientierung, Religion/Weltanschauung, Alter und Behinderung. Sie bemerkt, dass »Kategorien wie Klasse« oder »die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland« (ebd.) aus dem Blick geraten, entnennt damit aber das Entscheidende: Symptomal gelesen fehlt mit »Klasse« nicht eine neben anderen, sondern jene Kategorie, die die Zusammenhänge von Differenzen mit der Produktionsweise herstellen würde. Deren Beschaffenheit bedeutungsanalytisch aufzuschlüsseln ist Gegenstand dieses Beitrags. Dabei geht es um die Frage, wie *Vielfalt* im Übergang von der fordistischen zur transnationalen *High-Tech*-Produktionsweise in politische Kämpfe eingelassen ist. Auf dieser Grundlage lassen sich Hypothesen über *diversity*-pädagogische Praxisformen entwickeln, die ungewollt einer Reklamation der *Vielfalt* »von oben« folgen. Zugleich werden Gesichtspunkte deutlich, wie *Vielfalt* konzeptionell in einen pluralen Universalismus »von unten« eingebaut werden könnte.¹ Vor diesem Hintergrund möchte ich abschließend *diversity*-pädagogische Praxistheorien und didaktische Anordnungen unter der Fragestellung untersuchen, inwieweit sie eine solche Weiterentwicklung zulassen oder nicht.

1 Vgl. zur hier angedeuteten ideologietheoretischen Herangehensweise Rehmann (2004).

Vielfalt im Fordismus – Entstehung der Diversity-Pädagogik

Als mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten das Ende des Fordismus offenbar wurde, ergab sich rückblickend folgendes Bild der Transformation rassistischer Diskurse im postfaschistischen Westeuropa: Angesichts der auf einer differenzierten und flexiblen ›Rassen‹-Klassifikation beruhenden Verbrechen des Nationalsozialismus² entstand ein »Paradox semantischer Leere bei semiologischer Fülle« (Guillaumin, zit.n. Haug 2000 [1992], 78). Der Term ›Rasse‹ ist als »belastet [...] aus der Offizialsprache verschwunden, was er bedeuten sollte, zog andere Namen über sich« (ebd.). Für Großbritannien (Miles 1989, Hall 1989), Frankreich (Balibar 1988) und die Bundesrepublik Deutschland (Morgenstern 2002) wurde die Entstehung einer neuen diskursiven Anordnung relativ übereinstimmend beschrieben: Der Neo-Rassismus unterteilt ›die Anderen‹ »entlang des Kriteriums ›kulturelle Identität‹ – erkennbar ebenso an Haar- und Hautfarbe wie an Sprache, Kleidung und Auftreten – in verschiedene Kategorien, denen eine scheinbar neutral bestimmbare Differenz zur ›deutschen Kultur‹ zugeschrieben wird« (478). Die für Rassismen konstitutiven Elemente Natur/Kultur³ wechseln zugunsten einer Dominanz des letzteren den Platz, wobei »kulturelle Identität« im Ethnopluralismus als ebenso stabil, homogen und nach außen abgrenzbar verstanden wird wie ›Rasse‹. Die politische Vision dieser von der Neuen Rechten bis zur CDU/CSU reichenden Strömung ist die eines ethnischen Pluriversums (Birsl), des Nebeneinanders homogener Völker möglichst in ›ihrem‹ Land.

Sie trägt ihre ›Achtung vor kultureller Differenz‹ zur Schau und kommt antirasistisch daher: Weil das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen naturwüchsig zu ›Konflikten‹ führe, diene die radikale Begrenzung von Einwanderung etc. dem sozialen Frieden. Die Gegenbewegung des Multikulturalismus strebt zwar ein produktives Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft innerhalb des Staates an, geht aber ebenfalls »von den Begriffen, Kategorien und Klassifizierungen

- 2 »Zu den apologetischen Mythen gehört es, den nazistischen Rassismus zu identifizieren mit einem ausschließlich somatischen Ansatz.« (Haug 1986, 62). Tatsächlich bildeten Zucht und Züchtung »Pole im Nazismus« (ebd.): Vorwiegend somatisch argumentierenden Zucht-Theoretikern standen andere gegenüber, die seelisch-geistige ›Rasse‹-Merkmale und – mit Blick auf die potenziell zur Volksgemeinschaft Gehörenden – deren Bildung als Aufgabe betonten (vgl. 62ff). ›Rasse‹-Definitionen und Verbrechen beruhten auf Kämpfen und Kompromissen zwischen Fraktionen innerhalb des nazistischen Blocks. Vgl. exemplarisch Herbert (1999, 153ff) zum Umgang mit Bürger/innen der Sowjetunion.
- 3 Wie in Fußnote 2 für den nazistischen Rassismus angedeutet, artikulieren die historischen Formen des Rassismus, anders als die heute gängige Unterscheidung von ›biologistischem‹ und ›kulturalistischem‹ Rassismus nahe legt, beide Elemente miteinander, wenn auch in einem spezifischen Dominanzverhältnis (vgl. Priester 2003, Miles 1991, 42ff).

des kulturalistischen Rassismus« aus und wird deshalb als Teil des Neorassismus bestimmt (Morgenstern 2002, 474). Aus dieser Perspektive wird auf ›ethnisch-kulturelle Differenz (im Singular) abhebende – interkulturelle – Pädagogik problematisch: In ihrem Bemühen, die angenommene ›Unvermeidlichkeit des Eingebundenseins in die Denk- und Wertgrundlagen der eigenen Lebenswelt« bewusst zu machen, ›Umgehen mit der Befremdung« zu ermöglichen und möglicherweise ›Abwehr in Faszination« (Nieke 2000, 205f) zu verwandeln, lässt sie die Produktionsweisen von Differenz unbefragt, bewegt sich im Rahmen des im Abstrakt-Kulturellen⁴ Sagbaren und reproduziert darin die bipolare Entgegensetzung und Homogenisierung ›deutscher‹ und ›nicht-deutscher‹ Kultur. Eine Lösung dieses Dilemmas schien darin zu bestehen, kulturelle Differenz zu vervielfältigen: Pädagogische ›Diversity‹-Ansätze bearbeiten heute nicht nur Hierarchien zwischen Menschen mit/ohne Migrationshintergrund, sondern auch zwischen Homo-/Heterosexuellen, Frauen/Männern, Behinderten/Nicht-Behinderten etc. Teils wird damit auch die Hoffnung verbunden, die wechselseitige Determinierung von Rassismen, Geschlechter- und Klassenverhältnissen etc. in der realen Lebensweise einholen zu können (zum Konzept der ›Intersektionalität« vgl. Leiprecht/Lutz 2005, 219f). Die Realisierung dieses sinnvollen Anspruchs wird jedoch erschwert, weil in den wissenschaftlichen Referenzdisziplinen kritischer Bildungsarbeit die Einbettung ethnopluralistischer wie ›multikultureller« Reklamationen von *Vielfalt* in die trans-nationale Produktionsweise ebenso unterbelichtet bleiben wie deren Zusammenhänge mit individuellem Denken/Handeln. Wie diese wesentlichen Verbindungslinien beschaffen sind, soll nun ansatzweise gezeigt werden.

Vielfalt im transnationalen Kapitalismus

Bis heute bleibt in der Rassismustheorie weitgehend unbeachtet, was Wolfgang Fritz Haug bereits Anfang der 1990er als im Zuge neoliberaler Globalisierung möglicherweise entstehenden ›Neorassismus« in die Diskussion brachte:

Es ist im Interesse der transnationalen Konzerne, dass sie in allen Kontinenten ihre Mitarbeiter rekrutieren können. Die transnationale Führungselite wird sich bis zu einem gewissen Grad in *united colours* präsentieren, ausgestattet mit *corporate identity*, während das Nicht-Identische dieser Welt als globales Subproletariat vegetieren mag. (2000 [1992], 92)

4 ›Kultur‹ wird im interkulturellen Mainstream nicht als Lebensweise im Sinne Gramscis oder als ›feine Unterschiede‹ im Sinne Bourdieus verstanden, sondern von ihrem Zusammenhang mit der Produktionsweise abgekoppelt.

In der medialen Repräsentation der USA ist diese Tendenz deutlich ausgeprägt. Im *New York Times Magazine* vom September 2007 stellen *African, Chinese, Indian, Mexican* und *White Americans*, darunter überwiegend Frauen, das Gesicht von zehn trans-national operierenden Unternehmen. Eingeleitet wird diese 20-seitige Anzeigenserie mit knapp 100 kleinen Portraitfotos, auf denen möglichst jegliche partikuläre Identität gezeigt wird – inklusive von jeweils zwei Frauen und Männern als Zeichen für Schwule und Lesben. Das Motto lautet: »Leadership in Diversity and Integration«. In der Einleitung wird beklagt, dass *Corporate America* noch darum ringt, mit seiner tatsächlichen Vielfalt umzugehen, während die innovativsten Unternehmen bereits neue Wege gefunden haben, um Vielfalt in ihrer Unternehmenskultur zu fördern – und zwar mit profitablen Ergebnissen.

Was aus liberaler Sicht als progressiv erscheint, trägt den Keim einer neo-rassistischen Tendenz insofern, als nicht mehr »bestimmte ›Rassen‹ als ›minderwertig‹ angesehen, sondern »in allen ›Rassen‹ die ›Minderwertigen‹« (92) fallen gelassen werden könnten – zumal, wenn diese Elitenbildung sich mit der chirurgisch und durch Arbeit an sich selbst bewerkstelligten Optimierung der Körper verbände.⁵ Die Klassenschranke wäre dann zugleich eine dieser so definierten ›Rassen‹, die globale Elite eine vielfältige ›Bio-Meritokratie‹ (Haug) – mit ebenso vielfältig-fragmentierten Klassen am anderen Ende.⁶ Soweit die Neu-Zusammensetzung der transnationalen Elite als meta-ethnische und -sexuelle sich real durchsetzt oder

- 5 Die Verbindung von meta-ethnischer Elitenbildung und neoliberalen Gesundheitsdiskursen bzw. Körpertechnologien kann an dieser Stelle nicht verfolgt werden. Vgl. zu deren (proto-)faschistischem Potenzial Hofmeister in diesem Band.
- 6 Die Betonung einer Konvergenz von Klassen-›Rassen‹-Schranken bereitet oft Verständnisschwierigkeiten, wird doch davon ausgegangen, dass ›Rasse‹ quer zu Klassengegensätzen liegt und auf die Produktion einer ethnisch homogenen Nation zielt. Ein Blick in die Sozialgeschichte des Rassismus zeigt jedoch, dass diese Formation auch in der für solche Rassismus-Begriffe einschlägigen Referenzphase des 18./19. Jahrhunderts *nur eine* neben einem aristokratisch-reaktionären und einem bürgerlich-progressiven ›Rasse-Klasse-Denken war: »Von Gobineau bis Nietzsche hatten sich alle Degenerationstheorien [...] an aristokratischen Idealen orientiert. Sie waren darauf ausgerichtet gewesen, den Adel als [...] edleren Menschentyp von der Masse mit ihrem Herdentrieb abzuheben.« (Priester 2003, 212) Für Gobineau gehört »die Vorstellung, dass das ›Vaterland‹ gleichzusetzen sei mit Volk und Ethnie [...], ins diskursive Arsenal der Gegenseite [...] des aufstrebenden Bürgertums« (82). Innerhalb des letzteren stehen um die Wende zum 20. Jahrhundert den Sozialreformern sozialdarwinistische Wirtschaftseliten gegenüber, die »mit der aristokratischen Sehnsucht Nietzsches wenig anfangen« (215) können: Für sie ist der »moderne Unternehmer [...] aus dem allgemeinen Wettbewerb durch natrliche Auslese hervorgegangen. ›Das Hauptergebnis meiner Kritik scheint mir [...] darin zu bestehen, dass die befähigten Leute oben hin gehören und die unbefähigten nach unten hin ...‹« (ebd.). Dem zitierten Sozialanthropologen Ammon geht es um eine Rassifizierung der als natürlich verklärten Klassenschranken: die »Wirkung des Darwinschen Ausleseprinzips glaubte er durch die anthropologischen Unterschiede von Stadt- und Landbevölkerung und von Ober- und Unterschicht nachweisen zu können.« (216)

United Colours and Sexes zur Chiffre des globalisierten Kapitalismus wird, könnte auch traditioneller – kulturalistischer wie biologistischer – Rassismus »eine bewusstlos wütende Reaktion auf den vordringenden Neorassismus« (ebd.) werden, ein in ideologischen Formen befangener Protest des »Nicht-Identischen dieser Welt«, soweit dieses zum nationalstaatlich dominanten ›ethnischen‹ Kollektiv zählt. So artikulieren ›herkunftsdeutsche‹ Leiharbeiter eines Automobilherstellers ihren Rassismus in einer Arbeitssituation, in der sie Vorarbeiter ›mit Migrationshintergrund‹ haben: Sie sehen sich »als ›Ablassventil‹ von Ausländern« und »reagieren ihrerseits mit fremdenfeindlichen Klassifikationen. Aus ihrer Sicht werden tolerante Haltungen [...] ausgerechnet von jenen zur Norm erklärt, die die Verantwortung für die schwierige Situation von (Leih-)Arbeitern tragen. Dass diese ›Kosmopoliten‹ ihre Normen im Zweifel auch mit repressiven Mitteln durchsetzen, erzeugt Ablehnung« (Dörre 2006, 159). Rassismus erscheint hier als ideologisch formierter Protest gegen Mechanismen des globalisierten Kapitalismus, subjektiv repräsentiert in der Figur ›nicht-deutscher‹ Vorgesetzter und eines ›kosmopolitischen‹ Managements als Repräsentanten der meta-ethnischen Eliten. – Obwohl für die bundesdeutsche Klassen-Zusammensetzung gerade eine ethnisierte *Unterschichtung* kennzeichnend ist,⁷ lohnt es sich zu prüfen, inwieweit die negative Dialektik von Neo- und Gegenrassismus auch in Deutschland auszumachen ist. Wäre sie virulent, ginge eine diesbezüglich unkritische Pädagogik der Vielfalt an einem wesentlichen Wirkungszusammenhang des Gegenrassismus vorbei und würde zum Zuträger des Neorassismus.

Neorassistische Unternehmensführung in Deutschland?

Auf der Suche nach meta-ethnischen und -sexuellen Unternehmensstrategien hierzulande wird man nicht so schnell fündig.⁸ Während »etwa 90 Prozent der führenden Unternehmen aus den USA (Fortune 500) [...] eine Diversity-Politik« verfolgen, tun dies in Deutschland Schätzungen zufolge »bislang allenfalls 50 Unternehmen« (Stuber 2005, 2). Entsprechende Außendarstellungen sind nicht gerade Legion:

Siemens setzte einen *United-Colours*-Werbespot in die PrimeTime vor der Tagesschau, in zielgruppenspezifischen Magazinen werden vor allem schwule Männer als potente Kunden angesprochen. Als systematischere Initiative mag die *Charta der*

7 Ein Indikator ist der Umstand, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind (vgl. Statistisches Bundesamt 2006, 103f).

8 Die Kampagne »Du bist Deutschland« sowie die Inszenierung der Fußball-WM unter dem Motto »Zu Gast bei Freunden« könnten allerdings auch als Kampagnen zur Produktion einer Lebensweise analysiert werden, die trans-nationalen Verwertungsstrategien förderlich ist. Dass der WM-Patriotismus nicht zum Abbau von ›Vorurteilen‹ geführt hat, zeigen Becker u. a. (2007).

Vielfalt gelten, in deren Kontext Ende 2007 auch der erste Fachkongress *Diversity Management* stattfand. Die *Charta* wurde Ende 2006 auf Initiative der Deutschen BP in Zusammenarbeit mit DaimlerChrysler, der Deutschen Bank und Deutschen Telekom in Anwesenheit der Integrationsbeauftragten des Bundes, Maria Böhmer, und unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel unterzeichnet. Dass es um Zukunftsmusik geht, verdeutlicht der Umstand, dass die Unterzeichnenden fünf Weiße sind, vier Männer und nur eine Frau. Kerngedanke des Projekts angesichts der »Vielfalt der modernen Gesellschaften, beeinflusst durch die Globalisierung und den demografischen Wandel« ist: »Wir können wirtschaftlich nur erfolgreich sein, wenn wir die vorhandene Vielfalt erkennen und nutzen« (*Charta*). Dies gilt für alle relevanten Bezugsgruppen in der Unternehmensentwicklung: Belegschaften, Geschäftspartner sowie Kundinnen und Kunden. In die unternehmensinterne Nicht-Diskriminierung einbezogen werden die Kategorien Geschlecht, »Rasse«, Nationalität, ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, sexuelle Orientierung und Identität (vgl. ebd.). Als konkreter Nutzen für die Unternehmen wird die Transformation von »Wertschätzung« in »Wertschöpfung« genannt: »Anerkennung führt zu Motivation und der Bereitschaft, sich einzubringen«, dem Unternehmen stehen »mehr Ressourcen an Kreativität und Ideenreichtum zur Verfügung«, eine »offene Unternehmenskultur öffnet den Zugang zu neuen Arbeitsmärkten und damit Talenten« und schließlich werden nur Unternehmen mit einer »vielfältigen Belegschaft eine vielfältige Kundschaft ansprechen, erreichen, zufrieden stellen und halten können« (*Charta/Nutzen*). »Vielfalt« als Moment von *corporate identity* ist also Mittel zum Zweck der Produktivitätssteigerung von Arbeitskraft, der Verbreiterung des Pools, aus dem diese abgeschöpft werden kann, der Optimierung von Beziehungen in trans-nationalen Arbeitsteilungs- und Wertschöpfungsketten und von Warenästhetik als wichtigem Element der Mehrwertrealisierung.⁹ Zum Umfeld der *Charta*-Initiative gehört neben einer kleinen, noch im Aufbau befindlichen *International Society for Diversity Management* die Böll-Stiftung mit einem rudimentären *Dossier Managing Diversity*, in dem überwiegend »Chancen für Organisation und Institutionen im profit wie non-profit-Sektor« aufgezählt werden.

Mit Blick auf das Materialstück *Charta* scheint es, als ob diese Kräfte und damit ein Element neorassistischer Tendenzen im Sinne Haugs in Deutschland zwar vorhanden, aber eher randständig seien. Und da die Beteiligung an der *Charta*-Initiative *auch* möglichen Klagen auf der Basis des Allgemeinen Gleich-

9 Als eigenständiges Untersuchungsfeld müssten Unternehmen, soweit sie »Vielfalt« in ihre Managementstrategien einbauen, als widersprüchliches Praxisfeld daraufhin untersucht werden, inwieweit Arbeitnehmer/innen ggf. tatsächliche Verbesserungen ihrer Arbeitssituation durchsetzen können. Unabhängig davon geht es hier um die Identifikation meta-ethnischer Strategien »von oben«.

behandlungsgesetzes (AGG) vorbeugen soll, scheint Diversity-Politik noch eher erzwungen zu sein, denn aus kalkulierte Partikularinteresse verfolgt zu werden. Die Frage nach den wirklichen Kräfteverhältnissen und Interessenlagen im Feld der Vielfalt, und damit einer möglichen neorassistischen Tendenz, lässt sich auf dieser schmalen Materialbasis nicht beantworten. Dies erforderte eine gründliche Untersuchung der Auseinandersetzungen um Migrations- und Integrationsregime, deren Richtung hier nur angedeutet werden kann.

Reklamationen von Vielfalt im neoliberalen Block

Ein geschichtlicher Block gewinnt »seine Stärke ›spontan in den geschichtlichen Phasen«, in denen die ihn tragende ›gesellschaftliche Gruppe wirklich progressiv ist [...]‹ (Gramsci)[...] – im Falle des Neoliberalismus konkret durch das Management des Übergangs zur hochtechnologischen Produktionsweise und die Transnationalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse« (Candeias 2004, 334). Letzteres wird wesentlich durch Migrationsregime geleistet, die darüber entscheiden, ob (und wie) Menschen eine Grenze überschreiten und welche sozialen und politischen Rechte ihnen zukommen (vgl. Karakayali/Tsianos 2002, 246ff). Entsprechende Kernpunkte der Überwindung des fordistischen Migrationsregimes unter der rot-grünen Regierungskoalition waren die Transformation des Staatsbürgerschaftsrechts, konkret die Durchbrechung des Abstammungsprinzips (*ius sanguinis*) zugunsten des Territorialprinzips (*ius soli*), sowie die Öffnung des korporatistisch regulierten Arbeitsmarktes¹⁰ für den Wettbewerb um globale ›Spitzen‹-Arbeitskräfte.¹¹ Der damalige Innenminister Otto Schily hatte im Juli 2000 die »Unabhängige Kommission Zuwanderung« unter Vorsitz von Rita Süßmuth (CDU) eingesetzt. Deren im Juli 2001 präsentierter Bericht plädierte im Hinblick auf Arbeitsmigration für »die erleichterte dauerhafte Einwanderung von Spitzenpersonal aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie von Existenzgründern mit ihren Fami-

10 Karakayali/Tsianos (2002, 249) zeigen, dass die Kompromissbildung zum fordistischen Migrationsregime »nicht die Form eines politischen ›Kampfs‹ annahm, sondern »sich eher auf dem Niveau einer Einflussnahme auf die Staatsapparate« abspielte, also einer Abstimmung zwischen Interessenvertretungen. Obwohl die damalige Öffnung des Arbeitsmarktes auch die Funktion hatte, das Lohnniveau zu drücken, protestierten die Gewerkschaften kaum, weil ihre Klientel – deutsche, männliche Facharbeiter – »den Fahrstuhl nach oben betreten«, während den Gastarbeiter/innen »all jene Arbeitsplätze zukamen, die einer möglichen Modernisierung zum Opfer gefallen wären«. (251) Unter rassismustheoretischen Gesichtspunkten ist insbesondere die Geschichte der Auseinandersetzung um das Inländerprimat von Bedeutung, die hier aber nicht verfolgt werden kann.

11 Volle staatsbürgerliche Rechte, d.h. auch dauerhaftes Niederlassungsrecht, wären eine optimale Voraussetzung für die Anwerbung Hochqualifizierter. Es kommt hier v.a. auf die ursprüngliche Intention an (zum weiteren Schicksal der Staatsbürgerschaftsrechtsreform vgl. Reilandt 2002).

lienangehörigen« sowie »die Einwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften, die – durch ein transparentes Punktesystem ausgewählt – eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive erhalten sollten« (Reißlandt 2002, 22). Zustimmung zur »Sicherung des ›Wirtschaftsstandorts Deutschlands« und den Einstieg in den »›weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe« kam »von den Bündnisgrünen über SPD und FDP bis zu den Unternehmerverbänden« (ebd.), letztere hielten allerdings »die empfohlenen Zuzugszahlen für zu niedrig und kritisierten [...] z. B. den Inländervorrang und die Einzelfallsprüfung bei der Stellenbesetzung« (25).

Die CDU mobilisierte an entscheidenden Punkten *gegen* die vollständige Liberalisierung von Staatsbürgerschaftsrecht und Arbeitsmarkt, und zwar in etwa so, als ob sie die hoch-technologische Produktionsweise *ohne* die dazu gehörenden Verkehrsverhältnisse wollte – jedenfalls soweit dies die trans-nationale Zirkulation von Arbeitskraft, nicht Kapital in Form von Waren oder Geld, betrifft. Kurz vor der hessischen Landtagswahl im Februar 1999 starteten CDU/CSU eine bundesweite Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, die Bestandteil des Mitte Januar vorgelegten Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts war – mit dem Erfolg, dass das zuvor in Umfragen hinter rot-grün zurückliegende schwarz-gelbe Bündnis unter Koch auf dem Ticket ›gegen Ausländer« gewann. Ähnlich agierte ein Jahr später der CDU-Ministerpräsidentenkandidat Jürgen Rüttgers im NRW-Landtagskampf. Bundeskanzler Schröder hatte zuvor

in seiner Rede zur Eröffnung der Computermesse CeBit am 23. Februar 2000 in Hannover, von den Arbeitgebern und ihren Verbänden gedrängt, eine stärkere branchenbezogene Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Spezialist(inn)en an[gekündigt]. Daraus entstand seine äußerst medienwirksame Green-Card-Initiative, die einem Kontingent von 20 000 IT-Experten einen auf fünf Jahre befristeten Aufenthalt in der Bundesrepublik ermöglichen sollte, einen Familiennachzug jedoch ausschloss. (Reißlandt 2002, 17)

Die Regelung trat am 1. August 2000 in Kraft. Während die FAZ lobte, »dass der Kanzler die Ausländerpolitik erstmals mit deutschen Interessen und nicht nur mit deutschen Verpflichtungen in Verbindung brachte« (15.7.2000), polemisierte Rüttgers in der WAZ (8. März 2000): »Statt Inder an die Computer müssen unsere Kinder an die Computer.« Und anstelle großzügiger Einwanderung von Spitzenkräften, wie von der Süsmuth-Kommission empfohlen, hatte die CDU »mehr Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Erwerbslose und hier lebende Migrant(inn)en« (Reißlandt 2002, 24f) gefordert. Teile der Konservativen treten hier gegen eine Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und für eine Ausbildungs- und Familienpolitik im Interesse der ›einheimischen‹ Bevölkerung auf. Die rassistische Reartikulation der sozialen Frage zielt auf Stimmengewinne in der prekarierten Mehrheitsbevölkerung, wenn auch Minderheiten-Interessen rhetorisch angespro-

chen werden. Insgesamt intervenieren konservative Fraktionen in den Diskurs von Rot-Grün und Teilen der Wirtschaftseliten (s. FAZ), die mit Verweis auf den demografischen Wandel um Zustimmung für liberale Einwanderungspolitik jenseits der klar definierten Partikularinteressen trans-national orientierter Kapitalfraktionen werben:

Bevölkerungsrückgang und Alterung haben voraussichtlich unerwünschte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung [...]. Selbst bei moderater Zuwanderung wird sich die für die sozialen Sicherungssysteme bedeutsame Alterslast innerhalb von 50 Jahren verdoppeln. (Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung 2001, 27)

Die offen rassistische (Koch) bzw. ins Rassistische hinüberschillernde (Rüttgers) CDU/CSU-Opposition *gegen* ein ›rein‹ neoliberales Migrationsregime ist Element einer Integrationsdynamik in einen Neoliberalismus konservativer Prägung. Kaum an der Macht, setzten die konservativ-liberalen Koalitionen in NRW und Hessen Kernpunkte der neoliberalen Agenda um. Wie am Beispiel des schwarz-gelben Umbaus des Bildungssystems in NRW gezeigt werden kann, läuft diese konservative Variante auf eine Desintegration der unteren sozialen Schichten und verschärfte Elitenbildung hinaus, und befördert zugleich die *Ethnisierung* der von ihr hervorgerufenen Klassen-Spaltung im Sinne ungleicher Unterschichtung und rassistischer Wahrnehmung der Prekarisierung auf Seiten von Mehrheitsangehörigen.

Durch das Mitte 2006 erlassene Schulgesetz wird der selektive Charakter des deutschen Schulsystems¹² verstärkt, obwohl die Verpflichtung der Haupt- und Realschulen, jährlich zu prüfen, ob ein/e Schüler/in in die Realschule bzw. das Gymnasium ›aufsteigen‹ kann, das Gegenteil suggeriert. Faktisch wird die ohnehin schon geringe Durchlässigkeit des Schulsystems durch die Einführung des ›Turbo-Abiturs‹ verhindert: Der gymnasiale Lernstoff der Sekundarstufe I wird nun in fünf statt sechs Jahren vermittelt, während die Realschullehrinhalte weiterhin über sechs Jahre verteilt werden; Realschüler/innen haben daher kaum noch Chancen, im Rahmen ihres regulären Unterrichts das Gymnasialniveau zu erreichen. 2007 hob die Landesregierung eine Regelung auf, der zufolge Eltern ihre Kinder an einer Grundschule ihres Wohnortes anmelden mussten. Die Existenz dieser Grundschulbezirke sorgte für eine relative soziale Durchmischung, weil in den Ballungszentren

12 In den PISA-Studien wurde festgestellt, dass der »Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und erworbenen Kompetenzen [...] in keinem Land enger als in Deutschland« (Stanat u. a. 2000, 13) ist. »Etwa die Hälfte der Jugendlichen aus den höchsten Sozialschichtgruppen besuchen das Gymnasium, während nur wenig mehr als 10 Prozent der Jugendlichen aus Arbeiterfamilien in dieser Schulform anzutreffen sind. Das Pendant dazu ist die Hauptschule, die von fast 40 Prozent der Jugendlichen aus Arbeiterfamilien besucht wird, aber von nur gut 10 Prozent der Jugendlichen aus der Oberschicht.« (12f)

Mittelschichten auch in Arbeitervierteln wohnen. Seit ihrer Abschaffung beobachten Praktiker etwa im ›sozial schwachen‹ Essener Norden, dass Mittelschichtfamilien ihre Grundschul Kinder in den wohlhabenderen Süden fahren. Über das Schulsystem wird also eine soziale Entmischung produziert, die aufgrund der ethnisierten Unterschichtung insbesondere auch Kinder ›mit Migrationshintergrund‹ betrifft.¹³ Angesichts der Tradition, Lernprobleme, Jugendkriminalität etc. nicht als vermitteltes Resultat von Deklassierung und räumlicher Segregation zu begreifen, sondern als ›Ausländer-Problem zu klassifizieren, wird es ein Leichtes sein, Solidarisierungen zwischen Betroffenen mit und ohne Migrationshintergrund mittels konjunktureller Medienkampagnen zu durchkreuzen. Der ›stumme Zwang‹ eines derartig formierten Schulsystems führt bereits an sich zu Deklassierung/Eliten-Bildung, weil es Kindern aus sozial schwächeren Familien erschwert wird, die formellen Voraussetzungen eines Hochschulstudiums zu erreichen. Diese Tendenz wird durch die direkte Privatisierung von Bildungskosten noch verstärkt: Entgegen dem Wahlversprechen müssen Empfänger von ALG II oder von Zuweisungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Geringverdiener nach wie vor einen Eigenanteil für Lernmittel aufbringen (Erstausstattung und laufende Kosten wie Schulranzen, Hefte, Stifte, Bücher sowie Klassenfahrten). Zudem wurde den Hochschulen des Landes im März 2006 gesetzlich freigestellt, Studiengebühren zu erheben, woraufhin die Anzahl der Erstsemester um 11,7% zurückging (fzs 2008). Der Trend, dass vor allem Kinder aus sozial starken Familien überhaupt ein Studium aufnehmen (ebd.) wird sich verstärken, weil die bis zum Schulabschluss bereits relativ hohen privaten Bildungskosten die Bereitschaft und Möglichkeit verringern, jungen Erwachsenen einen Weg in die höhere Bildung zu ermöglichen, selbst wenn sie die formellen Voraussetzungen erfüllen. Studiengebühren führen in einen Teufelskreis, der den Zugang zu höherer Bildung nach sozialen Kriterien verschärft: Um Lebenshaltungskosten und Gebühren zu decken, muss mehr Zeit für Erwerbstätigkeiten aufgewendet werden, dadurch verlängern sich Studienzeiten, was wiederum eine höhere Belastung durch Gebühren sowie Schulden nach sich zieht.

Es handelt sich also um zwei Strömungen im neoliberalen Block, die Vielfalt unterschiedlich einsetzen. Zugespitzt gesprochen steht rot-grün für die Liberalisie-

13 Bereits bisher galt: »Eine entscheidende Hürde ist der Übergang von der Primar- in die Sekundar- schule: Dreimal so viele deutsche wie ausländische Kinder wechseln von der Grundschule auf ein Gymnasium; je nach Bundesland wiederholen ausländische Schüler/innen im Vergleich zu deutschen zwei- bis viermal so oft eine Klasse, und fast doppelt so viele ausländische Schüler/innen (40 gegenüber 24 Prozent) verlassen die Schule nur mit einem Hauptschulabschluss.« (Kürger-Potratz 2005, 65)

rung von Einwanderung, ohne die mit ihr einhergehende Klassen-Fragmentierung zu adressieren, während die CDU die Interessen der von zunehmender Konkurrenz betroffenen »Deutschen« im Rahmen ihrer konservativen Variante neoliberaler Politik aufnimmt, die die Desintegration breiter Bevölkerungsschichten – hier: aus der höheren Bildung und damit vom Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen – befördert. Die überkommene ethnisierte Unterschichtung wird verstärkt, und zugleich Material für die rassistische Verschiebung der resultierenden Konflikte bereitgestellt. Die Positionierung für oder wider ›Vielfalt‹ im neoliberalen Block ist dementsprechend gegensätzlich: Liberalisierung des Arbeitsmarktes steht für Vielfalt mit Tendenz zum Neorassismus (Haug), während deren konservative Ablehnung die verschärfte Konkurrenz in ideologischer Form aufgreift. Auf diese Weise organisiert die rechtspopulistische CDU-Strategie *Zustimmung für* neoliberale Politik und gehört insofern zu einem anderen Wirkungszusammenhang als rechtsextreme Mobilisierung, die sich mit einem Ethnopluralismus in Reinform *gegen* neoliberale Globalisierung richtet.

Die NPD als Organisationsform eines Gegenrassismus von unten?

Die Durchsetzung des Neoliberalismus in Deutschland basierte zwar auf breiter Zustimmung, produzierte aber auch eine ›Krise der Repräsentation‹ (Gramsci): Nach dem Einschwenken der Sozialdemokratie auf den ›Dritten Weg‹ und dessen sichtbar werdenden negativen Folgen werden »im herrschenden Parteienspektrum die Interessen von relevanten Teilen der Bevölkerung nicht repräsentiert« (Kaindl 2006, 63).¹⁴ In dieser Phase, nämlich unter dem seit 1996 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt, formiert sich die NPD als dominant nationalrevolutionäre Partei (vgl. Staud 2006, 69), stößt also in die entstehende Repräsentationslücke hinein. Mobilisierungs- und Wahlerfolge der NPD gelingen »mit der Kritik der Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen« (Kaindl 2006, 63): In den Publikationen, mit denen sich die NPD an mehrheitsdeutsche Bevölkerungsschichten wendet (Wahlkampfplakate, Flugblätter, Demo-Transparente, Internetauftritte)¹⁵, findet sich als zentrale Botschaft, dass die Partei für »Soziale Gerechtigkeit« (Homepage-Banner) steht, und zwar

14 In traditioneller Sozialforschung scheint diese Diskrepanz zwischen Interessen der Bevölkerung und deren mangelnder politischer Artikulation im parlamentarischen System als Politikverdrossenheit auf: 2002 waren 57% der Bevölkerung der Meinung, »dass eine politische Einflussnahme als Bürger nicht möglich ist« (nach Candeias 2004, 336). Weitere Anzeichen für eine tiefe Krise des parlamentarischen Systems sind die zurückgehende Wahlbeteiligung und die schwindende Mitgliederbasis demokratischer Parteien.

15 Flugblätter z.Hd. der Autorin. Zugriffe auf Internet-Seiten im Oktober 2007 bzw. Mai 2008.

exklusiv für ›ethnisch Deutsche‹, denn »sozial geht nur national« (Kampagne zur Wahlzulassung in Niedersachsen). Die NPD bietet sich an als Kämpferin für die Interessen *deutscher* Familien an besserer finanzieller und organisatorischer Unterstützung etwa durch Kita-Plätze, *deutscher* Arbeitsloser an Arbeitsplätzen, *deutscher* Frauen an Anerkennung und Aufwandsentschädigung für ihre reproduktiven Leistungen, *deutscher* Rentner/innen und Arbeitnehmer/innen an Sicherung ihrer Ansprüche aus den Sozial- und Krankenversicherungssystemen (NPD-Flugblätter aus dem Berliner Wahlkampf 2006). Durchzusetzen gedenkt sie diese Ziele auf Kosten all jener, die aus ihrer Sicht keine *ethnisch Deutschen* sind – sie sollen »aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem ausgegliedert« (NPD-EU-Wahlkampfblatt 2004) oder »rückgeführt« werden, wie es etwa im Antrag auf Umbenennung der Integrationsbeauftragten einiger Berliner Bezirke in »Beauftragte für die Rückführung von Ausländern« oder etwas deutlicher auf einem Wahlplakat mit der Formulierung »Gute Heimreise« über Frauen in langen Mänteln und Kopfrüchern hieß. Mit Blick auf den Einsatz von ›Vielfalt‹ lässt sich festhalten, dass bei der NPD im Vergleich zu konservativen Strömungen die Vision eines ›ethnischen Pluriversums‹ in Reinform vorhanden ist. Für die Einordnung dieser vor allem in der Zivilgesellschaft wirkenden Strömung entscheidend ist nun Folgendes: In linksliberalen Diskussionen, die sich gegen die auf dem Extremismus-Modell basierende Reduktion des Rechtsextremismus auf ›Randphänomene‹ jenseits einer davon unberührten ›demokratischen Mitte‹ richten, wird oft auf ›Schnittmengen‹ mit Denkweisen oder Politikelementen in konservativen, rechtsliberalen und sozialdemokratischen Strömungen verwiesen.¹⁶ Diese Sichtweise geht jedoch daran vorbei, dass der Ethnopluralismus im Rechtsextremismus – anders als im Konservatismus, s. o. – nicht als Integrationsdynamik in den trans-nationalen Kapitalismus fungiert, sondern sich gegen den politisch-ökonomischen neoliberalen Block wendet. »Nur wenige Wochen nach [Voigts] Amtsantritt starteten NPD und JN eine Kampagne ›Gegen System und Kapital, unser Kampf ist national!‹. [...] Fast monatlich erschien die *Deutsche Stimme* nun mit einer sozialpolitischen Schlagzeile auf der Titelseite: [wie] ›Großkapital vernichtet weitere Arbeitsplätze.« (Staud 2006, 69) Die NPD greift die subjektiv als Politikverdrossenheit in Bezug auf alle etablierten Parteien virulente Repräsentationslücke auf und versucht, sie gezielt zu vertiefen: Alle demokratischen Parteien werden als ›Systemparteien‹ angegriffen, die das neoliberale Projekt durchgesetzt und zu verantworten haben, deshalb gegen die Interessen der *deutschen* Mehrheit verstoßen, ergo undemokratisch sind. Anders als Gerd Wiegel (2006, 79) meine ich nicht, dass der NPD-Strategie mit Blick auf die

16 Dafür lassen sich gute Argumente auf der Ebene personeller Kontakte von Funktionären, inhaltlicher Konvergenzen von Diskursen und ›Einstellungen‹ von Mitgliedern bzw. Anhängern finden.

adressierten sozialen Schichten eine ›Catch-all‹-Option zugrunde liegt, sondern dass ihr Angebot sich primär an die von Prekarisierung in besonderem Maße Betroffenen richtet, sie also einen Gegenrassismus ›von unten‹ im Rahmen der von Haug postulierten negativen Dialektik zu organisieren versucht. Anhaltspunkte dafür sind die oben skizzierte politisch-strategische Ausrichtung in der Phase der ›Krise der Repräsentation‹ sowie der ›nationale Gerechtigkeitsdiskurs‹, mit dem sich die Partei nach außen an breitere Bevölkerungsschichten wendet. Diese These lässt sich anhand von Studien über Zusammenhänge zwischen Prekarisierung und der Entstehung ›rechter‹ Denkweisen plausibel machen. Zugleich werden mögliche Verbindungslinien zwischen individuellem Denken/Handeln in rassistischen Formen und der trans-nationalen Produktionsweise deutlich.

Subjekte zwischen rechtsextremer Revolte und rechtspopulistischem Konformismus

Dörre (2006) fächert im Anschluss an Robert Castel die gegenwärtige Arbeitswelt in drei Zonen auf: die der Integration »mit formal gesicherten Normbeschäftigungsverhältnissen«, die der Prekarität »mit heterogenen Beschäftigungsformen, die sich allesamt dadurch auszeichnen, dass sie oberhalb des kulturellen Minimums nicht dauerhaft existenzsichernd sind«, und die der Entkoppelung, in der »sich die von regulärer Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen« (153) befinden. Prekarisierung wird hier nicht schematisch, sondern dynamisch verstanden: Die »Zonen der Arbeitsgesellschaft [verhalten] sich zueinander wie ein System kommunizierender Röhren«, insofern »die Abstiegsängste formal integrierter Gruppen einen wesentlichen Kristallisationspunkt von Prekarität bilden« und »der disziplinierende Druck, der von den Entkoppelten und Prekariern ausgeht, die pathologischen Seiten moderner Arbeitsformen [der Integrierten] miterzeugt« (162). Dass »rechtspopulistische Orientierungen weder ein exklusives Phänomen der ›Gesicherten‹ noch der ›Prekarier‹« sind, vielmehr »in allen Positionen und Lagen« (157) entstehen, scheint zunächst für die ›Catch-all‹-These zu sprechen, bei näherem Hinsehen zeigen sich jedoch die angesprochenen Unterschiede.

Die generelle psychische Befindlichkeit der ›Ausgegrenzten und Prekarier‹ geht nicht mit dem neoliberalen Umbau konform, sondern schwankt »zwischen Resignation und imaginärer Revolte«, in der sich Protest »gegen ›die da oben‹ wie gegen ›fremd‹ und ›anders‹« (160) mischt. Jörg Flecker und Gudrun Hentges beschreiben die Bildung solcher Denkformen: »Häufig nähren die Erfahrungen im Arbeitsalltag und die Umstrukturierungen im Unternehmen das Gefühl, dass ›die da oben‹ [die ökonomischen und politischen Eliten, KR] [...] nicht über die konkrete Arbeitssituation Bescheid wissen und nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind.« (2006,

132) Spontan entsteht die »Gegenüberstellung ›des Volkes‹ mit ›den Eliten‹« (ebd.). Dabei ist mit »Volk« hier nicht der ethnisch homogene Volkskörper gemeint, sondern das »Milieu, ›in dem sich die Menschen ihren Lebensunterhalt korrekt verdienen, ohne sich weiß Gott was leisten zu können.« (Herr Bollinger, pensionierter Abteilungsleiter, Schweiz)« (ebd.). Das Politikangebot der NPD greift Befindlichkeiten von Ausgegrenzten und Prekariern auf und versucht, die in diesen Lebenslagen spontan entstehenden Denkformen vollständig ideologisch um- und in ihre rechtsextreme Anti-Globalisierungsströmung einzuarbeiten. Sie vertieft die als Politikverdrossenheit in Erscheinung tretende Krise der Repräsentation und verspricht mit ihrem reinen Ethnopluralismus »Zugehörigkeit jenseits von Wettbewerb« (Kaindl 2006, 67), Integration auf dem Ticket des ›Ethnisch-deutsch-Seins‹, nicht aufgrund von Leistung.

Integrierte Arbeitnehmer/innen »mit kontrollierenden Tätigkeiten« stellen eher einen Teil der mit Varianten des neoliberalen Umbaus *konformen* sozialen Basis, denn sie zeichnen sich »durch eine affirmative Haltung zum marktzentrierten Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der Bundesrepublik aus« (Dörre 2006, 161). Subjektiv sehen sie sich »überwiegend mit einem erheblichen Problemdruck konfrontiert« (ebd.), nehmen dies aber als Herausforderung an. In solchen Lebenslagen entstehen Dynamiken, die mit dem Neorassismus oder einem konservativen Rechtspopulismus konvergieren könnten: »Je größer der Leistungs- und Anpassungsdruck ist und je vorbehaltloser entsprechende Normen erfüllt werden, desto vehement er verlangt man dies von anderen.« (Ebd.) »Integration – etwa von Ausländern – ist dann nur noch als Assimilation denkbar, als nahtlose Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft«, und wer nicht mithält, »läuft Gefahr, als nicht integrationsfähig, mithin ausgrenzbar, abqualifiziert zu werden« (ebd.).

Ein zwischen rechtsextremer Revolte und rechtspopulistischem Konformismus schwankendes Segment dürfte bei den »formal integrierten Beschäftigten« *mit Abstiegsängsten* zu finden sein. Ressentiments werden hier »gezielt als Mittel in der Konkurrenz um Ressourcen und gesellschaftlichen Status eingesetzt«; »einig sind sich die Betroffenen darin, dass Zuwanderung Arbeitsplatzverluste für Deutsche bedeutet, deutschen Staatsbürgern Kosten verursacht und die Lebensqualität schmälert« (160). Insbesondere dort, wo die NPD keine wählbare Alternative darstellt (wie in Hessen und NRW), scheint es mit der in den Ethnopluralismus schillernden CDU/CSU-Oppositionsstrategie gegen ein ›rein‹ neoliberales Migrationsregime zu gelingen, Teile jener Bevölkerungsschichten ins neoliberale Projekt einzubinden.

Zwischen-Resümee

Zurück zum Ausgangspunkt: Die versuchsweise Aufschlüsselung der Einbindung von *Vielfalt* in die Produktionsweise und deren Zusammenhänge mit individuellem Denken/Handeln sollte zeigen, in welchen Widersprüchen sich pädagogisches Handeln bewegt, wenn es mit Diversity-Pädagogik Rassismen bekämpfen will (oder: soll). Daher die Probe, ob Haugs These einer aus gegensätzlichen Reklamationen von Vielfalt sich speisenden negativen Dialektik aus Neo- und Gegenrassismus auch für deutsche Verhältnisse analytische Kraft hat, ob sie modifiziert oder verworfen werden muss. Folgende Resultate scheinen mir weiterführend zu sein: Es lassen sich Anfänge von Kampagnen meta-ethnischer Unternehmensführung und damit ein Element einer neorassistischen Tendenz identifizieren. Allerdings sind diese vor allem von rot-grün und alliierten Kapitalfraktionen getragenen Strategien innerhalb des neoliberalen Blocks umstritten, Kompromisse beruhen auf der Mobilisierung eines faktisch integrierend wirkenden Gegenrassismus (CDU/CSU-Ethnopluralismus). Jenseits des neoliberalen Blocks aus Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten mobilisiert die NPD mit ähnlichen Themen *gegen* den trans-nationalen Kapitalismus. Angesichts dieser Konstellationen scheinen Diversity-Strategien das progressive Moment auf ihrer Seite zu haben, weil sie für die Durchsetzung von Gleichberechtigung wenigsten in Teilbereichen zu streiten versuchen – von Frauen mit Männern, von Schwulen/Lesben mit Heterosexuellen, von Migrant/innen mit Deutschen usw. Tatsächlich geht es allerdings nicht um gleiche Rechte, sondern ums Versprechen auf Chancengleichheit der Vielen. Dessen beschwiegene Kehrseite liegt in der Produktion einer ›leistungsunfähigen‹ Überschussbevölkerung, deren ›ethnisches‹ Teil rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen zu mobilisieren versuchen. Solange antirassistische Pädagogik die Vision einer pluralen Gesellschaft nicht mit einer Kritik der Produktionsweise verbindet, verfehlt sie die *Begründungszusammenhänge* ethnopluralistischer Denk- und Praxisformen und macht sich, wenn nicht gar einem keimenden Neorassismus, so doch einer Elitenbildung dienstbar. Anders formuliert: Als kulturelle Seite der Liberalisierung/Privatisierung von Staat und Gesellschaft gehört der Diversity-Diskurs zu einer Strömung, die (vermittelt über ideologische Umarbeitung durch CDU/CSU und Rechtsextremismus) eben jene anti-pluralen Gegenrassismen produziert, deren standortschädigende Auswüchse dann mit einer Pädagogik der Vielfalt eingedämmt werden sollen. Diversity-Pädagogik darf sich also nicht auf die abstrakt-kulturelle Schiene abdrängen lassen, sondern muss die Zusammenhänge zwischen Differenzen und der Produktionsweise aufgreifen. Dann könnte sie zum Experimentierfeld der Reklamation von Vielfalt in der Perspektive eines pluralen Universalismus »von unten« werden. Wie sich anti-rassistisch intendierte Diversity-Pädagogik zu diesen Konstellationen verhält, soll

nun Gegenstand der abschließenden Betrachtungen sein. Im Zentrum steht die Frage, ob gängige Praxistheorien und didaktische Anordnungen geeignet sind, Zusammenhänge zwischen rassistischen Denk-/Praxisformen mit der Produktionsweise und damit auch die in ideologischen Anordnungen begründeten Interessen (Gegensätze) zum Thema zu machen.

Diversity-pädagogische Praxistheorien und didaktische Anordnungen

Im Unterschied zum pädagogischen Mainstream geht kritische Bildungsarbeit davon aus, dass anti-emanzipatorische Strömungen durch die Veränderung des Denkens (vieler) Einzelner ohne Bezug zu dessen Reproduktion in Staat und Gesellschaft nicht zu bekämpfen sind. In der Praxis wird der Fokus allerdings »doch wieder auf individuelle Einstellungen« gelegt, »ohne diese in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu thematisieren« (Reindlmeier 2006, 27f). Diese Reduktion resultiert aus verkürzten Praxistheorien und wird auch in didaktischen Anordnungen (im Folgenden: »Methoden«) reproduziert. Beides möchte ich nun zeigen.

Zur Lösung der Frage, wie der Zusammenhang von Individuum und Gesellschaft mit Bezug auf Rassismen zu denken wäre, bezieht sich kritische Bildungsarbeit auch auf Klaus Holzkamp (1997 [1994]) (vgl. Elverich/Reindlmeier 2006; Kalpaka 2003). In der Rezeption geraten jedoch entscheidende Gedankengänge aus dem Blick, die ich an dieser Stelle hervorheben möchte. Aus Holzkamps Sicht ist für den »Erfolg« antirassistischer Bildungsarbeit entscheidend, wie »der pädagogisch vermittelte Lerngegenstand [...] konstruiert wird«, und zwar nicht, um einer »umfassenden« Behandlung des Gegenstandes gerecht zu werden, sondern weil davon abhängt, ob es *im Interesse* der Lernenden sein kann, »die pädagogische Lernanforderung als ihre eigene Lernproblematik engagiert zu übernehmen«, oder ob sie, »wo immer die Möglichkeit dazu besteht – ausweichen oder gar Widerstand entgegensetzen werden« (1997, 283). Die Erfahrung, dass Teilnehmer/innen von Bildungsangeboten diesen Widerstände entgegensetzen, indem sie tuscheln, sich mit ihrem Handy beschäftigen, gelangweilt in die Luft starren etc., dürfte Bildungsarbeiter/innen geläufig sein. Die Gründe werden in Bildungsferne, mangelnder Angemessenheit der Methoden, dynamischen Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden, organisatorischen Rahmenbedingungen, Widerstand aufgrund verfestigter rassistischer, homophober etc. Denkweisen verortet. Diese Hypothesen sind sinnvoll, gehen aber daran vorbei, dass »Lernstörungen«, soweit sie »bereits im Lerngegenstand begründet« sind, »durch keinerlei Didaktik oder Unterrichtsmethodik mehr geheilt werden« (ebd.) können.

Vor *diesem* Hintergrund kommt Holzkamp zu dem Schluss, dass das Operieren mit Konzepten wie Vorurteil/Einstellung problematisch ist. Deren Genese wird im wissenschaftlichen Kontext als Resultat von ›Sozialisation‹ gefasst, in gängigen Methoden als »gelernte feste Schemata und Modelle oder auch Prototypen (›Frames‹ und ›Scripts‹)«, die »sozial und ›vorgegeben‹« sind und »von Menschen im Verlauf ihrer Sozialisation angeeignet« (287) werden. So erscheint »der Rassismus, der doch ein Problem je gegenwärtiger Beziehungen zwischen Menschen ist, in seinem Entstehungszusammenhang verjährt« (283) zu sein, in jedem Fall wird die konkrete *Begründetheit* individuellen Denkens/Handelns *in* jenen oben aufgezeigten *Bedeutungskonstellationen* zu ›irgendwie‹ erlernten ›Einstellungs-Vorurteils-Schemata‹ verflüchtigt. Lernwiderstände resultieren dann daraus, dass den Lernenden »kein eigentlicher Lerngegenstand angeboten« wird, »bezüglich dessen sie entscheiden können, ob seine Aneignung in ihrem Interesse ist oder nicht«; vielmehr werden sie »selbst zum Gegenstand gemacht: Ihre Vorurteile, ihre Einstellungen, also sie selbst sollen geändert werden.« (284)

Zur Vermeidung dieses Dilemmas ist bis heute der Versuch weit verbreitet, mit dem Schlagwort ›institutioneller/struktureller Rassismus‹ »auf jene gesellschaftlich-institutionellen Bedingungen« (287) zuzugreifen. Wenig Beachtung findet dabei Holzkamps bzw. Osterkamps Diagnose, dass das Problem mit diesem Konzept zwar gestellt, aber nicht gelöst ist, weil es »meist [...] in höchst abstrakter, von den konkreten Bedingungen und Menschen abgehobener Art und Weise verhandelt« wird, »so dass der Bezug zum individuellen Handeln [...] weitgehend verloren geht« (Osterkamp 1992a, 141)« (ebd.). Um den Zusammenhang zwischen individuellem Denken/Handeln und ›Gesellschaft‹ konkret zu begreifen, wären die von mir eingangs skizzierten Konstellationen »in ihrer den Individuen zugekehrten Seite als ›gesellschaftliche Bedeutungsstrukturen‹ aufzufassen – d. h. als bestimmte verallgemeinerte Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbeschränkungen, die von den Individuen übernommen, aber auch in bewusstem ›Verhalten‹ dazu reflektiert und verändert werden können« (289). Die ›erste und wesentliche Konsequenz‹ dieser begründungstheoretischen Herangehensweise für die Bildungsarbeit bestünde darin, dass es nicht mehr um die »Änderung von rassistischen Einstellungen« der Teilnehmer/innen ginge, »die damit als bloße Erziehungsobjekte gefasst« wären, sondern darum, »die *spezifische Beziehung* des Lernsubjekts zu den institutionell-rassistischen Diskursen in jedem Stadium« (294) zu begreifen, also die konkret-geschichtlichen Konstellationen samt ideologisch formierten Interessen(gegensätzen) als Medium subjektiver Denk- und Handlungsweisen zum *Lerngegenstand* zu machen. Insofern rassistische, homophobe etc. Denk- und Handlungsweisen in diesen gesellschaftlichen Verhältnissen *subjektiv begründet* sind, könnten die Teilnehmer/innen lernend begreifen, welche Handlungsmöglichkeiten und -behinde-

rungen in ihnen be-/entnannt sind. Die Struktur gängiger Methoden führt auch kritisch intendierte Bildungsarbeit allerdings in eine andere Richtung.

Karin Reindlmeier (2006) identifiziert als gemeinsamen Nenner diversity-pädagogischer Ansätze: Weil »Heterogenität konstitutiv für die gesellschaftliche Wirklichkeit« ist, gehört »jedes Individuum verschiedenen sozialen Gruppen« an, ist also »in Bezug auf bestimmte Differenzen ›anders« und macht unterschiedliche »Erfahrungen von Diskriminierung und Ausschluss« (25). Um Diskriminierung abzubauen, soll Angehörigen von Dominanzgruppen »die Selbstreflexion dieser Zugehörigkeiten und den damit verbundenen Erfahrungen« (ebd.) ermöglicht werden. Eine gängige Strategie besteht darin, die subjektive Akzentuierung einer spezifischen Praxisform (Deutsch, Weiß etc.) zu dezentrieren, indem die Vielfalt individueller »Zugehörigkeiten« bewusst gemacht wird. So soll der Gedanke »von uneindeutigen, widersprüchlichen und sich in Bewegung befindenden Identitäten« gestärkt und »der verbreiteten (impliziten) Vorstellung von Identitäten als etwas Festem und Stablen entgegen« (33) gewirkt werden. Unbefragt bleibt jedoch, worin subjektive Akzentuierungen einer bestimmten Praxisform begründet sind, warum diese bestimmte Interessen bedient, deren Widersprüche aber ausblendet.

Soweit Widersprüche von Ausgrenzungspraktiken thematisiert werden, geschieht dies mit dem Ziel, durch Perspektivenübernahme Empathie für Diskriminierte zu evozieren. Mit entsprechenden Methoden werden Ausgrenzungssituationen hergestellt und die Betroffenen anschließend über ihre (in der Regel: negative) Befindlichkeit befragt. Das Lernziel ist in etwa das Folgende: »Du hast erfahren, welche emotionale Befindlichkeit Ausgrenzung bei Betroffenen bewirkt. Wenn du dasselbe Gefühl nicht bei anderen in der Realität durch rassistische, homophobe etc. Äußerungen und Handlungsweisen hervorrufen möchtest, unterlasse dies in Zukunft.« In der Praxis scheinen solche Strategien insofern zu »funktionieren«, als Teilnehmer/innen signalisieren, die Konsequenzen (ihres) ausgrenzenden Verhaltens auf andere verstanden zu haben und dies unterlassen zu wollen. Dieser pädagogische Erfolg basiert allerdings auf der aktiven Ausblendung des Zusammenhangs zwischen der subjektiven Akzentuierung von (ideologisch formierten) Prämissen in gesellschaftlichen Verhältnissen mit ihren Interessengegensätzen und Widersprüchen.

Die Ausblendung von »Gesellschaft« wird auch durch die Vorstellung verstärkt, dass außerschulische Bildungsarbeit »Wert auf einen erfahrungsorientierten Zugang« legen sollte, wobei »die Vermittlung von Theorie und kognitivem Wissen« (25) in den Hintergrund rückt: »Erfahrung« wird mit Emotionalität verwoben und in einen Gegensatz zu Kognition/Wissenserwerb gebracht. Damit gerät auch kritisch intendierte Bildungsarbeit ins Fahrwasser der »Dissoziation der Emotionen von den realen [...] Lebensbedingungen, deren subjektive Wertung sie sind«

(Holzkamp 1983, 404). Zwar ist die »Unmittelbarkeit personaler Erfahrung [...] weder in Zweifel zu ziehen noch zu hintergehen, sie ist aber hinterfragbar«, weil es »[k]eine Erfahrung [...] ohne vermittelnde Kategorien, ohne vermittelndes Weltwissen« gibt (Markard 2000, 17f). Erfahrung ist immer Erfahrung von Etwas, sie wird in mehr oder weniger weit reichenden emotionalen und Denk-Formen *gemacht*. So wird im Falle von Ausgrenzungsübungen in der Auswertung »erfahrbar gemacht«, dass Ausgrenzung – und hier kommen »Kategorien« ins Spiel – ggf. deshalb dysfunktional ist, weil man selbst nicht gerne in der Rolle der Ausgegrenzten wäre. In der pädagogischen Praxis selbst besteht also kein Gegensatz zwischen »Erfahrung« und Kognition. Dasselbe gilt für das Verhältnis von Emotion und Kognition. Zwar können Erfahrungen aufgrund der relativen Verselbständigung der psychischen Funktionsaspekte subjektiv eher kognitiv oder eher emotional wertend in Erscheinung treten. Es wäre aber fatal, Gefühle davon abzukoppeln, »was sie über die Lebensbedingungen des Individuums wirklich »aussagen« und diese »Verdrängungsleistung [...] als Qualität besonderer »Tiefe« des personalen Erlebens« (Holzkamp 1983, 404) zu mystifizieren. In der pädagogischen Praxis steht auch Emotion nicht im Gegensatz zu Kognition: Nur über mit bestimmten »Kategorien« operierende, während des Ausgrenzungs-Rollenspiels intrapersonal oder in der pädagogischen Auswertung ablaufende »kognitive« Reflexion *erfahren* die Teilnehmer/innen, was ihr dumpfes Gefühl bedeuten könnte. Wiederum kommt es auf die Art und Weise der »kategorialen« Vermittlung an. Dabei wäre auch zu beachten, dass die Konzentration auf interpersonale bzw. Gruppenbeziehungen *deren* Gesellschaftlichkeit ausblendet: »Die Gesellschaft ist zwar ein reales System, durch das die Lebenserhaltung des Einzelnen vermittelt ist; Gesellschaft als System ist aber für sich genommen kein anschaulicher, unmittelbarer Erfahrungstatbestand« (Markard 2000, 18; Herv. entf., KR), sondern muss unter Bezug auf Bedeutungsanalysen in den Bildungsprozess hineingeholt werden. Von da aus wären ethnopluralistische etc. Denkweisen (von Teilnehmer/innen) als in diesen Verhältnissen nahe gelegte, restriktiv-begründete erkennbar. Die Perspektive bestünde darin, mögliche Prämissen-Umakzentuierungen aufzuzeigen, die als subjektiv begründet übernommen werden *könnten*, insofern man mit der Reproduktion ideologischer Formen nicht widerspruchsfrei »auf der Seite der Sieger« (Holzkamp 1997, 294) steht.

Resümee

Angesichts der Tradition kritisch-psychologischer Praxisforschung sollten meine Anmerkungen zu einigen Dilemmata kritischer Bildungsarbeit nicht so verstanden werden, als ob sie aus individuell zu verantwortenden Unzulänglichkeiten der Praktiker/innen resultierten. Morus Markard (2000, 14) paraphrasierend gilt, dass

›individuelle pädagogische Kompetenz nicht unabhängig von der Relevanz ihrer wissenschaftlichen Referenzdisziplinen¹⁷ konzeptualisiert werden kann; tut man dies, findet eine ›gut bürgerliche‹ Personalisierung statt: Probleme des Fachs werden zu Unzulänglichkeiten der Praktiker gemacht und diesen in die Schuhe geschoben.«
Gegen die Unzulänglichkeiten der Referenz-Disziplinen antirassistischer/interkultureller Bildungsarbeit anzuarbeiten und Perspektiven emanzipatorischer Praxis aufzuzeigen, war Sinn und Zweck dieses Beitrags. Die entscheidende Aufgabe kritischer Diversity-Pädagogik besteht vor diesem Hintergrund darin, Konzepte und Bildungspraxen zu entwickeln, die die widersprüchlichen Zusammenhänge der Kategorien des AGG (als Denk- und Praxisformen) mit der Produktionsweise herstellen. Leistet antirassistisch intendierte Bildungsarbeit dies nicht, verfängt sie in der »politisch richtigen« Abwehr von Varianten des Ethnopluralismus/Rassismus im Namen von *corporate diversity* im Vorfeld des Neorassismus; »richtig politisch« (Haug) wäre das – entgegen dem eigenen Anspruch – nicht.

Literatur

- Balibar, Etienne, 1998 [1988]: Gibt es einen Neorassismus? In: Ders. u. I. Wallerstein, *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Argument Hamburg, 23–38
- Becker, Julia, Ulrich Wagner und Oliver Christ, 2007: *Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit*, http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Ergebnisse_Nationalismus_2006.pdf [10.5.2008]
- Bericht der unabhängigen Kommission »Zuwanderung«, 2001: http://www.integration.nrw.de/publikationen/Weitere_Publikationen/Suessmuth_Kommission/index.php [8.4.2008]
- BMFSJ – Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugendliche, 2007: *Bundesprogramm Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Leitlinien zum Programmbeereich »Modellprojekte: Jugend, Bildung und Prävention«*, http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e4478/Leitlinie_Modellprojekte.pdf [10.5.2008]
- Candeias, Mario, 2004: *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*, Argument Hamburg
- Charta der Vielfalt, 2006: <http://www.charta-der-vielfalt.de/> [10.5.2008]

17 Ihre fachlich-konzeptionellen Grundlagen bezieht Bildungsarbeit u. a. aus Erziehungs- und Politikwissenschaften, Soziologie und Psychologie.

- Dörre, Klaus, 2006: Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft – Ursache einer rechts-populistischen Unterströmung? In: P. Bathke u. S. Spindler (Hg.): *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa*, Dietz Berlin, 153–166
- Elverich, Gabi, und Karin Reindlmeier, 2006: »Prinzipien antirassistischer Bildungsarbeit« – ein Fortbildungskonzept in der Reflexion. In: Dies. u. A. Kalpaka (Hg.): *Spurensicherung – Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft*, Verlag für Interkulturelle Kommunikation Frankfurt/M-London, 27–62
- fzs – freier Zusammenschluss von studentinnenschaften, 2008 [2005]: *Die Existenz sozialverträglicher Studiengebühren kann weder empirisch noch theoretisch nachgewiesen werden*, http://www.fzs.de/themen/studiengebuehren/gebuehren_hintergrund/1079 [10.5.2008]
- Haug, Wolfgang Fritz, 1986: *Faschisierung des Subjekts*, Argument Hamburg
- Ders., 2000 [1992]: Zur Dialektik des Antirassismus. In: N. Rätzhel (Hg.), *Theorien über Rassismus*, Argument Hamburg, 74–103
- Hall, Stuart, 2000 [1989]: Rassismus als ideologischer Diskurs. In: N. Rätzhel (Hg.), *Theorien über Rassismus*, Argument Hamburg, 7–16
- Herbert, Ulrich, 1999: *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des ›Ausländer-Einsatzes‹ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Dietz Bonn
- Hentges, Gudrun, und Jörg Flecker, 2006: Die Sirenen-Gesänge des europäischen Rechtspopulismus. In: P. Bathke u. S. Spindler (Hg.), *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa*, Dietz Berlin, 122–147
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1997 [1994]: Antirassistische Erziehung als Änderung rassistischer »Einstellungen«? – Funktionskritik und subjektwissenschaftliche Alternative. In: ders., *Schriften I. Normierung, Ausgrenzung, Widerstand*, Argument Hamburg, 279–299
- Kaindl, Christina, 2006: Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzepte für die extreme Rechte? In: P. Bathke u. S. Spindler (Hg.), *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa*, Dietz Berlin, 60–75
- Kalpaka, Anita, 2003: Stolpersteine und Edelsteine in der interkulturellen und antirassistischen Bildungsarbeit. In: W. Stender, G. Rohde u. Th. Weber (Hg.), *Interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit. Projekterfahrungen und theoretische Beiträge*, Brandes und Apsel Frankfurt/M, 56–79
- Karakayali, Serhat, und Vassilis Tsianos, 2002: Migrationsregimes in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus. In: M.

- Bojadzije u. A. Demirovic (Hg.), *Konjunkturen des Rassismus*, Westfälisches Dampfboot Münster, 246–267
- Krüger-Potzratz, Marianne, 2005: Migration als Herausforderung für Bildungspolitik. In: R. Leiprecht u. A. Kerber (Hg.), *Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch*, Wochenschau Verlag Schwalbach, 56–82
- Leiprecht, Rudolf, und Helma Lutz, 2005: Intersektionalität im Klassenzimmer: Ethnizität, Klasse, Geschlecht. In: R. Leiprecht u. A. Kerber (Hg.), *Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch*, Wochenschau Verlag Schwalbach, 218–234
- Markard, Morus, 2000: Praxisausbildung im Studium oder die Frage nach den Umständen, unter denen man aus Erfahrung klug werden kann. In: ders. u. ASB, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg, 9–27
- Miles, Robert, 2000 [1989]: Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus. In: N. Rätzsch (Hg.), *Theorien über Rassismus*, Argument Hamburg, 17–33
- Ders., 1991: *Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs*, Argument Hamburg
- Morgenstern, Christine, 2002: *Rassismus – Konturen einer Ideologie. Einwanderung im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland*, Argument Hamburg
- Nieke, Wolfgang, 2000: *Interkulturelle Erziehung und Bildung. Wertorientierung im Alltag*, Leske + Budrich Opladen
- Priester, Karin, 2003: *Rassismus. Eine Sozialgeschichte*, Reclam Leipzig
- Rehmann, Jan, 2004: Ideologietheorie. In: W.F. Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 6/I*, Argument Hamburg, 717–757
- Reindlmeier, Karin, 2006: »Wir sind doch alle ein bisschen diskriminiert!« Diversity-Ansätze in der politischen Bildungsarbeit, in: *Widersprüche* 104, 25–36
- Reißlandt, Carolin, 2002: Kontroversen über Zuwanderung: Migrations- und Integrationspolitik unter neuen Vorzeichen? In: Chr. Butterwegge, J. Cremer, A. Häusler, G. Hentges, T. Pfeiffer, C. Reißlandt u. S. Salzborn (Hg.), *Themen der Rechten, Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein*, Leske + Budrich Opladen, 11–42
- Stanat, Petra, Cordula Artelt, Jürgen Baumert, Eckhard Klieme, Michael Neumann, Manfred Prenzel, Ulrich Schiefele, Wolfgang Schneider, Gundel Schümer, Klaus-Jürgen Tillmann und Manfred Weiß, 2000: *PISA 2000. Die Studie im Überblick. Grundlagen, Methoden Ergebnisse*, http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/PISA_im_Ueberblick.pdf [10.5.2008]

-
- Statistisches Bundesamt, 2006: *Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Auszug aus Teil I*, <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Datenreport/Downloads/1ErwArbeitslos,property=file.pdf> [10.5.2008]
- Staud, Toralf, 2006: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Kiepenheuer und Witsch Köln
- Stuber, Michael, 2005: *Diversity: Mode oder Muss?*, http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_337.asp [10.5.2008]
- Wiegel, Gerd, 2006: Moderner Rechtsextremismus Fehlanzeige? Volksgemeinschaft und »Antikapitalismus« als Erfolgskonzepte der NPD. In: P. Bathke u. S. Spindler (Hg.): *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa*, Dietz Berlin, 76–83

Gesa Köbberling

Beratung von Opfern rechter Gewalt zwischen politischer Intervention und psychosozialer Betreuung

Im vorliegenden Beitrag soll zunächst untersucht werden, wie gesellschaftliche Bedingungen in die subjektive Erfahrung rechter Gewalt eingehen. Anschließend wird gezeigt, wie im Rahmen der Arbeit des Vereins *Opferperspektive* die verschiedenen Dimensionen berücksichtigt werden und welche praktischen Widersprüche und Probleme sich dabei ergeben. Die *Opferperspektive* berät und unterstützt Opfer rechter Gewalt in Brandenburg, dokumentiert Vorfälle und greift in lokale und überregionale Diskurse zum Thema ein.¹ Das Team besteht derzeit aus sieben Mitarbeitern, die sich fünfeinhalb Stellen teilen. Entstanden ist das Projekt 1998 zunächst als vierköpfige, unentgeltlich arbeitende Gruppe mit der Motivation, »den zum Alltag gewordenen Zustand einer permanenten Bedrohung und Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen« nicht hinzunehmen (Opferperspektive 1999, 46) und dem wachsenden Einfluss rechter Ideologie und Alltagskultur etwas entgegenzusetzen. Durch direkte Unterstützung der Opfer, Förderung von Sensibilisierungs- und Solidarisierungsprozessen und Stärkung der Selbstorganisation von Betroffenen Gruppen soll dem entgegengewirkt werden. Es soll die Alternative gestärkt werden, dass sich die Betroffenen nicht aus dem gesellschaftlichen Leben zurückziehen, sondern rechten Gewalttätern und ihren Sympathisanten langfristig die Basis entzogen wird, indem regional politische und kulturelle Kräfteverhältnisse verschoben werden. Der Zusammenhang von rechter Gewalt, strukturellem Rassismus und alltäglichen Ressentiments soll thematisiert und die Perspektive der Betroffenen für weite gesellschaftliche Kreise wahrnehmbar gemacht werden (z. B. Wendel 2001).

Einen Hintergrund des Projekts bildet die kritische Auseinandersetzung mit der zur Gründungszeit des Vereins vorherrschenden Täterzentrierung in der Diskussi-

1 Ich bin im Verein seit 2006 tätig.

on um Rechtsextremismus. Während im »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« (AgAG) vor allem auf (akzeptierende) Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen gesetzt wurde, sollten nun die Opfer rechter Gewalt in den Blickpunkt gerückt werden. Dieser Ansatz fand Eingang ins Bundesprogramm CIVITAS, das 2001 das AgAG ablöste. In allen ostdeutschen Bundesländern und in Berlin entstanden Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt.² Nach Auslaufen des CIVITAS-Programms war zunächst unklar, ob die Projekte weiter bestehen bleiben. Seit Mitte 2007 wird die *Opferperspektive*, wie fast alle ehemals CIVITAS-finanzierten Opferberatungsprojekte in den ostdeutschen Bundesländern, durch das Bundesprogramm »Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus«, Landesmitteln sowie Spendengeldern finanziert. Das neue Bundesprogramm bedeutet insgesamt eine deutlich schlechtere finanzielle Ausstattung und größere Abhängigkeit von der jeweiligen Landesregierung. Das Spannungsfeld zwischen Abhängigkeit von staatlicher Förderung und einem Problemverständnis, das auch Kritik staatlicher Politik einschließt, hat sich damit weiter verschärft.³

Seit Gründung des Vereins *Opferperspektive* hat sich der gesellschaftliche Diskurs um rechte Gewalt verschoben. Die »verstehende« Täterzentrierung wurde abgelöst durch die Forderung nach härteren Strafen.⁴ Gleichzeitig ist das mediale Interesse an den Opfern gestiegen. Dies ist teilweise das Resultat des CIVITAS-Programms und entspricht Entwicklungen in Kriminologie und Justiz. Die Beschäftigung mit den Bedürfnissen und Erfahrungen der Opfer von Straftaten, insbesondere mit psychologischen Dimensionen wie »Traumatisierung«, wurde verstärkt. Dieses veränderte Problemverständnis beinhaltet jedoch nach wie vor keine Verbindung der rechten Gewalt und der Situation ihrer Opfer mit gesellschaftlichen Bedingungen, sondern legt vielmehr – nun unter anderen Vorzeichen – eine Psychologisierung nahe und orientiert damit die Opferhilfe ausschließlich auf psychosoziale Hilfen.

Der Ansatz der *Opferperspektive* ist jedoch nicht psychologisches Handeln, sondern ist eher politisch ausgerichtet, obwohl bei der Unterstützung der Betroffenen auch psychologische Dimensionen relevant werden. Zwischen »psychologischen« und »politischen« Momenten entsteht praktisch oft ein Spannungsverhältnis: Wie kann Psychologisches adäquat bestimmt und bearbeitet werden, ohne blind dem Druck der »Psychologisierung« und Entpolitisierung nachzugeben?

- 2 Zur Ausrichtung von CIVITAS und programmatischen Widersprüchlichkeiten siehe Misbach (2003, 41–45).
- 3 Schon in der Zeit von CIVITAS wurde die Finanzierung eines Plakats, auf welchem ein Zusammenhang von rechter Gewalt und staatlicher Abschiebep Praxis hergestellt wurde, zurückgezogen.
- 4 Im Sommer 2007 brachten die Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat ein, die eine Strafverschärfung für rechts motivierte Straftaten vorsieht.

Subjektive Erfahrung rechter Gewalt im Medium gesellschaftlicher Bedeutungskonstellationen

Wie lässt sich der Zusammenhang zwischen individueller Gewalterfahrung und ihrer Bewältigung mit gesellschaftlichen Strukturen konzeptionalisieren? Die Frage nach der *Erfahrung* rechter Gewalt setzt den Standpunkt des Subjekts als theoretischen Ausgangspunkt. Die subjektive Erfahrung (rechter Gewalt) ist nicht als unhintergehbare Letzttheit zu verstehen: Erfahrungen werden vermittelt durch praktische und versprachlichte gesellschaftliche Bedeutungen, die zu rekonstruieren sind. Forschungsgegenstand »ist nicht das Subjekt, sondern die Welt, wie das Subjekt sie – empfindend, denkend, handelnd – erfährt, und wie sie eben durch Aufschlüsselung von Erfahrung fassbar wird« (Markard 2000, 20). Wenn im Folgenden versucht wird, die Erfahrung rechter Gewalt als gesellschaftlich-spezifische Leidenserfahrung begreifbar zu machen, stellt sich die Frage nach konkreten Handlungsmöglichkeiten und Behinderungen, die die Individuen in ihrer Lage erfahren. Weiter ist zu fragen, wie das Subjekt diese von seinem Standpunkt aus wahrnimmt und sie als Handlungsgründe subjektiv relevant werden. Handlungsmöglichkeiten sind in ihrem widersprüchlichen Verhältnis zu Handlungsbehinderungen nicht offensichtlich. »Gesellschaftliche Verhältnisse strukturieren [...] Lebenstätigkeiten und Denkweisen der Gesellschaftsmitglieder, diese Strukturiertheit ist selber aber nicht anschaulich.« (18; vgl. 1988, 72)

Zu den spezifischen subjektiven Folgen rechter Gewalt für Betroffene gibt es bezogen auf Deutschland bislang kaum Forschung⁵. Im englischsprachigen Raum wird der Begriff *hate crime* oder *bias crime* für entsprechende Phänomene verwendet. In der viktimologischen wie in der *hate crime*-Forschung, vor allem aus Großbritannien und den USA, stehen unterschiedliche theoretische Bezüge und Forschungszugänge nebeneinander. Diese Ansätze heben jedoch alle die Notwendigkeit hervor, Gewalterfahrungen nicht isoliert, sondern in ihrem (gesellschaftlichen) Kontext zu verstehen, sowie die Reaktionen des sozialen und gesellschaftlichen Umfelds auf einen Angriff in ihrer Bedeutung für die Betroffenen zu berücksichtigen. Subjektwissenschaftlich wären diese verschiedenen Ansätze zu systematisieren, kritisch aufzuarbeiten und zueinander ins Verhältnis zu setzen. Dies erschöpfend umzusetzen würde jedoch den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Die *hate crime*-Forschung stellt sich u. a. die Frage, ob und inwiefern sich die Erfahrung von *hate crime* von der »normaler« Kriminalität unterscheidet. Die Schwere subjektiver Folgen bzw. psychischer Reaktionen auf Viktimisierung hin-

5 Ausnahmen sind z. B. Strobl 1998, Böttger u. a. 2007.

gen nicht nur von »Disposition« und Schwere der Viktimisierung, sondern maßgeblich auch von der Art des Deliktes (Eigentumsdelikt, Körperverletzung, sexuelle Gewalt) ab (vgl. Haupt u. a. 2003, 31f). Studien, die die Auswirkung von Delikten mit diskriminierendem Hintergrund mit Delikten ohne diesen vergleichen (McDevitt u. a. 2001; Herek u. a. 2002), kommen zu dem Schluss, dass die von diskriminierenden Delikten Betroffenen länger zur Erfahrungsverarbeitung bräuchten und insbesondere das »Selbstkonzept« betreffen. – Die Frage nach spezifischen Bedeutungskonstellationen, die in die Erfahrung rechter Gewalt eingehen, macht diese Ergebnisse für eine subjektwissenschaftliche Re-/Interpretation interessant.

Rechte Gewalt basiert auf der Ablehnung bzw. Abwertung bestimmter Menschengruppen auf Grundlage nationalistisch-faschistischer Ideologien. Menschen werden aus rassistischen oder antisemitischen Motiven angegriffen, aber auch Menschen mit Behinderung, Obdachlose, politische Gegner, Homosexuelle und Jugendliche, die alternativen oder nicht rechten Jugendkulturen angehören, trifft die Gewalt. Die *Opferperspektive* arbeitet mit Kriterien für die Einordnung eines Vorfalls als »rechte Gewalt«, die nicht etwa den Grad der Organisierung in einer rechten Szene oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei oder Gruppierung des Täters als ausschlaggebend begreifen, sondern das Motiv der Gewalttat. Diese Definition entspricht dem neuen Meldesystem für politisch motivierte Straftaten, welches 2001 von der Innenministerkonferenz (IMK) beschlossen wurde (vgl. Holzberger/Kleffner 2004). So kommen in der offiziellen Einordnung der Straftaten »Prämissen« der Täter vor, indem auf das Motiv Bezug genommen wird, das aber wiederum als Voraussetzung einer bloß individuellen Entscheidung aufgefasst und dadurch personalisiert wird. Versucht werden müsste eine Vermittlung der subjektiven Prämissen mit gesellschaftlichen Bedeutungen, aus denen sie subjektiv ausgegliedert werden: also institutionelle Anordnungen, gesellschaftliche Arbeitsteilung, durch öffentliche Diskurse oder spezifische rechte Politikprojekte nahe gelegte Denkweisen über die potenziellen Opfer etc.⁶

Praktisch ist die Einordnung der erlebten Straftaten nicht immer ganz einfach. Am Anfang des Beratungsprozesses ist die gemeinsame Klärung mit den Betroffenen, ob es sich um einen rechtsmotivierten Angriff handelt, zentral. Es wird diskutiert, welche anderen Hintergründe in Frage kommen und aus welchen Gründen der Betroffene der Meinung ist, dass z. B. Rassismus die ausschlaggebende Motivation war. Sind vor oder während der Tat entsprechende Kommentare oder Beleidigungen gefallen? Gibt es eine Vorgeschichte?⁷ Schwierigkeiten tauchen dort

6 Vergleiche zu diesen Fragen auch den Beitrag von Katrin Reimer im vorliegenden Band.

7 Willems und Steigleder (2003) arbeiten anhand einer empirischen Analyse von Täter-Opfer-Konstellationen einige Hinweise für die Frage, ob es sich um »Jugendkonflikte oder Hate Crime« handelt

auf, wo eine Vermischung verschiedener Motive angenommen werden kann oder der rechte Hintergrund eskalierend wirkt. Zum Beispiel wurde ein Vietnameser überfallen, um ihm Zigaretten zu rauben, die er zum Kauf anbot. Dabei gingen die Täter weitaus brutaler vor, als für den Zweck des Raubes »notwendig«. Sie schlugen und traten das Opfer, als es schon bewusstlos am Boden lag und verletzten es mit Messerstichen lebensgefährlich. In einigen Fällen nimmt die *Opferperspektive* die erste Einordnung als rechtsmotivierten Fall zu einem späteren Zeitraum zurück, beispielsweise weil im Beratungsverlauf neue Informationen über die Hintergründe aufkommen, die einen anderen Tathintergrund, z. B. einen vorangegangenen Streit aus anderem Grunde, wahrscheinlicher machen.

In die polizeiliche Einordnung gehen insgesamt weniger Hintergrundinformationen ein, als der *Opferperspektive* durch die Beratungsarbeit zur Verfügung stehen, daher divergieren die Zahlen zum Umfang rechter Gewalt. Erstere stufen Delikte entgegen den offiziellen Kriterien oft noch immer nur dann als »rechtsmotiviert« ein, wenn die Täter sich bekanntermaßen in Kreisen der organisierten Rechten bewegen (vgl. hierzu auch Wendel o. J.).

Rechte Gewalt zeichnet sich dadurch aus, dass sich die Tat auf die Gruppe bezieht, der der Täter das Opfer zurechnet. Die den Grund für die Gewalttat abgebende Abwertung bestimmter Menschengruppen weist über die einzelne Gewalttat hinaus. So führen Hall (2005, 68f) und Craig-Henderson u. a. (2003) die lange Tradition rassistischer Ideologien als wesentlichen Aspekt des Umstandes an, dass »hate crimes« schwerer wiegen als andere Gewalterfahrungen. Die Ideologien der Ungleichwertigkeit finden sich nicht nur unter Schlägern einer mehr oder weniger organisierten Rechten. Sie gehen auch in die Asylgesetzgebung und Abschiebep Praxis sowie in Denkweisen über »Ausländerkriminalität«, »linke Randalierer« oder »arbeitsscheue« und »dreckige« Punks ein und legitimieren verringerte Sozialleistungen für Asylbewerber. Sie scheinen den Tätern gesellschaftliche Legitimation für ihr Handeln zu geben und gehen in die Prämissenkonstellation der Gewalterfahrung ein: Rechte Gewalt transportiert eine Botschaft, die sich an das angegriffene Individuum und die gesamte Gruppe, zu der es gezählt wird, richtet (vgl. Hall 2005, 68). So kann sich die Gewalt auch auf die gesamte Gruppe auswirken (»kollektive Viktimisierung«).

heraus. Im Gegensatz zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendgruppen sei für fremdenfeindliche Gewalt ein asymmetrisches Täter-Opfer-Verhältnis typisch. Täter und Opfer kennen sich in der Regel nicht und die Kräfteverhältnisse seien nicht ausgeglichen. Die Gewalt ereigne sich nicht »zwischen gleichgroßen Gruppen von männlichen Jugendlichen mit ähnlichen Problemen (z. B. Arbeitslosigkeit) und vergleichbaren Handlungskompetenzen hinsichtlich einer gewalttätigen Konfliktaustragung« (26).

Das hinter der Gewalt stehende Strukturmoment von *bias crime* ist nicht unmittelbarer Gegenstand der Erfahrung der Betroffenen. Den Angriff als »biased« zu begreifen, kann zunächst subjektiv entlastend sein, weil deutlich wird, dass die Betroffenen keine Schuld trifft. Die Realisierung, dass sich die Gewalt bspw. auf die Hautfarbe bezieht und die rassistischen Denkweisen, die für die Verübung der Gewalttat handlungsleitend waren, nicht nur von dem individuellen Täter bzw. der Tätergruppe vertreten werden, sondern in Prämissenkonstellationen der »breiten Bevölkerung« eingehen, können auf der anderen Seite Angst vor wiederholten Angriffen und das Gefühl des Ausgeliefertseins begründen.⁸

Das Konzept der *Opferperspektive* setzt an der subjektiven Erfahrung und den in sie eingehenden Strukturmomenten an. Individuelle und gesellschaftliche Dimensionen im Problemverständnis und in der Beratungsarbeit zusammenzuhalten ist unter den bestehenden Kräfteverhältnissen jedoch vielfältig erschwert, wodurch individualisierende Beratungs- und Bewältigungsstrategien befördert werden. Dies soll im Folgenden ausgeführt werden.

Bewältigung der Erfahrung im Spannungsfeld restriktiver vs. verallgemeinerter Handlungsfähigkeit

Die subjektive Problematik der Viktimisierung kann als fundamentale Erfahrung radikaler Beschränkung von Handlungsfähigkeit gesehen werden. Die Bewältigung der Gewalterfahrung lässt sich dann als Versuch der Wiedererlangung von Handlungsfähigkeit fassen. In der viktimologischen Forschung wird betont, dass es maßgeblich von der sozialen Unterstützung für das Opfer, den spezifischen Bedingungen in seinem sozialen Umfeld sowie den Erfahrungen vor und nach der Tat abhängt, wie gut die Tat verarbeitet werden kann (vgl. Haupt 2003, 31f; Richter 1997, 209–217). Die Bedingungen der Verarbeitung der Gewalterfahrung sind in der Regel bei Opfern rechter Gewalt besonders schlecht: Die Situation typischer Betroffenenengruppen, beispielsweise eines arbeitslosen jugendlichen Punks oder eines von Abschiebung bedrohten und unter Residenzpflicht lebenden Asylbewerbers zeichnet sich durch spezifische Einschränkungen von Handlungsmöglichkeiten und dem Ausschluss von gesellschaftlichen Verfügungsmöglichkeiten aus. Die »Verarbeitung« unterstützen kann praktische Hilfe wie auch gesellschaftliche Anerkennung des erfahrenen Leids (vgl. Haupt 2003, 31f; Richter 1997, 209–217).

An beiden Punkten setzt der Verein *Opferperspektive* mit seinem Angebot an.

8 Diese Dimensionen wurden in Beratungsgesprächen, die ich geführt habe, von vielen Betroffenen als besonders relevant für die Opfererfahrung formuliert. Eine fundierte Analyse der spezifischen Erfahrung rechter Gewalt kann hier leider nicht geleistet werden.

Das bedeutet zuallererst: auf die Angegriffenen zugehen und ihnen zeigen, dass [...] es Menschen gibt, [...] die Anteil nehmen, aber nicht vor Betroffenheit gelähmt sind, sondern den Versuch unternehmen, die Sichtweise der Angegriffenen nachzuvollziehen. Nur so kann gemeinsam mit den Angegriffenen überlegt werden, was helfen könnte.⁹ (Opferperspektive 2001)

Nahe liegende Strategien im Umgang mit einem rechten Angriff, die im Rahmen der Beratung von den Betroffenen geschildert werden, sind Rückzug, verstärkte Vorsichtsmaßnahmen (z. B. abends nur noch in Gruppen ausgehen, Stadtfeste meiden) und Anpassungsversuche (z. B. weniger auffällige Kleidung, keine politische Positionierung). Weitere Reaktionen sind ein verstärktes Misstrauen oder verstärkter Alkoholkonsum, um die allgegenwärtige Angst zu betäuben. Begünstigt werden solche »restriktiven« Bewältigungsversuche (s. u.) durch Reaktionen aus dem Umfeld, so durch Schuldzuweisungen an die Betroffenen oder Negierung des Problems durch lokale Verantwortungsträger, wenn für diese etwa im Vordergrund steht, Schaden von der öffentlichen Wahrnehmung der Kommune abzuwenden, indem deren Stigmatisierung als »rechte Hochburg« o.ä. vermieden werden soll. Auch die lokalen Kräfteverhältnisse, die sich darin zeigen, wieweit rechte Ideologie in die Alltagskultur eingedrungen ist und bspw. Anlaufpunkte für Punks und andere nicht-rechte Jugendliche fehlen, spielen eine Rolle bei der Frage, wie die Betroffenen von rechter Gewalt ihre Erfahrungen »bewältigen« können. (vgl. Opferperspektive 1999, 49ff). *Opferperspektive* (2001) formuliert als Unterstützungsziel,

den Angriffen so weit wie möglich ihre Wirkung zu nehmen. Also den Angegriffenen Wege zu organisieren, so dass sie nicht in einer passiven Opferrolle verharren und sich aus dem Leben zurückziehen. Ihnen Instrumente an die Hand geben, mit denen sie ein Stück weit die Kontrolle über ihr Leben zurückgewinnen und wieder selbstbestimmt Handelnde werden können.

In dem Maße, wie Bewältigungsformen dazu führen, sich »unsichtbar« und eigene politische Positionen nicht kenntlich zu machen, können sie als »restriktiv« bezeichnet werden; oft gehen sie mit entsprechenden Emotionen und Denkweisen einher: Personalisierungen (oft bezogen auf die eigene Person), gedankliches Isolieren, Angst als dauernder emotionaler Hintergrund, vor dem die Konfrontation mit »gefährlichen« Orten und Personen, aber auch eigene »gefährliche« Interessen vermieden und verdrängt werden.

9 Die *Opferperspektive* arbeitet in der Regel aufsuchend. D. h. sie recherchiert aktiv Fälle und versucht, mit den Betroffenen Kontakt aufzunehmen. Dieses Vorgehen entspricht der häufigen Situation von Opfern rechter Gewalt, die z. B. durch mangelnde Mobilität und wenig Information über Beratungsangebote gekennzeichnet ist. Die sich z. T. daraus ergebenden Schwierigkeiten (z. B. die Gefahr, die Intimsphäre der Betroffenen zu verletzen und das Gefühl zu vermitteln, sich dem Beratungsangebot nicht entziehen zu können) können hier nicht ausgeführt werden.

Restriktive Verarbeitungsformen sind nicht nur für die Betroffenen mit hohen psychischen und sozialen Kosten verbunden und in der Regel langfristig nicht erfolgreich, sondern tragen ungewollt auch zur Verfestigung der bestehenden Bedingungen bei: Nicht zuletzt verstärkt das »unsichtbar machen« von Opposition zu rechten Vorstellungen und Praxisformen die lokale Hegemonie letzterer (vgl. Opferperspektive 1999, 2001).¹⁰

(Psycho)soziale Beratung und Unterstützung von Betroffenen

Im Folgenden soll die Beratungsarbeit im Hinblick auf die Frage dargestellt werden, inwiefern sie dazu beitragen kann, dass erweiterte Handlungsmöglichkeiten für die Betroffenen realisierbar werden und wie dabei gesellschaftliche und individuelle Dimensionen vermittelt werden. Es sollen zunächst mögliche Funktionen, Möglichkeiten und Grenzen der Verständigung über die Problemsicht sowie pragmatische Unterstützungsmöglichkeiten im Rahmen der Beratung diskutiert werden. Daraufhin sollen mögliche Begründungsmuster diskutiert werden, die zur Akzentuierung unterschiedlicher Handlungsmöglichkeiten führen. Es soll gezeigt werden, wie unter bestehenden Kräfteverhältnissen die Realisierung von Handlungsmöglichkeiten in Richtung auf verallgemeinerte Handlungsfähigkeit erschwert ist. Schließlich geht es um die Frage, wie diese Kräfteverhältnisse beeinflusst werden können und welche Widersprüche im Beratungshandeln dabei bestehen.

Diese Fragen werden anhand eines Fallbeispiels aus der Beratung diskutiert. Grundlage der kursiv gesetzten Fallschilderung sind Notizen, die während und kurz nach Beratungsgesprächen gemacht wurden. In wörtliche oder indirekte Rede wurden Aussagen gesetzt, die in der Dokumentation der Beratungsgespräche als Zitate gekennzeichnet wurden. Zwar wurde versucht, wortgenau zu dokumentieren, durch die Form der Datensicherung sind leichte Abweichungen jedoch nicht auszuschließen. Erschwerend kommt hinzu, dass Teile der Beratungsgespräche nicht auf deutsch geführt wurden. In der Übersetzung kann also auch eine Fehlerquelle liegen.

10 Wenn beispielsweise ein Imbissbetreiber nach einem Brandanschlag den Ort verlässt, kann das als Erfolg für das rechte Projekt, »national befreite Zonen« zu errichten, gewertet werden. Wenn linke Jugendliche als Reaktion auf einen Angriff sich nicht mehr öffentlich positionieren, oder ein bislang sich als links verstehender Jugendclub als Vorsichtsmaßnahme eher »unpolitisch« agiert, verschwinden im jeweiligen Ort zunehmend sichtbare Alternativen zum rechten Mainstream. Das Problem ist nicht auf individueller Ebene zu lösen, indem den Betroffenen der Wegzug oder »Anpassung« negativ vorgehalten wird. Vielmehr muss hier die Frage gestellt werden, unter welchen Bedingungen Alternativen bestehen.

Neben dem Fallbeispiel werden ergänzend weitere Schilderungen aus der Beratungsarbeit herangezogen, wenn es zur Erläuterung bestimmter Argumentationszusammenhänge nötig erscheint.

Herr und Frau M leben mit ihren beiden Kindern (ein und fünf Jahre alt) seit sechs Jahren als Asylsuchende in einer kleinen Stadt in Brandenburg. Im ersten Beratungsgespräch schilderte Herr M, dass die Familie auf dem Weg zum Einkaufen war, als eine Gruppe Bier trinkender Personen sie mit den Worten »Scheiß-Neger« und »Geht zurück nach Afrika« beschimpfte und sich ihnen in den Weg stellte. Als er sich durch die Gruppe drängelte, schlug ihm ein Mann auf den Arm. Eine Frau hob eine Bierflasche über den Kopf von Frau M.

Im weiteren Gespräch berichtete Herr M, fast täglich als »Nigger« beschimpft zu werden. Normalerweise höre er weg und denke sich, dass das »dumme Leute« seien. Aber »wie sollen meine Kinder in dieser Stadt aufwachsen? Es kann so nicht weiter gehen!«

Als weiteren Problembereich beschrieben Herr und Frau M, dass sie auch nach dem Vorfall immer wieder auf die Angreifer träfen. Insbesondere das Verhalten einer jungen Frau, die an dem Vorfall beteiligt gewesen sei, sei schwer zu ertragen. Dieses Mädchen schaue immer abfällig, wenn sie sich auf der Straße träfen, zeige auf die Familie, kichere und flüstere mit ihren Freundinnen.

In späteren Beratungsgesprächen thematisierten Herr und Frau M die prekäre aufenthaltsrechtliche Situation, die soziale Isolation im Ort und alltägliche Beleidigungen als wesentliche Leidenserfahrung.

Im weiteren Beratungsverlauf wurden folgende Unterstützungsleistungen mit der Familie M abgesprochen: Zunächst wurde ein Antrag auf Schmerzensgeld gestellt, der positiv beschieden wurde. Ausgehend von der Schilderung aufenthaltsrechtlicher Probleme wurde besprochen, ob eine aufenthalts- oder sozialrechtliche Beratung weiterhelfen könnte. Die Familie war jedoch in dieser Hinsicht gut betreut. Ein weiteres Thema war der von Herrn M geäußerte Wunsch nach einem Wohnortwechsel. Im Rahmen der Beratung wurde angeboten, einen Antrag auf »Umverteilung« in einen anderen Landkreis zu unterstützen.¹¹ Sowohl bei der polizeilichen Zeugenvernehmung als auch später bei der Gerichtsverhandlung versäumten die Zuständigen, Dolmetscher zu bestellen, worauf die Beraterin intervenierte und ein neuer Termin mit Dolmetscher verabredet werden musste. Für die Vertretung im Strafprozess wurde ein Anwalt vermittelt, Herr M trat als Nebenkläger auf, was ihn in

11 Der aufenthaltsrechtliche Status der Familie ist mit einer »Wohnortauflage« verbunden, d. h. der Wohnort ist nicht frei wählbar, sondern folgt einer »Verteilung« von Asylbewerbern auf alle Landkreise nach einem bestimmten Schlüssel. Ausnahmen sind besonders zu begründen.

die Position versetzte, über die Zeugenaussage hinaus das Wort zu ergreifen. Er nutzte die Möglichkeit, im Anschluss an das Plädoyer seines Anwaltes, seine Sicht auf den Vorfall zu schildern und den Angeklagten direkt anzusprechen.

Ein wesentlicher Teil der Beratungsgespräche dient der Verständigung über die Problemwahrnehmung. Wie oben geschildert, spielt zu Beginn des Beratungsprozesses die Klärung der Frage, ob es sich um einen rechtsmotivierten Angriff handelt, eine zentrale Rolle. Das Ergebnis der gemeinsamen Klärung entscheidet darüber, ob die *Opferperspektive* beratend aktiv wird. Die Betroffenen schildern den Angriff, berichten, in welchem Kontext er für sie steht und welche subjektiven Konsequenzen er für sie hat. Gesellschaftstheoretische Analysen der Berater in Bezug auf die Konzeptionalisierung der Problemfelder rechter Gewalt bzw. Rassismus fließen in die Beratung ein und beeinflussen, welche Bereiche thematisiert werden und welche nicht.¹² Für die Betroffenen können die Beratungsgespräche eine entlastende Funktion haben. Sie können über ihre Sichtweisen, ihre Ängste und Aggressionen sprechen, ohne dass es direkte Konsequenzen in ihrem sozialen Umfeld hat, weil sich bspw. deutsche Arbeitskollegen angegriffen fühlen, wenn über Alltagsrassismus gesprochen wird. Die gemeinsame Analyse von Strukturzusammenhängen, die für den Angriff bestimmend wurden, kann z. B. von Menschen, die wenig Unterstützung für ihre Problemsicht erhalten, als stärkend erlebt werden. Aus der gemeinsamen Analyse der Situation können Handlungsoptionen entwickelt werden. Viele dieser Handlungsoptionen bewegen sich zunächst auf einer pragmatischen Ebene. In einzelnen Fällen ist es gelungen, über die Härtefallkommission einen stabilen Aufenthaltsstatus zu erwirken. Manchmal ist es notwendig, sich um Möglichkeiten der Behebung von materiellem Schaden zu kümmern, z. B. wenn ein Imbissbetreiber seine Lebensgrundlage durch einen Brandanschlag verloren hat. Manchmal hilft einem Betroffenen ein Sprachkurs oder auch die Mitgliedschaft in einem Kampfsportverein oder Fitnessclub, sich wieder sicherer zu fühlen. Die Unterstützung auf diesen Gebieten kann Handlungsmöglichkeiten für die Betroffenen erweitern. Fehlt solche praktische Unterstützung bei der Ausnutzung von Handlungsmöglichkeiten innerhalb des Bestehenden, kann ein weiteres Zurückfallen in restriktive Verarbeitungsformen subjektiv funktional werden, wodurch der subjektive Möglichkeitsraum tendenziell immer kleiner wird. Die Unterstützung innerhalb des bestehenden Rahmens kann Voraussetzung dafür sein, dass Handlungsmöglichkeiten in Richtung auf Überschreitung bestehender Verhältnisse denkbar werden.

12 Der Zusammenhang von Problemsicht der Berater und Ergebnissen der Unterstützung der Opfer muss an anderer Stelle weiter analysiert werden.

Die Rahmenbedingungen sind jedoch nicht auf individueller Ebene anzugreifen, sondern nur politisch zu verändern. Beschränkt sich die Beratung auf Unterstützungsmöglichkeiten innerhalb bestehender Bedingungen, ohne ihre Erweiterung gesellschaftlicher Dimension mitzudenken, werden relevante Problemdimensionen ausgeklammert. Das kann für Berater wie Opfer durchaus entlastend sein, da die Konzentration auf konkrete Hilfen schnell »Wirkung« erzielt. Letztlich muss die Beratung so jedoch hilflos bleiben: Die Grenzen pragmatischer Unterstützung sind sehr eng gesteckt. So lassen sich im Rahmen individueller Beratungstätigkeit weder der Alltag rassistischer Diskriminierung im lokalen Umfeld noch Abschiebeandrohungen einfach auflösen.

Subjektive Funktionalität der Ausblendung gesellschaftlicher Dimensionen

Die gesellschaftstheoretischen Vorstellungen der Berater über Problemzusammenhänge gehen als Deutungsangebote in die gemeinsame Problemanalyse ein. Da beispielsweise die aufenthaltsrechtliche Situation und die konkrete Gewalterfahrung zusammen die besondere Qualität des Erlebten ausmachen, wird z. B. Asylpolitik zum Gegenstand von Beratungsgesprächen. Dabei ist zunächst offen, ob und wie diese Deutungsangebote von den Betroffenen aufgenommen werden bzw. der Sichtweise der Betroffenen entsprechen. Es stellt sich die Frage, ob z. B. die Analyse, dass sich rassistische Einstellungen, die Hintergrund der Tat sind, auch in »normalen« Bevölkerungsschichten finden, für die Betroffenen Handlungsräume eröffnet oder eher zur Resignation beiträgt. So wichtig es auf der einen Seite sein kann, genau diese Zusammenhänge zum Thema zu machen, kann es andererseits subjektiv funktional sein, den Angriff schlicht »betrunkenen Dummköpfen« zuzuschreiben, solange es keine realistische gesellschaftliche Veränderungsperspektive gibt.¹³

Herr M berichtet, dass er jeden Tag in einem Ein-Euro-Job arbeitet, dabei Müll auf Straßen und Gehwegen sammelt, die Stadtteilzeitung austrägt und öffentliche Gebäude renoviert. Er spielt in einer Trommelgruppe, die z. B. bei Stadtfesten auftritt. »Ich trinke nicht. Das Kind geht in den Kindergarten. Ich bin immer freundlich zu den Leuten. Aber es nützt nichts. Sie mögen uns einfach nicht. Immer wieder höre ich Scheiß-Neger.«

13 Eine endgültige Klärung der Prämissen der Betroffenen konnte/kann innerhalb des Beratungsprozesses allerdings nicht geleistet werden. In welchem Maße die im Folgenden dargestellten Annahmen über Prämissen-Gründe-Zusammenhängen tatsächlich zutreffen, müsste mit Betroffenen in einem weiteren Prozess geprüft werden.

In weiteren Gesprächen beschreibt er: »Die Leute sagen, wir nehmen die Arbeitsplätze weg oder wir wollen nur Sozialhilfe bekommen. Aber wir dürfen nicht richtig arbeiten, obwohl wir wollen. Die Menschen hier (in der Stadt) mögen keine Ausländer, aber wir dürfen nicht woanders wohnen. Sie machen Affengeräusche, wenn sie uns sehen. Sie denken, wir sind keine Menschen.«

Er schilderte, dass mit dem Angriff für ihn die Grenze des Ertragbaren überschritten wurde. Er sprach mit einem Bekannten, der einige Monate zuvor ebenfalls Opfer eines rassistischen Angriffs geworden war. Dieser riet ihm, den Vorfall anzuzeigen, sich an den Ausländerbeauftragten der Stadt und die Opferperspektive zu wenden. Er sagte, er wolle sich nicht mehr beschimpfen lassen, er wolle sich nun wehren. Er beschrieb, dass er befürchte, seine Wut nicht mehr unter Kontrolle zu haben und das nächste Mal zurück zu schlagen. »Und dann komme ich ins Gefängnis.« Die Täter müssten bestraft werden und es müsse den Deutschen endlich klar werden, dass »wir auch Menschen sind!«

Aus der Schilderung wird m. E. deutlich, dass die Familie sich bisher bemühte, ein »normales« Leben zu führen. Gesellschaftspolitisches Engagement als Möglichkeit der Verfügungserweiterung ist zunächst ausgeklammert. Nach dem Angriff stellt Herr M rückblickend resigniert fest, dass es ihm nicht möglich ist, einfach ein »normales Leben« zu führen, dass sich die Probleme, auf die er stößt (rassistische Anfeindungen), nicht durch sein individuelles Verhalten lösen lassen. In den Beratungsgesprächen formulierte er zunehmend Zusammenhänge zwischen dem Angriff, den alltäglichen individuellen Abwertungserfahrungen und strukturellem Momenten wie Arbeitsverbot und Residenzpflicht¹⁴. Dadurch werden Handlungsmöglichkeiten in Richtung auf verallgemeinerte Handlungsfähigkeit denkbar – beginnend damit die »objektive Widersprüche im Denken widerspruchsfrei [abzubilden] und so im begreifenden Erkennen die Praxis zur Überwindung der widerspruchsvoll-restriktiven Verhältnisse anleiten, womit gleichzeitig immer auch ein Stück ›Psychisierung‹ gesellschaftlicher Widersprüche, Reduzierung gesellschaftlicher Antagonismen auf die bloß ›interaktive‹ Ebene aufgehoben ist« (Holzkamp 1983, 401).

Die kognitive Realisierung von Handlungsmöglichkeiten in Richtung auf verallgemeinerte Handlungsfähigkeit kann subjektiv funktional werden, wenn bspw. durch einen kooperativen Rahmen solche Handlungsoptionen tragfähig erscheinen und so ggf. auch Risiken und Bedrohungen abgedeckt werden können. So wurde die neue Problemsicht von Herrn M möglicherweise durch den Bekannten der Familie begünstigt, der ihm über das Beratungsangebot der *Opferperspektive* berich-

14 Rückblickend lässt sich schwer einschätzen, ob er Deutungsangebote der Beratung aufgegriffen hat oder die Zusammenhänge unabhängig von den Gesprächen im Beratungsprozess formuliert hat.

tet hatte. Durch die politische Praxis des Bekannten konnten möglicherweise nicht nur Perspektiven auf aktuelle Handlungsmöglichkeiten eröffnet werden, sondern auch darauf, wie und durch welche Bündnisse eine gemeinsame Erweiterung der Bedingungsverfügung erreicht werden könnte (vgl. Holzkamp 1983, 401).

Die Handlungsimpulse, die mit der Thematisierung gesellschaftlicher Widersprüche einhergehen, bleiben aber bedrohlich:

Frau M formulierte, dass es ihr lieber wäre, die Sache »auf sich beruhen« zu lassen. Sie befürchte eine weitere Eskalation der Situation durch die Gerichtsverhandlung. Sie beschrieb alltägliche Angst, die dazu führe, dass sie das Haus nur in Notfällen verlasse. Sie leide zwar darunter, keine Freunde zu haben, aber in der Stadt müsse man eben aufpassen. Dabei beschrieb sie in erster Linie allgemeine Kriminalität in der Gesellschaft als Problem, die sie im Fernsehen sehe. Sie problematisierte, dass sie ihre Kinder nie allein auf die Straße lassen zu können, weil Kindesentführung und -misshandlungen zu befürchten seien. Sie als Schwarze wären als »Außenseiter« besonders gefährdet, ihren Kindern würde niemand helfen, »weil die Menschen hier keine Afrikaner mögen.«

Für die Beratung kann diese Situation von widersprüchlichen Anforderungen (und Selbstanforderungen) gekennzeichnet sein: Einerseits ist es wichtig, zu verstehen, dass deutendes Denken innerhalb bestehender Verhältnisse für die Betroffenen subjektiv funktional sein kann und sich nicht darüber auflösen lässt, den Betroffenen zu sagen, »wie es wirklich ist« – zumal dies keineswegs eindeutig ist. D.h. die Beratung darf nicht normativ werden, indem angenommen würde, dass die eigene Sicht auf gesellschaftliche Zusammenhänge von den Betroffenen übernommen werden muss. Andererseits unterliegen die Berater ggf. ähnlichen Funktionalitäten: die Sicht auf das Problem entweder von (einigen) gesellschaftlichen Dimensionen abzukoppeln und sich auf die »Stärkung« der »Ressourcen« der Betroffenen zu konzentrieren oder sich andererseits gegenüber der erlebten Hilflosigkeit der Betroffenen zu isolieren, um sich die Grenzen des eigenen Handelns nicht zu deutlich vor Augen zu führen, können beides »restriktiv-deutende« Formen der Beratung darstellen.

Das Gefühl der Hilflosigkeit in der Beratung spitzt sich zu, wenn trotz Unterstützung Angst, Misstrauen und Vorsichtsmaßnahmen der Betroffenen so viel Raum einnehmen, dass die eigene Lebensführung maßgeblich beeinflusst wird. Was ist zu tun, wenn sich die defensiven oder resignativen Verarbeitungsformen zu selbstständigen scheinen? Sei es durch die Generalisierung von Angst, Misstrauen und allgemeiner Kriminalitätsfurcht, sei es durch die Verallgemeinerung von Rassismus als Erklärung für jeden Konflikt und jede unangenehme Erfahrung, womit eine Beeinflussung der Situation prinzipiell ausgeschlossen wird. So verständlich solche Reaktionen auf reale Bedrohungssituationen sind, so schränken sie

die Betroffenen doch stark ein. Es gelingt oft nicht, im Rahmen der Beratung eine gemeinsame Sicht der Bedrohungssituation und konkrete Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Wenn psychischer Druck, der sich nicht einfach auflösen lässt, die Beratung bestimmt, liegt eine Vermittlung an andere Beratungs- und Therapieangebote nahe. Psychosoziale Unterstützung und Beratung Einzelner kann sinnvoll sein, bleibt aber unbefriedigend, wenn er die Beratenen wie Beratenden von ihren gesellschaftlichen Bezügen isoliert, da Handlungsmöglichkeiten in Richtung verallgemeinerte Handlungsfähigkeit nur gesellschaftlich bzw. kollektiv zu erweitern sind. »Das Interesse der Opfer rechter Gewalt« kann nicht nur sein, »so gut wie möglich die Folgen eines Angriffs zu verarbeiten. Der Angriff hätte nicht geschehen dürfen und darf nicht wieder geschehen. Die gesellschaftlichen Bedingungen, die den Angriff möglich gemacht haben, müssen sich ändern.« (Opferperspektive 2001) Um den Einzelnen die Bewältigung eines gesellschaftlichen Problems nicht als individuell damit unmögliche »Aufgabe« zuzuschieben, hat die *Opferperspektive* politische Veränderungen in Form von »lokaler Intervention« und »Öffentlichkeitsarbeit« in das Konzept ihrer Tätigkeit aufgenommen.

Lokale Intervention

»Eine lokale Intervention geht in der Regel von einem konkreten Fall aus und ist mit dem oder den Betroffenen abgestimmt. Interventionen sind Maßnahmen, die darauf abzielen, das gesellschaftliche Umfeld für die Situation eines Opfers oder einer Opfergruppe zu sensibilisieren.« (Koordinator 2001, 11) Das Feld ist überaus weit gefasst und kann Gespräche umfassen, mit denen für Verständnis und Unterstützung im sozialen Umfeld der Betroffenen geworben wird, bis hin zu Öffentlichkeitsarbeit, die auf lokale oder überregionale Medien abzielt. Es werden Diskussionsveranstaltungen oder Demonstrationen mit unterschiedlichen Zielgruppen und Kooperationspartnern organisiert. In Gesprächen wird versucht, Akteure in den Kommunen, bspw. aus Kirchengemeinden, die Integrationsbeauftragten, Sozialarbeiter, politische Funktionsträger oder alternative (Jugend-)Gruppen und bestehende soziale Netzwerke für das Thema zu sensibilisieren und für die Unterstützung Betroffener zu gewinnen. Entsteht ausgehend von einem Vorfall lokales Engagement, kann das für die (potenziell) Betroffenen ein Symbol dafür sein, nicht mit dem Problem allein zu sein.

Nicht nur, weil ein Angriff in der Regel auch auf diejenigen wirkt, die wissen, dass sie »mitgemeint« sind, richtet sich das Beratungsangebot auch an diese »Mitbetroffenen«. Insbesondere wird auch das Ziel verfolgt, Betroffenen Gruppen so zu stärken, dass sie sich selbst organisieren und politisch artikulieren.

In der Stadt, in der Familie M lebt, waren einige Monate zuvor zwei andere Asylbewerber und Bekannte der Familie angegriffen worden. Anlässlich der Gerichtsverhandlung schlug einer der beiden Betroffenen vor, eine Demonstration durch die Stadt zu organisieren und bat die Opferperspektive um Unterstützung. In Absprache mit den Initiatoren wurde eine politisch engagierte Jugendgruppe zu einem Vorbereitungstreffen eingeladen. Gemeinsam entschied man sich für eine Kundgebung unter dem Motto »Gegen Rassismus und rechte Gewalt«. Die Opferperspektive moderierte die Bündnistreffen und unterstützte die Vorbereitung. Zur Kundgebung kamen Asylbewerber und alternative Jugendliche¹⁵ aus der Umgebung, Aktivisten der »Flüchtlingsinitiative Brandenburg« reisten an. Herr und Frau M hielten sich trotz Einladung bei der Vorbereitung zurück, Herr M kam aber zur Kundgebung. Auf Nachfrage bewertete er später die Veranstaltung als großen Erfolg und beschrieb als herausragende und stärkende Erfahrung, dass ein Schwarzer auf dem zentralen Platz der Stadt, der normalerweise von rechten Cliquen besetzt ist, über die Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Brandenburg sprach.

Eine lokale Intervention kann sich praktisch überaus schwierig gestalten. In vielen Orten, insbesondere im ländlichen Raum, gelingt es nicht, Personen zu finden, die bereit sind, sich auf die Perspektive der Betroffenen einzulassen und aktiv zu werden. Oft setzen auch inhaltliche Differenzen dem gemeinsamen Handeln enge Grenzen. Zentrales Ziel vieler »Bündnisse gegen rechts« ist (auch) die Imagewahrung; so kann eine Reportage in einer überregionalen Zeitung, in der Betroffene ihre Perspektive auf die lokale Situation schildern, als Affront gewertet werden. Lokale Interventionen sind nicht nur zeitaufwendig, sondern auch konfliktreich. In der Beratungsarbeit kann es subjektiv funktional sein, diesen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen und auf kommunale Intervention zu verzichten, sei es aufgrund mangelnder zeitlicher Ressourcen, fehlender Ansprechpartner, oder um nicht die wenigen Akteure vor Ort, auf die man für zukünftige Arbeit angewiesen sein könnte, zu verprellen.

Im Zusammenhang mit lokaler Intervention und fallbezogener Öffentlichkeitsarbeit wird die *Opferperspektive* oft kritisiert, Opfer rechter Gewalt für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren. Grundsätzlich sollen die politischen Interventionen nicht den Interessen der Betroffenen entgegenstehen, sondern angemessen auf deren Probleme und Erfahrungen reagieren. Im Einzelfall müssen

15 Der Begriff »alternative Jugendliche« hat sich in der Opferperspektive für Jugendliche durchgesetzt, die sich als »nicht rechts« definieren; er umfasst heterogene Gruppen von Jugendlichen: Nicht alle von ihnen wollen sich selbst als »politisch« oder »links« bezeichnen, einige wie z. B. Punks oder Skater gehören Jugendkulturen an, die als alternativ zu rechten Jugendkulturen begriffen werden können und damit – potenziell – Teil einer (kulturellen) Gegenhegemonie sein können.

mögliche Folgen für die Betroffenen sorgfältig geprüft werden: Kann ein Fernsehauftritt die Bedrohungssituation antifaschistisch engagierter Jugendlicher verschärfen? Muss ein Asylbewerber z. B. nach einer politischen Aktion, die die Lebensbedingungen in der Flüchtlingsunterkunft anprangert, mit Sanktionen rechnen? Kann Betroffenen zugemutet werden, gegenüber Journalisten über die subjektiven Folgen von Gewalterfahrungen zu sprechen? Da sich nie mit Sicherheit sagen lässt, welche Folgen eine lokale Intervention für die Betroffenen hat, kann es sinnvoll sein, auf politische Intervention zu verzichten, auch wenn diese für die Berater unproblematisch wäre.

Entsprechend werden lokale Interventionen eng mit den Betroffenen abgesprochen; ohne ihre Zustimmung wird nichts unternommen. Es sind eher Ausnahmefälle, in denen sich aus der Beratung eines Betroffenen ein verstärktes politisches Engagement von ihm und/oder seinem Umfeld entwickelt. Die Mehrzahl will explizit keine Öffentlichkeitsarbeit, sondern formuliert ausschließlich den Bedarf, individuell und praktisch unterstützt zu werden. Bspw. zieht es der Betreiber eines wiederholt beschädigten Imbisses vor, möglichst unauffällig rassistische Schriftzüge an seinem Laden zu übermalen. Er befürchtet – realistisch –, durch öffentliche Thematisierung Kundenschaft zu verlieren. Die Frage, ob mit der öffentlichen Thematisierung seiner Erfahrung eine dauerhafte Erweiterung seiner Handlungsmöglichkeiten verbunden wäre, kann zwar nur empirisch geklärt werden, ist aber zweifelhaft. Eine Positionierung scheint in näherer Zukunft eher mit Gefahren als mit Chancen verbunden zu sein und kann für ihn insofern auch nicht funktional sein.

»Erfolg« politischer Aktionen ist schwer zu bestimmen. Die Bedrohung, die von rechten Schlägern ausgeht, die Präsenz rechter Alltagskultur, alltäglicher und struktureller Rassismus lassen sich nicht einfach oder auf kurze Sicht »abschaffen«. Nach einer lokalen Intervention kann – im besten Fall – eine Verschiebung im lokalen Kräfteverhältnis verzeichnet werden, können Solidarisierungsprozesse in Gang gesetzt werden. Viele Aktivisten haben aber den Eindruck, permanent in die Defensive gedrängt zu werden. Daher bemüht sich die *Opferperspektive auch* in öffentliche Debatten zu intervenieren und so langfristig Kräfteverhältnisse zu verschieben. »Die Beratungsstellen informieren [...] gezielt über die spezifische Situation von Opfern rechtsextremer Straf- und Gewalttaten.« (Koordinator 2003, 12) Vorfälle rechter Gewalt werden dokumentiert und die aus der Beratungsarbeit gewonnene Expertise in den öffentlichen Diskurs eingebracht. Die Verbindung von rechter Gewalt und institutionellem Rassismus soll auf neue Weise, aus der Perspektive der Betroffenen in die Diskussion eingebracht werden. Insofern wirkt die Öffentlichkeitsarbeit auf die direkte Beratungstätigkeit zurück: Die Betroffenen nehmen dadurch das Projekt als potenziellen Bündnispartner für die Durchsetzung ihrer Interessen und Gewinn von Handlungsmöglichkeiten wahr.

Die Verbindung von gesellschaftskritischem und psychosozialen Handeln erweist sich als angemessen, doch gleichzeitig ist sie eine nicht endgültig lösbare Aufgabe (Holzkamp 1983, 25; Markard 2000, 15). Es kann pragmatische Gründe für die Entscheidung geben, sich auf psychosoziale Dimensionen zu konzentrieren. Problematisch wird es, wenn dadurch das Bewusstsein über deren Grenzen ausgeblendet und der grundsätzliche Widerspruch psychologischer Praxis im bloßen Sinne subjektiver Erleichterung geglättet wird. Auch in Bereichen der Beratung, die sich zunächst nur auf individuelle Dimensionen beziehen, ist die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse als übers Individuelle hinausweisend notwendig. Hilflös wird die Orientierung auf individuelle Dimensionen insbesondere dann, wenn sie blind politisch-institutionellen Umstrukturierungen des Feldes folgt, nach deren Begriffen und Methoden rechte Gewalt kein gesellschaftlich, sondern nur individuell bestimmtes Problem sei.

Literatur

- Böttger, Andreas, und Katarzyna Plachta, 2007: Bewältigungsstrategien von Opfern rechtsextremer Gewalt. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ 37/2007), <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/37/Beilage/002.html>
- Craig-Henderson, Kellina, und Lloyd Ren Sloan, 2003: After the hate. Helping psychologists help victims of racist hate crime, in: *Clinical Psychology: Science and Practice*, 10 (4) 481–490
- Hall, Nathan, 2005: *Hate Crime*, Willan Publishing Cullompton
- Haupt, Holger, Ulrich Weber, Sigrid Bürner, Mathias Frankfurt, Kirsten Luxemburg und Dörthe Marth, 2003: *Handbuch Opferschutz und Opferhilfe*, Nomos Baden-Baden
- Herek, Gregory M., Jeanine C. Cogan und J. Roy Gillis, 2002: Victim experiences in hate crimes based on sexual orientation, in: *Journal of Social Issues* 58 (2), 319–339
- Holzberger, Mark, und Heike Kleffner, 2004: War da was? Reform der polizeilichen Erfassung rechter Straftaten, in: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 77, 56–64
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Koordinator der OBS (Hg.), 2003: *Beraten-Informieren-Intervenieren. Die Arbeit der Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalttaten in den neuen Bundesländern*, CIVITAS Berlin

- Markard, Morus, 1988: Kategorien, Theorien und Empirie in subjektwissenschaftlicher Forschung. In: J. Dehler u. K. Wetzel (Hg.), *Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Psychologie*, Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft Marburg, 49–80
- Ders., 1999: Gramsci und psychologische Praxis, in: *Forum Kritische Psychologie* 40, 50–59
- Ders., 2000: Praxisausbildung im Studium oder die Frage nach den Umständen, unter denen man aus Erfahrung klug werden kann. In: ders. u. ASB: *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg-Berlin, 9–27
- McDevitt, Jack, Jennifer Balboni, Luis Garcia und Joann Gu, 2001: Consequences for the victims: A comparison of bias- and non-bias-motivated assaults, in: *American Behavioral Scientist*, 45, 647–713
- Misbach, Elène, 2003: *Individuum und Zivilgesellschaft. Zum Verhältnis von gesellschaftlichen und individuellen Dimensionen antirassistischer Bildungsarbeit*, Unveröffentlichte Diplomarbeit, FU Berlin
- Opferperspektive, 1999: Die Opfer in den Blickpunkt rücken. Von der Analyse der Tätergesellschaft zur Förderung von Solidarisierungsprozessen mit den Betroffenen. In: J. Mecklenburg (Hg.), *Was tun gegen rechts*, Elefant Press Berlin
- Dies., 2001: Das Prinzip Opferperspektive. In: Pfeffer und Salz e. V. (Hg.), *Auf den Spuren der Zivilgesellschaft – Recherchebroschüre Rechtsextremismus*, Angermünde 2001, <http://www.opferperspektive.de/Dokumente/Beitraege/446.html>
- Richter, Harald, 1997: *Opfer krimineller Gewalttaten, Individuelle Folgen und ihre Verarbeitung*. Weisser Ring Mainz
- Strobl, Rainer, 1998: *Soziale Folgen der Opfererfahrung ethnischer Minderheiten*. Nomos Baden-Baden
- Wendel, Kay, 2001: Rechte Gewalt und institutioneller Rassismus. In: Prozessbeobachtungsgruppe Guben (Hg.), *Nur ein Toter mehr. Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben*, Unrast Hamburg/Münster, 115–122
- Ders., ohne Jahresangabe: *Rechte Gewalt – Definitionen und Erfassungskriterien*. <http://www.opferperspektive.de/Chronologie/624.html> [2.5.2008]
- Willems, Helmut, und Sandra Steigleder, 2003: Jugendkonflikte oder hate crime? Täter-Opfer-Konstellationen bei fremdenfeindlicher Gewalt, in: *Journal für Konflikt und Gewaltforschung*, 1/2003, 5–28

Ulrike Eichinger

Idealtypische Begründungsmuster von Beschäftigten in der Sozialen Arbeit

Im Rahmen meines Dissertationsprojekts führte ich Interviews mit Fachkräften, die im Feld der Sozialen Arbeit tätig sind und befragte sie zu ihrer aktuellen Beschäftigungssituation. Anlass war der paradigmatische Strukturwandel der Realisierungsbedingungen Sozialer Arbeit, der sich allgemein als *Ökonomisierung* und als programmatische Neuausrichtung im Rahmen eines *aktivierenden Staats* beschreiben lässt (vgl. Eichinger 2007). Meine Fragestellung war: Wie bzw. auf welchen Ebenen konkretisiert sich der Strukturwandel für die Beschäftigten in ihrer jeweiligen Beschäftigungssituation bzw. in ihren Handlungsmöglichkeiten? Und welche Denk- und Handlungsweisen werden von den Fachkräften angesichts der damit für sie verbundenen neuen Anforderungen genutzt oder neu entwickelt?

Die *Ökonomisierung* sozialer Dienstleistungen konkretisiert sich durch die Liberalisierung des sozialen Dienstleistungssektors, Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen, sowie die Einführung betriebswirtschaftlicher Managementinstrumente und von Finanzierungsmodellen, die wirtschaftliches Handeln fördern, (vgl. u. a. Flösser/Otto 1996, Boeßenecker u. a. 2000, Merchel 2003, Hinte u. a. 2003). Dass dieser Strukturwandel in der Praxis der Sozialen Arbeit angekommen ist, zeigte sich in meiner Untersuchung unter anderem daran, dass betriebswirtschaftliche Begriffe Eingang in die Sprache der interviewten Fachkräfte gefunden haben und das »Denken in Zahlen« Teil ihres Arbeitsalltags geworden ist.

Die Soziale Arbeit fungiert als sozialstaatliches Steuerungsinstrument bei der Realisierung der Programmatik des *aktivierenden Staats*. Bei der Ausgestaltung des Aktivierungsparadigmas wurde auf originär sozialarbeiterische Ansätze zurückgegriffen, die zum Teil eine fachlich-emanzipatorische Orientierung beanspruchen. Indem an professionelle Ideale, wie den Grundsatz »Hilfe zur Selbsthilfe«, angeknüpft wurde, gelang es, dass die Programmatik zwischenzeitlich Einzug in die verschiedensten Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit hielt. Dies war möglich, obwohl die Aktivierungspraxis im bundesdeutschen Kontext paternalistische Tendenzen aufweist (vgl. Walther 2003, 297ff). So bieten die FallmanagerInnen der Arbeits-

agenturen den Arbeitssuchenden ein Unterstützungsangebot an, dass sie nicht ablehnen können ohne z. B. materielle Sanktionen hinnehmen zu müssen. Die FallmangerInnen kooperieren hierbei z. B. eng mit den örtlichen Drogenhilfeeinrichtungen und Schuldnerberatungen (vgl. Trube 2005, 18). Eine der Programmatik entsprechende Sanktionsbereitschaft gegenüber den NutzerInnen¹ der sozialen Dienstleistungen wurde bei zuständigen Fachkräften festgestellt (vgl. Dahme u. a. 2005, 217ff). Ob die Programmatik des aktivierenden Staats weiterhin ausreichende Kohäsionskraft entfaltet, bleibt abzuwarten. So nahm die SPD, das heißt die Partei, welche die Programmatik des aktivierenden Staats forciert und institutionalisiert hatte, am 28.10.2007 eine zumindest rhetorische Akzentverschiebung vor. Sie spricht in ihrem neuen Grundsatzprogramm von dem Modell des »vorsorgenden Sozialstaats«, in dem wieder stärker die fördernde Seite sozialstaatlicher Maßnahmen betont, der Appell an die »Eigenverantwortung« (vgl. Markard 2008) der Bürger gleichwohl nicht zurückgenommen wird.

Meine Untersuchung knüpft am Ansatz der subjektwissenschaftlichen Praxisforschung an, in dem es

um eine für den Praktiker zunächst unverfügbare Problematik und deren exemplarische Aufhebung [geht], die hypothetisch überall da gilt, wo sich Praktiker in vergleichbarer Lage unter die thematisierten Prämissen-Gründe-Zusammenhänge subsumieren können. (Fahl/Markard 1993, 15)

Der subjektwissenschaftliche Ansatz war für meine Fragestellung geeignet, da er den *Arbeitsbedingungen* eine zentrale Stellung zuweist. Hierbei konnte insbesondere an dem Leitfaden für ein Praxisportrait (Markard/Holzkamp 1989) angeknüpft werden. Das Analyseinstrument dient dazu, die Anforderungen der Berufspraxis zu begreifen, indem »der Zusammenhang zwischen Arbeitsbedingungen und Handlungsmöglichkeiten und Befindlichkeiten« (7) berücksichtigt wird. Hierdurch sollen »die täglichen Probleme, Ängste, Enttäuschungen [...] auf ihre realen Ursachen und damit auch [...] im Hinblick auf deren Veränderbarkeit hin analysiert werden können« (ebd.). Ziel ist die »Verbesserung der eigenen Arbeits- und Lebensmöglichkeiten« als »intersubjektiver Prozess« (8).

1 Ich bevorzuge den Begriff *NutzerInnen* anstelle von *KundInnen* oder *KlientInnen*: Der Konzeption nach wird im Begriff NutzerInnen die Subjektivität, also die aktive Rolle des Einzelnen im Dienstleistungsprozess betont (vgl. u. a. Oelerich/Schaarschuch 2005, 9ff). Auch wenn es zu dieser Form der Subjektorientierung in der Sozialen Arbeit, sicherlich berechtigte Einwände und offene Fragen gibt, auf die ich hier nicht näher eingehen kann (vgl. Hirschfeld 2006, 7ff; Kunstreich 2006, 242), zeichnet sich der Begriff dadurch aus, dass er weitergehende emanzipatorische Überlegungen anzuregen vermag.

Der Fokus der vorliegenden Untersuchung lag auf dem *gesellschaftlich subjektiven Zusammenhangs- und Widerspruchswissen* der Befragten (Holzkamp 1997, 370; Fahl/Markard 1993, 13f) als »verallgemeinertes Resultat der Analyse problematischer beruflicher Konstellationen« (Ulmann/Markard 2000, 223).

Ich nahm an, dass die Interviewten beschreiben, wie sie die Transformationen ihrer Arbeitsverhältnisse wahrnehmen und wie sie mit ihnen umgehen. In der Auswertung wurde untersucht, warum eine Handlungs- bzw. Denkform aus ihrer jeweiligen konkreten Situation (inkl. spezifischer Machtstrukturen) und ihren individuellen Interessen heraus subjektiv funktional sein kann.

Untersuchungsmethode

Ein wesentlicher Auswertungsschritt beinhaltete die Konstruktion idealtypischer² Begründungsmuster (vgl. Kelle/Kluge 1999). Einerseits wurden auf der Basis von ähnlichen Merkmalen möglichst homogene Begründungsmuster ermittelt. Sie sind jedoch, anders als bei Weber (1991)³, nicht in sich widerspruchsfrei und bleiben somit orientiert an den empirischen Daten in ihrer jeweils ambivalenten Spezifik. Die in den Interviews geschilderten Erfahrungen der Einzelfälle bildeten die empirischen Angelpunkte, anhand derer die idealtypischen Begründungsmuster rekonstruiert wurden. Die (Sinn-)Zusammenhänge zwischen den einzelnen Merkmalen eines idealtypischen Begründungsmusters zu erkennen, hieß in diesem Fall, einen möglichen Prämissen-Gründe-Zusammenhang zu konstruieren und dessen spezifische Funktionalität wie Widersprüchlichkeit zu erkennen. Solche homogenen idealtypischen Begründungsmuster dienen durch die Betonung spezifischer Aspekte (z. B. markante Differenzen oder Gemeinsamkeiten) dazu, Zusammenhänge zu verdeutlichen (vgl. Kelle/Kluge 1999, 94ff). »Inhaltlich trägt diese Konstruktion den Charakter einer Utopie an sich, die durch gedankliche Steigerung bestimmter Elemente der Wirklichkeit gewonnen ist.« (Weber 1991, 73). Die idealtypischen Begründungsmuster haben somit die Funktion, die Veränderungen in der Sozialen Arbeit in ihren subjektiven Bedeutungen sowie daraus entstehende Handlungsmöglichkeiten zu illustrieren. Reimer (2004) macht zudem deutlich, dass

- 2 Der Begriff des Idealtypus (vgl. Weber 1991) ist »konzeptionell ›zwischen‹ Kategorien und Theorien im kritisch-psychologischen Sinn angesiedelt« (Reimer 2004, 107). »Fasst man Idealtypen als heuristische Mittel auf, haben sie eher die Funktion von Kategorien, wie sie in der Kritischen Psychologie verstanden werden.« (108).
- 3 »Dieses Idealbild vereinigt bestimmte Beziehungen und Vorgänge des historischen Lebens zu einem in sich widerspruchsfreien Kosmos gedachter Zusammenhänge« (Weber 1991, 72f)

handlungstheoretische Idealtypen bestimmte typische Sinnorientierungen/Handlungsweisen erfassen und als ›letzlich‹ handlungsbestimmend behaupten, während die tatsächlichen Sinnorientierungen/Handlungsweisen (in der Regel) keine kohärente Form haben und auch kaum je eine einzelne Sinnorientierung handlungsleitend ist (108).

Der Prozess der Typenbildung gliederte sich, angelehnt an einschlägige Fachliteratur (vgl. u. a. Kelle/Kluge 1999, 75ff), in vier Schritte: Der *erste* Schritt galt der Erarbeitung und Festlegung relevanter Vergleichsdimensionen: Was steht im Fokus der Wahrnehmung des Strukturwandels? Wie werden diese Veränderungen bewertet? Welche Bewältigungsform wird in Bezug auf die Veränderungen erläutert? Wie wird die Bewältigungsform begründet? Welche Funktionalität, welcher Sinn wird der Bewältigungsform zugesprochen? Welcher Sinn ist erkennbar? Welche Konfliktlinien und ›blinde Flecken‹ sind zu erkennen? Im *zweiten* Schritt wurde nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den Einzelfällen gesucht. Für die Rekonstruktion der Gemeinsamkeiten wie der Unterschiede war nicht die gleiche Wortwahl, sondern die inhaltliche Übereinstimmung des Gesagten entscheidend. Im *dritten* Schritt wurden fünf vorläufige idealtypische Begründungsmuster im Sinne von Arbeitshypothesen gebildet. Sie wurden anschließend inhaltlich verdichtet und präzisiert, indem auf Daten aus allen Interviews zurückgegriffen wurde. Zum *Schluss* wurden die einzelnen idealtypischen Begründungsmuster beschrieben. Dabei gilt es zu betonen, »dass nicht die Menschen [...] bestimmten Typen [bzw. typischen Begründungsmustern, U.E.] zuzuordnen [sind] sondern die Varianten der Verarbeitung einer bestimmten gesellschaftlichen Widerspruchssituation« (Bader 1987, 150).

Der Auswertungsprozess wurde durch die Vorlage und Diskussion der einzelnen Arbeitsschritte und Zwischenergebnisse in mehreren wissenschaftlichen Arbeitsgruppen begleitet. Die Ergebnisse der Idealtypenkonstruktion sollten zudem mit den Interviewten als auch mit einer weiteren Gruppe von PraktikerInnen diskutiert werden. Ziel war es zu ermitteln, ob die PraktikerInnen ihre Arbeitssituation im Wesentlichen angemessen erfasst sehen und ob sie die Begründungszusammenhänge für angemessen begriffen erachten (bzw. wenn nicht, warum nicht). Hierdurch sollten die Ergebnisse weiter konkretisiert und, falls nötig, ergänzt werden. Aufgrund meines Zeitbudgets konnte ich meine Ergebnisse PraktikerInnen lediglich im Rahmen zweier Vorträge vorstellen und mit ihnen diskutieren. Sie gaben an, sich in meinen Ausführungen »wieder gefunden« und »verstanden gefühlt« zu haben.

Gewiss ist es möglich und ggf. nicht zu vermeiden, Prämissen-Gründe-Zusammenhänge hypothetisch aus Aussagen ohne Beteiligung von deren Urhebern zu formulieren. Die Gefahr, dabei *personalisierend* über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu

deuten, wächst in dem Maße, in dem von deren Lebensumständen abstrahiert wird; dies wiederum liegt aber in dem Maß nahe, in dem man Betroffene, [...] auf bestimmte Äußerungen festnagelt. (Markard 2000a, 232f)

Da weder die Interviewten noch die TeilnehmerInnen der Vortragsveranstaltungen von meinem subjektwissenschaftlich orientierten Ansatz Kenntnis hatten, fällt das methodische Vorgehen hinter die potenziellen Möglichkeiten des Ansatzes des MitforscherInnen-Konzepts der Kritischen Psychologie zurück (vgl. u. a. Markard 2000a, 2000b; Holzkamp 1996, 1983). Zu diesem gehört unter anderem das Prinzip der Einheit von Erkennen und Verändern (vgl. Fahl/Markard 1993, 20). Doch auch ohne eine originäre Handlungsforschung kann die Analyse von Handlungsbehinderungen und die Reflexion von alternativen Handlungsmöglichkeiten anregend für die am Prozess beteiligten Praktiker sein (ebd.).

Fünf idealtypische Begründungsmuster in der Sozialen Arbeit

Aus der Perspektive der PraktikerInnen in der Sozialen Arbeit zeichnet sich die Reorganisation ihrer Rahmenbedingungen als tief greifender, ebenso ambivalenter wie heterogener Prozess ab: Die fachlichen Methoden geraten unter Veränderungsdruck und der Aufgabenzuschnitt bzw. die Arbeitsinhalte sowie das soziale Gefüge in den Arbeitsbeziehungen verschieben sich. Zudem werden die bisherigen Beschäftigungsbedingungen und die Arbeitsorganisation infrage gestellt. Die idealtypischen Begründungsmuster beziehen sich *allgemein* auf die Anforderungen, Handlungsproblematiken und Formen des Umgangs mit den neuen Rahmenbedingungen und *übergreifen* die genannten einzelnen Bedeutungskonstellationen. Somit wird in Kauf genommen, dass die Prämissenebene teilweise nicht bis ins Detail geht.

Die nun folgenden Interviewausschnitte haben die Funktion, die idealtypischen Begründungsmuster zu veranschaulichen (vgl. Markard 1985, 109ff). Die Darstellung der fünf ermittelten Begründungsmuster (BGM) beginnt jeweils mit einer Beschreibung, wie der konzeptionelle Wandel wahrgenommen und bewertet wird. Im Anschluss wird die potenzielle subjektive Funktionalität der Begründungsmuster vertieft und teilweise mit Zitaten verdeutlicht. Abschließend wird jeweils auf erkennbare ›blinde Flecken‹ bzw. Risiken im Kontext der einzelnen Begründungsmuster eingegangen. Allerdings kann nicht angenommen werden, dass alle möglichen idealtypischen BGM gefunden wurden.

BGM 1: Ich bin offen und nehme eine positive Grundhaltung ein, weil ich in den Neuerungen eine Weiterentwicklung sehe und/oder hierdurch negativen Sanktionen entgehen kann.

Bei diesem idealtypischen BGM wird betont, dass durch den Wandel alte Strukturen hinterfragt und aufgebrochen würden. Darin wird z. B. die Möglichkeit gesehen, eigene Ideen einzubringen und umzusetzen, die sowohl einer fachlichen als auch einer persönlichen Weiterentwicklung dienen. Es finde sich immer »etwas Positives«, auf das man »aufspringen« könne. Flexibilität und Offenheit des Einzelnen seien notwendig für das Fortbestehen der Gestaltungsmöglichkeiten, da hierdurch vermieden werde, dass man von den »Umständen« durch Ausschluss oder Sanktionen bestraft werde. Folgende Interviewausschnitte veranschaulichen dieses Begründungsmuster:

Und da sehe ich das schon auch so, dass diese Krise jetzt notwendig ist, um, ich sage es mal vorsichtig, veraltete Denkweisen in der Sozialpädagogik und auch Strukturen zu durchbrechen, damit sich etwas Neues bilden kann. [...] Also auch: Wo ist Konkurrenz auch gut? [...] ohne diese Krise da wäre vieles nicht entstanden. Auch vieles nicht in Bewegung gekommen. Es hätte sich vieles nicht qualitativ verbessert.

Und das bedeutet, dass man kreativ sein muss. [...] Also, dass man, wenn es Strukturwandel gibt, dass man eben wachsam ist und guckt, was passiert da, und sich nicht einfach zurückzieht und sagt: »Früher war alles besser, scheiße hier«, sondern dass man sagt: »Mensch, okay, wir versuchen das. [...] Strukturwandel kann Türen öffnen und Möglichkeiten schaffen.« Das ist das, was ich eigentlich daraus lerne – auch für meinen eigenen Standpunkt – das Viele, Neuerungen vielleicht, nicht erst mal so kritisch zu sehen. [...] so: »Kann das nicht beim alten bleiben? Nur rumkekern. Sondern [...]: »Okay, das ist jetzt so. Aber was kann man denn tun, damit man auch die Sache dann vielleicht auch gut gestalten kann?« [...] »Ich habe so viel zu tun. Wie kann ich das denn auch noch schaffen?« Ich glaube, wenn man so ein Gedankengut hat, dann kommt man auch nicht weit.

Und dann muss man eben schnell reagieren und das nebenbei machen und flexibel sein. Und bei vielen ist es halt nicht so, dass sie sich darauf einlassen. Und das ist halt so ein Wandel, dass [...] viele halt noch diesen alten Stil haben und wenige den neuen. Und deswegen auch viel betroffener sind, wenn Mittel gekürzt werden. Also wir haben zum Beispiel 10% ungefähr an festen Zuschüssen von unserem Etat. Und wenn die da 10% streichen, kratzt uns das nicht viel. Und weil wir halt Erfahrung damit haben, an Geld ranzukommen oder Mittel, ist das gut, und wir müssen halt nicht so drüber nachdenken: »Jetzt wird beim Land gekürzt. Wie kriegen wir das wieder hin?«, sondern dann geht's einfach, und das ist halt so ein Unterschied.

Dieses Begründungsmuster impliziert, dass problematische Konsequenzen des Wandels ausgeblendet oder zumindest als relativ unwichtig beurteilt werden müssen. Dies ist vor allem dann funktional, wenn von den neuen Gestaltungsmöglich-

keiten profitiert wird. Selbst wenn jedoch die Durchsetzung der Neuerungen mit Zwang und Unannehmlichkeiten verbunden werden, wird das Positive hervorgehoben:

Also, ich würde in meiner Arbeit sagen, dass ich da eine Krise sehe, die ich aber [...] auch positiv sehe. In den letzten Monaten ist es dadurch auch zu einer besseren Strukturierung gekommen – erzwungenermaßen – bei den Trägern und in der Arbeit. Und auch in der Kontrolle des Ganzen. Und das finde ich gut. [...] es wird im Prinzip einfach auch mal der Träger gezwungen, seine Arbeit zu evaluieren oder nachzuweisen, wie innere Prozesse ablaufen, wie Zielerreichung stattfindet. Und das, denke ich, ist auf jeden Fall [Pause] – wäre eine Möglichkeit, dass eben ein Qualitätssprung in der Fachlichkeit wirklich stattfindet.

[...] also ich habe sehr häufig Veränderungen, auch die mir aufgezwungen wurden, letztendlich dann auch mit dem positiven Ausgang erlebt. Also, beruflich auch. Wo ich in der Situation gedacht habe: »Also das ist doch, also das kann doch nicht wahr sein, das ist ungeheuerlich!« Also, ich zu Schritten gezwungen wurde, wo ich sagen muss im Rückblick, ich wäre zum Beispiel jetzt nicht hier und nicht in dieser Funktion, wenn nicht manchmal auch Situationen gewesen wären, die für mich relativ angenehm und bequem waren, wo aber andere einfach eine Entscheidung getroffen haben und ich mich neu orientieren musste. Und das ist für mich meistens [...] in einer langen Perspektive bisher immer positiv gewesen.

Angesichts des latenten Opportunismus können individuelle berufliche Ideale, soweit sie nicht aufgegeben werden, Reibungspunkte bleiben. Da im Kontext dieses idealtypischen Begründungsmusters die Begrenztheit persönlicher und struktureller Ressourcen (Zeit, Belastbarkeit, finanzielle Mittel) nicht fokussiert wird, besteht die Gefahr des »Ausbrennens«. Die Annahme, dass die neuen Anforderungen individuell aufgefangen bzw. kompensiert werden können, kann ein Streben nach kontinuierlicher Selbstoptimierung bis hin zur Selbstaussbeutung begründen.

Anhand weiterer Interviewdaten wurde deutlich, dass Zustimmung zur Transformation der Sozialen Arbeit auch kulturell vermittelt wird: Es findet insbesondere dann eine deutliche Abgrenzung zum Bild eines »altbackenen«, »Birkenstock tragenden«, »Tee trinkenden«, »fürsorglichen« Professionellen statt, wenn die Interviewten sich selbst im Gegenzug als »modern«, »kooperativ«, »wirtschaftlich denkend«, »schnell«, »flexibel« darstellten. Auffällig ist hier die Haltung, derzufolge es nur »modern« oder »altbacken« gibt. Es ist zu vermuten, dass durch die eindeutige positiv-negativ-Konnotation »traditionelle« Denkformen samt gegenüber dem aktivierenden Paradigma skeptisch ausgerichtete Ansprüche an die eigene Arbeit unter einen Anpassungs- und Rechtfertigungsdruck geraten.

BGM 2: Ich beharre auf bewährten Praxisformen bzw. leiste »Dienst nach Vorschrift«, um Neuerungen verhindern oder deren negative Folgen verzögern zu können.

Diesem Begründungsmuster liegt eine Lageeinschätzung zugrunde, die Risiken und Nachteile des Wandels hervorhebt. Es besteht keine Bereitschaft, die Neuerungen umzusetzen, weil diese fachlich unangemessen seien und Arbeitsbedingungen verschlechterten (früher sei es »bequemer« und »sicherer« gewesen, und es habe »mehr Freiheiten« gegeben). Selbst wenn teilweise die Bereitschaft bestünde, den neuen Anforderungen gerecht zu werden, fehlten hierfür die notwendigen Ressourcen. Dieses idealtypische Begründungsmuster, dessen Konsequenzen als »passiver Widerstand« bezeichnet werden können, beruht auf der Prämisse, dass sich eine Neuerung »aussitzen« oder zumindest hinauszögern lässt (z. B. Trends hinsichtlich von Arbeitsmethoden).

[...] es gibt dann immer (aber das ist wahrscheinlich in jedem Team so) – es gibt dann immer wieder so welche, die sagen eh: »Früher war alles anders und besser.« [...] Ja, war ja auch leichter, weiß ich, ich habe ja selber gearbeitet. Es war ja angenehm im Sommer über, mit drei Kindern im Schwimmbad zu sitzen, braun gebrannt in den Urlaub zu fahren, das ist aber halt nicht mehr. Die Arbeit gibt es so nicht mehr. Also, die haben zwar manchmal so einen verklärten Blick, wie früher alles und so. Aber ich glaube nicht, jedenfalls meine ich das so aus Gesprächen zu entnehmen, dass sie wirklich wieder zurück wollen. Einzelne vielleicht.

Auffällig war, dass Interviewte diese Denkweise ansprachen, sich aber zugleich von ihr abgrenzten. Hintergrund könnte sein, dass die Gefahr, sich offen zu einer derartigen Haltung zu bekennen, als zu groß eingeschätzt wird, da man als »altbacken« gelten und sich angreifbar machen könnte. Die Haltung derjenigen, von denen sich die Befragten abgrenzen, erklären manche Befragte allgemein mit »Angst vor Veränderungen«.

BGM 3: Ich nutze eine Guerilla-Taktik oder die Strategie des passiven Widerstands, da ich hierdurch negative Folgen des Wandels abfedern kann.

Bei diesem BGM werden Druck und Schwierigkeiten im Kontext von Neuerungen (z. B. die Einführung prospektiver Finanzierungsmodelle wie die Fachleistungsstunde, die ein höheres wirtschaftliches Risiko für die LeistungserbringerInnen bedeuten; vgl. folgendes Zitat) betont, ohne dass gleichzeitig Möglichkeiten gesehen werden, grundlegend gegenzusteuern oder diese Veränderungen aussitzen zu können, wodurch Resignation entsteht. Die einzige Möglichkeit liegt darin, die Lücken und Spielräume auszunutzen, um durch Sabotage kurzfristig den Druck neuer Steuerungsinstrumente zu verringern.

Also klar, ich schreib mir da manchmal auch ein bisschen mehr auf. Mehr Stunden also, mal eine Viertelstunde länger oder so was [...], das ist schon [eine] so quasi nicht ganz legale Ausweichbewegung. [...] Das ist so eine informelle – das kann man natürlich nicht an die große Glocke hängen. Aber das legt das System nahe. Weil ich habe keine andere Möglichkeit. Weil wenn ich Minusstunden habe, dann kriege ich wieder von meinem Vorgesetzten Druck. [...] da habe ich lange dazu gebraucht. Das ist nicht meine Art, das hat was mit meiner Geschichte zu tun. Ich bin eigentlich sehr korrekt. Aber ich habe gemerkt, dass mir diese Korrektheit eher schadet als nützt. Und das war wirklich ein länger wählender Prozess, mir das zuzugestehen.

Die Realisierung dieses Begründungsmusters birgt potenziell hohe psychische Kosten. Diese können durch die Angst, entdeckt zu werden, begründet sein oder dadurch, dass dem eigenen »Korrektheitsanspruch« zuwidergehandelt wird. Außerdem können die gleichfalls entstehenden Nachteile aufseiten der NutzerInnen oder KollegInnen wie auch die Vereinzelungsgefahr als belastend wahrgenommen werden, da es riskant sein kann, die teilweise im Grenzbereich zur Illegalität angesiedelten Umgangsformen offen zu thematisieren. Falls derartige Begründungsmuster und entsprechende Praxen sich etablieren, könnte dies die Zurücknahme der Neuerungen begünstigen, da erwartete Steuerungseffekte geschwächt werden oder völlig ausbleiben. Ob derartige passive Widerstandsformen die Einführung noch strengerer oder gänzlich anderer Steuerungsformen zur Folge hätten, ist nicht abzusehen.

BGM 4: Ich handle pragmatisch und engagiere mich für den Einzelnen, hierdurch kann ich weiterhin etwas Sinnstiftendes tun, ohne mich großen Risiken auszusetzen.

Mit diesem Begründungsmuster wird betont, dass es sinnvoll sei, für die Interessen einzelner NutzerInnen zu kämpfen, was umso nötiger sei, als es politischen Widerstand gegen repressive Praxen anders als in den 1970er Jahren heute nicht gebe. Die Arbeitsmotivation könne durch dieses Engagement und die kleinen Erfolge in der Einzelfallarbeit erhalten werden. Diese Positionierung äußert sich auch in der Bereitschaft zu Fort- und Weiterbildung im Sinne einer individuellen Qualifikation ohne die Entwicklung politischer Gegenstrategien.

So, und da muss man eben auch von Richtlinien oder Gedankengut von vor 20 Jahren, wo die Sozialarbeit sicherlich auch revolutionärer war [ausgehen]. Ja, dass quasi der arme Junkie – und um den müssen wir uns kümmern – anti, gegen Polizei, gegen Behörden [...] wir haben alle weniger Geld. Und dann müssen wir auch gucken – realistisch und fachlich –, wie kann es dann auch gehen.

[...] nämlich irgendwie mit den Mädchen gemeinsam irgendwie zu gucken und im Gespräch mit dem Jugendamt so viel wie möglich rauszuholen und immer wieder

sozusagen dafür dann auch zu kämpfen. Das ist ja dann immer so die Frage: An welchem Punkt wird man da dann auch beschnitten und, ja, wird einem dann nicht mehr entgegengekommen? Das ist klar, aber sozusagen von unserer Seite aus, das zumindest erst mal engagiert einzufordern [...]. Ansonsten bin ich jetzt selber im Moment jetzt nicht die, neben meiner Arbeit und dem, was ich sonst noch so mache, dass ich da halt mich drüber hinaus politisch engagiere. [...], sondern das läuft eher so auf der Alltagspragmatik. [...] ich bin halt irgendwie gut ausgelastet in meiner Arbeit an sich und dem, was ich halt eben sonst noch so mache. Ich bin gerade dabei, mich sozusagen persönlich irgendwie weiterzubilden. [...] Und da – ansonsten habe ich halt noch mein Privatleben. [...] Also, das eine ist halt das, was ich irgendwie konkret im Alltag mache und darauf reagiere auf das, womit ich konfrontiert bin. Also, vonseiten der Klientinnen, klar. Und auch vonseiten von oben, also das, was an mich herangetragen wird an Veränderungen usw. Darauf reagiere ich halt.

Also, eine Strategie war, glaube ich, auch inhaltlich auch, dass ich mich weitergebildet habe, weil es ein hoher Druck war, so für mich in der Hilfe. [...] Das mit der Weiterbildung, das war gut, das hat mich auch entlastet, weil da gab es auch Supervision usw. Das hat mir auch was gebracht, auch inhaltlich, um meine Fälle auch besser zu verstehen. [...] Und das hat mich wieder mehr in diese aktivere Position gebracht. [...] Eben welche Konfliktkonstellationen sind im Kind, also dieser ganze tiefenpsychologische Ansatz, der würde mich halt mehr interessieren. Also, eine echte Strukturveränderung zu bewirken.

Dieses Begründungsmuster beruht auf der Hoffnung bzw. der Erfahrung, mit einer pragmatischen und auf den Einzelfall konzentrierten Herangehensweise nicht nur den eigenen fachlichen Ansprüchen gerecht werden, sondern auch den Weiterbestand der jeweiligen Einrichtung sichern zu können. Falls fachliche Ideale jedoch nicht realisiert werden können, droht Frustration. Eine geringe Erfolgsquote beim Engagement für Einzelfälle kann zudem den Ausstieg aus dem Berufsfeld befördern.

BGM 5: Ich nehme eine kritische Haltung gegenüber den Neuerungen ein, um negative Entwicklungen erkennen zu können und falls notwendig für strukturelle Verbesserungen eintreten zu können.

Dieses Begründungsmuster beruht auf einer ähnlichen Grundeinschätzung wie BGM 1 und BGM 2. In Neuerungen werden Chancen für die Weiterentwicklung gesehen, aber auch erhebliche Probleme wahrgenommen, die die Realisierung beruflicher Ansprüche gefährden. Daher wolle man sich in überbetriebliche Zusammenhänge einbringen um – zumindest außerhalb der Arbeitszeit – Kritik zugunsten einer Weiterentwicklung zu üben. Dies helfe, die Arbeitsmotivation aufrechtzuerhalten. Wenn das Engagement vor allem neben der Arbeit stattfindet, kann dies damit zusammenhängen, dass im betrieblichen Alltag keine relevanten Gestaltungsmöglichkeiten gesehen bzw. die damit verbundenen Risiken als zu hoch

eingeschätzt werden. Dieses Begründungsmuster beinhaltet Elemente eines Denkens in Alternativen, das an konkreten beruflichen Ansprüchen orientiert ist.

[...] die liebt diesen Job und die lebt auch dafür. Ist halt auch wirklich Bullterrier, Brunnenputzerin, die macht den Mund auf, ist dafür auch nicht im Amt beliebt, aber das ist der scheißegal, die zieht das durch. [...] aber stößt halt wie – was auch sonst – ja gegen Mauern.

Ich bin einer der wenigen Sozialpädagogen, die auch politisch tätig sind und versucht, da was zu bewegen. [...] Ich bin Gemeinderatsmitglied, war 12 Jahre lange Kreisjugendringvorsitzender, bin noch im Jugendhilfeausschuss des Kreistages. [...] Die wurschteln alle irgendwo an ihrer Arbeit, doktern an ihren Klienten rum und gehen nicht an die Öffentlichkeit. [...] mich hat dann zum Beispiel auch interessiert, wieso welche Gelder fließen. [...] Da war also einmal das Kreisjugendamt und der Kreisjugendring usw., die haben sich um Gelder gestritten. Und haben nie als Idee gesehen, dass sie um mehr Gelder kämpfen. [...] Die haben sich untereinander gestritten, um den Kuchen, den man ihnen vorgesetzt hat [...] – oder das Kuchenstückchen [...] Und da habe ich gesagt: ›Mensch, warum streitet ihr um diese paar Euro fünfzig? Ihr müsst sehen, dass ihr zusammenarbeitet und mehr kriegt.‹ [...] Also, ich muss sagen, bei uns im Landkreis XY [Ort anonymisiert] – auf einmal hat das dann funktioniert. Die haben sich zusammengeschlossen [...] die kämpfen jetzt um den großen Kuchen. Und wir sind in der glücklichen Lage, dass unser Sozialhaushalt immer größer wird und dafür der Straßenbau immer kleiner wird.

Und dann haben wir uns hier hingesezt und gesagt: ›So, jetzt haben wir es alle.‹ Und jetzt versuchen wir mal, eine echte und fundierte Methodenkritik anzubringen, aus diesem Team. [...] Weil sich hier abzuarbeiten, bringt es nicht. Uns wird es übergestülpt, wir müssen damit arbeiten. Das hat letztendlich auch funktioniert. [...] da sind auch einige Sachen verändert worden an der Methode. Also, das hat stattgefunden. [...] Durch Aussitzen damit umgehen, also ich mach das einfach nicht, hilft ja auch nicht [...] Verbandsarbeit, verbandspolitisch mache ich eine ganze Menge, das macht auch viel Spaß. [...] es kostet sehr viel Zeit, aber das erlebe ich oft auch in den Jugendhilfeausschüssen, dass die Bezirksverordneten auch wirklich dankbar dafür sind, wenn die wirklich mal interne Infos kriegen. [...] Und da kann man schon so ein bisschen was bewegen, wenn man sich nicht nur als so Gegenhalter hinpackt, sondern sagt: ›Ich möchte einfach mal einen Termin, ich würde ihnen gerne mal erklären, warum wir als freie Träger jetzt tatsächlich da so ächzen [...]‹ So, und das ist mühselig, aber es bringt, glaube ich, schon was.

Solche nicht nur passiv widerständigen Praxen kosten Zeit und Kraft. Daher ist diese Möglichkeit wohl nur für diejenigen attraktiv, die entsprechende Ressourcen erübrigen können und wollen. Zudem ist das Risiko nicht zu unterschätzen, seine Stelle dadurch zu verlieren, da man Vorgesetzten bzw. Kostenträgern unbequem ist.

Perspektiven

Bader (2005, 194) nimmt an, dass die Professionellen entweder die neuen gesellschaftlichen Anforderungen schrittweise über- und die strukturellen (Arbeits-)Bedingungen resigniert hinnehmen (inkl. psychischer Kosten) oder dass ihnen bei normkonformen Verhaltensweisen der Ausschluss durch Kündigung drohe. Zwar werden entsprechende Tendenzen sowohl im BGM 1, 3 und 5 erkennbar. Anhand der dargestellten Begründungsmuster lässt sich jedoch ein breiteres Wahrnehmungs- und Gestaltungsspektrum erkennen. Hierzu gehören sowohl Sabotagestrategien, die Druck mildern sollen, als auch Umgangsweisen, die eine Veränderung problematischer Arbeitssituationen anstreben. Es lassen sich dabei Begründungszusammenhänge im restriktiven Modus erkennen, etwa wenn individualisierte, passive Handlungsmöglichkeiten genutzt werden, um Behinderungen und Bedrohungen zu überwinden. Hierbei ist teils eine Realitätsverarbeitung analog neoliberaler Denkweisen (vgl. u. a. Schui/Blankenburg 2002; Candeias 2004, 75ff; Walpen 2004, 62ff; Bröckling 2007, 76ff) erkennbar (vgl. BGM 1), denen zufolge die aktuellen institutionellen Bedingungen sachnotwendig und nur wider die Vernunft veränderbar wären. Es zeigt sich, dass Fachkräfte selbst aktiv an der Implementierung neoliberal geprägter Praktiken beteiligt sind, wenn sie davon z. B. in Form von Anerkennung profitieren können. Perspektiven verallgemeinerter Begründungszusammenhänge sind im BGM 5 zu finden, da hier die Erweiterung von Verfügungsmöglichkeiten angestrebt wird.

Die dargestellten typischen Prämissen-Gründe-Zusammenhänge gewähren einen differenzierteren Überblick über die potenzielle subjektive Sinnhaftigkeit der unterschiedlichen Umgangsformen mit dem Wandel, als er in der Debatte über die Soziale Arbeit bisher vorzufinden war (vgl. u. a. Albert 2006, Erath 2004, Lob-Hüdepol 2003, Harmsen 2001, Hinte 2001); es wird erkennbar, warum die unterschiedlichen Haltungen der PraktikerInnen angesichts der Ambivalenz des Strukturwandels funktional sein können.

Die idealtypischen Begründungsmuster könnten von PraktikerInnen für die Reflexion der *je eigenen* Wahrnehmung und Akzentuierung von Handlungsmöglichkeiten genutzt werden.

Trotz der Vielfalt von Verarbeitungsformen kann es [...] keine unendlich vielen geben, die alle gleichgewichtig sind. Es kann vielmehr davon ausgegangen werden, dass sich beispielsweise in den Darstellungen von einzelnen Sozialarbeitern andere Kollegen teilweise wieder finden (Bader 1987, 150)

Die idealtypischen Begründungsmuster können als Heuristiken für Selbstverständigungsprozesse in der Berufspraxis nutzbar gemacht werden, um sowohl die Grenzen eigener Verantwortlichkeit als auch Mitgestaltungsmöglichkeiten erken-

nen zu können. Sie können hilfreich sein, um mit PraktikerInnen darüber zu reflektieren, aufgrund welcher Praxisbedingungen und -bedeutungen ihre jeweiligen individuellen Begründungsmuster für sie zur subjektiv sinnvollen, aber problematischen Daseinsbewältigung werden, und worin Perspektiven der Veränderung der sie nahe legenden Machtanordnungen lägen. Da in den Begründungsmustern die Lohnarbeitsbedingungen nicht ausklammert werden, könnte hierbei auch für diesen wesentlichen Rahmen professioneller Sozialer Arbeit sensibilisiert werden.

Die durch die Heuristiken unterstützten Selbstverständigungsprozesse müssten nicht darauf beschränkt bleiben, die Möglichkeiten zu benennen, die unter den bestehenden Voraussetzungen realisierbar sind, sondern es könnte auch nach Ansätzen gesucht werden, die eine grundsätzliche Veränderung der Praxen vorstellbar werden lassen. Die mögliche Veränderbarkeit der Realisierungsbedingungen ist dabei der utopische Fluchtpunkt bei der Spurensuche nach dem, *was noch nicht ist* (vgl. Bloch 1973). Dies ist jedoch nicht als normative Aufforderung an die Praktiker zu verstehen, entsprechende Risiken in jedem Fall tatsächlich einzugehen, da es, wie die Untersuchung zeigte, gute Gründe geben kann, dies nicht zu tun.

Literatur

- Albert, Martin, 2006: *Soziale Arbeit im Wandel. Professionelle Identität zwischen Ökonomisierung und ethischer Verantwortung*, Hamburg VSA
- Bader, Kurt, 1987: *Viel Frust und wenig Hilfe. Band 1. Die Entmystifizierung sozialer Arbeit*, 2. Aufl., Beltz Weinheim-Basel
- Ders., 2005: Institution: Ver-regelt – Profis: Ver-riegelt. In: K. Störch (Hg.), *Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialarbeit*, VSA Hamburg, 191–203
- Bloch, Ernst, 1973: *Das Prinzip Hoffnung*, Bd. 1–3, Suhrkamp Frankfurt/M
- Boeßenecker, Karl-Heinz, Achim Trube und Norbert Wohlfahrt (Hg.), 2000: *Privatisierung im Sozialsektor. Rahmenbedingungen, Verlaufsformen und Probleme der Ausgliederung sozialer Dienste*, Votum Münster
- Bröckling, Ulrich, 2007: *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Candeias, Mario, 2004: *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, Argument Hamburg
- Dahme, Heinz-Jürgen, Gertrud Kühnlein und Norbert Wohlfahrt, 2005: *Zwischen Wettbewerb und Subsidiarität. Wohlfahrtsverbände unterwegs in die Sozialwirtschaft*. Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, edition sigma Berlin

- Eichinger, Ulrike, 2007: Der neoliberale Wandel (psycho-)sozialer Praxis aus der Perspektive der Beschäftigten. Zwischenergebnisse einer qualitativen Befragung, in: *Forum Kritische Psychologie* 51, 25–37
- Erath, Peter, 2004: Wissenschafts- und Praxisentwicklung der Sozialen Arbeit/Sozialarbeit in Deutschland. Situation und Perspektiven, in: *Sozialmagazin* 29, 1/2004, 37–43
- Fahl, Renke, und Morus Markard, 1993: Das Projekt »Analyse psychologischer Praxis« oder: Der Versuch der Verbindung von Praxisforschung und Psychologiekritik, in: *Forum Kritische Psychologie* 32, 4–35
- Flösser, Gaby, und Hans-Uwe Otto (Hg.), 1996: *Neue Steuerungsmodelle in der Jugendhilfe*, Luchterhand-Neuwied-Kriftel Berlin
- Harmsen, Tom, 2001: Die Ökonomisierung zwingt die Soziale Arbeit, sich professionell zu positionieren. Professionelle Identität und Ökonomisierung sozialer Arbeit, in: *Sozial Extra. Zeitschrift für Soziale Arbeit und Sozialpolitik*, H. 4, 25. Jg., 17–19.
- Hinte, Wolfgang, 2001: Wie verhalte ich mich richtig?, in: *Sozial Extra. Zeitschrift für Soziale Arbeit und Sozialpolitik*, H. 10, 25. Jg., 13–18
- Ders., Gerhard Litges und Johannes Groppe, 2003: *Sozialräumliche Finanzierungsmodelle. Qualifizierte Jugendhilfe auch in Zeiten knapper Kassen*. Modernisierung des öffentlichen Sektors, Bd. 20, edition sigma Berlin
- Hirschfeld, Uwe, 2006: *Vom Nutzen der Hilfe und der Hilfe des Widerstands. Widersprüche Sozialer Arbeit*, Vortragsmanuskript, Herbstakademie des BDWI am 04.10.2006
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1995: Alltägliche Lebensführung als wissenschaftliches Grundkonzept, in: *Das Argument* 212, H. 6, 37. Jg., 817–846
- Ders., 1996: Manuskripte zum Projekt »Lebensführung«, in: *Forum Kritische Psychologie* 36, 7–112
- Ders., 1997: *Schriften I. Normierung, Ausgrenzung, Widerstand*, Argument Hamburg-Berlin
- Kelle, Udo, und Susanne Kluge, 1999: Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. In: R. Bohnsack, C. Lüders u. J. Reichertz (Hg.), *Qualitative Sozialforschung*, Bd. 4, Leske + Budrich Opladen
- Kunstreich, Timm, 2006: Klientin – Kundin – Nutzerin – Genossin?! In: K. Böllert, P. Hansbauer, B. Hasenjürgen u. S. Langenohl (Hg.), *Die Produktivität*

- des Sozialen. Den Sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Soziale Arbeit*, VSA Wiesbaden, 241–259
- Lob-Hüdepohl, Andreas, 2003: Konturen einer sozialprofessionellen Grundhaltung, in: *Soziale Arbeit. Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete* 2, 42–48
- Markard, Morus, 1985: Konzepte der methodischen Entwicklung des Projekts Subjektentwicklung in der frühen Kindheit, in: *Forum Kritische Psychologie* 17, 101–120
- Ders., 1993: Kann es im Rahmen einer Psychologie vom Standpunkt des Subjekts verallgemeinerbare Aussagen geben?, in: *Forum Kritische Psychologie* 31, 29–51
- Ders., 2000a: Verbale Daten, Entwicklungsfigur, Begründungsmuster, Theorienprüfung. Methodische Probleme und Entwicklungen in der Projektarbeit. In: M. Markard u. ASB, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung. Wider Mainstream und Psychoboom. Konzepte und Erfahrungen aus dem Projekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis*, Argument Hamburg, 227–250
- Ders., 2000b: Kritische Psychologie. Methodik vom Standpunkt des Subjekts, in: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research [On-line Journal]*, 1(2), <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-00/2-00markard-d.pdf> [20.01.08]
- Ders., 2002: Probleme der Handlungsfähigkeit im Neoliberalismus. Überlegungen zu einer Funktionskritik des Identitätskonzepts. In: J. Meyer-Siebert, A. Merken, I. Nowak u. V. Rego Diaz (Hg.), *Die Unruhe des Denkens nutzen. Emanzipatorische Standpunkte im Neoliberalismus. Festschrift für Frigga Haug*, Argument Hamburg, 125–135
- Ders., 2008: *Eigenverantwortung und Privatisierung*. Beitrag zum »Hochschulkongress für eine neue Linke, ›get up, stand up!«, 20.1.2007, Frankfurt/M, unveröffentlichtes Manuskript
- Ders. und Klaus Holzkamp, 1989: Praxis-Portrait. Ein Leitfaden zur Analyse psychologischer Berufstätigkeit, in: *Forum Kritische Psychologie* 23, 5–49
- Merchel, Joachim, 2003: *Trägerstrukturen in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*, Juventa Weinheim-München
- Oelerich, Gertrud, und Andreas Schaarschuch, 2005: Theoretische Grundlagen und Perspektiven sozialpädagogischer Nutzerforschung. In: Dies. (Hg.), *Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit*, Reinhardt München, 9–25
- Reimer, Katrin, 2004: Die Bedeutung von Max Webers »Idealtypus« für subjektwissenschaftliche Forschung, in: *Forum Kritische Psychologie* 47, 99–111

- Schui, Herbert, und Stephanie Blankenburg, 2002: *Neoliberalismus. Theorie, Gegner, Praxis*, VSA Hamburg
- SPD-Parteivorstand (Hg.), 2007: *Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Berlin
- Trube, Achim, 2005: Vom Wandel des Sozialstaats und den absehbaren Auswirkungen eines Paradigmenwechsels für die Soziale Arbeit und die Wohlfahrtspflege, in: *Gesundheits- und Sozialpolitik*, H. 3/4, 59. Jg., 11–19
- Ulmann, Gisela, und Morus Markard, 2000: Praktikumsportrait. In: M. Markard u. ASB, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung. Wider Mainstream und Psychoboom. Konzepte und Erfahrungen aus dem Projekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis*, Argument Hamburg, 217–224
- Walpen, Bernhard, 2004: *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, VSA Hamburg
- Walther, Andreas, 2003: Aktivierung. Varianten des Diskurses zum aktivierenden Staat im internationalen Vergleich, in: *Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik*, 3/4/2003, 288–305
- Weber, Max, 1991: *Schriften zur Wissenschaftslehre*, Reclam Stuttgart

Christof Zirkel

Es ist wie versext...

Macht und Mythen in der Sexualpädagogik – Eine Kritik

In meiner sexualpädagogischen Praxis stellen mir Jugendliche ganz konkrete Fragen. Schwule Jugendliche beschäftigen sich z. B. damit, wie sie gleichaltrige Schwule kennen lernen können oder ob sie vor dem Besuch der Szenedisco, in die sie wegen ihres Alters noch gar nicht dürfen, noch etwas essen können, da man sonst beim Tanzen ein kleines Bäuchlein sehen könnte. Sie setzen sich also mit Kommunikationsformen und ihrer körperlichen Verfassung auseinander und wollen bestimmten Idealen gerecht werden, um Erfolg bei anderen zu haben. Sie versuchen auch, sich in den ausdifferenzierten Szenen mit ihren spezifischen sexuellen Anforderungen zurechtzufinden, etwa wenn sie fragen, ob alle Sexualpartner Analverkehr wollen und wie sie das Kondom drüber kriegen, ohne dass der Penis an Steifheit verliert. Andere Jugendliche fragen, ob man schwanger wird, wenn man Sperma schluckt, ob man sich beim Petting mit HIV infizieren kann und ob sie beim Sex eine bestimmte Stellung einnehmen müssen, damit es dem oder der anderen gefällt, oder woran sie erkennen können, dass ihre Freundin einen Orgasmus hatte. Mit diesen Fragen versuchen sie in gewisser Weise für sich zu klären, wie sie »verantwortungsvoll« mit dem eigenen Körper und dem des Partners umgehen können.

Dagegen haben die amtlich-staatlichen Richtlinien für den Sexualkundeunterricht, deren Festlegung Ländersache ist, und Fortbildungen in der Sexualpädagogik durch verschiedene freie Träger mit diesen Fragen kaum etwas zu tun, stellen an Sexualpädagogen aber eine Unzahl divergierender und normativer Forderungen: Sexualpädagogik soll Lehrer und Eltern bei der Sexualaufklärung entlasten, Teenagerschwangerschaften verhindern, Diskriminierungen gegenüber verschiedenen sexuellen Orientierungen abbauen, gewalt- und gesundheitspräventiv wirken, die Geschlechterrollen in Frage stellen, Gender-Mainstreaming vermitteln, Transgender-Lebensweisen und Diversity thematisieren, eine lustvolle Sexualität aufzeigen, eine selbstbestimmte Sexualität ermöglichen, das Körperbewusstsein fördern, patriarchale Strukturen auflösen und nebenher noch Wissen über die Sexualität vermitteln – dies alles möglichst in eineinhalb bis drei Stunden in der Schule oder an einem Projekttag, zwei Mal im Laufe der Schulzeit, von freien

Trägern durchgeführt, die von außen die Schule besuchen und dann wieder verschwinden.

Man könnte geradezu sagen: Wenige pädagogische Richtungen sollen so viele Erwartungen gleichzeitig erfüllen wie die Sexualpädagogik und es gibt wenige Dinge, die Menschen so sehr beschäftigen, wie die Sexualität. Trotzdem wird kaum eine pädagogische Richtung so wenig wissenschaftlich diskutiert. Obwohl Sexualpädagogik ein überschaubarer und etablierter Sektor der Erziehungswissenschaften ist, ist sie nirgendwo an den Hochschulen mit eigenen Institutionen verankert. Dementsprechend werden Praxisprobleme kaum wissenschaftlich reflektiert. Das ist einer der Gründe, warum sich Befreiungsmythen, Sanktionsmechanismen oder Zurichtungspraxen der Sexualität erhalten, und warum Probleme, die aus mangelnden kritischen Praxiskonzepten entstehen, auch von Sexualpädagogen übersehen werden. – Um das Feld zu sortieren, werfe ich einen kurzen Blick auf die Formierung von (schwuler) Sexualität im Neoliberalismus und frage, wie sich übliche Praxen der Sexualpädagogik dazu verhalten. Zum Schluss versuche ich, Perspektiven einer kritischen Sexualpädagogik aufzuzeigen.

Eine Abschweifung zur sexuellen Ausschweifung

In den »Allgemeinen Hinweisen zu den Rahmenplänen für Unterricht und Erziehung in der Berliner Schule AV 27: Sexualerziehung« (2001) findet sich folgende Formulierung:

Sexualität ist eine Lebenskraft, die in allen Phasen menschlichen Lebens in körperlicher, geistig-seelischer und sozialer Hinsicht wirksam wird. Sie dient nicht nur der Weitergabe neuen Lebens, sondern ist eine Quelle von Lebensfreude und trägt zur Identitätsbildung bei. In der sozialen Beziehung zu anderen Menschen ermöglicht sie Erfahrungen von Nähe, Vertrauen, Geborgenheit, Lust, Zärtlichkeit und Liebe.

Zwei solcherlei Idealisierung konterkarierende Entwicklungen seien kurz aufgezeigt. Beide haben ihren Ursprung in den Emanzipationsbewegungen von Schwulen und Lesben, um sich der zwangsheterosexuellen Gesellschaft zu entziehen und unbehelligt die eigene sexuelle (oder körperliche) Orientierung zu leben. Diesen Bewegungen ging es zunächst um eine radikale Kritik an der gesellschaftlich vermittelten Sexualität, an den starren Strukturen des monogamen, heterosexuellen Familienbildes mit festen Geschlechterrollen. Inzwischen sind sie in der Mitte der Gesellschaft angekommen: Schwule und Lesben werden beachtet, in öffentlichen Verwaltungen vertreten, ihre Forderungen werden in Gesetzen formuliert und sie gründeten ihre eigenen sozialen Netzwerke in Ökonomie, Medien und sozialer Versorgung. Mit dieser Anerkennung ging eine Festschreibung neuer Standards samt Abgrenzung von anderen Lebensstilen (u. a. nicht-eheliche Beziehungen,

Trans-/Interidente) einher, gesellschaftskritische Perspektiven politischer wie pädagogischer Praxis gingen verloren.

Die Identifizierung der »Szenen«

Als in den 1980ern HIV und Aids aufkamen, fand für kurze Zeit eine erstaunliche Solidarisierung innerhalb der schwulen Szene statt. Gleichzeitig war im Rahmen der Verhinderung von Neuinfektionen die Gesellschaft gezwungen, Sexualitäten und ihre Praktiken offener zu thematisieren, wenn sie nicht homosexuelle Männer absondern und in Quarantäne verbannen wollte. An Gettoisierung wurde zwar gedacht, doch sind die Grenzen zwischen homo- und heterosexueller Welt zu verschwommen, um eindeutige Regelungen treffen zu können – so erkrankten auch Bluter oder Familienväter, von denen niemand wusste, dass sie auch Sex mit Männern hatten. Stattdessen wurden pädagogische Lösungen gesucht: in Fernsehspots der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), den Kampagnen der Deutschen Aids-Hilfe (DAH) oder bei der Verankerung des Themas »Safer Sex« im Biologieunterricht wurde Sexualität pädagogisiert. Erst wurde versucht, die Verwendung des Kondoms beim Sex als Schutz gegen eine HIV-Infektion als bunten Spaß darzustellen. Später erkannte man, dass die ernsthafte Thematisierung der Folgen einer Infektion wirksamer war. Die sexuellen Kontakte in der schwulen Szene wurden aus der »Schmuddelecke« ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt, um Übertragungswege von HIV erfassen, medizinische Therapien entwickeln und Medikamente testen zu können. Lange herrschte Unklarheit, wieweit die HIV-Infektionen nur homosexuelle Männer oder auch andere Menschen betreffen. Dadurch wurden die (homo)sexuellen Kontakte immer differenzierter dargestellt, immer mehr Aspekte der Praktiken benannt. Und es eröffneten sich vielen Menschen ganz neue Felder lebbarer Sexualität. Kontakte durften öffentlich geknüpft werden, der HIV-Status beeinflusste die Praktiken, und »Lust« wurde nach Übertragungsrisiken klassifiziert. Analog bildeten sich Sub-Szenen entlang der Sexualpraktiken. In der feministisch inspirierten Genderdebatte wurde der Versuch unternommen, Kategorisierungen von Sexualitäten zu unterlaufen, etwa mit dem Konzept von *transgender*. Da aber auch dieser Begriff sich an den bestehenden Geschlechterrollen orientierte, führte die gewünschte Uneindeutigkeit zur Identifikation einer weiteren Kategorie. In diesem Moment kamen aufkommende postmoderne Konzepte wie gerufen, da sie auf der einen Seite eine Beliebigkeit der Identitäten formulierten, auf der anderen aber ausdifferenzierte Identitäten festschrieben. Es war nicht mehr von sexuellen Orientierungen die Rede, sondern von vielen verschiedenen sexuellen Identitäten. Der Katalog der Sexualitäten war neu geschrieben. Das kam dem staatlich-pädagogischen Zugriff auf die Körper entge-

gen, indem nun klare Zielgruppen für Präventions- und Gesundheitskonzepte benannt werden konnten, auf die sich die gängigen Formen der Sexualpädagogik heute affirmativ beziehen.

Neoliberalisierung der Sexualität

Parallel zu dieser Entwicklung fand eine grundlegende Verschiebung in den Wirtschaftssektoren (Industrie, Dienstleistungen und Verwaltungen) der kapitalistischen Zentren statt, die sich auch auf die Interaktionen zwischen den Subjekten auswirkt und Einfluss auf die Sexualitäten hat (vgl. Sigusch 2005, 200f). In dem Maße, wie die kapitalistische Wertschöpfung zunehmend Dienstleistungen und ästhetische Idealisierungen in den Vordergrund rückt, erhält die Zurichtung des Körpers, der Haut, die zu Märkte getragen wird, eine größere Bedeutung, etwa in Personalauswahlverfahren bei Fluglinien, Banken, Versicherungen etc. Der Besuch eines Fitnessstudios, fettarme Ernährung und solariengebräunte Haut gehören ebenso zu den Versuchen, ein ideales Aussehen zu erlangen, wie die Nutzung chirurgischer Eingriffe, um ebenmäßig und jünger zu erscheinen – gerade in der schwulen Szene. Das Selbstideal wird an modischer und sexueller Attraktion ausgerichtet. Und im Gegenzug wird die moderne Sexualität an Darstellungen idealer Selbstbilder orientiert. Da Sexualität immer gesellschaftlich vermittelt ist, fließen in sie Moden und ästhetische Ideale ein. Ein qualitativer Unterschied zu Zeiten, in denen Sexualitäten dem Bereich des Privaten angehörten, besteht heute im tendenziellen Zwang, das Intime zu veröffentlichen und den zugerichteten Körper zu Märkte zu tragen, um einen Sexual- oder Beziehungspartner zu finden. Ein anschauliches Beispiel hierfür liefert das Internetportal »gayromeo«, auch »schwules Einwohnermeldeamt« genannt. Das Internetportal bietet die Möglichkeit, ein Profil zur eigenen Person anzulegen und in einen Chat mit anderen Teilnehmern einzusteigen. Das Profil erfasst vor allem Aussehen, körperliche Ausstattung und sexuelle Vorlieben, aber auch Angaben darüber, ob Safer Sex praktiziert wird. Zum vorzuzeigenden Körper-Ideal gehören jugendliches Erscheinungsbild, modisches Äußeres, geringer Fett-Index, muskulöse Erscheinung, großes Geschlechtsorgan und professionelle fotografische Darstellung. Diesem normierten Katalog schwuler Körper genügen aber längst nicht alle. Als Alternativen für die »Hässlichen« gibt es noch operative Eingriffe. Ansonsten macht sich Verunsicherung breit, manche ziehen sich in virtuelle Kontaktwelten zurück. Aber auch bei denen, die im Spiel bestehen können, treten emotionale Probleme auf. Im Forum selbst wird über das Gefühl der Leere nach sexuellen Kontakten und eine soziale Vereinsamung berichtet. – Wieweit greift nun die Sexualpädagogik – positiv

oder negativ, widerständig oder konformistisch – die beschriebenen Entwicklungen und eingangs genannten konkreten Fragen der Jugendlichen auf?

Sexualpädagogik erzieht zur Abschaffung des Persönlichen

Neben den Angeboten freier Träger wie Peer-Education zu HIV und Aids, Transgender-Gruppen, die Aufklärungsveranstaltungen durchführen, oder Partner von »Aktion Courage«, die über Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung berichten, ist die Behandlung des sexualpädagogischen und -politischen Kanons als Teil des regulären Unterrichts vorgesehen. Sexualerziehung taucht in den Rahmenplänen für Berliner Schulen, im Schulgesetz für das Land Berlin und in den Rahmenlehrplänen für die Sekundarstufe I in den Fächern Bildende Kunst, Biologie, Ethik, Fremdsprachen, Geschichte, Philosophie, Politikwissenschaften, Sport und Sozialkunde auf. In Wirklichkeit findet Sexuaufklärung jedoch an vielen Schulen weiterhin nur im Biologieunterricht anhand realitätsferner Schaubilder und Lehrfilme statt. Oft fällt dieser Unterricht wegen plötzlicher Krankheit der Lehrer und Lehrerinnen aus – was auch mit den ungeklärten und problemfernen Richtlinien zu tun haben dürfte. Die Fortbildungsveranstaltungen, die zum Thema Sexualpädagogik in Berlin angeboten wurden, sind in den letzten Jahren eingestellt worden, da niemand daran teilnehmen wollte. Die Freien Träger, die die Schulen aufsuchen sollen, werden nur gering finanziert und vermitteln zum Großteil Sexuaufklärung auf ehrenamtlicher Basis. Soweit sich also überhaupt Diskussionsmöglichkeiten ergeben, gehen die verbreiteten Formen der Sexualpädagogik an den Problemen der Schüler und Schülerinnen vorbei. Sie führen zugleich durch eine Kombination aus unglaublichem Wir-Gefühl, indem sich, anders als im Schulalltag, plötzlich in einer angeblich vertrauensvollen Runde über Intimes unterhalten werden soll, und einer Art Beichtzwang, weil Details der eigenen Sexualität zu offenbaren sind – so entstehen Widerstände gegen angebotene Themen.

In Aufklärungsveranstaltungen in Schulen werden z. B. durch gegenseitige Rückenmassagen (wie »Pizza backen« auf dem Rücken des Mitschülers) sowie Entspannungs- und Bewegungsübungen Grenzen der körperlichen Intimsphäre überschritten. Die Forderung, sich wechselseitig Anerkennungskarten mit dem Wortlaut: »Mir gefällt an dir, dass ...« (vgl. bayerische Handreichung »LiZA«) zu verteilen, geht über ggf. existierende Differenzen und Spannungen hinweg und sexualisiert Beziehungen ungefragt. Oder es werden Klischees gegenüber verschiedenen Sexualitäten abgefragt, um sie dann zu widerlegen:

Schülerinnen und Schüler setzen sich mit Situationen, in denen sich zwei Menschen auf einer Straße küssen, auseinander, spüren eigenen Gefühlen in derartigen Situationen nach, drücken Gefühle schriftlich aus, schreiben die eigene Meinung über

derartige Situationen auf, sprechen über die eigenen Äußerungen mit anderen, vergleichen die eigene Meinung mit anderen, erkennen und diskutieren Unterschiede und Übereinstimmungen.« (vgl. Senatsverwaltung für Bildung u. a. 2006, 55f)

Solche gängigen Übungen beantworten nicht die Fragen der Jugendlichen, sondern sind, wie auch Rollenspiele und andere didaktische Mittel, Vehikel, um bestimmtes Wissen über Sexualität zu vermitteln: Die Jugendlichen setzen sich auf diese Weise mit ihrem Selbstbild, der Verantwortung für sich und andere, der Verfolgung Homosexueller etc. auseinander. Sie erfahren etwas zu erwünschtem Wohlverhalten, aber nichts zu ihrer Sexualität. Vielmehr wird vermittelt, dass diese nicht einfach praktiziert werden kann, sondern dass erst viele mentale, ethische und psychische Anforderungen erfüllt werden müssen, um Sexualität erleben zu dürfen. Und sie lernen die Anforderung kennen, auch Menschen, mit denen man aufgrund staatlicher Entscheidungen in eine Klasse geschickt wurde, ihre Intimitäten offen zu legen, ihre Haltungen und Einstellungen zur Sexualität auszubreiten und andere anzufassen. Kein Mensch fragt sie danach, ob sie die gleichen Interessen haben wie die Anleiter, oder nicht. – Zur Ehrenrettung der Sexualpädagogen sei angemerkt, dass die Übungen und Rollenspiele laut fast aller Unterrichtsmaterialien ausschließlich freiwillig stattfinden sollen. Dazu im Widerspruch stehen allerdings die Situation und die Erwartungen der Pädagogen. Und wer nicht mitspielt, gehört häufig auch nicht dazu. Im Übrigen ist der Sexualkundeunterricht in Berlin verpflichtend, Eltern können die Teilnahme ihrer Kinder nicht verweigern.

Außerdem wird in der sexualpädagogischen Praxis über Übungen und Rollenspiele der sexuelle Diskurs weiter angeregt und gleichzeitig die persönliche Offenlegung des Intimlebens eingefordert. Ein Blick auf prominente Aufklärungs-Institutionen und einschlägige Internetangebote zeigt: Von den staatlichen Stellen wird die Sexualaufklärung an Angebote gekoppelt, das eigene Sexualverhalten mit gesellschaftlichen Maßstäben, mit herrschender Moral abzugleichen. Dazu gehört auch, dass das Bild der monogamen Liebe weiterhin als Ideal vorgezeichnet wird (vgl. BSfUK, BSfUGV 2004). Der gesellschaftlich produzierte Druck, ästhetischen Körperidealen zu entsprechen, wird einerseits heruntergespielt, indem vorgegeben wird, es sei nichts dabei, diesen nicht zu entsprechen, da andere Werte in Beziehungen wichtiger seien. Zugleich wird andererseits vermittelt, wie wichtig es sei, sich um seinen Körper zu kümmern, um ihn gesund und fit zu halten (vgl. Internetseiten des Gesundheits- und Familienministeriums). Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass ein Teil der Jugendlichen sich falsch ernähre und dadurch für Krankheiten anfällig werde. So werden aus dem Raster fallende Jugendliche pathologisiert. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) widmet sich verstärkt der gesunden Ernährung, der Fitness, dem Ziel, den eigenen Körper den aktuellen Erfordernissen leichter anzupassen. Essstörungen, Suchtverhalten und Vereinsa-

mung sollen durch die Vermittlung selbstverantwortlicher Handlungsstrategien verhindert werden.

Die BZgA (2006) verkündet, dass inzwischen immerhin 60 Prozent der Eltern ihre Kinder aufklären, erfasst aber nicht, ob die Kinder diese Aufklärung als hilfreich empfanden. Das Internet bietet zwar eine gewaltige Bandbreite an »Informationen« zu Sexualpraktiken und -stellungen, doch wer verständlich aufbereitetes Wissen über Sexualität finden möchte, kann lange suchen. Und wer nach Diskussionsforen über eine angemessene oder sinnvolle Vermittlung von Wissen über Sexualität sucht, wird enttäuscht. Einige wissenschaftliche Studien zum Sexualverhalten werden als Downloads angeboten, oder für Jugendliche stehen einige Beratungstelefone zur Verfügung, aber der Großteil der Homepages setzt sich eher ideologisch mit einer Bedrohung der Jugendlichen durch die Auflösung der Familienstrukturen und die Sexualisierung der Gesellschaft auseinander. Dabei handelt es sich meist um Internetseiten mit religiösem Hintergrund.

Perspektiven der Sexualpädagogik

Aus den Diskursen über den Sex und aus der Sexualpädagogik ist der sexuelle Akt selbst längst verschwunden. Das könnte Anlass zur Freude sein, würde er im persönlichen Leben einfach befriedigend praktiziert. Doch davon kann keine Rede sein. Beratungen zum HIV-Schnelltest, psychologische Beratung von Schwulen und Gespräche mit Jugendlichen zeigen, dass Sex eher komplizierter geworden ist. Die Zahl der Sexualstörungen nimmt zu, die sexuelle Aktivität ab, das Bedürfnis nach Rückgewinnung sexueller Handlungsfähigkeit steigt. Doch darüber wird nicht gesprochen – aus Scham, weil schulische Zwangsgemeinschaften nicht den richtigen Rahmen abgeben, und weil bedarfsorientierte Konzepte fehlen. Es erscheint notwendig, dass sich die Sexualpädagogik ihrer eigentlichen Stärke zuwendet, Wissen über Sexualität zu vermitteln, das die Sexualität ihrer Formierung durch Disziplinierungen und personalisierter sowie warenästhetisch ausgerichteter Produktion der Ware Arbeitskraft entreißt. Zudem könnte eine kritische Sexualaufklärung pseudo-emanzipatorischer Idealisierung sowie konservativer Vereinnahmung begegnen. Dann können Fragen zur Sexualität und ihren Möglichkeiten, zum Körper und seinen Funktionen, zum Sex und seinen Variationen, wie sie jederzeit in Aufklärungsveranstaltungen zu hören sind, unverstellt zur Sprache kommen – und Antworten gefunden werden.

Literatur

- Andreas-Oberschule, Projekt-AG »Homosexualität und Schule«, 2003: *Homosexualität und Schule. Eine Studie zu Einstellungen und Sichtweisen von 850 Jugendlichen zum Thema Homosexualität*, Berlin
- Bass, Ellen, und Kate Kaufman, 1999: *Wir lieben wen wir wollen. Selbsthilfe für lesbische, schwule und bisexuelle Jugendliche*, Orlanda Frauenverlag Berlin
- Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (Hg.), 2004: *LiZA – Liebe in Zeiten von Aids*, München
- Bürger, Peter, und Stefan Nagel, 2002: *Von wegen schwaches Fleisch. Warum Safer Sex keine reine Willenssache ist*, AIDS-Hilfe Düsseldorf e. V. Düsseldorf
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.), 1999: *Sexualpädagogik zwischen Persönlichkeitslernen und Arbeitsfeldorientierung*, Köln
- Dies. (Hg.), 2001: *Rahmencurriculum Sexualpädagogische Kompetenz. Qualifizierungsmaßnahmen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen*, Köln
- Dies. (Hg.), 2006: *Jugendsexualität. Repräsentative Wiederholungsbefragung von 14- bis 17-Jährigen und ihren Eltern*, Köln
- Castells, Manuel, 2001: Internet, Netzgesellschaft, in: *Lettre International* 54, Herbst 2001, 38–44
- Dannenbeck, Clemens, und Jutta Stich, 2005: *Sexuelle Erfahrungen im Jugendalter. Aushandlungsprozesse im Geschlechterverhältnis*, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Köln
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Verlag Frankfurt/M-New York
- Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), 2003: *Evaluation des lesbisch-schwulen Aufklärungsarbeit mit der SchLAuen Kiste in Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf
- Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), 2004: *Mit Vielfalt umgehen. Sexuelle Orientierung und Diversity in Erziehung und Beratung*, Düsseldorf
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (Hg.), 2006: *Zusammen leben in Berlin – männlich – weiblich – menschlich? Trans- und Intergeschlechtlichkeit*, Berlin
- Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Landesinstitut für Schule und Medien (Hg.),

2006: *Lesbische und schwule Lebensweisen – Handreichung für die weiterführenden Schulen*, Berlin

Sigusch, Volkmar, 2005: Die neosexuelle Revolution – Metamorphosen von Sexualität und Geschlecht, in: *Das Argument* 260, H. 2, 47. Jg., 189–205

Sofsky, Wolfgang, 2007: *Verteidigung des Privaten*, C. H. Beck, München

Stiegler, Bernard, 2008: *Die Logik der Sorge. Verlust der Aufklärung durch Technik und Medien*, Suhrkamp Frankfurt/M

Arnd Hofmeister

Dimensionen eines kritisch-psychologischen Gesundheitsbegriffs

An Jahrestagen, aber auch zu anderen festlichen Gelegenheiten, kommt der »Gesundheit« eine zentrale Bedeutung zu. Wir wünschen »Gesundheit«, wir trinken auf die Gesundheit und je älter wir werden, desto häufiger schließen sich Gespräche über die eigene Gesundheit oder die unserer Nächsten an. In diesen Gesprächen geht es aber primär um etwaige Erkrankungen, Gesundheit selbst stellt man lediglich erfreut fest und wechselt das Thema. Gesundheit ist im Alltagsdiskurs also zunächst negativ als Abwesenheit von Krankheit bestimmt, sollte sie hingegen einmal positiv thematisiert werden, dann geschieht dies in der Regel in einem ermahnenden Ton, der zu gesünderem Verhalten hinsichtlich des eigenen Lebensstils auffordert, oder seltener auf ermutigende Art und Weise, einmal auszuspannen, um sich zu regenerieren. Aus der Perspektive des Subjekts, das in einen solchen »positiven Gesundheitsdiskurs« gestellt wird, findet in diesem Diskurs in der Regel eine normative Anrufung statt, in der Gesundheit als unhinterfragtes Ziel gesetzt ist, dem man sich schwer entziehen kann. Das »materiale Apriori« der Kritischen Psychologie (vgl. Holzkamp 1983, 350) macht es uns – auf den ersten Blick – schwer, ein gesundheitsschädliches Verhalten zu begründen: »Wer schadet sich schon bewusst selbst, indem er oder sie seine oder ihre eigene Gesundheit gefährdet?« Tatsächlich tut das jeder und jede – allerdings mit jeweils unterschiedlich großem »schlechtem Gewissen«. Die Widersprüchlichkeit von Gesundheitsdiskursen und -verhalten macht diese so ideologiefähig – und daher zu einem wichtigen Gegenstand von Analyse und Kritik.

Gesundheit scheint für eine kritische Wissenschaft jedoch ein schwieriger Begriff zu sein. Negativ bestimmt kann er Ausgangspunkt von Kritik an krank-machenden Verhältnissen sein, aber positiv bestimmt birgt er gerade in individualwissenschaftlicher Theoriebildung die Gefahr der ideologischen Subjektion. Gesundheitsdiskurse konstituieren ein selbstverantwortliches, handlungsmächtiges Subjekt, das in einer scheinbaren Ermächtigung entmächtigt wird. Die Anordnung dieses Diskurses gerät dabei völlig aus dem Blick.

Klaus Holzkamp hat die Begriffe Gesundheit und Krankheit, in der »Grundlegung der Psychologie« (1983) weder systematisch eingeführt noch überhaupt als Worte in substantivischer oder adjektivischer Form benutzt. Die Leerstelle an einem solch zentralen Aspekt »menschlicher Lebensgewinnung« ist erstaunlich. So hat die Kritische Psychologie stets auch einen Kampf um Begriffe geführt und versucht, diese durch Funktionskritik und kategorial fundierte Reinterpretation neu zu bestimmen. Zudem bildet die gesundheitliche Situation der Arbeiter und Arbeiterinnen einen wichtigen Ansatzpunkt der Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise. Karl Marx beschreibt überspitzt im Kapital, dass unter Umständen die Erhaltung von gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen den Kapitalisten ihre Reproduktionsfähigkeit sichert (MEW 23, 506). Am Beispiel der Arbeitsschutzgesetzgebung erläutert er die Widersprüchlichkeit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Der Kampf gegen gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen und die Absicherung gesundheitlicher Risiken ist im 19. Jahrhundert ein zentrales Motiv der Selbstorganisation von Arbeitern und Arbeiterinnen in Arbeitervereinen und in Form der Gesetzlichen Krankenversicherung ein zentrales Element der Befriedung der Arbeiterklasse von oben gewesen (Berlin 1996). Gesundheit und Krankheit als existentielle Bedingungen personaler Handlungsfähigkeit und als möglicher Ausgangspunkt gesellschaftlichen Widerstands sollten vor diesem Hintergrund Teil individualwissenschaftlicher Theoriebildung sein. Sie sind implizit in der Kritischen Psychologie im Begriff der körperlichen Situiertheit (Holzkamp 1993) angedacht, aber im Sinne eines Kampfes um gesellschaftlich bedeutsame Begriffe ein Desiderat Kritischer Psychologie.

Daher möchte ich die Dimensionen eines kritischen Gesundheitsbegriffs im Rahmen kritisch psychologischer Theoriebildung ausloten.¹ In einem ersten Schritt werde ich gesellschaftliche Anordnungen im Umgang mit Gesundheit und Krankheit und ihre subjektivierenden Effekte analysieren. In einem zweiten Schritt zeige ich Ansatzpunkte der Reinterpretation gesundheitswissenschaftlicher Theorieansätze. Beide Zugänge, den eher gesellschaftsbezogenen und den eher gegenstandsbezogenen, werde ich abschließend inhaltlich im Sinne einer Verbindung von »Gegenstands- und Erkenntniskritik« (Maiers 1979) ansatzweise zusammen führen und Perspektiven einer emanzipatorischen Praxis aufzeigen.

1 Unter Begriff verstehe ich wesentlich die Arbeit des Begriffs und weniger eine Festsetzung einer bestimmten Bedeutung. Wenn ich also im Folgenden über den Gesundheitsbegriff reflektiere, dann versuche ich, wesentliche Dimensionen, die mit diesem Begriff in einem Zusammenhang gedacht/begriffen werden können, in ihrem Verhältnis zueinander zu diskutieren.

*Gesundheit als Begriff einer marxistischen Individualwissenschaft
– die gesellschaftliche Ebene*

Der Gesundheitsbegriff ist, wie einleitend skizziert, ideologiefähig. Ohne eine ideologietheoretisch inspirierte Kulturgeschichte des Umgangs mit Gesundheit und Krankheit schreiben zu wollen, kann man mit Wolfgang Fritz Haug festhalten, dass bereits in der frühen Phase der Menschheitsgeschichte »integrative Gruppenkräfte und Wirkkräfte von Pflanzen und anderen Naturstoffen Anlässe für sich abhebende Stellungen von Ältesten, Medizinmännern oder Kräuterhexen und für die Entwicklung von magischen Techniken [gaben]« (1987b, 17). Der Umgang mit Gesundheit und Krankheit ist schon damals »herrschaftsanfällig«, aber ist nach Haug eher noch als protoideologisch zu bezeichnen, da er in die Struktur einer horizontalen Vergesellschaftung eingebunden ist (18). Folgt man Michel Foucaults historischen Analysen zum gesellschaftlichen Umgang mit Gesundheit und Krankheit im Übergang vom Mittelalter zur frühen Neuzeit, so lässt sich ein Paradigmenwechsel festhalten: Eine »medizinische Polizey« entwickelt sich als ein neues Kontrollinstrument des späten Feudalzeitalters und bildet im Übergang zur bürgerlichen-kapitalistischen Gesellschaft ein Element eines neuen Regulations- oder Gouvernamentalitätsregimes (2004, 479ff). Die Gesundheit und ihre Erhaltung, insbesondere die der Bevölkerung als Arbeiter und Soldaten, wird zu einem wichtigen Ziel der (Bio-)Politik (2006) und ist hier in ein ideologisches Fremd-Vergesellschaftungsregime von oben eingebunden. Die Bevölkerung und ihre Gesundheit wird als Gegenstand der Politik konstituiert: Hygiene, Geburtenziffern, Lebensdauer etc. etablieren sich bis heute als Kennzahlen eines umfassenden Steuerungssystems. Fortschritte in der öffentlichen Gesundheit und damit auch in der Lebensqualität und dem Wohlbefinden der Bevölkerung dienen primär dem Verwertungsinteresse und sind im 19. Jahrhundert eingebunden in ein engmaschiges Kontrollregime. Neben diesem Kontrollregime haben sich schon im Mittelalter in den Gilden und im 19. Jahrhundert in freiwilligen, beschäftigungsbezogenen Selbsthilfeeinrichtungen Systeme sozialer Sicherung bei Krankheit oder Invalidität herausgebildet (Busse/Riesberg 2005, 15), die eher einem Modus der Selbstvergesellschaftung folgen. Durch die Bismarcksche Sozialgesetzgebung werden diese emanzipatorischen Entwicklungen in einem »Klassenkompromiss« ideologisch eingebunden. Verwertungs- und Kontrollinteressen stehen in einem Spannungsverhältnis zu entideologisierenden Hilfe- und Solidarstrukturen.

Im deutschen Faschismus, dem »Ernstfall der Normalität« (Haug 1987a, 18) hält der Gesundheitsbegriff weiteren Einzug in den politischen Diskurs. Anknüpfungspunkte bieten die Diskussionen in der bürgerlichen Wissenschaft über die Gesundheit der Arbeiterpopulationen und die Folgen des Pauperismus für den Wohlstand des Staates. Hygienische Begriffe und Krankheitsbegriffe tauchen über-

all auf, wo sich die faschistische Gewalt gegen Widerstand und »nicht-verwertbares Menschenmaterial« zur Wiederherstellung des »gesunden Volkskörpers« richtet. Doch die ideologische Wirkung beschränkt sich nicht nur auf die Naturalisierung gesellschaftlicher Widersprüche, sondern erweitert sich in einem »Zur-Ordnung-Rufen« des Individuums. Sie mobilisiert die Inkludierten: Diese sind aufgerufen, einen schönen, wohlgeformten Körper zu bilden. Gesundheit und Krankheit sind in diesem Diskurs Artikulatoren, die zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Verbindungen herstellen und diese mit Sinn füllen (22). »Offenbar organisiert die Anrufung zur Gesundheit eine Enteignung des Angerufenen, der diese besonders bereitwillig zustimmen. Möglicherweise besetzt Gesundheit eine Stelle von Vergesellschaftungshandeln. Es ist, als wäre anstelle der Werte einer selbstbestimmten Gesellschaft eine Gesellschaft der Werte getreten« (ebd.). Gesundheit wird im Faschismus zu einem zentralen ideologischen Begriff, der die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche organisiert.

Im Neoliberalismus ist das selbstverantwortliche Individuum, das unternehmerische Selbst (Bröckling 2007), zentraler Bezugspunkt von Vergesellschaftungsideologien. Die dispositive Anordnung dieser politischen Technologien funktioniert über zwei komplementäre Strategien der Objektivierung und der Subjektivierung. So wird die Bevölkerung in detaillierten Studien zu ihrem gesundheitsrelevanten Verhalten untersucht, sei es bezogen auf die Geburtenraten, das Essen, den Alkoholkonsum, die Bewegung etc., um daran anschließend entweder Gesetze zu entwerfen, dieses zu regulieren (z. B. Diskussionen um Junk-Food-Steuern in den USA), oder Programme aufzulegen, in denen der Bevölkerung zielgruppenspezifisch verschieden mitgeteilt wird, wie sie sich gesundheitsbewusst zu verhalten habe. Das Individuum sieht sich in eine Anordnung gestellt, in der es als »gesundes Subjekt« zur Ordnung gerufen wird und sich als solches konstituiert (vgl. Hofmeister 2005).

Neben diesen am Gesundheitsverhalten ansetzenden Strategien, in deren Zentrum das selbstverantwortliche Individuum steht, wird auch das über Jahrzehnte gewachsene, umkämpfte und reformierte fordistische System gesundheitlicher Sicherung nach neoliberalen Prinzipien umgebaut. Mit einem »Wettbewerbsstärkungsgesetz« (BMG 2006) wird das Konkurrenzprinzip ins Zentrum eines Solidarsystems implementiert.

An die Stelle der alten wohlfahrtsstaatlichen Autorität, die gesellschaftliche Gesundheitsrisiken zu kompensieren suchte, tritt in der neoliberalen Ökonomie des Risikos der mündige Patient als aktiver Nachfrager und souveräner Konsument. Auf diese Weise kann sich die Rationalisierung medizinischer Leistungen sogar als Rationalisierung präsentieren: Der »König Kunde« weiß ohne staatliche Bevormundung, angeleitet allein durch die Gesetze des Marktes, selbst am besten, welche medizinischen Leistungen man sich »sparen kann«. (Lemke 2000, 252)

Entsprechend verbindet sich die reduzierte Grundversorgung mit einer Reihe von Wahlmöglichkeiten und –notwendigkeiten (von Zusatzversicherungen), die die Einzelnen als verantwortliche Entscheidungsträger anruft: »Was ist Ihnen Ihre Gesundheit wert?«

Es erfordert differenzierte Analysen der Erfahrungen als Patientin im »neoliberalen Gesundheitssystem«, die über die subjektive Unmittelbarkeitsfixiertheit hinausgehen und beispielsweise die langjährigen Erfahrungen der Patientenselbsthilfe und gewerkschaftlich organisierter Pflege produktiv aufgreifen, um an einer »Selbstvergesellschaftung« im Gesundheitssystem zu arbeiten und nicht ein wohlfahrtsstaatlich-paternalistisches Gesundheitssystem naiv zu glorifizieren. So bestehend »paranoide Analysen« einer totalitären »genetischen Gouvernementalität« (Lemke 2000) wirken, so lähmend sind sie, weil in ihnen Zukunft immer schon gemacht ist und Widersprüche in diese totalitäre Anordnung integriert sind, anstatt die Geschichte und Gegenwart als Produkt politischer Kämpfe zu begreifen (Hofmeister 2005). Stattdessen wäre eine konkrete »Utopie der Negation der bürgerlichen Negation des Gesellschaftlichen« (Markard 1997, 38) gegen die neoliberale Anrufung zu entwickeln. Die Kategorien Kritischer Psychologie sind dazu angetan, »Praxisanalysen« des Gesundheitssystems zu erstellen und die widersprüchlichen Handlungsmöglichkeiten der Subjekte darin herauszuarbeiten, um eine emanzipatorische Praxis denkbar werden zu lassen.

Jenseits eines biomedizinischen Begriffs von Gesundheit und Krankheit – Ansätze zur Reinterpretation gesundheitswissenschaftlicher Konzepte

Gesundheit steht in der vorhergehenden Analyse für gesellschaftliche Anordnungen und Praxisverhältnisse im Sinne von Bedingungs-Bedeutungsanalysen. Gesundheit taucht aber gleichzeitig als Konzept in psychologischer Theoriebildung auf, insofern ist im Sinne von Kritik und Weiterentwicklung zu prüfen, ob Reinterpretationen dieser Konzepte einen kritisch-psychologischen Gesundheitsbegriff denkbar werden lassen.

Im wissenschaftlich-professionellen Diskurs sind Gesundheit und Krankheit primär biomedizinisch bestimmt. Krankheit wird hier als das Vorliegen von Symptomen und/oder Befunden, als Abweichung von einem physiologischen Gleichgewicht oder einer Regelgröße verstanden und auf bestimmte Ursachen innerer oder äußerer Schädigungen zurückgeführt (vgl. Schmidt/Unsicker, 2003). Die Kritische Psychologie hat systematisch die biologische Grundlage des Menschen in ihre Kategorientwicklung einbezogen und kann deshalb an einer solchen Bestimmung

ansetzen, ohne sie unkritisch zu übernehmen. Sie begreift die biologisch-materielle Grundlage des Menschen in ihrer ökologisch-evolutionären Form als Grundlage, Ausgangs- bzw. Übergangspunkt für die menscheitsgeschichtliche Entwicklung und gesellschaftlich formierte bzw. vermittelte Dimension personaler Handlungsfähigkeit. Mit diesem Verständnis der *gesellschaftlichen* Natur des Menschen liegt Kritischer Psychologie ein rein biomedizinisches Gesundheits- und Krankheitsverständnis fern. Krankheit kann in einem solchen Kategorialapparat nicht lediglich als körperliche Funktionsstörung genetischer, mikroorganismischer, physikalischer, mechanischer oder biochemischer Natur betrachtet werden. Die begriffliche Trennung von »biologisch« einerseits und »sozial/gesellschaftlich« andererseits in herkömmlichen Definitionen von Gesundheit und Krankheit greift begrifflich zu kurz. Für den Gesundheits- und Krankheitsbegriff ist eine Verbindung/Vermittlung beider Aspekte notwendig.

Aus einer an kritischer Gesundheitswissenschaft interessierten Sicht stellt sich die Frage, ob die Kritische Psychologie das komplexere Verständnis von Gesundheit als »Zustand des umfassenden körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht lediglich das Freisein von Krankheit und Schwäche« (WHO 1948) der Weltgesundheitsorganisation übernehmen könnte. Diese Definition ergänzt erstmalig systematisch die biomedizinischen durch psychische und soziale Aspekte. Im »biopsychosozialen Gesundheitsbegriff« (Blättner 1998, 81) wird dies systematisch ausgearbeitet. Diese Ausarbeitung unterschreitet jedoch die theoretische Komplexität kritisch-psychologischer Begriffsbildung, da die drei Komponenten der »biopsychosozialen Einheit Mensch« unvermittelt nebeneinander stehen und nicht in ihrer Verschränkung konzeptualisiert werden.

Die Handlungsregulationstheorie definiert »Gesundheit als dauerhafte Weiterentwicklung und Erhalt der menschlichen Handlungsfähigkeit« (vgl. Greiner 1998, 46f) und bietet somit in der Gesundheitswissenschaft Ansatzpunkte für einen kritisch-psychologischen Gesundheitsbegriff. »Entwickelte Handlungsfähigkeit« wird als Fähigkeit bestimmt, langfristige Ziele zu bilden, stabil-flexibel mit sich verändernden Umweltbedingungen umzugehen sowie körperliche Prozesse und Handlung zu integrieren (vgl. Ulich/Wülser 2005, 49). Die Begrenzungen eines solchen Begriffs von Gesundheit und Handlungsfähigkeit liegen wiederum in ihrer Beschränkung auf die operationalen Aspekte menschlicher Lebensgewinnung. In gesundheitswissenschaftlichen Analysen insbesondere von Arbeitsprozessen arbeiten diese Theoretiker Regulationsbehinderungen und deren gesundheitsschädigende Folgen im Arbeitsprozess heraus, blenden dessen gesellschaftlichen Kontext aber aus. Zwar werden der Prozesscharakter von Gesundheit und Aspekte krankmachender Verhältnisse jenseits ihres biomedizinischen Verständnisses beleuchtet, »gesellschaftliche Bedeutungen« kommen aber nur als »individuelle [Lern-]Ziele« (Holzkamp 1993, 169) in den Blick. Eine weitere

Schwäche dieses Ansatzes besteht in der Gleichsetzung von Gesundheit und erhaltener bzw. erweiterter (individueller) Handlungsfähigkeit. Der Aspekt leiblich erlebten Leidens verschwindet dabei gänzlich, ist aber für ein umfassendes Verständnis von Gesundheit bedeutsam (vgl. etwa Holzkamps Analysen zur körperlichen Situiertheit, 1993, 252ff).

Gleichwohl ist in dieser Definition von Gesundheit und Krankheit als Erhalt und Weiterentwicklung menschlicher Handlungsfähigkeit eine wesentliche Grundlage für einen möglichen kritisch-psychologischen Gesundheitsbegriff gelegt. Das kritisch-psychologische Begriffspaar verallgemeinerte vs. restriktive Handlungsfähigkeit ist eine Vermittlungskategorie, die den Zusammenhang von gesellschaftlicher und individueller Reproduktion thematisiert. Dem folgend kann Gesundheit im Kontext Kritischer Psychologie nicht bloß als biologischer, psychologischer oder sozialer Begriff, sondern muss als gesellschaftlicher Begriff verstanden werden.

Um der Verhältnisbestimmung »Natur/Kultur« begrifflich näher zu kommen, könnte man in einer Paraphrasierung Holzkamps (1983, 246) formulieren: »Wenn also ein menschliches Individuum beispielsweise durch ›Krankheit‹ (Paraphrasierung durch A.H.) als ›sinnlich vital‹ beeinträchtigt oder gefährdet charakterisierbar ist, so leidet es nicht isoliert ›an der Erkrankung‹ (s. o.) als spezielle (leiblich erlebte Spannung oder Leiden), sondern leidet *darin* und *gleich elementar* an seiner Ausgeliefertheit an eine Situation, in welcher es so *weitgehend von der vorsorgenden Verfügungen über seine Lebensbedingungen abgeschnitten ist, dass es krank ist*: Seine Bedürfnisse haben damit nicht nur den ›*sinnlich vitalen*‹ Akzent (...), sondern als ‚menschliche‘ Bedürfnisse auch den ›*produktiven*‹ Akzent als subjektive Notwendigkeit der Wiedererlangung eines Grades bewusster Bedingungsverfügung.« Krankheit ist in diesem Zusammenhang sowohl als Verlust von Handlungsspielräumen als auch möglicherweise als Erkenntnis meiner »Nicht-Verfügung« über spezifische »körperliche Prämissen« zu begreifen. Körperliches Leid und gesundheitliches Wohlbefinden auf ihre biomedizinischen Aspekte zu reduzieren, ist eine falsche Abstraktion; erst ihr psychisches Erleben und Verarbeiten im gesellschaftlichen Kontext ermöglicht ein gegenstandsadäquates Verständnis des je individuellen Erlebens und Erleidens. Gesundheit und Krankheit auf einem unspezifisch biosozialen Niveau zu betrachten, verkennt ihre gesellschaftliche Natur: »Abgelöst vom Menschen und seinem gesellschaftlichen Lebensprozess hat Biologisches keinen Sinn« (Sigusch 1988, 189).

Dimensionen eines kritisch-psychologischen Gesundheitsbegriffs

Handlungsfähigkeit ist in der Kritischen Psychologie keine normative, sondern eine analytische Kategorie. Verallgemeinerte Handlungsfähigkeit ist kein Zustand, der

erreicht werden kann und dessen Erreichbarkeit gemessen werden könnte, sondern dient als Leitfrage dazu, im Bestehenden Perspektiven einer Kontrolle gesellschaftlicher Verhältnisse aufzudecken. Ähnlich ist auch Gesundheit als analytischer Begriff zu entwickeln. Dabei wäre (reinterpretativ) auszuführen, wie physiologische, psychische, soziale und gesellschaftliche Dimensionen ›je meines‹ Wohlbefindens und ›je meiner‹ (Nicht-)Verfügung über körperliche wie gesellschaftliche Prämissen meiner personalen Handlungsfähigkeit in einem Zusammenhang zu begreifen sind.

Die normative Grundlage beider Begriffe liegt auf einer gesellschaftspolitischen Ebene und weniger auf der begrifflich-kategorialen (außer im Sinne einer Begriffspolitik), nämlich in dem Imperativ, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (MEW 1, 385). Kritik setzt dort an, wo der Mensch an die Verhältnisse ausgeliefert ist und die gemeinschaftliche Verfügung über die Bedingungen der eigenen Bedürfnisbefriedigung und die Kontrolle über die Bedingungen der eigenen Gesundheit beschnitten ist. Gesellschaftskritisch über Gesundheit zu sprechen, scheint in einem Spannungsverhältnis zur existentiellen Bedeutung zu stehen, die Gesundheit und Krankheit für Menschen hat, stellen doch schwere Krankheiten das mit ihnen verbundene Leid in den Vordergrund und nicht so sehr den Verfügungsverlust. Um es salopp zu formulieren: »Die pralle Unmittelbarkeit des Leidens scheint auszuschließen, dass Gesellschaftlichkeit hier eine Rolle spielt«. Unter Bezug auf Elaine Scarry (1992) lässt sich jedoch der Verfügungsverlust als ein wesentliches leidproduzierendes Moment auch im Schmerz verstehen: »Nämlich die Unerträglichkeit ihrer (der Leidenden; A. d. A.) Situation anzuerkennen und ihr Klagen über ihren Schmerz als Versuch zu begreifen, ihn, wie es bei Scarry heißt, ›aus dem Körper heraus in die Welt‹ zu holen, zu objektivieren, und auf diese Weise dafür zu sorgen, dass ihre Leidenserfahrungen nicht eingeschlossen bleiben, sondern Eingang in die ›metasubjektive Verständigung‹ finden, das heißt, zu einem menschlicheren Umgang mit dem Leidenden finden« (Osterkamp 1995, 855). Leiden an der »totalen Ausgeliefertheit an die Umstände« (Holzkamp 1983, 236) bedeutet hier neben dem unmittelbaren Schmerz auch Leiden an Verständigungsschwierigkeiten über Grenzen von Heilung zwischen ›überhöhten Hoffnungen‹ und ›grandiosen Machbarkeitsversprechen‹ der Medizin, der Akzeptanz der eigenen Endlichkeit und Aufrechterhaltung der ethisch-politischen Forderungen nach bestmöglicher Versorgung und Unterstützung.

Auf begrifflicher Ebene ist deutlich geworden, dass Gesundheit neben einem unmittelbar erlebten körperlichen, psychischen und sozialen Wohlbefinden im Sinne Kritischer Psychologie immer auch eine Verfügung über die Bedingungen der eigenen Gesundheit beinhaltet. In seinen Ausführungen zur körperlichen

Situiertheit hat Holzkamp (1993, 253ff) auf die Diskrepanz des physiologischen Zugriffs auf den Körper vom Drittstandpunkt und konkreten Erfahrungen der Körperlichkeit vom Subjektstandpunkt hingewiesen und deutlich gemacht, dass beide Perspektiven nicht irreführend vermischt werden sollten. Kritische Psychologie hat hier kontinuierlich Begriffsarbeit zu leisten. Analytisch sind diese beiden Standpunkte voneinander zu trennen. Subjektwissenschaftlich sind dann körperliche »Verfügungsgrenzen, Behinderungen, Widerständigkeiten, Undurchschaubarkeiten« (257) als Prämissen meines begründeten Handelns zu begreifen.

Auf gesellschaftlicher Ebene ist deutlich geworden, dass Gesundheit als Begriff in hohem Maße ideologieanfällig ist. Der Gesundheitsdiskurs steht im Spannungsfeld einer ideologischen Fremdvergesellschaftung von oben und einer Selbstvergesellschaftung von unten. Verfügung über die Bedingungen der eigenen Gesundheit ist angesichts der komplexen Wissens-, Macht- und Herrschaftsstrukturen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft mit einem hochdifferenzierten Gesundheitssystem weder auf die Wahlfreiheit von Versicherungspolice noch auf gesundheitsbewusstes Verhalten zu reduzieren.

In der Analyse und Entwicklung von (individueller) Handlungsfähigkeit ist differenziert darüber zu diskutieren, welche Fragen ich auf welcher Ebene mitentscheiden kann und will. So sind die Erfahrungen als »Patientin im neoliberalen Krankenhaus« (F. Haug 2003) widersprüchlich. Der Leib des Individuums sollte kein bloß physisches Objekt medizinischer Eingriffe sein und die »Festschreibung der Achtung vor der Selbstbestimmung des Patienten [sollte] zunächst als historische Errungenschaft angesehen werden« (Graumann 2003, 52). Zugleich ist das Individuum in der Regel kein medizinischer Spezialist und meistens überfordert, wenn es sich zwischen Behandlungsweisen mit unterschiedlichen Erfolgswahrscheinlichkeiten entscheiden soll (F. Haug 2003). Die Anrufung als selbstverantwortliches Subjekt, das die Entscheidungen zu fällen hat, kann individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit erweitern, aber auch – nicht zuletzt in Abhängigkeit von der Erkrankung – lähmend wirken. Es gilt, das Konzept der Selbstbestimmung in einem solidarischen (Gesundheits-)System gegen einen Begriff der Selbstverantwortung in einem neoliberalen, entsolidarisierten System der Eigenvorsorge zu verteidigen und in individuellen und kollektiven Selbst- und Mitbestimmungsprozessen immer wieder neu zu bestimmen. Dabei gilt es, achtsam die Anordnungen zu kritisieren, in denen Menschen im Namen ihrer Gesundheit zur Ordnung gerufen werden. Dagegen sind kollektive, selbstvergesellschaftende Praxen zu stellen, in denen Individuen gemeinsam die Verfügung über die Bedingungen ihrer Gesundheit erweitern. In diesem Sinne ist für eine solidarische Gesellschaft mit einer Gesundheitsversorgung zu kämpfen, die Subjekten Verfügung über die Bedingungen ihrer eigenen Gesundheit ermöglicht.

Kritische Psychologie sollte als Individualwissenschaft auch den existentiellen Aspekt des Gesundheitsbegriffs berücksichtigen. Ernst Bloch hat den Tod als die stärkste Nicht-Utopie (1985, 1297) bezeichnet. Die eigene Endlichkeit ist als eine wesentliche Dimension des Menschseins zu begreifen. Wer hier nicht theologisch werden will und mit Theodor Wiesengrund Adorno die Auferstehung des Fleisches (1966, 207) als materialistische Sehnsucht denkt, muss sich diesem Existenzial stellen. Dies zwingt keineswegs dazu, es zum Ausgangs- und Fluchtpunkt des eigenen Denkens zu machen und als zentrale Instanz der Sinnstiftung zu etablieren. Der Tod ist in bewusster oder verdrängter Form ein Element menschlicher Prämissen-Gründe-Zusammenhänge. »Der Satz, der Tod sei immer dasselbe, ist so abstrakt wie unwahr« (364).

Literatur

- Adorno, Theodor Wiesengrund, 1966: *Negative Dialektik*, Suhrkamp Frankfurt/M Berlin, Andreas, 1996: Sozialpolitik und Klassenkampf. In: *Sozialismus von unten* (erste Serie), Nr.6, Sommer 1996, Linksruck, Berlin, 101–104
- Blättner, Beate, 1998: *Gesundheit lässt sich nicht lehren. Professionelles Handeln von KursleiterInnen in der Gesundheitsbildung aus systemisch-konstruktivistischer Sicht*, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung Bonn
- Bloch, Ernst, 1985: *Das Prinzip Hoffnung*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Bröckling, Ulrich, 2007: *Das unternehmerische Selbst – Soziologie einer Subjektivierungsform*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Busse, Reinhard, und Anette Riesberg, 2005: *Gesundheitssysteme im Wandel: Deutschland*, WHO-Regionalbüro für Europa im Auftrag des europäischen Observatoriums für Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik, Weltgesundheitsorganisation Kopenhagen
- Foucault, Michel, 1976: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Ders., 2004: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernamentalität I*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Ders., 2006: *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernamentalität*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Graumann, Sigrid, 2003: Autonomie, ein verletzliches Gut. In: *Forum Kritische Psychologie* 46, 52–62
- Greiner, Birgit A., 1998: Der Gesundheitsbegriff. In: E.Bamberg, A. Ducki u. A.-M. Metz (Hg): *Handbuch betriebliche Gesundheitsförderung. Arbeits- und*

- organisationspsychologische Methoden und Konzepte*, Angewandte Psychologie Göttingen, 39–55
- Haug, Frigga, 2003: Patientin im neoliberalen Krankenhaus. In: *Forum Kritische Psychologie* 46, 37–51
- Haug, Wolfgang Fritz, 1987a: *Faschisierung des Subjekts*, Argument Hamburg
- Ders., 1987b: *Pluraler Marxismus 2*, Argument Hamburg
- Hofmeister, Arnd, 2005: Health and Subjectivity; beyond Gouvernementality. In: A. Gulerce, A. Hofmeister, I. Staeuble, G. Saunders u. J. Kaye (Hg.), *Contemporary Theorising in Psychology: Global Perspectives*, Captus York/ON, 173–180
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1993: *Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung*, Campus Frankfurt/M-New York
- Lemke, Thomas, 2000: Die Regierung der Risiken. Von der Eugenik zur genetischen Gouvernementalität. In: U. Bröckling, S. Krasmann u. Th. Lemke (Hg.), *Gouvernementalität*, Suhrkamp Frankfurt/M, 227–264
- Maiers, Wolfgang, 1979: Wissenschaftskritik als Erkenntniskritik. Zur Grundlegung differentieller Beurteilung des Erkenntnisgehalts traditioneller Psychologie in kritisch-psychologischen Gegenstandsanalysen. In: *Forum Kritische Psychologie* 5, 47–128
- Markard, Morus, 1998: Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. In: B. Fried, Chr. Kaindl, M. Markard u. G. Wolf (Hg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft*, Argument Berlin/Hamburg, 29–41
- Osterkamp, Ute, 1995: Mitten im Umbau – Impulse aus Klaus Holzkamps letztem Lebensabschnitt, in: *Das Argument* 212, H. 6, 37. Jg., 847–856
- Scarry, Elaine, 1992: *Der Körper im Schmerz*, Fischer Frankfurt/M
- Schmidt, Robert F., und Klaus Unsicker, 2003: *Lehrbuch Vorklinik. In 4 Bänden*, Deutscher Ärzte Verlag Köln
- Sigusch, Volkmar, 1988: Thesen über Natur und Sexualität. In: H. Kentler (Hg.), *Sexualwesen Mensch, Texte zur Erforschung der Sexualität*, Piper München, 183–190
- Ulich, Eberhard, und Marc Wülser, 2005: *Gesundheitsmanagement in Unternehmen, arbeitspsychologische Perspektiven*, 2. Auflage, Gabler Wiesbaden

III

Über die Psychologie hinaus

Christina Kaindl & Jan Rehmann

Subjektion und Subjektivierung – eine kritisch-psychologische Auseinandersetzung mit der lacanschen Psychoanalyse

Subjektivität = Subjektion?

Dass die lacansche Psychoanalyse in kritischen Sozial- und Kulturwissenschaften einen außerordentlichen Einfluss ausübt, ist unübersehbar. Er manifestiert sich nicht nur in den expliziten Lacan-Verweisen etwa in den Medienanalysen Žižeks, sondern ist zu einer Art Prämisse ›poststrukturalistischer‹ Macht- und Diskurstheorien geworden, die sich nach dem Zerfall der Althusser-Schule herausgebildet haben. Vereinfacht ausgedrückt besteht die meist stillschweigende und damit unhinterfragte Grundannahme darin, dass Subjektivität und menschliche Handlungsfähigkeit mit der »Subjektion«, der Unterordnung unter eine vorgegebene symbolische Ordnung zusammenfallen. Dies ist in der Regel gemeint, wenn davon gesprochen wird, das Subjekt werde durch die Unterordnung unter die ›Sprache‹ »konstituiert«.

Zwei Beispiele mögen zur Veranschaulichung genügen. Das erste führt uns zurück zu Althusser, der seinen Begriff der ›Ideologie im Allgemeinen‹ in enger Anlehnung an Lacans Begriff des ›Imaginären‹ entwickelt hat: Da die Ideologie die Individuen »immer schon« (*toujours-déjà*) als Subjekte angerufen hat, sei sie selbst ohne Geschichte und »ewig, ebenso wie das *Unbewusste* ewig ist«, da beide innerlich zusammenhingen (ISA, 144, 133). Die Passage verweist unmittelbar auf Sigmund Freuds Beschreibung des Unbewussten als »widerspruchslos« und »zeitlos« (GW X, 286; SA III, 145f). Ausschlaggebend ist Althussters Begründung, dass die Ideologie das notwendig »imaginäre« und damit zugleich ver-kennende Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen repräsentiere (ISA 133). Da aber das ›Imaginäre‹ bei Lacan mit der Ich-Bildung zusammenfällt, wird die ideologische Unterordnung bei Althusser zu einem Kennzeichen menschlicher Handlungsfähigkeit schlechthin. Das über Lacans strukturalistische Interpretation der Psychoanalyse vermittelte Konzept einer »Ideologie im Allgemeinen« führt dazu, den Menschen –

in Anlehnung an Aristoteles' *zoon politikon* (*Politica*, 1253a, 3f) – als »ideologisches Tier« (*animal idéologique*) zu behandeln (ISA, 140). Vor allem durch diese Verallgemeinerung hat Althusser sich vom Ideologiebegriff bei Marx und Engels abgezweigt: während diese das Ideologische in den entfremdeten Verhältnissen von Klassen- und Staatsherrschaft verortet hatten – insbesondere in den damit einhergehenden Spaltungen von Hand- und Kopfarbeit, den »ideologischen Mächten« (Staat, Recht, Religion etc.) und »ideologischen Ständen« –, ist es nun wieder ins Individuum verlagert und als ungeschichtlich-anthropologische Natureigenschaft gefasst.¹ Statt die lacansche Psychoanalyse historisch-materialistisch zu reinterpretieren, hat Althusser den Ideologiebegriff an sie ausgeliefert. Der Widerspruch zwischen seinem historisch spezifischen Begriff der »Ideologischen Staatsapparate« und seiner ungeschichtlich konzipierten »Ideologie im Allgemeinen« trug schließlich wesentlich zur Auflösung der Althusser-Schule bei.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die so genannten Gouvernamentalitätsstudien, die beanspruchen, sich vom späten Foucault herzuleiten. Aber während dieser bei seinen Überlegungen zur »Führung von Führungen« (*conduite des conduites*) zumindest ansatzweise zwischen Herrschafts- und Selbsttechniken differenziert hatte, wird diese Unterscheidung bei den Neoliberalismus-Analysen der Gouvernamentalitätsstudien de facto wieder aufgegeben. Statt kritisch zu untersuchen, wie die Managementliteratur die subjektiven Bestrebungen nach Selbstbestimmung aufgreift, entfremdet und zu Vermarktungszwecken ausbeutet, begnügen sich z. B. Bröckling und Opitz weitgehend damit, die neoliberalen Anrufungen einfühlsam nachzuerzählen.² Sucht man nach Gründen für die Nicht-Unterscheidung von Fremd- und Selbstvergesellschaftung, stößt man darauf, dass die Autoren sich einer Subjekttheorie angeschlossen haben, bei der die Hervorbringung des Subjekts und seine Unterwerfung (*subjectivation* und *subjection/assujettissement*) zusammenfallen (vgl. Bröckling 2002; Opitz 2004, 81f, 132f). Judith Butler, auf die sie sich dabei beziehen, argumentiert, dass Althusser's subjekt-konstituierende Anrufung nur möglich sei, weil es in der Kindheit des Subjekts eine »Gründungsunterwerfung« gibt, ein »vorwegnehmendes Begehren« des Angerufenen, »vom Angesicht der Autorität gesehen zu werden« (2001, 105f). Es geht offensichtlich darum, die Unterwerfung tiefer und »ursprünglicher« ins Subjekt zu schieben, als Althusser dies in seinem Modell ideologischer »Anrufung« vorgesehen hat. Aber was Butler als

1 Vgl. zur Auswertung des marx'schen Ideologiebegriffs sowie zu Kritik und Re-Interpretation Althusser's PIT 1979 (Kap. 1 u. 6), Rehmann 2004 (720ff, 738ff) u. 2008 (Kap. 2 u. 6).

2 Vgl. hierzu Rehmann (2007, 76ff, 86ff) und Kaindl (2007, 141ff, 153f): »Indem die Subjekte in den Gouvernamentalitätsstudien konsequent nicht zu Wort kommen, kann gerade zu den Fragen nach den Hegemonieverhältnissen in den Bedeutungsstrukturen nichts ausgesagt werden.« (153)

»post-befreiungstheoretische Einsicht« bezeichnet (21), ist in Wirklichkeit älteren Datums und stammt aus der lacanschen Psychoanalyse, bei der die Subjektwerdung mit der Unterstellung unter das »Gesetz der Sprache« identifiziert wird.

Was bedeutet die Gleichsetzung von Subjektivität und Subjektion vom Standpunkt einer marxistischen Subjektwissenschaft aus, die sich im Anschluss an die 1. Feuerbachthese vornimmt, die Wirklichkeit nicht »unter der Form des *Objekts oder der Anschauung*«, sondern »subjektiv«, als »sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis« (MEW 3, 5) zu fassen? Obwohl es in der Tradition der Kritischen Psychologie gründliche Versuche gibt, die freudsche Psychoanalyse zu reinterpreten (H.-Osterkamp 1976, Holzkamp 1984, Aumann 2003), blieb der Ansatz Lacans weitgehend unbearbeitet. Der vorliegende Beitrag versucht Anstöße zu geben, wie diese Lücke in weiterer Forschungsarbeit zumindest verkleinert werden kann. Dafür werden zum einen die zentralen lacanschen Begriffe des ›Imaginären‹, des ›Symbolischen‹ und des ›Realen‹ rekonstruiert, zum anderen soll gezeigt werden, in welchen für die Rezeption in der Kritischen Psychologie relevanten Momenten sich Lacans Ansatz von der freudschen Psychoanalyse unterscheidet; dies soll schließlich einige Hinweise geben, an welchen Punkten eine kritische Re-Interpretation Lacans ansetzen könnte und auf welche Grenzen sie stößt.

Die imaginäre Vereinheitlichung des zerrissenen Subjekts

Die Wortbedeutung des ›Imaginären‹ (*imago*, Bild) stimmt mit der der ›Ideologie‹ (*eidos*, Bild) überein. Sie bezeichnet zunächst das Bildhafte und schillert von dort vermittelt über das Eingebildete zu Täuschung und Illusion hinüber. Lacans Verwendung knüpft an Freuds Konzept des *Narzissmus* an. Wichtig ist hierbei dessen Abgrenzung von der Phase des Autoerotismus: bezeichnet dieser einen Zustand, in dem die Sexualtriebe sich unabhängig voneinander auf anarchische Weise befriedigen, wird im Narzissmus das ganze Ich zum Liebesobjekt genommen (Laplanche/Pontalis 1999, 318). Abgeleitet von der Geschichte des Nárkissos (lat. Narcissus), der sich so sehr in sein Spiegelbild im Wasser verliebte, dass er – nach einer der Überlieferungen – kopfüber fiel und ertrank, bezeichnet der Narzissmus die Liebe, die man dem *Bild* von sich selbst entgegenbringt. Die Phase des Narzissmus ist Teil der Vereinheitlichung des Selbstbildes bei der Ich-Bildung.

Lacan konzentriert sich nun auf das »Bildhafte«, »Imagohafte« und erklärt es aus einem narzisstischen »Spiegelstadium«, in dem das kleine Kind ungefähr im Alter von 6 bis 18 Monaten sich »jubelnd« im Spiegel als einheitliches Bild wiedererkennt, obwohl die kindliche Motorik noch weitgehend uneinheitlich abläuft. Das Grundprinzip des Imaginären besteht darin, dass das inkohärent und widersprüchlich ›zusammengesetzte‹ Kleinkind seine Identität findet, indem es sich ein einheit-

liches Bild von sich selbst projiziert: es »identifiziert« sich im psychoanalytischen Sinne, da es sich »durch die Aufnahme eines Bildes« verwandelt (S I, 64). Somit entsteht ein Ideal-Ich (*moi*), das von nun an als Matrix der Entwicklung des (kleinen) Ich (*je*) fungiert. Die Projektion enthält zugleich eine grundlegende Entfremdung (*destination aliénante*; É, 91). Das Kind sieht eine körperliche Einheit, die es selbst nicht fühlt und ist von nun an in ein illusorisch homogenes Ideal-Ich (*moi*) und ein in sich fragmentiertes Ich (*je*) gespalten. Bereits das erste »Wiedererkennen« (*reconnaissance*) im Spiegel ist ein notwendiges »Verkennen« (*méconnaissance*), bestimmt von einer »wahnhaften Identität, deren starre Strukturen die ganze mentale Entwicklung des Subjektes bestimmen werden« (É, 94; 1975, 67).

Man könnte freilich die von Lacan geschilderte jubulatorische Freude des Kleinkinds beim Anblick seines Spiegelbilds auch ohne einen solchen psychoanalytischen Deutungsüberschuss als Begeisterung über den wachsenden ›Welt-Ausgriff interpretieren, der durch die Selbst-Erkennnis im Spiegel ermöglicht wird. Dass Lacan aus dem Ereignis eine das Leben von nun an strukturierende Selbsttäuschung herausliest, hängt damit zusammen, dass er das Imaginäre als Teil eines grundlegenden Entfremdungszusammenhangs konzipiert hat. Diese Entfremdung bezieht sich jedoch nicht, wie bei Marx, auf spezifische Herrschaftsstrukturen der Klassengesellschaft, sondern stellt – von einer »Vorzeitigkeit der Geburt« (S I, 66) bestimmt – ein allgemein menschliches Schicksal dar. Lacan radikalisiert hier einen freudschen Gedanken, der in der Hilflosigkeit des Neugeborenen die Grundlage für die starke Bindung des Kindes an die Eltern (und später weitere »Objekte«) sieht.

Freud schreibt in *Hemmung, Symptom und Angst* (1926, GW XIV, 11–205), dass die intrauterine Existenz des Menschen im Vergleich zu den meisten Tieren »verkürzt« erscheine; »er wird unfertiger als diese in die Welt geschickt. [...] Dies biologische Moment stellt also die ersten Gefahrensituationen her und schafft das Bedürfnis, geliebt zu werden, das den Menschen nie mehr verlassen wird« (186). Dies als »Vorzeitigkeit« zu denken, sieht ab von der spezifischen Funktion der »Kindheit« bereits bei höheren Säugetieren, in der im (geschützten) Sozialverband individuelles Lernen möglich ist und für die Menschenkinder die Aneignung gesellschaftlicher sachlich-sozialer Bedeutungen (vgl. Holzkamp 1983, Kap.8). Zugleich kommt mit der Betonung dieses Ereignisses als ein das weitere Leben strukturierendes hier die von Holzkamp kritisierte Privilegierung und »Kolonisierung« von Kindheit und Sozialisation in der Psychoanalyse zum Tragen: »Erklärung kann hier nie etwas anderes heißen als Eröffnung der individualbiografischen Dimension« (Holzkamp 1995, 115). Osterkamp fragt in diesem Zusammenhang, ob die »in der Psychologie sowie im Alltagsdenken verbreitete Tendenz, die Ursache der gegenwärtigen Probleme in der Kindheit zu suchen [nicht tatsächlich] eine symbolische Funktion hat, d. h. insofern »stimmig; und »überzeugend« ist, als sie die

Ohnmacht und Abhängigkeit der heutigen Erwachsenen in ›verdichteter‹ und ›verschobener‹ Form widerspiegelt, und diese Symbolisierung der Erfahrung einen zugleich der subjektiven Notwendigkeiten enthebt, sich den aktuellen Schwierigkeiten zu stellen und die damit verbundenen Konflikte auf sich zu nehmen« (Osterkamp 1990, 163).

Sprachliche Vergesellschaftung als Seinsverfehlung

Die Entfremdung des Menschenkinds ist bei Lacan vermittelt über die »symbolische Ordnung«, die es von seinen primären Bedürfnissen losreißt. Mit Hilfe des »Symbolischen« verknüpft Lacan die Psychoanalyse mit der strukturalistischen Linguistik. Postuliert wird eine ›Sprache‹, die in ihrer formalen Struktur sowohl für das Gesellschaftliche als auch für das Unbewusste bestimmend ist. Der Phallus ist für Lacan »der fundamentale Signifikant des Unbewussten« (Ruhs 1980, 893), der ins Unbewusste gleitet, wenn das Kind die Abwesenheit der Mutter durch die Identifizierung mit dem Vater überwindet.

In Lacans Verständnis des Ödipus-Komplexes untersagt der Vater als Repräsentant des Gesetzes, kraft dessen er seine psychische Macht entfaltet, nicht nur das Begehren des Kindes im Hinblick auf die Mutter, sondern auch ihr Begehren des Penisersatzes im Kind. Dies knüpft an Freuds Vorstellung an, dass der Penisneid des Mädchens sich in den Kinderwunsch der Frau umwandelt: das Kind wird der Penis, den die Frau sich wünscht (vgl. Laplanche-Pontalis Bd. 2, 376). Als Objekt des Begehrens der Mutter ist das Kind unterworfenen Subjekt, das erst »ich« sagen kann, wenn es durch den Kastrationskomplex von der Mutter befreit und aufgerufen ist, sich mit dem Gesetz des Vaters zu identifizieren. »Im Namen des Vaters müssen wir die Grundlage der symbolischen Funktion erkennen, die seit dem Beginn der symbolischen Zeiten seine Person mit der Figur des Gesetzes identifiziert.« (É, 70) Der Unterwerfungsprozess wird daher als Befreiung erlebt: »Diese Korrektur ist eine symbolische Kastration: Der Vater kastriert das Kinde, indem er es vom Phallus unterscheidet und von der Mutter trennt. Wird dies vom Kind akzeptiert, identifiziert es sich mit dem Gesetz, also mit dem Vater, es tritt in die familiäre Triade ein. Es geht über die duale Beziehung mit der Mutter hinaus, es wird ein Subjekt, das sich von den beiden anderen Subjekten unterscheidet, es ist befreit und erlangt seine endgültige Subjektivität.« (Ruhs 1980, 893)

Die beanspruchte Weiterentwicklung Freuds besteht v. a. in der Überwindung seines »Biologismus«: Im Konzept des ›Urvatermords‹ verfestigt sich das Inzestverbot und mit ihm die kulturschaffende ödipale Versagung in einem ›hereditären Schema‹. Über die Vererbung wird es zum Besitzstand jedes Individuums, relativ unabhängig von dessen empirischer Individualgeschichte. Auch Lacan geht von

der universellen Gültigkeit des Urvatermords und des daraus hervorgehenden Ödipuskomplexes aus: dieser durchdringe das »gesamte Gebiet der Erfahrung« und stecke die Grenzen unserer Subjektivität ab (S I, 118). Aber im Gegensatz zu Freud (und im Anschluss an Lévi-Strauss' »strukturelle Anthropologie«) schlägt Lacan die Brücke vom »Urvatermord« zum jeweils individuellen Unbewussten über das »Gesetz der Sprache«, mit dessen Hilfe die »Versagung«, d.h. die Zurückweisung und Unterdrückung primärer Bedürfnisse durchgesetzt wird. Über die symbolische Ordnung reproduziert sich die patriarchale Herrschaftsordnung, das »Gesetz des Vaters«: »Der Mensch spricht [...], aber er tut es, weil das Symbol ihn zum Menschen gemacht hat.« (S I, 117)

Auch das Unbewusste sei wie eine »Sprache« strukturiert, seine Elemente sind eingeschriebene »Buchstaben«, so dass die lacansche Psychoanalyse den Anspruch erhebt, ohne Bezug auf biologische Triebe auszukommen (vgl. Leclair 1976, 49ff). Für Lacan fällt die Menschwerdung mit der Sprache zusammen, und dies sowohl menscheitsgeschichtlich (phylogenetisch), indem mit der Herausbildung der Sprache die »Natur« negiert und »Kultur« gestiftet wird, als auch individuell (ontogenetisch). Damit mündet der Lacanismus, der angetreten ist, den »Biologismus« der freudschen Psychoanalyse zu überwinden, in einen »Sprachismus« (Haug 2006a, 90), der die Vielschichtigkeit sozialer Beziehungen auf »Sprache« reduziert und im Gegenzug deren Bedeutungsumfang so sehr erweitert, dass sie alle gesellschaftlichen Bereiche zu konstituieren scheint.

Zur »Entfremdung« wird die Eingliederung in die »symbolische Ordnung« dadurch, dass das sprechen lernende Kleinkind seine vitalen Bedürfnisse nur verständlich machen kann, indem es sie in die Form der signifikanten Kette der Sprache bringt, deren Sinn nicht sein eigener ist, sondern von anderen (z. B. von früheren Generationen) geprägt wurde. Indem das Subjekt seine Bedürfnisse äußert, entäußert es sich zugleich, da es »keinen Anspruch gibt, der nicht irgendwie durch die Engführungen des Signifikanten hindurch müsste« (Lacan, S II, 187). Diese »Engführung« zerstört die Unmittelbarkeit der vor-sprachlichen (*pré-texte*) Bedürfnisse. Das Symbol, das sich zwischen sie und ihre Befriedigung schiebt, stellt sich als »Mord der Sache« dar (Lacan, S I, 166).³ Das Subjekt wollte es als Mittel zur Durchsetzung seines Verlangens benutzen, aber aus ihm strahlen nicht mehr die vertrauten Züge seines vorsprachlichen Selbstbewusstseins zurück, sondern das

3 Ausgangspunkt dieser Vorstellung ist eine Passage aus Freuds *Jenseits des Lustprinzips*, bei der das Kind die Abwesenheit der Mutter damit zu bewältigen versucht, dass es mit einer an einem Bindfaden befestigten Holzspule Versteck spielt, wobei es beim Verschwinden »oooo« und beim Wiederauftauchen »da« ruft (GW XIII, 12f). Lacan interpretiert dieses Beispiel als Einordnung in die Sprache, bei dem das symbolische Handeln das Objekt »zerstört« (S I, 165).

»fremde Antlitz einer Ordnung des Anderen«, und diese »von der Symbolisierung des ›je‹ geschlagene Wunde wird imaginär geheilt [...] im Bilde des mit seinem Gegenüber identischen ›moi‹«, resümiert Manfred Frank (1983, 383f, 382).

Durch Symbolisierung transformiert sich auch das ›Bedürfnis‹ (*besoin*) in das prinzipiell unstillbare ›Begehren‹ (*désir*), das Lacan als das ›Begehren des Andern‹ kennzeichnet (S II, 190). Während das (verloren gegangene) ›Bedürfnis‹ sich am Objekt stillt und zu sich selbst zurückkehrt, äußert sich das ›Begehren‹ im unstillbaren Anspruch an den Anderen, anerkannt und geliebt zu werden: »Die Unmöglichkeit, Bedürfnis und Begehren zur Deckung zu bringen, schreibt der Triebstruktur eine unaufhebbare Negativität ein [...]. In diesem ›Seinsverfehlen‹ sieht Lacan die ›condition humaine‹ verankert.« (Pagel 2002, 78; vgl. 62, 66f) Boltanski und Chiapello sehen in diesem unstillbaren Anspruch einen Grund für die (populärwissenschaftliche) Lacan-Rezeption unter den »Selfmademen« und den »neuen Dynastien der Bourgeoisie« (2003, 533). Unter der Erosion fordristischer Moralvorstellungen und der Notwendigkeit, »sein Leben jeden Tag neu zu erfinden«, diente Lacans Psychoanalyse dazu, »die Realität des Begehrens« zu akzeptieren (534) und damit die Grenzen überschreiten zu können, die die Realität dem Wunschenken setzt.

In Lacans Begriffsschema gibt es neben dem ›Symbolischen‹ und dem (in ihm eingelassenen) ›Imaginären‹ noch eine weitere Dimension, die er das ›Reale‹ nennt. Der Begriff ist an Freuds Konzept der »psychischen Realität« angelehnt, das im Gegensatz zur äußeren Realität den in »Reminiszenzen« manifestierten unbewussten Wunsch bezeichnet (Laplanche/Pontalis 1999, 446). Lacan fügt unter dem Einfluss von Bataille den Aspekt des Ausgestoßenen, Verbotenen, Verdammten, eines schwarzen Schattens jenseits des Zugriffs der Vernunft hinzu (vgl. Roudinesco 1997, 217). Žižek spricht von einem Kern ursprünglicher »leidenschaftlicher Anbindungen«, die sich der Bewegung der Symbolisierung entziehen (2001, 377), – »a residue, a leftover, a stain of traumatic irrationality and senselessness« (1989, 43).

Es wäre ein Missverständnis, im ›Realen‹ eine wirksame Gegeninstanz zur Entfremdung durch die symbolische Ordnung zu sehen. Wenn z. B. Eagleton an Althusser Lacan-Lektüre kritisiert, er setze ein »zugeknöpftes Ich« an die Stelle des »zerzausten Unbewussten« Lacans und bringe damit die »potenziell aufrührerischen Forderungen« des ›Realen‹ zum Schweigen (2000, 168f), übersieht er, dass dieses ›Reale‹ gerade nicht ›gesagt‹, geschweige denn ›gefordert‹ werden kann. Es ist nicht mehr als eine geheimnisvolle Restgröße, die sich der symbolischen Ordnung entzieht, eine Spur (*vestige*), die nicht verfügbar ist.

Dies ist der theoretische Hintergrund dafür, dass die Gouvernamentalitätsstudien den Widerstand nur als »Grenzhaltung«, »Randgang«, »Fluchtlinie« konzeptionalisieren können. Möglich ist nur, bei der Übernahme des Gouvernements kleine taktische Verschiebungen innerhalb der Macht vorzunehmen, die *techné*

der Regierung zu »komplettieren«, bemerkt z. B. Sven Opitz (2004, 84, 164f). Entsprechend meinen die Herausgeber des *Glossars der Gegenwart*, Kritik müsse »auf einen ›Standpunkt‹ verzichten und so flexibel werden wie ihre Gegenstände« (Bröckling u. a. 2004, 13). Es ist, als würde die gegenwärtige Ohnmacht der Linken angesichts der hegemonialen Übermacht des Neoliberalismus theoretisch festgeschrieben und verewigt.

Kontinuitäten und Unterschiede zur freudschen Psychoanalyse

Vergleicht man die Entfremdungstheorie Lacans, die in der Vorstellung einer ewig-notwendigen ›Seinsverfehlung‹ (*manque à être*) kulminiert, mit der freudschen Psychoanalyse, stößt man sowohl auf Kontinuitäten als auch auf bedeutsame Unterschiede. Kontinuitäten lassen sich am besten an der freudschen Triebtheorie festmachen, die auf einer grundlegenden Entgegensetzung von »versagender« Gesellschaft und bedürftigem, ungesellschaftlichem Individuum basiert. Wie Ute H.-Osterkamp gezeigt hat (1976, 196–258), wird Spannung mit Unlust, Entspannung mit Lust gleichgesetzt. Die Möglichkeit einer lustvollen und motivierten Welt-Zuwendung ist damit ausgeschlossen und erscheint als durch die »versagende« Außenwelt erzwungener Umweg. Die mit dem »Lustprinzip« bezeichnete Tendenz zur Reduzierung der organismischen Energie führt Freud notwendig zu seiner Konzeption des Todestriebes (Energiereduzierung tendiert letztlich zum Tod).

Im Vergleich zur freudschen Psychoanalyse hat sich bei Lacan jedoch das Kräfteverhältnis zwischen versagender Gesellschaft und bedürftigem Individuum weiter zu Ungunsten des letzteren verschoben. Bei Freud steht das Ich im Dienste des Es (er vergleicht es mit dem Reiter, der die überlegene Kraft des Pferdes zügeln soll, aber mit Kräften, die es vom Es geborgt hat; GW XIII, 253), das Realitätsprinzip arbeitet im Dienste des Lustprinzips, und erst nach dem Untergang des Ödipuskomplexes entsteht mit der Herausbildung des Über-Ichs eine zum Es antagonistische Instanz im Individuum. Bei Lacan bezieht sich der ödipale Komplex nicht mehr wie bei Freud auf eine bestimmte ontogenetische Entwicklungsstufe, sondern »stellt eine Struktur dar, die von Anfang an das Sein des Subjekts bestimmt« (Pagel 2002, 100).

Die »topischen« und »dynamischen« Modelle Freuds zeigen einen ständigen Kampf der Instanzen, dessen konkreter Ausgang offen ist. Meist resultiert er in einer »Kompromissbildung«, bei der die gegensätzlichen Kräfte (des strafenden Über-Ichs und des Verdrängten) in einem ›Symptom‹ zusammentreffen, dessen Widerstandsfähigkeit daher rührt, dass es »von beiden Seiten her gehalten« wird (GW XI, 373; SA I, 350). Die Aufgabe der Psychoanalyse besteht hier darin, bei der Bearbeitung der neurotischen Symptome die zugrunde liegenden Konflikte zwischen den unbewussten Triebwünschen des Es und den Bestrafungen des Über-Ichs

zu entziffern und gegenüber den verlustreichen Konfrontationen die bewussten Ich-Funktionen zu stärken: »Wo Es war, soll Ich werden« (GW XV, 86).

Auch in der freudschen Psychoanalyse ist die Realitätsverkennung ein zentraler Aspekt der Weltbegegnung – als Ergebnis von Abwehrmechanismen des Ich gegen Ansprüche des Es, die mit den gesellschaftlichen Normen und Herrschaftsinstanzen in Widerspruch geraten könnten und eine Aktualisierung der Ödipuskonstellation anzeigen. Daher »sind die Abwehrmechanismen des Ichs dazu verurteilt, die innere Wahrnehmung zu verfälschen und uns nur eine mangelhafte und entstellte Kenntnis unseres Es zu ermöglichen. [...] Das erstarkte Ich des Erwachsenen fährt fort, sich gegen Gefahren zu verteidigen, die in der Realität nicht mehr bestehen, ja es findet sich gedrängt, jene Situationen der Realität herauszusuchen, die die ursprüngliche Gefahr ungefähr ersetzen können, um sein Festhalten an den gewohnten Reaktionsweisen rechtfertigen zu können« (GW XVI, 82f). Aus der doppelten Funktion der Angst, innere und äußere Bedrohungen des Ich anzuzeigen, ergibt sich die subjektive Notwendigkeit, Aspekte der Realität, die auf inakzeptable Wünsche hinweisen könnten, zu verdrängen.

Den psychoanalytischen Kategorien kann durchaus eine befreiende Funktion bei der Selbstaufklärung über Ursachen und Funktionsweisen des Leidens und bei der Stärkung bewusster Handlungsfähigkeit zukommen. So ermöglichen die Kategorien von Ich/Es/Über-Ich, »die Oberfläche der eigenen Befindlichkeit auf darin liegende Abhängigkeiten, unverarbeitete Konflikte, Verleugnungen der Zwänge und Beschränkungen der eigenen Lebenslage« zu beziehen (Holzkamp 1984, 27, 30), so dass z. B. das schlechte Gewissen, unter dem man leidet, in der Rekonstruktion als Ergebnis der Verinnerlichung gesellschaftlicher Zwänge und Bedrohungen begriffen werden kann. Die Grenzen dieses emanzipatorischen Potenzials liegen darin, dass Freud die bürgerlichen Verhältnisse universalisiert und eine unabänderliche und notwendige gesellschaftliche Unterdrückung subjektiver Glücksansprüche behauptet.

Es ist kein Zufall, dass Lacan sich gerade dort von der freudschen Psychoanalyse abstößt, wo diese auf kritische Selbstaufklärung und bewusste Handlungsfähigkeit orientiert: das ›Ich‹, dem Freud grundsätzlich eine Fähigkeit zur (psychoanalytischen) Bewusstwerdung zuspricht, ist bei Lacan durch das aus dem Spiegelstadium hervorgegangene imaginäre und damit notwendig verkennende ›moi‹ ersetzt.⁴ »Das Ich ist jener Herr, den das Subjekt in einem anderen findet und der sich in seiner Herrschaftsfunktion in seinem eigenen Herzen errichtet.« (Das Seminar III, 173)

4 Dagegen wird das ›je‹ als das »wahre« Subjekt (*s'être*) ins unbewusste Es verlagert – als eine »Spur von etwas, das wohl sein muss, wenn es aus dem Sein fallen soll« (S II, 176). Vgl. hierzu auch Frank 1983, 371ff, Pagel 2002, 37ff.

Der menschliche Gesellschaftsprozess erscheint als ein vollständiges Determiniert-Sein durchs Symbolische, das weder von den imaginären Ich-Funktionen noch von den flüchtigen Restgrößen eines ›Realen‹ einen effektiven Widerstand zu erwarten hat. Während bei Freud das Ich auch gegen seinen gebieterischen Herrn (das Über-Ich) rebellieren kann, markieren seine (relative) ›Freiheit‹ und ›Autonomie‹ bei Lacan nur den Punkt, an dem das »Gesetz« sich erfolgreich mit dem Begehren verschmolzen hat. Herauskommt eine theoretische Festschreibung und Ontologisierung von Unterwerfung, bei der nicht mehr nachgefragt werden kann, *welche* gesellschaftlichen und individuellen Erfahrungen dazu führen, die Einschränkungen gegebener Möglichkeitsräume freiwillig hinzunehmen (vgl. Kaindl 2007, 146). Ohne Chance, bewusst an ihrer »Ent-Unterwerfung« zu arbeiten, sind die Subjekte darauf verwiesen, sich ironisch-distanziert in ihrer Unterworfenheit zu bewegen.

Ansatzpunkte einer kritisch-psychologischen Re-Interpretation

Ein fruchtbarer Umgang mit Theorien erfordert es, über die Kritik an den theoretischen Grundannahmen hinauszugehen und die in ihnen enthaltenen Erkenntnismöglichkeiten fruchtbar zu machen. Nach dem Prinzip der Einheit von Kritik und Weiterentwicklung haben Reinterpretationen einen wichtigen Stellenwert in der Kritischen Psychologie. Der Auseinandersetzung mit der Psychoanalyse verdankt sie zentrale Konzepte wie das dynamische Unbewusste, die Verinnerlichung von äußerem Zwang zur Vermeidung von Konflikten mit Herrschaftsinstanzen, die Leugnung von Bedürfnissen und Verschiebung von Realitätswahrnehmung. Nicht zuletzt teilt sie mit ihr den Forschungsstandpunkt des Subjekts.

Ein Anknüpfungspunkt für eine kritisch-psychologische Re-Interpretation Lacans ließe sich allgemein in seinem Anliegen finden, das Subjekt nicht isoliert in der bürgerlichen Privatform, sondern eingelassen in die Sprache und die gesellschaftlichen Anderen zu denken. Lacan polemisiert gegen Psychotechniken wie gegen einen »Psychologismus, der sein Augenmerk auf die Eigenschaften und die Funktion stummer Verhaltenszüge richtet und dadurch das Menschenwesen zum Gegenstand macht, es versachlicht bzw. verdinglicht« (*chosifiant l'être humaine*, É, 216f, zit. n. Braun 2007, 5). Auch seine Skepsis gegenüber der Möglichkeit von »Identität« ist anschlussfähig, insoweit man sie aus der überallgemeinen Annahme einer notwendigen und grundsätzlichen Subjekt-Verkennung herauslöst und im Rahmen einer kritischen Theorie des Ideologischen zur Analyse widerspruchseliminierender Identifikationsbilder verwendet.

Grundsätzlich gehört Lacan in den Kontext der vielfältigen strukturalistischen und poststrukturalistischen Bemühungen, die psychoanalytischen Grundbegriffe zu »vergesellschaften«. Der frühe Lyotard und Deleuze/Guattari versuchten dies z. B. mithilfe

eines unmittelbaren Zusammenschlusses mit der marxischen Basiskategorie der »gesellschaftlichen Produktion«. ⁵ Entsprechende Versuche, Lacans Konzentration auf Sprache als gesellschaftliche Vermitteltheit – unter Einbeziehung von Arbeit und Produktionsverhältnissen – zu denken, stoßen allerdings an Grenzen. Braun (2007, 18) meint z. B., Lacans Begriff des Symbolischen als »Struktur einer Gesellschaft oder Kultur in ihrer Bedeutsamkeit« übersetzen zu können. Hinzuzufügen wäre dabei, dass diese gesellschaftlich-kulturelle »Bedeutsamkeit« von vorneherein auf die ewige Unterwerfung/Entfremdung festgelegt ist. Robert Heim zufolge begreift Lacan die Sprache als eine »Form von Arbeit, die als ihr Produkt das Unbewusste zeitigt«, so dass auch das Unbewusste das »Resultat von Arbeits- und Produktionsprozessen« sei (1980, 930). Zwar weist Heim selbst darauf hin, dass Lacans subjektkonstituierender Signifikant nicht als »Synonym für auf Arbeit gründende Gesellschaftlichkeit, die ein symbolischer Vermittlungszusammenhang ist« gelesen werden könne (930f). ⁶ Vielmehr gehe es ihm lediglich darum, in der Neubegründung des Gegenstands der Psychoanalyse »diesen als gesellschaftlichen, weil sprachlich vermittelten zu denken und ihn aus der postivistisch-szientistischen Umklammerung zu befreien«. Dies erfolge allerdings nicht im Sinne einer marxistischen Subjektwissenschaft, »die die Kritik der politischen Ökonomie komplementär ergänzen könnte«, sondern als eine Subjekttheorie, »die auf der radikalen und irreduziblen Heterogenität ihres Gegenstandes beharrt« (931). Zaretsky sieht die Konjunktur der Lacan-Rezeption in den 1970er Jahren gerade im Zusammenhang »mit der Verlagerung des linken Denkens von Produktion und Ökonomie zu Fragen der Ideologie, der Kultur und der Medien« (Zaretsky 2006, 459). Lacan und seine Anhänger brachten »das wachsende Gefühl zum Ausdruck, dass sich soziale Herrschaft weniger am Arbeitsplatz als vielmehr durch Medienbilder und -diskurse durchsetzt und erhält« (ebd.).

Lucien Sève kritisierte, dass Lacan die im Begriff Sprache implizierten Verweise auf »gesellschaftliches Verhältnis« durch die Struktur seiner Theorie zurücknimmt: »Wenn einmal erkannt ist, dass das Problem des Individuums nicht instinktbezogen, sondern auf ein gesellschaftliches Verhältnis bezogen gestellt werden muss, warum

5 Der *Anti-Ödipus* von Deleuze/Guattari erhebt den Anspruch, das Unbewusste aus dem ödipalen Dreieck Papa-Mama-Ich herauszulösen, seine Ödipalisierung durch eine »Desödipalisierung« zu destruieren, die es aus dem »geborstenen Dreieck« des Ödipus wieder ins »offene gesellschaftliche Feld« versetzt (*Anti-Ödipus* 124, 145). Dabei lassen Deleuze und Guattari das schizoid-multiforme Begehren unmittelbar mit der »gesellschaftlichen Produktion« zusammenfallen und erklären es damit zur »Infrastruktur« der Gesellschaft (450). Es ist allerdings zweifelhaft, ob durch eine solche metaphorische Ineinsetzung der Anspruch einer »wahrhaft materialistischen Psychiatrie« (31) eingelöst werden kann (vgl. Rehmann 2004, 61f).

6 Heim bezieht sich hier auf die Lacan-Rezeption der französischen Tel-Quel-Gruppe und Kristeva.

dann das sprachliche Verhältnis vom Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse abstrahieren?« (Sève 1972, 170) Alfred Lorenzer zufolge ist Lacans psychoanalytische Theorie sowohl subjektivistisch, weil sie die Konstitution des Subjekts nicht in konkreten objektiven Prozessen verankert denken könne, sondern als »abstrakte Konstitution« unterstelle, als auch objektivistisch, weil »in den Individuen die abstrakte Objektivität der Sprache ›spricht‹: in beiden Fällen könne die jeweils konkrete Vermittlung von gesellschaftlichen Bedeutungszusammenhängen und »subjektiven Praxisfiguren« nicht gedacht werden (Lorenzer 1977, 170).

Gerade diese Frage nach der Vermittlung von gesellschaftlichen und individuellen Dimensionen der Reproduktion steht im Mittelpunkt der Kritischen Psychologie. Die historische Entstehung von Sprache und dem »Symbolischen« interpretiert Holzkamp im Zusammenhang mit der Herausbildung einer zunehmenden Verselbständigung arbeitsteiliger Prozesse, in denen die Vergegenständlichungen von Intentionen im produzierten Werkzeug »immer durchgehender abstrahierend als Symbolbedeutung auf den Begriff« gebracht werden (Holzkamp 1973, 151): »Symbolbedeutungen sind [...] *abstrakte Explikationen von durch Arbeit konstituierten Gegenstandsbedeutungen.*« (152) Mit der gesamtgesellschaftlichen Vermitteltheit menschlicher Existenz ist das »wahrgenommene Ding niemals mehr von seinem ›Begriff‹ zu trennen«, so dass die Wahrnehmung immer »durch einen Begriff hindurch« erfolgt (152, 154). Durch die verselbständigte symbolische Repräsentanz wird eine »*Synthese sämtlicher Daseinsbezüge durch die gesellschaftlich produzierten Bedeutungsverweisungen*« ermöglicht, die sich auch auf die im ›Naturzustand‹ belassenen Welttatbestände außerhalb der gesellschaftlichen Arbeit erstreckt (Holzkamp 1983, 233). Die Symbolwelten schließen auch »*verselbständigte Sprachstrukturen*« mit ein (Holzkamp 1973, 154). Indem die Sprache gesellschaftliche Bedeutungen symbolisch repräsentiert, überschreitet sie die bloße Ebene der Kommunikation »in Richtung auf eine ›Darstellungsfunktion‹ der Sprache« und verallgemeinert dadurch die Kommunikation selbst (1983, 225). Holzkamp unterscheidet dabei die »begrifflich-symbolische Seite der Sprache als deren inhaltliche Beziehung zur Realität, wie sie in vergegenständlichender Arbeit geschaffen und angeeignet ist, also symbolische Repräsentanz der Bedeutungszusammenhänge« von der Seite der »›Laute‹ oder Sprachzeichen«, die die »durch Sprache qualifizierte soziale Beziehung zu anderen Menschen« herstellt (229). Die Sprache wurde zum »umfassenden *Mittel der symbolischen Repräsentanz der [...] raumzeitlich übergreifenden verselbständigten Bedeutungsstrukturen*« (230).

Insofern sind die Erfahrungen der Welt notwendig »durch die Sprache« oder »durch die Begriffe« hindurch vermittelt. Insofern thematisiert Lacans Begriff des Symbolischen, dass die im Symbolsystem artikulierten sachlich-sozialen Bedeutungsstrukturen die Vermittlungsebene darstellen, in der die Subjekte in ihrem jeweils spezifischen Ausschnitt die Welt erfahren. Gleichzeitig verfehlt er durch die

einseitige Betonung der Entfremdung und Unterstellung, dass diese vermittelnden und vermittelten Bedeutungszusammenhänge eine von Widersprüchen durchzogene Welt repräsentieren und damit auch selbst widersprüchliche Denk- und Handlungsmöglichkeiten darstellen. Die Aneignung von Sprache als (kognitive) Verfügung über Bedeutungszusammenhänge ist (auch) Aneignung von Denk- und Handlungsmöglichkeiten und damit Voraussetzung, sich in herrschaftliche Verhältnisse »einzumischen«.

Die Erfahrung der Unverfügbarkeit der Verhältnisse ist ein Aspekt relativer Ausgeliefertheit und mit dieser einhergehender restriktiver Handlungsfähigkeit. Damit diese subjektiv funktional, also gut begründet erscheinen kann, müssen die darin potenziell liegenden selbstschädigenden Aspekte sowie die Verweise auf mögliche Alternativen »unsichtbar« und »undenkbar« gemacht werden. Im Denken restriktiver Handlungsfähigkeit ist die »kognitive Erfassung von ›Faktizitäten‹ gegenüber den kognitiven Erfassungen von ›Potenzialitäten‹ das bestimmende Moment« (386). Von hier aus betrachtet, lässt sich auch Lacans Konzept einer notwendigen »Verkennung« aus seiner überallgemeinen Fassung herauslösen und spezifizieren: notwendig ist sie zur Aufrechterhaltung einer restriktiven Handlungsfähigkeit, die die u. U. gefährlichen, weil an die Grenzen des gesellschaftlich Erlaubten stoßenden Handlungs- und Denkmöglichkeiten verdrängen muss. Sie gehört zu einer Praxis, die sich innerhalb der sie determinierenden gesellschaftlichen Individualitätsformen (Sève) bewegt, ohne diese selbst denken zu können.

Holzcamp hat die Beschränkung aufs unmittelbar Erfahrbare bei gleichzeitiger Ausklammerung der determinierenden gesellschaftlichen Praxis- und Denkformen als »deutendes Denken« bezeichnet, dem gemäß »es so scheint, als ob Probleme, Widersprüche, Antagonismen mir nur als Individuum ›zustößen‹ und dem gemäß auch nur in meinem *individuellen Denken existieren und ›gelöst werden können‹*« (Holzkamp 1983, 389f). Lacans Psychoanalyse könnte in diesem Sinne als eine elaborierte Konzeption des deutenden Denkens verstanden werden. Indem die gesellschaftlichen Vermittlungen auf einen bloßen Ursache-Wirkungsmechanismus individueller Unterstellung unter die symbolische Ordnung reduziert werden, geht bei ihm jedoch verloren, was Holzcamp als spezifische Qualität menschlicher Praxis beschrieben hat: die »doppelte Möglichkeit«, sich nicht nur in vorgegebene gesellschaftliche Handlungsräume einzufügen, sondern sie auch zu erweitern (354ff).

Literatur

- Althusser, Louis, 1977: *Ideologie und Ideologische Staatsapparate*, VSA Hamburg (zit. ISA)
- Aumann, Gerlinde, 2003: *Kritische Psychologie und Psychoanalyse. Historisch-subjektwissenschaftliche Analyse zum Geschlechterverhältnis*, Argument Hamburg
- Boltanski, Luc, und Eve Chiapello, 2003: *Der neue Geist des Kapitalismus*, UVK Konstanz
- Braun, Christoph, 2007: *Die Stellung des Subjekts. Lacans Psychoanalyse*, Parodos Berlin
- Bröckling, Ulrich, 2002: Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des unternehmerischen Selbst, in: *Mittelweg* 36, H. 4, 11. Jg., (zit. n. Internet-Ausgabe: www.eurozine.com/article/2002-10-02-broeckling-de.html)
- Ders., Susanne Krasmann und Thomas Lemke (Hg.), 2004: *Glossar der Gegenwart*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Deleuze, Gilles, und Félix Guattari, 1972: *Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie I*, Suhrkamp Frankfurt/M (zit. Anti-Ödipus)
- Eagleton, Terry, 2000: *Ideologie. Eine Einführung*, Metzler Stuttgart-Weimar
- Frank, Manfred 1983: *Was ist Neostukturalismus?* Suhrkamp Frankfurt/M
- Freud, Sigmund: *Gesammelte Werke. Chronologisch geordnet*, Bd. 1–17, hgg. v. Anna Freud u. a., London 1940–1952; Nachtragsband, hgg. v. A. Richards, Fischer Frankfurt/M, 1987 (zit. GW)
- Heim, Robert, 1980: Lorenzer und/oder Lacan. Das Subjekt zwischen Sinn und Buchstabe, in: *Psyche*, H. 10, 34. Jg., 910–44
- Holzkamp, Klaus, 1973: *Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion von Wahrnehmung*, Athenäum Fischer Frankfurt/M
- Ders., 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1984: Kritische Psychologie und phänomenologische Psychologie. Der Weg der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft, in: *Forum Kritische Psychologie* 14, 5–55
- Ders., 1995: Kolonisierung der Kindheit, in: *Forum Kritische Psychologie* 35, 109–31
- Kaindl, Christina, 2007: Frei sein, dabei sein: Subjekte im High-Tech-Kapitalismus. In: dies. (Hg.), *Subjekte im Neoliberalismus*, BdWi-Verlag Marburg, 141–161
- Lacan, Jacques, 1966: *Ecrits*, Seuil Paris (zit. É)

- Ders., 1975: *Schriften 1*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Ders., 1991ff: *Schriften*, Bde. 1 u. 2, Quadriga Berlin-Weinheim (zit. S)
- Ders., 1997: *Seminar III. Die Psychosen (1955-56)*, Quadriga Berlin-Weinheim (zit. Das Seminar III)
- Laplanche, Jean, und Jean-Bernard Pontalis 1999 [1967]: *Das Vokabular der Psychoanalyse*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Leclaire, Serge 1976: *Der psychoanalytische Prozess. Versuch über das Unbewusste und den Aufbau einer buchstäblichen Ordnung*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Lorenzer, Alfred, 1977: *Sprachspiel und Interaktionsform*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Marx, Karl, und Friedrich Engels: *Werke* (MEW), Dietz Berlin/DDR
- Opitz, Sven, 2007: Gouvernementalität im Postfordismus. In: Chr. Kaindl (Hg.), *Subjekte im Neoliberalismus*, BdWi-Verlag Marburg
- H.-Osterkamp, Ute, 1976: *Motivationsforschung 2*, Frankfurt/M-New York
- Osterkamp, Ute, 1990: Intersubjektivität und Parteinahme. Probleme subjektwissenschaftlicher Forschung. In: K.-H. Braun u. K. Wetzel (Hg.), *Bericht von der 5. Internationalen Ferienuniversität Kritische Psychologie, Subjektivität und Politik, 26.2.-2.3.1990 in Fulda*, VAG Marburg, 143–187
- Pagel, Gerda 2002 [1989]: *Jacques Lacan zur Einführung*, Frank Hamburg
- Rehmann, Jan, 2007: Herrschaft und Subjektion im Neoliberalismus. Die uneingelösten Versprechen des späten Foucault und der Gouvernementalitäts-Studien. In: Chr. Kaindl (Hg.), *Subjekte im Neoliberalismus*, BdWi-Verlag Marburg, 75–92
- Ders., 2004: *Postmoderner Links-Nietzscheanismus. Deleuze & Foucault. Eine Dekonstruktion*, Argument Hamburg
- Roudinesco, Elisabeth 1997 [1993]: *Jacques Lacan*, Columbia University Press New York
- Ruhs, August, 1980: Die Schrift der Seele. Einführung in die Psychoanalyse nach Jacques Lacan, in: *Psyche*, H. 10, 34. Jg., 885–909
- Sève, Lucien, 1972: *Marxismus und die Theorie der Persönlichkeit*, Dietz Berlin/DDR
- Zaretsky, Eli, 2006: *Freuds Jahrhundert. Die Geschichte der Psychoanalyse*, Zsolnay Wien
- Žižek, Slavoj, 2001: *Die Tücke des Subjekts*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Ders., 1989: *The Sublime Object of Ideology*, Verso London

Frigga Haug

Notiz über die Wahrheit.

Brief an Morus Markard

Einmal stritten wir über die Bedeutung der Wahrheit bei der Erinnerung. Mit Klaus Holzkamp warst du der Auffassung, es käme bei der Erinnerungs-Gedächtnisforschung darauf an, wie nah oder weit die Entfernung des Erinnerten zur Wahrheit sei. Ich hatte ziemlich forsch behauptet, dass aus eben dieser deiner und Holzkamps Frage für die Erinnerungsarbeit wenig zu gewinnen sei. Je mehr wir stritten, desto windiger erschien dir die Erinnerungsarbeit – eben in ihrer Ignoranz gegenüber der Wahrheit, also der Erinnerung, wie es wirklich war. Zwar bringt Holzkamp in die kognitiven Arbeiten, die das Gedächtnis wesentlich als Speicher fassen, eine Wende, indem er die Gesamtproblematik im Kontext von Lernen vom Standpunkt der Subjekte reformuliert und vorschlägt, von Behalten und Erinnern als menschlichen Handlungen zu sprechen (*Grundlegung der Psychologie*, 1983, 142), jedoch führt ihn dies in seiner Unterscheidung von Real- und Phänomenalbiografie (377ff) wiederum wesentlich zum Problem, dass die Einzelnen keinen direkten Zugriff aufs in der Vergangenheit wahrlich Gegebene hätten. Es schien mir, als wäre in euren (ich nehme jetzt Holzkamp und dich, der du seiner Auffassung warst, zusammen) Vorstellungen Kants transzendente Wendung vom Inhalt des Erinnerten zu seiner Form und ›Konstituierung‹ noch nicht gegangen. Denn auch wenn wir Kants bewusstseinsphilosophische Fragestellung nicht mitmachen, so folgen wir ihm doch im Sinne der ersten Feuerbach-These darin, dass er »die *tätige* Seite [...] entwickelt«. Und wo er dies nur »abstrakt« tut, weil er »die wirkliche, sinnliche Tätigkeit als solche nicht kennt«, werden wir genau diese in ihrer historisch-gesellschaftlichen Vermitteltheit einbeziehen. Ich holte Walter Benjamin an meine Seite und ließ ihn sagen, dass es gar nicht darauf ankomme zu erinnern, »wie es denn eigentlich gewesen ist«, dies war vielmehr das Projekt des Historismus, sondern wichtig sei, »sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt. [...] Die Gefahr droht sowohl dem Bestand der Tradition wie ihren Empfängern. Für beide ist sie ein und dieselbe: sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse herzugeben. In jeder Epoche muss erneut versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff

steht, sie zu überwältigen.« (*Über den Begriff der Geschichte*, in: Gesammelte Schriften I, 695) Die Erinnerung ist mithin selbst als Umkämpftes zu fassen, in ihr gibt es Hoffnung und Preisgabe, vor allem ist sie stets neu geschrieben und immer in Gefahr, sich zum Abbild herrschender Sichtweisen zu machen. Die Suche danach, wie es »eigentlich gewesen ist«, will eine Art von Wahrheit im Kern oder am Grund fassen, während es dem »historischen Materialismus« darum gehen muss, im Prozess des Abbildens die Momente herauszufinden, wo Erinnerung zum Werkzeug der herrschenden Klasse wird. Dieser Gedanke bestimmt die kollektive Erinnerungsarbeit, wie ich sie verstehe. »Der Chronist«, so noch einmal Walter Benjamin, »welcher die Ereignisse hererzählt, ohne große und kleine zu unterscheiden, trägt damit der Wahrheit Rechnung, dass nichts, was sich jemals ereignet hat, für die Geschichte verloren zu geben ist.« (694) Solches aber ist nicht die Herangehensweise von Benjamin, weil die Menschheit eine »unerlöste«, wir würden sagen: in Herrschaftsverhältnissen lebende ist. In der Arbeit mit unseren Erinnerungen geht es also um zweierlei, herauszufinden, wie man dem Konformismus selbsttätig folgte, und auch, wo im Gewesenen »Funken der Hoffnung« sind, in denen man »sich als gemeint« erkennt. Es geht also bei dieser Art von Forschung um *Veränderungen* und ihre Analyse. Insofern ist die Frage, »wie es denn eigentlich gewesen ist«, die wir als die alltagsgebräuchliche Form der Suche nach der »Wahrheit« bezeichnen können, für diese Arbeit eher hinderlich, eben weil sie die Frage nach Herrschaft und Unterwerfung nicht stellt. In Erinnerungsarbeit wird also der Abbildungsprozess, den wir die Produktion des Imaginären nennen können, zentral. Wesentlicher Schlüssel bei der Analyse von erinnerten Geschichten sind Widersprüche. Dies ist wiederum ein methodisches Werkzeug, welches die lineare Suche nach Wahrheit, »wie es wirklich gewesen ist«, durchkreuzen muss. Ergebnisse von solcher Erinnerungsarbeit sind demnach auch nicht eine Richtigstellung oder das richtige Bild, auch keine Ratschläge, wie die korrekte Sichtweise zu erlangen ist, und wie weit man sich von ihr entfernt hat, sondern vielleicht am ehesten unruhige Menschen mit neuen Fragen, unterwegs mit der Absicht, sich selbst aus Subalternität herauszubewegen. (Im Anhang gebe ich Veröffentlichungen zur Erinnerungsarbeit an, darin auch den Leitfaden zur Methode.)

In unserer Auseinandersetzung, die mit jedem Text aus einer Erinnerungsarbeitswerkstatt, den ich zur Veröffentlichung im Forum vorschlug, wieder aufflammte, fanden wir immer weniger Wege, einander zu überzeugen, das heißt, Argumente zu finden, durch die ein jeder sich selbst hätte überzeugen können. So kam es, dass wir die Verfechterin der Konstruktion der eigenen Geschichte auf der einen Seite durch einen riesigen Graben getrennt sahen vom gerechten Vertreter der Wahrheit. Ging es dabei überhaupt um Wahrheit und nicht vielmehr um

Abbilder und den Prozess des Abbildens selbst? Bedeutet mir Wahrheit wirklich nichts und dir alles?

Zu deinem Geburtstag möchte ich nicht, wie ursprünglich vorgesehen, den Streit auf der philosophischen Ebene historisch-kritisch aufnehmen. Dem Anlass gemäß möchte ich dir stattdessen eine Geschichte erzählen, die sich wahrhaft ereignet hat, und sie im Kontext analysieren.

In der bürgerlich-liberalen Zeitschrift *Merkur* mit gediegenen Aufsätzen zu Kunst und Kultur hatte man sich frühzeitig um die Frage des Erbes der 68er bemüht. Unter der Überschrift: *Es war nicht alles schlecht, oder doch? Die Achtundsechziger und kein Ende* schreibt Mariam Lau launig über ihre Kindheit im linken Elternhaus, wie sie auch dort Zähne putzen musste und regelmäßig zu essen bekam, wie also dort Ordnung herrschte, und kommt dann in kühnem Schwung zu den »durchgeknallten Rändern«, und zwar auf die Zeitschrift *Das Argument*: »Meine Mutter wurde als Sekretärin vom linken Argument-Verlag nach Strich und Faden ausgebeutet; zum Trost spielte Wolfgang Fritz Haug aber dann gelegentlich nackt auf der Gitarre Brechts Ballade von der Hannah Cash.« (669, H. 1, 59. Jg., 2005, 82)

Ich war spontan empört. Gegen ihre Erinnerung versuchte ich sogleich die Wahrheit zu setzen. Schließlich ist das *Argument* eine linke Zeitschrift, in der alle, außer Mariams Mutter, »militant«, das heißt umsonst, arbeiteten. Sie war die einzige, die als Argumentsekretärin einen, zugegebenermaßen kleinen, Lohn bekam. Und ja, es stimmt, Wolf hat den Kindern, zu denen Mariam zählte, gern das Lied von der Hannah Cash vorgesungen, aber er war dabei niemals nackt ... Schon, dass ich es bestreite, macht die Sache nicht weniger anrühlich, im Gegenteil.

Ich berichtete davon in der großen Runde der Argumentredaktion und erntete nicht Empörung, sondern allgemeinen Jubel. »Da Capo« rief Christof Ohm, und wieder war ganz klar, dass dies gar nicht der Ort war, an dem die Wahrheit eine Waffe wäre, an dem ich also sagen könnte: Das ist die Unwahrheit!

Ich suchte weiter nach einer Möglichkeit, gegen solche Verleumdung auf verschiedenen Ebenen vorzugehen – stellte mir schon die auf dem Rechtsweg erwirkte Untersagung vor: »Falsch ist, dass Wolf nackt war, als er die Hannah Cash sang. Richtig ist, dass er sie bekleidet sang« oder ähnlich und merkte, es wurde immer lächerlicher – zumal der Rede von der Überausbeutung gar nicht mit wahr und falsch begegnet werden kann.

Die Hilflosigkeit bedrückte mich weiter, und ich erzählte unserer Tochter davon, die schließlich die Freundin der Mariam Lau war, das andere der beiden Kinder, denen das Lied gesungen wurde. Sie lachte und versicherte ganz ernsthaft: »Ja natürlich, so war es doch.«

Nehmen wir für alle drei Szenarien an, dass die Suche nach der Wahrheit, ihre Verfechtung und der Versuch, ihr gar zum Durchbruch zu verhelfen, ganz unsinnig

war. Viel weiter führt die Frage, mit welchem Ziel in den drei Szenen, wobei die in der Redaktion vielleicht beiseite gelassen werden kann, weil sie jenseits jeder Betroffenheit spielte, die von meinem Standpunkt, die ich Zeugin war, wahrheitswidrige Behauptung in die Welt gesetzt und unterstützt wurde.

Im ersten Fall der Mariam Lau ist dies nicht sehr schwer. Wie einige der Kinder der Linken ist sie weit nach rechts gewandert, wurde Redakteurin und Autorin der *Welt* und veröffentlicht gern biografische Geschichten aus den Zeiten der Studenten- und Frauenbewegung, um diese zu verunglimpfen und zugleich eine Art Verfolgung in Gang zu setzen: *Nie wieder sozialistisches Denken* ist wohl das hervorstechendste ihrer Ziele. (Es wäre übrigens interessant, ernsthaft zu untersuchen, wie diese Rebellen-Kinder zu Konservativen oder gar Reaktionären wurden.) Insofern ist ihre Darstellung der Vorgänge im *Argument* notwendig tendenziös, veröffentlicht zudem in einer Zeitschrift der Konkurrenz und dient diesem einen Ziel, das unschwer kritisch-analytisch aus ihren Artikeln entziffert werden kann, die sozialistische Perspektive nicht bloß lächerlich, nein: unmöglich zu machen, indem ihr auch der ethische Boden entzogen wird. In der Frage der 68er, darin auch der Frauenbewegung, tut sie dies gern durch Bezüge zum Sexuellen (sie schrieb dazu ein ganzes Buch), wohl auch, weil man da immer sicher sein kann, lüsternes Gehör zu finden. Im Fall des nackten Wolf Haug, singend zur Gitarre als Entlohnung für vorenthaltenen Lohn (Überausbeutung), bedient sie gleich mehrere in den rechten Medien verbreitete Vorurteile gleichzeitig: Die Linken hatten zuviel Sex, sie trieben Missbrauch mit Kindern und sie ließen andere für sich arbeiten, weil sie selbst faul waren. (Offen bleibt dabei, wieso ihre Mutter solchen Lohn akzeptierte.) Insofern kann man das als ein gelungenes Stück reaktionärer Medienkunst auffassen, aber man wird wohl kaum weiter kommen, setzte man dem die Wahrheit im Sinne einer Richtigstellung entgegen.

Wäre die beschriebene Szene ein Material für Erinnerungsarbeit, um deren Verhältnis zur Wahrheit, zu dem, wie es eigentlich war, es in unserer Auseinandersetzung ging? Ja, aber nur dann, wenn die Beteiligten tatsächlich daran gehen wollten, gemeinsam zu untersuchen, wie sie sich ihre eigene Geschichte bauten, um im Zuge des Umbaus zu einer für sich selbst stimmigen Person zu werden. Die Szene gehört dafür ausführlicher beschrieben, andere müssten zur gleichen Thematik sich einfinden und schreiben, und es würde auf jeden Fall ein spannendes Stück produzierter Wahrnehmung, eine Einsicht in die gewählten Mittel und Ziele herauskommen. Aber auch hier wäre die Frage: »Wie es eigentlich gewesen ist«, nicht die wesentliche Frage. Die Hauptsache wäre: Wie und mit welchen Mitteln und Konstruktionen des Selbst und anderer wurde welche Bedeutung und Welt-sicht hergestellt? Welche Widersprüche wurden dabei mitgenommen, was wurde mit Schweigen übergangen und welche Handlungsfähigkeit erreicht? Welche Wege

wurden nicht eingeschlagen, welche würde die Autorin heute gehen wollen? Usw. Die Einzelheiten finden sich ja in meinen Büchern zur Erinnerungsarbeit. Letztere setzt allerdings voraus, dass diejenigen, die sich zu einer solchen Gruppe zusammenfinden, einen Leidensdruck, ein Ungenügen, eine Frage haben, eine Voraussetzung, die vermutlich bei Mariam Lau in diesem Kontext nicht gegeben ist.

Im zweiten Fall: Wahrnehmung der Tochter. Hier gibt es sehr viele Möglichkeiten, von denen wiederum keine durch die Konfrontation mit dem, »wie es eigentlich gewesen ist«, uns weiter brächte. Es ist möglich, dass sie dies nur als Witz geantwortet hat. Es ist auch möglich, dass sie es in dem erzählten Augenblick genauso erinnert, schon weil sie sich an die Hannah Cash erinnert, die ihr Lieblingslied war, und an Mariam, mit der sie tagelang Prinzessinnenspiele spielte. Warum sollten sich in der Erinnerung nicht Fiktion und »Wirklichkeit« unlösbar mischen? Welchen Wahrheitsanspruch hat das Imaginäre? Zweifellos wäre hier in der Erinnerung zu forschen, zumal auch anzunehmen ist, dass in den Vater-Tochter-Beziehungen einiges zu bearbeiten wäre. Aber auch hier gilt: Erinnerungsarbeit wäre nur fruchtbar, wenn es einen von vielen auch begreifbaren Leidensdruck gäbe und in einer Gruppe Szenen zu einer gemeinsamen Frage im Kontext geschrieben und bearbeitet würden. Die erweiterte Handlungsfähigkeit hätte wiederum keine Annäherung an das, »wie es eigentlich gewesen ist«, zum Ziel, sondern eine weniger selbstschädigende Fähigkeit, andere und die eigenen Bedingungen so wahrzunehmen, dass kollektive Veränderungen möglich werden. Hierfür gilt es, Methoden zu erarbeiten, die sicher in der Erinnerungsarbeit, wie ich sie betreibe, noch verbessert werden sollten.

Aber, und jetzt komme ich zum Anfang zurück: solange die Erinnerung nur interessiert als Abbild von Faktizität und die Psychologen dann den Abstand oder umgekehrt die Nähe dazu prüfen, werden die ungeheure Macht der Konstruktion der Wahrnehmung, ihrer Unterwerfung unter herrschende Ideologie, die damit einhergehende Konstruktion des Selbst und in alledem die fragile kollektive Handlungsfähigkeit gar nicht erkundet. Ebenso wenig der Moment, da man »sich zum Werkzeug der herrschenden Klasse« hergibt und auch nicht, wo Hoffnung auf Veränderung aufscheint und aufzubewahren wäre. Daran aber arbeitet Erinnerungsarbeit.

Was sagt dies alles über die Wahrheit? Vielleicht doch, dass sie nicht metaphysisch zu betrachten ist, als wäre sie ein An-sich, aber auch nicht einfach außer Acht zu lassen, sondern doch als kategorischer Imperativ beizubehalten, dass wahrheitsgemäß vorzugehen sei. Dabei wechselt, was Wahrheit ist, den Ort. Von der Wahrheit im Abbild geht es zur wahrheitsverpflichteten Analyse des Abbildens, dass schließlich doch der Wahrheit über diese Verhältnisse der Primat eingeräumt wird. Sie ist als Annäherung immer weiter zu betreiben.

Anhang: Einige meiner Veröffentlichungen zur Erinnerungsarbeit

- Frauenformen. Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation*, Berlin: Argument 1980, 3.A.: 1988, gänzlich überarb. u. aktual. A.: *Erziehung zur Weiblichkeit*, Berlin-Hamburg: Argument 1991
- Sexualisierung der Körper. Frauenformen 2*, Berlin: Argument 1983, 2.A.: 1988, 3. überarb. A.: 1991
- Erinnerungsarbeit*, Berlin-Hamburg: Argument 1990, 2.A.: 1993, 3.A.: 2002
- Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit. The Duke Lectures*, Hamburg: Argument 1999, 2.A.: 2005
- Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen*, Hamburg: Argument 2003, 2.A.: 2005
- Zus. mit Kornelia Hauser: *Subjekt Frau. Kritische Psychologie der Frauen 1*, Berlin: Argument 1985, 2.A.: 1988
- zus. mit ders.: *Der Widerspenstigen Lähmung. Kritische Psychologie der Frauen 2*, Berlin: Argument 1986; 2.A.: 1989
- zus. mit ders. (Hg.): *Die andere Angst*, Berlin: Argument 1991, 2.A.: Hamburg: Argument 1994
- zus. mit Eva Wollmann (Hg.): *Hat die Leistung ein Geschlecht? Erfahrungen von Frauen*, Berlin-Hamburg: Argument 1993
- zus. mit Brigitte Hipfl (Hg.): *Sündiger Genuss? Filmerfahrungen von Frauen*, Hamburg: Argument 1995

Wolfgang Fritz Haug

Was heißt »Personifikation ökonomischer Kategorien«?

Für Morus Markard

I.

Ernst Bloch pflegte Kernsätze, auf die sich ganze Philosophien reduzieren und die ins Allerweltswissen eingegangenen sind, in Anlehnung an den Pulverkaffee als ›Nesphilosophie‹ zu bezeichnen. Dem spöttischen Unterton zum Trotz verachtete er solche Merkmale im Alltagsverstand keineswegs. Zu solcher Allerweltsphilosophie gehört neben René Descartes' »Ich denke, also bin ich« auch der Gegen-Satz aus dem Vorwort von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* von Karl Marx: »Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.« (MEW 13, 9) Bekannt ist der Satz freilich nur in seiner nesphilosophischen Reduktionsform »das Sein bestimmt das Bewusstsein«. Selbst vielen Marxisten gilt das marxxsche Denken daher als deterministisch in einem quasi mechanisch direkt auf den einzelnen Fall durchgreifenden Sinn. Ein oft zitierter Satz von Marx aus der *Heiligen Familie* bestätigt sie darin: »Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was es ist* und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eignen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet.« (MEW 2, 38) Dazu fügt sich vollends, was das *Manifest* über die kapitalistische Bourgeoisie sagt: »Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.« (MEW 4, 474)

Den bis tief ins 20. Jahrhundert propagierten Glauben an die Unvermeidlichkeit des proletarischen Sieges teilt kaum jemand mehr. Doch die philosophischen Geschwister dieses Gedankens in Gestalt ökonomistischer Determinismen haben neuen Zulauf. Sie werden sogar hinzugezogen, um die erwiesene Vermeidbarkeit

des proletarischen Sieges zu begründen mit dem Argument, dass die im gesellschaftlichen Sein verankerten Warencharaktere das Bewusstsein der Arbeiterklassen konsumistisch ›bestimmt‹ hätten.

Verstehen wir nun unter »gesellschaftlichem Sein« die kapitalistischen Verhältnisse und unter »Bewusstsein« das Gesamt der praktisch-geistigen Subjektivität, dann ist zu fragen, wie jene Verhältnisse bewirken, dass sie das Praktisch-Subjektive bestimmen. Sollen wir annehmen, dass sie das Denken und Handeln der Individuen ohne – womöglich sogar gegen – deren Zutun determinieren? Das liefe auf Pascals »verborgenen Gott« (vgl. Goldmann 1973) hinaus, zu dem laut Benedetto Croce polemischer Unterstellung Marx die ökonomische Struktur der Gesellschaft gemacht haben soll. Die kapitalistische Produktionsweise gälte dann als »ein ›Noumenon«, im Gegensatz zu den superstrukturellen ›Erscheinungen«, wie Gramsci bemerkt (*Gefängnishefte*, H. 8, §61), dessen Philosophie der Praxis dazu ansetzt, genau jene scheinbar metaphysische Fernwirkung in einen tätig vermittelten Übersetzungszusammenhang zu bringen.

In neuerer Zeit hat sich der Glaube an den »verborgenen Gott« in Gestalt der ›Kapitallogik‹ wieder gemeldet, der Marx mit seiner vermeintlich »logischen Methode« auf die Schliche gekommen sein soll. »Da die menschlichen Träger der ökonomischen Struktur auf Personifikationen von deren Kategorien reduziert sind«, heißt es etwa bei Christopher Arthur, »finden wir die gleiche Art *selbst*-agierender Formen wie in der hegelschen Logik.«¹ (Arthur 2002, 7). Dieses Verständnis der objektiven Determination menschlicher Subjektivität scheint sich auf Marx berufen zu können, der im Vorwort zum *Kapital* erklärt, er behandle »die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen«, er werde also auch nicht »den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag« (MEW 23, 16). Während Henri Lefebvre die Praxis »als Anfang und Ende« des marxschen Denkens einstuft (1966, 81), womit die Subjekte ins Spiel kommen, wirft Alfred Schmidt ihm unter Berufung auf jene Marxstelle vor, er übersehe, »dass die Theorie in dem Maße von den Individuen abstrahieren muss, wie sie zur bloßen ›Personifikation von ökonomischen Kategorien‹ geworden sind« (1966, 161). Adorno argumentiert zugleich bedachtsamer und kritischer: »Durch die Reduktion der Menschen auf Agenten und Träger des Warentauschs hindurch realisiert sich die Herrschaft von Menschen über Menschen.« (1972, 21) Genau gesehen aber ist im marxschen *Kapital*-Vorwort

1 »Since the human bearers of this structure are reduced to personifications of its categories, we find the same kind of self-acting forms as those in Hegel's logic« (Arthur 2002, 7).

der Akzent auf andere Weise vorsichtiger gesetzt: Wenn es dort heißt, es handle sich »um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind«, so ist damit keineswegs unterstellt, die handelnden Subjekte reduzierten sich im Kapitalismus tatsächlich darauf, sondern Marx schränkt damit die Reichweite seiner theoretischen Sätze über Personen im *Kapital* ein. Seine Aussagen beanspruchen nicht, die unmittelbare Empirie zu erreichen, wohl aber deren allgemeine Determinanten. Sebastian Herkommer hat dazu bemerkt, Marx behandle hier das Individuum grundsätzlich nur »als *Klassenindividuum* und nicht als ›persönliches Individuum« (1985, 47). Im Blick auf empirische Personen oder ›persönliche Individuen« sei dagegen von »Ambiguität, Ambivalenz oder Inkonsistenz zu sprechen«, »weil die Widersprüchlichkeit im strikten Sinn in vielfacher Hinsicht durch zufällige, persönliche, psychologische Momente verwischt wird und individuelle Ausprägungen von Vorstellungen und Bewusstsein keineswegs unmittelbar und bis ins einzelne von den ökonomischen Strukturen determiniert sind« (169).

Wer nun behauptet, »die Personen müssen in ihren Handlungen [...] die Gesetze der Warenwelt exekutieren« (Heinrich 1991, 185), hätte zuerst zu klären, wie diese Gesetze den behaupteten Handlungszwang bewirken. Anders bleibt es bei dumpf-materialistischem Glauben. Warum Eisenfeilspäne die Gesetze des magnetischen Feldes ›exekutieren‹ müssen, können wir physikalisch beantworten. Aber was zwingt Menschen, sozialökonomischen Gesetzen zu folgen? Und was ist unter solchen Gesetzen zu verstehen? Soll man denken, dass besagte Gesetze die Subjektivität kraft einer Art ökonomischen Subjekteffekts ausschalten? Die Frage verlangt nach praxeologischer Untersuchung. Allerdings geht es dabei nicht, wie in der Praxeologie von Tadeusz Kotarbinski (1965), darum, »die größtmöglichen Verallgemeinerungen technischer Natur zu finden« und »Hinweise [...] für jede Arbeit vorzuschlagen, die maximale Effizienz erreichen will« (zit. n. Skirbekk 2002, 120).² Worum es geht, ist die Erhellung des Verhaltens in bestimmten Verhältnissen.

II.

Um zu verstehen, was Marx meint, wenn er sagt, er behandle die Personen nur, soweit sie Personifikationen ökonomischer Kategorien sind, muss man sich eine Reihe von Voraussetzungen klar machen. Die erste betrifft den Begriff der ökonomischen Kategorien. Marx versteht darunter den Ausdruck realer »Daseinsformen,

2 Für Gunnar Skirbekk ist »Praxeologie in erster Linie eine Philosophie des Handelns und der verschiedenen impliziten und jeder Handlung innewohnenden Kompetenzen und Kenntnisse« (2002, 119).

Existenzbestimmungen, oft nur einzelner Seiten dieser bestimmten Gesellschaft« (MEW 13, 637). Dabei steht Marx die griechische Primärbedeutung der *katēgoría* vor Augen: Der Term bezeichnet ursprünglich einen an die Öffentlichkeitsphäre von Politik und Recht, die *agorá* (1. Versammlung, Rede, Beratung; 2. Marktplatz, Markt), gebundenen Sprechakt. In der Tat strukturieren kapitalistische Gesellschaften sich nicht nur in Kategorien wie Ware, Geld, Kapital, Lohnarbeit, Staat usw., sondern sprechen sich zugleich in ihnen öffentlich aus. Solche gesellschaftlichen »Existenzbestimmungen« lassen sich zumal in ihrem widersprüchlichen Zusammenspiel zugleich als Diskursgeneratoren beschreiben, die unaufhörlich Interpretationen ihrer selbst hervorbringen.

Nehmen wir das Beispiel des Arbeitslohns. Er interpretiert sich selbst als Preis von Arbeit und unterstellt, dass Arbeit einen Wert habe. Nun zeigt aber die Analyse, dass Arbeit Wert nicht besitzt, sondern bildet. Wert hat dagegen die Arbeitskraft, da in ihre Reproduktion wertbildende Arbeit eingeht. Im Unterschied zu Kategorien wie Lohnarbeit, in denen sich kapitalistische Gesellschaften sowohl strukturieren als auch interpretieren, sind Aussagen wie: »Arbeit bildet Wert, hat aber keinen«, oder »Arbeitslohn ist der Preis der Ware Arbeitskraft«, kategoriekritische bzw. in epistemologischem Sinn theoretische Begriffe. Insofern lässt Kritik der politischen Ökonomie sich übersetzen in Kritik der ökonomischen Kategorien des Kapitalismus. Wo Kategorie war, soll Begriff werden.³ Im Blick auf Lohnarbeiter oder Kapitalist usw. von Personifikationen ökonomischer Kategorien zu sprechen, läuft auf dasselbe hinaus, wie von ihnen nur insofern zu handeln, als sie »ihrem Begriff entsprechen«. Ihr Begriff beansprucht, den für sie wesentlichen Wirkungszusammenhang zu erfassen. Es wäre aber ein grober Irrtum, entsprechende begriffliche Rekonstruktionen unmittelbar empirisch zu deuten. Dies verbietet sich schon insofern, als in den theoretischen Begriff der entsprechenden Personifikationen Widersprüche eingeschrieben sind. Nehmen wir als Beispiel die Lohnarbeitenden. In ihre strukturell-funktionale Position ist ein realer Widerstreit eingeschrieben: Soweit sie durch den Lohn als Handlungsantrieb bestimmt sind, ist ihnen der Inhalt der Arbeit gleichgültig; das Gegenteil ist der Fall, soweit sie sich auf die qualifizierte Produktion von Gebrauchswerten verstehen und daraus ihre von anderen anerkannte Identität und ihr Selbstbewusstsein gewinnen. Gleichgültigkeit und Produ-

3 Klaus Holzkamp hat zwar das Problem gesehen, dreht indes die marxische Unterscheidung zwischen Kategorie und Begriff um. Als Kategorien definiert er »diejenigen Grundbegriffe [...], mit welchen in einer empirischen Wissenschaft [...] ihr *Gegenstand*, seine Abgrenzung nach außen, sein Wesen, seine innere Struktur, bestimmt sind« (1983, 27). Die »Vorbegriffe«, von denen er spricht (vgl. 48–51), lassen sich mit den marxischen Kategorien vergleichen und deren »Kategorialanalyse«, der er die »Unmittelbarkeits-Durchbrechung« (193) zuschreibt, mit der marxischen Kritik.

zentenstolz koexistieren dann widersprüchlich in den Individuen (vgl. Haug 2006, *N.V.*, 128). An der je individuellen Austragung dieses Widerspruchs führt für sie kein Weg vorbei. Doch wie das einzelne Individuum ihn austrägt, liegt nicht fest.

Akzeptiert man diese Einschränkungen, bleibt noch immer die Frage, wie sich ein begriffliches »Gedankenkonkretum« (MEW 42, 36) wie die Personifikation der Lohnarbeit mit ihrem unvermeidlichen inneren Widerspruch von Gleichgültigkeit und Produzentenstolz begründen lässt. Lässt sich die marxische Annahme, dass Handlungsziele sich den Handlungssubjekten qualitativ einprägen, auf der unser Beispiel der widersprüchlichen Doppelbestimmung der Lohnarbeitenden beruhte, analytisch untermauern?

III.

Wenn das Lohnverhältnis ein Stück abstrakten Reichtums zum bestimmenden Handlungsziel der Lohnarbeitenden macht, so macht das Kapitalverhältnis die Vermehrung abstrakten Reichtums zum bestimmenden Handlungsziel der Kapitalisten. Auf dem Wege vergleichender Zirkulationsformanalyse⁴ entwickelt Marx zunächst, dass der bestimmende Zweck und damit der »Sinn« des Verwertungshandelns keine innere Grenze enthält. Es unterscheidet sich hierdurch von Handlungen, die Bedürfnisbefriedigung bezwecken. In der eingetretenen Befriedigung erlischt bei diesen der Handlungsantrieb. Bei der Verwertung des Werts dagegen ist jedes Ende unmittelbarer Ausgangspunkt für die Wiederholung. Sie kennt keine *innere*, sondern bloß die *äußere* Grenze des beschränkten Quantum.

Von entscheidender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, die Vermittlungskategorien herauszuheben und zu prüfen, die Marx dazu dienen, die Personifikationen ökonomischer Kategorien des Kapitalprozesses zu konstruieren. Darunter sind formalanalytische Kategorien wie »Extrem« und »Mitte«, die »eine bestimmte ›Grammatik‹ des Sozialen« (Haug 1974/2005, *V.*, 128) ausdrücken und den Kategorien der »›formal-logischen oder ›grammatologischen‹ Analyse« der Wertform entsprechen (132). Die Position der vermittelnden Mitte bedingt den Status des bloßen Mittels. Die Extremposition des Endes der Handlungssequenz, ihr Ziel, bildet ihren »bestimmenden Zweck« und damit ihren »objektiven Inhalt«. Hier rechnet Marx mit dem qualitativen Ansteckungseffekt oder der Reflexion des Begehrten ins Subjekt. Der objektive Inhalt wird zum »subjektiven Zweck« und – vollends nach innen genommen und als Handlungsdisposition auf Dauer gestellt – zum »treibenden Motiv«⁵. »Motiv

4 Den Begriff der Zirkulationsformanalyse habe ich in Analogie zur Wertformanalyse eingeführt in: *N.V.*, 97ff.

5 Zur Zirkulationsformanalyse und zum Auftauchen des hier behandelten Satzes von Vermittlungs-

ist der innere Handlungsantrieb, subjektiver Zweck das angestrebte äußere Handlungsziel, objektiver Inhalt das Gesamt dessen, was an Determinanten formaler und materialer Art in einem Handlungsfeld beschlossen ist. Aus diesem Instanzenpiel ergeben sich ›Sinn und Verstand‹ der betreffenden Praxisformen.« (N.V., 100) Im Falle gebrauchswertorientierten Handelns ist Bedürfnisbefriedigung der bestimmende Zweck und damit der übergreifende »Sinn« der gesamten Handlungssequenz. Wenn es dabei um die Befriedigung konsumtiver Bedürfnisse geht, dann enthält diese selbst bei unmäßig gesteigerten Begierden eine innere Grenze, an welcher der auf sie gerichtete Handlungsantrieb zur Ruhe kommt. Verwertungshandeln richtet sich dagegen auf abstrakten Reichtum oder, anders gesagt, auf eine Qualität, die nur als Quantität zählt. Sein treibendes Motiv ist über jede bestimmte Quantität immer schon hinaus, weil jede Menge an eine größere grenzt und es von diesem Standpunkt keinen »Sinn« hat, sich bei der kleineren Menge zu beruhigen. Damit ist nicht gesagt, ein bestimmtes Individuum werde an einer bestimmten Grenze innehalten oder nicht innehalten. Wie ja auch jedes Individuum, das auf dem Standpunkt des Verwertungshandelns steht, deswegen nicht aufgehört hat, Bedürfnisse zu haben, und also in irgendeinem Intensitätsgrad immer auch auf dem komplementären Gegenstandspunkt steht. Die konkrete Szene ist nicht ausdeterminiert, wohl aber das Szenario. Wie dann bei konkreten Individuen der »faustische Konflikt« (MEW 23, 620) ausgetragen wird, fällt ins Gebiet der sozial und kulturell auf je spezifische Weise konkret eingebetteten Subjektivität.

IV.

Wenn nun aber die individuelle Konkretion letztlich unbestimmt bleibt und gerade dieses Moment von Unbestimmtheit die Subjektivität freisetzt, wird dann nicht die These, dass »nicht das Bewusstsein das Sein, sondern das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein« bestimme, gehaltlos? Andererseits liefert der Blick auf die große Zahl der Fälle ihr stets neue Evidenz zu. Kurz, was heißt es, dass zwar das Szenario, nicht aber die einzelne Szene determiniert sei? Diese Frage führt zur Unterscheidung des Handlungsfeldes von den Handelnden. Dadurch wird es möglich, analog zur modernen Physik die Determination vom Einzelfall in eine Feldeigenschaft zu überführen und dadurch der Determinationsthese einen statistisch beschreibbaren Gehalt zu sichern. So scheint es sich zum Beispiel für Brecht, angeregt durch Kurt Lewin, »angeboten zu haben, eine Art von parametergesteuerter Feldtheorie des Subjekts zu adaptieren« (Sautter 1995, 704; vgl. Haug 1996/2006, 54). Die

Akteure sind ja zumindest zunächst nicht gleichgerichtet. Gleichwohl lässt sich insgesamt eine überwiegende Gleichrichtung beobachten. Würde man sich nun vom methodologischen Individualismus auf Einzelfälle festlegen lassen, würde man sich blind machen fürs Soziale. Wie ist diese statistisch abbildbare Gleichrichtung zu verstehen?

Ökonomisches Handeln unter kapitalistischen Marktbedingungen zeichnet sich aus durch die »eigentümliche Komplementarität frontal anerkannter Freiheit bei hinterrücks wirkender Abhängigkeit« (N.V., 115). Die Handlungsfolgen in Gestalt feldspezifischer Erfolge oder Misserfolge entscheiden über Handlungsfähigkeit, damit, Privatverhältnisse vorausgesetzt, auch über Macht- und Herrschaftsverhältnisse und vor allem anderen über das, was man eine »wirtschaftliche Existenz« zu nennen pflegt. Von dem Verhältnis zweiten Grades, das zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem vielförmigen privat-individuellen Verhalten in ihnen besteht, lässt sich mit Engels sagen, dass es »jedes absolut Primäre und absolut Sekundäre aus[schließt]« (MEW 20, 441), selbst noch dann, wenn die Verhältnisse übermächtig gegenüber allen Einzelnen sind, eine Einsicht, die geeignet ist, aus der »Einseitigkeit des metaphysischen Denkens« herauszuführen (ebd.). Genetisch geht, um Sartres Formel zu verwenden, die Existenz der Essenz voraus, auch wenn das so gewordene Wesen zur Voraussetzung des Weiterwerdens wird.

Zu sagen, die Akteure müssten »die Gesetze der Warenwelt exekutieren« (Heinrich), verdoppelt die Erscheinung und versieht sie mit dem Index der Notwendigkeit. Stattdessen gilt es, die selbstorganisatorische Verschlingung dieser Akteure in die gesellschaftlich-aggregierten Folgen ihrer privat-isolierten Handlungen auseinanderzulegen. Abgesehen davon, dass Naturgesetze, auch soziale, überhaupt nicht exekutiert werden, ist das, was als unabhängig von den Subjekten bestehendes objektives »Gesetz« erscheint, nur das per Rückwirkung⁶ den Prozess »regulierende Resultat« ihrer insgesamt durch die Systemmechanismen aggregierten und »verarbeiteten« Handlungen. Per Rückwirkung regelt sich aber auch das individuelle Handeln. »So haben wir ein Danach-Denken genauso wie ein Vorher-Denken.« (Skirbekk 2002, 135) Von Gesetz lässt sich hier daher nur im Sinne eines »resultierenden Gesetzes« sprechen (vgl. N.V., 243). In ihm verdichtet sich das Ensemble der ein Feld bestimmenden Wechselwirkungen.

Was die »Population« eines bestimmten Handlungsfeldes angeht, so mögen ihre Individuen in jeder konkreten Situation unterschiedliche Handlungspfade ein-

6 Der Begriff der Rückwirkung von Prozessresultaten als neue Ausgangspunkte spielt im Denken von Marx eine wichtige Rolle. Von solcher Rückkoppelung unterscheidet er die »bewusste und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses« (MEW 23, 504).

schlagen. Wenn nun aber bestimmte Handlungsweisen ihre jeweiligen Subjekte eher zum Erfolg führen als andere, lässt sich davon sprechen, »dass aus divergenten Handlungen konvergente Erfahrungen folgen. In der Wiederholung schlagen sich diese Erfahrungen in Gewohnheiten nieder, die Material für Tradierungspraktiken bilden. Jeder Lernprozess verschlingt sich mit anderen seiner Art zu einem prozessierenden Feld, von dem die Einzelnen per Rückkoppelung ihre Richtungsimpulse erhalten.« (N.V., 105f) Unter der Voraussetzung, dass die generellen Handlungsziele fortbestehen, ändert sich die konkrete Handlungsrichtung auf Grund der erfahrenen Handlungsfolgen. In der Wahrnehmung – und zwar im Doppelsinn kognitiver Realisierung und existenzieller Subjektivierung – der Verhältnisse dieses Feldes, und indem Handeln in Verhältnissen sich als ein dynamisches Ensemble von Lernprozessen fortbildet, erfüllt sich die These, dass »das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt«. Nur dass Sein und Bewusstsein wie andere Entgegensetzungen ihren absoluten Charakter verloren haben. Auch das von der traditionellen Psychologie wie Philosophie »unzureichend geklärt« »Problem des Verhältnisses von Determination und Freiheit« (Markard 1987, 42) gewinnt damit seine Vermittlungen, soweit es sich aufs individuelle Verhalten in gesellschaftlichen Verhältnissen bezieht. Determination lässt sich nun als Resultante aus anfänglicher Indeterminiertheit heraus rekonstruieren, also aus der Tatsache, »dass ich immer »so und auch anders« handeln kann, dass ich also in einer prinzipiellen Möglichkeitsbeziehung zu mir und der Welt stehe« (41). Wir werden daher zwar mit Marx den Einzelnen nicht »verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt«, wohl aber dafür, wenn er vor der Destruktivität dieser Verhältnisse die Augen verschließt. Keine zu exekutierenden Gesetze hindern ihn daran, sich subjektiv übers bloße Mitläufertum zu erheben.

Literatur

- Adorno, Theodor W., 1972: Einleitung. In: ders., R. Dahrendorf, H. Pilot, H. Albert, J. Habermas u. K.R. Popper, *Der Positivismustreit in der deutschen Soziologie*, Luchterhand Darmstadt-Neuwied (6. Aufl. 1976), 7–79
- Arthur, Christopher J., 2002: *The New Dialectic and Marx's Capital*, Brill Leiden-Boston-Köln
- Goldmann, Lucien, 1973: *Der verborgene Gott. Studie über die tragische Weltanschauung in den »Pensées« Pascals und im Theater Racines*, Luchterhand Darmstadt-Neuwied
- Haug, Wolfgang Fritz, 2005 [1974]: *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«*, Neufassung, Argument Hamburg (zit. V.)

-
- Ders., 2006: *Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«*, Argument Hamburg (zit. N.V.)
- Ders., 2006 [1996]: *Philosophieren mit Brecht und Gramsci*, erweiterte Ausgabe, Argument Hamburg
- Heinrich, Michael, 1991: *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*, VSA Hamburg
- Herkommer, Sebastian, 1985: *Ideologie. Eine Einführung*, VSA Hamburg
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Kotarbinski, Tadeusz, 1965: *Praxeology. An Introduction to the Science of Efficient Action*, Pergamon Oxford
- Lefebvre, Henri, 1966: *Der dialektische Materialismus*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Markard, Morus, 1987: Probleme und Konzepte subjektwissenschaftlicher Aktualempirie, in: *Forum Kritische Psychologie* 20, 37–48
- Sautter, Ulrich, 1995: Brechts logischer Empirismus, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, H. 4, 43. Jg., 687–709
- Schmidt, Alfred, 1966: Nachwort. In: H. Lefebvre, *Der dialektische Materialismus*, Suhrkamp Frankfurt/M 141–163
- Skirbekk, Gunnar, 2002: *Praxeologie der Moderne. Universalität und Kontextualität der diskursiven Vernunft*, Velbrück Weilerswist

IV
Kritische Psychologie
an der Hochschule

Josef Held

Jenseits des Mainstreams: kritische Psychologien im deutschsprachigen Raum

Kritische Psychologie stellt im deutschsprachigen Raum eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche Theorieansätze dar, die nach 1968 entstanden, deren Wurzeln aber weit früher liegen. Gemeinsam ist ihnen die Ablehnung der experimentell-statistischen Mainstream-Psychologie, die programmatische Betonung des handelnden Subjekts und der Beziehung zwischen Individuum und gesellschaftlichem Kontext als Forschungsgegenstand der Psychologie. Die hegemoniale Mainstream-Psychologie, die sich über ihre experimentell-statistische Methode definiert, von einem kontrollierenden Außenstandpunkt aus nur für die reaktive Seite der menschlichen Existenz interessiert und kaum mehr als Sozialwissenschaft, sondern als Naturwissenschaft in der Nähe von Neurophysiologie und Informatik verortet, hat »während der 90er Jahre alles daran gesetzt, auch die letzten Standorte der geisteswissenschaftlich oder gar kritisch orientierten Psychologie zu schleifen. An der überwiegenden Mehrzahl der (deutschen) Universitäten werden solche Positionen schlicht totgeschwiegen, beziehungsweise es wird ihnen, wo es geht, die wissenschaftliche Legitimität abgesprochen« (Engemann 2001, 4). Bei Kürzungen von Stellen und Mitteln sind sie als erste betroffen. Der Wegfall des Ost-West-Gegensatzes Anfang der 90er Jahre hat in der akademischen Psychologie zu keiner Erhöhung der Toleranz gegenüber alternativen Ansätzen geführt. Sie blieben ausgegrenzt und haben sich in benachbarte Fächer und in universitätsunabhängige Institute zurückgezogen.

Allerdings gibt es – außer einigen »Übriggebliebenen« und marginalisierten »Unverbesserlichen« – unterschwellig kritische Strömungen, die sich z. B. am Konstruktivismus oder einer Handlungstheorie orientieren (z. B. Brandstädter 2001). Da sie nur temporär sind oder sich nicht offen als kritische Psychologien positionieren, werden sie im Folgenden vernachlässigt.

Die Vielfalt alternativer Ansätze

Aus der studentischen Protestbewegung der 60er Jahre entstanden zwei Strömungen, die sich selbst explizit »kritische Psychologie« nannten: Die an der Freien Universität Berlin verortete »Kritische Psychologie« mit Klaus Holzkamp als zentraler Figur schrieb sich mit großem K. Sie entwickelte eine konsistente theoretische Grundlage, die sich als innere Ausgestaltung der marxistischen Theorie auf der Seite des Subjekts versteht. Das Psychische wird als gesellschaftlich vermittelt historisch und dialektisch rekonstruiert (vgl. Holzkamp 1983). In der weiteren Entwicklung wurde die subjektwissenschaftliche Komponente betont (Holzkamp 1997). In kritischer Solidarität unterstützte eine feministische Psychologie diesen Berliner Ansatz, die auch eine eigene Methode entwickelte (vgl. Haug 1990, 2003).

Mit kleinem k schrieb sich die kritische Psychologie, die sich an der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule (Adorno, Horkheimer u. a.) orientierte. Für sie war die Verbindung von Psychoanalyse und Marxismus charakteristisch. Diese Linie verhielt sich skeptisch zu einer konsistenten positiven Theoriebildung in der Psychologie und legte ihren Schwerpunkt auf die Kritik. Sie löste sich schließlich in heterogene Ansätze auf, die nur lose miteinander verbunden sind. Das brachte ihr den Vorwurf der postmodernen Beliebigkeit ein.

Die kritischen Psychologien im deutschsprachigen Raum beschränken sich heute jedoch nicht nur auf diese zwei Linien. Es entstand eine ganze Reihe von Ansätzen, die mit ihrem jeweils eigenen Bezug auf frühe Theorietraditionen deutlich in Opposition zum psychologischen Mainstream stehen, auch wenn sie teilweise keinen paradigmatischen Anspruch erheben. In diesem Sinne können sie zu den kritischen Psychologien gerechnet werden. Im Folgenden sollen diejenigen kurz vorgestellt werden, die eine gewisse Kontinuität gezeigt haben, auch wenn sie sich nur am Rande der akademischen Psychologie oder nur außerhalb von ihr etablieren konnten. Außer den zwei Richtungen, die sich selbst K(k)ritische Psychologie nennen, sind dies: Politische Psychologie, Tätigkeitspsychologie – kulturhistorische Schule, Handlungstheoretische Psychologie, Diskursive Psychologie, Phänomenologische Psychologie, Konstruktivistische Psychologie und Qualitative Psychologie.

Politische Psychologie – In den 1960er Jahren gründete sich die politische Psychologie als eine paradigmatische Schule, die – in Anlehnung an die Konzeption der Frankfurter Schule – eine Verbindung von Marxismus und Psychoanalyse versuchte. Ihre Vertreter wollten eine »historisch-materialistische Theorie des Subjekts« entwickeln (vgl. Schüle in u. a. 1981). Auch wenn dieses umfassende Projekt aus dem Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt, das sich v. a. mit den Namen Klaus Horn und Alfred

Lorenzer verbindet, nicht zu Ende geführt werden konnte, so wurde doch der kritische Anspruch an die Psychologie aufrechterhalten. Ein Teil konnte sich offenbar dadurch über 30 Jahre lang bis heute halten, dass sie sich als »Politische Psychologie« auf eine Unterdisziplin der Psychologie reduzieren ließ. Inzwischen ist sie als Sektion des Berufsverbands deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) etabliert und gibt eine Zeitschrift heraus (Zeitschrift für Politische Psychologie ZfPP). Die Selbstdarstellung der Sektion beginnt mit dem Satz: »Politische Psychologie (PP) befasst sich mit Zusammenhängen zwischen Macht und Herrschaft einerseits, unserer Subjektivität andererseits«. Neben Sektion und Zeitschrift hat sich diese gesellschaftskritische Richtung auch einen »Arbeitskreis Politische Psychologie« als Organisationsform geschaffen (siehe www.sfi-frankfurt.de). In Österreich hat sich parallel dazu ebenfalls eine politische Psychologie etablieren können (vgl. Gstettner 1992, Ottomeyer 1992).

Die humanistische Psychologie von Erich Fromm stellt eine eigene Linie der kritischen Theorie Frankfurter Schule dar und hat sich im Zusammenhang mit dem Frommarchiv konsolidiert und eine eigene Forschungstradition begründet (vgl. Funk u. a. 2000).

Tätigkeitspsychologie/Kulturhistorische Schule – Auch die Tätigkeitspsychologie versucht eine Verbindung von marxistischer Gesellschaftstheorie und Psychologie. Für ihre Entstehung ist der historische Glücksfall bedeutsam, dass sich am Beginn des 20. Jh., in der frühen Sowjetunion, eine neue psychologische Schule bildete, die eine Psychologie auf der Basis marxistischen Denkens entwickeln wollte. Sie nannte sich »Kulturhistorische Schule« (im Englischen »Socio-cultural approach«) und wurde von dem russischen Psychologen Lew Vygotskij begründet (vgl. Keiler 2002). Dessen Schüler Alexejew Nikolejew Leontjew stellte die Tätigkeit in den Mittelpunkt seiner Psychologie, wodurch der Begriff Tätigkeitspsychologie entstand. Der historisch fundierte Ansatz der Tätigkeitspsychologie ist eine kritische Reaktion auf die Entwicklung der Mainstream-Psychologie. Die gesellschaftskritische Komponente stand jedoch nie im Vordergrund.

Die Schriften von Vygotskij waren in der Stalinzeit verboten. Erst 1964 lag die erste deutschsprachige Übersetzung seiner programmatischen Schrift *Denken und Sprechen* vor, die erste Veröffentlichung von Leontjews Schrift *Probleme der Entwicklung des Psychischen* folgte 1973. Es begann eine rege Übersetzungstätigkeit – zuerst in der DDR –, die bis heute anhält. Immer noch sind nicht alle wichtigen Schriften publiziert und übersetzt. Inzwischen erfolgte eine Verschiebung des Schwerpunktes von Leontjew auf den Begründer Vygotskij, und die Tätigkeitspsychologie hat sich in dieser Entwicklung internationalisiert, aber auch heterogenisiert. Das Spektrum reicht von dem Bremer Professor für Behindertenpädagogik

Wolfgang Jantzen (1987), der sich stark auf den Neuropsychologen Luria der frühen Kulturhistorischen Schule bezieht und orthodox-marxistisch argumentiert, über Peter Keiler (1997), der Leontjews Ansatz weitgehend ablehnt, bis hin zu Prof. Joachim Lompscher (1985), der sich als Herausgeber der kulturhistorischen Schriften schon in der DDR verdient gemacht hat, sein Engagement jedoch nicht aus der Kritik am Mainstream der Psychologie herleitet. Eine Gruppe ist heute sehr engagiert in der wichtigen Publikationsreihe *Internationale Studien zur Tätigkeits-theorie*. Als internationale Organisationsform entstand die »International Society for Cultural and Activity Research (ISCAR)« mit eigenen Sektionen, Tagungen und Publikationen (vgl. www.iscar.org). Vor allem in den USA ist derzeit das Interesse an diesem Ansatz groß.

Handlungstheoretische Psychologie – Handlungstheorien haben in der Psychologie unterschiedliche Wurzeln. Zu einem Teil geht sie auf die Tätigkeitspsychologie von Leontjew zurück, die in der DDR wie in der BRD im Rahmen der Arbeitspsychologie weiterentwickelt wurde (vgl. Hacker 1978). Dieser arbeitspsychologische Ansatz, der als Handlungsstrukturtheorie bezeichnet wird, kann nicht zu den kritischen Ansätzen gerechnet werden, weil er im Wesentlichen weder die Mainstream-Psychologie kritisiert, noch die gesellschaftlichen Verhältnisse. Weitgehend unabhängig davon haben sich kritische Handlungstheorien im Rückgriff auf Ansätze in der Soziologie (v. a. Max Weber), auf den symbolischen Interaktionismus oder frühe Ansätze geisteswissenschaftlich-interpretativer Psychologie entwickelt. Zu nennen sind vor allem die Handlungstheorien, die sich in der Kulturpsychologie (vgl. Straub 1999), der Entwicklungspsychologie (vgl. Brandtstädter 2001) und der Lernpsychologie (vgl. Dulisch, 1994) entwickeln konnten. In der deutschsprachigen Psychologie hat sich die Erlanger Schule in besonderer Weise um eine elaborierte Handlungstheorie bemüht (vgl. Straub 1999; Straub/Werbik 1999). In diesem Ansatz wird Handeln als spezifisch menschliches Handeln, d. h. als Handeln im Vollsinn des Wortes begriffen. Dies gilt in der Entwicklungspsychologie auch für den Trierer Psychologen Jochen Brandtstädter (vgl. 2001). Diese Strömung steht dadurch diametral im Widerspruch zum Verhaltensbegriff der Mainstream-Psychologie.

In der Kulturpsychologie gibt es eine starke handlungstheoretisch fundierte Strömung, die sozialwissenschaftlich und subjekttheoretisch ausgerichtet ist und sich deutlich vom Mainstream abgrenzt (vgl. Straub 1999). Es handelt sich dabei nicht um eine geschlossene Gruppe, sondern um kulturpsychologische Einrichtungen an verschiedenen Universitäten (Chemnitz, Erlangen, Frankfurt/M, Köln, Regensburg, Salzburg), die im Austausch stehen. 1986 wurde in Salzburg die »Gesellschaft für Kulturpsychologie e. V.« gegründet, die sich zum Ziel gesetzt hat,

die wissenschaftliche Kulturpsychologie und vergleichende Psychologie in Forschung und Lehre zu fördern. Diese Gesellschaft versteht sich als organisierendes Moment einer kritischen Kulturpsychologie, sie ist international und interdisziplinär ausgerichtet.

Von Handeln wird heute in der Psychologie zwar viel gesprochen, eine elaborierte Handlungstheorie, die einen Subjektbegriff hat und gesellschaftliche Prozesse mit einbezieht, dient aber nur in Randbereichen – wie z. B. in der Kulturpsychologie – als wissenschaftliche Grundlage.

Diskursive Psychologie – In der deutschsprachigen Psychologie hat sich ein eigener diskursiver Ansatz entwickelt. Dieser zeichnet sich – wie die obigen Ansätze – durch eine eigene Gegenstandsbestimmung aus: Gegenstand der Psychologie sind demnach nicht nur die im Subjekt eingeschlossenen psychischen Vorgänge und Vermögen, sondern die durch gesellschaftlichen und sozialen Austausch im Diskurs erzeugten psychischen Produkte. Die diskursive Psychologie ist erst Mitte der 90er Jahre, also später als die diskursive kritische Psychologie des angelsächsischen Raumes entstanden. Sie baut auf der Theorie der sozialen Repräsentationen des in Paris wirkenden Psychologen Serge Moscovici auf. Es bestehen Ähnlichkeiten zur Kulturhistorischen Schule, ohne dass auf diese explizit Bezug genommen würde (vgl. Moscovici in Flick 1995). Die deutschsprachige Richtung fand auf diesem Weg Anschluss an die internationale kritische diskursive Psychologie. Sie unterhält bisher jedoch keine Beziehungen zu der »kritischen Diskursanalyse«, die sich in den benachbarten Sprach- und Sozialwissenschaften entwickelte (vgl. Jäger 1993).

Zum erstenmal entstand 1994 in Österreich eine zusammenhängende Darstellung der Theorie sozialer Repräsentationen (vgl. Wagner 1994). Wolfgang Wagner vollzog hierfür nicht nur eine Wende zur diskursiven Psychologie, sondern auch eine Wende zum Alltag als Forschungsfeld. Er löst sich damit von dem Paradigma des Laborexperiments. Diese Hinwendung zum Alltag und zum Alltagsmenschen wurde von Moscovici ausdrücklich begrüßt (im Vorwort zu Wagner 1994, 7–13). Gleichzeitig wird eine deutliche Abkehr von einer reduktionistischen neurobiologischen Psychologie vollzogen, die alle psychischen Prozesse aus hirnelektrischen erklären möchte. Dazu Moscovici: »Jedenfalls besteht unsere Theorie radikal auf dem sozialen Ursprung des Menschenverstandes und des Alltagsdenkens« (10). Moscovici plädiert dafür, »dass wir nämlich unseren gemeinsamen Glauben, die Bilder oder das Know-how nicht nur als geteilt, sondern als zusammen produziert betrachten« (12f). Wagner kommt zu einer sehr ähnlichen Bestimmung des Gegenstandes der Sozialpsychologie wie Vygotskij. Es geht dabei zwar um das Psychische des Individuums, der Schwerpunkt liegt jedoch auf der Frage, wie sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Individuum wiederfinden. »Eben die Psychologie des Einzelmenschen, das, was er im

Kopf hat, ist die Psyche, die die Sozialpsychologie studiert.« (Vygotskij; zit. n. Keiler 2002, 122) Ähnlich geht es Wolfgang Wagner darum, »das Nicht-individuelle, das Soziale und a priori gegebene Kulturelle explizit im Individuellen zu suchen« (1994, 29). Zugleich wird von beiden erkannt, dass es neben dieser Sozialpsychologie des gesellschaftlichen Einzelmenschen noch eine »kollektive Psychologie« geben muss, die sich mit den gemeinschaftlichen Verkehrsformen und kulturellen Produkten der Menschen auseinandersetzt.

Die Vermitteltheit zwischen Individuellem, Sozialem und Gesellschaftlichem wird durch diesen Ansatz in den Mittelpunkt gestellt, bzw., wie Wagner es ausdrückt, die »Einheit zwischen Sozietät und individuellem Handeln« (Wagner 1994, 32). Von diesem sozialwissenschaftlichen Standpunkt aus wird das »reaktiv-mechanistische Menschenbild« der Mainstream-Psychologie kritisiert und ihm »ein Bild des Menschen als aktiver und reflektierender Gestalter seiner Umwelt« (30) entgegengestellt. Der Ansatz der sozialen Repräsentationen wird von Uwe Flick (1995) in seiner »Psychologie des Sozialen« noch näher an die angelsächsische diskursive Psychologie herangerückt.

Phänomenologische Psychologie – In der philosophischen Tradition der Phänomenologie Edmund Husserls hat sich in Deutschland der Zweig der phänomenologischen Psychologie entwickelt. In der ersten Hälfte des 20. Jh. entstand als genuin deutsche Entwicklung die Gestaltpsychologie. Es handelte sich um einen qualitativ-experimentellen Ansatz, der in der Wahrnehmungs- und Denkpsychologie seinen Ausgangspunkt hatte. Berühmt wurde die Berliner Schule mit Kurt Lewin, Kurt Koffka, Wolfgang Metzger und Max Wertheimer. Bekannt sind noch heute die bahnbrechenden Schimpansenversuche von Wolfgang Köhler. Nach dem zweiten Weltkrieg verdrängte der Behaviorismus die Gestaltpsychologie. In ihrer Tradition entstand jedoch die phänomenologische Heidelberger Schule mit Carl Friedrich Graumann als bekanntestem Vertreter und Groeben und Scheele, die das Konzept der subjektiven Theorien entwickelten. Schon die Gestaltpsychologie wandte sich kritisch gegen den Einzug der Statistik in die Psychologie und gegen die Zerlegung der Wirklichkeit in Variablen. Vor allem der Sozialpsychologe Kurt Lewin sah in der statistischen Orientierung keine Zukunft für die Psychologie.

Konstruktivistische Psychologie – Während die bisher charakterisierten Ansätze psychologische Schulen darstellen, die über eine gemeinsame Programmatik und eigene Kommunikationsstrukturen verfügen, ist die konstruktivistische Psychologie eher eine geistige Strömung in der deutschsprachigen Psychologie. Sie wird von keiner organisierten Wissenschaftlergemeinschaft getragen. Das konstruktivistische Paradigma kollidiert ganz deutlich mit der Kausaltheorie, die in der experimentell-

statistischen Psychologie vorherrscht. Insofern kann sie als eine kritische Strömung in der Psychologie bezeichnet werden.

Einen wichtigen Ausgangspunkt für die konstruktivistische Denkweise stellt der Schweizer Psychologe Jean Piaget dar. Andere beziehen sich eher auf den philosophischen Konstruktivismus, der an die Theorie der chilenischen Biologen Humberto R. Maturana und Francisco J. Varela (1987) anknüpfte und heute vor allem in der Pädagogik und der pädagogisch-psychologischen Lerntheorie verbreitet ist. Wieder andere beziehen sich auf Theorien der Postmoderne, die eine gewisse Nähe zum Konstruktivismus aufweisen. Das gilt in der Sozialpsychologie vor allem für den Ansatz Heiner Keupps und seiner Münchner Projektgruppe (1999).

Qualitative Psychologie – Die qualitative Psychologie stellt – mehr noch als die konstruktivistische Psychologie – ein Sammelbecken verschiedener Strömungen dar, einig darin, dass die Entwicklung der experimentell-statistischen Psychologie einen Irrweg darstellt. Hier sammeln sich Kritiker verschiedener Herkunft, die sich über den Bezug auf qualitative Methodik definieren. Begründet wird dies vor allem mit dem Subjekt als Gegenstand der Psychologie, der eine eigene methodische Reflexion erfordere. Die qualitative Methodik ist besonders in der Pädagogik und der Soziologie weit entwickelt, und es verwundert deshalb nicht, dass sich die qualitativen Psychologen an diesen orientiert haben. Inzwischen wird deutlich, dass die Psychologie eigene qualitative methodische Zugänge braucht und eine entsprechende eigene methodische Reflexion. Zentren dieser methodischen Entwicklung finden sich an den Universitäten in Berlin, Hamburg und Tübingen. Von der FU Berlin aus wird die Online-Zeitschrift »fqs« betrieben, die zwar offen für alle Sozialwissenschaften ist, aber ihren Schwerpunkt in der Psychologie hat (vgl. www.fqs.de). Noch stärker auf die Psychologie konzentriert ist die Tübinger Initiative, die durch ihre Homepage (www.qualitative-psychologie.de) und durch jährliche internationale Konferenzen und Publikationen eine Vernetzung qualitativer arbeitender Psychologen anstrebt. Hervorzuheben ist auch das *Handbuch Qualitative Sozialforschung* (1991), herausgegeben von den Psychologen Uwe Flick, Ernst v. Kardorff, Heiner Keupp und Lutz Rosenstiel, das sich um eine generellere sozialwissenschaftliche Orientierung bemüht.

An der Diskussion über qualitative Methoden in der Psychologie beteiligen sich Vertreter der unterschiedlichen alternativen Ansätze, die oben dargestellt sind. Da sich die Mainstream-Psychologie weitgehend über ihre Methodik definiert, reagiert sie besonders sensibel – meist aggressiv und ausgrenzend – auf methodisch abweichende Ansätze. Dies stärkt die qualitative Psychologie als oppositionelle Bewegung innerhalb der Disziplin.

Die deutschsprachige akademische Psychologie nimmt kaum Notiz von den hier dargestellten kritischen Psychologien, entsprechend liegt ihre Bedeutung auch mehr im internationalen Bereich. In anderen Ländern – einschließlich der USA – besteht ein deutliches Interesse an ihnen wie auch ein stärkeres Bewusstsein für die Krise der akademischen Psychologie. Gerade die Vielfalt von alternativen Ansätzen in der deutschsprachigen Psychologie ist interessant.

In der zweiten Hälfte des 20. Jh. war die Beziehung zwischen ihnen durch heftige Auseinandersetzungen bestimmt. Heute haben sich die internen Kämpfe sehr abgeschwächt; inzwischen werden gemeinsame Kongresse durchgeführt, auf denen alle diese kritischen Psychologien vertreten sind. Dies ist sicher zum einen der postmodernen Wertschätzung der Differenz geschuldet, hat aber auch etwas mit der kaum mehr zu übersehenen Schwäche der einzelnen Richtungen zu tun. Hatte in den 80er Jahren allein ein Kongress der Kritischen Psychologie noch an die 3000 Teilnehmer mobilisiert, so hat heute ein Kongress aller kritischen Richtungen zusammen nur noch 300 Teilnehmer zu verzeichnen.

Das Subjekt als programmatischer Ausgangspunkt kritischer Psychologien im deutschsprachigen Bereich

Eine Reihe der dargestellten psychologischen Ansätze stellen das ›Subjekt‹ programmatisch in den Mittelpunkt. Ihr Subjektbegriff korrespondiert meist mit einem Alltagsverständnis, bei dem ›Subjekt‹ in Gegensatz zu ›Objekt‹ gebracht wird und in Zusammenhang mit Handeln, Interessen, Absichten, Bedürfnissen und Verantwortung. Die Rede vom Subjekt, die für unsere Gesellschaft konstitutiv ist (Haug 1985, 70ff), betont die Freiheit und Verantwortung des Einzelnen in der Gesellschaft. Dem entsprechend könnte man folgende Definition akzeptieren: »Der Begriff *Subjekt* setzt die einzelne Person in eine Relation zur sozialen Wirklichkeit und sieht diese als aktive Instanz der Erkenntnis und Praxis, die zielgerichtet auf die natürliche und soziale Umwelt einwirkt« (Keupp 2001, 39). Das Subjekt setzt sich also »in ein gestaltendes Verhältnis zu seiner Welt und ist nicht nur passives Produkt seiner natürlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen« (ebd.). Der Vorstellung vom Menschen als Subjekt liegt ein Menschenbild zugrunde, das in wesentlichen Aspekten mit dem Menschenbild der experimentellen Psychologie kollidiert, das aber im Alltag von vielen geteilt wird. »Diese Alltagspsychologie ist weitestgehend bestimmt durch das Bild des Menschen von sich selbst als autonomem, freiem, handlungsfähigem Individuum [...] Das Subjektmodell des Akteurs selbst ist, so die These Bruners, in allen Erzählstrukturen, die uns unsere (westliche) Kultur anbietet, enthalten.« (Erb 1997, 148)

Da jede(r) weiß, dass in unserem realen gesellschaftlichen Alltag solche Subjektaktivitäten stark eingeschränkt sind und teilweise unterdrückt werden, enthält der Subjektbegriff auch noch eine weitere Bedeutung. Er drückt »schon vom Wortstamm her das Scheitern des absoluten Souveränitätsanspruchs aus: Das Subjekt ist das sich ›unterwerfende‹ Individuum, das sich in eine immer schon gegebene und machststrukturierte Welt einzugliedern hat [...], insofern ist das Wissen um die reduzierte, begrenzte oder preisgegebene Souveränität im Subjektdiskurs immer schon als Subtext enthalten.« (Keupp, 2001, 50f)

Schon in den frühen Ansätzen einer geisteswissenschaftlichen Psychologie (Dilthey und Spranger) findet sich das beschriebene alltagsnahe Subjektmodell. Auch außerhalb der Psychologie im engeren Sinn finden sich eine Reihe von Ansätzen, die dieser Subjektvorstellung folgen und Einfluss auf die Psychologie genommen haben, so der symbolische Interaktionismus (vgl. Mead 1973), die Ethnografie und die Cultural Studies (vgl. Grossberg 1999). Gemeinsam ist diesen vielfältigen Ansätzen, dass für sie das Subjekt ohne den intentionalen Bezug auf die Welt, einschließlich der Lebenswelt und konkreter Situationen, nicht denkbar ist. Dieser müsse entsprechend bei empirischen Untersuchungen berücksichtigt werden. Carl Friedrich Graumann arbeitete phänomenologisch folgende Implikationen der Subjektkategorie für die psychologische Analyse heraus:

1. Die unverkürzte Deskription des situierten Subjekts muss ausgehen von seiner Leiblichkeit. Nicht nur, weil Subjekte einen Ort haben, von wo aus sie wahrnehmen und handeln und ihm entsprechend ihre Umwelt wahrnehmen und behandeln. Auch der körperlichen Verfassung entsprechend stellt sich der Sinn von Dingen, Ereignissen, Zuständen je anders dar. [...]
2. Das Korrelat der Leiblichkeit des phänomenologischen Subjekts ist die Materialität und Räumlichkeit der intentionalen Umwelt. [...] Als Korrelat meiner intentionalen Zustände (der Hoffnungen und Befürchtungen, des Liebens und Hassens), meines geistigen Verhaltens (Nachdenkens, Zweifelns, Träumens) ›ist‹ die intentionale Umwelt auch geistige Welt, Traumwelt, Phantasielandschaft, meine Wahrnehmungswelt durchdringend, überlagernd, über sie hinausführend. [...]
3. Das in der Horizontstruktur beschlossene Zusammenwirken des Wirklichen mit dem Möglichen bringt die Zeitlichkeit der Erfahrung, allgemeiner die Historizität des Situiertseins zum Vorschein. [...] Über diese geschichtliche Welt kann sich niemand erheben. [...]
4. Zu unserer Geschichte – ›meine‹ Geschichte gibt es strenggenommen nicht [...] – gehören nicht nur immer von Anfang an die anderen, mit denen wir, so weit wir denken, in Kommunikation stehen, ihre, d. h. wiederum unsere Sprache sprechend. Unser Erfahrungshorizont wird durch den Horizont der Mitmenschen eröffnet, erweitert, beschränkt. (1985, 45–47)

Unterschieden wird demnach die Leibdimension, die Raumdimension, die Zeitdimension und die soziale Dimension. Hier wird deutlich, dass der Gegenstand psychologischer Analyse nicht ein monadisches Individuum sein kann, sondern die »intentionale Person – Umwelt – Relation« (44).

Die beschriebenen Subjektansätze in der Psychologie richten sich damit gegen den cartesianischen Dualismus (von Leib und Seele, von Subjekt und Objekt) und den Individualismus der vorherrschenden Psychologie (vgl. Tolman 1994). Die subjektorientierte Psychologie postuliert, dass das Gesellschaftliche und das Soziale immer zum Gegenstand der Psychologie dazu gehören. Sie weisen eine bestimmte Nähe zum Alltagsverständnis des »Subjekts« auf und haben den Alltag im Allgemeinen als Gegenstand. Dennoch sind sie weder bloße Ableitung aus dem Alltagsverständnis noch beliebige Erfindungen bzw. Setzungen; vielmehr sind sie Ergebnis einer langen philosophischen Tradition, ohne die sie nicht verstanden werden können.

Der Subjektbegriff und das dazugehörige Menschenbild, wie wir es heute in den subjektorientierten Ansätzen vorfinden, ist Ergebnis der Aufklärung. »Vorwiegend auf der Grundlage der im Zeitalter der Aufklärung vorgebrachten Kritik an totalitären Regimen – Krone und Kreuz – haben wir dem rationalen, selbstbestimmten Individuum eine große Bedeutung beigemessen.« (Gergen 2002, 131) Der Ausgangspunkt für das moderne Subjektverständnis liegt philosophisch bei Immanuel Kant. Seine Philosophie wird deswegen auch des Öfteren als Subjektphilosophie bezeichnet. Die Philosophen des deutschen Idealismus Schleiermacher, Fichte, Schelling und Hegel haben den Subjektbegriff dann in seiner pathetischen Form ausgearbeitet. Das Subjekt steht im Zentrum ihrer Systeme (Daniel 1981, 39). Der Subjektbegriff markiert sozusagen den »Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit« (Kant).

Doch nicht nur die subjektorientierten Ansätze haben in der Aufklärung ihren Ursprung, sondern auch der naturwissenschaftlich orientierte Ansatz der heutigen Mainstream-Psychologie (vgl. Seidel 1994). Die Faszination der Naturwissenschaften und der technischen Möglichkeiten begünstigten die Entstehung einer experimentell-naturwissenschaftlich orientierten Psychologie.

Dennoch erhielten auch die heutigen subjektorientierten Ansätze im 20. Jh. weitere Ausformungen. Der symbolische Interaktionismus, die Phänomenologie und die geisteswissenschaftliche Psychologie lieferten hier wesentliche Beiträge. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr der Subjektbegriff durch Existenzialismus, Marxismus und Psychoanalyse eine neue Richtung. Das pathetisch idealistische Moment wurde durch sie zurückgedrängt. Nach dem Existenzialisten Sartre ist das Subjekt zur Freiheit verdammt; in der Freudschen Psychoanalyse ist das Subjekt durch das Unbewusste nicht mehr »Herr im eigenen Haus« und im Marxismus ist das Subjekt entfremdet und freigesetzt. Dadurch kamen kritische Aspekte in die

subjektorientierten Ansätze, besonders durch Versuche, Marxismus und Psychoanalyse zu verbinden. Die Humanistische Psychologie (u. a. Fromm) hat in dieser Tradition »ein Menschenbild propagiert und ausgearbeitet, das von den klassischen *positiven Selbstbildern des autonomen, handlungsfähigen Menschen* ausgeht: der Mensch als bewusstes, intentionales, im kulturellen Kontext existierendes Wesen, das durch Wahlfreiheit, Entscheidungskraft, lebenslange Entwicklung etc. gekennzeichnet ist« (Erb 1997, 188).

Die subjektorientierten Ansätze haben zwar einen gemeinsamen Ausgangspunkt in der Aufklärung und dem deutschen Idealismus, entwickelten sich dann aber – vor allem im 20. Jh. – stark auseinander. Es kann also nicht von einem einheitlichen wissenschaftlichen Paradigma gesprochen werden. Gleichwohl kann aus den gemeinsamen philosophischen Wurzeln erklärt werden, warum diese psychologischen Ansätze im deutschsprachigen Raum und nicht anderswo entstanden sind.

Konsequente Ausarbeitung des subjektwissenschaftlichen Ansatzes: Die Berliner Kritische Psychologie

Die Berliner Kritische Psychologie nennt sich speziell »subjektwissenschaftlich«. Sie soll hier ausführlicher dargestellt werden, weil sie am konsequentesten und wissenschaftlich fundiert eine neue Grundlage für die Psychologie auszuarbeiten beansprucht. Diese in den 1960er Jahren entstandene Psychologie nahm zwar die frühsowjetische sozio-kulturelle Schule zum Ausgangspunkt, legte aber ihren Schwerpunkt zum einen auf die Kritik des vorherrschenden experimentell-psychologischen Ansatzes, zum andern auf die Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse, denen die Menschen ausgesetzt sind und die sie auch psychisch in Schwierigkeiten bringen. Die Berliner Gruppe Kritischer Psychologen um Klaus Holzkamp entwickelte darüber hinaus wissenschaftliche Grundlagen für eine Psychologie. Bei dieser »Grundlegung der Psychologie« (1983) stand die methodische Herangehensweise des Marxismus Pate. In einer historischen Analyse, die vormenschliche Evolution mit einschloss, wurden Grundkategorien entwickelt, die die Basis der Psychologie sein sollten.

Die Betonung der Notwendigkeit grundlegender wissenschaftlicher Kategorien, die erst die Basis für eine empirische Forschung liefern, verweist stark auf den Ansatz von Kant in seiner *Kritik der reinen Vernunft*. Das Gleiche gilt für den starken Bezug auf das individuelle Subjekt und die damit verbundene emanzipatorische Absicht, das Individuum mit wissenschaftlichen Mitteln aus seiner »selbstverschuldeten Unmündigkeit« zu befreien. Während für Kant aber der Kosmos der primäre Bezugspunkt war, konnte das für die Kritische Psychologie nur die Welt sein. Das Psychische ist für sie »gesamtgesellschaftlich vermittelt«.

Die Grundkategorien enthalten ein Subjektmodell, das in vieler Hinsicht Ähnlichkeiten mit den geschilderten subjektorientierten Ansätzen aufweist, das aber zugleich die Beliebigkeit von Setzungen wissenschaftlich zu überwinden versucht. Eine konsequente Berücksichtigung des Subjektstatus hat auch methodische Konsequenzen für die empirische Forschung. Demnach ist es nicht möglich – ohne den Subjektstatus zu gefährden – das Subjekt zum Objekt der Forschung zu machen. Psychologie muss stattdessen *vom Standpunkt des Subjekts* aus betrieben werden. Das ehemals »Versuchsperson (Vp)« genannte Subjekt wird an der Forschung beteiligt, steht hier also auf der Forschungs- und nicht auf der Objektseite. Alle am Forschungsprozess Beteiligten stehen idealerweise damit in einer so genannten *Intersubjektivitätsbeziehung*. Oberstes Ziel dieser Art von Forschung ist immer die »Erweiterung der Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen« (Holzkamp 1986, 23).

Gegenstand der Analyse sind Erfahrungen vom Standpunkt des Subjekts, die in der Sprache subjektiver Handlungsbegründungen artikuliert und kommuniziert werden. »Gründe« sind als solche stets *›je meine‹* Gründe, also (anders als ›Ursachen‹, ›Bedingungen‹, ›Ereignisse‹) quasi *›erster Person‹*. Es geht also um das begründete Handeln vom Standpunkt des Subjekts. Äußere Ereignisse gehen in Handlungsbegründungen ein, aber nicht als Kausalität, d. h. als direkte Ein- und Auswirkungen, sondern als »Prämissen« für die Handlungsgründe. »Die Begründungen stehen zu den Prämissen nicht im Verhältnis empirischer Kontingenz, sondern *diskursiver Schlüssigkeit*: Sie ergeben sich für mich in Ansehung meiner Interessen (wie ich sie wahrnehme) als *›vernünftige‹* Konsequenzen aus den Prämissen« (29). Es geht also bei der Forschung einerseits um unmittelbare Erfahrungen und andererseits um gesellschaftliche Bedingungen und Bedeutungen. »Das *Verhältnis* zwischen Unmittelbarkeit und gesamtgesellschaftlicher Vermitteltheit subjektiver Selbst- und Welt-erfahrung [ist] unser zentrales Thema.« (30)

Da Subjektivität bzw. die Sicht des Subjekts komplex ist, scheinen qualitative Methoden meist angemessener. Trotzdem werden in diesem Ansatz auch quantitative Methoden nicht ausgeschlossen, d. h. der subjektwissenschaftliche Ansatz definiert sich nicht über eine Methodenart. Es geht auch nicht darum, dass sich der Forscher in eine bestimmte Person, in ein Subjekt hineinversetzt, um nur von dessen Standpunkt aus Aussagen zu machen. Sich so auf die Seite des Forschungsbeteiligten zu schlagen, würde bedeuten, dass alles, was dieser meint, für bare Münze genommen und fraglos akzeptiert würde. Da der Mitforschende sich über sich selbst täuschen kann, wären die Ergebnisse fragwürdig. Vielmehr geht es um den »*verallgemeinerten Subjektstandpunkt*«, d. h. um eine Psychologie im Medium des Begründungsdiskurses statt des Bedingtheitsdiskurses (vgl. Holzkamp 1991). Die Begrenztheit und auch Borniertheit unmittelbarer Erfahrung kann durch die Reflexion der Eingebundenheit in den sozialen und gesellschaft-

lichen Kontext überwunden werden und auf diese Weise praktisch und wissenschaftlich ein Erkenntnisfortschritt erreicht werden.

Der verallgemeinerte Subjektstandpunkt beinhaltet auch, dass Subjekte im Allgemeinen in der Mehrzahl vorkommen. »Die Welt, in der wir leben und psychisch funktionieren, ist für uns unumgänglich durch andere vermittelt« (Tolman 1994, 104). Schon Vygotskij – der erste Bezugspunkt der Kritischen Psychologie – hat den Subjektbegriff erweitert auf die jeweilige soziale Einheit. Damit hat er schon damals den cartesianischen Individualismus (vgl. Tolman 1994) überwunden. Die Subjekte müssen also im subjektwissenschaftlichen Ansatz in ihrem sozialen Zusammenhang erfasst und in Beziehung zur gesamtgesellschaftlichen Bedingungs- und Bedeutungsstruktur gesehen werden.

Die Notwendigkeit gesellschaftskritischer Strukturanalysen für die Psychologie

Alle bisher behandelten subjektorientierten Ansätze stehen in kritischer Distanz zur experimentell-statistischen Mainstream-Psychologie und können in diesem Sinn zu den kritischen Psychologien gerechnet werden. Die wenigsten von ihnen beziehen allerdings ihre Kritik auch auf die gesellschaftlichen Zustände, die psychisches Leiden hervorbringen. Meist wird die gesellschaftliche Vermitteltheit des Psychischen mit den *konkreten* gesellschaftlichen Verhältnissen weitgehend ignoriert. Am deutlichsten und konsequentesten wird diese Verbindung in der Berliner Kritischen Psychologie hergestellt. Die kapitalistische Gesellschaft wird hier als das Medium betrachtet, in dem sich psychische Besonderheiten entwickeln. In der allgemeinen Erarbeitung der psychologischen Kategorien, auf deren Basis konkrete Forschung entstehen kann, wird gesellschaftstheoretisch jedoch kaum über die Grundkategorien von Marx hinausgegangen. Für die konkrete Forschungsarbeit genügt es aber nicht, auf der Basis allgemeiner psychologischer Kategorien historisch spezifische psychologische Theorien zu bilden. Die kritisch-psychologische Forschung erfordert auch aktuelle kritische Gesellschaftsanalysen. Andernfalls bleibt das Postulat der »gesellschaftlichen Vermitteltheit des Psychischen« abstrakt. Eine gesellschaftskritische Strukturanalyse, d. h. eine kritische Analyse der konkreten gesellschaftlichen Bedingungen wird in diesem Sinn zur wesentlichen Voraussetzung einer wirklich kritischen Psychologie.

Diese Bedingungsanalyse ist nicht Aufgabe der Psychologie, sondern wird auf gesellschaftstheoretischer Ebene von anderen Wissenschaften geleistet – in ihren Ergebnissen aber ist sie für die Kritische Psychologie hochrelevant. Denkt man sich selbst nicht außerhalb des Prozesses der Gesellschaftsveränderung, sondern als Teil desselben, sind

diese Ergebnisse für uns selber, unser Handeln und unsere Forschung und Theorieentwicklung wesentlich. (Kaindl 1998, 79)

Für eine kritische Haltung und für die praktische Kritik gegenüber gesellschaftlich vermittelten realen Problemlagen ist dies eine unverzichtbare Voraussetzung.

Literatur

- Daniel, Claus, 1981: *Theorien der Subjektivität. Einführung in die Soziologie des Individuums*, Campus Frankfurt/M
- Dulisch, Frank, 1994: *Lernen als Form menschlichen Handelns* (2. Aufl.), Thomas Hobein Bergisch Gladbach
- Engemann, Christoph, 2001: Vorwort, in: initiative not a love song (Hg.), *subjekt.gesellschaft: perspektiven kritischer psychologie*, Unrast Münster
- Erb, Egon, 1997: Gegenstands- und Problemkonstituierung: Subjekt-Modelle (in der Psychologie, in: N. Groeben (Hg.), *Zur Programmatik einer sozialwissenschaftlichen Psychologie*, Bd. 1, Aschendorff Münster 139–239
- Flick, Uwe, Ernst v. Kardorff, Heiner Keupp, Lutz Rosenstiel und Stephan Wolff (Hg.), 1991: *Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*, PVU München
- Funk, Rainer, Helmut Johach und Gerd Meyer, 2000: *Erich Fromm heute. Zur Aktualität seines Denkens*, dtv München
- Gergen, Kenneth J., 2002: *Konstruierte Wirklichkeiten. Eine Hinführung zum sozialen Konstruktivismus*, Kohlhammer Stuttgart
- Graumann, Carl Friedrich, 1985: Phänomenologische Analytik und experimentelle Methodik in der Psychologie – das Problem der Vermittlung, in: K.-H. Braun u. Kl. Holzkamp (Hg.), *Subjektivität als Problem psychologischer Methodik. 3. Internationaler Kongress Kritische Psychologie, Marburg 1984*, Campus Frankfurt/M-New York, 38–60
- Graumann, Carl Friedrich, und Alexandre Métraux, 1977: Die phänomenologische Orientierung in der Psychologie, in: Kl.A. Schneewind (Hg.), *Wissenschaftstheoretische Grundlagen der Psychologie*, Reinhardt München, 27–53
- Grossberg, Lawrence, 1999: Was sind Cultural Studies?, in: K.H. Hörmig u. R. Winter, *Widerspenstige Kulturen. Cultural Studies als Herausforderung*, Suhrkamp Frankfurt/M, 43–84
- Gstettner, Peter, 1992: Von den wiederbelebten Feindbildern zum hoffähigen Rassismus, in: K.-H. Braun und K. Wetzels (Hg.), *Lernwidersprüche und pädago-*

- gisches Handeln. Bericht von der 6. Internationalen Ferienuniversität Kritische Psychologie*, VAG Marburg, 219–29
- Hacker, Winfried, 1978: *Allgemeine Arbeits- und Ingenieurpsychologie*, VEB Deutscher Verlag Berlin/DDR
- Haug, Frigga, 1990: *Erinnerungsarbeit*, Argument Hamburg
- Dies., 2003: *Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen*, Argument Hamburg
- Haug, Wolfgang Fritz, 1985: Die Frage nach der Konstitution des Subjekts, in: K.-H. Braun u. Kl. Holzkamp (Hg.), *Subjektivität als Problem psychologischer Methodik. 3. Internationaler Kongress Kritische Psychologie, Marburg 1984*, Campus Frankfurt/M-New York, 60–85
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1986: ›Wirkung‹ oder Erfahrung der Arbeitslosigkeit – Widersprüche und Perspektiven psychologischer Arbeitslosenforschung, in: *Forum Kritische Psychologie* 18, 9–38
- Ders., 1991: Was heißt ›Psychologie vom Subjektstandpunkt? Überlegungen zu subjektwissenschaftlicher Theorienbildung, in: *Forum Kritische Psychologie* 28, 5–19
- Ders., 1993: *Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1997: Die Entwicklung der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft (1988), in: Ders., *Schriften I*, Argument Hamburg, 17–43
- Jantzen, Wolfgang, 1987: *Allgemeine Behindertenpädagogik*, Bd.1 und 2, Beltz Weinheim-Basel
- Jäger, Siegfried, 1993: *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, DISS Duisburg
- Kaindl, Christina, 1998: Moderation Plenum II, in: B. Fried, Chr. Kaindl, M. Markard u. G. Wolf (Hg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als Subjektwissenschaft. Bericht über den 4. Kongress Kritische Psychologie*, Argument Hamburg, 79–80
- Keiler, Peter, 1997: *Feuerbach, Wygotski & Co. Studien zur Grundlegung einer Psychologie des gesellschaftlichen Menschen*, Argument Hamburg
- Ders., 2002: *Lev Wygotskij – ein Leben für die Psychologie*, Beltz Weinheim-Basel
- Keupp, Heiner, 1992: Subjekt und Psychologie in der Krise der Moderne – Perspektiven einer »postmodernen Sozialpsychologie«, in: G. Benetka, G. Brandl, W. Fürnkranz, H. Lobnig u. Chr. Nowak (Hg.), *Gegenteile. Gemein-*

- samkeiten und Differenzen einer kritischen Psychologie*, Profil München-Wien, 99–117
- Ders., 2001: Das Subjekt als Konstrukteur seiner selbst und seiner Welt, in: Ders. u. Kl. Weber (Hg.), *Psychologie. Ein Grundkurs*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg, 35–54
- Ders., Thomas Ahbe, Wolfgang Gmür, Renate Höfer, Wolfgang Kraus, Beate Mitzscherlich und Florian Straus, 1999: *Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg
- Leontjew, Alexei N., 1973: *Probleme der Entwicklung des Psychischen*, Fischer Frankfurt/M
- Lompscher, Joachim, 1985/87: *Lew Wygotsky. Ausgewählte Schriften*, Pahl-Rugenstein Köln
- Markard, Morus, 1998: Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft, in: B. Fried, Chr. Kaindl, M. Markard und G. Wolf (Hg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als Subjektwissenschaft. Bericht über den 4. Kongress Kritische Psychologie*, Argument Hamburg, 29–43
- Maturana, Humberto R., und Francisco J. Varela, 1987: *Der Baum der Erkenntnis. Die biologischen Wurzeln des menschlichen Erkennens*, Scherz Bern-München
- Mead, George H., 1973: *Geist, Identität und Gesellschaft*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Osterkamp, Ute, 2003: Kritische Psychologie als Wissenschaft der Entunterwerfung, in: *Journal für Psychologie* 2, 176–193
- Ottomeyer, Klaus, 1992: Die Haider-Faszination, in: K.-H. Braun u. K. Wetzel (Hg.), *Lernwidersprüche und pädagogisches Handeln. Bericht von der 6. Internationalen Ferienuniversität Kritische Psychologie*, VAG Marburg, 229–243
- Potter, Jonathan, und Margaret Wetherell, 1995: Soziale Repräsentationen, Diskursanalyse und Rassismus, in: U. Flick (Hg.), *Psychologie des Sozialen. Repräsentationen in Wissen und Sprache*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg, 177–200
- Seidel, Rainer, 2001: Methodisches Denken in der Psychologie, in: H. Keupp u. Kl. Weber (Hg.), *Psychologie. Ein Grundkurs*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg, 70–95
- Schülein, Johann A., Otthein Rammstedt, Klaus Horn, Thomas Leithäuser, Ali Wacker und Hans Bosse, 1981: *Politische Psychologie. Entwürfe zu einer historisch-materialistischen Theorie des Subjekts*, Syndikat Frankfurt/M
- Straub, Jürgen, 1999: *Handlung, Interpretation, Kritik. Grundzüge einer textwissenschaftlichen Handlungs- und Kulturpsychologie*, de Gruyter Berlin-New York
- Ders. und Hans Werbig (Hg.), 1999: *Handlungstheorie. Begriff und Erklärung des Handelns im interdisziplinären Diskurs*, Campus Frankfurt/M-New York

-
- Tolman, Charles W., 1994: Die Beharrlichkeit des Kartesianismus im psychologischen Hauptstrom und Anzeichen seiner Überwindung, in: *Forum Kritische Psychologie* 34, 95–112
- Vygotskij, Lew S., 2002: *Denken und Sprechen*. Beltz Weinheim-Basel
- Wagner, Wolfgang, 1994: *Alltagsdiskurs. Die Theorie sozialer Repräsentationen*, Hogrefe Göttingen-Bern-Wien-Toronto-Seattle-Oxford-Prag

Vanessa Lux

Kritische Psychologie und Interdisziplinarität: Die Frage der »Biologie«

Interdisziplinarität gilt heute als »Innovationsmotor«¹ für die Wissenschaften und ist zu einer zentralen Vorgabe für die Förderung von Forschungsprojekten geworden. Bei den Geldgebern steht sie »hoch im Kurs, sei es bei der DFG, der Max-Planck-Gesellschaft oder anderen Forschungsfinanziers. In der Exzellenzinitiative zum Beispiel verlangten die Ausschreibungsbedingungen für »Exzellenzcluster« ein »hohes Maß an interdisziplinärer Integration« (Handelsblatt.com, 8.12.2007) In der »globalisierte[n] Wissensgesellschaft von morgen« vollziehe sich »der Fortschritt in der Wissenschaft an den Grenzen beziehungsweise an den Schnittstellen zwischen den Disziplinen«, so die Begründung der DFG.²

Die Kritische Psychologie ist ein »von vornherein interdisziplinär gedachte[s] Unternehmen« (vgl. Osterkamp in diesem Band). Die Bedeutung, die Interdisziplinarität im Rahmen der staatlichen Forschungsförderung erhalten hat, gibt daher Anlass, sich mit ihrer Funktion für die Kritische Psychologie auseinanderzusetzen. Am deutlichsten wird ihr interdisziplinärer Charakter in der Kooperation mit der Biologie für die funktional-historische Kategorialanalyse (vgl. Holzkamp 1983). Doch auch bei der Diskussion um die Relevanz von Bedingungs-Bedeutungsanalysen für Aktualempirie wird der Stellenwert nicht-psychologischer Theoriebildung für die Kritische Psychologie betont (vgl. Fried 2002, Markard 1999). Im Folgenden sollen diese kritisch-psychologischen Bezüge auf andere Disziplinen innerhalb des Interdisziplinaritätsdiskurses verortet werden. Dabei werden allgemeine und psychologiespezifische Gesichtspunkte zu berücksichtigen sein. In diesem Zuge stellt sich das Problem einer »kritischen Einschätzung« derjenigen fachfremden Theorien, auf die im Rahmen interdisziplinärer Bezüge rekurriert wird. Dies ist gerade für die

1 Vgl. z. B. die Selbstdarstellung des Post-Doc-Programms des Essener Kollegs für Geschlechterforschung: http://www.uni-duisburg-essen.de/ekfg/msm/ekfg_12683.shtml [31.3.2008]; vgl. auch Weingart 1997.

2 http://www.dfg.de/dfg_im_profil/aufgaben/interdisziplinaritaet_vernetzung/ [31.3.2008]

Biologie bisher wenig diskutiert worden, obwohl biologische Theorien systematisch in psychologische Theorie und Praxis hineinragen. Im Sinne des Prinzips der Einheit von Kritik und Weiterentwicklung möchte ich daher interdisziplinäre Bezüge auf die Biologie mithilfe des Konzepts der Reinterpretation diskutieren (vgl. Markard 1994).

Von Disziplinarität zu Interdisziplinarität

Die gegenwärtige Wissenschaftsentwicklung ist bestimmt durch »den Zwang zur zunehmenden Differenzierung in Disziplinen und die damit bedingte Notwendigkeit zur Integration dieser Fachrichtungen« (Parthey/Schreiber 1983, 303). Interdisziplinarität setzt Disziplinarität voraus. Erst im ausdifferenzierten Wissenschaftsbetrieb entsteht die Frage- und Problemstellung nach der Integration einzelwissenschaftlicher Forschung. Dabei ist der im 19. Jahrhundert sich beschleunigende Prozess der disziplinären Ausdifferenzierung des Wissenschaftsapparats bis heute nicht abgeschlossen, wie das Beispiel der Medizin zeigt: Nach der Unterteilung in Teildisziplinen wie Chirurgie, Gynäkologie, Innere Medizin entstehen weitere Untergliederungen wie die in Herz-, Hirn- und Unfallchirurgie. Wie stark solche Trennungen innerhalb der Medizin als disziplinäre wahrgenommen werden, zeigt sich an der Verwendung des Begriffs »Interdisziplinarität« für die Kooperation von Fachleuten z. B. aus der Inneren Medizin, Anästhesie, Neurologie und Pflegewissenschaften in der Intensivmedizin³.

Die disziplinäre Ausdifferenzierung spiegelt die fortschreitende Spezialisierung innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und die detailliertere Wissensgewinnung im Wissenschaftsapparat selbst wider. Besonders in den Natur- und Ingenieurwissenschaften ist sie eng verbunden mit der gesellschaftlich-technologischen Entwicklung. War zunächst die technisch-handwerkliche Seite Anstoß für die Entwicklung neuer wissenschaftlicher Modelle, Problembereiche und schließlich Disziplinen, dreht sich dies »mit der Ausreifung der organischen Chemie, der Lehre vom elektrischen Strom und der Thermodynamik in der Zeit von 1840 bis 1870« um (Kuhn 1977, 213). Nicht zufällig fällt dies in eine Zeit der massiven Ausweitung kapitalistischer Produktionsweise: Mit der kapitalistischen Konkurrenz entsteht die Notwendigkeit, systematisch nach technischen Innovationen zu suchen, mit der Kapitalakkumulation die Möglichkeit, entsprechende wissenschaftliche Bemühungen systematisch zu fördern. Auch wenn stets eine relative Eigenständigkeit des Wissenschaftsapparates bestand – und bis heute besteht –,

3 Vgl. <http://www.intensivmedizin2008.at/> [31.3.2008]

etablierte sich zu dieser Zeit die Ausrichtung wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung auf ihre ökonomische Verwertbarkeit. Technologische Entwicklung und disziplinäre Wissenschaftsorganisation beeinflussen sich dabei bis heute wechselseitig. Unter Umständen kann dies die Herausbildung einer Disziplin rasant beschleunigen, wie Computer und Informatik zeigen. Mit dem Anstieg administrativer Anforderungen im Fordismus kam zur technologischen Entwicklung der Bedarf an wissenschaftlich ausgebildetem Personal in Verwaltung und Ausbildung hinzu, was die Verwissenschaftlichung von Berufsfeldern wie Volkswirtschaft und Pädagogik und deren Institutionalisierung als Disziplinen an den Hochschulen beförderte.

Mit der Entwicklung der hochtechnologischen Produktionsweise wächst die Bedeutung der Wissenschaft für den Produktionsprozess, was sich in der Rede von der »Wissengesellschaft« (kritisch dazu Bittlingmayer 2005) und in der »Verwissenschaftlichung der Arbeit« (z. B. Rammert 1982, Kap. 5) ausdrückt. Bereits im Fordismus nimmt der Anteil wissenschaftlicher Expertise im Arbeitsprozess stetig zu (z. B. PAQ 1986), was auch Spezialisierungstendenzen wie disziplinäre Ausdifferenzierung im Wissenschaftsapparat bestärkt. Mit seinen Krisen werden Forschung und Lehre jedoch in neuer Form der Verwertung unterworfen: Im Zuge des neoliberalen Umbaus des Wissenschafts- wie Bildungssystems werden die Hochschulen zum »Dienstleistungsbetrieb« für die Wirtschaft (Bultmann 1996, 342) und Forschung und Bildung zur Ware. In diesem Kontext sind die disziplinären Spezialisierungstendenzen im Wissenschaftsbetrieb zwar weiterhin Reaktionen auf sich fortlaufend vertiefende gesellschaftliche Arbeitsteilung. Sie sind aber zugleich Resultate von Marktverhältnissen im Wissenschaftsbetrieb selbst – und sie stellen eine Form dar, die Konkurrenzfähigkeit des einzelnen Wissenschaftlers wie ganzer Arbeitsgruppen auszubauen oder zu erhalten. Dies zeigt sich sowohl im Boom von Zusatzqualifikationen und postgradualen Weiterbildungen als auch in der Profilbildung von Universitäten und Instituten.

Vor diesem Hintergrund erscheint Interdisziplinarität als Gegenbewegung, die den Primat des Gegenstands im Blick behält – und innovativ neue Gegenstände erschließt. Als Forderung der Studentenbewegung auf die wissenschaftspolitische Tagesordnung gesetzt (Bobach 1999, 218, vgl. Weingart 1997, 521), richtete sie sich gegen die vorherrschende Wissenschaftsorganisation (vgl. Weingart 1987, 159). Mit der Kritik am »Fachidiotentum« (vgl. AStA FU Berlin 2003 [1989]) wendete man sich gegen die Reduktion wissenschaftlicher Erkenntnis auf die Lösung von Teilproblemen. Ein solcher Bezug auf Interdisziplinarität findet sich immer noch in Äußerungen der Akteure von Studierendenprotesten (BUG Berlin 1998, 109f; fzs 2004). Gegen die Spezialisierungstendenzen im Wissenschaftsbetrieb, analysiert als Folge ausdifferenzierter gesellschaftlicher Arbeitsteilung im

(Spät-)Kapitalismus (Horkheimer 1968 [1937]), haben gerade gesellschaftskritische Strömungen wie die Kritische Theorie (vgl. Wiggershaus 1986, 21ff) oder feministische Wissenschaften (vgl. Knapp/Landweer 1995, Kramer 1997) Interdisziplinarität als Gegenprogramm vertreten. Auch forderten kritische Stimmen aus der Anti-Atom- und Umweltbewegung eine stärkere Verbindung von Natur- und Ingenieurwissenschaften mit den Sozial- und Geisteswissenschaften. Im Zentrum der Kritik stand die Ausblendung gesellschaftlicher und ökologischer Konsequenzen technischer Anwendungen, insbesondere der Atomenergie und der aufkommenden Biowissenschaften. Von einer stärkeren interdisziplinären Integration erhoffte man sich gesellschaftliche Kontrolle und Korrektur (vgl. AStA FU Berlin 2003 [1989]; Bobach 1999, 220f). In der Forderung nach einem für alle Studierenden vorgeschriebenen *studium generale* schwang der emphatische Bezug auf den umfassend aufgeklärten Staatsbürger/Citoyen der Französischen Revolution mit. An einzelnen Universitäten fanden sich lange Zeit institutionelle Überreste dieser Tradition, so z. B. an der Technischen Universität Berlin die »Soziologie des Ingenieursberufs« oder das »Energieseminar«.

Der Ruf nach Interdisziplinarität wurde in den 1960er Jahren von verschiedenen wissenschaftspolitischen Akteuren aufgegriffen. Norman Birnbaum etwa interpretierte die Forderung als Widerspiegelung der Krise der Disziplinen (vgl. Weingart 1997, 521). Interdisziplinarität wurde sogar als »Allheilmittel der Universitätsreform gehandelt« (ebd.). Sie fungierte dabei als Brückenkonzept, auf das sich alle Seiten verständigen konnten, da sie es ermöglichte, gesellschaftskritische Einwände gegen die Wissenschaftsorganisation auf Formfragen zu reduzieren. Für die Realisierung von Interdisziplinarität in der BRD war aus »konservativer« Perspektive Helmut Schelsky mit seiner Neugründung der Bielefelder Universität beispielgebend (vgl. Lübke 1987). Diese war Teil der Hochschulreform und doch zugleich gegen sie gerichtet (v. Hentig 1987, 38f). Als Gegner von Gruppen- wie Massenuniversität verband Schelsky die Vorstellung interdisziplinärer Integration mit der Förderung einer am humboldtschen Bildungsideal orientierten Forschungselite – ein bis heute tonangebendes Konzept.

Auch in der DDR stand Interdisziplinarität seit den 1960er Jahren auf der Tagesordnung. Reinhard Bobach gibt als Gründe die Stagnation wissenschaftlicher, insbesondere technologischer Entwicklung und das Ziel an, alle Wissenschaftszweige in eine »Einheitswissenschaft« zu reintegrieren (1999, 220). Die Förderung interdisziplinärer Forschung zur Produktivkraftentwicklung brachte den Boom der Kybernetik hervor; die Orientierung auf die »Einheitswissenschaft« führte zur institutionellen Integration u. a. von Soziologie, Politikwissenschaften und Ökonomie in den »Gesellschaftswissenschaften«. Ende der 1980er Jahre erhält die Interdisziplinaritäts-Debatte erneut Aufschwung: »Spezialisierung um jeden Preis« sei »wirklich-

keitsfremd« (Mittelstraß 1987, 154). Sie habe zu einer »Asymmetrie von Problemwicklung und disziplinärer Entwicklung« geführt (155). Die historischen Disziplinengrenzen müssten daher überschritten werden, wenn Forschung gesellschaftlich relevante Erkenntnisse hervorbringen wolle. Mit ihrer Diagnose eines neuen Modus der Wissensproduktion (dem »Mode 2«), der sich dadurch auszeichne, dass nicht mehr die akademische Organisation wie z. B. Disziplinen, sondern der Kontext der Anwendung im Vordergrund stünden, küren Michael Gibbons u. a. Mitte der 1990er Jahre Interdisziplinarität schließlich zum »hauptsächliche[n] Merkmal« der weiteren wissenschaftlichen Entwicklung (zit. n. Weingart 1997, 521). Ernst-Ludwig Winnacker knüpft mit der Ausrufung einer »neue[n] Art der Interdisziplinarität« (2004) an dieses Verständnis an.

Interdisziplinarität steht in diesem Kontext für eine mögliche Antwort der Teildisziplinen auf den Druck, immer schneller »Neues« produzieren zu müssen (Weingart 1987, 162), der durch die zunehmend konkurrenzförmige Organisation des Wissenschaftsbetriebs immer weiter verschärft wird. Exemplarisch für diese Tendenz können neue Studiengänge wie Bioinformatik oder Kognitionswissenschaften und Forschungsschwerpunkte wie Nano- oder Neuroscience stehen. Insbesondere die Verbindung der Vorsilben ›Bio-‹ oder ›Neuro-‹ mit einer anderen Disziplin wird derzeit synonym mit Innovation gehandelt. In der Psychologie hat dies in einzelnen Bachelor-Studiengängen zur Entstehung neuer Prüfungsfächer wie »Neurokognitive Psychologie« geführt (z. B. FU Berlin 2007, 234). Nicht mehr präsent ist die Kritik an der Begrenzung von Forschung auf Anwendungsfragen und die Funktionalisierung von Wissenschaft für ökonomische Interessen, in der die Studentenbewegung (vgl. AStA FU 2003 [1989]) mit den Hütern des humboldtschen Bildungsideals (vgl. Lübke 1987, 26) teilweise übereinstimmten. Die »neue Art der Interdisziplinarität« ist über die Verbindung mit »Innovation« eng an die Vermarktung wissenschaftlicher Erkenntnisse geknüpft (vgl. Winnacker 2004, I, VI). Dies geht soweit, dass die DFG sogar die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fördert – was für sie als Verwalterin staatlich finanzierter Grundlagenforschung bisher ein »Tabu« war (IV).

Heinrich Parthey und Klaus Schreiber (1983, 305) unterscheiden diesbezüglich die »horizontale Interdisziplinarität«, womit sie die Zusammenarbeit von Fachdisziplinen in Grundlagenfragen meinen, von einer »vertikalen Interdisziplinarität«, die insbesondere auf Anwendungsorientierung zielt und durch die Wirtschaft oder andere Gesellschaftsbereiche eingefordert wird. Diese Entgegensetzung geht von einer »reinen«, an Forschungsproblemen und -gegenständen orientierten wissenschaftlichen Entwicklung aus, die zu interdisziplinärer Integration führt und durch externe Beeinflussung gestört würde. In der Forderung nach Interdisziplinarität waren jedoch die Ausrichtung auf Erkenntnisfortschritt und auf gesellschaftlichen

Nutzen stets vermischt. Die Engführung auf Verwertbarkeit drückt die Verschiebung von der gesellschaftskritischen Dimension von Interdisziplinarität zum Innovationsmotor im Sinne der DFG aus. Mittelstraß bezeichnet das treffend mit »Interdisziplinarität als Wachstumsstrategie« (1987, 156). Gemeint ist nur noch formal die Beteiligung mehrerer Disziplinen. Die Kritik an der Gegenstandsverkürzung wird reduziert auf ein Forschen jenseits disziplinärer Grenzen, dessen Potenzial vorgestellt wird als Erforschung weißer Flecken, was Goldgräberstimmung aufkommen lässt. Die Forderung nach Interdisziplinarität komme in diesem Kontext »der Entdeckung einer Marktnische gleich« (vgl. Weingart 1987, 162). Für Peter Weingart ist Interdisziplinarität lediglich »Resultat« eines »Opportunismus in der Wissensproduktion« auf Seiten von Wissenschaftlern wie Politikern, »um Wissen und Ressourcen« zu erlangen (1997, 528). Dass jedoch der gesellschaftskritische Bezug auf Interdisziplinarität ebenfalls noch präsent ist, zeigt die von Helgard Kramer (1997, 554) in kritisch-theoretischer feministischer Perspektive formulierte Zurückweisung von Weingarts Vorwurf.

*Praktische Interdisziplinarität: Disziplin-Beziehungen,
Kommunikationsprobleme und Theorienkonkurrenz*

Die Diskussionen um die praktische Umsetzung interdisziplinärer Forschung konzentrieren sich auf die Formen der Zusammenarbeit. Interdisziplinarität gilt dann realisiert, wenn mindestens zwei verschiedene Fachdisziplinen, wie sie an Universitäten organisiert sind, in einem gemeinsamen Forschungsprojekt oder bezogen auf einen gemeinsam artikulierten Forschungsgegenstand kooperieren. Jedoch bestehen Differenzen darüber, wie dies zu gestalten sei. Philipp Balsiger und Rudolf Kötter wollen mit »interdisziplinär« nur diejenige wissenschaftliche Arbeitsform bezeichnen, bei der verschiedene Disziplinen unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit (d. h. ohne wechselseitig zu Dienstleistern zu werden) ein Problem gemeinsam einer Lösung zuführen« (1997, 529). Walter Bühl unterscheidet Multi-, Inter- und Transdisziplinarität (1997, 535). In seinem Verständnis steht Transdisziplinarität für die konzeptionelle Verbindung unterschiedlicher Disziplinen, während Interdisziplinarität als Innovationsmotor diene, und also auf Bereiche ziele, in denen es noch keine konzeptionelle Basis der Zusammenarbeit geben könne. In der nahe liegenden Sichtweise, dass Neues noch nicht konzeptionell eingebunden sein kann, da dies den Charakter des Neuen gerade ausmache, bleiben Probleme einer eklektischen Vorgehensweise unausgesprochen. Eklektizismus wird teilweise sogar zum Grundmodell für interdisziplinäre Forschung erhoben (z. B. Krott 1997, 556f).

Es besteht Einigkeit darüber, dass das Zusammentreffen verschiedener Fachwissenschaftler alleine nicht automatisch zu interdisziplinärer Forschung führt (Balsiger/Kötter 1997, 531). Ein Haupthindernis seien Kommunikationsprobleme aufgrund der jeweiligen Fachsprachen. Einer der notwendig ersten Schritte sei die »Schaffung terminologischer Transparenz, also allgemein verständliche Erklärung und Definition der jeweils eigenen Fachtermini ebenso wie eine klare und präzise Darstellung der jeweils verwendeten Methoden, Theorien, Paradigmen« (Budín 1997, 532). Die Zentrierung auf Kommunikationsprobleme verdeckt jedoch die Frage nach der Vereinbarkeit der unterschiedlichen Theorien, Bezugskategorien und methodologischen wie erkenntnistheoretischen Vorannahmen. Rainer Greshoff betont daher, dass die »Konzepte verschiedener Disziplinen zur Erforschung eines Themen- bzw. Gegenstandsbereiches [...] miteinander in Beziehung gesetzt werden« (1997, 544) müssten. Es gehe um die »Entwicklung einer ›konzeptuellen Vermittlungsbasis«, die die disziplinären Konzepte koordinieren lässt« (ebd.). Hierzu gehört die Bestimmung des jeweiligen Geltungsbereichs sowie der Bezugsebenen, an die die jeweiligen Disziplinen anknüpfen. Durch die Explikation einer solchen Vermittlungsbasis werde möglich, »Begrenzungen, Einseitigkeiten und Blindstellen von Prämissen, Konzepten usw. jeweiliger Disziplinen, in denen zu (zumindest partiell) gleichen Themen bzw. Gegenständen geforscht wird, durch fächerübergreifende Zusammenarbeit zu korrigieren« (543). Heinz Heckhausen thematisiert ebenfalls die Berücksichtigung unterschiedlicher theoretischer Integrationsniveaus als Voraussetzung für interdisziplinäre Forschung (1987, 137). Die Funktion der Interdisziplinarität ist bei Heckhausen im Gegensatz zu Greshoff jedoch nicht die vollständige Durchdringung des Problems, sondern das Zusammenbringen, »mehrere[r] Teilansichten, die allerdings zueinander in bestimmten Zuordnungen oder Ergänzungen stehen« (138).

Ähnlich ist in der Kritischen Psychologie das Verhältnis von Biologie und Psychologie entlang des psycho-physischen Problems diskutiert worden (Schurig 1976, 17f). Über die Rekonstruktion der Psychophylogenese konnte aufgewiesen werden, dass die Geltung der Naturwissenschaft Biologie für das Psychische als Forschungsgegenstand mit der gesamtgesellschaftlichen Vermitteltheit individueller Existenz begrenzt ist. Insoweit nämlich »die Menschen, indem sie gemeinschaftlich ihre Lebensmittel und -bedingungen produzieren, in gesellschaftlicher Arbeit eine neue gegenständlich-soziale Realität schaffen«, wird diese »(als ›Nach-außen-Stülpung‹ der vormalis tierischen Sozialstruktur) nunmehr anstelle der genomischen Information der Träger des historischen Prozesses« (Holzkamp 1983, 190f). Für Schurig ist das Tier-Mensch-Übergangsfeld daher »nicht nur eine empirische Grenze, wo der Gegenstand der Biologie und Psychologie unmittelbar ineinander übergehen, sondern auch eine methodologische Übergangszone, die sowohl die

theoretischen Grenzen der Naturwissenschaft gegenüber den Gesellschaftswissenschaften wie der Gesellschaftswissenschaft gegenüber den Naturwissenschaften aufzeigt« (1976, 37).

Die Präzisierung des Geltungsbereichs der unterschiedlichen disziplinären Theoriebildung dient bei Schurig und Holzkamp der Zurückweisung biologistischer Auffassungen von der menschlichen Natur. Bei Heckhausen läuft dagegen die präzise Grenzziehung zwischen Disziplinen in interdisziplinärer Forschung auf das Gegenteil hinaus. Sie dient ihm dazu, die Vernachlässigung »konkurrierende[r] Sichtweisen anderer Disziplinen mit abweichenden theoretischen Integrationsniveaus«, zu denen »in aller Regel auch einbettende lebensweltliche Bedeutungskontexte« gehören (Heckhausen 1987, 139), zu rechtfertigen. Die Bestimmung des Geltungsbereichs unterschiedlicher disziplinärer Zugänge von z.B. Biologie und Psychologie ist demnach nicht ausreichend für die Zurückweisung von Biologismen. Interdisziplinarität als Form disziplinärer Grenzüberschreitung sagt noch nichts über den Inhalt der Bezugnahme aus. Dies zeigt auch ein Bericht über eine Arbeitsgruppe von Natur- und Geisteswissenschaftlern am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) zum Thema Verhaltensforschung: Im Bericht werden abzubauen »Imponierverhalten« (Immelmann 1987, 86) und gegenseitige »Schulduweisungen« (88) auf »Informationsdefizite« zurückgeführt. Wird jedoch inhaltlich von den Konflikten berichtet, zeigen sich unterschiedliche Auffassungen zur Biologie des Menschen und divergierende Einschätzungen zur Gefahr, biologistischem Denken aufzusitzen oder die biologischen Grundlagen des Menschen zu vernachlässigen (vgl. insbes. 88ff). Statt die Theorienkonkurrenz zu thematisieren, bleibt die Diskussion der praktischen Umsetzung interdisziplinärer Forschung in der Regel auf Kommunikationsprobleme zwischen den Disziplinen beschränkt (vgl. Budin 1997, 532) und wird sogar zum psychologisch untersuchten Phänomen (Böhm 2005, Bromme 1999).

Unberücksichtigt bleibt auch, dass innerhalb der Einzeldisziplinen konkurrierende Theorien und sogar Paradigmen nebeneinander bestehen. Interdisziplinäre Forschung findet nicht zwischen Disziplinen, sondern zwischen theoretischen Strömungen statt. Erst wenn das in den Blick genommen wird, stellt sich überhaupt die Frage, auf welchen theoretischen Ansatz oder welche Einzeltheorie aus einem anderen Fach Bezug genommen werden soll. Die Brisanz dieser Frage zeigt sich am Verhältnis der Kritischen Psychologie zu Vererbungslehre und Evolutionstheorie: Die Vorstellung wie das Psychische in der DNA verankert ist, ist in der Kritischen Psychologie unter Verweis auf die Evolutionstheorie in Form von allgemeinsten Bestimmungen formuliert (Holzkamp 1983, 179f) und die Anwendbarkeit der mendelschen Genetik für psychische Prozesse unter Bezug auf den Dominanzumschlag hin zur Gesellschaftlichkeit des Menschen verneint worden (183). In der Debatte um die Vererbung von Intelligenz wurde die Annahme einer genetischen IQ-Differenz zurück-

gewiesen (Ulmann 1991, 123) bzw. die Frage nach einer solchen als zweitrangig gegenüber ihrer Funktion zur Rechtfertigung gesellschaftlicher Behinderungen bewertet (Holzkamp 1992). Konstrukte wie »Begabung« oder »Intelligenz« oder die Annahme der biologischen Festgelegtheit menschlichen Verhaltens (wie in der Evolutionären Psychologie, Maiers 2002), gegen die sich solche Diskussionen wenden, werden innerhalb der Psychologie aber unter Berufung auf »die Biologie« begründet. Die Rede von Interdisziplinarität verdeckt, dass sich hier auf unterschiedliche Theorien von Evolution und Vererbung bezogen wird.

Die Psychologie als interdisziplinäre Disziplin?

Dass Interdisziplinarität für die Kritische Psychologie von Bedeutung ist, ist auch der Wissenschaftsgeschichte der eigenen Disziplin geschuldet. Kaum ein Fach steht so zwischen Natur- und Geisteswissenschaft wie die Psychologie, deren Zuordnung anhaltend umstritten ist. Heckhausen bezeichnet die Psychologie sogar als »Interdisziplin« (1987,140), und einige ihrer Vertreter verteidigen ihre Eigenständigkeit als akademische Disziplin gegenüber der Hirnforschung gerade mit »interdisziplinären Verflechtungen« (Fiedler u. a. 2005, 58).⁴ Bereits in der Phase der Loslösung der Psychologie von der Philosophie spielten Bezüge auf Physiologie, Neuroanatomie, Physik, Medizin, Mathematik und Biologie eine zentrale Rolle (Sprung/Sprung 1983, 182f, 185). Wilhelm Wundt und Wolfgang Köhler stehen exemplarisch für diese vor allem forschungspraktische Orientierung an den Naturwissenschaften und insbesondere an der Methode des wissenschaftlichen Experiments. Wundt stellte aber durchaus die Frage nach den Vermittlungsebenen der verschiedenen Dimensionen des Psychischen – etwa der physiologischen Grundlagen und der höheren psychischen Funktionen, die er z. B. durch eine zu entwickelnde Völkerpsychologie zu bearbeiten suchte (Sprung/Sprung 1983, 190). Erst im Behaviorismus wird die aus den Naturwissenschaften übertragene Methode des Experiments zum konstituierenden Element des disziplinären Selbstverständnisses. Der Bezug auf Interdisziplinarität in der Kritischen Psychologie verweist dagegen auf die Bedeutung gesellschaftlicher Verhältnisse für Psychisches und richtet sich kritisch gegen dieses naturwissenschaftlich-positivistische Selbstverständnis der Psychologie (z. B. Maiers 1992) – ganz in der gesellschaftskritischen Tradition der bundesdeutschen Studentenbewegung.

4 »Zwischen diesen Zugangsweisen, die sich in den unterschiedlichen Perspektiven natur- und sozialwissenschaftlicher Forschung widerspiegeln, besteht seit jeher ein gewisses Spannungsverhältnis. [...] Durch die Breite und Unterschiedlichkeit ihrer Perspektiven ist die Psychologie für sich allein bereits ihrem Wesen nach interdisziplinär.« (Fiedler u. a. 2005, 56)

Dass die Bezüge auf andere Disziplinen in der Psychologie deutlich als solche wahrgenommen werden, ist auch dem, nach Kuhn (1976 [1962], 190), »vorparadigmatischen« Zustand des Faches geschuldet. Durch das Fehlen eines gemeinsamen Paradigmas treten die Anleihen bei Methoden und Konzepten anderer Disziplinen nicht, wie z. B. bei der Verwendung von mathematischen Modellen in der Informatik, als sekundäre oder hilfswissenschaftliche Bezüge in den Hintergrund. Teilweise werden sie sogar zum primären Erkennungsmerkmal der jeweiligen Schule, wie z. B. bei der Evolutionären oder der Phänomenologischen Psychologie. Regelmäßig entwickelt sich zu jeder neuen »Leitwissenschaft« eine neue Psychologie: die Kognitive Psychologie in Zeiten von Computertechnik und Informatik, die Neurokognitive Psychologie mit der Hirnforschung.

Ausgangspunkt der interdisziplinären Bezüge der Kritischen Psychologie war die Diagnose des desolaten Zustands des eigenen Faches und die Kritik an der praktizierten Gegenstandsverfehlung: Die sich permanent reproduzierende »Unfähigkeit« der Fachdisziplin Psychologie, »die individuelle Lebenstätigkeit der Menschen angemessen wissenschaftlich zu begreifen« (Holzkamp 1977, 101f), gründet in der Reduktion menschlicher Subjektivität auf das Innere von abstrakt-isolierten Individuen und der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse auf eine quasi naturhafte (Um-)Welt (vgl. Haug 1977). Da in der Geschichte der Psychologie diese lediglich theoretisch verdoppelt wurden, bleibe eine Rekonstruktion des Gegenstands aus ihrer wissenschaftshistorischen Entwicklung notwendig in diesen verhaftet (vgl. Maiers 1979).⁵ »Voraussetzung für die adäquate psychologische Erforschung der individuellen Person-Umwelt-Beziehungen« ist jedoch die »wissenschaftliche Erfassung« des übergeordneten, historisch gewordenen Mensch-Welt-Zusammenhangs (Holzkamp 1977, 104) – und damit ist diese jener auch theoretisch vorgeordnet. Mit der kritisch-psychologischen Kategorialanalyse wurde die Rekonstruktion dieses Vermittlungszusammenhangs und zugleich die paradigmatische Grundlegung des Faches verfolgt (vgl. Holzkamp 1983). Einzelwissenschaften, auf die sich zur Überwindung der beschränkten Gegenstandsauffassung der traditionellen Psychologie bezogen wird, sind z. B. »Biologie, Soziologie und Geschichtswissenschaft« (Jäger 1977, 126). Gemeinsame Grundlage interdisziplinärer Bezüge innerhalb der Kritischen Psychologie sind die Verortung im Marxismus und der Anspruch nicht-eklektizistischer Theoriebildung. Die Kombination von Rekonstruktion der Psychophylogenese und marxischer Gesellschaftstheorie soll die Blindstelle der traditionellen Psychologie überwinden, die –

5 Vgl. hierzu die inner-kritisch-psychologische Debatte um eine gegenstandsgeschichtliche vs. wissenschaftshistorische Rekonstruktion des Gegenstands der Psychologie (Maiers 1985).

»bedingt durch die arbeitsteilige Spezifizierung ihres ›einzelwissenschaftlichen‹ Gegenstands« – die »neue Erkenntnisstufe des *historischen Selbstverständnisses* des Menschen praktisch total ignoriert« (Holzkamp 1983, 42). Die interdisziplinären Theoriebezüge dienen in der Kritischen Psychologie eben diesem Anliegen, über den vorparadigmatischen Zustand hinauszukommen. Mit der paradigmatischen Grundlegung ist das Spezifische psychologischer bzw. subjektwissenschaftlicher Forschung ausgewiesen, die Bezüge auf Theorien aus anderen Disziplinen haben demgegenüber nur sekundäre Funktion. Dies wird z. B. betont für die Funktion der kritisch-psychologischen »Kategorien« als »Vermittlungskategorien«, »in welchen die Vermittlung zwischen den objektiven (d. h. materiell-ökonomischen etc.) und den psychischen Bestimmungen des gesellschaftlichen Mensch-Welt-Zusammenhangs adäquat begrifflich abgebildet ist« (1983, 192). Auch Markard stellt klar, dass die unter Heranziehung von marxistischer Gesellschaftstheorie im Rahmen kritisch-psychologischer Aktualempirie vorgenommene »Bedingungs-Bedeutungs-Analyse nicht von eigenständigem Wert oder Interesse, sondern *unselbständiger Bestandteil* einer *psychologischen* Untersuchung ist« (2000).

Notwendigkeit der kritischen Einschätzung interdisziplinärer Bezüge

Die Existenz konkurrierender, ja widerstreitender gesellschaftstheoretischer Ansätze etwa in der Soziologie und Ökonomie war in den 1960er/70er Jahren deutlich präsent. Entsprechend ist diskutiert worden, auf welche Ansätze sich die Kritische Psychologie bei der Rekonstruktion des Mensch-Welt-Zusammenhangs in seinen allgemeinsten wie jeweils konkreten Bestimmungen zu beziehen hat. Dadurch ist die »gesellschaftstheoretische« als Ebene wissenschaftlicher Kontroverse, auf der »sich die Kritische Psychologie ›kritisch‹ gegenüber traditionell-psychologischen Positionen verhält« (Holzkamp 1983, 27), ausgewiesen worden. Mit dem Anspruch, als emanzipatorische Psychologie zur Schaffung von gesellschaftlichen Verhältnissen beizutragen, in der kein Mensch mehr »ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen« (Marx, MEW 1, 385) sei, bezieht sich die Kritische Psychologie auf marxistische Theorie.

Doch auch innerhalb des Marxismus' bestehen Differenzen, z. B. zur Ideologietheorie (vgl. Bischoff 1973, PIT 1986, Haug 1993). Daher beschränkt Holzkamp im Rahmen der kritisch-psychologischen Kategorialanalyse den Bezug auf marxistische Gesellschaftstheorie auf allgemeinste Strukturmerkmale bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften, über die weitgehend Einigkeit unter den verschiedenen Strömungen innerhalb des Marxismus bestand: Produktivkraftentwick-

lung, Produktionsverhältnisse, antagonistische Klassenverhältnisse, Ausbeutungsverhältnisse, Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen (Holzkamp 1983, 198; vgl. Kaindl 1998, 28). Diese seien jeweils »formationsspezifisch« zu präzisieren (Holzkamp 1983, 202) in

Analysen der bestimmten Klassenverhältnisse, ideologischen Verhältnisse, Arbeits- und Lebensbedingungen z.B. in der BRD und in Westberlin (in Abhebung von anderen kapitalistischen Gesellungseinheiten). Solche Resultate werden (*nach ihrer kritischen Einschätzung auf gesellschaftstheoretischer Bezugsebene*) bei der formations-spezifischen Konkretisierung der individualwissenschaftlichen Kategorien vorausgesetzt. (204, Herv. V.L.)

Kritisch-psychologische Kategorien erhalten ihre gesellschaftskritische Funktion nur vor dem Hintergrund solcher Analysen, obwohl diese lediglich unselbständiger Teil psychologischer Untersuchungen sind. Daher sind gesellschaftstheoretische Analysen »in methodologischer und inhaltlicher Hinsicht unverzichtbar« (Kaindl 1998, 55). Denn ohne eine solche Rückbindung ist das gesellschaftliche Mensch-Welt-Verhältnis als sozialer, interpersonaler Kontext unterbestimmt.

Mit der Verortung im Marxismus ist auch die (Selbst-)Definition des kritisch-psychologischen als »historisches Paradigma« verbunden (Holzkamp 1983, 47). Kritische Psychologie ist »marxistisch[e] Subjektwissenschaft mit dem Programm des Begreifens menschlicher Existenz aus der Rekonstruktion der widersprüchlichen Einheit von Natur-, Gesellschafts- und Individualgeschichte« (Markard 1998, 32). Von entscheidender Bedeutung für diese Rekonstruktion ist auch die Evolutionstheorie nach Darwin, da sie »das gesetzmäßige Auseinander-Hervorgehen verschiedener Tierarten im naturgeschichtlichen Prozess aufgewiesen« hat (Holzkamp 1983, 41). Schurig präzisiert den Bezugspunkt als den der »synthetischen Evolutionstheorie« nach George G. Simpson, Theodosius Dobzansky und Ernst Mayr (Schurig 2006, 136). Jedoch fehlt für die Biologie der Hinweis auf die Notwendigkeit einer »kritischen Einschätzung«, wie er für die Gesellschaftstheorie angesprochen ist. Die Bezugnahme auf biologische Theorien ist durchweg nach dem Kriterium der Gegenstandsangemessenheit diskutiert worden. Vor allem wurde thematisiert, welche *Bereiche* der Biologie einzubeziehen seien:

Von den Forschungsrichtungen der Biologie gewinnen Evolutionstheorie und Ethologie Interesse. Beide Fragestellungen der funktional-historischen Methode, die nach der Entwicklung und die nach dem Verhältnis zwischen den materiellen Lebensbedingungen und den zugehörigen psychischen Phänomenen, sind in diesem Rahmen behandelt oder einer Behandlung zugänglich. (Jäger 1977, 126)

Schurig begründet die Auswahl damit, dass »im Bereich Ethologie, Abstammungslehre und Evolutionstheorie« die »naturwissenschaftlichen Defizite der traditionellen Psychologie« am »gravierendsten« waren (2006, 146). Ein »*historisch-genetischer*

Wissenschaftsansatz«, wie der der Evolutionstheorie, macht »die Entstehung von Subjektivität und des Bewusstseins im Tier-Mensch-Übergangsfeld am ehesten einer Erklärung zugänglich« (ebd.).

Dass die Notwendigkeit einer »kritischen Einschätzung« biologischer Konzepte nicht thematisiert wurde, scheint teilweise dem Umstand geschuldet, dass in der Disziplin »Biologie« theoretische Kontroversen weniger sichtbar bzw. vorhanden sind. Zudem ist die systematische Berücksichtigung der biologischen Grundlagen des Psychischen mit der Rekonstruktion der Psychophylogenese zunächst abgeschlossen, während gesellschaftstheoretische Analysen für aktualempirische Forschung weiterhin notwendig sind. Eine »kritische Einschätzung« biologischer Konzepte und Theorien, auf die sich im Rahmen der Rekonstruktion der Psychophylogenese bezogen wird, gewinnt jedoch in dem Maße an Bedeutung, wie innerhalb der Biologie die bisherigen Modelle durch andere Auffassungen in Frage gestellt werden, etwa die »gesellschaftliche Natur« als Ausdruck der genetischen Ausstattung des Menschen durch Ergebnisse der Genomforschung. In diesem Kontext wird die Notwendigkeit einer kritischen Einschätzung von z. B. neueren DNA-Modellen und deren entwicklungs- und evolutionstheoretischen Interpretationen (vgl. Rehmann-Suttner 2005) aktuell.

Dies ist dabei nicht nur für den Bezug auf biologische Theorien im Rahmen der kritisch-psychologischen Kategorialanalyse, sondern auch für die Zurückweisung biologistischer Denkformen in aktualempirischer Forschung relevant. Die Bestimmung »naturwissenschaftlicher Grundlagen« ermöglicht »eine fundierte Auseinandersetzung mit sozialdarwinistischen Ideologien, soziobiologischen Überinterpretationen menschlichen Sozialverhaltens im Rahmen von Verwandtschaftsselektion und Fitnesskonzepten und dem Rassismus in seinen verschiedenen Schattierungen« (Schurig 2006, 136) und damit die Kritik der in ihnen enthaltenen ideologischen Bedeutungsdimensionen, die nicht zuletzt gesellschaftliche Ungleichheit rechtfertigen sollen. Dies verdeutlicht auch ein Beispiel aus der psychosozialen Praxis: In Helferkonferenzen wird die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Sozialarbeitern, Sozialpädagogen, Mediziner*innen, Juristen etc. immer alltäglicher. Sitzen alle an einem Tisch, kann virulent werden, dass durch die jeweils eigenen fachspezifisch nahe gelegten Problemdeutungen auch konkurrierende Interventionsstrategien begründbar sind. Beispielsweise kann das aggressive Verhalten eines Mitglieds einer betreuten Wohngemeinschaft als neurologisch/hormonell bedingt (eher medizinisch) oder etwa durch ständig wechselndes Pflegepersonal, Zwangswohngemeinschaft, Mangel an Privatsphäre oder Beschäftigungsmöglichkeiten begründet (eher sozialarbeiterisch) interpretiert werden. Die Entscheidung über konkurrierende Problemdeutungen, sei es in psychologischer Praxis oder in interdisziplinären Forschungsprojekten, setzt jedoch Kriterien voraus, die eine Bewertung der fachspezifischen Theorien in

ihrem Gegenstandsbezug und Verhältnis zueinander ermöglichen, so dass z. B. Aussagen zum Zusammenhang von Hormonproduktion oder institutionellen Rahmenbedingungen und Aggressivität beurteilbar werden.

Einen möglichen Rahmen für eine kritische Einschätzung von Theorien aus anderen Disziplinen bietet das Konzept der Reinterpretation. Dieses hat in der Kritischen Psychologie vor allem die Funktion der Bestimmung des relativen Erkenntnisgehalts *psychologischer* Ansätze, die aufgehoben und in die kritisch-psychologische Theoriebildung integriert werden sollen. Beispiele sind Ute Osterkamps Kritik und Reinterpretation der Psychoanalyse (1976, Kap. 5) und Klaus Holzkamps Reinterpretation traditioneller Lerntheorien (1993, Kap. 2). Hier handelt es sich um innerdisziplinäre Auseinandersetzungen, auch wenn interdisziplinäre Bezüge, wie z. B. implizite gesellschaftstheoretische und biologische Annahmen Freuds, in den Reinterpretationen mitdiskutiert werden. Im Zuge von Bedingungs-/Bedeutungsanalysen wurden verschiedentlich Konzepte aus anderen Disziplinen reinterpretiert, wie z. B. Wilhelm Heitmeyers Konzept der Desorientierung als Folge sozialer Desintegrationsprozesse und als Ursache von rechter Jugendgewalt (Eller 2001) oder Pierre Bourdieus Habitus-Konzept (Zander 2003). Solche Analysen beschränkten sich auf Konzepte, die Gegenstandsaspekte oder methodologische Fragen aus der Psychologie thematisierten. Markard verweist darauf, die Frage nach interdisziplinären Bezügen explizit in ein zu entwickelndes »Reinterpretations-Portrait« aufzunehmen: »Muss ich bei der Reinterpretation interdisziplinäre Bezüge herstellen, haben die Konzepte in anderen Disziplinen einen anderen Akzent (›Identität‹ in der Rollentheorie oder in der Postmoderne-Diskussion)?« (2005, 57) Die Frage impliziert die kritische Einschätzung dieser interdisziplinären Bezüge und ihrer theoretischen Konsistenz sowie der Frage, ob diese eher additiv, eklektizistisch oder theoretisch vermittelt sind.

Markard fasst »Reinterpretation« zusammen als »die Analyse des Verhältnisses von Erkenntnisgehalt und -grenzen vorfindlicher Konzepte unter Einbezug deren gesellschaftlicher Funktionalität« (1994, 126). Er arbeitet drei Prinzipien für die Reinterpretation heraus: 1. Das Forschungsprinzip der Einheit von Kritik und Weiterentwicklung (135); 2. den Zusammenhang von Theorien/Konzepten mit Methoden und Daten sowie die unterschiedliche Funktion von Daten in der Reinterpretation (140); 3. die Metatheorie und die Funktion kategorialer Vorarbeiten (147ff). Das Vorgehen lässt sich auf Theorien aus Einzelwissenschaften anwenden, auch wenn sie keinen direkten Bezug auf psychologische oder subjektwissenschaftliche Konzepte und lediglich hilfswissenschaftlichen, sekundären Charakter haben – wie der Bezug auf Vererbung. So könnte die Reduktion von Gesellschaft auf Umwelt in neueren DNA-Modellen herausgearbeitet werden, die sich auf molekularbiologischer Ebene gegen einen genetischen Determinismus

wenden, in ihrem Umweltbegriff jedoch auf einen Sozialdeterminismus zurückfallen. Gemäß dem Prinzip der Einheit von Kritik und Weiterentwicklung müsste jedoch der spezifische Bezug auf eine Einzeltheorie – etwa auf ein DNA-Modell – in Abgrenzung zu konkurrierenden Theorien oder Konzepten argumentativ ausgewiesen werden. Dies setzt auch die von Markard als Teil jeder Reinterpretation angeführte »historisch-systematische Rekonstruktion der Theorie- (oder Konzept-) Geschichte bis hin zu den eigenen Fragestellungen, die ja dieser Geschichte nicht äußerlich sind« (137), voraus. Die Frage, »welche Funktion einem bestimmten Konzept im Rahmen eines Ansatzes oder im Ensemble anderer Konzepte zukommt« (138), ist dementsprechend auch an interdisziplinäre Bezüge zu stellen.

Für den Zusammenhang von Theorien/Konzepten mit Methoden und Daten ist die Frage danach, »wie der Methoden- und Datenbezug von Theorien und Konzepten bei *deren* Reinterpretation zu berücksichtigen ist« (140), ebenfalls in dieser Hinsicht übertragbar. Aus den unterschiedlichen Geltungsbereichen, Theorieebenen und Gegenstandsbezügen können Differenzen in den Datenmodi resultieren. Dies ergibt sich aus dem Umstand, dass »Methoden ggf. spezielle Reduktionen, Formierungen bzw. Verdinglichungen enthalten, die u. U. noch hinter den Möglichkeiten des Konzepts zurückbleiben, auf das Konzept selber zurückwirken bzw. konzeptuelle Fragen durch empirische Sachverhalte ersetzen« (ebd.). Mit den Datenmodi sind die unterschiedlichen theoretischen Integrationsniveaus der jeweiligen disziplinären Bezüge sowie das Problem einer konzeptionellen Vermittlungsbasis angesprochen. Das wird zum Beispiel relevant für die Vermittlung von theoretisch auf so unterschiedliche Ebenen bezogenen Konzepten wie denen der »gesellschaftlichen Natur« des Menschen und des »Genotyps« als Gesamtheit der funktionellen Einheiten der DNA. Mit letzterem werden molekularbiologische und biochemische Prozesse beschrieben, während erstere eine logische Ableitung aus entwicklungstheoretischen Annahmen im Rahmen der Rekonstruktion der Psychophylogenese ist. Jedoch wird die DNA, aus der der »Genotyp« besteht, als Teil des materiellen Substrats der gesellschaftlichen Natur angesehen (vgl. Holzkamp 1983, 179ff).

Schurig charakterisiert die »Naturgeschichte des Psychischen« als »*biologische* Plattform, von der aus die Subjektwissenschaft Psychologie ihre naturwissenschaftlichen Grundlagen je nach dem eigenen Entwicklungsstand neu definieren kann« (2006, 136). Sie lässt sich als gegenstandsorientierte Vermittlungsbasis interpretieren. Für diese gelte »methodologisch eine *synthetische Sichtweise* und ein genuin *interdisziplinäres* Wissenschaftsprogramm« (137). Die dadurch geschaffene Möglichkeit, »*transdisziplinär* über das Verhältnis von Biologie-Psychologie zu reflektieren«, sei umgekehrt wiederum eine wesentliche Bedingung für die Bearbeitung der Naturgeschichte des Psychischen (138). Für den Bezug auf Gesellschaftstheorie spielt die marxische Kritik der politischen Ökonomie eine ähnliche Rolle. Der

Interdisziplinarität dieser Vermittlungsplattformen kommt vor allem programmatische Funktion zu: Sie verweist auf die Unabgeschlossenheit der Gegenstandserfassung in disziplinärer Theoriebildung und impliziert zugleich wissenschaftspolitische Positionierung, im Fall der Kritischen Psychologie die als marxistische Subjektwissenschaft.

Die Rede von der Interdisziplinarität als Innovationsmotor hat in der Kritik an den Spezialisierungstendenzen und der disziplinären Gegenstandsbescheidung ihren rationalen Kern. Unabhängig davon, ob die Forderung nach mehr Interdisziplinarität nicht gerade aus der Perspektive Kritischer Wissenschaften zu Zeiten von Modularisierung und Profilbildung als strategische aufrecht zu erhalten wäre, ist sie in jedem Fall zu präzisieren als die einer problemorientierten Forschung im Interesse emanzipatorischer Gesellschaftsentwicklung.

Literatur

- ASTA FU Berlin, 2003 [1989]: Interdisziplinarität – eine studentische Forderung. In: ders. (Hg.), *Kulturrevolution und Befreiung. Analysen der StudentInnenbewegung an der Freien Universität Berlin im Wintersemester 1988/89*, AStA FU Berlin, 81–84
- Balsiger, Philipp W., und Rudolf Kötter, 1997: Methodologische Aspekte des interdisziplinären Diskurses, in: *Ethik und Sozialwissenschaften*, H. 4, 8. Jg., 529–531
- Bischoff, Joachim, 1973: *Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff*, VSA Berlin
- Bittlingmayer, Uwe H., 2005: *Wissensgesellschaft als Wille und Vorstellung*, UVK Konstanz
- Bobach, Reinhard, 1999: Interdisziplinarität in der Transformation. In: W. Umstätter u. K.-Fr. Wessel (Hg.): *Interdisziplinarität – Herausforderung an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*, Kleine Verlag Bielefeld, 217–242
- Böhme, Birgit, 2005: *Vertrauensvolle Verständigung herstellen: Ein Modell interdisziplinärer Projektarbeit*, Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades Doktorin der Philosophie an der FU Berlin
- Bromme, Rainer, 1999: Die eigene und die fremde Perspektive: Zur Psychologie kognitiver Interdisziplinarität. In: W. Umstätter u. K.-Fr. Wessel (Hg.): *Interdisziplinarität – Herausforderung an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler*, Kleine Verlag Bielefeld, 37–61
- Budin, Gerhard, 1997: Diskurs und Meta-Diskurs der interdisziplinären Forschung, in: *Ethik und Sozialwissenschaften*, H. 4, 8. Jg., 532–533

- BUG Berlin, 1998: *BUG-Reader. Bundesweiter studentischer Basiskongress, 8.-11. Januar 1998*, AStA TU Berlin
- Bühl, Walter L., 1997: Interdisziplinärer Opportunismus als Prinzip oder als Problem?, in: *Ethik und Sozialwissenschaften*, H. 4, 8. Jg., 533–536
- Bultmann, Torsten, 1996: Die standortgerechte Dienstleistungshochschule, in: *Prokla* 104, 329–356
- Eller, Alexandra, 2001: *Gewaltförmiges Handeln als Folge gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse? Eine kritisch-psychologische Reinterpretation des Individualisierungstheorems*, Diplomarbeit im Studiengang Psychologie an der FU Berlin
- Fiedler, Klaus, Reinhold Kliegl, Ulman Lindenberger, Rainer Mausfeld, Amélie Mummendey und Wolfgang Prinz, 2005: Psychologie im 21. Jahrhundert. Führende deutsche Psychologen über Lage und Zukunft ihres Fachs und die Rolle der psychologischen Grundlagenforschung, in: *Gehirn & Geist* 7–8/2005, 56–60
- Fried, Barbara, 2002: Zur Relevanz gesellschaftstheoretischer Analysen für die aktualempirische Forschung der Kritischen Psychologie – am Beispiel Rassismus, in: *Forum Kritische Psychologie* 44, 118–151
- FU Berlin, 2007: Studienordnung für den Bachelorstudiengang Psychologie, in: *Amtsblatt der Freien Universität Berlin* 22/2007 v. 7. Mai 2007, 212–235
- Freier Zusammenschluss von Studierendenschaften (fzs), 2004: *Für eine qualitative Studienreform. Positionspapier zu den Anforderungen an die aktuelle Studienreformdebatten*, Beschlossen auf der 25. Mitgliederversammlung in Passau, 19. Mai 2004, <http://www.fzs.de/aktuelles/positionen/1003.html> [31.3.2008]
- Greshoff, Rainer, 1997: Wie kann Interdisziplinarität gefördert werden?, in: *Ethik und Sozialwissenschaften*, H. 4, 8. Jg., 543–546
- Haug, Wolfgang Fritz, 1977: Bürgerliche Privatform des Individuums und Umweltform der Gesellschaft. In: K.-H. Braun u. Kl. Holzkamp (Hg.), *Kritische Psychologie. Bericht über den 1. Kongress Kritische Psychologie*, Bd. 1, Pahl-Rugenstein Köln, 77–88
- Ders., 1993: *Elemente einer Theorie des Ideologischen*, Argument Hamburg
- Heckhausen, Heinz, 1987: »Interdisziplinäre Forschung« zwischen Intra-, Multi- und Chimären-Disziplinarität. In: J. Kocka (Hg.), *Interdisziplinarität. Praxis – Herausforderung – Ideologie*, Suhrkamp Frankfurt/M, 129–145
- v. Hentig, Hartmut, 1987: Polyphem oder Argos? Disziplinarität in der nichtdisziplinären Wirklichkeit. In: J. Kocka (Hg.), *Interdisziplinarität. Praxis – Herausforderung – Ideologie*, Suhrkamp Frankfurt/M, 34–59

- Holzcamp, Klaus, 1977: Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben? In: ders. u. K.-H. Braun (Hg.), *Bericht über den I. Kongress Kritische Psychologie*, Bd. 1, Pahl-Rugenstein Köln 44–75
- Ders., 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1992: »Hochbegabung«: Wissenschaftlich verantwortbares Konzept oder Alltagsvorstellung?, in: *Forum Kritische Psychologie* 29, 5–22
- Ders., 1993: *Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung*, Campus Frankfurt/M-New York
- Horkheimer, Max, 1968 [1937]: Traditionelle und kritische Theorie, in: ders., *Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze*, Suhrkamp Frankfurt/M, 12–64
- Immelmann, Klaus, 1987: Interdisziplinärität zwischen Natur- und Geisteswissenschaften – Praxis und Utopie. In: J. Kocka (Hg.), *Interdisziplinärität. Praxis – Herausforderung – Ideologie*, Suhrkamp Frankfurt/M, 82–91
- Jäger, Michael, 1977: Wissenschaftstheoretische Kennzeichnung der funktional-historischen Vorgehensweise als Überwindung der Beschränktheiten der traditionellen psychologischen Wissenspraxis. In: K. Holzcamp u. K.-H. Braun (Hg.), *Bericht über den I. Kongress Kritische Psychologie*, Bd. 1, Pahl-Rugenstein Köln 122–139
- Kaindl, Christina, 1998: *Gesellschaftliche Dimensionen individueller Handlungsfähigkeit. Zur Debatte um ein kritisch-psychologisches Grundkonzept*, Diplomarbeit im Studiengang Psychologie an der FU Berlin
- Knapp, Gudrun-Axeli, und Hilge Landweer, 1995: Interdisziplinarität in der Frauenforschung: Ein Dialog, in: *L'HOMME. Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft*, H. 2/1995, 6. Jg., 6–38
- Kramer, Helgard, 1997: Interdisziplinarität als Programmatik wissenschaftlicher Innovation und als Organisationsprinzip von Forschungsprozessen, in: *Ethik und Sozialwissenschaften*, H. 4, 8. Jg., 553–556
- Krott, Max, 1997: Interdisziplinärer Sondernutzen diesseits von Diskurs-Paradoxien, in: *Ethik und Sozialwissenschaften*, H. 4, 8. Jg., 556–558
- Kuhn, Thomas, 1976 [1962]: *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen* Suhrkamp Frankfurt/M
- Ders., 1977: *Die Entstehung des Neuen. Studien zur Struktur der Wissenschaftsgeschichte*, hgg. v. Lorenz Krüger, Suhrkamp Frankfurt/M
- Lübbe, Hermann, 1987: Helmut Schelsky und die Interdisziplinärität. Zur Philosophie gegenwärtiger Wissenschaftskultur. In: J. Kocka (Hg.), *Interdisziplinärität. Praxis – Herausforderung – Ideologie*, Suhrkamp Frankfurt/M, 17–33

- Maiers, Wolfgang, 1979: Wissenschaftskritik als Erkenntniskritik – Zur Grundlegung differenzieller Beurteilung des Erkenntnisgehalts traditioneller Psychologie in kritisch-psychologischen Gegenstandsanalysen, in: *Forum Kritische Psychologie* 5, 47–128
- Ders., 1985: Zur Erkenntnisfunktion wissenschaftstheoretischer Analyse für die Gegenstandsbestimmung in der Psychologie (Kongress-AG-Bericht mit Beiträgen von I. Staueble, W. Maiers, P. Keiler u. W. Jantzen). In: K.-H. Braun u. Kl. Holzkamp (Hg.), *Subjektivität als Problem psychologischer Methodik. 3. Internationaler Kongreß Kritische Psychologie Marburg 1984*, Campus Frankfurt/M-New York, 315–363
- Ders., 1992: »Natur« und Naturalismus in der Psychologie. Der Mythos der Naturwissenschaftlichkeit im Selbstverständnis und in der Kritik der herrschenden Psychologie, in: *Forum Kritische Psychologie* 29, 23–55
- Ders., 2002: Der Etikettenschwindel der Evolutionären Psychologie, in: *Forum Kritische Psychologie* 45, 24–53
- Markard, Morus, 1994: Wie reinterpretiert man Konzepte und Theorien?, in: *Forum Kritische Psychologie* 34, 125–155
- Ders., 1998: Kritische Psychologie als Marxistische Subjektwissenschaft. In: B. Fried, Chr. Kaindl, M. Markard u. G. Wolf (Hg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. Bericht über den 4. Kongress Kritische Psychologie, 6. bis 9. Februar 1997 an der FU Berlin*, Argument Hamburg, 29–41
- Ders., 1999: Gramsci und psychologische Praxis oder: Psychologische Praxis als Austragungsort ideologischer Konflikte, in: *Forum Kritische Psychologie* 40, 50–59
- Ders., 2000: Kritische Psychologie: Methodik vom Standpunkt des Subjekts, in: *Forum Qualitative Sozialforschung | Forum: Qualitative Social Research* [Online Journal], 1(2), <http://qualitative-research.net/fqs/fqs-d/2-00inhalt-d.htm> [31.3.2008]
- Ders., 2005: Lernen im Kapitalismus – oder: Erfahrung macht (auch) blöd, in: *Forum Kritische Psychologie* 48, 53–66
- Mittelstraß, Jürgen, 1987: Die Stunde der Interdisziplinarität? In: J. Kocka (Hg.), *Interdisziplinarität. Praxis – Herausforderung – Ideologie*, Suhrkamp Frankfurt/M, 152–158
- H.-Osterkamp, Ute, 1976: *Motivationsforschung 2*, Campus Frankfurt/M
- Projekt »Automation und Qualifikation« (PAQ), 1986: *Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch*, Argument Berlin

- Parthey, Heinrich, und Klaus Schreiber, 1983: Voraussetzung und Formen interdisziplinärer Forschung. In: Dies. (Hg.), *Interdisziplinarität in der Forschung. Analysen und Fallstudien*, Akademie-Verlag Berlin/DDR, 303–309
- Projekt »Ideologietheorie« (PIT), 1986: *Theorien über Ideologie*, Argument Hamburg
- Rammert, Werner, 1982: Verwissenschaftlichung der Arbeit: Industrialisierung der Wissensproduktion und der Informationsverarbeitung. In: W. Littek, W. Rammert u. G. Wachtler (Hg.), *Einführung in die Industrie- und Arbeitssoziologie*, Campus Frankfurt/M, 76–90
- Rehmann-Suttner, Christoph, 2005: *Zwischen den Molekülen. Beiträge zur Philosophie der Genetik. Ethik in den Wissenschaften*, Bd. 18, hgg. v. Dietmar Mieth, Verlag Narr Francke Attempto Tübingen
- Schurig, Volker, 1976: *Die Entstehung des Bewusstseins*, Campus Frankfurt/M
- Ders., 2006: Psychophylogene und Umweltpsychologie als naturwissenschaftlicher Themenbereich der Kritischen Psychologie, in: *Forum Kritische Psychologie* 50, 133–151
- Sprung, Lothar, und Helga Sprung, 1983: Probleme und Methoden in der Psychologie – disziplinäre und interdisziplinäre Aspekte einer Entwicklungsgeschichte. In: H. Parthey u. Kl. Schreiber (Hg.), *Interdisziplinarität in der Forschung. Analysen und Fallstudien*, Akademie-Verlag Berlin/DDR, 177–203
- Ulmann, Gisela, 1991: Angeboren – Anerzogen? Antworten auf eine falsch gestellte Frage. In: J. Heilmeyer, Kl. Mangold, A. Marvakis u. Th. Pfister (Hg.), *Gen-Ideologie. Biologie und Biologismus in den Sozialwissenschaften*, Argument-Sonderband AS 175, Argument Hamburg-Berlin, 113–138
- Weingart, Peter, 1987: Interdisziplinarität als List der Institution. In: J. Kocka (Hg.), *Interdisziplinarität. Praxis – Herausforderungen – Ideologie*, Suhrkamp Frankfurt/M, 159–166
- Ders., 1997: Interdisziplinarität – der paradoxe Diskurs, in: *Ethik und Sozialwissenschaften*, H. 4, 8. Jg., 521–531
- Wiggershaus, Rolf, 1986: *Die Frankfurter Schule. Geschichte – Theoretische Entwicklung – politische Bedeutung*, Carl Hanser München-Wien
- Winnacker, Ernst-Ludwig, 2004: Die neue Art der Interdisziplinarität, in: *forschung. Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft*, 3–4/2004, I–VIII
- Zander, Michael, 2003: »Kulturelles Kapital« und Klassengesellschaft. Zu den Arbeiten Pierre Bourdieu und ihrem Nutzen für die Psychologie, in: *Forum Kritische Psychologie* 46, 101–124

Torsten Bultmann

Elite – Begabung – Exzellenz

Zur aktuellen Konjunktur einer anti-egalitaristischen Bildungspolitik

Mittlerweile hat sich die deutsche Öffentlichkeit daran gewöhnt, dass in regelmäßigen Abständen »Eliteuniversitäten« politisch ausgerufen werden, die das deutsche Hochschulsystem als Typus traditionell nicht kennt. De facto handelt es sich dabei um ein Bund-Länder-Programm zur Sonderförderung von Spitzenforschung, dessen amtliche Bezeichnung »Exzellenzinitiative« ist. Als diese im Jahre 2004 politisch eingefädelt wurde (Bultmann 2004), galt die ausdrückliche Bezugnahme auf das Konzept »Elite« in der Öffentlichkeit noch als heftig umstritten. Zwischenzeitlich hat sich in den Medien des Mainstreams völlig unwiderrprochen der Begriff »Eliteuniversitäten« als selbstverständliche und affirmative Bezeichnung durchgesetzt. Das ist eine politisch beachtliche Diskursverschiebung. Hinter dieser verbirgt sich eine bereits seit längerem wirksame offensive politische Legitimationsstrategie für gesellschaftliche *Ungleichheit*, mit der auch die Zuteilung ungleicher Bildungschancen gerechtfertigt wird.

Wer sich damit auseinandersetzen will, kommt ohne das begriffliche Instrumentarium der Kritischen Psychologie kaum aus. Diese bemüht sich – soweit es der Autor dieses Textes als interessierter Laie wahrnimmt – seit ihrer Entstehung darum, die gesellschaftlich produzierten – und ideologisch gerechtfertigten – Schranken für gleiche Entwicklungschancen aller Menschen zu analysieren, zu benennen und damit einen Beitrag zu ihrer politischen Aufhebung zu leisten. Gerade in der Pädagogik und in der Bildungspolitik leistete die Kritische Psychologie einen messbaren Beitrag dazu, Konzepte zu bekämpfen, die Ungleichheit *naturalisieren*, in dem sie gesellschaftliche Beschränkungen von Bildungschancen auf ungleiche invariante »Eigenschaften« und »Begabungen« von Individuen zurückführen. Letzteres markiert exakt den Punkt, an dem semi-wissenschaftliche Konzepte sich mit dem »gesunden Menschenverstand« und dem »Stammtisch« verbünden und gerade auf diese Weise politisch wirksam sind.¹

1 Darauf führe ich auch die aktuell wachsende gesellschaftliche Akzeptanz des Konzeptes »Elite« zurück.

Ziel dieser kritischen Intervention war nie ein gewünschter Zustand *formaler* Gleichheit. Es ging vielmehr »um die Beseitigung *struktureller* Ungleichheit bzw. um die Bedingungen dafür, dass individuelle Entfaltungsmöglichkeiten nicht durch jene strukturellen Benachteiligungen behindert werden, die der Elitediskurs naturalisiert.« (Markard 2005, 8). Diese Beseitigung ist eine Voraussetzung für gleichberechtigte Vielfalt (ebd.).² Es ist kein Zufall, dass namentlich Morus Markard angesichts der Renaissance des Elitenmotivs in der Wissenschaftspolitik ab dem Jahre 2004 einer der am häufigsten angefragten politisch-wissenschaftlichen Diskutanten auf Kongressen und Veranstaltungen war, welche das politische Ziel einer Dekonstruktion dieses bildungspolitischen Ansatzes verfolgten.

Der vorliegende Beitrag möchte diese Debatte fortsetzen. Zum einen geht es mir um eine schärfere Identifikation der wiederkehrenden Momente des Elitenmotivs als Begründungsmuster für Herrschaft und soziale Ungleichheit. Zum zweiten möchte ich auch die Momente des *Neuen* im aktuellen angestrebten Paradigmenwechsel der deutschen Wissenschaftspolitik beleuchten, die sich m. E. nicht auf jene wiederkehrenden Momente reduzieren lassen. Ich sehe darin auch den Versuch einer Strategie für Herrschaftssicherung in der nach-fordistischen hochtechnologisch basierten Produktionsweise (»Wissensgesellschaft«). Diese Strategie kann gelingen oder scheitern. Zu Letzterem möchte ich gerne einen Beitrag leisten.

Das Elitenkonzept als politische Reaktion

Es ist schon häufig angemerkt worden, dass die Beschwörung von Eliten in einem politisch operativen Sinne in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft relativ spät auftritt; schließlich wird damit das Gleichheitsversprechen der ursprünglichen bürgerlichen Revolutionen dementiert. In Deutschland findet dies etwa im späten 19. Jahrhundert statt. Der Bezug auf Eliten als vermeintlich naturwüchsig zur Herrschaft erkorene soziale Minorität geht einher mit der aktiven »Entnennung« der Klassenfrage (Markard 2005, 6). Dies setzt ein gewisses Niveau in der Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen, insbesondere in der Politisierung der Arbeitsklasse voraus. Das Bürgertum kann sich vor diesem Hintergrund nicht mehr mit einem auf die *gesamte* Gesellschaft bezogenen Leistungsbegriff rechtfertigen. Dies fördert Bestrebungen, die die politisch benennbaren Ungleich-

2 Gerade diesen letzten Aspekt offensiv zu wenden, hat die hochschulpolitische Linke m. E. in den letzten Jahren vernachlässigt. Den Verfechtern der »Exzellenzinitiative« gelang es, sich öffentlich als Anwälte von »Differenzierung« und »Leistung« zu verkaufen, während die Linke in der Haupttendenz die bürokratische Egalität des traditionellen Hochschulsystems im Sinne einer langweiligen Status-Quo-Politik zu verteidigen schien.

heits- und Machtverhältnisse zu *personalisieren* trachten und damit politisch unsichtbar machen: »Herrschaft als gesellschaftliches Strukturmoment verschwindet in unterschiedlichen *Eigenschaften* von Menschen.« (Ebd.) Eine soziale Elite rechtfertigt sich so durch ihre besonderen Fähigkeiten, ihre »Hochbegabung« bzw. ihre naturbedingte »Auserwähltheit«. Dem derartig politisierten Elitenmotiv³ haftet von vornherein der Widerspruch an, sich einerseits auf quasi-naturhafte Voraussetzungen zu berufen, die es andererseits politisch und institutionell erst herstellen will. Das setzt aber gerade voraus, dass eine Art Gleichgewicht der Reproduktion von Macht bereits in einem erheblichen Maße politisch gestört ist: etwa durch das Drängen der sozialen Massen nach Gleichheit und Bildung. Paradox formuliert: in jeder Form von Elitenpolitik gilt es, gerade die Momente von sozialer *Emanzipation* zu identifizieren, welche verhindert werden sollen. Diese Identifikation ist Voraussetzung dafür, dass sich der Spieß auch umdrehen lässt.

Elitenpolitik ist somit *Reaktion* auf der ganzen Linie: im politisch wertenden Sinne von »reaktionär« und auch ganz buchstäblich. Sie ereignet sich nicht aus selbstbewusster Machtvollkommenheit, sondern dient der Abwehr politischer Ansprüche »von unten«. Damit ist diese Praxis typischer Ausdruck der für die deutsche bürgerliche Tradition prägenden »defensiven Modernisierung« (Bollenbeck 1994, 156), die sich auch als merkwürdige Balance von Teilzugeständnissen an breitere gesellschaftliche Schichten und speziellen institutionellen Maßnahmen der Privilegiensicherung beschreiben lässt.

Dieses Muster prägt insbesondere die deutsche Bildungspolitik – streng genommen bis heute. Bereits im späten 19. Jahrhundert erforderte etwa die industriell-technische Entwicklungsdynamik eine Steigerung des gesellschaftlichen Bildungspotenzials. Diese Bildungsexpansion wurde auf besondere Schulzweige des »mittleren« Niveaus (Realbereich) kanalisiert; zeitgleich wurde die Sonderstellung des (damals) altsprachlichen Gymnasiums gefestigt, welches im Wechselspiel mit den Universitäten vor allen Dingen die Ausbildung für den höheren Staatsdienst zu gewährleisten hatte (von Friedeburg 1989, 197f).

Solange dieses Muster relativ stabil blieb, gab es bis in die jüngere Vergangenheit weder spezielle »Eliteuniversitäten« noch politisch inszenierte »Elitendebatten«. Die fünf Prozent eines Altersjahrganges, die etwa in den 1950er Jahren an westdeutschen Universitäten ausgebildet wurden, *waren* die Elite – ohne jeglichen Legitimationsaufwand. In zyklischen Abständen auftretende, kampagnenpolitisch inszenierte Debatten um »Elitenförderung«, die es in diesem Sinne erst seit den

3 Ich beziehe mich dabei auf entsprechende Praxen und Legitimationsmuster, auch unabhängig davon, ob diese explizit mit dem Elitenbegriff hantieren oder nicht.

1970er Jahren gibt, sind daher typisches Begleitmoment von Bildungsexpansion und Hochschulausbau. Gezielt wird damit auf die ideologische Dekonstruktion von bildungspolitischen Leitbegriffen wie »Chancengleichheit«, »Bildung für alle« oder »soziale Öffnung der Hochschulen«, welche in der öffentlichen Meinung mehrheitlich positiv besetzt waren. Alle derartigen Kampagnen transportieren bis heute die Behauptung eines sich ausschließenden Gegensatzes zwischen »Gleichheit« und »Leistung«. Auf einen Nenner gebracht bringen Pro-Eliten-Kampagnen den Widerstand konservativer Kreise gegen die gesellschaftliche Öffnung der Hochschulen und die damit verbundene Politisierung des Hochschulsystems zum Ausdruck (Bultmann 2004, 16).

In der Regel endeten diese Kampagnen wie das Hornberger Schießen. Dass die synthetische Konstruktion von »Eliteuniversitäten« auf einmal als durchsetzbar erscheint, erforderte andere und zusätzliche Voraussetzungen. Eine Art Vorgesmack dafür war 1997 die Rede des damaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl anlässlich einer Preisverleihung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG): »Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren eine törichte Diskussion um den Elitenbegriff geleistet. Das hat uns geschadet. Wir stehen in weltwirtschaftlicher Konkurrenz mit Ländern, die gezielt eigene Eliten fördern, um sich im globalen Wettbewerb besser behaupten zu können. Wir brauchen in Deutschland mehr denn je ein klares Ja zu Eliten.«⁴ Diese Zielstellung konnte den Hochschulen freilich nicht von außen angedient werden. Durchsetzbar war dieses Ja erst in dem Maße wie der »Wettbewerb« zum zentralen Leitmotiv der inneren Hochschulreform wurde.

Von der Überlast zum Effizienzproblem

Mitte der 1970er Jahre wurde bekanntlich die Finanzierung der Hochschulen trotz weiter steigender Studierendenzahlen eingefroren. Die Hochschulausbauphase wurde definitiv für beendet erklärt. Die politische Form der Beendigung war der berühmte »Doppelbeschluss« (auch: »Öffnungsbeschluss«) der Ministerpräsidenten, Kultus- und Finanzminister aus dem Jahre 1977, die Hochschulen für alle Studierenden grundsätzlich weiter offen zu halten, aber ihre Finanzierung auf dem damaligen Niveau einzufrieren. Infolge dieses »Öffnungsbeschlusses« war im Verlauf der 1980er Jahre die »Bewältigung der Überlast« das zentrale hochschulpolitische Thema. Bei diesem Thema wurde immerhin noch versucht, legitimationspolitisch zwei Dinge in eine Balance zu bringen: knappe Staatsfinanzen *und* weiter ansteigenden

4 Zitiert nach: *Forschung & Lehre* 4/1997, 174.

Hochschulzugang, an dessen sozialer Berechtigung (ohne zusätzliche Voraussetzung) noch niemand zu rütteln wagte.

In den 1990er-Jahren tritt die Überlastproblematik zunehmend in den Hintergrund. Die bestimmenden hochschulpolitischen Akteure verlagern ihre Initiativen, teils freiwillig, teils durch staatlichen Druck, von der – zuweilen noch rhetorisch oder rituell vorgetragenen – Forderung nach »mehr Geld« bzw. einer auslastungsgerechten Finanzierung auf den anderen »Weg zur Optimierung der bereitgestellten Ressourcen«, welcher »über die Einführung von Elementen des Wettbewerbs in das Hochschulsystem« führt (HRK 1996, 25f). Die aus fehlenden materiellen Ressourcen resultierenden Schwierigkeiten werden so auf ein vermeintlich internes Reformdefizit der Hochschulen verschoben. Das Überlastproblem verwandelt sich in ein »Effizienzproblem«. Dadurch entsteht ein spezifischer Blickwinkel, der das Bemühen um eine »effizientere« Verwendung der knappen staatlichen Mittel mit der Erschließung neuer privater Finanzierungsquellen (industrielle Drittmittel, Studiengebühren) verbindet. Aus der Anforderung heraus, knappe Ressourcen mit einer wachsenden gesellschaftlichen Nachfrage – sei es nach Studienplätzen, sei es nach Forschungsfinanzen – in ein Verhältnis zu bringen, werden Markt und Wettbewerb zunehmend als adäquate Mechanismen zur Steuerung wissenschaftlicher und pädagogischer Abläufe akzeptiert. Dies schließt die Akzeptanz einer ungleichen Konzentration knapper Mittel in der Bandbreite zwischen »Elite« und »Masse« in sich ein, weil dies hochschulpolitischen Akteuren als zielgerechte Verkoppelung von »Auswahlentscheidung« und Finanzinvestition erscheint.

Die zunehmende Akzeptanz von Wettbewerbsmechanismen produziert so in deren immanenter Logik auch einen selektiven Blickwinkel auf die zu bildenden Subjekte. Der Markt ist per se selektiv. Wenn etwa Bildungskosten bzw. die Finanzierung von Studienplätzen als »Investition« umdefiniert werden, die, wie jede andere Investition, von einer Spekulation auf zu erwartende Leistungen und Erträge geprägt ist, erhöht sich der Druck auf eine präzisere »Kalkulation« dieser Ausgaben. Gleichzeitig wird der Schluss vom Umfang der Investition auf das Niveau der zu erwartenden »Leistung« nahe gelegt und so dem Motiv der Extra- und Sonderförderung von (Eliten-)Höchstleistungen der Boden bereitet.

Die Folge ist, dass sich der Übergang zu derartigen Formen betriebswirtschaftlicher Kostenkalkulation als Druck auswirkt *erstens* in Richtung einer stärkeren formalen Leistungskontrolle (Prüfungsverschärfungen, »strengere« Noten) und – noch wichtiger – *zweitens* in Richtung einer selektiven individuellen Differenzierung dieser Kosten nach Maßstäben möglichst frühzeitiger persönlich zugeschnittener Leistungsfähigkeitsprognosen. Entsprechend verschiebt sich der pädagogische Schwerpunkt: an die Stelle einer (potenziellen) emanzipatorisch orientierten Förderung von Entwicklungschancen und Handlungsmöglichkeiten tritt eine

klassifikatorische Diagnostik invarianter »Eigenschaften« und »Anlagen« (Markard 1998, 38). Insbesondere die zunehmende Übertragung des Rechtes aus Studienplatzvergabe an die Hochschulen hat einen Boom an »Eignungsprognostik« erzeugt (kritisch dazu: Bultmann 2007, Lux 2007).

Alles, was heute mit der politischen Absicht von »begabungsgerechter« Bildungssteuerung oder »Elitenförderung« – kurz: dem konservativen Uraltprogramm – auftritt, hüllt sich in den Anschein gänzlicher Ideologiefreiheit und vermeidet tunlichst eine explizite Debatte über menschliche »Ungleichheit«. Man verbirgt sich hinter technisch neutralisierten Leistungsindikatoren, die vor allem dem Standard betriebswirtschaftlicher Zähl- und Messbarkeit entsprechen. Gerade durch die zunehmende Durchsetzung einer betriebswirtschaftlich verkürzten Bildungsökonomie jedoch schleicht sich quasi »von hintenherum« implizit eine naturalisierende Pädagogik wieder ein. Diese bildungsökonomische Wende bildet den entscheidenden Humus für die politische Durchsetzbarkeit des Motivs »Elitenförderung«.

Matthäus-Prinzip und Pygmalion-Effekt: die Exzellenzinitiative

De facto beruht die Exzellenzinitiative auf einem Bund-Länder-Kompromiss zwischen SPD und CDU/CSU. Besagte Bund-Länder-Vereinbarung vom 18.7.2005 beinhaltet zusätzliche Forschungsmittel von 1,9 Mrd. Euro verteilt auf die Jahre 2006–11. Bewerbungen können für drei Förderprogramme abgegeben werden. Für das finanziell lukrativste dritte, für welches man sich mit »Zukunftskonzepten« eines auf die gesamte Universität bezogenen Spitzenforschungsprogramms bewerben kann, winkt das Prädikat »Eliteuniversität«. Für eine solche stehen dann durchschnittliche Zusatzmittel von 21 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung, die ausschließlich in besagte Forschung fließen. Eine immer wieder auftauchende Schlüsselsentenz der politischen Vereinbarung ist die Forderung, die deutschen Hochschulen müssten international »sichtbarer« werden (BLK Juli 2005). Dem liegt die stillschweigende Prämisse zugrunde, man könne nicht mit 350 deutschen Hochschulen im internationalen Wettbewerb antreten, sondern höchstens mit einer Hand voll. Bereits einen Monat vorher wurde zwischen Bund und Ländern im so genannten »Pakt für Forschung und Innovation« vereinbart, die künftige öffentliche Forschungsförderung stärker auf »Exzellenz« zu konzentrieren (BLK Juni 2005).

Damit erweist sich die Exzellenzinitiative im Wesentlichen als eine *politische* Entscheidung, finanzielle Zuwächse nur noch selektiv auf wenige Hochschulen zu konzentrieren. Die ganze ideologische Diskurspolitik der Folgezeit kreist um das Problem, diese politisch absichtsvolle Weichenstellung für ein Zwei-Klassen-Hoch-

schulsystem als bloßen Ausdruck einer quasi *naturwüchsigen* Gegebenheit erscheinen zu lassen. Dabei wurde mit der alltagstheoretischen Selbstverständlichkeit unterschiedlicher »Leistungsfähigkeit« argumentiert. Kritiker äußerten hingegen die begründete Befürchtung, durch eine derartige hierarchische Differenzierung würde die soziale Selektivität *innerhalb* des Hochschulsystems noch einmal verstärkt, zweitens würde durch diese Art von »Elitenförderung« eine seit langem anhaltende Verteilung nach dem biblischen Matthäus-Prinzip⁵ noch einmal forciert (Hartmann 2004). Das heißt aber nichts anderes, als dass die »Leistungsabstände«, mit denen das offizielle Programm argumentiert, selber zuvor materiell produziert wurden, wodurch diese Argumentation tautologisch wird.

Um dies zu belegen, muss gar nicht spekuliert werden, es reicht ein Blick in die offizielle Statistik. Die DFG ist bekanntlich die größte deutsche Forschungsförderorganisation, die auf Antrag und mit »fachlicher« Begutachtung öffentliche Mittel an die Hochschulen verteilt. Knapp 60 Prozent aller DFG-Mittel konzentrieren sich aber auf nur 20 Universitäten. DFG-Förderung gilt zugleich als Basisindikator für Forschungsqualität insgesamt. Auf diese Weise wird ein Effekt produziert, den die DFG selbst als »korrelativ« bezeichnet: je mehr DFG-Mittel eine Hochschule erhält, umso größer auch ihr Zuwachs an zusätzlichen Drittmitteln aus anderen, überwiegend privaten Quellen, umso höher ihr Anteil an Stiftungslehrstühlen industrieller Sponsoren etc. (vgl. DFG 2007, 118–123). Dieser sich selbst verstärkende kumulative Effekt finanzieller Zuwächse kann durchaus als Matthäus-Prinzip bezeichnet werden. So nimmt es auch nicht wunder, dass nur jene Top-20-Hochschulen des DFG-Rankings die Exzellenzinitiative unter sich ausfochten.

Gleichzeitig finden wir hier das vor, was Klaus Holzkamp in Bezug auf das Schulsystem als »bildungspolitisch induzierten Pygmalioneffekt« (Holzkamp 1992, 17) kritisiert: ein zuvor produzierter Leistungsabstand zwischen Normal- und Hochleistern wird wiederum als »Begründung für die Auslese und gesonderte Förderung von Hochbegabten« herangezogen. Der Effekt ist der einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung, »durch die man Ressourcen an gesellschaftlich nutzbaren Leistungsmöglichkeiten nicht – wie beabsichtigt – fördert, sondern im Gegenteil durch die Vernachlässigung und Entmutigung der Nichtausgewählten unterdrückt und verschleudert« (ebd.).

5 »Wer da hat, dem wird gegeben werden, [...] wer aber nicht hat, dem wird auch genommen, was er hat.« (Mt 25, 29)

»Exzellenz« als technokratische Ideologie des Postfordismus

In seiner Kritik der Exzellenzinitiative macht der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann auf einen Aspekt aufmerksam, der in der öffentlichen Debatte bisher weitgehend untergegangen ist: »Das elaborierte Wissen einer Gesellschaft aber programmatisch auf eine auserlesene Schar – nichts anderes meint Elite – zu beschränken, ist schlichtweg vormodern und drängt den Wissenschaftler in die Rolle des Priesters.« (2006, 17) Damit wird in der Tat eine kritiklose Wissenschafts- und Expertengläubigkeit bedient, die in den letzten Jahren gesellschaftlich zugenommen hat. Dies verdeutlicht etwa die Rolle von Expertenkommissionen (Hartz, Rürup) bei den einschneidenden »Sozialreformen« der letzten Jahre. Die Bezugnahme auf deren Expertise ersetzte tendenziell politische Aushandlungsprozesse und Begründungspflichten. Resultat ist die Entpolitisierung gesellschaftlicher Interessengegensätze. Frank Fischer und Alan Mandell belegen, dass dieses Hantieren mit »Wissenschaftlichkeit« und »Exzellenz« bereits seit den späten 1980er Jahren die US-amerikanische Debatte zur Reorganisation des Bildungs- und Erziehungssystems prägte und die dortigen »herrschenden Eliten (sich) um ein spezifisches programmatisches Konzept einer technokratischen postindustriellen Gesellschaft« sammelten. (Fischer u. Mandell 1994, 129) Dieses Konzept ist mit Zukunftsvisionen verbunden, welche etwa die »Lösung« offener sozialer, politischer oder ökologischer Konflikte an »die Wissenschaft« delegieren und damit die Fragestellung einer Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen und Verteilungsverhältnisse ausblenden. Dieser Ansatz »verlangt nach der Etablierung eines eher wissenschaftlich organisierten Regierungssystems, das die Demontage des traditionellen pluralistischen Systems der Interessengruppenpolitik erfordert. Die Interessengruppen selbst werden als das hauptsächliche Hindernis gesehen, um die technokratische Koordination zu erreichen« (130). Auf diese Weise wird – ausdrücklich unpolitisch aufgefasste – »Professionalität« zu einer zentralen organisierenden und integrierenden Ideologie (131).⁶

Gefördert werden soll in diesem Rahmen die Bereitschaft, Experten zu vertrauen, sowie die Wertschätzung der Wissenschaft »an sich«, und zwar losgelöst von Kriterien ihrer gesellschaftlichen Beherrschung und des konkreten Nachweises ihres gesellschaftlichen Nutzens (142). Die gleichen Muster finden sich auch in der Exzellenzinitiative hierzulande wieder: dafür spricht allein die Bundesliga- oder Oscar-Preisverleihungsatmosphäre, die in jeder Vergaberunde vor Bekanntgabe der

6 Nur am Rande sei erwähnt, dass hierzulande die Bertelsmann Stiftung der zentrale Think Tank zur Verbreiterung dieser Professionalitätsideologie ist. Ihr Ableger Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) treibt konsequent die hiesige Hochschulreform in diesem Sinne vorwärts.

»Sieger« zielgerichtet medial erzeugt wurde. Dies schließt Appelle an die Bürger und Studierenden der prämierten Standorte ein, sich mit »ihrer« Eliteuniversität zu identifizieren. Die marketingmäßige und rankinglistengestützte Demonstration von »Leistungsfähigkeit« ersetzt als ideologischer Effekt den tatsächlichen Nachweis des gesellschaftlichen Gebrauchswerts der jeweiligen Forschungsergebnisse.

Diese Elitenpolitik ist nicht lediglich eine technokratische Verkürzung komplexer gesellschaftlicher Fragen, sondern in jeder Hinsicht eine negative Utopie bzw. ein *sozialreaktionäres* Konzept von Herrschaftssicherung. Dessen Kern ist die Verhinderung der gesellschaftlichen Aneignung der Wissenschaft. Das elaborierte Wissen wird einer kleinen Gruppe exklusiv zur Verfügung gestellt und umgekehrt proportional der gesellschaftlichen Bewertung und Verfügbarkeit entzogen. Damit wird Wissenschaft zugleich fetischisiert und aus ihren gesellschaftlichen Produktions- und Aneignungsbedingungen herausgelöst. In Wirklichkeit ist Wissenschaft immer beides zugleich: individuelle Erkenntnistätigkeit *und* ein auf sozialer Kooperation und Überlieferung beruhendes gesellschaftliches Kollektivprodukt, ohne das erstere nicht möglich wäre. Die nach-industrielle hochtechnologische Produktionsweise fördert im Grunde diese zunehmend wissens- und wissenschaftsbasierte soziale Kooperation auf immer breiterer gesellschaftlicher Grundlage. Die soziale Verallgemeinerung wissenschaftlicher Urteilsfähigkeit im Sinne des alten Programms »Bildung für alle!« ist dadurch objektiv leichter realisierbar. Vor diesem Hintergrund erweist sich Elitenförderpolitik als eine Art Defensivstrategie zur Verhinderung dieser politischen Möglichkeit. Als geeignetes Gegenkonzept konkretisiert sich daher das alte und zu aktualisierende Programm einer *Demokratisierung der Wissenschaft*.

Literatur

- Bollenbeck, Georg, 1994: *Bildung und Kultur – Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters*, Suhrkamp Insel Verlag Frankfurt/M
- Bultmann, Torsten, 2004: Deutschland sucht seine Elite – Konsequenzen für das künftige Hochschulsystem, in: *Arbeitshefte Nr. 105 – Zeitschrift der Juso-Hochschulgruppen* (Oktober 2004), Berlin, 16–23
- Ders., 2007: Veränderungen des Hochschulzugangs – Die aktuelle Debatte in Deutschland und ihre Hintergründe, in: S. Kuba (Hg.), *Im Klub der Auserwählten*, Erhard Loecker Verlag Wien, 75–88
- Bund-Länder-Kommission (BLK Juni 2005): Pakt für Forschung und Innovation – Beschluss vom 23.6.2005
- Bund-Länder-Kommission (BLK Juli 2005): Vereinbarung gemäß Artikel 91b des Grundgesetzes (Forschungsförderung) über die Exzellenzinitiative des Bundes

- und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen – Beschluss vom 18.7.2005
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG 2007): *Förder-Ranking 2006: Institutionen – Regionen – Netzwerke*, Bonn
- Fischer, Frank, und Allen Mandel, 1994: Bildungspolitik und postindustrielle Transformation: »Excellence« als technokratische Ideologie, in: H. Sünker, D. Timmermann u. Fr.-U. Kolbe (Hg.), *Bildung, Gesellschaft, soziale Ungleichheit*, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M
- von Friedeburg, Ludwig, 1989: *Bildungsreform in Deutschland – Geschichte und gesellschaftlicher Widerspruch*, Suhrkamp Verlag Frankfurt/M
- Hartmann, Michael, 2004: Elitehochschulen – die soziale Selektion ist entscheidend, in: *Prokla* 137, 535–550
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK 1996): Zur Finanzierung der Hochschulen, Bonn 8./9.7.1996 (Ms.)
- Holzkamp, Klaus, 1992: »Hochbegabung«: Wissenschaftlich verantwortbares Konzept oder Alltagsvorstellung?, in: *Forum Kritische Psychologie* 29, 5–29
- Liessmann, Konrad Paul, 2006: Platz für die Elite!, in: *Freitag* 21. April 2006, 17
- Lux, Vanessa 2007: Eignung und Anpassung – zur Prognostik von »Studierfähigkeitstest«, in: *Forum Wissenschaft* 4/2007, 41–44
- Markard, Morus, 1998: Begabung. Motivation. Eignung. Leistung. – Schlüsselbegriffe der aktuellen Hochschulregulierung aus kritisch-psychologischer Sicht, in: *Forum Wissenschaft* 1/1998, 36–40
- Ders., 2005: »Elite«: Ein anti-egalitaristischer Kampfbegriff, in: *UTOPIE kreativ* 171, Januar 2005, 5–11

Nora Kiefer

Stranger than Fiction

Neoliberale Hochschulpolitik: zwischen Alternativlosigkeit und Utopie als fiktionaler Realität

Hochschulen und ihre Akteure stehen gegenwärtig am Eingang zu einer völligen Neuordnung der Hochschullandschaft. Die in den letzten Jahren – auf europäischer, später auf nationaler und hochschulinterner Ebene – ausgearbeiteten Entwürfe einer inhaltlichen und organisatorischen Neukonzeption von Lehre und Forschung nehmen Gestalt an: Die Bachelor- und Masterstudiengänge mit ihren verschärften Zulassungsvoraussetzungen und standardisierten, am fachinternen Mainstream orientierten Curricula sind eingeführt, Hochschulen konkurrieren im Zuge von Exzellenzinitiativen um Forschungsgelder und Elitestatus, und die Presse ist voll von immer neuen Hochschulrankings und »Karrieretipps« für Studienbewerber. Zugleich gehen damit Versprechungen ungeahnter Qualitätsverbesserungen von Studium, Lehre und Forschung, gerechterer Verteilung von Bildungschancen, größerer praktischer Relevanz von Lehrinhalten und vermehrten Wahlmöglichkeiten bei der Gestaltung der eigenen Bildung einher.

Ich möchte zeigen, dass diese Versprechungen ins Land der Mythen gehören. Um neoliberale Maßnahmen zu Instrumenten einer hochschulpolitischen Utopie zu stilisieren, werden ehemals emanzipatorische Forderungen, Begriffe und Argumente aufgegriffen und umgedeutet. Dahinter steht die altbekannte Strategie, die Verhältnisse einer Grundsatzkritik zu entziehen, indem die bestehende Welt zur best- und einzig möglichen mystifiziert wird.

Nachfolgend sollen einige dieser Mythen benannt und daraufhin konkretisiert werden, welche Auswirkungen sie auf die Situation von Studierenden und Lehrenden haben, welche Denkweisen und Handlungen sie nahe legen und ob bzw. welche Alternativen zu ihnen existieren. Dadurch soll das Verhältnis von phantastischen Versprechen, dystopischer Realität und emanzipatorisch-utopischen Alternativen bestimmt werden.

Mythos 1: Qualität als Wirtschaftlichkeit, Selektion und Elitenbildung

Eines der öffentlichkeitswirksamsten Versprechen der neoliberalen Hochschulreformer besteht in entscheidenden Qualitätsverbesserungen an deutschen Hochschulen. Dabei mutet es an, als würden die hochschulpolitischen Akteure nun die drängenden Probleme deutscher Hochschulen (wie chronische Unterfinanzierung, Entfremdung und Isolation der Studierenden oder mangelnde Vereinbarkeit von Studium und Leben) angehen: Im Zuge der Exzellenzinitiative erhält, so die offizielle Fama, wissenschaftliche Forschung wieder finanzielle Unterstützung im großen Maßstab, durch die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge kommen Studierende wieder in den Genuss kleinerer Seminare und persönlicher Betreuung, Praxisrelevanz soll verstärkt Eingang in Lehrpläne finden, und die Zwischenprüfung wurde zu einem eigenen Abschluss aufgewertet, so dass Studieren flexibler in die eigene Lebensplanung integriert werden kann.

Und auf solch abstrakter Ebene ist dies kaum oppositionsfähig: Wer kann in einer Gesellschaft, die gern als »Wissengesellschaft« bezeichnet wird und in der der gesamtgesellschaftliche Arbeits- und Lebensgewinnungsprozess qualitativ und quantitativ ein hohes Maß an Qualifikationen erfordert, schon ernsthaft schlecht (aus)gebildete Absolventen und miserable Forschung fordern? Die zentrale Frage, der sich jede Maßnahme zur Qualitätsverbesserung stellen muss, lautet aber: Wie definiert man die »qualia«, die Beschaffenheit hochwertiger Lehre und Forschung?

Begibt man sich auf die Suche nach Kriterien für diese Qualitätsverbesserungen, wird man bald feststellen, dass Fragen nach den *Inhalten* verbesserter Lehre und Forschung kaum auftauchen. Was etwa ein kleines Seminar mit persönlicher Betreuung inhaltlich ausmacht, scheint irrelevant zu sein. Bei der Definition und Förderung von »Spitzenforschung« interessiert nicht, ob eine Forschungsfrage und die zu gewinnenden Erkenntnisse gesamtgesellschaftlich relevant, von allgemeinem Interesse und Nutzen sind.

Die gegenwärtigen Definitionsmerkmale qualitativ hochwertiger Lehre und Forschung weisen in eine völlig andere Richtung: Es geht darum, Qualität zu quantifizieren, sie an externen, marktwirtschaftlichen Kriterien und Interessen zu messen und sie am Ende in Rankings, Karrierechancen und Drittmittelzuwendungen auszudrücken.

Was dies für die Forschung bedeutet, wird etwa an den Erwartungen deutlich, die die DFG an die so genannten »Exzellenzcluster« stellt: Mit diesen »sollen an deutschen Universitätsstandorten international sichtbare und konkurrenzfähige Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen etabliert [...] werden« (DFG 2007a). Sie sollen »für den wissenschaftlichen Nachwuchs exzellente Ausbildungs- und

Karrierebedingungen schaffen«, sowie »dazu bei[tragen], den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern« (3), wobei »im Rahmen eines Exzellenzclusters [...] auch die Kooperation mit Partnern aus der Industrie wünschenswert [ist ...]. In diesem Fall ist der gegenseitige Nutzen von Wissenschaft und Wirtschaft deutlich herauszustellen« (ebd.).

Die Qualität von Forschung reduziert sich damit auf die Frage, wie viel eine Hochschule erwirtschaften kann. »Internationales Renommee«, Forschungsvorhaben und -ergebnisse oder der Zitationsindex von Nachwuchswissenschaftlern werden danach bewertet, in welchem Maße sie sich gewinnbringend vermarkten lassen, wie viele Drittmittel auf diesem Weg eingeworben werden können, und wie viele Wirtschaftsunternehmen ein »Wissenschaftsstandort« Hochschule in die Region oder das Land bringen kann. Der Wert von Forschung, aber auch von Forschern bemisst sich demnach daran, inwiefern sie zur wirtschaftlich nutzbaren Ressource taugen. Zum hervorstechenden Merkmal eines »guten« Forschers werden nun die von Adorno (1978, 18f; vgl. auch Markard 2005a) analysierten »Händlerqualitäten«: Er nutzt seine Klugheit, seinen Witz, seine Sensibilität und Reaktionsfähigkeit, um die »geheimsten Urteilsprüche« (Adorno 1978, 19) der Mächtigen zu erraten und sich »durch Kenntnis aller Kanäle und Abzugslöcher der Macht« unentbehrlich zu machen (ebd.). Die gesellschaftliche Relevanz von Forschung soll sich künftig in einem Dienstleistungsverhältnis erschöpfen. Und da Dienstleistungen demjenigen zugute kommen, der sie bezahlt, besteht die Hauptanforderung an Wissenschaft und Forschung darin, sich für die Macht- und Herrschaftsinteressen des Kapitals dienst- und verwertbar zu erweisen.

Wendet man sich dem Bereich der Lehre zu, wird man auf eine weitere Möglichkeit der Quantifizierung von Qualität stoßen: Die Messung der Qualität eines Prozesses anhand quantifizierbarer »Eigenschaften« seiner Akteure. Oberflächlich betrachtet mag eine solche Definition absurd erscheinen, da sie sich eines zirkulären Erklärungsmodells bedient. Einerseits wird davon ausgegangen, dass sich die Güte von Lehre anhand der Erhebung des intendierten Lerneffekts durch möglichst standardisierte Leistungsüberprüfungen messen lässt.¹ Zugleich aber werden individuelle Leistungsergebnisse im Lichte von Konzepten wie Begabung oder Leistungsfähigkeit interpretiert und zu Eigenschaften der Lernenden umgedeutet. Das Maß für die Güte einer Lehrveranstaltung ist dieser Konstruktion zufolge die Anzahl von Personen, die aufgrund ihrer Testergebnisse als begabt

1 Dieser Logik folgen etwa Forderungen nach der Einführung eines bundesweiten Zentralabiturs, die Gewichtung von Abiturnoten durch die ZVS oder Vergleichsstudien wie die Pisa-Studie.

klassifizierbar sind. Die darin implizierte Qualitäts-, aber auch Gesellschaftsvorstellung hat die Konrad-Adenauer-Stiftung so prägnant, wie abwegig auf den Punkt gebracht: »Wer Qualität sagt, der muss [...] Selektion hinzudenken.« (Zit. nach Markard 2005b, 44)

Auch wenn Qualität hier sozialdarwinistisch eingefärbt wird und man solchen Aussagen sinnvoll nur mit Markards Erwiderung – »wer Qualität sagt [muss] *Qualifikation* hinzudenken« (44) – begegnen kann, so wird diese Denkweise doch nachvollziehbar, wenn man sie im Zusammenhang mit dem seit einigen Jahren immer entschiedener geführten Elitediskurs betrachtet (vgl. den Beitrag von Torsten Bultmann in diesem Band). Demnach soll eine der Kernaufgaben der Hochschulen die Auswahl und Förderung besonders begabter und geeigneter Studienbewerber sein. Um für diesen erlauchten Kreis attraktive und konkurrenzfähige Studienangebote zu schaffen, sollen Studiengänge der einzelnen Universitäten (bei gleichzeitig zu gewährleistender Vergleichbarkeit der Abschlüsse) ihre »inhaltlichen Profile« schärfen, die anhand von studienfachspezifischen Hochschulrankings untereinander verglichen werden können.

Problematisch daran ist nicht die Forderung nach verbesserter Förderung von Studierenden oder nach größerer Transparenz der Ausrichtung von Studiengängen, sondern dass der Elitebegriff bereits formal einen Gegenbegriff der Nicht-Elite voraussetzt, die es auszusortieren gilt. Gegenwärtig ist dieser Gegenbegriff die (breite) Masse (41). Nicht etwa die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen, die beständige Einschränkung studentischer Mitbestimmung, die zunehmende Verschulung von Studiengängen oder die verschärfte Konkurrenz um Seminarplätze, Scheinerwerbsmöglichkeiten und Betreuung sollen verantwortlich sein für Entfremdung, Isolation und mangelndes Studieninteresse der Studierenden – allein die Masse macht's. Und die Masse, das sind immer die anderen. In Zeiten, in denen zwar das fordistische Ideal der Massenproduktion, aber nicht die Warenform als dominante Kategorie gesellschaftlich-individueller Beziehungen obsolet geworden ist, besitzt der Massenbegriff stets eine abwertende Konnotation: Wer will schon gerne Massenware auf dem Arbeitsmarkt sein? Die zentrale, paradoxe Anforderung der »Individualisierung« besteht gerade darin, sich zu einem Produkt zu gestalten, das einerseits ökonomische Verwertbarkeit bietet, zugleich aber in seiner Einzigartigkeit individuell konkurrenzfähig ist (vgl. 43).

Die Implikationen eines Diskurses, der Menschen im Konkurrenzkampf um die Zugehörigkeit zur Elite in Stellung bringen soll, sind zutiefst antidemokratisch: Die Masse, die Mehrheit der Bevölkerung also, wird als »Pöbel« gedacht, dem man nicht zutrauen kann, Kontrolle über seine Lebensumstände auszuüben, und der somit zum Objekt paternalistischer Kontrolle durch »besser« Befähigte werden muss (vgl. Markard, 2005b, 41). Diese »besser« Befähigten haben innerhalb dieser Fiktion das

natürliche Recht und die Pflicht, ihre Macht und Herrschaft zum »Wohle« der weniger von der Natur Begünstigten einzusetzen. Genau in diesem Sinne ist der Elitebegriff kein Beschreibungsbegriff, sondern ein Instrument zur Installation funktionaler Mehrheits-Minderheitsdiskurse (vgl. Holzkamp 1997, 322f), denn seine Verwendung hat stets einen anti-egalitaristischen »Abwertungs-Effekt der ›anderen« (Markard 2005b, 42).

So wird es innerhalb des Elitediskurses möglich, den strukturellen Herrschafts- und Unterdrückungszusammenhang grundsätzlich aus der Diskussion zu verbannen: Klassenspezifisch gewährte oder verweigerte Teilhabe- und Einflussmöglichkeiten werden durch unterschiedliche Begabung erklärt und zur sachlogischen Notwendigkeit und »natürlichen« Ordnung stilisiert. Werden ungleich verteilte Teilhabemöglichkeiten personalisiert und lösen sich in unterschiedliche Eigenschaften von Individuen auf (Markard 2005b, 41), reduziert sich das, was gesellschaftlich an Chancengleichheit herstellbar ist, auf ein Minimum. »Gerechte Teilhabe« wird zur individuellen Aufgabe, deren konkurrenzförmige Umsetzung als Indikator der eigenen dispositionalen Befähigung gilt.

An dieser Stelle wird die zirkuläre Herleitung »guter« Lehre aus dem Vorhandensein »guter« Studierender verständlich: Wird strukturell bedingte Ungleichheit »als Resultat bloß unterschiedlich genutzter bzw. intellektuell nutzbarer formal gleicher Chancen vernebelt« (44), kann behauptet werden, dass die Utopie von Chancengleichheit im vorfindlichen Bildungssystem bereits realisiert ist. Erscheinen Erfolg oder Misserfolg im Bildungssystem als Ausdruck unterschiedlich verteilter Begabungen und Fähigkeiten, bedeutet Qualitätsverbesserung der Hochschulen, dass diejenigen, die am Ende das Privileg genießen, in einer Lehrveranstaltung Platz nehmen zu dürfen, eben die »Besten« waren, die somit nicht nur für ein Studium am besten geeignet sind, sondern deren Abschneiden in den zugehörigen Leistungsüberprüfungen auch den besten Referenzmaßstab für die Güte der Lehre darstellt.

Diese rein formale Definition von Qualität der Lehre (bzw. der Belehrtten) ist zunächst völlig unabhängig von den vermittelten Inhalten: So wäre es prinzipiell auch möglich, die Teilnehmer in bester psychologischer Tradition sinnlose Silben auswendig lernen zu lassen. Realiter werden Lehrinhalte selbstredend in Curricula standardisiert, was, folgt man der offiziellen Lesart, letztlich im Interesse aller Beteiligten ist. – Andernfalls könnten schließlich nationale und internationale Vergleichbarkeit und »Konkurrenzfähigkeit« der Hochschule und der an ihr erworbenen Abschlüsse nicht mehr garantiert werden. Kriterien wie Mitbestimmung, Diskursivität und Pluralität der Lehre, die Raum für die Lerninteressen der Teilnehmer lassen und Lehrinhalte erst zu etwas machen, dem Studierende subjektiven Sinn und Bedeutung abgewinnen können, bleiben außer Acht. Die inhaltlichen Gestaltungsspielräume der künftigen Elite reduzieren sich vornehm-

lich darauf, der aktuellen Elite darin zu vertrauen, dass diese sich bei der Gestaltung der Lehrpläne wohl »was gedacht hat« und allein ihr »Bestes« (d. h. ihre Karrierechancen) im Sinne führt.

Langfristig wird eine solche Definition der Qualität von Lehre und Studium die Konsequenz haben, dass Studierende die Grundlagen wissenschaftlichen Denkens nicht mehr erlernen. Wenn Wissen nur noch in Form mundgerechter Häppchen aufbereiteten Lernstoffs angeboten wird, Curricula nur noch Konzepte des fachinternen Mainstreams berücksichtigen, und Studieren nur noch eine Übung in geschmeidiger Anpassung bedeutet, so wird auch nicht mehr einsichtig, welchen Sinn es haben sollte, sich aus inhaltlichem Interesse heraus mit Theorien kritisch auseinander zu setzen.

Die völlige Vernachlässigung der subjektiven Sinnhorizonte Studierender impliziert zudem, dass demokratische Hochschulstrukturen zunehmend überflüssig werden. Wenn sich Lehr- und Lerninhalte der Verfügung der Studierenden entziehen, so müssen sie nicht mehr bei hochschulpolitischen Angelegenheiten mitbestimmen können. Nehmen Studierende dies hin, so kann es ihnen gleichgültig sein, ob etwa die vakante Professur an einen weiteren Vertreter des fachinternen Mainstreams oder an seinen kritischen Kollegen vergeben wird – beide bieten ihnen das Gleiche: curriculumskonformen Lernstoff.

Dabei wäre es durchaus möglich, diesem mittlerweile gängig gewordenen Verständnis der »Qualität« von Lehre und Studium ein anderes, emanzipatorisch orientiertes Konzept entgegenzusetzen. Denn zur Qualitätssicherung und -verbesserung ließen sich, wie im Begriff der *qualia* bereits nahe gelegt, ebenso gut inhaltliche Kriterien zu Rate ziehen. Die Normen an denen sich »Qualität« zu messen hat, müssten dann dessen Spezifika angemessen sein, aus ihm heraus und von seinen Akteuren entwickelt werden. Die Herstellung, Weiterentwicklung und Sicherung von »Qualität« wäre in diesem Sinne als ein ergebnisoffener und demokratischer Prozess zu denken (vgl. Forneck/Franz 2005, 27). Begreift man das Bildungssystem und wissenschaftliche Erkenntnisse als gesamtgesellschaftliche Güter, impliziert dies auch, dass wissenschaftliches Wissen – aber auch Art und Auswahl seiner Vermittlung – »auf seine gesellschaftliche Bedeutung hin öffentlich befragt werden« müssten (vgl. Markard 2001, 58).

Mit diesen Überlegungen wird man rasch auf das Ideal stoßen, dass Hochschulen die Funktion *allgemeiner Bildungseinrichtungen* hätten. Nimmt man diesen Begriff ernst, sollte ein Studium auch dazu befähigen, die Erfahrung von Zersplitterung, Entfremdung und Partikularisierung durch Reflexion von Gesamtzusammenhängen zumindest gedanklich zu durchdringen und aufzuheben. Mit diesem Anspruch überschreitet Bildung notwendig disziplinäre Grenzen und ist unvereinbar mit elitären Zugangsbegrenzungen. Qualifikationsangebote stellen dann Einladungen

dar, sich zum Urteilen zu befähigen und sowohl die eigene Lebenspraxis als auch gesellschaftliche Entwicklungen in ihrer Gewordenheit zu verstehen. Vor dem Hintergrund einer solchen Utopie wird die Forderung nach Qualitätsverbesserung der Hochschulen emanzipatorisch: Sie setzt allgemeine Rechte voraus auf freien Hochschulzugang, auf demokratische Hochschulstrukturen, auf die Erarbeitung eines eigenen wissenschaftlichen und gesellschaftstheoretischen Standpunktes, auf die Freiheit, wissenschaftliche Ergebnisse auf ihre gesellschaftliche Funktionalität hin zu hinterfragen und zu diskutieren. Erst in dem Maße, in dem diese Rechte gewährleistet sind und Qualifizierung als Entwicklung von Handlungsfähigkeit begriffen wird, bestehen die Voraussetzungen, um diskursiv und demokratisch verallgemeinerbare Kriterien zu formulieren, nach denen die Nützlichkeit, Angemessenheit und Wünschbarkeit – kurz: die Qualität – von wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Argumenten, Ergebnissen und Entscheidungen konkret zu bewerten sind.

Mythos 2: Bildungs-Gerechtigkeit als formale Leistungs-Gerechtigkeit

Nun wird man mit derartigen Forderungen nach verallgemeinerten Teilhabemöglichkeiten spontan den Begriff der Gerechtigkeit, bezogen auf das Bildungssystem vielleicht auch der »Bildungsgerechtigkeit«, verbinden. – Und feststellen, dass Rufe nach »Bildungs- und anderen Bindestrich-Gerechtigkeiten« längst zum Grundrepertoire neoliberaler Reformer gehören. Innerhalb des Elite-Diskurses wird eine eigene Fiktion einer gerechten (Bildungs-) Welt erschaffen. Indem die bestehende Ordnung von Oben und Unten mithilfe von Begabungskonzepten naturalisiert wird, können Selektionsprozesse als objektiv gedacht werden. Die Tatsache, dass die Eliten sich beständig selbst auslesen, erscheint unter dem Primat ökonomischen Verwertungsdenkens als unparteiischer, natürlicher und gerechter Prozess. Innerhalb dieser Fama gelten Abiturnoten und Hochschuleignungstests als »gerechte« Messinstrumente für die individuelle Befähigung zum Hochschulstudium, Studiengebühren sichern ebenso wie straffe Lehrpläne, dass nur die Motiviertesten ein Studium beginnen, »ernsthaft« betreiben und in kürzester Zeit abschließen, Anwesenheitslisten, häufige Leistungsüberprüfungen und teilnehmerbeschränkte Seminare sorgen dafür, dass nur diejenigen einen Abschluss erlangen, die diszipliniert und fleißig studieren: Leistung und Begabung lohnen sich endlich wieder!

Exemplarisch sei hier das kürzlich vorgelegte Jahrgutachten »Bildungsgerechtigkeit« des »Aktionsrates Bildung« (2007) angeführt². Dieses weist durchaus auf einige der eklatanten Missstände des deutschen Bildungssystems hin (etwa, dass die

besuchte Schulform, Geschlecht, Migrationshintergrund und soziale Herkunft noch immer wichtige – leistungsunabhängige – Gründe für Benachteiligung sind; 29ff), bei genauerem Hinsehen finden sich allerdings auch Sätze wie dieser:

Das Kompetenzproblem von Migrantenkindern ist nicht allein pädagogisch lösbar. Wenn Deutschland sich nicht wie andere Staaten zu einer gezielten und selektiven Einwanderungspolitik entschließt, werden die Disparitäten weiter wachsen und damit der erhebliche soziale – auch sicherheitsrelevante – Sprengstoff. (136)

In den abschließenden »Handlungsempfehlungen an die Politik« wird das Problem der systematischen Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund nicht einmal mehr erwähnt. Die vom Schulsystem produzierten und reproduzierten Marginalisierungsprozesse werden den Migranten als Kompetenzproblem in die Schuhe geschoben, das gänzlich aus dem pädagogischen Handlungsbereich heraus genommen ist und lediglich durch die Regulierung der Anzahl der Migranten über Einwanderungs (und Ausgrenzungs-)Politik zu lösen sei.

Konsequenter Weise werden auch die so genannten »Studierfähigkeitstests« als Kerninstrumente zur Herstellung von »Bildungsgerechtigkeit« im Hochschulbereich betrachtet:

Zu den zentralen Aufgaben im deutschen Hochschulsystem [gehört es], dass die deutschen Hochschulen eine passgenaue Auswahl der Studierenden [...] einführen. Die Verantwortung für den erfolgreichen, d.h. zu einem Abschluss und zu einer anschließenden Beschäftigung führenden Hochschulbesuch kann eine Hochschule nur dann übernehmen, wenn die Auswahl der Studierenden in einer dem Profil der Einrichtung entsprechenden Weise stattgefunden hat. (61)

Die Gerechtigkeitsperspektive besteht dabei darin, dass langfristig auch für »Leistungsfähige, aber Bildungsferne« (149) ohne Abitur »der Hochschulzugang aufgrund standardisierter, zielgenauer Zulassungsprüfungen ermöglicht werden« soll (ebd.).

Dass hier scheinbar ein bildungsbürgerliches Privileg angegriffen wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der zentrale Begriff »Leistungsfähige« lautet. Im Zuge des Projekts »Ökonomisierung der Hochschule« werden zur Aufschließung verwertbarer Potenziale durchaus auch einige sentimentale Traditionen der deutschen Bildungskaste geopfert – ihr Interesse an der Aufrechterhaltung und Unterstützung der bestehenden Verhältnisse, ihre inneruniversitären Ziele und Machtansprüche werden dagegen befördert. Denn die bundesweite Einführung von hochschul- bzw. fachintern zu entwickelnden Studierfähigkeitstests³ stellt ein

2 Herausgegeben wurde das Gutachten von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, wissenschaftlicher Koordinator war der FU-Präsident, Dieter Lenzen. Ziel war es, anhand der neueren Befunde der empirischen Bildungsforschung Handlungsempfehlungen an die Politik zu entwickeln.

3 Als Richtlinie für die Hochschulen gelten dabei die 1995 von der Kultusministerkonferenz definierten,

machtvolles Instrument zur Auslese der Erwünschten und damit langfristig auch zur Definition eines Faches dar.

Die Impertinenz, mit der die universitäre Machtelite ihr Wissenschafts- (und implizit auch ihr Gesellschafts-) Verständnis bei der Auswahl ihrer Nachfolger durchsetzt, zeigt sich etwa anhand des Studierfähigkeitstests, der für den Bachelorstudiengang Psychologie an der FU entwickelt wurde (vgl. Lux 2007): Nicht nur mussten die Bewerber die im Zuge der Testung anfallenden Testgebühren, Anreise- und Unterkunftskosten selbst zahlen, wodurch sich bereits Rückschlüsse auf ihre Liquidität bzw. die ihrer Eltern ziehen lassen, der Test selbst machte unmissverständlich deutlich, welche Art von Psychologie die künftige Elite betreiben soll. Neben »schlussfolgerndem Denken« und Leseverständnis in Englisch, wurde vor allem »studienrelevantes« (Abitur-)Wissen aus den Bereichen Mathematik und Biologie abgefragt.⁴ Dass die akademische Psychologie nicht nur aus quantitativer Methodik und Neurowissenschaft besteht, sondern – wie es in der Diplomstudienordnung der FU Berlin von 1989 (§ 12, 2.4, 5) noch heißt – ein Fach ist, dass durch »konkurrierende Theorieansätze« und »Kontroversen um das Wissenschaftsverständnis« geprägt ist, scheint bei der Definition von »Studierfähigkeit(en)« nicht mehr von Bedeutung zu sein.

Da überrascht es auch nicht mehr, dass in einem Gutachten zur »Bildungsgerechtigkeit« die Einführung von Studiengebühren gefordert wird. Interessant ist eher die Begründung: Da die Hochschulausbildung bislang kostenlos war, so die Autoren, wurde »mit dem kostspieligen Gut [...] oftmals wenig verantwortungsvoll umgegangen [...] die Bedeutung von Effizienz und Effektivität kann durch die Zahlung von Studienbeiträgen einen wichtigen Impuls erhalten« (Aktionsrat Bildung 2007, 62). Allerdings seien Möglichkeiten der »sozialverträgliche[n] Refinanzierung«, ebenso wie die Schaffung von Stipendien »für qualifizierte Studierende«, »dringend erforderlich« (ebd.).

Diese Unterstellung, Bildung sei ein zu verteilendes knappes Gut, legt die Vorstellung nahe, dass Bildung – wie Diamanten oder Rohöl – natürlicher Weise

fundamentalen Qualifikationen zur Studierfähigkeit (vertiefte Kenntnisse in Deutsch, einer Fremdsprache, Mathematik, soziale Kompetenz, Selbststeuerung des Lernens und Eigenverantwortlichkeit). Davon zu trennen ist allerdings die Frage der konkreten Definition spezifischer fachlicher Anforderungen. So entschieden sich etwa die Entwickler des an der FU verwendeten Tests (Wilhelm und Köhler) zur Überprüfung der Kriteriumsvalidität die Noten in den Pflichtkursen des Studiums heranzuziehen, wobei diese Veranstaltungen sämtlich dem psychologischen Mainstream zuzuordnen sind.

4 Zu den Kriterien vgl. Köller/Wilhelm 2007; laut DGPs (2007) soll »mit diesen [fachspezifischen] Testmodulen [...] erfasst werden, wie gut ein Bewerber oder eine Bewerberin den Anforderungen eines Studienfachs genügt«.

nur in begrenzter Quantität verfügbar sei, und sich daher die Aufgabe stelle, sie möglichst (leistungs-)gerecht zu verteilen. Dabei wird die Bedeutung von ›Gerechtigkeit‹ gruppenspezifisch differenziert: Während sie für die Begüterten lediglich eine Belastung der elterlichen Finanzkasse heißt, und die im besonderen Maße ökonomisch verwertbaren »qualifizierten Studierenden« zur maximalen Ausnutzung ihrer Potenziale von Studiengebühren und finanzieller Lebenssicherung befreit werden, bedeutet ›Gerechtigkeit‹ für die Masse der weniger Begüterten offensichtlich, dass sie ihr Studium mit der Perspektive beginnen, hoch verschuldet ins Erwerbsleben einzutreten, wobei der Druck, die Schuldensumme gering zu halten und sobald als möglich wieder abzubauen, nahe legt, sich möglichst effizient und schnell zum wirtschaftlich verwertbaren Humankapital zu transformieren.

Der zentrale Begriff in dieser Debatte ist »Leistungs-Gerechtigkeit«. Das Versprechen, dass sich in einem nach ökonomischen Prinzipien umgestalteten System Leistung »lohne«, kann anknüpfen an die verbreitete »implizite Vorstellung, dass ›harte Arbeit‹ sich gegen gesellschaftliche Absicherung, Lebensstandard und Anerkennung ›tausche« (Kaindl 2007, 25). Im (neo-)liberalen Diskurs wird der Mythos eines »gerechten« Kapitalismus unter die Prämisse gestellt, dass die rationale politische Strategie zur Herstellung von »Gerechtigkeit« allein darin besteht, »an die Stelle einer bewussten Regulation die unbewusste Weisheit der langfristig ›evolutionär‹ wirkenden Marktprozesse zu setzen« (Wolf 2005, 2). Herrschaft und Kontrolle kommen dementsprechend in der Bildungsdebatte eher indirekt, in der Definition von »Leistung«, zum Ausdruck⁵, die von den Macht habenden Akteuren nach Maßgabe des ökonomischen Verwertungsinteresses und ihrer eigenen, internen Hegemonialbestrebungen schlicht durchgesetzt wird.

Diese Universalisierung ökonomischer Entscheidungskriterien macht letztlich die Bedeutung aller neoliberalen Bindestrich-Gerechtigkeiten aus; durch ihre anti-egalitaristische Grundkonzeption stellt sie aber zugleich auch den größten Angriffspunkt dar. Eine sinnvolle Alternative kann allerdings nicht in einer abstrakten Forderung nach der Gleichheit aller bestehen, da diese sich in eben jenem Mythos formaler Gleichheit verstrickt, der konstitutiv ist für den neoliberalen Gerechtigkeitsdiskurs (vgl. Markard 2005, 42). Ein tatsächlich demokratischer Maßstab der Gerechtigkeit muss vielmehr Teilhabe egalitär und universal einfordern. Ziel kann nur die Beseitigung jedweder *strukturellen* Ungleichheit und Benachteiligung sein, die die freien Entfaltungsmöglichkeiten der Subjekte behindern (ebd.). Im Bereich

5 Wobei es im Gutachten »Bildungsgerechtigkeit« unter eben jener Überschrift durchaus heißt: »Das Rechtssystem ist hier nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, Bildungsmissbrauch auch unter Anwendung von Zwang zu verhindern und Schulbesuch, einen störungsfreien Unterricht und eine leistungsadäquate Bewertung durchzusetzen.« (Aktionsrat Bildung 2007, 21)

der Bildung ist eine solche Utopie von besonderer Bedeutung, denn Bildung ist eine grundlegende Dimension menschlicher Tätigkeit. Erst durch Bildung im allgemeinsten Sinne, d. h. durch Aneignung der in den objektiven Bedeutungen liegenden, allgemeinen (sachlichen und sozialen) Bestimmungen gesellschaftlich-individueller Existenzerhaltung, erwächst die generelle Möglichkeitsbeziehung des Menschen zur Welt und zu sich selbst (Holzkamp 1983b, 423), und der gesamtgesellschaftliche Prozess kann aufrechterhalten werden. In demokratischen Gesellschaften, die (dem Anspruch nach) auf der eigenständigen Handlungsfähigkeit ihrer Mitglieder gründen, muss daher die Forderung auf allgemeinen und freien Zugang zu Bildung jeden Gerechtigkeitsdiskurs überschreiten und sich als das begreifen, was sie tatsächlich ist: Eine Notwendigkeit zur individuellen und gesellschaftlichen Entfaltung.

Mythos 3: Praxisrelevanz – Kritik als Luxus, Verwertbarkeit als Notwendigkeit

Nun wird man aber auch mit dieser Argumentation nicht ohne weiteres in einen ideologiefreien Raum vordringen. Denn die Protagonisten des maximal rationalen Wirkens des Marktes beanspruchen den Zusammenhang von Bildung und gesamtgesellschaftlicher Lebensgewinnung ebenfalls für sich und verweisen auf die enorme Wichtigkeit »lebenslangen Lernens« und der »Praxisrelevanz« von Ausbildung in einer »Wissengesellschaft«. – Allerdings in einer Weise, die der demokratischen Vorstellung von zur Teilhabe befähigten, mündigen, kritischen und handlungsfähigen Gesellschaftsmitgliedern den Rücken kehrt, das Bildungssystem der ökonomischen Logik unterwirft und damit weiter entdemokratisiert.

So nimmt das Konzept vom »Lebenslangen Lernen« durchaus Bezug auf die Erkenntnis, dass Informationstechnologien in den ›westlichen‹ Gesellschaften zum vorherrschenden gesellschaftlichen Produktionsmittel geworden sind und dass deren schnelle Verfallsdaten eine beständige Weiterqualifizierung großer Teile der Bevölkerung erfordern. Statt diesen Sachverhalt jedoch als gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu sehen, die von den Akteuren gemeinsam und diskursiv zu gestalten ist, wird er als einseitige Anforderung an die Subjekte formuliert, sich den ökonomischen Anforderungen in ihrer Bildungstätigkeit zu unterwerfen. Da ›Lernen‹ aber hohe Anforderungen an die Selbstorganisation der Lernsubjekte stellt, muss diese Verwertungslogik von den Betroffenen internalisiert werden, indem sie ihre ›Lernleistungen‹ (geronnen in Zertifikaten) aus Sicht eines »ökonomisch kalkulierenden Entrepreneurs« (Forneck/Franz, 2005, 31) beurteilen, den allein interessiert, »ob sich die Investition gelohnt hat« (ebd.).

Entsprechend dieser Logik erhält auch die Praxisrelevanz des Studiums eine neue Bedeutung, die mit der Vorstellung, Gegebenheiten der Praxis seien nicht unbefragt hinzunehmen, sondern auf ihre konkreten gesellschaftlich-institutionellen Bedingungen und theoretischen Vornahmen zu hinterfragen, nichts mehr zu tun hat. Es geht nicht länger darum, Studierenden dabei zu helfen, ihre oft problematisch empfundenen, berufspraktischen Erfahrungen kritisch zu reflektieren und Handlungsalternativen zu erarbeiten. Stattdessen verkommt »Praxisrelevanz« zu einem Aspekt von »Beschäftigungsfähigkeit« (vgl. dazu z. B. Kaindl 2006, 87f). So erstellen etwa die dapm und CHE kürzlich ein »Employability-Rating« deutscher Hochschulen, in dem der »Praxisbezug des Studiums« (CHE 2007) ein Kernkriterium darstellt. Da »Employability« dabei einerseits als »Eigenschaft« der Absolventen (ebd.), zugleich aber auch als wichtiger »outcome Indikator« (ebd.) des Studiums gilt, wird hier »Praxisbezug« als Mittel zur Förderung der Fähigkeit, sich für das Kapital verwertbar zu machen, verstanden. Ratings wie dieses sollen sowohl Studienbewerber als auch Unternehmen als Entscheidungshilfe dienen, wo es sich »lohnt« zu studieren, bzw. wo berufsqualifizierte Jobeinstiege zu finden sind. Diese Ideologie des »allseitigen Nutzens« setzt allerdings voraus, dass Studienbewerber bereit und willens sind, sich selbst als ihr eigenes Humankapital zu betrachten, und dieses entsprechend der Marktanforderungen zu verändern. Erst unter dieser Prämisse kann die Information welche Hochschule dieses Vorhaben optimal unterstützt, subjektiv relevant werden und als Entscheidungshilfe imponieren.

Und genau in dieser Anforderung zeigt sich die zentrale Stoßrichtung der gegenwärtigen Umstrukturierungen in Reinform: Im Grunde geht es darum, das Prinzip wirtschaftlicher Verwertbarkeit auf allen Ebenen (Forschung, Lehre, Entscheidungsstrukturen und hochschulspezifische sowie individuelle Umsetzung von Entscheidungen) zur obersten Maxime zu ernennen. »Ökonomische Rentabilität [soll] zur zentralen Antriebskraft der Selbststeuerung werden und damit auch die unmittelbare Motivation bzw. das Handeln wissenschaftlicher Akteure bestimmen.« (Bultmann 2001, 18)

Im Zuge dessen wird in Lehre und Forschung auch ein Wissenschaftsverständnis hegemonial, dass die gesellschaftliche Funktion von Bildung und Wissenschaft allein im Sinne einer auf Verwertbarkeit bezogenen »technischen Relevanz« bestimmt, den Schein wissenschaftlicher Objektivität wahrt, sich aber faktisch zur »Mätresse des Profits« macht (Markard 2001, 62). Dass unter Berufung auf wissenschaftliche Neutralität systematisch von widerstreitenden gesellschaftlichen Interessen abstrahiert wird, ist nicht neu. Wissenschaftliche Objektivität wird im Mainstream gleichgesetzt »mit der Abwesenheit von Interessen oder Interessiertheit« (51). Die gesellschaftlichen Verhältnisse – mitsamt den darin dominanten ökonomischen Verwertungsinteressen – gelten als das Allgemeine, Objektive und Gegebene, inner-

halb dessen sich Individuen und auch Wissenschaft nun eben bewegen müssen (ebd.). Relativ neu ist allerdings, dass in dem Maße, in dem Hochschulen zu konkurrierenden Wissenschaftsunternehmen umgebaut werden, verstärkt auf die Logik des »Standorts Deutschland« zurückgegriffen wird, innerhalb der die Durchsetzung von Verwertungsinteressen nicht mehr nur als alternativloser Sachzwang legitimiert, sondern sogar – als national gefärbtes – »Gemeinwohl« mystifiziert wird (50). Demgemäß reduziert sich auch das kritische Element wissenschaftlichen Denkens darauf, dass sich unterschiedliche Ansätze oder Theorien in kritischer Auseinandersetzung mit anderen Ansätzen oder Theorien legitimieren (Markard 2003, 63f). So verkommt der Kritikbegriff zu einem formalen Pleonasmus, der in dem Maße affirmativ zu werden droht, da wirtschaftliche Verwertbarkeit zum bestimmenden Faktor wissenschaftlichen Handelns wird und sich eine enge Karrierorientierung von Wissenschaftlern durchsetzt.

Die Forderung, die konkreten gesellschaftlichen Interessen (-widersprüche) aufzudecken und zu reflektieren, die in Forschungsvorhaben oder theoretischen Konzepten vermittelt sind, gilt dagegen als obsolet oder sozialromantisch. Kritische Nachfragen, wie sich ökonomische und Herrschaftsinteressen machtförmig in wissenschaftlichen und hochschulpolitischen Fragen durchsetzen – wie etwa Forschung und Forschungsförderung durch Lobby-Arbeit von Unternehmer/innen- und Industrie-Verbänden bestimmt wird (Markard 2001, 56f), oder inwiefern Herrschafts- und Machtinteressen in theoretische Konzepte, wie etwa das der »social control«, eingehen (48) – erscheinen geradezu ketzerisch.

Kritische Wissenschaft wird gegenwärtig bestenfalls als kostenintensiver, überflüssiger Luxus betrachtet, schlimmstenfalls wird sie entsprechend der Fama einer gemeinwohlorientierten Standortlogik als gesellschaftlich »schädlich« diffamiert und aus den Hochschulen zunehmend verdrängt. Die entscheidende Neuerung besteht darin, dass diese Versuche durch die offen so bezeichnete »Verlagerung von der Partizipation zum Managerialismus in der institutionellen Leitung« (De Boer 1998, 61), d. h. durch die Umstrukturierung von Hochschulen zu straff geführten Unternehmen und die damit verbundene Entdemokratisierung, enorm erleichtert werden. So hat der gegenwärtige Präsident der FU Berlin, Dieter Lenzen, zwar noch nicht ganz das Gehalt eines Spitzenmanagers, seine unternehmerische Freiheit in Personalentscheidungen nimmt er aber offenbar sehr ernst, indem das Präsidialamt etwa die Berufung von Personen blockiert, die ihm politisch nicht opportun erscheinen.⁶

6 So etwa im Fall Albert Scharenbergs (vgl. die Berichterstattung bei »Spiegel Online« sowie in der »Berliner Zeitung«, »Berliner Morgenpost« u. a.).

Langfristig droht so der Verlust eines Wissenschaftsverständnisses, das entgegen aller Diffamierungen die grundlegenden Bestimmungsmomente wissenschaftlichen Denkens – Objektivität und Kritik – keineswegs aufgibt, sondern ihnen erst konkrete und substanzielle Bedeutung verleiht. Denn es nimmt das Gegebene nicht einfach als das Objektive an, sondern reflektiert, dass die heute als »objektiv« geltenden theoretisch-methodischen Mittel historischen Wandlungen unterliegen (Markard 2001, 54) und sich innerhalb der »scientific community« eher konkurrenzförmig als sachlogisch durchsetzen.

Damit ist eine kritische Haltung verbunden, die Horkheimer als die intellektuelle Seite eines menschlichen Handelns bezeichnete,

das die Gesellschaft selbst zu seinem Gegenstand hat. Es ist nicht nur darauf gerichtet, irgendwelche Missstände abzustellen, diese erscheinen ihm vielmehr als notwendig mit der ganzen Einrichtung des Gesellschaftsbau verknüpft. [...] Der zwiespältige Charakter des gesellschaftlichen Ganzen in seiner aktuellen Gestalt entwickelt sich bei den Subjekten des kritischen Verhaltens zum bewußten Widerspruch [...]: diese Welt ist nicht die ihre, sondern die des Kapitals (1992 [1937], 223f).

Somit bewährt sich Kritische Theorie »daran, dass sie die Verhältnisse objektiv auf den Punkt bringt, und in dieser Objektivität die darin sich realisierenden gesellschaftlichen Interessen zeigt. Das ist das, was man als ›Parteilichkeit‹ bezeichnen kann« (Markard 2003, 64). Dies impliziert auch einen eigenen, gesellschaftstheoretisch rückbezogenen Standpunkt einzunehmen und offen kenntlich zu machen (ebd.).

Mit einem solchen Verständnis von Wissenschaftlichkeit geht nicht nur ein Bildungsbegriff einher, der auf die Befähigung zu Reflexion und Analyse gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge zielt, auch »Praxisrelevanz« ist ihm selbstverständlich. Denn kritisches Denken versucht, Theorien, Konzepte oder Annahmen daraufhin zu durchdringen, inwiefern sich darin klassenspezifische, gesellschaftlich-strukturelle Ungleichheit blind reproduziert oder konkretisiert und reflektiert wird (Markard 2003, 64). Dabei kann es nicht gleichgültig sein, inwiefern Theorien, Konzepte und gesellschaftliche Praxis Handlungsmöglichkeiten eröffnen oder -behinderungen schaffen.

Resümee: Das fiktional freie Individuum

Am Ende dieser Überlegungen stellt sich erneut die Frage nach dem Verhältnis von Realität, Utopie und Dystopie, nun aber mit Blick auf die Subjekte, die sich in diesem Geflecht von realem Handlungsbedarf, Mystifikationen, Versprechungen und Visionen einer alternativen Gesellschaft zurechtfinden und eigene Standpunkte erarbeiten müssen. Und dieses Geflecht wird zunehmend undurchschaubar, weil sich

die Demarkationslinien zwischen Kritik und Affirmation, zwischen utopischer Vision einer alternativen Gesellschaft und dystopischen Folgen der Fiktion einer markt-»gerechten« Realität zumindest sprachlich verwischen. Dieser Beitrag sollte zeigen, dass Begriffe wie Bildung, Qualität, Gerechtigkeit, Praxisrelevanz oder Kritik auch gegen ihre neoliberale Reklamation mit kritisch-utopischen Inhalten gefüllt werden können, und so auf alternative Denk- und Handlungsmöglichkeiten aufmerksam machen.

Dies ist wichtig, weil die Strategie der Universalisierung des Marktes explizit auf die Mitwirkung der Subjekte setzt. Auch mithilfe wohlklingender Begrifflichkeiten wird offener Zwang vermieden, und Betroffene sollen dazu gebracht werden, die Verwertbarkeitslogik und die darin vorgegebenen Ziele zu internalisieren. Hinter all den Versuchen, die aktuellen Umstrukturierungen durchzusetzen und sie in der Fiktion einer utopischen Bildungsrealität zu mystifizieren, steckt letztlich eine Kontrollstrategie, die in Anlehnung an Moldaschl und Sauer (2000, 218) als »*selbstorganisierte Fremdbestimmung*« bezeichnet werden kann. Für Studierende bedeutet dies, dass sie den Zwangscharakter marktwirtschaftlicher Anforderungen so verinnerlichen sollen, dass sie »wollen, was sie sollen« (Holzkamp 1983a, 56).

Das Perfide am neoliberalen Mythos einer utopischen Bildungsrealität und der damit verbundenen Kontrollstrategie ist, dass seine Durchdringung ein hohes Maß an Reflexion von Gesamtzusammenhängen voraussetzt – eine Art des Denkens, die sich künftige Studierende, die unter enormem Leistungsdruck standardisierten Curricula genügen müssen, aus denen wissenschaftliche Pluralität, Diskursivität und inhaltliche Mitbestimmung weitestgehend verbannt wurden, nur schwer erarbeiten können.

Doch zu behaupten, es sei überhaupt unmöglich, ein anderes Verständnis von Wissenschaftlichkeit, Bildung, Hochschulqualität, Praxisrelevanz aufrechtzuerhalten und zu verteidigen, hieße, die Leistungen von Personen, zu übersehen, die ein alternatives Bildungsideal verteidigen. Als Psychologiestudentin an der FU Berlin, die 2002 ihr Studium begann, kann ich sagen, dass Lehrveranstaltungen wie das von Morus Markard geleitete »Ausbildungsprojekt subjektwissenschaftliche Berufspraxis« maßgeblich dazu beigetragen haben, dass ich zumindest Teile dieses Studiums subjektiv mit Sinn und Bedeutung füllen und es so überhaupt weiter verfolgen konnte – eine Erfahrung, die ich, wie die rege Nachfrage nach dieser oder ähnlichen Veranstaltungen demonstriert, mit vielen meiner Kommiliton/innen teile. Hier wird es möglich, die praktische Erfahrung zu machen, dass Studium und Lehre auch anders organisiert werden können und dass in alternativen Organisationsstrukturen Isolation, Entfremdung von Lehrinhalten und Partikularisierung tatsächlich auflösbar sind.

Nun ist die Utopie im Kleinen oder »das richtige Leben im falschen« (Adorno 1978, 42) natürlich immer (zum Teil zumindest) Fiktion, die strukturellen Missverhältnisse halten auch hier Einzug⁷, und diese Nischen sind permanent bedroht: So sollte etwa Morus Markards Lehrauftrag für das ASB ursprünglich im Wintersemester 2007/2008 nicht mehr erteilt werden. Aber gerade dieser Vorfall zeigt, dass es immer Möglichkeiten gibt, sich zur Wehr zu setzen, Alternativen zur gängigen Sachzwanglogik zu finden und das Recht auf Bildung zu verteidigen. Denn die Studierenden setzen diesem Plan nicht nur durch Anwesenheit und Protest Widerstand entgegen, sondern auch, indem sie auf eine inhaltliche Definition der Qualität von Lehre bestanden und sich auf ihr durch die Studienordnung gesichertes Recht beriefen, die der akademischen Psychologie eigenen Kontroversen um das Wissenschaftsverständnis kennen zu lernen und selbst beurteilen zu dürfen.

Wie gering die Spielräume für solche Einflussmöglichkeiten auch angesichts der aktuellen Umstrukturierungen erscheinen mögen, sie können genutzt und müssen erweitert werden.

Literatur

Adorno, Theodor W, 1978 [1951]: *Minima Moralia. Reflektionen aus dem beschädigten Leben*, Suhrkamp Frankfurt/M

Aktionsrat Bildung, 2007: *Bildungsgerechtigkeit. Jahresgutachten 2007*, <http://www.aktionsrat-bildung.de/fileadmin/Dokumente/Bildungsgerechtigkeit/25.11.2007>

Bultmann, Torsten, 2001: Vom öffentlichen Bildungsauftrag zur privaten Dienstleistung – Hochschulpolitische Wende in Deutschland. In: B. Hoff u. P. Sitte (Hg.), *Politikwechsel in der Wissenschaftspolitik? Ein Lesebuch*, Dietz Berlin, 9–19

Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), 2007: *DAPM Hochschulrating 2007*, <http://www.che-concept.de/cms/?getObject=260&getName=Projekte+alphabetisch&strAction=show&PKProjekt=665&getLang> [6.12.2007]

De Boer, Harry, 1998: Vom partizipatorischen System zum Managerialismus? Internationale Trends in der Leitung von Hochschulen. In: D. Müller-Böling u. J. Fedrowitz (Hg.), *Leistungsstrukturen für autonome Hochschulen – Verantwortung, Rechenschaft, Entscheidungsfähigkeit*, Bertelsmann Gütersloh, 59–84

7 Und wenn sie nur in der Erfahrung vermittelt sind, dass die Studierenden kein Recht auf diese Teilhabemöglichkeiten haben, sondern dass sie ihnen leicht wieder entzogen werden können, da sie lediglich von freundlichen Lehrenden gewährt werden, denen man sich daher zu Dank verpflichtet fühlen muss.

- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), 2007a: *Exzellenzinitiative*, http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/koordinierte_programme/exzellenzinitiative/exzellenzcluster/index.html [6.12.2007]
- Dies., 2007b: *Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen. Merkblatt zur Exzellenzinitiative*, <http://www.dfg.de/forschungsfoerderung/formulare/download/exin1.rtf> [6.12.2007]
- Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs), 2007: *Stellungnahme der DGPs zur Auswahl von Studierenden durch die Hochschulen*, <http://www.dgps.de/dgps/kommissionen/stauswahl/stellungnahme.php> [6.12.1007]
- Forneck, Hermann J., und Julia Franz, 2005: Neue Beichtpraxis in der Weiterbildung. Qualitätssicherung als gouvernementale Praktik. In: StipendiatInnengruppe Gießen der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Landesstudierendenausschuss der GEW Hessen (Hg.), *Wissenschaft und Kritik. Beiträge zu Bildung und Gesellschaft*. GEW Frankfurt/M, 24–32
- Holzkamp, Klaus, 1983a: Was kann man von Karl Marx über Erziehung lernen?, in: *Demokratische Erziehung* 1/1983, 52–59
- Ders., 1983b: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1997: Rassismus und das Unbewußte in psychoanalytischem und kritisch-psychologischem Verständnis. In: ders., *Schriften I: Normierung, Ausgrenzung, Widerstand*, Argument Hamburg, 300–341
- Horkheimer, Max, 1992 [1937]: Traditionelle und kritische Theorie. In: Ders., *Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze*, Fischer Taschenbuch Frankfurt/M, 205–259
- Kaindl, Christina, 2006: Lernverhältnisse im Neoliberalismus. Teil II: Überlegungen zu einer Kritischen Psychologie des Lernens, in: *Forum Kritische Psychologie* 49, 80–105
- Dies., 2007: Antikapitalismus als soziale Bewegung von rechts – Völkischer Antikapitalismus – Erfolgsmodell der Neofaschisten?, in: *ak – analyse & kritik* 517, 24–26
- Köller, Olaf, und Oliver Wilhelm, 2007: *Feststellung der Eignung für das Psychologiestudium mit Testmodulen*, http://www.dgps.de/_download/2006/Studieneignungstest.pdf [6.12.2007]
- Lux, Vanessa, 2007: Eignung und Anpassung, in: *Forum Wissenschaft* 4/2007, 41–44
- Markard, Morus, 2000: Verbale Daten, Entwicklungsfigur, Theorieprüfung: Methodische Probleme und Entwicklungen in der Projektarbeit. In: ders. u. ASB,

- Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung, Argument Hamburg, 227–249*
- Ders., 2001: Wissenschaft – Macht – Hochschule. In: B. Hoff u. P. Sitte (Hg.), *Politikwechsel in der Wissenschaftspolitik? Ein Lesebuch*, Dietz Berlin, 46–65
- Ders., 2003: Wissenschaft, Kritik und gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, Eröffnungs-Beitrag bei der BdWi-Herbstakademie am 24.09.2003, in: *Forum Wissenschaft* 4, 61–65
- Ders., 2005a: Wohlabgerichteter Hund, nutzbare Maschine. »Qualität« und »Standardisierung« als Krämerpolitik, in: *Forum Wissenschaft* 1, 38–39
- Ders., 2005b: Elite, Begabung und Leistung. Zur Legitimation sozialer Ungleichheit. In: StipendiatInnengruppe Gießen der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit dem Landesstudierendenausschuss der GEW Hessen (Hg.), *Wissenschaft und Kritik. Beiträge zu Bildung und Gesellschaft*, GEW Frankfurt/M, 40–47
- Moldaschl, Manfred, und Dieter Sauer, 2000: Internalisierung des Marktes – Zur neuen Dialektik von Kooperation und Herrschaft. In: H. Minssen (Hg.), *Begrenzte Entgrenzungen – Wandlungen von Organisation und Arbeit*, Edition Sigma Berlin, 205–224
- Wolf, Frieder-Otto, 2005: Zweite Gedanken zur Kategorie der Bildungsgerechtigkeit. Vortrag innerhalb der Vorlesungsreihe »...Und sie reden doch!« – Vorlesungsreihe zur Verteidigung der Offenen Uni. Solidaritätsvorlesungen kritischer WissenschaftlerInnen der Offenen Uni BerlinS (OBUS). 02.04.2005. Zit. nach dem Vortragsmanuskript, <http://www.refrat.hu-berlin.de/-oubs/pdf/FOWBildungGerechtigkeit.pdf> [23.11.2007]

V Methodologie und Methoden

Ole Dreier

Allgemeinheit und Besonderheit von Erkenntnis

In diesem Beitrag möchte ich zu einer kritischen Reflexion an zwei Fronten aufrufen: Erstens wird kritische qualitative Forschung in der Psychologie durch das Verständnis des Mainstreams von Erkenntnis und Verallgemeinerung behindert. Wir können die Bedeutung unserer Ergebnisse nicht überzeugend vertreten und verteidigen, wenn wir die vorherrschenden Konzepte übernehmen. Auch gegen die Beschränkungen der Forschung durch diese können wir so nicht erfolgreich Stellung beziehen. Zweitens dürfen wir den Gebrauch und die Nutzer von Forschungsergebnissen nicht länger ignorieren. Sie zu berücksichtigen wirft wichtige Fragen für das Verständnis von Erkenntnis und Verallgemeinerung auf.

Erkenntnis in der Mainstreampsychologie

Vertreter des Mainstreams in der Psychologie beharrten immer wieder darauf, dass eine exakte wissenschaftliche Untersuchung psychologischer Phänomene nur in eigens dafür arrangierten experimentellen und Laborsituationen möglich sei, die von der sozialen Praxis sowohl der Versuchsleiter als auch der Versuchspersonen isoliert sind. Nur wenige, aus den untersuchten Situationen abstrahierte Merkmale werden dabei – als abhängige und unabhängige Variablen – berücksichtigt. Diese »Standardanordnung« der psychologischen Forschung (Holzkamp 1996, 7) hat weitreichende Implikationen für die Form von Erkenntnis, die in der Psychologie hergestellt wird. Mit ihren Methoden werden Klassen isolierter Variablen untersucht, die spezifischen persönlichen und kontextabhängigen Aspekte und Verbindungen dagegen ausgeklammert. Die daraus resultierenden Erkenntnisse sind unpersönlich und dekontextualisiert – es geht um Verbindungen zwischen Variablenklassen statt um Personen in spezifischen Zusammenhängen. Dieser Versuchsanordnung entspricht eine abstrakt-isolierte Form von Verallgemeinerung, die allgemeine Beziehungen und Mechanismen durch die Formel »immer wenn x, dann y« abbildet (Markard 1991, 225). Dieses Konzept von Verallgemeinerung

ermöglicht lediglich Aussagen über die Häufigkeit und Verteilung isolierter Variablen, Mechanismen und Ereignisse (Holzkamp 1994). Das auf diesem Wege gewonnene Wissen kann, da auf die Form »immer wenn x, dann y« reduziert, lediglich starre und unveränderliche Sachverhalte abbilden. Die kausalen Beziehungen zwischen den Variablen werden in der Konsequenz als unbeeinflusst von anderen als den intendierten Veränderungen vorgestellt. Selbst wenn für bestimmte Variablen oder Mechanismen angenommen wird, dass sie Veränderungen bewirken, wird davon ausgegangen, dass sie selbst von den von ihnen hervorgerufenen Veränderungen unberührt bleiben wie z. B. Persönlichkeitseigenschaften durch die Persönlichkeitsentwicklung, die sie vorhersagen sollen.

Die Isolierung der experimentellen Situation blendet die Verbindungen zwischen den unmittelbar gegebenen Reizen und deren gesamtgesellschaftlicher Vermitteltheit aus. Dies führt zu einer Form von Erkenntnis, die »unmittelbarkeitsfixiert« bleibt (Holzkamp 1983, 194; Markard 1991, 229). Durch sie wird die Welt aus den Vorstellungen über psychologische Phänomene verdrängt, und deren Bedeutung für psychische Funktionen vernachlässigt. Der Gegenstand der Psychologie verliert so weitgehend seinen Weltbezug und erscheint infolgedessen »weltlos« (Holzkamp 1996, 17). Die Verbindungen zwischen psychologischen Phänomenen und den historisch-spezifischen gesellschaftlichen Strukturen gehen dabei verloren. Zudem wird in dieser Art psychologischer Erkenntnisgewinnung menschliche Subjektivität auf ihre Erscheinungsform unter fremdgesetzten – durch die Versuchsleiter bestimmten – Bedingungen reduziert. Die Psychologie als Kontrollwissenschaft interpretiert Subjektivität vom Dritt- bzw. Außenstandpunkt des Experten (Holzkamp 1983, 528).

Überträgt man dieses unpersönliche, dekontextualisierte Wissen zurück in die soziale Praxis, erscheint es abstrakt. Dorothy Smith (1990) spricht von »extralokalem« Wissen, das durch die Macht der institutionalisierten Erkenntnistheorie und des institutionalisierten Standpunkts der Wissenschaft gestützt wird. Es erscheint als verdinglichter Ausdruck der Handlungsfähigkeiten der Subjekte, und diese werden wiederum einem abstrakten Wissen untergeordnet, das ihre Handlungsfähigkeit in entfremdeter Form enthält. In den sozialen Beziehungen zwischen Wissenschaftlern, Berufspraktikern und »ganz normalen Leuten« (Lave 1988) sind es die Wissenschaftler, die für diese Art allgemeiner Erkenntnis stehen. Sie verkörpern diese durch ihre akademische Karriere, in deren Verlauf sie sich über die Besonderheiten der Alltagspraxis erheben und schließlich für »das Allgemeine« stehen, während die »ganz normalen Leute« und teilweise auch die Praktiker den besonderen Notwendigkeiten des Alltagslebens verhaftet bleiben.

Erkenntnis-Dilemmata qualitativer Forschung

Eine derartige Konzeption von Erkenntnis und Verallgemeinerung lässt die Ergebnisse qualitativer Forschung vage und wenig aussagekräftig erscheinen – wie wichtig und aufschlussreich sie auch sein mögen. Der zur Frankfurter Schule gehörende Philosoph Karl-Otto Apel (1973) vergleicht den Status, den der positivistische Mainstream dem Beitrag qualitativer Untersuchungen zugesteht, mit einer Tasse Kaffee, womit er meint, dass, sobald ihre belebenden Einflüsse verdaut sind, sich die Wissenschaftler wieder ihrer eigentlichen Arbeit, echte Erkenntnis zu produzieren, zuwenden können. In Reaktion auf die Mainstreamkonzeption allgemeiner Erkenntnis haben einige Wissenschaftler eine Dichotomie zwischen universeller Erkenntnis und partikularem Wissen konstruiert und erklärt, dass sich die Kulturpsychologie auf letztere beschränken solle. Ein prominentes Beispiel ist Bruner (1990; ebenso Benson 2001). Das vorherrschende Verständnis allgemeiner Erkenntnis bleibt hierbei jedoch unberührt, es wird sogar als ein Pol in der Dichotomie übernommen. In den Augen der Vertreter des Mainstreams machen sich die Anhänger dieser Position dadurch zu Produzenten von Trivialitäten, von nicht verallgemeinerbaren Besonderheiten. Tatsächlich aber können wir auch in qualitativen Untersuchungen besonderer Praxen gar nicht anders, als uns auf Allgemeines zu beziehen. Experimentelle Untersuchungen sind auch nichts anderes als Untersuchungen besonderer Praxen, aus denen die Experimentalisten ihren Vorschriften gemäß verallgemeinern. Das Problem besteht vielmehr darin, dass qualitative Forscher deutlich machen müssen, dass sie eine andere Art von Erkenntnis hervorbringen und mit einem anderen, ihrer Forschung angemessenen Konzept von Verallgemeinerung arbeiten. Nur dann werden sie in der Lage sein, kraftvollere Schlüsse aus ihren qualitativen Untersuchungen zu ziehen.

Während im Mainstream Aussagen über stabile Verbindungen zwischen isolierten Variablen formuliert werden, aus denen abstrakte Kategorien und Mechanismen gewonnen werden, beziehen sich die Erkenntnisse qualitativer Forschung darauf, wie Sachverhalte in gesellschaftlicher Praxis zusammenhängen (Dreier 2008; Schatzki 1996, 2002). Statt darauf zu bestehen, Merkmale isoliert zu betrachten, wird darauf bestanden, Zusammenhänge zwischen ihnen in der Praxis zu bestimmen. Das gewonnene Wissen bietet Einsicht in die dynamischen – widersprüchlichen – Zusammenhänge in und von gesellschaftlicher Praxis (Holzkamp 1988). Darauf zu bestehen, dass die konkreten Zusammenhänge, in denen die Sachverhalte zueinander stehen, berücksichtigt werden, bedeutet nicht, jedes Mal alles untersuchen zu müssen, d.h. Totalitäten unendlichen Ausmaßes. Es geht vielmehr darum, die Sachverhalte als verbunden in einem für sie einschlägigen Zusammenhang gesellschaftlicher Praxis zu verstehen, also den besonderen Zusammenhang einer beson-

deren Situation und Praxis zu erfassen und den relevanten Zusammenhang für die Fragestellung der jeweiligen Studie zu begreifen (vgl. Markard 1991, 227). Außerdem beschränken sich die Ergebnisse solcher Studien nicht ausschließlich auf das Verallgemeinerbare an ihnen. Sie auf die getroffenen Verallgemeinerungen zu reduzieren, würde die Möglichkeiten dessen, was aus solchen Untersuchungen zu lernen ist, beschneiden. Die empirischen Ergebnisse qualitativer Untersuchungen beziehen sich auf viele verschiedene Dimensionen, von denen nicht alle verallgemeinerbar sind. Qualitative Forscher stehen vor der Herausforderung, die Komplexität und den Reichtum ihrer Ergebnisse in klar umrissener Form auszuweisen. Dabei müssen sie von der Geringschätzung für Beschreibungen und Besonderheiten Abstand nehmen, die für die *Mainstreamforschung* charakteristisch ist. Ob empirische Aussagen über das Handeln von Menschen gültig und ob sie verallgemeinerbar sind oder nicht, hängt vielmehr von dem Handeln der Menschen selbst ab. Ihre Wahrheit ist eine Frage der Praxis. Die Ergebnisse qualitativer Untersuchungen sind daher nicht unveränderliche und abgeschlossene Resultate, sondern unabgeschlossene Phänomene, Handlungen, Beziehungen und Praxen, für die es keine endgültige und vollständige Definition gibt.

Andererseits muss qualitative Forschung darauf insistieren, dass konkrete Situationen und Praxen nicht nur aus Besonderheiten bestehen. Wir müssen von der Sichtweise Abstand nehmen, Verallgemeinerungen als isolierte Gebilde zu sehen, und darauf pochen, dass sie in verschiedener Weise mit besonderen Situationen verbunden sind, und dass dies ihnen besondere Qualitäten und Bedeutungen verleiht. Was von besonderen Situationen und Zusammenhängen abstrahiert wurde, muss wieder darin aufgenommen werden. Zum Beispiel hat Angst bestimmte allgemeine Eigenarten und Bedeutungen, die mit einem Gefühl des Ausgeliefert-Seins umschrieben werden können (Holzkamp 1983, 215). Solche allgemeinen Merkmale sind hilfreich, da sie unser Verständnis konkreter Ängste anleiten. Aber konkrete Ängste enthalten darüber hinaus auch besondere persönliche und kontextuelle Qualitäten und Bedeutungen, wie etwa, dass sich die Angst eines Mädchens – und dessen Umgang mit ihr – in der Schule darauf bezieht, aus der Gesellschaft ihrer Freunde ausgeschlossen und von ihnen ausgelacht zu werden, zu Hause aber auf die Sicherung der Rücksichtnahme und Hilfe ihrer Eltern. Persönliche Ängste enthalten allgemeine Qualitäten von Angst in besonderer, persönlicher und kontextueller Weise (Dreier 2008, 153). Allgemein ausgedrückt: Allgemeine Merkmale sind in unterschiedlicher Weise mit besonderen Situationen und dem Zusammenhang von persönlicher und gesellschaftlicher Praxis verbunden.

Dialektische Denkmittel

Lenin fasst Dialektik in seinen Notizen zu Hegel wie folgt zusammen:

Beginnen mit dem Einfachsten, Gewöhnlichsten, Massenhaftesten etc., mit einem beliebigen Satz: die Blätter des Baumes sind grün; Iwan ist ein Mensch; Shutschka ist ein Hund u. dgl. Schon hierin ist (wie Hegel genial bemerkt hat) Dialektik: Einzelnes ist Allgemeines. [...] Somit sind die Gegensätze (das Einzelne ist dem Allgemeinen entgegengesetzt) identisch: das Einzelne existiert nicht anders als in dem Zusammenhang, der zum Allgemeinen führt. Das Allgemeine existiert nur im Einzelnen, durch das Einzelne. Jedes Einzelne ist (auf die eine oder andere Art) Allgemeines. Jedes Allgemeine ist (ein Teilchen oder eine Seite oder das Wesen) des Einzelnen. Jedes Allgemeine umfasst nur annähernd alle einzelnen Gegenstände. Jedes Einzelne geht unvollständig in das Allgemeine ein usw. usw. Jedes Einzelne hängt durch Tausende von Übergängen mit einer anderen Art Einzelner (Dinge, Erscheinungen, Prozesse) zusammen usw. (Lenin 1971, 340; im Orig. teilw. herv.)

Nach dialektischem Verständnis existieren im jeweils aktuellen Zusammenhang allgemeine Momente in unterschiedlicher Weise mit verschiedenen Bedeutungen und in verschiedenen Verbindungen mit verschiedenen anderen Momenten. Daraus ergibt sich eine ganze Reihe von Konsequenzen für unser Verständnis vom analytischen Charakter von Forschung.

Erstens bedeutet die Berücksichtigung von Variabilität und Flexibilität, wie in der Dialektik hervorgehoben, etwas anderes als die wissenschaftliche Erkenntnis des Mainstreams aus der Vagheit, die mit ihren universellen Verallgemeinerungen einhergeht, durch die Einführung von spezifischeren Verallgemeinerungen retten zu wollen. Einige kognitive Psychologen (z.B. Gigerenzer 2000) und Persönlichkeitspsychologen (z.B. Bandura 1999, Mischel/Shoda 1999) plädieren für derartige spezifischere Verallgemeinerungen in Gestalt von spezifischen kognitiven Strategien oder Verhaltensmustern, die auf bestimmte Situationstypen oder Bereiche zugeschnitten sind. Sie nehmen an, dass Kognition und Verhalten innerhalb eines Situationstyps gleich und damit verallgemeinerbar, aber zwischen verschiedenen Situationstypen unterschiedlich sind. Derartige Ansätze befassen sich mit der Spezifik von Bereichen und Situationen, nicht aber mit der situativen Variabilität konkreter sozialer Praxen und menschlicher Tätigkeit.

Zweitens sollten qualitativ Forschende nicht bloß zusammenfassen, was sie an ihren Ergebnissen für verallgemeinerbar halten. Sie sollten vielmehr ihr Verständnis des konkreten Zusammenhangs der Praxis, die sie untersucht haben, mit ihren allgemeinen und besonderen Momenten in einem besonderen Zusammenhang und den damit verbundenen Bedeutungen zusammenfassen. Wenn sie sich darauf beschränken, nur allgemeine Momente auszuweisen, erscheinen die Ergebnisse qualitativer Untersuchungen unnötig schwach und wenig aussagekräftig.

Drittens trägt die Erkenntnis, die qualitativ Forschende gewinnen, zum Verständnis eines Zusammenhangs bei – unabhängig davon, wie allgemein gerade dieser Zusammenhang ist.

Viertens müssen wir zwischen den allgemeinen Beziehungen zwischen Begriffen in einer Theorie und den besonderen Verbindungen und Qualitäten der Sachverhalte unterscheiden, auf die sich diese Begriffe in besonderen, konkreten Praxen beziehen. Eine Theorie kann deshalb dem konkreten Gegenstand einer Untersuchung nicht einfach übergestülpt werden. Sie sagt uns nicht genau, welche Verbindungen, Qualitäten und Dynamiken für den vorhandenen Zusammenhang charakteristisch sind. Sie muss selbst dialektisch genutzt werden, um besondere, neue Verbindungen, Qualitäten und Zusammenhänge begreifen zu können.

Fünftens bezieht sich jede empirische Untersuchung – sei sie nun experimentell oder nicht – auf besondere Beispiele einer Praxis mit besonderen Konfigurationen allgemeiner und besonderer Anordnungen, Verbindungen und Aspekte. Alles Forschungsmaterial ist notwendigerweise spezifisch, indexikalisch sowie räumlich und zeitlich bestimmt, aber wir können über die konkrete Praxis, die wir untersuchen, etwas erfahren, indem wir sie mit anderen ähnlichen Praxen vergleichen. Um sie zu analysieren, müssen wir sie notwendigerweise überschreiten und uns auf andere ähnliche und von ihr verschiedene Situationen und Praxen beziehen. Andere Beispiele sind selten mit dem untersuchten identisch, sondern ihm ähnlich *und* von ihm verschieden. Wir gewinnen Erkenntnisse über die Praxis, die wir untersuchen, indem wir diese Ähnlichkeiten und Unterschiede überlegen. Tatsächlich bestehen in der Regel sowohl Ähnlichkeiten wie Unterschiede in den komplexen Zusammenhängen sich verändernder und variierender Praxen. Dieser Punkt ist eng verbunden mit Wittgensteins Kritik an der Identitätsannahme in unserem Verständnis von Begriffen und Beispielen und mit seiner Begründung einer Koexistenz von Ähnlichkeiten und Unterschieden in heterogenen Elementen mit Familienähnlichkeiten (Medina 2003, Wittgenstein 1953).

Sechstens untersuchen wir meist Praxen, die sich verändern. Soziale Praxis ist dynamisch. Ihre Verbindungen und Aspekte variieren und verändern sich. Manchmal ist es sogar unser Ziel, zu derartigen Veränderungen beizutragen, vielleicht nicht direkt als Wissenschaftler, aber indirekt durch die Arbeit von Berufspraktikern. Unsere Forschung sollte also die (Re-)Produktion und Veränderung der Zusammenhänge sozialer Praxen (wider)spiegeln. Aber wenn sich Praxen ändern, verlieren einige ihrer Aspekte und Verbindungen an Bedeutung, während andere wichtiger werden, und wieder andere Aspekte und Verbindungen entstehen, verändern sich und ersetzen frühere. Im Variablenjargon ausgedrückt: es ändert sich sowohl, welche Variablen wir berücksichtigen müssen, als auch die Bedeutung, die ihnen zukommt (Abbott 2001). Der konkrete Stellenwert, die Bedeutung und die Qua-

lität allgemeiner Aspekte ändern sich ebenfalls. Forschung über sich verändernde Praxen führt daher notwendigerweise zu unvollständiger und unabgeschlossener Erkenntnis.

Verallgemeinerung von Praxis in der Praxis

Holzkamp (1983, 291ff und 545ff) schlägt vor, Verallgemeinerung in der Kritischen Psychologie letztlich als Verallgemeinerung von Praxis in der Praxis zu betrachten. Damit meint er, a) dass die gesellschaftlich produzierten Mittel und Ressourcen in der Praxis allgemein für jeden verfügbar gemacht werden, b) dass es allgemein für jeden möglich gemacht wird, die Fähigkeiten zu entwickeln, um diese Mittel und Ressourcen praktisch für den eigenen Lebensunterhalt zu nutzen, c) dass dadurch die Fähigkeiten aller Menschen praktisch verallgemeinert werden und d) dass all dies zu einer Verallgemeinerung von Praxis in der Praxis führt. Diese Betonung der Verallgemeinerung von Praxis in der Praxis eröffnet auch eine neue Front in der Auseinandersetzung über Verallgemeinerung in der Forschung. Wir können nun zwischen der rein analytischen Verallgemeinerung einer Idee oder Annahme im Forschungsprozess und einer praktischen Verallgemeinerung von Praxis in der Praxis unterscheiden, in der diese Ideen oder Annahmen allgemein verfügbar und brauchbar werden. Wir können auch behaupten, dass die praktische Verallgemeinerung letztlich über das Schicksal der analytischen Verallgemeinerung entscheidet, die vorläufig hypothetisch, das heißt virtuell oder potenziell, bleibt. Hinter diesen Argumenten taucht die Fragestellung auf, welche Bedeutungen dem Gebrauch und den Nutzern von Forschung in Konzeptionen über Forschung zugeschrieben werden. Anders ausgedrückt: Diese Argumente werfen die Frage auf, welche Beziehung zwischen der Produktion und dem praktischen Gebrauch von Forschungsergebnissen besteht. Tatsächlich erweitern und relativieren die Dimensionen des Gebrauchs das, was bisher über die Verallgemeinerung von Forschungsergebnissen in der Literatur zu Forschungsmethoden geschrieben wurde. Die Benutzer stehen hier fast außerhalb des Horizonts wissenschaftlicher Praxis, während die Bedeutung der Ergebnisse einer wissenschaftlichen Arbeit zum Zeitpunkt ihrer schriftlichen Dokumentation fixiert wird – und nicht in ihren späteren Gebrauchsweisen an anderen Orten. Forscher sind damit beschäftigt, analytische Verallgemeinerungen zu dokumentieren und sich über sie zu streiten – von deren Gebrauch und Nutzern wird dabei abstrahiert. So halten sie an einem inadäquaten Modell der gesellschaftlichen Praxis von Forschung fest – mit dem unangenehmen Gefühl, dass ihre Arbeit nicht wie vorgesehen oder erhofft genutzt wird.

Produktion und Gebrauch von Wissen

Im wissenschaftlichen Mainstream dominiert folgendes, im Wesentlichen implizites Verständnis der Beziehung zwischen Produktion und Gebrauch von Wissen: Verallgemeinerungen sind danach gefasst als direkte Übertrag- und Anwendbarkeit von Ergebnissen, die auch in anderen Kontexten gelten und durch verschiedene Beteiligte identisch umgesetzt werden können. Allgemeine Erkenntnisse werden gerade wegen ihrer Allgemeinheit als brauchbar angesehen, während partikuläre Erkenntnisse als beschränkt brauchbar betrachtet werden. Damit jedoch diese Konzeption in der Praxis auch trägt, müsste die Welt aus einer Reihe identischer Elemente, Situationen und Praxen bestehen. Die direkte Anwendung solch allgemeiner Erkenntnisse in anderen Situationen mit anderen Geltungsbereichen und Praxen ist streng genommen nicht angemessen – außer natürlich, diese Unterschiede können nivelliert und ausgeklammert werden. Implizit ist in der Mainstream-Konzeption der Anwendung allgemeiner Forschungsergebnisse auch die Annahme enthalten, dass sie in genau der Weise angewandt werden, die die Forscher für richtig halten. Dies läuft darauf hinaus, den Vorgaben gehorsam zu folgen und entweder das Richtige oder das Falsche herauszubekommen, wie wir es alle in der Schule gelernt haben. Der Gebrauch besteht diesem Verständnis nach in der Normalisierung, derzufolge allgemeine Erkenntnisse korrekt und in keiner anderen Weise anzuwenden seien. Laves (1988) Untersuchungen zu mathematischen Fertigkeiten im Alltag und andere ähnliche Studien haben diese Überzeugung, die keinen Raum für die situative Gestaltung von Praxen und Fähigkeiten lässt, erschüttert. Die Idee der direkten Anwendung setzt ein unwandelbares Wissen voraus, das seine Allgemeingültigkeit unbeeinflusst von den Kontexten und Strukturen der jeweiligen sozialen Praxis behält. Alles in allem läuft diese Mainstream-Konzeption darauf hinaus, eine Abstraktion des Forschungsergebnisses herzustellen und diese andernorts zu einem anderen Zeitpunkt lediglich zu kopieren und zu wiederholen.

Wenn man aber den Gebrauch von Wissen untersucht – wie ich es in Bezug auf Therapie und Bildung getan habe (z. B. Dreier 2003, 2005, 2008) – ergibt sich ein ganz anderes Bild. Allgemein formuliert: Um als Ergebnisse über Praxis nicht zu verfallen, müssen diese in der Praxis re-produziert werden. Eine Untersuchung, eine Intervention usw. wirken nur dann in Praxis, wenn Menschen sie später und andernorts entsprechend aufgreifen. Ob Ergebnisse »halten« oder nicht, hängt von menschlicher Tätigkeit, von Praxis ab. Meist gibt es aber statt eines allgemeinen Gebrauchs viele verschiedene, durch verschiedene Parteien in verschiedenen Situationen je nach den lokalen Handlungsspielräumen, Verständnissen, Anliegen und Beteiligten. Jeder Gebrauch ist partikular und selektiv. Gebrauchsweisen von Wissen müssen oft über eine Reihe von Handlungen in unterschiedlichsten Kon-

texten hinweg verfolgt werden, inmitten vieler anderer Anliegen und verknüpft mit allem, was außerdem vor sich geht. Verallgemeinerte Ergebnisse können dabei viele besondere Folgen haben. Ergebnisse, die die Forscher als lediglich partikular auffassen, können dagegen von den Benutzern aufgegriffen und von ihnen in Praxis verallgemeinert werden. Es ist in der Tat weniger eindeutig, dass es bei dem Gebrauch von Forschungsergebnissen vor allem auf ihre Verallgemeinerung ankommt, als es in der Forschungsliteratur dargestellt wird. Ergebnisse werden in besonderer Weise und selektiv benutzt, ganz gleich ob sie allgemein sind oder nicht. Wenn sie nicht vergessen werden, werden sie andernorts und später von den Benutzern re-interpretiert, neu verhandelt, modifiziert und verändert. Die Menschen hören erst auf damit, wenn sie die Forschungsergebnisse nicht länger beachten, und dann werden diese ganz sicher nicht verallgemeinert. Tatsächlich gehen Forscher, Berufspraktiker und »ganz normale Leute« mit Forschungsergebnissen gleichermaßen selektiv und interpretativ um. Häufig entstehen sogar Konflikte über verschiedene mögliche Gebrauchsweisen. Außerdem werden Benutzer mit konkurrierenden Aussagen von verschiedenen Wissenschaftlern und aus unterschiedlichen Untersuchungen konfrontiert – die natürlich nicht alle allgemeingültig sein können. Diese konkurrierenden Untersuchungen schlagen unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten vor, und verschiedene Parteien benutzen die Ergebnisse einer bestimmten Studie an verschiedenen Orten in unterschiedlicher Weise. Tatsächlich lernen die Benutzer nicht nur aus der Forschung, wenn sie davon überzeugt werden, ihren Ergebnissen wie vorgeschlagen zu folgen. Menschen lernen aus Unterschieden, und aus einem Forschungsergebnis lernen sie unter Umständen, es anders zu machen, als dort vorgeschlagen wird, damit es besser zu ihrer Situation, ihrem Verständnis und ihren Anliegen passt. Sie können zu einem Forschungsergebnis auch den Standpunkt entwickeln, gerade nicht zu tun, was dort vorgeschlagen wird oder es sogar als Richtlinie dafür zu nehmen, was sie nicht tun, werden oder glauben wollen – bei der Suche danach, was sie stattdessen wollen. Sie vergleichen die Ergebnisse mit ihrer eigenen Situation, ihren Auffassungen, ihren Anliegen, und sie kommen zu ihrem eigenen Verständnis und ihren eigenen Schlussfolgerungen.

Fazit

Es sollte deutlich geworden sein, dass wir zwischen einer forschler-zentrierten Vorstellung von Anwendung und einer nutzer-zentrierten Vorstellung des Gebrauchs von Forschung unterscheiden müssen. Sogar die kritisch-psychologische Vorstellung der Verallgemeinerung von Ergebnissen in der Praxis enthält eine gewisse Forscher-Zentrierung, die darauf beruht, eine homogene, politisch motivierte Population als potenzielle Nutznießer wissenschaftlicher Beiträge um sich zu

scharen. Wir müssen den Problemen in den gesellschaftlichen Beziehungen zwischen wissenschaftlichen Experten, Berufspraktikern und »ganz normalen Leuten« viel größere Aufmerksamkeit schenken, wenn wir nicht wollen, dass Verallgemeinerung auf die bloße Privilegierung der Stimme von Forschern in einer umkämpften gesellschaftlichen Praxis hinausläuft – oder sogar auf die vergebliche Hoffnung, ein Interpretationsmonopol der Forscher etablieren zu können. In der Praxis können wir die Produktion und den Gebrauch von Erkenntnis nicht völlig voneinander trennen – weder während des Forschungsprozesses noch hinterher. Das heißt, wir können keine scharfe Trennlinie zwischen Forschungspraxis und Gebrauch ziehen. Viele Forschungsprojekte beruhen auf dem Zusammenspiel zwischen Produktion und Gebrauch von Erkenntnissen während ihres Verlaufs. Die Beziehung zwischen der Produktion und dem Gebrauch von Erkenntnis ist kein simples Vorher oder Nachher, Innen oder Außen. Beide werden ständig und immer anders durch verschiedene Parteien in verschiedenen Kontexten miteinander verbunden. Die Kunst des Forschens ist keine isolierte und kann in der Isolation nicht verstanden und methodisch reguliert werden. Tatsächlich sind die praktische Absonderung und Kontrolle der Forschungssituation eine Bedingung für die Trennung von Produktion und Gebrauch. Wenn man die *Mainstream*-Auffassung von allgemeiner Erkenntnis mit der Trennung von Gebrauchssituationen und der Produktion von Erkenntnis verknüpft, erhält man das Wissen-Übertragen-Internalisieren-Anwenden-Modell, das Lave (1997) und ich (Dreier 2003) kritisieren. Dieses Modell hängt von einer besonderen strukturellen Beziehung zwischen Produktion und Gebrauch von Erkenntnis ab, einer Distanz zwischen Experten und ganz normalen Leuten in den Strukturen gesellschaftlicher Praxis.

Meiner Auffassung nach muss qualitative Forschung ihr Potenzial verdeutlichen, um zu einem anderen Typ von grundlegender Erkenntnis beizutragen als der die *Mainstream*-Psychologie dominierende. Dazu gehört auch, den anderen Stellenwert und die andere Rolle von Verallgemeinerung deutlich zu machen. Hierfür stellt die Dialektik wichtige Denkmittel bereit. Die Unterscheidung zwischen analytischer Verallgemeinerung und Verallgemeinerung von Praxis in der Praxis macht deutlich, wie wichtig es ist, die Vernachlässigung der Benutzer und des Gebrauchs von Forschung in der herrschenden Konzeption von Erkenntnis und Verallgemeinerung *und* den sozialen und praktischen Charakter von Erkenntnis und Verallgemeinerung herauszustellen.

Aus dem Englischen von Lorenz Huck

Literatur

- Abbott, Andrew, 2001: *Time Matters. On Theory and Method*, University of Chicago Press Chicago
- Apel, Karl-Otto, 1973: *Transformation der Philosophie*, Bd. 1 & 2, Suhrkamp Frankfurt/M
- Bandura, Albert, 1999: Social cognitive theory of personality. In: L. A. Pervin und O. P. John (Hg.), *Handbook of Personality. Theory and Research*, The Guilford Press New York, 154–196
- Benson, Ciarán, 2001: *The Cultural Psychology of Self. Place, Morality and Art in Human Worlds*, Routledge London
- Bruner, Jerome, 1990: *Acts of Meaning*, Harvard University Press Cambridge
- Dreier, Ole, 2003: Learning in Personal Trajectories of Participation. In: N. Stephenson, H. L. Radtke, R. J. Jorna und H. J. Stam (Hg.), *Theoretical Psychology. Critical Contributions*, Captus Concord/ON, 20–29
- Ders., 2005: The Social Practice of Psychotherapy. Theory – Structure – Critique. In: A. Gülerce, A. Hofmeister, I. Staebule, G. Saunders und J. Kay (Hg.), *Contemporary Theorizing in Psychology: Global Perspectives*, Captus Concord/ON, 162–170
- Ders., 2008: *Psychotherapy in Everyday Life*, Cambridge University Press New York
- Gigerenzer, Gerd, 2000: *Adaptive Thinking: rationality in the real world*, Oxford University Press Oxford
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1988: Praxis: Funktionskritik eines Begriffs. In: J. Dehler und K. Wetzel (Hg.), *Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Psychologie*, VA&G Marburg 15–48
- Ders., 1994: Am Problem vorbei. Zusammenhangsblindheit der Variablenpsychologie, in: *Forum Kritische Psychologie* 34, 80–94
- Ders., 1996: Manuskripte zum Arbeitsprojekt »Lebensführung«, in: *Forum Kritische Psychologie*, 36, 7–112
- Lave, Jean, 1988: *Cognition in Practice*, Cambridge University Press New York
- Dies., 1997: On learning, in: *Forum Kritische Psychologie* 38, 120–135
- Lenin, Wladimir Iljitsch, 1971: Zur Frage der Dialektik. In: ders., *Gesammelte Werke, Bd. 38*, Dietz Berlin, 338–344

- Markard, Morus, 1991: *Methodik subjektwissenschaftlicher Forschung. Jenseits des Streits um quantitative und qualitative Methoden*, Argument Verlag Berlin
- Medina, José, 2003: Identity trouble. Disidentification and the problem of difference, in: *Philosophy & Social Criticism*, H. 6, 29. Jg., 657–682
- Mischel, Walter, und Yuichi Shoda, 1999: Integrating dispositions and processing dynamics within a unified theory of personality. In: L. A. Pervin u. O. P. John (Hg.), *Handbook of Personality. Theory and Research*, The Guilford Press New York, 197–218
- Schatzki, Theodore R., 1996: *Social Practices. A Wittgensteinian Approach to Human Activity and the Social*, Cambridge University Press New York
- Ders., 2002: *The Site of the Social. A Philosophical Account of the Constitution of Social Life and Change*, Pennsylvania State University Press University Park/PA
- Smith, Dorothy E., 1990: *The Conceptual Practices of Power: A feminist sociology of knowledge*, University of Toronto Press Toronto
- Wittgenstein, Ludwig, 1953: *Philosophical Investigations*, Macmillan New York

Johannes Geffers

Alles typisch?

Typus, Typologie, Typen der Verallgemeinerung, empirische Typenbildung und typische Möglichkeitsräume

Verfahren der Typenbildung sind nicht nur in der Sozialforschung disziplinenübergreifend populär, auch in der Ratgeber- und Unterhaltungsliteratur ist die Frage »Und welcher Typ sind Sie?« regelmäßig zu finden. Doch wie zeichnet sich der wissenschaftlich gefundene »Typus« gegenüber dem »alltäglichen Stereotyp« aus, welcher Unterschied besteht zwischen der problematischen kognitiven Reduktion von Menschen im Alltag auf ein Stereotyp und dem wissenschaftlichen Anspruch, das Allgemeine im Einzelfall zu finden, oder über den Vergleich von Einzelfällen Aufschluss über das Allgemeine zu suchen?

So bekannt es ist, dass die Wahrheit bzw. Wissenschaftlichkeit eines Ergebnisses durch die Verwendung wissenschaftlicher Methoden garantiert werden soll, so bekannt ist es auch, dass bestimmte Methoden bestimmte Wahrheiten produzieren. In meinem Beitrag möchte ich daher von einem subjektwissenschaftlichen Standpunkt Fragen an typenbildende Verfahren in den Sozial- und Individualwissenschaften formulieren, sofern sich diese in der Tradition der sinnverstehenden Soziologie sehen und eine subjektwissenschaftliche Ebene ansprechen¹. Durch eine Gegenüberstellung dieser Ansätze und des kritisch-psychologischen Verallgemeinerungsmodells – der Bildung von typischen Möglichkeitsräumen – sollen Kriterien für eine Beurteilung sowohl der Methode selber als auch ihrer Ergebnisse vorschlagen werden. Dafür möchte ich zunächst die Definition und die Funktion von Typen im Forschungsprozess bestimmen², das kritisch-psychologische Konzept der »typischen Möglichkeitsverallgemeinerung« vorstellen und klären, welche Struktur

- 1 Auf die Funktion von Typen u. a. in der Philosophie, Logik, Kunst, Biologie, Geschichte oder in der Soziologie, wo beispielsweise Aussagen über Typen von Organisationen gemacht werden, kann im Rahmen dieses Artikels nicht eingegangen werden; im Überblick McLaughlin und Lübke (1996).
- 2 Die damit angesprochene Ebene zum Verhältnis von kategorialen und methodologischen Annahmen der sinnverstehenden Soziologie und der Kritischen Psychologie wird systematischer von Reimer (2003) behandelt. Der vorliegende Beitrag nimmt den Vergleich eher aus einer am Forschungsablauf orientierten Perspektive vor.

die durch die beiden Ansätze erreichbaren Aussagen haben. Dann bespreche ich die Forschungsmethodik und gehe abschließend auf Verbindungen der beiden Ansätze und mögliche Konflikte ein.

Typus und Typologie: Ordnungsbegriffe und -systeme der empirischen Forschung

Bereits innerhalb einzelner Disziplinen finden sich verschiedene Vorgehensweisen und *Formen* von *Typen* (z. B. Durchschnittstypen, Idealtypen oder Prototypen) und damit verbundene Vorstellungen zu ihrer Bedeutung im Forschungsprozess. Als Kern der verschiedenen Definitionen lässt sich festhalten, dass ein »Typus« als eine Bezeichnung zur begrifflichen Ordnung von beobachteten oder erschlossenen Gegenständen verwendet wird. Im Unterschied zu anderen Ordnungsbegriffen wie beispielsweise »Gattung« oder »Klasse« müssen die einzelnen Gegenstände dabei nicht entweder unter diese fallen oder nicht unter diese fallen, sondern diesen Begriffen nur *mehr oder weniger entsprechen* (vgl. McLaughlin und Lübke 1996, 363).

Bei Max Weber, der mit seinen Arbeiten als Wegbereiter der sinnverstehenden Soziologie gelten kann, wird ein *Idealtypus* aus dem empirischen Material gewonnen durch einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte und durch den Zusammenschluss einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr dort weniger, stellenweise gar nicht, vorhandenen Einzelercheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen Gedankenbilde. (Weber 1968 [1904], 190)

Jene »einseitig herausgehobenen Gesichtspunkte« – Kategorien und ihre Dimensionalisierungen – sind es, die den Forschungsprozess in Hinblick auf die Beantwortung einer Fragestellung anfänglich strukturieren, indem sie die zunächst »blinden« empirischen Ereignisse theoretisch³ interpretierbar machen. Der Stellenwert von einzelnen Typen als Ordnungsbegriffen im Forschungsprozess besteht nun darin, eine »Brücke zu schlagen« zwischen den zunächst ungeordneten, einzelnen empirischen Ereignissen (bzw. »Fällen«) und den abstrakten, empirisch nicht mehr gehaltvollen Theorien.

3 »Theoretisch« benutze ich hier in einem sehr weiten bzw. grundlegenden Sinne, der nicht nur die Interpretation mit Hilfe von Konzepten wie »Rollenerwartungen«, »subjektiven Kontrollvorstellungen« usw. umfasst, sondern auch schon den Umstand, dass ich beispielsweise eine irgendwie geartete Vorstellung über die Funktion einer Klinke haben, das mit ihr verbundene »Gemacht-Sein-Zu« verstehen muss, um die meisten Räume verlassen zu können. Es gilt, der irrigen Vorstellung zu begegnen, dass ein empirisches Ereignis für sich spreche bzw. dass der Prozess der Theoriebildung beispielsweise mit der »Typenbildung« beginne und nicht bereits mit der Auswahl der den Forschungsprozess anfänglich strukturierenden (Grund-)Begriffe.

Typen werden nie als einzelne gebildet – je nach Anzahl der zugrunde gelegten Kategorien / Merkmale entsteht eine Mehrzahl von Typen, die systematisch aufeinander bezogen eine *Typologie* konstituieren. Gängige Vorstellungen und Praxen verorten die zu bildenden Typen und Typologien unterschiedlich zwischen den beiden Polen des Forschungsprozesses: die einen näher an der »Empirie« (und damit eher »deskriptiv«), die anderen näher an der »Theorie« (und damit eher theoretisch bzw. »heuristisch«).

Viele Forschungsprozesse sind mit der Bildung einer »deskriptiven« Typologie abgeschlossen. Im Sinne der Entwicklung heuristischer Begriffe schlägt Gerhardt (1986, 91) im Anschluss an Webers Konzeption des *Idealtypus* als einen zweiten Erkenntnisschritt den *idealisierend-typisierenden* Aufriss des zu untersuchenden Gesamtprozesses vor:

Diese Gesamtschau malt – mit Hilfe illustrativ benutzten Fallmaterials – einen historischen Gegenstand so aus, wie er gedacht werden sollte, wenn seine Struktur – gewissermaßen in ›reiner Form‹ – begriffen werden soll. Entsprechend besteht Weber auf dieser Funktion des Idealtypus als eines zur Verdeutlichung der Wirklichkeitsstruktur dienenden heuristischen Mittels: ›Er ist nicht eine Darstellung des Wirklichen, aber will der Darstellung eindeutige Ausdrucksmittel verleihen.‹ ([Weber] 1904, 190) (Gerhardt 1986, 91)

Bei der Formulierung eines Idealtypus sollen – wie in dem obigen Zitat von Weber bereits erkennbar – »diejenigen Elemente weggelassen [werden], deren in Gedanken durchgespieltes Nichtvorhandensein nichts an dem bekannten oder postulierten Ergebnis verändert, auf das hin der idealtypisch konstruierte Prozesszusammenhang organisiert ist.« (96) Bei diesem Vorgehen soll von all jenen »irrationalen« oder »zufälligen« Besonderheiten der Einzelfälle abstrahiert werden, die zwar in der unabschließbaren Heterogenität der Welt vorhanden sind, aber nicht kausal wirken. Ziel dieses Vorgehens ist die Konstruktion eines »*Typus des rationalen Aktors*«, der aus Sicht der Vertreter dieses Vorgehens als Grundlage für den verstehenden Zugang zum Gegenstandsbereich unterstellt werden muss (vgl. 97). Neben der benannten Verdeutlichung der Wirklichkeitsstruktur besteht eine weitere Funktion des so gebildeten Idealtypus im Forschungsprozess darin, die realen Fälle in einem weiteren Schritt mit ihm zu konfrontieren, die Distanz der einzelnen Fälle zum Idealtypus zu bestimmen und diese dadurch (besser) zu verstehen und kausal erklären zu können (vgl. 97f).

Welche Funktion die Bildung einer Typologie hat, ist letztlich auch von ihrem Verwendungskontext abhängig: In der (außerakademischen) Praxis kann es beispielsweise ausreichend sein, eine typologische Ordnung von »Ansprüchen von Anwohnern im Kiez XY an die soziale Infrastruktur im nahen Umfeld« zu erstellen, und darauf aufbauend sozialtechnologische Interventionen abzuleiten. Der Zweck

der Verallgemeinerung ist hier nicht die (Weiter-) Entwicklung einer Theorie, sondern der Versuch der Lösung eines praktischen Problems. Die Frage »wozu verallgemeinern?« (vgl. Faltermaier 1990) hat damit eine andere Antwort gefunden als etwa in einem akademischen Forschungskontext, wo der Zweck der Typenbildung eher in der empirisch begründeten Theoriebildung gesehen wird.

Typische Möglichkeitsräume: Überindividuell realisierbare gesellschaftliche Handlungsmöglichkeiten

Ausgangspunkt *aktual-empirischer*⁴ *subjektwissenschaftlicher Forschung* ist die Analyse individueller Handlungsfähigkeit, und die im Forschungsprozess eingenommene Perspektive ist die des Einzelfalls / Subjekts. Daher ist Gegenstand der Untersuchung auch nicht »der Mensch«, sondern die Welt, wie sie vom einzelnen Menschen beim praktischen Versuch seiner Daseinsbewältigung erfahren wird. Die »Welt« ist hier nicht als »Umwelt« zu verstehen, die auf den Einzelnen »wirkt«, sondern als eine historisch-konkrete, soziale Konstellation von gesellschaftlichen Bedingungen, die für die Einzelnen in besonderer Weise bedeutsam ist und individuell realisierbare Handlungsmöglichkeiten bzw. -einschränkungen darstellt.

Der Verweis auf diese gesellschaftliche Vermitteltheit individueller Existenz ist zugleich so zu verstehen, dass der Mensch auch nur als gesellschaftliches Wesen begriffen werden kann, und dass die individuelle (»je meine«) Handlungsfähigkeit als das »Verhältnis zwischen *allgemeinen gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten und meiner besonderen Weise ihrer Realisierung, Einschränkung, Mystifikation* etc.« (Holzkamp 1983, 548) zu fassen ist. Auf der Ebene des Einzelfalls hat die Analyse daher das Ziel der Beschreibung eines »subjektiven Möglichkeitsraumes« – also des Ensembles der im Einzelfall gegebenen Möglichkeiten und Beschränkungen. Der Übergang vom Einzelfall (*subjektiver Möglichkeitsraum*) zum Allgemeinen (*typischer Möglichkeitsraum*) findet statt, wenn die am Forschungsprozess beteiligten »Einzelfälle« zu dem Schluss kommen, dass es sich bei ihren Lebenssituationen bzw. gegenwärtigen Handlungsproblematiken um das »gleiche Verhältnis« (vgl. Holzkamp 1983, 549) von gesellschaftlichen Bedingungen / Bedeutungen bzw. Handlungsmöglichkeiten und -einschränkungen handelt.

4 In der Kritischen Psychologie wird zwischen »historisch-empirischer« Forschung und »aktual-empirischer« Forschung unterschieden. Erstere dient der Herleitung psychologischer Grundbegriffe (»Kategorien«) mittels des funktional-historischen Verfahrens anhand empirischen Materials (u. a. aus der Biologie, Anthropologie etc.). *Aktual-empirische* Forschung findet hingegen im Hier-und-Jetzt statt, ist also auf die Analyse heutiger Probleme und Konflikte bei der (tagtäglichen) Lebensbewältigung bezogen.

Subjektwissenschaftliche (aktual-empirische) Forschung geschieht also auf der Grundlage von (an historisch-empirischem Material entwickelten) Kategorien und aktuellen gesellschaftstheoretischen Forschungen, welche die Analyse der subjektiven und damit auch der typischen Möglichkeitsräume strukturieren und konkretisieren. Den im Forschungsprozess zu bildenden Einzeltheorien liegt das Konstrukt eines »verallgemeinernden« oder »typischen« Möglichkeitsraumes zugrunde. Auch wenn die Verallgemeinerung vom Subjektstandpunkt ausgeht, so soll das untersuchte besondere Verhältnis (Einzelfall) als Konkretisierung eines allgemein-gesellschaftlichen – »typischen« – Falls von historisch gegebenen Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen erkennbar werden.

Ein gemeinsames Ziel der *Typenbildung* und der *typischen Möglichkeitsverallgemeinerung* liegt in der Ordnung bzw. Gruppierung von Einzelfällen – auch wenn der methodische Prozess unterschiedlich ist (s. u.). In der sozialwissenschaftlichen Forschung gibt es mit der Bildung von Idealtypen zusätzlich das Ziel der Entwicklung heuristischer Begriffe für den (aktual-)empirischen Forschungsprozess. Letztere Funktion ist in der subjektwissenschaftlichen Möglichkeitsverallgemeinerung nicht vorgesehen und methodologisch m. E. mit einer Forschung vom Subjektstandpunkt auch nur schwer vereinbar: Vom Standpunkt des Einzelfalls ist das, was den Forschenden bei der Untersuchung größerer Fallzahlen als zufällig erscheint, genauso handlungsrelevant wie strukturelle Handlungsanforderungen – und geht entsprechend in die vom Standpunkt des Subjekts »rationale« (bzw. kritisch-psychologisch: »subjektiv funktionale«) Handlungsplanung ein. Das bedeutet nicht, dass sich im subjektwissenschaftlichen Forschungsprozess nicht gesellschaftlich-strukturelle Bedingungs- und Bedeutungskonstellationen finden ließen, die für eine Mehrzahl der am Forschungsprozess Teilnehmenden als allgemeine, »typische« Handlungsmöglichkeiten bzw. -behinderungen aufscheinen. Es erscheint aber fraglich, ob der Weg zu einem besseren Verständnis des Einzelfalls über die idealisierende *Konstruktion* eines zweckrational handelnden Aktors führt, der mit den Widrigkeiten des Zufalls und individuellen Besonderheiten nicht sein Leben bestreiten muss und dem gegenüber die realen Fälle als »Abweichung« bestimmt sind.

Typen der Verallgemeinerung: Antworten auf das Induktionsproblem in den Sozialwissenschaften

Für die weitere methodologische Verortung der beiden diskutierten Ansätze ist der Umgang mit dem Induktionsproblem aufschlussreich, das sich stellt, wenn über den Vergleich von Einzelfällen (Besonderes) auf Theorien (Allgemeines) geschlos-

sen werden soll. Da verallgemeinernde Schlüsse wie »Bjarne spielt gerne Fußball, Bjarne ist ein Mensch, also spielen alle Menschen gerne Fußball.« logisch gesehen nicht haltbar sind, hat es in den Sozialwissenschaften verschiedene Ansätze zur Lösung dieser Problematik gegeben. Im Folgenden sollen verschiedene Umgangsweisen mit dem Induktionsproblem in den Sozialwissenschaften betrachtet werden. Bei der Beurteilung dieser Ansätze gilt es zu prüfen, inwieweit fachwissenschaftliche Fragen bzw. Besonderheiten des Gegenstandes berücksichtigt werden müssen.

Markard (1993) schlägt für die Untersuchung der Lösungsansätze des Induktionsproblems die Unterscheidung von drei Verallgemeinerungstypen vor, die ich im Folgenden skizzieren möchte, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Typenbildung und typischer Möglichkeitsverallgemeinerung zu klären. Die ersten beiden vorgestellten Verallgemeinerungstypen (universalistischer und historisch-aggregativer Verallgemeinerungstyp) sind zwar entweder nicht oder nur mit Einschränkungen für die beiden untersuchten Verfahren bedeutsam; ihre Darstellung erscheint mir jedoch sinnvoll, um die Gemeinsamkeiten der beiden untersuchten Ansätze auch anhand ihrer jeweiligen Abgrenzungen erkennbar werden zu lassen.

Das wohl prominenteste Grundmodell zur Lösung des Induktionsproblems ist der poppersche Fallibilismus. Theorien müssen sich in diesem Modell dadurch an der Realität bewähren, dass sie an dieser in möglichst vielen und gründlichen Untersuchungen geprüft werden. Das Induktionsproblem soll hierbei dadurch entschärft werden, dass die induktiven Momente des Forschungsprozesses auf die Hypothesen*bildung* beschränkt werden sollen, die methodische Relevanz jedoch allein dem *Prüfprozess* zukommen soll (vgl. Markard 1993, 31). Im Zuge der Prüfung von Hypothesen an der Realität kann die Hypothese zwar nicht »verifiziert« (also bestätigt) werden, es können sich jedoch Ereignisse finden, die der Hypothese widersprechen und diese somit »falsifizieren« bzw. widerlegen. Das entscheidende Argument ist nun darin zu sehen, dass der Versuch der Bestätigung einer induktiven Logik folgt, nicht jedoch der Versuch der Falsifikation, der ohne diese auskommt. Die Gültigkeit einer Theorie ist damit zwar nicht zu beweisen, aber solange anzunehmen, wie keine widersprüchlichen Daten gefunden werden können (ebd.). Damit zielt der Fallibilismus auf den besonderen Aussagen-Typ der *unbeschränkten* (»*universalistischen*«) *Allaussage* ab, wie er unter anderem in der nomothetisch orientierten Psychologie, aber auch in den anderen Sozialwissenschaften zu finden ist.

Als eigenständiger Aspekt des *fachwissenschaftlichen* Forschungsprozesses tritt das Verallgemeinerungsproblem gar nicht zutage. Denn der Allgemeinheitsanspruch der (All-)Aussage ergibt sich aus der *formalen Setzung* eines – gesetzmäßigen – Zusam-

menhangs, dessen theoretische Geltung *unabhängig* von der Häufigkeit bzw. Verbreitung seines empirischen Auftretens ist. (Markard 1993, 32)

Entsprechend interessieren die Fälle nicht in ihrer Individualität, sondern nur als austauschbare »potenzielle Falsifikatoren«. Zudem muss für soziale Zusammenhänge menschliches Verhalten als bedingt angesehen werden, damit die Reaktionen überhaupt als Folgen von Gesetzmäßigkeiten interpretiert werden können. Aus diesen Überlegungen folgert Markard, dass es sich bei dem geschilderten Vorgehen um kein allgemeines Verallgemeinerungsmodell handelt, sondern nur um einen bestimmten Verallgemeinerungs-Typ, der jedoch mit psychologie- bzw. fachspezifischen und gegenstandsbezogenen Grundannahmen nicht vermittelt ist.

Ein weiterer in der empirischen Sozialforschung häufig anzutreffender Verallgemeinerungstyp kommt in der repräsentativen Umfrageforschung zur Anwendung. Zunächst wird hierfür aus einer sozialen Grundgesamtheit eine Stichprobe von Einzelfällen gezogen, die daraufhin in kontrollierten (Einzel-)Befragungen untersucht wird (vgl. Heinze 2001, 62f). Das gefundene Ergebnis wird im Sinne eines Repräsentationsschlusses von der Stichprobe auf die Gesamtpopulation verallgemeinert. Die dabei getroffenen Aussagen beziehen sich auf raumzeitlich konkrete Populationen und die Verbreitung und Häufigkeit von Merkmalen in dieser und sind entsprechend als »*historisch-aggregativ*« zu bezeichnen. Das kritische Moment dieses Verallgemeinerungsmodells liegt in der Annahme bzw. Voraussetzung der Repräsentativität der Stichprobe für die Gesamtpopulation – die Einzelfälle in der Stichprobe sind entsprechend nur insofern interessant und von Bedeutung, als sie diese Grundannahme verletzen könnten. Entsprechend ist auch hier »[...] die angestrebte Verallgemeinerung kein inhaltlicher und prozessualer Akt der fachwissenschaftlichen Fragestellung, sondern der einschlägigen Statistik« (Markard 1993, 33).

Vielfach kommt es bei diesen Untersuchungen zu einer Verknüpfung von psychologischen Variablen (z. B. »Einstellungen«) und demografischen Daten (z. B. Alter, Beruf, Geschlecht...), was ein Denken im Bedingtheitsdiskurs nahelegt und damit leicht in eine kontrollwissenschaftliche Forschungspraxis abgeleitet – schließlich werden Bedingungen zumindest methodisch gesetzt oder gesucht, unter denen das Verhalten anderer Menschen vorhersagbar oder kontrollierbar sein soll. Aus kritisch-psychologischer Sicht wäre einzuwenden, dass (1.) die Resultate repräsentativer Erhebungen psychologisch erklärungsbedürftig bzw. begründungstheoretisch unaufgeklärt bleiben, dass (2.) Verteilungsaussagen nichts über einzelne Individuen aussagen, und (3.) auch der historisch-aggregative Verallgemeinerungstyp nicht auf psychologie-spezifischen, gegenstandsbezogenen Überlegungen beruht. So wären beispielsweise Studien der vergangenen Jahre, in denen Korrelationen von rechtsextremen Einstellungen und Prekarisierungserfahrungen konstatiert werden, mit der

Frage zu konfrontieren, inwiefern Personen mit Prekarisierungserfahrungen, aber *ohne* rechtsextremistische Einstellungen nur als statistische Abweichungen, bzw. besonders erklärungsbedürftige Einzelfälle aufscheinen – die in der Tendenzaussage formulierte kausale Zusammenhangsannahme »je prekärer die Lebensverhältnisse, desto wahrscheinlicher sind rechtsextreme Einstellungen« jedoch nicht in Frage gestellt wird. Ob diese emanzipatorisch gemeinten Analysen, in denen mitunter Typen von Einstellungen mit der sozialen Lage korreliert werden, um damit Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit zu untermauern, in der gesellschaftlichen Praxis mitunter in der Denkform »Geht es mir sozial schlecht, sind rechtsextreme Einstellungen bei mir normal« ankommen, ist wohl bedenkenswert.

Weder für typenbildende Verfahren der sinnverstehenden Soziologie noch für die subjektwissenschaftliche Möglichkeitsverallgemeinerung sind die Verfahren des universalistischen oder des historisch-aggregativen Verallgemeinerungstyps akzeptable Wege. Die Kritiken unterscheiden sich jedoch aufgrund der unterschiedlichen Forschungsperspektiven und -ziele: Das Ziel der soziologischen Forschung liegt im Erkennen gesellschaftlicher Handlungsstrukturen, soziologischer Regeln. Primäres Anliegen der am Einzelfall orientierten subjektwissenschaftlichen Forschung ist die theoretische Durchdringung eines lebenspraktischen Problems, also die Klärung des im Einzelfall gegebenen Verhältnisses von gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen, um auf diesem Weg den subjektiven Möglichkeitsraum des Einzelnen als »konkreten Fall« eines allgemein-gesellschaftlichen, typischen Möglichkeitsraumes erkennbar werden zu lassen.

Für die *Typenbildung* verlangt Weber über eine statistische Wahrscheinlichkeit hinaus die Klärung der »Sinnadäquanz« einer Handlung:

Eine *richtige* kausale *Deutung* eines konkreten Handelns bedeutet: dass der äußere Ablauf und das Motiv *zutreffend* und zugleich in ihrem Zusammenhang *sinnhaft verständlich* erkannt sind. Eine richtige kausale Deutung *typischen* Handelns [...] bedeutet: dass der als typisch behauptete Hergang sowohl [...] sinnadäquat erscheint, wie [...] kausal adäquat festgestellt werden kann. Fehlt die Sinnadäquanz, dann liegt selbst bei größter und zahlenmäßig in ihrer Wahrscheinlichkeit präzise angegebener Regelmäßigkeit des Ablaufs (des äußeren sowohl wie des psychischen) nur eine *unverständliche* [...] *statistische* Wahrscheinlichkeit vor. Andererseits bedeutet für die Tragweite soziologischer Erkenntnisse selbst die evidenteste Sinnadäquanz nur in dem Maß eine richtig *kausale* Aussage, als das der Beweis für das Bestehen einer (irgendwie angebbaren) Chance erbracht wird, dass das Handeln den sinnadäquat erscheinenden Verlauf tatsächlich mit angebbarer Häufigkeit oder Annäherung [...] zu nehmen pflegt. Nur solche statistische Regelmäßigkeiten, welche einem verständlichen gemeinten Sinn eines sozialen Handelns entsprechen, sind (im hier gebrauchten Wortsinn) *verständliche* Handlungstypen, also: »soziologische Regeln«. (Weber, 1985 [1922], 5f)

Für die Erkenntnis soziologischer Regeln ist die Angabe der statistischen Wahrscheinlichkeit einer Handlung für Weber also notwendig, aber nicht hinreichend – erst die Verständlichkeit einer Handlung erhebt sie über ein beobachtetes, aber theoretisch nicht-interpretierbares Verhalten. Auch wenn Webers Position damit die Kritik am historisch-aggregativen Verallgemeinerungstyp teilt, so wird sinnadäquat verstehbares Verhalten für die soziologische Forschung erst dann interessant, wenn ihre statistische Regelmäßigkeit (in irgendeinem Maße) angegeben werden kann.

Als Ausgangspunkt für die Frage, ob es vom *Subjektstandpunkt* verallgemeinerbare Aussagen gibt, untersucht Markard (1993) den Umgang der Grounded Theory mit dem Induktionsproblem⁵. In der von Glaser und Strauss begründeten Grounded Theory bilden Datenerhebung und -analyse eine prozessuale Einheit: Die Auswahl weiterer Fälle wird durch die inhaltlichen Kriterien gesteuert, die sich im Verlauf der Untersuchung ergeben. Als – vorläufig – abgeschlossen gilt der Prozess, wenn Daten und Theorie soweit übereinstimmen, dass die Forschungsfragen als beantwortet angesehen werden können, weil weitere Modifikationen durch die Untersuchung weiterer Fälle nicht zu erwarten sind. Da die Auswahl der Fälle somit theoriebezogen und nicht gemäß statistischen Ansprüchen an repräsentative Stichproben geschieht, können populationsbezogene Aussagen nicht getroffen werden. Die Aussagen »[...] betreffen vielmehr *raumzeitliche, historisch konkrete Dimensionen und Strukturen*, über deren *Verbreitetheit* bei Strafe induktiver Spekulation nichts gesagt werden kann, so dass diese Aussagen ‚historisch-strukturell‘ zu nennen sind« (Markard 1993, 35f). Möglich werden damit fallübergreifende (hypothetische) Aussagen: *Überall* da, wo die je herausgearbeiteten Dimensionen zu finden sind, ergeben sich auch die entsprechenden Zusammenhänge – *wie oft* und *wo* das so ist, ist damit nicht zu sagen (vgl. 36).

Dem Vorwurf an die Grounded Theory, induktiv vorzugehen, wird von Strauss entgegnet, dass nur die Gewinnung der Idee aus den Daten induktiv sei, während die daraus gezogenen Hypothesen zum Zwecke der Verifikation deduktiv gewonnen würden. Vergleichbares könnten nach dieser Argumentation jedoch auch nomothetisch Forschende für sich in Anspruch nehmen: Induktiv würden (erste) Hypothesen gewonnen, anschließend deduktiv Variablen abgeleitet und die Hypothese geprüft, um schließlich die Hypothese – bei ungünstiger Datenlage – zu spezifizieren und erneut zu prüfen (vgl. 37). Diese Frage nach der Alternierung von

5 Da sich auch Vertreter der Typenbildung in ihren methodologischen Begründungen mit der Grounded Theory auseinandergesetzt haben, bietet sich diese Arbeiten für einen weitergehenden Vergleich der methodischen Gemeinsamkeiten und Unterschiede an (für die Kritische Psychologie vgl. Markard 1993; für die Typenbildung vgl. u. a. Kelle und Kluge 1999, 40; Gerhardt 1986, 81ff).

Induktion und Deduktion geht hinsichtlich der *Geltung* theoretischer Aussagen jedoch am Problem vorbei:

Die für das Geltungsproblem bedeutsame Alternative ist nämlich keineswegs ›Induktion – Deduktion‹, sondern ›Verifikation – Falsifikation‹. Die ›Alternierung‹ von Deduktion und Induktion ist demgemäß für die Lösung des auf Geltungsfragen bezogenen Induktionsproblems so trivial wie irrelevant. ›Deduktion‹ ist kein die Induktionsproblematik ermäßigendes Verfahren, sondern lediglich ›ein systemimmanentes Verfahren der Umformung von Aussagen‹ (Holzkamp 1968, 98, Fn.), die empirisch zu prüfen sind. (38)

Auch wenn die Grounded Theory damit keine Lösung für das Geltungsproblem zu bieten scheint, muss sie nicht notwendigerweise induktivistisch interpretiert werden.

Markard (38) diskutiert – ebenfalls unter den historisch-strukturellen Verallgemeinerungsformen – das Verfahren der Analytischen Induktion, die beispielsweise auch von Vertretern der Typenbildung wie z. B. Kelle und Kluge (1999, 40ff) unter dem Topos »Suche nach Gegenbeispielen« als ein theoriegeleitetes Sampling-Verfahren angeführt wird. In der Analytischen Induktion wird

[...] ein Phänomen definiert, hypothetisch erklärt und an einem Fall empirisch untersucht. Weicht der Fall von der Erklärung ab, werden Phänomen oder Hypothese so undefiniert, dass dieser Fall ausgeschlossen ist. Auf diese Weise wird mit weiteren Fällen verfahren, bis sich eine vorläufige stabile Definition und Erklärung ergeben hat. (Markard 1993, 38)

Die Vorgehensweisen der Analytischen Induktion und der Grounded Theory sind insofern vergleichbar, als beide Verfahren das zu untersuchende Phänomen und dessen theoretische Fassung so lange miteinander konfrontieren, bis eine Theorie gefunden ist, für die keine abweichenden Fälle mehr gefunden werden, die Theorie also zum Phänomen »passt«. Markard interpretiert das Ziel dieses Vorgehens aber anders als Kelle und Kluge: Letztere sehen in dem Vorgehen ein über Poppers hypothetiko-deduktiven Ansatz hinausgehendes Verfahren, dessen Ziel nicht die Überprüfung einer Theorie im oben geschilderten Sinne ist, sondern die aufgrund empirischer Gegenevidenz notwendige Weiterentwicklung der Theorie (vgl. Kelle und Kluge 1999, 43f). M.E. beschreibt diese Interpretation der »Suche nach Gegenbeispielen« jedoch genau das bereits beschriebene Wechselspiel von Deduktion und Induktion, das zur Lösung des Geltungsproblems nichts Neues beiträgt – was von den Autoren mit diesem Verfahren allerdings auch nicht angestrebt wird, da sie es ausschließlich als Sampling-Strategie verhandeln. Markards Interpretation der Analytischen Induktion hingegen verweist auf eine weitere mögliche Interpretation der Situation, in der Phänomen und Theorie nicht zueinander passen: Entweder – wie in der Interpretation von Kelle und Kluge, bzw. Popper – ist die Hypothese

falsch oder unzureichend und entsprechend zu reformulieren bzw. zu verwerfen, *oder* der betreffende Fall passt nicht zu dieser Hypothese (vgl. Markard 1993, 39). Auf die Frage »wer« von einer Theorie »betroffen« ist, lässt sich damit zunächst nicht mit einer Häufigkeits- oder Verbreitethetsaussage antworten, sondern nur: »Jede Person, auf die die gegebenen Strukturaussagen zutreffen« (vgl. 39).⁶

Mit der Frage ob ein einzelner Fall zu einer Hypothese »passt« bzw. »nicht passt« ist im Übrigen auch der Datenbezug einer Theorie angesprochen, mithin also die Frage, ob es sich dabei um »kontingente« oder aber um »implikative« Zusammenhänge handelt. Während kontingente Zusammenhänge an der Realität prüfbar sind, gilt dies nicht für implikative Zusammenhänge. Letztere können dabei entweder begrifflicher Art sein (also z. B. logisch notwendig bzw. sprachlich selbst-evident: »Wenn A nördlich von B liegt, liegt B südlich von A.«) oder aber kategorial begründet sein (zu begrifflichen Implikationen in sozialwissenschaftlichen Theorien vgl. Brandstädter 1982, 1984 und 1994; zu kategorialen Implikationen vgl. Holzkamp 1994). Die Feststellung, dass ein Fall zu einer Hypothese »passen« bzw. »nicht passen« kann, heißt letztlich dass sich das Verhältnis von Theorie und Empirie umkehrt, Daten bzw. Fälle zu Theorien also nicht in einem Prüfbezug stehen können, sondern Theorien zu den Daten in einem Anwendungsbezug (vgl. Markard 2000).

Die drei Typen der Verallgemeinerung resümierend lässt sich festhalten: Sowohl bei Ansätzen des universalistischen als auch des historisch-aggregativen Verallgemeinerungstyps sind Einzelfälle nur interessant, sofern sie eine Hypothese falsifizieren können, die Repräsentativität der Stichprobe verletzen können, bzw. sofern sie zu zentralen Tendenzen betragen. Die Ansätze der Analytischen Induktion, der Grounded Theory, der empirischen Typenbildung und die subjektwissenschaftliche Möglichkeitsverallgemeinerung haben hingegen eine Art von Aussagen zum Ziel, die auf historisch konkrete Strukturzusammenhänge verweist.

Forschungsperspektive, Daten und Verfahrensschritte

Nach der Klärung der methodologischen Zielsetzungen der beiden Verfahren – der Funktion von Typus / Typologie bzw. der typischen Möglichkeitsräume sowie der Art der angestrebten Aussagen – soll nun ein Überblick über die Perspektive im Forschungsprozess, die Verwendung von Daten und schließlich die Verfahrensschritte gegeben werden.⁷

6 Inwiefern anschließende Schätzungen der Verbreitetheit der einzelnen Typen auf Grundlage von den für die Bildung der Typen als konstitutiv angenommenen Bedingungen zulässig sind, kann ich an dieser Stelle nicht erörtern.

Die große Verbreitung von Verfahren der *empirischen Typenbildung* liegt m. E. neben der systematischen theoretischen Begründung und der langjährigen institutionellen Tradition in ihrer Praktikabilität begründet. Erstens korrespondiert der Umstand, dass die Untersuchung vom *Standpunkt des Forschers* durchgeführt wird – der die Aufträge gesellschaftlicher Institutionen in ein Forschungsprojekt reformuliert, für die Datenerhebung »ins Feld geht« und wieder an einen Schreibtisch zurückkehrt, um dort die Auswertung der Daten vorzunehmen und die Ergebnisse den Auftraggebern zurückzumelden – gut mit den Anforderungen einer Auftragsforschung, die Antworten auf *ihre* Fragen sucht (vgl. Heinze 2001). Aufgeworfen ist damit zum einen die Frage nach der demokratischen Legitimation der Auswahl der Fragen – welche Fragen werden wie und in welcher Weise gestellt, bzw. welche Fragen erscheinen als nicht (oder nicht in dieser Form) förderungswürdig. Zudem werden die an der Forschung beteiligten »Fälle« tendenziell auf die Funktion von Datenlieferanten reduziert und die Befähigung zur wissenschaftlichen Auswertung allein dem Forscher zugesprochen, der damit letztlich die Autorität über die »Wahrheit« des Ergebnisses behält. Auch das Vorgehen der »kommunikativen Validierung«, die Rückmeldung der Ergebnisse der Auswertung an die Befragten, dient eher der Aufklärung von offenen Fragen denn der grundsätzlichen Offenheit gegenüber abweichenden Interpretationen.

Ein zweiter wesentlicher Punkt ist die relative Offenheit des Verfahrens. Dies knüpft zum einen an den letzten Gesichtspunkt an, wenn beispielsweise die Bestimmung des Auftrags eine Untersuchung der Qualität bzw. Beschaffenheit eines Problems erfordert und (noch) keine Erhebung der quantitativen Relevanz – für die wiederum (ganz im Sinne der Teilung in »qualitative« und »quantitative« Methoden) die stärker standardisierten, geschlossenen Erhebungs- und Auswertungsmethoden ihre Zuständigkeit beanspruchen. Unter dem methodischen Gesichtspunkt zeigt sich diese Offenheit bei der Fähigkeit zur *Integration von Daten*: So können qualitativ so unterschiedliche Daten wie Löhne, subjektive Vorstellungen zur Relation von Lebenssphären, Erfahrungen von Prekarität, Einstellungen und demografische Daten zu den einzelnen Personen etc., die auch im Hinblick auf ihr Skalenniveau verschieden sein können, zur Beschreibung der einzelnen Fälle herangezogen und diese miteinander ins Verhältnis gesetzt werden.

Nicht zuletzt um dem Vorwurf der Beliebigkeit von Seiten des (quantitativen) Mainstreams zu begegnen und wenn schon nicht »Objektivität« so doch wenigstens

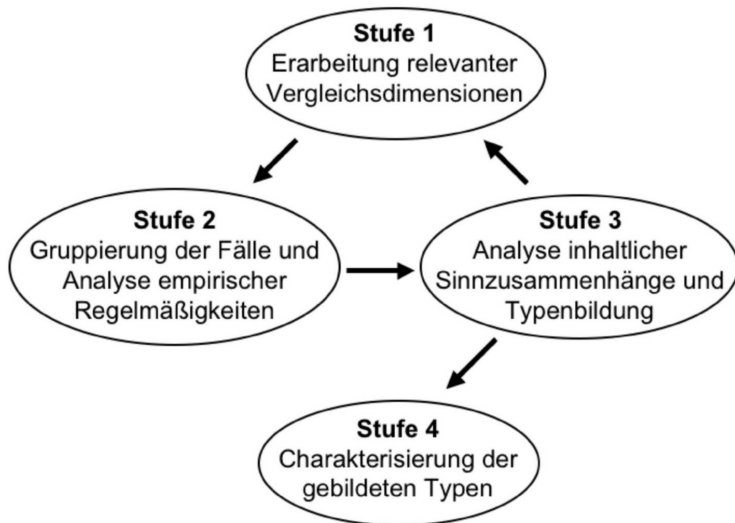
7 Bei der Darstellung der Verfahrensmomente soll nur unter dem Gesichtspunkt der Forschungsperspektive auf die Probleme der Analyse verbaler Daten – z. B. mit der Qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2000) – eingegangen werden; ausführlichere Erörterungen finden sich u. a. bei Markard (2000).

»intersubjektive Nachvollziehbarkeit« (Steinke 2000) zu erleichtern, ist das *Verfahren* der Auswertung formalisiert. Im Sinne des Ziels der Ordnung der empirischen Fälle soll bei der Konstruktion der Typen auf eine möglichst große »interne Homogenität« (Ähnlichkeit der Fälle eines Typs) sowie »externe Heterogenität« (Verschiedenheit der Fälle verschiedener Typen) geachtet werden. Das Vorgehen lässt sich in vier Stufen gliedern (vgl. Kelle/Kluge 1999):

1. *Die Erarbeitung relevanter Vergleichsdimensionen.* Die Kontrastierung von Einzelfällen erfordert Vergleichsdimensionen, anhand derer die Fälle zueinander ins Verhältnis gesetzt werden. Einige grundlegende Dimensionen werden im Vorfeld der Untersuchung festgelegt, andere entstehen im Prozess der Untersuchung neu oder die Ausgangsdimensionen werden ausdifferenziert, um beispielsweise Subtypen bilden zu können.
2. *Gruppierung der Fälle und Analyse empirischer Regelmäßigkeiten.* Im zweiten Schritt werden die Einzelfälle aufgrund ihrer jeweiligen Merkmalsausprägungen gruppiert; hierbei wird die Aufstellung von Mehrfeldertafeln empfohlen, die den Blick für das »theoretisch Mögliche« schärfen soll – nicht zuletzt damit ein empirisches Nicht-Auftreten auch als Ergebnis interpretiert werden kann.
3. *Analyse inhaltlicher Sinnzusammenhänge und Typenbildung.* Für die Analyse sozialen Handelns reicht die in Schritt 2 vorgenommene Ordnung nach empirischen Regelmäßigkeiten / Häufigkeiten nicht aus, solange nicht ebenfalls das Kriterium der »Sinnadäquanz«, die prinzipielle Verständlichkeit der Handlung gegeben ist.
4. *Charakterisierung der gebildeten Typen.* Die Abfolge der ersten drei Stufen wird so lange wiederholt, bis die Suche nach neuen Fällen keine neuen Erkenntnisse mehr verspricht und die Untersuchung aus pragmatischen Gründen abgebrochen wird. Soll für die Untersuchung kein Idealtypus gebildet werden (s. u.), so wird der Auswertungsprozess mit einer möglichst präzisen Beschreibung und Benennung der Typen entlang der verwendeten Dimensionen abgeschlossen.

Die meisten Untersuchungen sind mit Bildung der Typologie und der Charakterisierung der gebildeten Typen abgeschlossen. Soll ein Idealtypus gebildet werden, so schließen sich dessen Konstruktion und eine mögliche Konfrontierung der Einzelfälle mit dem Idealtypus als weitere Schritte an.

Die kritisch-psychologische *Möglichkeitsverallgemeinerung* hat das Ziel, die individuellen Handlungsmöglichkeiten (subjektiver Möglichkeitsraum) als Konkretisierung allgemeiner gesellschaftlicher Handlungsmöglichkeiten (typischer Möglichkeitsraum) erkennbar werden zu lassen. Da die Möglichkeiten wie sie den Einzelnen (»je mir«) erscheinen, zunächst einmal nur eben diesen Personen gegeben sind, muss diesem Umstand auch in der methodischen Umsetzung der Forschung Rechnung getragen werden. So erlaubt die theoretische Analyse des subjektiven



Stufenmodell empirisch begründeter Typenbildung (Kelle / Kluge, 1999, 82)

bzw. des typischen Möglichkeitsraumes keinen »Standpunkt außerhalb«, sondern erfordert die Qualifikation aller am Forschungsprozess Beteiligten zu »Mitforschern« und eine durchgängige Kooperation im Forschungsprozess. Allein diese Anforderung an die konsequente Umsetzung des *Subjektstandpunktes* in der Untersuchung ist in der Praxis nur schwer umsetzbar und daher mit den gegebenen Strukturen des Wissenschaftsbetriebs und insbesondere den Lebensverhältnissen der nicht-professionell Forschenden nur bedingt vereinbar. Eine weitere Konsequenz des Subjektstandpunktes ist die prinzipielle Offenheit gegenüber allen Formen von *Daten*, die von den Beteiligten in den Forschungsprozess eingebracht werden können, wenn man jene nicht schon auf dieser Ebene bei der Beschreibung ihrer »Sicht auf die Dinge« beschneiden möchte⁸.

Das *Verfahren* der Möglichkeitsverallgemeinerung lässt sich in zwei Abschnitte gliedern. Der erste Schritt ist die *Bedeutungsanalyse* des interessierenden Forschungsfeldes:

Die in den Fragestellungen und darin liegenden empirischen Verallgemeinerungen angesprochenen Lebensbedingungen (Institutionen, Arbeitsplätze, Familie, Medien,

8 Zu den verschiedenen Funktionen von Daten im subjektwissenschaftlichen Forschungsprozess vgl. Markard (2000), Kaindl und Markard (2000) und Holzkamp u. a. (1985).

besondere ›Umgebungen‹, künstlerische Exponate und alles erdenkliche andere) sind als *realhistorische Konkretisierungen formations-, lage- und positionsspezifischer Bedeutungskonstellationen einschließlich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verweisungen* auf das darin liegende ›typische‹ *Verhältnis von Handlungs-/Verfügbarmöglichkeiten und deren Einschränkung/Mystifizierung* hin zu analysieren. (Holzkamp 1983, 552)

Nachdem mit der Bedeutungsanalyse auf der Ebene gesellschaftlicher Strukturen potentielle ›typische‹ Möglichkeitsräume herausgearbeitet wurden, sind diese Möglichkeitsräume in einem zweiten Schritt, der *Begründungsanalyse*, weiter zu differenzieren. Dazu werden auf der Ebene der subjektiv funktionalen Handlungsgründe Annahmen über »›typische‹ Formen von subjektiven Begründungszusammenhängen« (ebd.) angestellt, die sich aus den im vorherigen Schritt herausgearbeiteten Bedeutungskonstellationen als mögliche Handlungsprämissen ergeben. Die so genannte *Entwicklungsfigur* ist eine formale Fassung der Begründungsanalyse und gliedert den Forschungsprozess in vier Stadien:

1. *Deutung eines sich aus empirischen Daten ergebenden »kritischen« oder »problematischen« Sachverhalts.* Ausgangspunkt einer Entwicklungsfigur ist ein reales Problem in der Lebenspraxis, das es zu lösen gilt. Methodisch geht es in diesem Schritt darum, die aus dem »Alltagswissen« stammende und mehr oder weniger reflektierte Selbstverständlichkeit des Umgangs mit »einem solchen Problem« zu problematisieren und die Funktion dieses Verhaltens für die alltägliche Lebensbewältigung zu ergründen. Es gilt herauszuarbeiten, wie das, was als individuelles Problem erscheint, als individuelle Realisation gesellschaftlicher Bedeutungsstrukturen / Handlungsmöglichkeiten zu begreifen ist.
2. *Analyse und Durcharbeitung der gegebenenfalls gegen die Deutung gerichteten Abwehr der Betroffenen.* In dieser zweiten Phase gilt es, im Rahmen einer Abwehr- und Widerstandsanalyse, die unterschiedlichen und mitunter konfligierenden Deutungen der problematisierten Sachverhalte zu klären und dafür die »kategorialen Grundlagen der Sichtweise des Betroffenen herauszuarbeiten« (Markard 1985, 105), um diese dann mit den kategorialen Grundlagen der Kritischen Psychologie zu konfrontieren. Ziel dieser »kategorialen Reformulierung« des Problems ist eine neue Sichtweise auf das Problem – also die Suche nach einer »Theorie« für die Lösung dieses Problems:

Die Aufgabe der Theorienbildung besteht darin, verallgemeinerbare Möglichkeiten der Konfliktlösung aufzuzeigen, eine gegenüber der vorgetragenen alternative Praxis zu initiieren. Theorien in diesem Sinne beinhalten also hypothetische Aussagen über Begründungszusammenhänge von Handlungen und die sich damit für die Beteiligten ergebenden Konsequenzen. (Markard 1985, 106)

3. *Umstrukturierung der Praxis der Betroffenen gemäß den in der Lösungskonzeption entwickelten Handlungsvorschlägen.* Nachdem die Begründungsstruktur heraus-

gearbeitet wurde, die zu einer Handlungsproblematik geführt hatte, diese dann auf Basis kritisch-psychologischer Kategorien reflektiert und schließlich ein zweites »Begründungsmuster« herausgearbeitet wurde, dass zu einer verallgemeinerbaren Praxis führen soll, muss sich dieses nun an der Praxis »bewähren«. Die Angemessenheit einer Theorie zeigt sich darin, dass die ursprüngliche Unverfügbarkeit der Situation – durch die sie »je mir« problematisch wurde – außer Kraft gesetzt wird und »je ich« meinen kurzschlüssigen Bewältigungsversuchen nicht mehr »ausgesetzt« bin.

4. *Rückmeldung über die Effekte der Umstrukturierung der Praxis an das Forschungsprojekt.* Bei der Rückmeldung der veränderten Praxis ist zu prüfen, inwieweit in der Darstellung der geglückten Veränderung eventuell eigene / neue Mystifikationen enthalten sind.

Die dritte und vierte Phase der Entwicklungsfigur wurden in ihrer ursprünglichen Fassung als die Phasen der *Theorieprüfung* angesehen. Da die in den ersten beiden Instanzen formulierten Begründungsmuster unter dem Gesichtspunkt ihrer Geltung *implikativen* Charakters und damit einer empirischen Prüfung weder fähig noch bedürftig sind, schied diese als Verfahren der Geltungsbegründung aus. Um die Möglichkeit einer Theorienprüfung dennoch für die Kritische Psychologie zu retten, wurde deshalb davon ausgegangen, dass das *Verhältnis* zwischen dem ersten und dem zweiten Begründungsmuster nicht als implikativ zu verstehen sei, Lösungsvorschläge entsprechend »an der Theorie scheitern können«; zwar wären damit die einzelnen Begründungsmuster nicht zu widerlegen, aber deren Angemessenheit für die Praxis. Der Betroffene sollte demnach in der dritten Instanz der Entwicklungsfigur »prüfen«, ob sein praktisches Problem mit Hilfe des lösungsorientierten Begründungsmuster tatsächlich zu beheben ist. Die Annahme, auf diese Weise die Theorieprüfung in der subjektwissenschaftlichen Kritischen Psychologie zu erhalten, wurde inzwischen jedoch korrigiert:

Das erste Begründungsmuster, also der erste Prämissen-Gründe-Zusammenhang ist vom zweiten nicht unabhängig, sondern Teil der Prämissen des zweiten, so dass das Verhältnis beider Begründungsmuster implikativ und somit einer Prüfung weder bedürftig noch fähig ist. (Markard 2000, 246f)

Die geschilderten Schritte sind als ein »idealer Ablauf« zu verstehen, der in die Lösung des Ausgangsproblems münden soll. Da die Entwicklungsfigur in jeder ihrer Instanzen auch »scheitern« kann, ist es die Aufgabe der *Stagnationsfigur*, die möglichen Varianten des Scheiterns »parallel« zur Entwicklungsfigur zu systematisieren. Fehler sollen methodisch kontrolliert gesucht werden, denn es gilt herauszufinden, woran die praktische Veränderung gescheitert ist, um darüber u. U. zu neuen Perspektiven zu kommen. Die Stagnationsfigur ist als Negativfolie zur Entwicklungsfigur zu verstehen und deshalb auf die jeweiligen Instanzen der

Entwicklungsfigur zu beziehen – was an dieser Stelle aber nicht ausgeführt werden soll (vgl. Markard 1985).

Am Ende einer positiv verlaufenen Bedingungs-Bedeutungs-Begründungsanalyse steht also ein subjektiver Möglichkeitsraum, der als konkreter Fall eines typischen Möglichkeitsraumes analysiert wurde, individuell als solcher begriffen wird und in einer veränderten Lebenspraxis mündet. Dabei wird der einzelne Fall nicht durch eine »wissenschaftliche Instanz« einem Möglichkeitstyp subsumiert, sondern »je ich« entscheide an jedem Punkt des Konstruktionsprozesses des typischen Möglichkeitsraumes, inwiefern »mein Fall« ein konkreter »Fall von« dem allgemeineren, »typischen« Möglichkeitsraum ist. Als vorläufig abschließbar wird dieser Prozess angesehen, wenn die Untersuchung einzelner und weiterer Fälle keine neuen Erkenntnisse mehr verspricht:

Die Differenzierungen/Korrekturen mit dem Fortgang des Forschungsprozesses erbringen so gesehen immer weniger *wirklich neue typische subjektive »Antworten«* auf objektive Lebensbedingungen etc. und immer weitergehend lediglich *weniger relevante zusätzliche Anreicherungen der Erfassung der typischen Formen*. Das Verallgemeinerungsverhältnis zwischen ›Typ‹ und ›Einzelfall‹ ist so zwar niemals endgültig zu fixieren, *vereindeutigt sich aber quasi »asymptotisch«* mit dem *Fortgang des Forschungsprozesses*. (Holzkamp 1983, 555)

Gemeinsamkeiten und Differenzen von Typenbildung und typischer Möglichkeitsverallgemeinerung

In der Gegenüberstellung der beiden empirischen Forschungsverfahren sind auf verschiedenen Ebenen Gemeinsamkeiten und Differenzen herausgearbeitet worden. Beide Verfahren haben die Ordnung einzelner Fälle eines empirischen Gegenstandes zum Ziel, über den sie Aussagen eines als »historisch-strukturell« zu bezeichnenden Verallgemeinerungstyps treffen wollen. Aufgrund unterschiedlicher kategorialer Ausgangspunkte und damit verbundener methodologischer Annahmen unterscheiden sich jedoch sowohl die Forschungsperspektiven (»Forscher« vs. »Mitforscher«), als auch das »inhaltliche« Ziel der Untersuchung. Ausgehend von der Grundkategorie »sozialen Handelns« werden in der soziologischen Forschung gesellschaftliche Handlungstypen (»soziologische Regeln«) gesucht, die als Grundlage für die weitere Theoriebildung dienen. Ein weiterer möglicher Schritt in dem soziologischen Forschungsprozess ist die Konstruktion eines »Typus des rationalen Aktors«, eines Idealtyps, der zu dem empirischen Material »zurückkehrt«, aus dem er entstanden ist, und ein sinnadäquates Verstehen und kausaladäquates Erklären der einzelnen Fälle ermöglichen soll. In subjektwissenschaftlicher Forschung werden, ausgehend von der zentralen Analysekategorie der Handlungsfähigkeit, individuelle Hand-

lungsproblematiken analysiert, um den im Einzelfall gegebenen »subjektiven« als einen allgemeinen, »typischen« Möglichkeitsraum begreifen zu können. Wird in der soziologischen Perspektive also zunächst das soziale Handeln typisiert (dessen »Sinn« wiederum auf gesellschaftliche Strukturen gerichtet ist), sind es in der subjektwissenschaftlichen Forschung gesellschaftliche Bedeutungsstrukturen, die den Einzelnen als typische Handlungsmöglichkeiten gegenüberstehen.

Bei der Beurteilung von Verfahren der empirischen Typenbildung in der Tradition der sinnverstehenden Soziologie erscheinen mir aus subjektwissenschaftlicher Sicht insbesondere zwei Aspekte kritisch. Zum einen verbleibt die Autorität im Forschungsprozess beim Forscher, der aus dem empirischen Material den subjektiv gemeinten Sinn der Einzelfälle »deutet«. Diese haben im Regelfall keine Möglichkeit, dieser Perspektive alternative Handlungsbegründungen entgegenzusetzen und sich damit gegen die vom Forscher als wichtig erachteten, den Forschungsprozess strukturierenden Kategorien zu verwehren und ihrer Sicht der Dinge Geltung zu verschaffen. Auch der zweite wesentliche Kritikpunkt hängt mit der Frage zusammen, welcher Standpunkt im Forschungsprozess eingenommen wird: Er betrifft die Konstruktion eines Typus des rationalen Aktors, dem gegenüber die Einzelfälle als Abweichung definiert sind. Die im »idealisierend-typisierenden« Aufriß vom Forscher vorgenommene Ausklammerung von im Einzelfall als »irrational« Erscheinendem ist nicht mit einer subjektwissenschaftlichen Forschungsperspektive zu vereinbaren. Nach dieser wäre, was zunächst als »irrational« imponiert, besser als »in der individuellen Begründungsstruktur (noch) unaufgeklärt« zu fassen.

Literatur

- Brandtstädter, Jochen, 1982: Apriorische Elemente in psychologischen Forschungsprogrammen, in: *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 13, 267–277
- Ders., 1984: Apriorische Elemente in psychologischen Forschungsprogrammen: Weiterführende Argumente und Beispiele, in: *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 15, 151–158
- Ders., 1994: Forschungshypothesen und strukturelle Implikationen: Abgrenzungen und Abgrenzungsprobleme, in: *Forum Kritische Psychologie* 34, 7–13
- Faltermaier, Toni, 1990: Verallgemeinerung und lebensweltliche Spezifität. Auf dem Weg zu Qualitätskriterien für die qualitative Forschung. In: G. Jüttemann (Hg.), *Komparative Kasuistik*, Asanger Heidelberg
- Gerhardt, Ute, 1986: *Patientenkarrieren. Eine medizinsoziologische Studie*, Suhrkamp Frankfurt/M
- Heinze, Thomas, 2001: *Qualitative Sozialforschung*, Oldenbourg München
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1988: »Persönlichkeit« – Zur Funktionskritik eines Begriffs, in: *Forum Kritische Psychologie* 22, 123–132
- Ders., 1994: Verborgene Begründungsmuster in traditionellen Lerntheorien?, in: *Forum Kritische Psychologie* 34, 13–17
- Ders., Morus Markard und Gisela Ulmann, 1985: Bericht an die DFG über den »Fortgang der Arbeiten«, Abschlußbericht im Rahmen einer Kleinförderung, in: *Forum Kritische Psychologie* 17, 51–71
- Kaindl, Christina, und Morus Markard, 2000: Das Ausbildungsprojekt »Subjektwissenschaftliche Berufspraxis« – theoretische, methodische und organisatorische Aspekte studentischer Praxisforschung. In: M. Markard u. ASB, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung. Wider Mainstream und Psychoboom. Konzepte und Erfahrungen des Ausbildungsprojekts subjektwissenschaftliche Berufspraxis an der FU Berlin*, Argument Hamburg
- Kelle, Udo, und Susanne Kluge, 1999: *Vom Einzelfall zum Typus. (Qualitative Sozialforschung Bd. 4)*, Leske+Budrich Opladen
- Markard, Morus, 1985: Konzepte der methodischen Entwicklung des Projekts Subjektentwicklung in der frühen Kindheit – Ergänzung zum Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe durch die DFG, in: *Forum Kritische Psychologie* 17, 101–120

- Ders., 1993: Kann es in einer Psychologie vom Standpunkt des Subjekts verallgemeinerbare Aussagen geben?, in: *Forum Kritische Psychologie* 31, 29–51
- Ders., 2000: Verbale Daten, Entwicklungsfigur, Begründungsmuster, Theorienprüfung: Methodische Probleme und Entwicklungen in der Projektarbeit. In: M. Markard u. Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung. Wider Mainstream und Psychoboom. Konzepte und Erfahrungen des Ausbildungsprojekts subjektwissenschaftliche Berufspraxis an der FU Berlin*, Argument Hamburg
- Mayring, Peter, 2000 [1983]: *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, Deutscher Studien Verlag Weinheim
- McLaughlin, Peter, und Weyma Lübbe, 1996: Typus. In: *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*, Band 4, Metzler Stuttgart-Weimar, 363–364
- Reimer, Katrin, 2003: Die Bedeutung von Max Webers »Idealtypus« für die subjektwissenschaftliche Forschung, in: *Forum Kritische Psychologie* 47, 99–111
- Steinke, Ines, 2000: Gütekriterien qualitativer Forschung. In: U. Flick, E. v. Kardorff u. I. Steinke (Hg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg, 319–331
- Weber, Max, 1968 [1904]: Die ›Objektivität‹ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hg. von J. Winckelmann, Mohr Tübingen
- Ders. 1985 [1922]: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Besorgt von Johannes Winckelmann, Mohr Tübingen

Michael Zander & Thomas Pappritz

Handlungsfähigkeit als psychischer Konflikt. Vorschlag eines Forschungs-Leitfadens

Kritisch-psychologische »Kategorien« sind dem Anspruch nach Denkmittel, die psychologische Forschungs-, Beratungs- und therapeutische Praxis anleiten. In ihnen sind die Perspektiven miteinander verbunden, die Klaus Holzkamp schon 1968 in den Fokus seines Forschungsprogramms stellt: »Emanzipatorisch relevant wäre psychologische Forschung, sofern sie zur Selbstaufklärung des Menschen über seine gesellschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten beiträgt und so die Voraussetzungen dafür schaffen hilft, dass der Mensch durch Lösung von diesen Abhängigkeiten seine Lage verbessern kann.« (1972, 32) In dieser frühen Arbeit werden von »primären« (»objektive«, »historisch-ökonomische Bedingungen«) die »sekundären Abhängigkeiten des Menschen« unterschieden, d.h. »solche, die der Mensch zur Vereinfachung seines kognitiven Feldes im Interesse der Angstvermeidung, der Reduzierung von Spannungen zwischen der objektiven Lage und der subjektiven Befindlichkeit selbst geschaffen hat«; letztere werden ins Zentrum »kritischer Psychologie« gestellt (33). Im später entwickelten Konzept der »personalen« und speziell der »restriktiven Handlungsfähigkeit« werden beide Aspekte miteinander vermittelt (s. u.). Kritisch-psychologische Forschung begreift das Ineinander individueller und gesellschaftlicher Prozesse vom Standpunkt der handelnden Subjekte.

Mit »Praxis-« bzw. »Praktikums-Portraits« (Markard/Holzkamp 1989, Ulmann/Markard 2000, Ulmann 2000) sowie der Entwicklungs-/Stagnationsfigur (Markard 1985 u. 2000a) und den Bedingungs-, Bedeutungs- und Begründungsanalysen (z. B. Holzkamp 1983, 492) liegen Konzepte vor, die diese Kategorien operationalisieren, also deren Gebrauch bei der Analyse psychologischer Berufspraxis strukturieren helfen. Bezüglich der Kategorie »Handlungsfähigkeit« besteht u. E. die Schwierigkeit, dass in den verschiedenen Veranschaulichungen und Fallbeispielen jeweils bestimmte Aspekte in den Vordergrund treten – etwa der Widerspruch zwischen kurz- und langfristigen Interessen oder der problemstabilisierende Charakter restriktiver Handlungsfähigkeit – während andere wie z. B. die Feinanalyse psychodynamischer Abwehr in den Hintergrund geraten (vgl. Osterkamp in diesem Band). Zur Explikation

und heuristischen Fruchtbarmachung der verschiedenen Dimensionen des Begriffspaars restriktiver und verallgemeinerter Handlungsfähigkeit wird hier ein Leitfaden vorgestellt, in dem Beispiele aus kritisch-psychologischen Forschungszusammenhängen diskutiert werden. Es werden Fragen formuliert, die solche Bestimmungen für die Darstellung und aktual-empirische Untersuchung konkreter Fälle, z. B. von Berater-Klienten-Beziehungen, operationalisieren.

Das kritisch-psychologische Konzept »psychischer Konflikte«

Das kritisch-psychologische »Konfliktmodell« (Holzkamp 1984, 29ff), mit dem sich »die Perspektive einer eigenständigen subjektwissenschaftlichen Begrifflichkeit auf der Basis der erarbeiteten Kategorialbestimmungen« eröffnet (33), basiert auf folgenden Annahmen, die ausführlich begründet (Holzkamp 1983, 1987; Maiers/ Markard 1986; Markard 2001) und z. T. kontrovers diskutiert wurden (Holzkamp 1990a, Marezky 1990):

1. Personale Handlungsfähigkeit bezeichnet die situationsabhängige Weise, handelnd »Verfügung über meine jeweiligen individuell relevanten Lebensbedingungen zu erlangen« (Holzkamp 1987, 14; vgl. 1983, 241). Begrifflich ist damit die unter psychologischen Gesichtspunkten konkretisierte Tatsache gefasst, dass »die Umstände ebenso sehr die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen« (Marx/Engels 1845/46, MEW 3, 38) und dass das »Ändern der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung« zusammenfallen (Marx 1845, MEW 3, 6). Funktionsaspekte von Handlungsfähigkeit sind Emotion, Kognition, Motivation und soziale Beziehungen, die sich einerseits durch Lernen modifizieren lassen und die andererseits in historisch veränderlichen »Bedeutungs-Bedürfnis-Bezügen« (Holzkamp 1983, 249) verwirklicht werden.
2. Die Qualität menschlicher Bedürfnisbefriedigung hängt ab von Art und Grad individueller Teilhabe an der »Verfügung« über die Befriedigungsquellen. Daher liegt »eine der Hauptaufgaben« kritisch-psychologischer Analyse darin, »die *Vermittlung* zwischen Gesellschaftsstruktur und Individuum [...] herauszuarbeiten« (Holzkamp 1996a, 48). Das betrifft die »Widersprüche der bürgerlichen Klassenrealität« (1984, 32f), aber auch die »Eigengesetzlichkeit« von gesellschaftlichen Verhältnissen und Praxen, die selbst aus »alten, überholten Apparaten und Denkweisen« stammen, gleichzeitig aber in kapitalistischen Produktionsverhältnissen und bürgerlichem Staat ideologische Funktion gewinnen und modifiziert werden können (vgl. PIT 1979, 107f) – so bestimmte Geschlechter (Haug 2001, Schmalstieg 2002) und Familienverhältnisse (Ketelhut 1999, Friele 2008), religiöse Formen, Sprachelemente u. a.

3. Handlungsrisiken bzw. der drohende Verlust künftiger Befriedigungsmöglichkeiten können Gründe sein, entweder auf die Erweiterung von Handlungsfähigkeit zu verzichten oder die Bedingungen so zu verändern, dass damit die Risiken verringert werden. Solche Gefahren werden in besonderer Weise zu Handlungsprämissen, insoweit Handlungsfähigkeit nur im Widerstand gegen die Durchsetzung von Herrschaftsverhältnissen gewonnen oder erhalten werden kann. Die Begriffe »Absicherung in restriktiver« und »Gerichtetheit auf verallgemeinerte Handlungsfähigkeit«¹ (Holzkamp 1983, 394) bezeichnen diese Formen personaler Handlungsfähigkeit und können »zur Aufschlüsselung der bestimmten Begründungsmustern inhärenten Bewältigungs- und Abwehrformen« dienen (1990a, 38). Ein Aspekt dieser »Bewältigungsformen« ist, dass die Individuen in den vorfindlichen und naheliegenden »Handlungs-, Beziehungs- und Denkmöglichkeiten« zugleich »*die bürgerlichen Klassenverhältnisse* als deren unbefragte Voraussetzung« reproduzieren (1983, 364).
4. Im restriktiven Handlungsmodus müssen die potenzielle »Selbstschädigung« (382) und der Verzicht auf Lebensansprüche, die mit der Befreiung von Herrschaft möglich wären, psychisch abgewehrt werden, insofern nicht bewusst gegen die eigenen Interessen verstoßen werden soll. Das geschieht z. B. in Identifizierung von Zwang mit Motivation, instrumentellen mit intersubjektiven Beziehungen, Deuten mit begreifendem Denken und Innerlichkeit mit Emotionalität. Eine entscheidende Voraussetzung verallgemeinerter Handlungsfähigkeit ist, Handlungsrisiken handhabbar zu machen und Angst dadurch zu reduzieren, dass die gesellschaftlichen Lebensbedingungen als von Menschen hergestellt und potenziell selbst veränderbar begriffen werden.

»Ein *psychischer Konflikt* tritt [...] vorzugsweise dann auf, wenn die [...] Einschränkung eigener Lebensführung erkannt und entsprechend subjektiv gewertet worden ist, ihre Erweiterung (oder aber nur Aufrechterhaltung) mit dem Entzug der Existenzgrundlage durch die Mächtigen bedroht ist« (Markard 1981, 176). Wenn Veränderungen mit der Infragestellung von Herrschaftsverhältnissen verbunden sind, können Handlungsbegründungen im Modus restriktiver Handlungsfähigkeit naheliegen: Statt die Konflikte dadurch zu lösen, dass die zu ihnen führenden Bedingungen überwunden werden, werden Wege gesucht, sie in Kom-

1 Der hier verwendete Begriff der »Verallgemeinerung« bezeichnet weder eine allen Menschen zukommende Eigenheit, noch die Häufigkeit bestimmter Handlungsmodi; vielmehr bezieht er sich als Richtungsbestimmung auf herrschaftsfreie Verhältnisse, von deren gleichberechtigter Gestaltung niemand ausgeschlossen ist und die in diesem Sinne »verallgemeinerbar« sind. Inhaltlich ist verallgemeinerte Handlungsfähigkeit jeweils die bestimmte Negation von herrschaftserhaltenden Handlungsaspekten.

promissen individuell bzw. kollektiv »zu umschiffen«, »auszuhalten« oder »unsichtbar zu machen«. Wie sich solche individuellen, sozialen oder institutionalisierten ›Lösungen‹ begrifflich fassen lassen, zeigt Holzkamps Beispiel der Analyse schulischen Lernens, in dem er in Anlehnung an Freuds Konzept des Unbewussten (1993, 456) für die wechselseitigen Kontrollstrategien von Schülern und Lehrern innerhalb der schulischen Bedingungen den Begriff »verdecktes Verhältnis« (445) verwendet: die Schüler versuchen, sich in »verdeckten Solidargemeinschaften« (455) dem ebenso taktischen und kontrollierenden Zugriff von Lehrenden (und u. U. darüber hinaus der Schulbehörde, der mit diesen verbündeten Eltern, der Polizei usw.) zu entziehen. »Verdeckte Verhältnisse« konstituieren sozusagen ›Verdrängungsgemeinschaften‹, in denen kollektiv schulspezifische restriktive Handlungsmodi eingeübt werden, wodurch die jeweils individuell zu leistende Verdrängung erleichtert oder erst möglich wird.

Beispiel »Gleichheitsregulation«

Das Projekt »Subjektentwicklung in der frühen Kindheit« (SUFKI) erforschte während der 1980er Jahre Probleme, die Eltern im Umgang mit ihren (Klein-)Kindern registrieren und lösen wollten. Datengrundlage waren von den Eltern angefertigte Tagebuchaufzeichnungen aus dem Alltag der am Forschungsprozess beteiligten Familien. Die Analyse dieser Daten erfolgte im Rahmen eines Forschungsplenums in vier Schritten (»Entwicklungsfigur«, Markard 1985, 103): Im ersten wurde eine problematisch erscheinende Tagebuchstelle gedeutet; im zweiten wurden Widerstände gegen die Deutung analysiert; auf Basis einer eventuell modifizierten Deutung erfolgte drittens eine probeweise Umstrukturierung der Alltagspraxis; im vierten Schritt schließlich wurde an das Projektplenum zurückgemeldet, inwieweit die Umstrukturierung erfolgreich war und die zur Debatte stehende Schwierigkeit gelöst wurde oder nicht.² Eines der analysierten Probleme fasst Markard in dem Konstrukt »Gleichheitsregulation« zusammen:

Dieses Konzept wurde im Rahmen der [...] Problematik formuliert, dass die beteiligten Kinder (davon ein Zwillingpaar) mehr oder weniger permanent darauf bestanden, ›dasselbe‹ zu haben, auch in Fällen, in denen das objektiv ausgeschlossen ist: ›in der Mitte sitzen‹, identische Reproduktion von Unregelmäßigkeiten von Brotscheibenrändern etc. In der Diskussion der dargestellten – eskalierenden – problemati-

2 Mit Blick auf sein Projekt zum schulischen Lernen kritisiert Holzkamp (1996b, 159) rückblickend, dass in der Entwicklungsfigur des SUFKI die von Institutionen relativ unabhängige Veränderbarkeit von Eltern-Kleinkind-Interaktionen nicht als Spezialfall konzeptualisiert, sondern als allgemein unterstellt wurde.

schen Szenen kristallisierte sich heraus, dass die zugrundeliegende Vorstellung der Mutter die eines abstrakten Gerechtigkeitsprinzips war, dessen Realisierung die Funktion haben sollte, durch ›Gleichbehandlung‹ Konflikte zu präventieren oder zu lösen, wobei damit, wie sich aus einer Fülle von Tagebuch-Daten ergab, die Vorstellung einer quantitativ abrechenbaren Zuwendung verbunden war. Die restriktive Funktionalität der Gleichheitsregulation bestand in ihrer vordergründig leicht zu ›handhabenden‹ Operationalisierbarkeit; ihre Problematik ergab sich daraus, dass auf Seiten der Kinder eine abstrakte Forderung nach Gleichbehandlung zur dominanten Artikulationsform wurde. [...] Die besondere Problematik der Situation liegt [...] in dem Umstand, dass die Kinder zu einer blinden Reaktion im Rahmen der Gleichheitsregulation grundsätzlich keine Alternative haben und überdies an der Gewinnung einer Alternative gehindert werden. Sie sind damit auch auf die Gespanntheit des Nicht-zu-kurz-Kommens als emotionaler Grundbefindlichkeit festgelegt. Dies sind die Prämissen dafür, dass die Reklamation der permanenten Gleichbehandlung für das Kind funktional wird; es ist der ihm in diesem Rahmen mögliche Rest an Verfügung, mit deren Realisierung es aber gleichzeitig daran gehindert wird, die *eigene* Befindlichkeit und die *eigenen* Lebensinteressen erkennen und artikulieren zu lernen, da es sich, im Modus des bloßen ›ich auch‹ außengesteuert, nur an anderen orientiert. (107f)

Ein anders gelagertes Muster der Gleichheitsregulation findet sich in einer Interviewstudie des Projekts »Rassismus und Diskriminierung« (PRD), die den Konflikten zwischen Flüchtlingen und Mitarbeitenden in Asylbewerberheimen galt. Ute Osterkamp analysiert kritisch die Maxime der Gleichbehandlung der Heiminsassen durch das Personal. Unter anderem habe sich die Frage gestellt,

wieweit die abstrakte Gleichheitsforderung weniger an den Interessen der HeimbewohnerInnen als vielmehr an den Interessen der Heimleitung bzw. der MitarbeiterInnen orientiert und zugleich defensiv, d. h. darauf ausgerichtet ist, sich Ärger vom Hals zu halten. Dies würde bedeuten, dass man sich [...] an die Gleichheitsforderung hält, um keinen Anlass zu Vorwürfen zu geben, und unter der Hand Ausnahmen macht, wenn der Druck zu stark wird. Das Bemühen, keinen der BewohnerInnen zu bevorzugen, führt dann häufig dazu, dass man um des eigenen Friedens willen auch Möglichkeiten, die an sich gegeben wären, ungenutzt lässt und somit alle benachteiligt. Das allgemeine Motto der Gleichheitsforderung lautet: ›Wo kämen wir hin, wenn das alle täten‹. So wird z. B. der Umzug von einem Zimmer in ein anderes oder die Übernachtung von Besuchern nicht erlaubt, weil sofort die Vision entsteht, dass man binnen kurzem nur noch mit Möbelrücken beschäftigt oder völlig überlaufen wäre. (1990, 154f)

Leitfragen zur Anwendung des Konfliktmodells

Vorausgesetzt wird, dass eine beliebige Handlung oder Lebensäußerung von denjenigen, die diese analysieren (Forschende und Mitforschende), in irgendeiner Weise als problematisch betrachtet wird. Die folgenden Fragen sind, anders als die »Entwicklungsfigur« (Markard 1985, 2000a), nicht als »Sequenzierung des Forschungsprozesses« (Holzkamp 1990b, 9) gedacht; sie sind vielmehr eine Heuristik zur Gewinnung von Deutungshypothesen innerhalb dieses Prozesses.

- a) *Welche Bedürfnisse versuche ich durch meine Handlungen zu befriedigen?
Welches Interesse verfolge ich?*

Die oben dargestellten Dynamiken der »Gleichbehandlung« lassen sich zugleich als Ausdruck widersprüchlicher Verhältnisse und als Versuche fassen, diesen zu entkommen. Die Mutter möchte den von ihr befürchteten Konflikten mit den Kindern vorbeugen. Den Mitarbeitenden des Flüchtlingswohnheims ergeht es ähnlich; sie wollen oder müssen darüber hinaus bestimmte Vorgaben der Heimleitung und herrschender Migrationspolitik umsetzen, davon hängt ihr Erwerb ab. Möglicherweise übertragen sie auch eine Norm, deren Geltung sie in anderen Lebensbereichen erfahren, auf die zur Debatte stehende Situation (vgl. Dreier 1980, 64ff; Friele 2008, 198ff). Das kann die Funktion haben, indirekt auch ihre Situation in den anderen Bereichen zu stabilisieren. Denkbar ist, dass die Gleichheitsregulation in beiden Fällen eine Antwort auf tatsächliche Erfahrungen ist: Die Befürchtung der Heimgestellten, die Heimbewohner würden einmal »ausnahmsweise« gewährte Rechte umfassend in Anspruch nehmen, ist keine »Vision« – und würde tatsächlich das reibungslose Funktionieren des Betriebs in Frage stellen; doch ist zu fragen, inwieweit hier Konflikte in sozialen Beziehungen in ideologischen Formen ausgetragene gesellschaftliche Kämpfe sind, so dass die »unmittelbaren« Lösungsversuche immer wieder die konflikterzeugenden Ausgangsbedingungen reproduzieren. Die Annahme, dass solche Handlungen ein Bedürfnis befriedigen, wie es das Individuum wahrnimmt, ist vereinbar mit dem »materialen Apriori« der Kritischen Psychologie, dass niemand sich bewusst selbst schadet (vgl. Holzkamp 1983, 350). – Bei der Verwendung des Begriffs »Bedürfnis« ist zu beachten, dieses nicht mit den Mitteln seiner Befriedigung zu verwechseln.³ Gleichzeitig sind uns selbst Bedürfnisse, deren Befriedigung Vor-

3 »Ihre (weitgehend) unbewusste Entstehung unterscheidet Bedürfnisse von Interessen, deren schon teilweise ökonomisch-finanzielle Herkunft [...] ein schon bewusstes Erfassen des Gegenstands impliziert.« (Taut 1995, 121) Dem Begriff Interesse fehlt umgangssprachlich, anders als dem der Bedürfnisse, die Konnotation existenzieller Notwendigkeit.

aussetzung für die Existenzerhaltung ist, stets in gesellschaftlich entwickelten Formen und in Zusammenhang mit konkreten Befriedigungsmöglichkeiten gegeben.

b) *Die Befriedigung welcher Bedürfnisse blockiere ich dadurch zugleich? Welche Interessen kann ich auf diese Weise nicht realisieren?*

Diese Frage zielt auf die Lebensansprüche, auf die im Modus restriktiver Handlungsfähigkeit verzichtet wird. Die Mutter wünscht sich, die Konflikte im Umgang mit ihren Kindern zu überwinden. Von manchen Mitarbeitenden des Flüchtlingswohnheims darf angenommen werden, dass sie selbst in gewissem Maß unter den von ihnen umgesetzten Vorgaben und dem distanzierenden, taktischen Umgang mit den Bewohnerinnen und Bewohnern leiden.

Die Fragen a) und b) erkunden zwei Seiten der »restriktiven Funktionalität« als widersprüchlicher Einheit: Sie verweisen darauf, dass man durch herrschaftsförmige Praxis bzw. durch Teilhabe an Herrschaft profitieren und *zugleich* behindert werden kann. Was stärker wiegt, hängt in einer Klassengesellschaft nicht zuletzt von den konkreten Lebensumständen der Individuen und ihrer Beziehungen ab.

c) *Perpetuiere ich meine Probleme durch eigenes Handeln, ohne mir dessen bewusst zu sein?*

Das ist in den angeführten Beispielen ziemlich deutlich. Die »Gleichheitsregulation« soll Konflikte verhindern, die sie erst schafft oder wenigstens festigt. Dies kann einfach auf Unkenntnis der Zusammenhänge oder auf dynamischer Abwehr – Frage e) – beruhen. Die Frage hat auch den Sinn, den möglichen eigenen Beitrag zur problematischen Situation zu erkunden. An dieser Stelle besteht die Gefahr, die Verantwortlichkeit des Individuums ideologisch gegen es selbst zu wenden und Unterdrückung zu leugnen.

d) *Welche Risiken würde ich bei Aufgabe der bisherigen und Erprobung neuer Handlungsweisen eingehen? Welche Machtverhältnisse stünden in der Perspektive auf verallgemeinerte Handlungsfähigkeit in Frage?*

Die Antwort ist in beiden Fällen nicht ganz klar und erfordert konkrete »Bedingungs-Bedeutungs-« und »Begründungs-Analysen« – auch, um Prozesse verhinderter »Unmittelbarkeitsdurchbrechung« bzw. »-überschreitung« in der biografischen Entwicklung (Holzkamp 1983, 421ff) von denen ideologischer Art (vgl. 363) zu differenzieren und ihr Verhältnis in der fraglichen Situation zu bestimmen. In den Beispielen wird ein Kontrollverlust befürchtet, wenn die Gleichheitsregulation aufgegeben wird, aber worauf diese Befürchtungen beruhen, darüber geben die

Texte keine eindeutige Auskunft. Möglich sind im Fall des Heimpersonals »ungeschriebene Gesetze«, die evtl. aus misslungenen Problemlöseversuchen entstanden sind und auf dem Spiel stehen, wie z. B. das von Osterkamp erwähnte, dass Mitarbeitende einander vor den Flüchtlingen nicht kritisieren dürfen. Zu nennen wären aber auch explizite repressive Vorgaben, die die Macht von Personal, Heimleitung und Politik gegenüber den Flüchtlingen sichern sollen.

»Herrschende Normen« gibt es viele und manche von ihnen widersprechen sich gegenseitig (z. B. »Gleichbehandlung« vs. »Behandlung nach Verdienst«). Warum und wie sich *welche* Normen in einer Handlung und in der Konstitution von Beziehungen niederschlagen und wie sie miteinander zusammenhängen, bedarf einer Erklärung. Markard (1998) weist darauf hin, dass in der bürgerlichen Gesellschaft sich ein »Arrangement auf Kosten anderer [...] für eine Reihe von Leuten lohnt [...]. Wenn man das meint, muss man auch dazu kommen, genauer zu bestimmen, wer oder was eigentlich mit den Herrschenden gemeint ist«. (169)

Eine Teilantwort gibt Markard selbst, wenn er auf den marxistischen Grundlagen der Kritischen Psychologie besteht: Zu den Herrschenden gehört die Bourgeoisie, die herrschenden Klassen, die nicht nur ein theoretisches Konstrukt sind, sondern eine sehr reale gesellschaftliche Gruppe. Darüber hinaus muss man Kräfte sozialer Diskriminierungen wie z. B. Rassismus oder Sexismus erkunden, die nicht unmittelbar von der Bourgeoisie ausgehen. Die Frage, Markards Formulierung deutet es an, lautet also nicht nur: »Wer sind die Herrschenden?« – sondern auch: »Was ist Herrschaft, was sind die Merkmale herrschaftsförmiger Praxis?« Zur Beantwortung der Frage wurden in der Kritischen Psychologie – z. T. im interdisziplinären Austausch (vgl. Fried u. a. 1998) – verschiedene sozialwissenschaftliche Theorien rezipiert, z. B. die von Michel Foucault (Holzkamp 1993), Antonio Gramsci (Markard 1997) oder Pierre Bourdieu (Zander 2003). Notwendig sind zugleich aber Fallstudien zu Ausprägungsformen von Herrschaft in unterschiedlichen Bereichen, wie sie etwa zu Schulen (Holzkamp 1993), Familien- und Jugendhilfe (Kalpein 2007), Flüchtlingswohnheimen (Osterkamp 1993), zum betrieblichen Management (Petersen 2004) oder zur Vergesellschaftung von Frauen (z. B. Haug/ Hauser 1985 u. 1986) vorliegen.

e) *Wehre ich die Wahrnehmung des Konflikts psychisch ab? In welchen Formen?*

Diese Frage wirkt zunächst paradox. Dynamische Abwehr dient gerade dazu, konflikträchtige Wahrnehmungen und Handlungstendenzen nicht zur Kenntnis zu nehmen. Von daher scheint man selbst nicht in der Lage, sich eine solche Frage zu stellen. Allerdings ist die Abwehr stets lückenhaft und zumindest in Aspekten bewusstseinsfähig. Der Prozess der Bewusstwerdung kann – entsprechende Bezie-

hungen in einer Forschungsgruppe vorausgesetzt – von anderen unterstützt werden. Letztlich muss und kann aber eine solche Frage nur vom Subjektstandpunkt gestellt und beantwortet werden.

Zur Untersuchung psychischer Abwehr nennt H.-Osterkamp (1976) die von Anna Freud zusammengestellten psychoanalytischen Abwehrmechanismen: Verdrängung, »Regression, Reaktionsbildung, Isolierung, Ungeschehenmachen, Projektion, Introjektion, Wendung gegen die eigene Person, Verkehrung ins Gegenteil, Sublimierung [...], Rationalisierung« (268). Sie löst diese Mechanismen aus der psychoanalytischen Theorie und akzentuiert sie z. T. neu als »Personalisierung«, »Maßstabsverschiebung« und »Widerspruchseliminierung« usw., hervorhebend, sie dienten »nicht lediglich der Triebabwehr, sondern sind Abwehr [...] gesellschaftlich-personaler Realitätsaspekte zur Abwendung der [...] Gefährdung der Handlungsfähigkeit als Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen« (291). Besondere Aufmerksamkeit galt in der Kritischen Psychologie bisher der »Personalisierung« (z. B. Markard 2000b, 21). Die von H.-Osterkamp vermuteten Abwehrformen (s. o.) treten allerdings nicht an die Stelle der psychoanalytischen, sie stellen vielmehr Variationen derselben dar. Sie diskutiert auch solche Abwehrformen, die nicht mit »Überich-Geboten« einhergehen, sondern in denen »um einer illusionären gegenwärtigen Erleichterung oder Bestätigung willen die Handlungskonsequenzen radikal ausgeklammert« (1976, 447) werden. »Zu denken wäre hier etwa an »symptomatische« Handlungen, in denen die Abhängigkeit der eigenen Entwicklung [...] von der gesellschaftlichen Integration [...] praktisch negiert wird, z. B. indem man durch [...] »Verwahrlosung«, Alkoholismus, Drogensucht, in illusionärer Selbstgenügsamkeit [...] seine Befriedigung sucht oder durch [...] selbstdarstellerische Aggressivität, Gewalttätigkeit gegenüber Schwächeren die eigene Machtlosigkeit [...] überspielt etc.« (ebd.). Wenngleich solche Hypothesen in ihrer Pauschalität fragwürdig erscheinen, so sind doch die Fragen nach den Charakteristika von Abwehrformen nach wie vor aktuell.⁴

f) In welchen Beziehungen und Zusammenhängen anlässlich welcher Ereignisse wurde mir die problematische Handlungsweise nahegelegt?

»Das Verhältnis aktualgenetischer und biografischer Dimensionen bei der Aufschlüsselung lebenspraktischer Probleme ist in der Kritischen Psychologie zwar mehrfach thematisiert [...], aber theoretisch wie methodisch weiter aufklärungsbedürftig – etwa zwischen der Privilegierung der biografischen Dimension in der Psychoanalyse

⁴ In jüngerer Zeit befasst sich damit die Forschungsgruppe Lebensführung, worauf hier aber nicht im Detail eingegangen werden kann.

und der Betonung aktueller Lebensumstände und aktualgenetischer Konfliktdimensionen in der Kritischen Psychologie« (Markard 2007, 111). Problematisch erscheint uns eine Einseitigkeit in der Funktionskritik Osterkamps (1990), die später von Holzkamp (1995) bekräftigt wird; Osterkamp wirft die durchaus berechtigte Frage auf, ob die »verbreitete Tendenz, in der Kindheit die Ursache gegenwärtiger Probleme zu sehen, nicht [...] die Ohnmacht und Abhängigkeit der heutigen Erwachsenen [...] widerspiegelt und einen zugleich der subjektiven Notwendigkeit enthebt, sich den aktuellen Schwierigkeiten zu stellen« (1990, 163). Das macht aber die Frage nach biografischen Momenten nicht grundsätzlich falsch. Holzkamp (1995, 117ff) unterstellt in seiner durch Foucault inspirierten Auseinandersetzung mit Entwicklungspsychologie und Psychoanalyse, Konzepte ontogenetischer Entwicklung seien per se normativ und dienen der Kontrolle des Individuums; er kritisiert die »Erklärung eines Individuums aus seiner Entwicklung« (118).

Wir halten diese Argumentation in dieser Allgemeinheit für einseitig, greifen doch vergangene und gegenwärtige Verhältnisse ineinander, indem z. B. problematische Erziehungspraxen auf eine spätere fremdbestimmte Erwachsenenexistenz vorbereiten können. Worauf es u. E. ankommt, ist, den Veränderungsbedarf nicht nur beim Individuum zu lokalisieren und die Lebensgeschichte nicht nur familienzentriert zu betrachten. Biografisch erfahrene Kränkungen, Diskriminierungen und Entwicklungsbehinderungen lassen sich nicht allein aus den innerfamiliären Beziehungen, sondern nur im Hinblick auf gesellschaftliche Auseinandersetzungen (z. B. um die Geschlechter- und andere Verhältnisse von Über- und Unterordnung) erklären. Die lebensgeschichtliche Vergangenheit eines Menschen ist interessant, insofern ihre Entwicklungsergebnisse heute gegenwärtig sind. Restriktive Bewältigungsmuster angesichts aktueller Probleme erhalten dadurch, dass man sie durch bewussten oder unbewussten Rückgriff auf biografische Erfahrungen gewinnt, für das Individuum oft erst ihre scheinbare Selbstverständlichkeit. Sich diese Erfahrung in ihrer biografischen Situiertheit bewusst zu machen, trägt dazu bei, die Abhängigkeit von der eigenen Vergangenheit im aktuellen Handeln zu überwinden.

Das Ziel, Determinationen in Form unverfügbarer »Wenn-Dann-Beziehungen« (Projekt SUFKI 1984, 78) außer Kraft zu setzen, setzt voraus, diese zunächst als veränderungsbedürftige Formen zu erkennen. Hier ist früheren Überlegungen Holzkamps zuzustimmen, denen zufolge die »kindlichen Erfahrungs- und Bewältigungsweisen [...] schon durch die Bedingungen, unter denen sie angeeignet worden sind, den Charakter des ›zunächst‹ Naheliegenden und Selbstverständlichen« haben; »das bei Realisierung der ›verallgemeinerten‹ [...] Handlungsfähigkeits-Alternative notwendige Anschwimmen gegen den Strom des allseits [...] Naheliegenden wäre so immer auch ein Anschwimmen gegen den Strom der aus der eigenen Kindheit als unreflektiert universeller Erfahrungshintergrund über-

kommenen Selbstverständlichkeiten« (1983, 502). »Emotionale Erfahrung als Grundlage gegenwärtiger Befindlichkeit«, so Holzkamp, sei »nicht nur ›Erfahrung‹ mit gesellschaftlichen Möglichkeiten/Beschränkungen, sondern [...] auch ›Erfahrung‹ mit sich selbst, nämlich dem früheren eigenen [...] Handeln, angesichts von Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen« (245). »Die ontogenetische Personalentwicklung« ist »vom Standpunkt des betroffenen Subjekts zu analysieren [...] als *Frühperiode meiner Biografie*, die mich, solange ich lebe, charakterisiert, und durch welche meine jeweils gegenwärtigen Handlungs- und Lebensmöglichkeiten mitbestimmt sind« (497). Ob und inwieweit in der psychologischen Analyse Rückgriffe auf biografische Erfahrungen zur Klärung von Begründungsmustern notwendig sind, hängt allerdings vom konkreten Fall ab.

g) *Wie kann ich die Risiken, die mit der Erprobung neuer Handlungsweisen einhergehen, handhabbar machen?*

Die allgemeinste Antwort lautet, dies sei durch »Zusammenschluss mit anderen« (Holzkamp 1987, 14) möglich. Vorbild für diesen Gedanken sind zuerst politisch-ökonomische Klassen- und Tarifkonflikte (H.-Osterkamp 1980). Mit Möglichkeiten des Zusammenschlusses zur Durchsetzung verallgemeinerbarer Interessen können allerdings nicht ausschließlich, so Holzkamp (1983), »Organisationen der Arbeiterklasse« gemeint sein: »Bereits in den lage- und positionsspezifischen Infrastrukturen« seien »mannigfache Möglichkeiten des Protests und des Widerstands gegen die Einschränkung meiner Handlungsfähigkeit/Daseinserfüllung durch herrschende Instanzen mit vielfältigen formellen und informellen Möglichkeiten des Zusammenschlusses enthalten« (373). Die genannten »Infrastrukturen« umfassen auch die diversen Formen, in denen die alltägliche Lebensführung organisiert wird (Partnerschaften, Familie, Freundeskreise, Nachbarschaften usw.). Insofern befindet man sich stets in bereits existierenden Gemeinschaften, deren Handlungsweisen und Ziele im Hinblick auf restriktive und verallgemeinerte Handlungsfähigkeit untersucht werden können. Auch SUFKI, PRD und das Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis (ASB) sind solche »Zusammenschlüsse« im weitesten Sinn und zeigen, dass Psychologinnen und Psychologen, auch professionelle, »Bündnispartner« sein können. Es hängt vom Einzelfall ab, ob und inwieweit zur Überwindung von Restriktionen die eigene Lebenspraxis umstrukturiert werden muss und darüber hinaus weitere Zusammenschlüsse, etwa zur Durchsetzung politischer oder rechtlicher Ansprüche, notwendig werden. »Man muss [...] psychologisch klassifizierte Probleme danach unterscheiden, wieweit ihre Lösung und Ermäßigung auch im Rahmen der jeweiligen Lebensumstände möglich ist. Es gibt hier kein alles oder nichts« (Markard 1998, 168). Allerdings sollte der Berufsstand nicht idealisiert

werden. Oft genug sind seine Angehörigen nicht hilfreiche Bündnispartner gegen Unterdrückung, sondern geradezu Agenten und »Kopflanger« (Brecht) derjenigen, die mit diesen Verhältnissen entschieden einverstanden sind. Nicht zuletzt deshalb ist *Psychologiekritik* nötig.

Literatur

- Dreier, Ole, 1980: *Familiäres Sein und familiäres Bewusstsein. Therapeutische Analyse einer Arbeiterfamilie*, Campus Frankfurt/M
- Fried, Barbara, Christina Kaindl, Morus Markard und Gerhard Wolf (Hg.), 1998: *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft*, Argument Hamburg
- Friele, Boris, 2008: *Psychotherapie, Emanzipation und Radikaler Konstruktivismus. Eine kritische Analyse des systemischen Denkens in der klinischen Psychologie und sozialen Arbeit*, Psychosozial-Verlag Gießen
- Haug, Frigga, 2001: Geschlechterverhältnisse, in: W. F. Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, Argument Hamburg, 493–531
- Dies. und Kornelia Hauser, 1985: *Subjekt Frau. Kritische Psychologie der Frauen 1*, Argument Berlin
- Dies., 1986: *Der Widerspenstigen Lähmung. Kritische Psychologie der Frauen 2*, Argument Berlin
- Holzkamp, Klaus, 1972: *Kritische Psychologie. Vorbereitende Arbeiten*, Fischer Frankfurt/M
- Ders., 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1984: Kritische Psychologie und phänomenologische Psychologie. Der Weg der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft, in: *Forum Kritische Psychologie* 14, 5–55
- Ders., 1987: Grundkonzepte der Kritischen Psychologie. In: AG Gewerkschaftliche Schulung und Lehrerfortbildung (Hg.), *Wi(e)der die Anpassung. Texte der Kritischen Psychologie zu Schule und Erziehung*, 2. Auflage, Verlag-Schulze-Soltau Soltau 13–19
- Ders., 1990a: Worauf bezieht sich das Begriffspaar »restriktive/verallgemeinerte Handlungsfähigkeit«? Zu Marezkys vorstehenden »Anmerkungen«, in: *Forum Kritische Psychologie* 26, 46–53
- Ders., 1990b: Über den Widerspruch zwischen Förderung individueller Subjektivität und Fremdbestimmung als Forschungsparadigma, in: *Forum Kritische Psychologie* 26, 6–12

- Ders., 1993: *Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1995: Kolonisierung von Kindheit. Psychologische und psychoanalytische Entwicklungserklärungen, in: *Forum Kritische Psychologie* 35, 109–131
- Ders., 1996a: Manuskripte zum Arbeitsprojekt »Lebensführung«, in: *Forum Kritische Psychologie* 36, 7–112
- Ders., 1996b: Vorbereitende Überlegungen zum methodischen Vorgehen im Projekt Subjektwissenschaftliche Lernforschung, in: *Forum Kritische Psychologie* 36, 132–165
- Kalpein, Jochen, 2007: Praxis – eine neue Phalanx subjektwissenschaftlicher Theorieentwicklung?, in: *Forum Kritische Psychologie* 51, 87–108
- Ketelhut, Barbara, 1999: Familie. In: W. F. Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 4, Argument Hamburg, 100–118
- Maiers, Wolfgang, und Morus Markard, 1986: Kritische Psychologie. In: G. Rexilius u. S. Grubitzsch (Hg.), *Psychologie: Theorien – Methoden – Arbeitsfelder. Ein Grundkurs*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg, 661–680
- Maretzky, Klaus, 1990: Verallgemeinerte und restriktive Handlungsfähigkeit. Anmerkungen zu Klaus Holzkamps »Grundlegung der Psychologie«, in: *Forum Kritische Psychologie* 26, 20–34
- Markard, Morus, 1981: Berufsverbote, Opportunismus, Subjektentwicklung, in: *Forum Kritische Psychologie* 8, 161–179
- Ders., 1985: Konzepte der methodischen Entwicklung des Projekts Subjektentwicklung in der frühen Kindheit, in: *Forum Kritische Psychologie* 17, 101–20
- Ders., 1997: Gramsci und psychologische Praxis oder: Psychologische Praxis als Austragungsort ideologischer Konflikte, in: *Forum Kritische Psychologie* 40, 50–59
- Ders., 1998: Handlungsfähigkeit und psychologische Praxis. In: B. Fried, Chr. Kaindl, M. Markard u. G. Wolf (Hg.), 1998: *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft*, Argument Hamburg, 161–171
- Ders., 2000a: Verbale Daten, Entwicklungsfigur, Begründungsmuster, Theorienprüfung: Methodische Probleme und Entwicklungen in der Projektarbeit. In: ders. u. ASB, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg, 227–250
- Ders., 2000b: Einleitung: Praxisausbildung im Studium oder die Frage nach den Umständen, unter denen man aus Erfahrung klug werden kann. In: ders. u.

- ASB, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg, 9–28
- Ders., 2001: Handlungsfähigkeit II. In: W.F. Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, Argument Hamburg, 1174–1181
- Ders., 2007: »Kollektive Erinnerungsarbeit« – eine subjektwissenschaftliche Methodenkritik, in: *Forum Kritische Psychologie* 51, 109–130
- Ders. und ASB, 2000: *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg
- Ders. und Klaus Holzkamp, 1989: Praxis-Portrait – Ein Leitfaden zur Analyse psychologischer Berufstätigkeit, in: *Forum Kritische Psychologie* 23, 5–49
- Marx, Karl, 1973 [1845]: [Thesen über Feuerbach], zit. n. *Marx-Engels-Werke* (MEW), Bd. 3, Dietz Berlin/DDR, 5ff
- Ders. und Friedrich Engels, 1973 [1845/46]: *Die deutsche Ideologie*, zit. n. *Marx-Engels-Werke* (MEW), Bd. 3, Dietz Berlin/DDR, 9–530
- H.-Osterkamp, Ute, 1976: *Motivationsforschung 2*, Campus Frankfurt/M-New York
- Dies., 1980: Klassenbewusstsein und Handlungsfähigkeit, in: K.-H. Braun u. a. (Hg.), *Kapitalistische Krise, Arbeiterbewusstsein, Persönlichkeitsentwicklung*, Pahl-Rugenstein Köln, 17–23
- Dies., 1985: Kontrollbedürfnis, in: *Forum Kritische Psychologie* 16, 145–149
- Osterkamp, Ute, 1990: Intersubjektivität und Parteinahme. Probleme subjektwissenschaftlicher Forschung, in: G. Gekeler u. K. Wetzel (Hg.), *Subjektivität und Politik*, Verlag Arbeit und Gesellschaft Marburg, 143–187
- Dies., 1993: Theoretische Zugänge und Abwehrformen psychologischer Analyse des Phänomens Rassismus/Fremdenfeindlichkeit. In: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ISM) e.V. (Hg.), *Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus: Beiträge zu einem gesellschaftlichen Diskurs*, Böllert KT-Verlag Bielefeld, 188–207
- Petersen, Olaf, 2004: Ausfaltung und Verfeinerung der Disziplinarmacht im Management – Erfahrungsbericht aus einer internationalen Unternehmensberatung, in: *Forum Kritische Psychologie* 47, 120–144
- PIT (Projekt Ideologietheorie), 1979: *Theorien über Ideologie*, Argument Berlin/W
- Projekt SUFKI, 1984: Theoretische Grundlage und methodische Entwicklung der Projektarbeit, in: *Forum Kritische Psychologie* 14, 56–81
- Rexilius, Günter, und Siegfried Grubitzsch (Hg.), 1986: *Psychologie: Theorien – Methoden – Arbeitsfelder. Ein Grundkurs*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg

-
- Schmalstieg, Catharina, 2002: *Selbstformierung in Geschlechterverhältnissen*, unveröff. Diplomarbeit im Studiengang Psychologie an der Freien Universität Berlin
- Taut, Heinrich, 1995: Bedürfnis. In: W. F. Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 2, Argument Hamburg, 116–127
- Ulmann, Gisela, 2000: Fall-Portrait. In: M. Markard u. ASB, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg, 213–216
- Dies. und Morus Markard, 2000: Praktikums-Portrait. In: M. Markard u. ASB, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg, 217–224
- Zander, Michael, 2003: »Kulturelles Kapital« und Klassengesellschaft. Zu den Arbeiten Pierre Bourdieus und ihrem Nutzen für die Psychologie, in: *Forum Kritische Psychologie* 46, 101–124

Morus Markard

Morus Markard

Vier halbe für die Kritische Psychologie

Redaktionelle Anmerkung: Anfang 2000 bat die Initiative »Institutionalisierung der Kritischen Psychologie« Morus Markard, für eine Sonderausgabe der studentischen Zeitschrift »Piranha« sein Verständnis von Kritischer Psychologie auf einer halben Seite darzustellen. Die Initiative war ein Zusammenschluss von Lehrenden und Studierenden, die sich dafür einsetzten, den Fortbestand Kritischer Psychologie an der FU Berlin durch Vergabe entsprechender Stellen zu sichern. Morus kam der Bitte nach und lieferte sogar drei halbe Seiten zu viel ab. Wir geben die insgesamt vier halben Seiten hier unverändert wieder, obwohl ihnen die Eile, in der sie entstanden sein müssen, anzumerken ist und einige Bezüge mittlerweile ihre Aktualität eingebüßt haben, weil der Text Morus' Auffassung von Kritischer Psychologie in aller Kürze und in seinen eigenen Worten umreißt.

Ein Jahr vor seinem Tod ging Klaus Holzkamp in einem 1994 gehaltenen (und 1996, also nach seinem Tode, im Forum Kritische Psychologie 36 veröffentlichten) Vortrag darauf ein, dass der Teil seines ›Lernbuches‹, in dem er sich auf Foucault bezieht, »bei manchen Rezipienten, besonders politischen Freunden, beträchtliche Verwirrung hervorgerufen [hat]: Wieso bezieht sich der Holzkamp denn hier plötzlich positiv auf Foucault? Der ist Strukturalist, Poststrukturalist, Postmodernist oder sowas und Holzkamp ist Marxist. Oder hat er, den Zeichen der Zeit folgend, seinen Marxismus jetzt aufgegeben und sich heute gängigen Modeströmungen angedient? Oder was?« (1996, 128). Nach dem er dargelegt hat, was er von seiner Beschäftigung mit Foucault *lernen* konnte, resümiert er: »Also, bitte schön, nichts von Aufgabe, oder auch nur Relativierung, unserer marxistischen Grundorientierung!« (129) Holzkamps Kritische Psychologie, still running against the wind (of change).

In diesem Sinne hieß es im Aufruf zum 4. Kongress Kritische Psychologie 1997:

Wurde seinerzeit [60er Jahre, MM] der Bezug auf marxistisches Denken für eine Psychologie, die sich kritisch verstand gegenüber der traditionellen, nomothetischen und ›naturwissenschaftlich‹ sich begreifenden Mainstream-Psychologie, durch eine lebendige marxistische Diskussion erleichtert, sehen wir uns heute vor der Situation, eine derartige Diskussion wieder mit anzuregen bzw. dort, wo sie an uns vorbeiging,

wo wir sie vernachlässigt haben, Anschluss finden zu müssen. Dies ist zum einen deshalb so dringend, weil Konzepte wie ›Emanzipation‹ und ›subjektive Handlungsfähigkeit‹ in einer Psychologie, die den widersprüchlichen *Zusammenhang* von gesellschaftlicher und individueller Reproduktion begreifen will, ohne Bezug auf aktuelle gesellschaftstheoretische Reflexionen abstrakt werden müssen. Zum anderen ist gerade eine Wissenschaft wie die Psychologie sehr empfänglich dafür, psychologisierende Ausblendungen gesellschaftlicher Widersprüche zu wissenschaftlichen Konzepten zu formen. (Entsprechend können wir in der Psychologie – im Zeichen qualitativer, postmoderner, subjektbezogener Ansätze – eine systematische Entpolitisierung der Kritik des psychologischen Mainstream beobachten). Antikapitalismus ist in psychologischen Diskussionen – auch in den kritischen – eine verschwindende, bestenfalls noch belächelte Größe. – Folge eines ›Liberalismus der Erschöpften?‹

»Marxismus ist [...] die Wissenschaft von den inhärenten Widersprüchen des Kapitalismus« (Jameson 1996, 175, »Argument«) und Kritische Psychologie ist, könnte man anschließen, ein wissenschaftlicher Ansatz, der sich psychologisch damit beschäftigt, wie die Menschen in diesen Verhältnissen ihr Leben führen, wie sie sich in und mit diesen Widersprüchen herumschlagen (müssen), wie sie sich verstricken, sich und andere behindern, aber auch, wie sie eingreifen und verändern können (zu untersuchen mit den Kategorien restriktive vs. verallgemeinerte Handlungsfähigkeit als analytischen Polen). Perspektivisch hat die Kritische Psychologie damit auch jene menschlichen Möglichkeiten auf den Begriff zu bringen, die *in der vorfindlichen Psychologie nicht begriffen* und *in der bürgerlichen Gesellschaft real unterdrückt* oder behindert werden, also Begrifflichkeit und Praxis der vorfindlichen Psychologie daraufhin zu untersuchen, inwieweit dort menschliche Lebens- und Erlebensmöglichkeiten, verkürzt um ihre allgemeine Perspektive, nur in ihrer gesellschaftlichen Formbestimmtheit gefasst werden, letztere aber blind universalisiert wird. Dies alles auch *unter Nutzung anderer, vorfindlicher kritischer Analysen* (etwa Foucault, s.o.). Nur in dieser *psychologischen und gesellschaftlichen* Perspektive können Verkürzungen *als* Verkürzungen sichtbar werden. Das ist das zentrale Problem, jedenfalls dann, wenn man den Status quo des Alltagswissens und der Psychologie nicht als Maßstab akzeptiert, wenn man die Probleme, die die kapitalistische Gesellschaft erzeugt, für unerledigt hält, *wenn man aus dem Bestehenden das Mögliche nicht streichen will*.

Aber: Wenn man von der Annahme ausgeht, dass der Mensch Natur-, Gesellschafts- und individuelles Wesen zugleich ist, (wie) lässt sich denn dann überhaupt klären, was an den jeweiligen Lebensäußerungen natürlich, was daran gesellschaftlich-formbestimmt, was daran individuell-idiosynkratisch ist? So ist etwa die Frage, ob der Mensch »von Natur aus« a-sozial oder fremdenfeindlich ist, unter emanzipatorischer Perspektive theoretisch und praktisch – etwa in Erziehungsfragen – wohl nicht zu unterschätzen.

Methodisch lief die Beantwortung dieser Fragen – in Anlehnung an das logisch-historische Verfahren von Marx – auf den Versuch hinaus, mit interdisziplinären Bezügen das Psychische in seiner Geschichtlichkeit selber zu rekonstruieren – u.a. mit dem zentralen *Resultat*, das Holzkamp in seiner *Grundlegung der Psychologie* die »gesamtgesellschaftliche Vermitteltheit individueller Existenz« nannte. Zwei Aspekte daraus: 1. Gesellschaft ist dem Individuum nie in ihrer Ganzheit, sondern nur in dem Individuum zugewandten Ausschnitten gegeben; deswegen müssen individuelle Erfahrungen auf die sie formierenden gesellschaftlichen Strukturen hin analysiert werden. 2. Gesellschaftliche Bedingungen / Strukturen determinieren menschliches Handeln nicht, sondern sie sind als Bedeutungen zu fassen, die für die Menschen Handlungsmöglichkeiten repräsentieren, zu denen sie sich verhalten können und müssen.

Wie die *gesellschaftlichen* Verhältnisse als Lebensbedingungen begriffen werden, ist nun mal eben nicht theoriefrei, und jede psychologische Konzeption, die nicht historisch abstrakt bleiben will, muss sich dazu erklären. Im gesellschaftstheoretischen und sozialwissenschaftlichen Angebot sind etwa »postmoderne Risikogesellschaft«, »soziale Marktwirtschaft«, aber auch: ordinärer Kapitalismus mit der Tendenz zur »2/3-Gesellschaft«, der Zerstörung von Naturgrundlagen (nicht nur) menschlichen Lebens und der Produktion von Ungleichheit, der Vergrößerung der Armut im Weltmaßstab. Die Kritische als marxistische Psychologie steht in der Tradition marxistischen Denkens und entsprechend aktueller marxistischer Gesellschaftsanalysen (vgl. dazu die einschlägigen Beiträge / Debatten in Fried u. a. 1998 [Kongressbericht], in der Zeitschrift »Argument«, in der Zeitschrift »Z«, im »Historisch Kritischen Wörterbuch des Marxismus«, Bd. 4 im Dez. 1999 erschienen, etc.).

Dabei wissen, schätze ich mal, so gut wie alle Kritische Psychologinnen und Psychologen übrigens, dass Marx im 19. Jahrhundert gelebt hat. Das wussten sie auch schon zu Beginn ihrer Arbeit in den 60er Jahren, auch, als Holzkamp die »Grundlegung« schrieb, auch wenn es manchen wohl erst nach der Wende aufgefallen ist. Das ist uns so wenig neu, wie es neu ist, dass Kant noch viel früher als Marx gelebt hat. Darum geht es nicht, weil Todesdaten keine Verfallsdaten sind.

Die geschichtliche Wirksamkeit marxscher Gedanken kann immer nur als Theorie einer politisch in bestimmter Form sich organisierenden und dabei von den gesellschaftlichen Umständen bedingten sozialen Bewegung konkretisiert werden. Marx und der Marxismus fallen daher auf in jeder Zeit wieder neue, spezifische Weise auseinander. (W.F. Haug 1998, 369 [Kongressbericht])

Kritische Psychologie will in der Einheit von Psychologie- und Gesellschaftskritik *inhaltliche* Kriterien für eine emanzipatorische Relevanz von Psychologie zu Verfügung stellen, mit denen sich Psychologinnen und Psychologen *fachlich* auseinan-

dersetzen können, die sich nicht an dem üblichen psychologischen Treiben beteiligen wollen (dazu erscheint im April ein Buch des ASB – Ausbildungsprojekts Subjektwissenschaftliche Berufspraxis). Damit macht man sich nicht nur Freunde. Es kann dazu führen, dass man Widerstand erfährt, ausgegrenzt, »isoliert« wird, vor allem dann, wenn einem gesellschaftlich und institutionell der Wind ins Gesicht bläst. Stemmt man sich ihm entgegen, macht der neoliberale Wind rote Backen. Diese Farbveränderung ist keine Frage von Gemeinschaftsgeist o.ä., sondern Folge – subjektiver – wissenschaftlicher Einsichten: der Kälte theoretischer Analyse und der Glut gesellschaftlicher Empörung – Irrtum ausdrücklich ein-, Opportunismus eindrücklich ausgeschlossen. »Für Intellektuelle, die ein bisschen wach sind, vor allem für die jungen, ist das Erfasstwerden von einer solchen Glut etwas, was über die ganze intellektuelle Biografie entscheiden kann.« (Haug a.a.O., 371). »Kann«, nicht »muss« – Gott sei Dank nicht.

Es gibt viele Positionen in der Psychologie, die ich rasend interessant, viele, die ich grottenschlecht und langweilig finde, für *beide* versuche ich Studierende zu interessieren. *Wissenschaftliche* Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezüglich anderer Positionen ergeben sich als Resultat von deren reinterpreterativer Analyse (vgl. Markard 1994, FKP 34; 1999, P&G). Wissenschafts*politische* Bündnisse und Fronten sind davon nicht unabhängig, aber davon zu unterscheiden.

Im übrigen erlaube ich mir auf meinen im FKP 42 (Ende Mai 2000) erscheinenden Aufsatz »Lose your dreams and you will lose your mind: (Ruby Tuesday, Rolling Stones) oder: Was ist kritisch an der Kritischen Psychologie?« zu verweisen.

Wissenschaftliche Qualifikation des Privatdozenten Dr. Morus Markard im Hinblick auf eine Berufung auf eine apl. Professur

Der Bitte des Fachbereichs Erziehungswissenschaft und Psychologie (FB12) der Freien Universität Berlin um eine Begutachtung der wissenschaftlichen Qualifikation von Morus Markard (im Folgenden MM) für eine außerplanmäßige Professur komme ich deswegen gerne nach, weil ich MM seit der Zeit seiner Mitwirkung in der Redaktion der *Zeitschrift für Sozialpsychologie* in den achtziger Jahren und damit seinen wissenschaftlichen Weg seit seiner Promotion kenne. Aus dieser Kenntnis heraus steht für mich seine wissenschaftliche Qualifikation für eine apl. Professur außer Frage.

Gezögert habe ich lediglich, ob ich eine Beurteilung seiner wissenschaftlichen Leistung für den genannten Zweck als »Gutachten« anbieten sollte. Zwei wesentliche Gründe für mein Zögern sollte ich vorweg artikulieren:

- 1) MM vertritt, ausgehend von Klaus Holzkamp, die kritische Psychologie als eine *marxistische* Subjektwissenschaft und er macht auch immer wieder deutlich, dass es für ihn »jenseits marxistischen Denkens« keine kritische Psychologie geben kann. Darüber lässt sich füglich streiten, gibt es doch einerseits Versuche einer marxistischen Begründung der Psychologie, die nicht zu einer »kritischen Psychologie« geführt haben und andererseits Spielarten »kritischer Psychologie« (*critical psychology*), die weder marxistische sind, noch sich überhaupt auf Marx berufen. Ich kann nun zur Legitimität des Anspruchs, »marxistische Subjektwissenschaft« zu sein, zwar eine Meinung haben, aber ein Gutachten i.e.S. kann deren Äußerung schon deswegen nicht sein, weil ich in der neueren marxistischen Literatur, speziell der zum Thema »Marxismus und Wissenschaft(en)«, nicht (mehr) auf dem Laufenden bin.
- 2) Damit eng zusammen hängt der zweite Grund meines Zögerns, als Gutachter zu fungieren. Ein beachtlicher Teil der Argumentation MMs ist der »internen«

Auseinandersetzung mit anderen Vertretern einer kritischen Psychologie, hier vor allem mit P. Mattes, gewidmet. Auch für diese Kontroverse fehlt mir die für eine Begutachtung erforderliche Belesenheit.

Ich werde mich also in meiner Beurteilung der mir vorliegenden Publikationen, soweit wie möglich, von den Kontroversen zwischen den verschiedenen Spielarten kritischer Psychologie bzw. marxistischer (Subjekt-)Wissenschaft fernhalten, mich vielmehr auf die wissenschaftliche Entwicklung konzentrieren, die MM, soweit sie für mich erkennbar ist, seit seiner Habilitation genommen hat. Unvermeidlich bleibt dabei jedoch im Fokus die ständige Doppelfrage, was das »Kritische« an der von MM vertretenen Psychologie ist, bzw. was diese zu einer marxistischen Subjektwissenschaft macht.

Einen guten Einstieg in die Klärung dieser Frage bieten MMs Ausführungen zum Begriff und Verfahren der »*Reinterpretation*« von Konzepten und Theorien (die also nicht der Kritischen Psychologie entstammen). Aus der Explikation der Frage »Wie reinterpretiert man Konzepte und Theorien?« im Sinne der Kritischen Psychologie, bzw. im Vollzug des Arguments, dass »Reinterpretation« selbst ein kritisch-psychologisches Konzept ist, wird auch MMs Konzept der Kritischen Psychologie deutlich. Denn »Reinterpretation« ist ein offener historischer Prozess, der sich – wie die Kritische Psychologie selbst – in ständiger Entwicklung befindet. An Reinterpretationsexemplen wie »Einstellung« (MM), »Lernen« (Klaus Holzkamp) und »Motivation« (Ute Osterkamp) – an sich zentrale Begriffe der Mainstream-Psychologie – verdeutlicht MM das für die Kritische Psychologie reklamierte »Forschungsprinzip der Einheit von Kritik und Weiterentwicklung«. Dazu gehört ganz wesentlich (wenn auch nicht eigentümlich für die Kritische Psychologie), dass das Verhältnis von Daten und Theorien klar durch die »theoretische Konstituiertheit von Daten« bestimmt wird, woraus eine prinzipiell offene Reinterpretierbarkeit resultiert.

Nimmt man hinzu, dass im Rahmen der Kritischen Psychologie Kritik immer auch von einer emanzipatorischen Intention getragen wird, also eine vom Standpunkt »entfalteter menschlicher Lebensmöglichkeit« anvisierte Kritik ist oder sein soll, dann wird auch das »unverzichtbar Utopische« Kritischer Psychologie erkennbar. Da hier wohl auch eines der Motive zu vermuten ist, warum diese Kritische Psychologie als eine marxistische Subjektwissenschaft charakterisiert wird, wäre ein Eingehen auf andere (nicht marxistische) Utopie-Konzepte in der Psychologie hilfreich gewesen.

Deutlich wird auch in diesem Zusammenhang eine weitere Begründung für die Deklaration der Kritischen Psychologie als Subjektwissenschaft, die in der von Holzkamp hervorgehobenen »gesamtgesellschaftlichen Vermitteltheit individueller Existenz« zu sehen ist, die – ins Kritische gewendet – auch als »Utopie der Negation

der bürgerlichen Negation des Gesellschaftlichen« interpretierbar (oder sollte man hier nicht sagen können »reinterpremierbar«?) ist.

Ein entscheidender Schritt in der Entwicklung der Kritischen Psychologie, der vor allem auch manche »bürgerliche« Kritik an ihr entkrampfen könnte, ist MMs Appel an die »Vernunft der Utopie«, die darin zu suchen ist, dass historisch entstandene Fragen menschlicher Emanzipation auch dann »offen gehalten« werden, wenn »historisch entstandene Lösungen noch keine befriedigende Antwort gebracht haben«.

Auch im methodologischen Diskurs zeigt MM, dass er, Holzkamps Vorgaben folgend, diese gleichwohl innovativ, sie anreichernd und differenzierend, weiter geführt hat. Als ein Musterbeispiel greife ich seinen Einstieg in die seit den frühen achtziger Jahren (anfangs vor allem in der *Zeitschrift für Sozialpsychologie*) laufende Diskussion auf über die Verallgemeinerbarkeit wissenschaftlicher Aussagen (Brandtstätter 1982, Holzkamp 1986) und die darin enthaltene Kritik an der immer wieder »passierenden« Kontamination von »kontingenten« und »implikativen« Zusammenhangsaussagen. MM greift diese Diskussion auf, um die Eigenart der für die subjektwissenschaftliche Analyse (der Kritischen Psychologie) prototypischen »Begründungsmuster« historisch wie systematisch herzuleiten. Es gelingt MM zu zeigen, wie durch die Formulierung theoretischer Aussagen (als Handlungsprobleme wie als Lösungsentwürfe) Theorieentwürfe empirisch auf allgemeine Geltung hin überprüft werden können.

Sowohl hier wie auch bei anderen Themen, die MM im Laufe der letzten Jahre aufgegriffen und bearbeitet hat, spielt der für eine Kritische Psychologie charakteristische und wohl auch unverzichtbare *Praxisbezug* der Forschungsarbeit eine wachsende Rolle. Das gilt sowohl für die Ausbildung wie für die Berufspraxis der Psychologen.

Zusammenfassend muss man MM attestieren, dass er das Projekt einer Kritischen Psychologie (wie sie vor allem von Klaus Holzkamp und Ute Osterkamp initiiert und geprägt worden ist) konsequent, aber innovativ weiterverfolgt hat. Damit trägt er ganz entscheidend dazu bei, die Psychologie als eine historisch-kritische Wissenschaft von menschlichen Subjekten vor den Nivellierungen zu bewahren, die der globalisierende Trend zum Mainstream nach wie vor mit sich bringt.

MM, der seit vielen Jahren auf einem gleich bleibend hohen intellektuellen Niveau die Psychologie bereichert, sollte durch die Ernennung zum apl. Professor die verdiente Anerkennung als Forscher und Lehrer zugesprochen werden.

C.F. Graumann
Heidelberg, 30. März 2002

Biografische Daten

	Professor Dr. Morus Markard
<i>geboren</i>	3. Januar 1948
<i>Eltern</i>	Hausfrau Maria und Lehrer Caspar Markard
<i>Verheiratet mit</i>	Dr. Christiane Markard
<i>Tochter</i>	Nora Markard, geb. 5.10.1978
<i>1966</i>	Abitur am Städtischen Gymnasium Brühl (Altsprachlicher Zweig)
<i>1970</i>	Gründung des Kinderladens AKV
<i>1971</i>	Leitung des Kinderladens AKV
<i>1972–1975</i>	Stellvertretender Vorsitzender des AStA Bonn
<i>1975</i>	Diplom in Psychologie an der Universität Bonn Seitdem Mitglied im Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
<i>1978</i>	Mitbegründung der Zeitschrift <i>Forum Kritische Psychologie</i> , seitdem Redakteur der Zeitschrift
<i>1977–1984</i>	Mitglied des Projekts <i>Subjektentwicklung in der frühen Kindheit</i> , <i>SUFKI</i>
<i>1984</i>	Promotion zum Dr. phil. an der FU Berlin. Dissertation: <i>Ein- stellung – Kritik eines sozialpsychologischen Grundkonzepts</i>
<i>1983–1993</i>	Mitbegründung und Koordination des Projekts <i>Theorie-Praxis- Konferenz</i>

1984–1985	Redakteur der <i>Zeitschrift für Sozialpsychologie</i>
1985–1986	Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Psychologischen Institut der FU Berlin
1987	Lehrbeauftragter am Psychologischen Institut der FU Berlin
1988–1989	Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Psychologischen Institut der FU Berlin; Beginn studentischer Praxisforschung im Projekt <i>Arbeit und Persönlichkeit</i>
1990	Habilitation an der FU Berlin. Habilitationsschrift: <i>Methodik subjektwissenschaftlicher Forschung. Jenseits des Streits um quantitative und qualitative Methoden</i> Seitdem Privat-Dozent an der FU Berlin
Seit WS 1993/94	Weiterführung des Projektes <i>Arbeit und Persönlichkeit</i> unter dem Namen <i>Ausbildungsprojekt subjektwissenschaftliche Berufspraxis</i>
1994	Gründungsmitglied der <i>Gesellschaft für subjektwissenschaftliche Forschung und Praxis</i> , seitdem Vorsitzender des Vereins
1995	Lehraufträge an der Universität Wien
Seit 1995	Lehraufträge und Titellehre an der FU Berlin
Seit 1996	Mitglied im Vorstand des Bundes Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)
1998–2006	Redakteur des <i>Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus</i>
1998–2000	Redakteur der Zeitschrift <i>Das Argument</i>
Seit 1999	Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der FU Berlin
Seit 2000	Mitglied des Beirates der Zeitschrift <i>Das Argument</i>
2001	Lehrauftrag an der TU Chemnitz
2002	Ernennung zum außerplanmäßigen Professor an der FU Berlin

Bibliografie

- Brandstädter, Jochen, Lutz Eckensberger, Volker Gadenne, Klaus Holzkamp, Wilhelm Kempf, Wolfgang Maiers, und Morus Markard, 1994: Zur Problematik des Empiriebezugs psychologischer Theorien, in: *Forum Kritische Psychologie* 34, 5–79
- Braun, Karl-Heinz, Ole Dreier, Walter Hollitscher, Klaus Holzkamp, Morus Markard, Gabi Minz, und Konstanze Wetzel (Hg.), 1985: *Geschichte und Kritik der Psychoanalyse. Bericht von der 3. Internationalen Ferienuniversität Kritische Psychologie vom 25.2.- 2.3.1985 in Innsbruck*, VAG Marburg
- Fahl, Renke, und Morus Markard, 1992: Zur Forschungspraxis der Praxisforschung. In: G. Benetka (Hg.), *Gegen-Teile, Gemeinsamkeiten und Differenzen einer kritischen Psychologie*, Profil München, 173–185
- Dies. und Morus Markard, 1993: Das Projekt »Analyse psychologischer Praxis« oder: Der Versuch der Verbindung von Praxisforschung und Psychologiekritik, in: *Forum Kritische Psychologie* 32, 4–35
- Dies. und Morus Markard, 1999: The Project »Analysis of Psychological Practice« or: An Attempt at Connecting Psychology Critique and Practice Research, in: *Outlines* 1, 73–98
- Fried, Barbara, Christina Kaindl, und Morus Markard, 1995: Psychologie an der FU Berlin: Modell für die Einsparung bzw. Entsorgung kritischer Wissenschaft?, in: *Forum Kritische Psychologie* 35, 156–172
- Fried, Barbara, Christina Kaindl, Morus Markard, und Gerhard Wolf (Hg.), 1998: *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. Bericht über den 4. Kongreß Kritische Psychologie, 6. bis 9. Februar 1997 an der FU Berlin*, Argument Hamburg
- Grüter, Barbara, Wolfgang Maiers, und Morus Markard, 1977: Zum Verhältnis von demokratischer Studienreform, Mitbestimmung und Wissenschaftsentwicklung. In: K.-H. Braun u. Kl. Holzkamp (Hg.), *Kritische Psychologie. Bericht*

- über den 1. Internationalen Kongreß Kritische Psychologie Bd. 1*, Pahl-Rugenstein Köln, 233–252
- Holzkamp, Klaus, Morus Markard, und Gisela Ulmann, 1985: Bericht an die DFG über den »Fortgang der Arbeiten« – Abschlußbericht im Rahmen einer Kleinförderung. in: *Forum Kritische Psychologie* 17, 51–71
- Kaindl, Christina, und Morus Markard, 2000: Das Ausbildungsprojekt »Subjektwissenschaftliche Berufspraxis« – theoretische, methodische und organisatorische Aspekte studentischer Praxisforschung. In: M. Markard u. Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis, *Wider Mainstream und Psychoboom. Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg, 29–44
- Maiers, Wolfgang, und Morus Markard, 1977: Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. Fazit einer Entwicklung anlässlich des Ersten Internationalen Kongresses Kritische Psychologie, in: *Sozialistische Politik* 41, 136–156
- Dies., 1978: Zur Existenzweise marxistischer Wissenschaft unter dem Berufsverbot, in: *Forum Kritische Psychologie* 3, 7–12
- Dies. (Hg.), 1980a: *Lieber arbeitslos als ausgebeutet? Probleme des psychologischen Umgangs mit psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit*, Pahl-Rugenstein Köln
- Dies., 1980b: Probleme der individualwissenschaftlichen Perspektive auf die gesellschaftliche Massenerscheinung Arbeitslosigkeit. In: Dies. (Hg.), *Lieber arbeitslos als ausgebeutet? Probleme des psychologischen Umgangs mit psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit*, Pahl-Rugenstein Köln, 93–108
- Dies., 1986: Kritische Psychologie. In: G. Rexilius u. S. Grubitzsch (Hg.), *Psychologie. Theorien, Methoden, Arbeitsfelder – ein Grundkurs*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg, 661–680
- Dies. (Hg.), 1987a: *Kritische Psychologie als Subjektwissenschaft*, Campus Frankfurt/M-New York
- Dies, 1987b: Der Beitrag der Kritischen Psychologie zur Erkennbarkeit und Emanzipation menschlicher Subjektivität. In: Dies. (Hg.), *Kritische Psychologie als Subjektwissenschaft*, Campus Frankfurt/M-New York, 9–29
- Dies., 1994: Kritisch-psychologische Methodik (Art. III-9). In: L. Rosenstiel, L. v.Hockel, M. Curt u. W. Molt (Hg.), *Handbuch der Angewandten Psychologie. 1. Erg.Lfg. 12/94*. Ecomed Landsberg, 1–12
- Markard Morus, 1979a: Arbeit und Arbeitslosigkeit in kritisch-psychologischer Sicht. Bericht über den 2. Internationalen Kongreß Kritische Psychologie. In: *Das Argument* 117, 739–742

- Ders., 1979b: Der politische Aspekt der Psychologie, ausgewiesen am Einstellungsbegriff. In: H. Moder (Hg.): *Politische Psychologie – Politik im Spiegel der Sozialwissenschaften*, Beltz Weinheim-Basel, 104–135
- Ders., 1979c: Kritische Psychologie als wissenschaftlich-humanistische Parteinahme. In: BdWi u.a. (Hg.): *Demokratische Hochschulreform und ihre Feinde – Kampf um die Köpfe*, Argument Berlin, 51–56
- Ders., 1980a: Berufsverbot als Konflikt zwischen Existenzbedrohung und Selbstverleugnung, in: *Demokratische Erziehung* 6, 644–650
- Ders., 1980b: Die Fragwürdigkeit der Skalierung von Arbeiterbewußtsein. In: K.-H. Braun, U. H.-Osterkamp, H. Werner u. B. Willhelmer (Hg.): *Kapitalistische Krise, Arbeiterbewußtsein, Persönlichkeitsentwicklung*, Pahl-Rugenstein Köln, 81–85
- Ders., 1981: Berufsverbote, Opportunismus, Subjektentwicklung, in: *Forum Kritische Psychologie* 8, 161–179
- Ders. 1982a: »Lieber einen Stein in der Hand als ein Brett vorm Kopf?« Psychologische Überlegungen zur »neuen Jugendbewegung«, in: *Marxistische Studien – Jahrbuch des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen* 5, 95–106
- Ders., 1982b: Welchen Beitrag kann die Psychologie zur Friedenssicherung leisten? In: *Dialektik. Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften* 4, 138–147
- Ders., 1984: *Einstellung. Kritik eines psychologischen Grundkonzepts*. Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1985a: Projekt »Subjektentwicklung in der frühen Kindheit« – Begründung eines Antrags auf Gewährung einer Sachbeihilfe als Hauptförderung durch die DFG, in: *Forum Kritische Psychologie* 17, 72–101
- Ders., 1985b: Konzepte der methodischen Entwicklung des Projekts Subjektentwicklung in der frühen Kindheit – Ergänzung zum Antrag auf Gewährung einer Sachbeihilfe durch die DFG, in: *Forum Kritische Psychologie* 17, 101–120
- Ders., 1985c: Mutmaßungen über Subjektivität (Rezension von W. Bungard (Hg.), 1980: *Die »gute« Versuchsperson denkt nicht. Artefakte in der Sozialpsychologie*, München), in: *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 16, 63–67
- Ders., 1987a: Probleme und Konzepte subjektwissenschaftlicher Aktualempirie (Vortrag im Rahmen der »Hamburger Ringvorlesung Kritische Psychologie« im Sommersemester 1987 an der Universität Hamburg), in: *Forum Kritische Psychologie* 20, 37–48
- Ders., 1987b: Rezension von: Der Widerspenstigen Lähmung. Kritische Psychologie der Frauen 2 (Hg. von F. Haug und K. Hauser), in: *Marxistische Blätter*, H. 1, 25. Jg., 84–86

- Ders., 1988a: Die Historizität des Psychischen – Kritische Psychologie als Ausarbeitung des historischen Paradigmas in der Psychologie. In: G. Jüttemann (Hg.), *Wegbereiter der Historischen Psychologie*, Beltz München-Weinheim, 430–439
- Ders., 1988b: Ist Subjektivität für die Psychologie zu vermessen?, in: *Forum Kritische Psychologie* 22, 28–41
- Ders., 1988c: Kategorien, Theorien und Empirie in subjektwissenschaftlicher Forschung. In: J. Dehler u. K. Wetzel (Hg.): *Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Psychologie*, VAG Marburg, 49–80
- Ders., 1988d: Probleme und Konzepte subjektwissenschaftlicher Aktualempirie. In: N. Kruse u. M. Ramme (Hg.): *Hamburger Ringvorlesung Kritische Psychologie. Wissenschaftskritik, Kategorien, Anwendungsgebiete*, Ergebnisse Hamburg, 278–293
- Ders., 1989: Funktion(en) von Theorie für die Praxis, in: *Forum Kritische Psychologie* 24, 37–47
- Ders., 1990a: Kritische Psychologie. In: L. Kruse, C.F. Graumann u. E.-D. Lantermann (Hg.): *Ökologische Psychologie – Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen*. Beltz München, 119–123
- Ders., 1990b: Redaktionelle Nachbemerkung (zum Präventionsproblem), in: *Forum Kritische Psychologie* 26, 91–93
- Ders., 1990c: Wie subjektwissenschaftlich sind qualitative Methoden?, in: *Forum Kritische Psychologie* 25, 97–105
- Ders., 1991a: The concept of attitude. In: Ch.W. Tolman u. W. Maiers (Hg.): *Critical Psychology. Contributions to an Historical Science of the Subject*. Cambridge University Press New York, 180–195
- Ders., 1991b: Was heißt »Kompetenz« für die psychologische Berufstätigkeit?, in: *Forum Kritische Psychologie* 28, 112–122
- Ders., 1993a: Kann es im Rahmen einer Psychologie vom Standpunkt des Subjekts verallgemeinerbare Aussagen geben?, in: *Forum Kritische Psychologie* 31, 29–51
- Ders., 1993b: The Wind of Change, in: *Forum Kritische Psychologie* 32, 134–141
- Ders., 1993c: Theorieforschung als Begriffsklärung, in: *Ethik und Sozialwissenschaften. Streitforum für Erwägungskultur* 1, 149–151
- Ders., 1993d: Der psychologische »mainstream« und seine qualitativ orientierte Kritik. In: H. Zygowski (Hg.), *Kritik der Mainstream-Psychologie*, Bessau Münster, 57–71
- Ders., 1993e: Probleme der Verallgemeinerung in der Psychologie. In: H. Zygowski (Hg.), *Kritik der Mainstream-Psychologie*, Bessau Münster, 72–80

- Ders., 1993f: Kritische Psychologie und das Verhältnis von psychologischer Kompetenz und Relevanz der Psychologie in der psychologischen Ausbildung. In: G. Krampen u. H. Zayer (Hg.), *Psychologische Aus-, Fort- und Weiterbildung in den alten und neuen Bundesländern*, Deutscher Psychologen Verlag Bonn, 49–58
- Ders., 1993g: *Methodik subjektwissenschaftlicher Forschung. Jenseits des Streits um quantitative und qualitative Methoden*, Argument Berlin-Hamburg
- Ders., 1994a: Zum Empiriebezug von »Begründungsmustern« als »implikativen« Zusammenhangsaussagen, in: *Forum Kritische Psychologie* 34, 61–66
- Ders., 1994b: Wie reinterpretiert man Konzepte und Theorien?, in: *Forum Kritische Psychologie* 34, 125–155
- Ders., 1995a: Theorie und Erfahrung. Klaus Holzkamps Impulse für eine subjektwissenschaftliche Praxis(forschung), in: *Das Argument* 212, 887–892
- Ders., 1995b: Stichwort »Berufsverbot«. In: W.F. Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 2
- Ders., 1995c: Trauerrede für Klaus Holzkamp, in: *Forum Wissenschaft* 12, H. 4, 67
- Ders., 1996a: Kritische Psychologie. Interview (durchgeführt von Thomas Pappritz), in: *Kalaschnikow* 3/96, 32–35
- Ders., 1996b: The Development of Critical Psychology into a Science of the Subject, in: *Nordiske Udkast* 2, 45–58
- Ders., 1996c: Kritische Psychologie und die Notwendigkeit einer marxistischen Selbstverständigung. Überlegungen zum Kongreß »Erkenntnis und Parteilichkeit« (Februar 1997 an der FU Berlin), in: *Kalaschnikow* 4/96, 32–35
- Ders., 1997a: Klaus Holzkamp – vom Erbe einer Kritischen Psychologie, in: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 17, 105–107
- Ders., 1997b: Sexueller Mißbrauch: Erfahrung, Parteilichkeit und intersubjektive Verständigung – Diskurse, Fallen, Bedeutungsverschiebungen, in: *Forum Kritische Psychologie* 37, 66–105
- Ders., 1997c: Kritische Psychologie muß marxistisch sein!, in: *Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung* 30, 69–81
- Ders., 1997d: Stichwort »Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse III«. In: W.F. Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 3
- Ders., 1997e: Gramsci und psychologische Praxis oder: Psychologische Praxis als Austragungsort ideologischer Konflikte, in: Glasnost Online-Magazin, <http://www.glasnost.de/autoren/markard/gramsci.html> [2.4.2008]
- Ders., 1998a: Objektivität. In: S. Grubitzsch u. Kl. Weber (Hg.), *Psychologische Grundbegriffe. Ein Handbuch*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg, 389–390

- Ders., 1998b: Sexueller Mißbrauch. In: S. Grubitzsch u. Kl. Weber (Hg.): *Psychologische Grundbegriffe. Ein Handbuch*, Rowohlt Reinbek b. Hamburg, 554–556
- Ders., 1998c: Begabung, Motivation, Eignung, Leistung. Schlüsselbegriffe der aktuellen Hochschulregulierung aus kritisch-psychologischer Sicht, in: *Forum Wissenschaft* 15, H. 1, 36–40
- Ders., 1998d: Kritische Psychologie als Marxistische Subjektwissenschaft. In: B. Fried, Chr. Kaindl, M. Markard u. G. Wolf (Hg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. Bericht über den 4. Kongreß Kritische Psychologie, 6. bis 9. Februar 1997 an der FU Berlin*, Argument Hamburg, 29–41
- Ders., 1998e: Handlungsfähigkeit und psychologische Praxis. In: B. Fried, Chr. Kaindl, M. Markard u. G. Wolf (Hg.), *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft. Bericht über den 4. Kongreß Kritische Psychologie, 6. bis 9. Februar 1997 an der FU Berlin*, Argument Hamburg, 161–171
- Ders., 1999a: Gramsci und psychologische Praxis oder: Psychologische Praxis als Austragungsort ideologischer Konflikte, in: *Forum Kritische Psychologie* 40, 50–59
- Ders., 1999b: Selbsterfahrung, Selbstreflexion und Selbstbeobachtung als Aspekte des subjektiven Weltzugangs in der Kritischen Psychologie, in: *Forum Kritische Psychologie* 41, 5–11
- Ders., 1999c: Auf den Schultern von »etc.« oder: critical psychology light. Antwort auf Thomas Teos »Die vier Jahreszeiten kritischer Psychologie«, in: *Psychologie & Gesellschaftskritik* 89/90, H. 23, 152–174
- Ders., 1999d: Politisches Mandat als intellektuelle Verpflichtung, in: *Forum Wissenschaft* 16, H.1, 45–48
- Ders., 1999e: Selbstbeobachtung und ihre kritische Analyse als Implikat empirischer Psychologie – am Beispiel der Reflexion von Erfahrungen in Berufsfeldpraktika, in: *Journal für Psychologie* 7, H. 2, 31–36
- Ders., 1999f: Stichwort: »Falsche Bedürfnisse«. In: W.F. Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 4*
- Ders., 2000a: »Lose your dreams and you will lose your mind« oder: Was ist kritisch an der Kritischen Psychologie?, in: *Forum Kritische Psychologie* 42, 3–52
- Ders., 2000b: Kritische Psychologie: Methodik vom Standpunkt des Subjekts, in: *Forum Qualitative Sozialforschung* 1 (2), <http://qualitative-research.net/fqs-texte/2-00/2-00markard-d.htm> [2.4.2008]

- Ders., 2000c: Einleitung. Praxisausbildung im Hauptstudium oder die Frage nach den Umständen, unter denen man aus Erfahrung klug werden kann. In: M. Markard u. Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis, *Wider Mainstream und Psychoboom. Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg, 9–28
- Ders., 2000d: Verbale Daten, Entwicklungsfigur, Begründungsmuster, Theorienprüfung: Methodische Probleme und Entwicklungen in der Projektarbeit. In: M. Markard u. Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis, *Wider Mainstream und Psychoboom. Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg, 227–250
- Ders., 2000e: Eine Vorbemerkung und neun Thesen – also zehn kurze Abschnitte – zur Evaluation der Hochschulen. In: B. Nohr, T. Bultmann, S. Kiel u. M. Markard (Hg.), *Ratgeber Wissenschaft, Studium und Hochschulpolitik – ein kritischer Wegweiser durch den Hochschuldschungel*, BdWi-Verlag Marburg, 219–224
- Ders., 2000f: Wissenschaft – Macht – Hochschule. In: B. Nohr, T. Bultmann, S. Kiel u. M. Markard (Hg.), *Ratgeber Wissenschaft, Studium und Hochschulpolitik – ein kritischer Wegweiser durch den Hochschuldschungel*, BdWi-Verlag Marburg, 95–117
- Ders., 2000g: Gegen neoliberale Barbarei oder für postmoderne Landschaftspflege? *Psychologie & Gesellschaftskritik* 24, H. 3/4, 53–67
- Ders., 2000h: Vier halbe für die Kritische Psychologie. In: G. Hoffmann, D. Pichert u. T. Pieper (Redaktion). *Zum Erhalt der Kritischen Psychologie. Was bedeutet kritische Wissenschaft? (Piranha-Sonderheft, SS 2000)*, AStA FU Berlin, 16–18
- Ders., 2000i: Die Entwicklung der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft. Theoretische und methodische Fragen. In: G. Hoffmann, D. Pichert u. T. Pieper (Redaktion). *Zum Erhalt der Kritischen Psychologie. Was bedeutet kritische Wissenschaft? (Piranha-Sonderheft, SS 2000)*, AStA FU Berlin, 29–35
- Ders., 2001a: Stichwort »Kritische Psychologie«. In: G. Wenninger (Projektleitung), *Lexikon der Psychologie, Bd. 2*
- Ders., 2001b: Menschliche Subjektivität: Möglichkeitsbeziehung zu sich und der Welt (Stellungnahme zu Hans Thomae: »Illusionen: Erscheinungsformen und Wirkungsweisen«), in: *Ethik und Sozialwissenschaften* 12, H. 2, 252–254
- Ders., 2001c: Stichwort »Handlungsfähigkeit II«. In: W.F. Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5
- Ders., 2002a: »Elite« gegen »Masse« oder: Legitimation sozialer Ungleichheit, in: *Forum Kritische Psychologie* 44, 177–183

- Ders., 2002b: Probleme der Handlungsfähigkeit im Neoliberalismus: Überlegungen zu einer Funktionskritik des Identitätskonzepts. In: J. Meyer-Siebert, A. Merkens, I. Nowak u. V. Rego Diaz (Hg.), *Die Unruhe des Denkens nutzen. Emanzipatorische Standpunkte im Neoliberalismus – Festschrift für Frigga Haug*, Argument Hamburg, 125–135
- Ders., 2002c: Von der abstrakten Negation zur konkreten Bejahung. Postmoderne Gedankenarbeit als Entpolitisierung von Psychologiekritik. In: H. Kopp u. W. Seppmann (Hg.), *Gescheiterte Moderne? Zur Ideologiekritik des Postmodernismus*, Neue Impulse Essen, 122–144
- Ders., 2003a: Warum ich als Kritischer Psychologe keinen Grund sehe, mich positiv auf das Identitäts-Konzept einzulassen – oder: eine funktionskritische Polemik zum Identitätsboom. In: G. Steinhardt u. A. Birbaumer (Hg.), *Der flexibilisierte Mensch. Subjektivität und Solidarität im Wandel*, Asanger Heidelberg, 75–85
- Ders., 2003b: »Politisches Mandat« und wissenschaftliches Studium im Neoliberalismus. Bedeutungsanalytische Überlegungen, in: *Forum Kritische Psychologie* 46, 125–142
- Ders., 2003c: Wissenschaft, Kritik und gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, in: *Forum Wissenschaft* 20, H. 4, 62–65
- Ders., 2003d: *We don't need no education! – Kann man zur Freiheit erzogen werden?* Vortrag gehalten beim Verein »Gegenentwurf – für eine solidarische Gesellschaft e.V.«, 21. Juli 2003, <http://www.gegenentwurf-muenchen.de/mormar.htm> [2.5.2008]
- Ders., 2004a: Lehren / Lernen als methodisch organisierte (Selbst) Kritik ideologischer Standpunkte der Subjekte. In: P. Faulstich u. J. Ludwig (Hg.), *Expansives Lernen*, Schneider Hohengehren, 150–160
- Ders., 2004b: Elite – Kampfbegriff der hochschulpolitischen Agenda 2010. In: BdWi und freier Zusammenschluss der StudentInnenschaften (Hg.), *Studiengebühren, Elitekonzeptionen & Agenda 2010*, BdWi-Studienheft, BdWi-Verlag Marburg, 21–24
- Ders., 2004c: »Elite« und »Begabung« als Kampfbegriffe, in: *Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung* 58, Juni, 30–40
- Ders., 2004d: »Politisches Mandat« und wissenschaftliches Studium im Neoliberalismus. Bedeutungsanalytische Überlegungen. In: Th. Ernst (Hg.), *Wissenschaft und Macht*, Westfälisches Dampfboot Münster, 264–280
- Ders., 2004e: Stichwort »Individualität«. In W.F. Haug (Hg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 6.2

- Ders., 2005a: »Elite« – ein anti-egalitaristischer Kampfbegriff, in: *Utopie kreativ* 171, Jan 2005, 5–11
- Ders., 2005b: Lernen im Kapitalismus – oder: Erfahrung macht (auch) blöd, in: *Forum Kritische Psychologie* 48, 53–66
- Ders., 2005c: Eröffnung (des Colloquiums kategoriale, theoretische und empirische Probleme bei der Erforschung des Lernens), in: *Forum Kritische Psychologie* 48, 71–73
- Ders., 2005d: Gesellschaftliche Bedingungen und die Lebensqualität psychisch Kranker. In: S. Graumann & K. Grüber (Hg.), *Anerkennung, Ethik und Behinderung*, LIT Münster, 99–112
- Ders., 2005e: »Elite« – Gesellschaftliche Ungleichheit als Programm, in: *DDS, Zeitschrift der GEW, Landesverband Bayern*, März 2005, 5–7
- Ders., 2005f: Wohlabgerichteter Hund, benutzbare Maschine. »Qualität« und »Standardisierung« als Krämerpolitik, in: *Forum Wissenschaft* 22, H. 1, März, 38–39
- Ders., 2005g: Kann es heute noch verallgemeinerbare Interessen geben?, In: W. Gerns, H. H. Holz, H. Kopp, Th. Metscher u. W. Seppmann (Hg.), *Philosophie und Politik. Festschrift für Robert Steigerwald*, Neue Impulse Essen, 149–162
- Ders., 2005h: Wissenschaft, Kritik und gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse. In: Chr. Kaindl (Hg.), *Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus*, BdWi-Verlag Marburg, 19–30
- Ders., 2005i: Die Rolle der Utopie für kritische Theorie. In: Chr. Kaindl (Hg.), *Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus*, BdWi-Verlag Marburg, 153–160
- Ders., 2005j: Die Eliten und der Rest. Zur Funktion der Elitendiskussion in einer ungleichen Gesellschaft. In: J. Wernicke, M. Brodowski u. R. Herwig (Hg.), *Denkanstöße. Wider die neoliberale Zurichtung von Bildung, Hochschule und Wissenschaft*, LIT Münster, 129–142
- Ders., 2005k: Wissenschaft – Macht – Hochschule. In: N. Fröhler (Hg.), *Is' was, Doc? Das neue Hochschulrahmengesetz, der wissenschaftliche Nachwuchs und die Zukunft der Doktorandenausbildung*, Freire Oldenburg, 19–40
- Ders., 2005l: Das Konzept (Hoch-) Begabung. Funktionskritik eines bildungspolitischen Tendenzbegriffs. In: BdWi und und freier Zusammenschluss der StudentInnenschaften (Hg.), *Chancengleichheit qua Geburt? Bildungsbeteiligung in Zeiten der Privatisierung sozialer Risiken. BdWi-Studienheft 3*, BdWi-Verlag Marburg, 72–75
- Ders., 2006a: Wenn jede(r) an sich denkt, ist an alle gedacht. Zum Problem der Verallgemeinerbarkeit von individuellen Interessen / Handlungen zwischen

- kollektiver Identität und Universalismus, in: *Forum Kritische Psychologie* 49, 106–124
- Ders., 2006b: Wer braucht Erziehung? (Eine Auseinandersetzung mit Armin Bernhards: »Antonio Gramscis Verständnis von Bildung und Erziehung«), in: *Utopie kreativ* 187, Mai 2006, 438–448
- Ders., 2006c: Wie klug macht Erfahrung? Bemerkungen zum Wandel und zur Ambivalenz der Erfahrungsbegriffs. In: R. Herwig, M. Brodowski u. J. Uhlig (Hg.), *Wissen als Ware. Aspekte zur Bedeutung des Wissens in der Gesellschaft*, LIT Berlin-Münster, 53–65
- Ders., 2006d: Freuds Grenzen, in: *Jungle World* 18, 3. Mai 2006
- Ders., 2007a: Von der Praxis zur Theorie und zurück. Ursprünge und Fallstricke des Theorie-Praxis-Verhältnisses. In: BdWi, fzs u. GEW (Hg.), *Bildung – Beruf – Praxis. Bildungsreform zwischen Elfenbeinturm und Verwertungslogik, BdWi-Studienheft 4*, BdWi-Verlag Marburg
- Ders., 2007b: Kritik als Haltung, in: *Junge Welt*, 30.11.2007, 10
- Ders., 2007c: Macht Erfahrung klug? Subjektwissenschaftliche Überlegungen zum Verhältnis von subjektiver Erfahrung und wissenschaftlicher Verallgemeinerung, in: *Journal für Psychologie* 15, H.3, <http://www.journal-fuer-psychologie.de/jfp-3-2007-4.html> [2.4.2008]
- Ders., 2007d: Zur Spezifik qualitativer psychologischer (statt Sozial-) Forschung, in: *Erwägen, Wissen, Ethik* 18(2), 249–251
- Ders., 2007e: Macht Erfahrung klug? Psychologische (Praxis-)Forschung als Verbindung von individueller Erfahrung und wissenschaftlicher Verallgemeinerung. Oder: Methodisches zum Verhältnis von Vogelgrippe und Therapie. In: J. Hein, K.-O. Hentze (Hg.): *Das Unbehagen in der (Psychotherapie-)Kultur. Sinnverstehende Traditionen – Grundlagen und Perspektiven*, Deutscher Psychologen Verlag Bonn, 74–82
- Ders., 2007f: Was ist Kritische Psychologie? In: Heidelberger Forum für Kritische Theorie und Wissenschaft (Hg.), *Kritisch denken – kritisch forschen*, HFKTW Heidelberg, 49–57, home.arcor.de/friedemann2001/hdfktw/texte/Reader_inhalt.pdf [16.5.2008]
- Ders., in Vorbereitung: *Einführung in die Kritische Psychologie*, Argument Berlin
- Ders. und Gisela Ulmann, 1983: Geistig-moralische Erneuerung in der Psychologie? Zur Kritik der Auffassungen L. Kohlbergs, in: *Forum Kritische Psychologie* 12, 11–47
- Ders. und Gabi Minz, 1985: Variablenpsychologische und subjektwissenschaftliche Erforschung der Mutter-Kind-Beziehung: Margret Mahler und die Kritische

- Psychologie. In: K.H. Braun, O. Dreier, W. Hollitscher, Kl. Holzkamp, M. Markard, G. Minz u. K. Wetzel (Hg.): *Geschichte und Kritik der Psychoanalyse. Bericht von der 3. Internationalen Ferienuniversität Kritische Psychologie vom 25. Februar bis 2. März 1985 in Innsbruck*, VAG Marburg, 70–96
- Ders. und Klaus Holzkamp, 1989: Praxis-Portrait – Ein Leitfaden zur Analyse psychologischer Berufstätigkeit, in: *Forum Kritische Psychologie* 23, 5–49
- Ders. und Christina Kaindl, 1996: Subjektwissenschaftliche Überlegungen zur Analyse psychologischer Praxiserfahrung in Forschung und Ausbildung, in: *Journal für Psychologie* 4, H. 3, 21–42
- Ders. und Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis, 2000: *Wider Mainstream und Psychoboom. Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg.
- Nohr, Barbara, Torsten Bultmann, Sabine Kiel, und Morus Markard (Hg.), 2000: *Ratgeber Wissenschaft, Studium und Hochschulpolitik – ein kritischer Wegweiser durch den Hochschuldschungel*. BdWi-Verlag Marburg, 377–385
- Ulmann, Gisela, und Morus Markard, 2000. Praktikums-Portrait. In: M. Markard und Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis, *Wider Mainstream und Psychoboom. Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*. Argument Hamburg, 217–224

Anhang

Über die Autorinnen und Autoren

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete

Bultmann, Torsten, geb. 1954; Bundesgeschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi). V: *Zwischen Humboldt und Standort Deutschland* (1993); *Hochschule in der Ökonomie* (Mitverf., 1999)

Dreier, Ole, geb. 1946; Professor für Persönlichkeitspsychologie am Institut für Psychologie der Universität Kopenhagen, Dänemark, Professor für Kinder- und Familienpsychologie im Forschungsgebiet Entwicklung von Kindern und Jugendlichen an der Fachhochschule Lillehammer, Norwegen. V: *Familiäres Sein und Familiäres Bewusstsein. Texte zur Kritischen Psychologie Bd. 11* (1980); *Psykosocial behandling* (2. Aufl. 2002); *Psychotherapy in Everyday Life. Learning in Doing: Social, Cognitive & Computational Perspectives* (2008). A: Leiter der Forschungsgruppe »Persönliche Lebensführung und Intervention«

Eichinger, Ulrike, geb. 1976; Dipl.-Sozialarbeiterin, Erzieherin, arbeitete u.a. in der offenen Jugendarbeit, im Bereich berufsvorbereitender Maßnahmen und in der Drogenhilfe; promoviert bei Morus Markard zum Thema »Der ökonomische und programmatische Strukturwandel der Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit aus der Beschäftigtenperspektive – Ein subjektwissenschaftlich orientiertes Praxis-Porträt«

Geffers, Johannes, geb. 1975; Dipl.-Psych., Mitglied im Vorstand der Gesellschaft für subjektwissenschaftliche Forschung und Praxis, Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung. V: mit O. Petersen, U. Schraps, E. Ewers und E.-H. Hoff, *Interviewleitfaden für die zweite Erhebung im Projekt »Kompetent« – Neue Formen arbeitszentrierter Lebensgestaltung: Kompetenzentwicklung bei Beschäftigten im IT-Bereich* (2005); mit E. Ewers, E.-H. Hoff und O. Petersen, Zum Wandel der Arbeitsgesellschaft und zu dessen Konsequenzen für das individuelle Arbeitshandeln. In: E. Ewers u. E.-H. Hoff (Hg.), *Arbeit als Lebensinhalt? Neue Formen der Lebensgestaltung bei Beschäftigten im IT-Bereich* (2006, 18–29). A: Biografieforschung, Transformation der Arbeitsgesellschaft, qualitative Forschungsmethoden

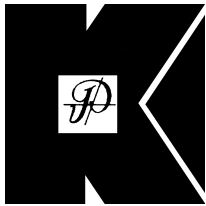
- Graumann, Carl-Friedrich*, 1923-2007, Dr. phil, habil., Prof. für Psychologie an der Univ. Heidelberg. V: *Grundlagen einer Phänomenologie und Psychologie der Perspektivität* (1960); *Denken* (1965); *Perspektivität von Sprache* (1989); *Kurt-Lewin-Werkausgabe* (Hg.). A: Geschichte der Psychologie, speziell der Sozialpsychologie; Phänomenologie; Perspektivität in Sprache und Denken
- Haug, Frigga*, geb. 1937; Dr. phil. habil., Professorin für Soziologie i.R., Universität für Wirtschaft und Politik Hamburg. V: *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999); *Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen* (2003); *Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend heute* (Mitverf., 2006); *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik* (2007); *Die Vier-in-einem-Perspektive* (2008). A: Arbeit, Frauenvergesellschaftung und Politik, sozialwissenschaftliche Methoden, Lernen
- Haug, Wolfgang Fritz*, geb. 1936; Dr. phil. habil., Professor für Philosophie i.R., FU Berlin, Hg. des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus*. V: *High-Tech-Kapitalismus* (2. Aufl. 2005); *Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern, gefolgt von Sondierungen zu Marx / Lenin / Luxemburg* (2005); *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (erw. Ausg. 2006); *Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (2006); *Einführung in marxistisches Philosophieren* (2006)
- Held, Josef*, geb. 1942; Prof. Dr. Dr. h.c., Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Tübingen. V: *International Lernen – Lokal Handeln* (Mithg. und Verf., 2006); mit S. Bibouche, Politisches Handeln in der Postmoderne. In: R. Frankenberger, S. Frech u. D. Grimm (Hg.), *Politische Psychologie und politische Bildung* (2007, 167–188); *Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie* (Mitverf., 2008)
- Hofmeister, Arnd*; Dr. phil., Dipl.-Psych., Vertretungsprofessor für europäische Politik und Gesundheit. V: *Contemporary Theorizing in Psychology: Global Perspective* (Mithg., 2005). A: Kritische Gesundheitswissenschaft, Gesundheitsförderung, Europäische Sozial- und Gesundheitspolitik
- Huck, Lorenz*, geb. 1979; Dipl.-Psych., promoviert bei Morus Markard zum Thema strafrechtliche Auffälligkeit bei so genannten »Intensivtäter/innen«. A: (Kritik der) Kriminologie und Kriminalpsychologie
- Kaindl, Christina*, geb. 1971; Dipl.-Psych., Doktorandin am FB Politikwissenschaften der FU Berlin und Lehrbeauftragte an der FH Stendal, Mitarbeit in den Redaktionen *Das Argument* und *Forum Kritische Psychologie*. V: *Erkenntnis und Parteilichkeit. Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft* (Mithg., 1998); »Folter II«. In: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (1999); *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung* (Mithg. und Verf., 2000); *Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus* (Hg. und Verf., 2005); *Subjekte im*

- Neoliberalismus* (Hg. und Verf., 2007). A: Kritische Psychologie, extreme Rechte, Neoliberalismus, Reproduktionsbedingungen Kritischer Wissenschaften
- Kiefer, Nora*, geb. 1980; Studentin der Psychologie an der FU Berlin / Einzelfallhelferin, arbeitet u.a. im Ausbildungsprojekt qualitative Forschung und subjektwissenschaftliche Berufspraxis zu Problemen Pädagogischer Psychologie
- Köbberling, Gesa*, geb. 1977; Dipl.-Psych., arbeitet als Beraterin für Opfer rechter Gewalt im Verein »Opferperspektive« in Brandenburg. V: mit V. Lux, Evaluationsforschung zwischen »Ökonomisierung des Sozialen« und Praxisreflexion, in: *Forum Kritische Psychologie* 51 (2007, 67–86)
- Lux, Vanessa*, geb. 1978; Dipl.-Psych., promoviert bei Morus Markard zur Bedeutung der Entwicklungen der modernen Genetik für die psychologische Praxis, Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung, Mitarbeit im *Forum Kritische Psychologie*. V: *Die Pränataldiagnostik in der Schwangerenvorsorge und der Schwangerschaftsabbruch nach Pränataldiagnostik* (IMEW-Expertise, 2005, 3. Aufl. 2007); mit G. Köbberling, Evaluationsforschung zwischen »Ökonomisierung des Sozialen« und Praxisreflexion, in: *Forum Kritische Psychologie* 51 (2007, 67–86); The Concept of the Gene in Psychiatric Genetics and its Consequences for the Concept of Mental Illness, in: *Poesis & Praxis* (2008, i. Ersch.)
- Maiers, Wolfgang*, geb. 1950; Dr. phil. habil., außerplanmäßiger Professor an der FU Berlin, Professor für Allgemeine Psychologie im Studiengang Rehabilitationspsychologie, FB Angewandte Humanwissenschaften, der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Dekan des Fachbereichs. V: Psychological and neuroscientific perspectives on human intentionality and action: The controversy about »free will«. In: V. Van Deventer, M. Terre Blanche, E. Fourie u. P. Saegalo (Hg.), *Citizen City. Between constructing agent and constructed agency* (2007, 260–269); Klaus Holzkamp, *Schriften* (Mithg.). A: Wissenschaftstheorie und -geschichte der Psychologie, Theoretische Psychologie, Subjektwissenschaftliche Handlungstheorie und Lernforschung
- Osterkamp, Ute*, geb. 1935; Dr. phil. habil., Priv.Do. an der FU Berlin. V: *Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 1* (1975, 3. Aufl. 1981); *Motivationsforschung 2. Die Besonderheit menschlicher Bedürfnisse. Problematik und Erkenntnisgehalt der Psychoanalyse* (1976, 4. Aufl. 1990); *Rassismus und Selbstentmächtigung* (1996). A: Psychologie vom Subjektstandpunkt, Lebensführung
- Pappritz, Thomas*, geb. 1973; Dipl.-Psych., Honorar-dozent in der Pflegeausbildung; Redakteur *Argument* 273: »Liebesverhältnisse«, Mitglied der Werkstatt des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus* und Mitarbeit im *Forum Kritische Psychologie*. A: Schule und Lernen, Sexualpädagogik

- Rehmann, Jan*, geb. 1953; Dr. phil. habil., Priv.Doz. an der FU Berlin, unterrichtet am Union Theological Seminary in New York. V: *Postmoderner Links-Nietzscheanismus* (2004); *Max Weber: Modernisierung als passive Revolution* (2004); *Einführung in die Ideologietheorie* (Verf., 2008). A: Ideologietheorie, christlich-marxistischer Dialog, Nietzsche und die Postmoderne
- Reimer, Katrin*, geb. 1973; Dipl.-Psych., promoviert bei Morus Markard zur Bedeutung interkultureller und antirassistischer Programme der politischen Bildungsarbeit im Neoliberalismus. V: *Streit ums Kopftuch* (Mithg., 2005). A: Rassismus, Rechtsextremismus, Bildungsarbeit
- Schmalstieg, Catharina*, geb. 1974; Dipl.-Psych., Doktorandin am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Friedrich-Schiller-Univ. Jena. V: *Strategic Unionism. Von der Krise zur Erneuerung?* (Mitverf., 2008); A: Gewerkschaften, Soziale Bewegungen, Ungleichheitsforschung
- Ulmann, Gisela*, geb. 1941; Dr. phil. habil. V: *Kreativität* (1968); *Sprache und Wahrnehmung* (1975); *Über den Umgang mit Kindern* (1987/2003). A: Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie
- Weber, Klaus*, geb. 1960; Dr. phil. habil., Dipl.-Psych. und Erzieher, Professor für Psychologie an der Hochschule München, Gastprofessor seit 1997 am Institut für Psychologie der Universität Innsbruck. V: Peter Brückner, *Sozialpsychologie des Kapitalismus* (Hg., 2004); PIT, *Faschismus und Ideologie* (Hg., 2007); *Kolbermoor. Geschichte und Bilder einer Stadt* (2008). A: Faschismus- und Ideologietheorie, Subjekttheorien
- Wulff, Erich*, geb. 1926; Dr. med., Prof. em. für Sozialpsychiatrie an der Medizinischen Hochschule Hannover. V: *Vietnamesische Lehrjahre* (1968/72); *Psychiatrie und Klassengesellschaft* (1972); *Wahnsinnslogik* (1995, 2. Aufl. 2003); *Irrfahrten* (Autobiografie, 2001); *Das Unglück der kleinen Giftmischerin* (2006). A: Ethnopsychiatrie, Sozialpsychiatrie, Strukturanalyse des Wahnsinns
- Zander, Michael*, geb. 1972; Dipl.-Psych., promoviert zu »Chancen auf Autonomieerhalt für alte Frauen und Männer aus privilegierten Milieus nach häufigen oder schwerwiegenden Stürzen« im Rahmen des Graduiertenkollegs »Multimorbidität im Alter« an der Berliner Charité. A: Kritische Psychologie, *disability studies*, soziale Ungleichheit
- Zirkel, Christof*, geb. 1965; Dipl.-Psych., Sexualpädagoge (zertifiziert), Student für M.A. in Biographic und Creative Writing an der ASFH Berlin, Hauptamtlicher Mitarbeiter bei Mann-O-Meter e.V. V: *Coming-out und Pubertät – zwei zeitgleiche Prozesse?*, Forum Sexualaufklärung und Familienplanung der BZgA (2007); *Lebensgeschichte(n) – 15 Assoziationen von Gerd Koch nebst Anmerkungen und kritischen Interventionen von Wolfgang Witte, Guido Rademacher, Christof Zirkel*

(2008); www.jungschwuppen.de; <http://schreibwerkstatt.mann-o-meter.de>; <http://schreibschrift.wordpress.com>. A: Jugendarbeit, Jugendhilfe, psychologische Beratung, Sexualpädagogik, Peer-Education, HIV-Prävention, Schreibpädagogik, Biografisches und Kreatives Schreiben

Forum Kritische Psychologie



Das *Forum Kritische Psychologie* ist seit seiner Gründung im Jahre 1978 in 52 Ausgaben beim Argument Verlag erschienen. Bestimmend für seine Arbeit ist nach wie vor das im Editorial von FKP 3 aufgestellte Programm, Kritische Psychologie nicht als »fixierten Kanon von Kategorien und Methoden, sondern wesentlich als eine bestimmte Art *wissenschaftlicher Entwicklung* unter *fortwährender kritischer Überprüfung und Veränderung der bisherigen Prämissen*« zu begreifen. Das umfasst sowohl die kritische Weiterentwicklung der Theorie, u. a. in Auseinandersetzung mit anders begründeten Konzepten, als auch die zum Eingreifen befähigende Erforschung der empirischen Wirklichkeit mit dem Ziel, zur Befreiung von fremder Verfügung und Unterwerfung beizutragen.

Forum Kritische Psychologie – Themen der letzten Ausgaben:

- 47 Begreifende Gesellschaftserkenntnis und Subjektivität; Möglichkeitsverallgemeinerung und Idealtypus; Disziplinarmacht und gewerkschaftliche Bildungsarbeit
- 48 Lernverhältnisse: Kategoriale, theoretische und methodische Probleme des Lernens und Lehrens
- 49 Geschlechterverhältnisse; Sprache und Symbolik; Solidarität / Rassismus; Schule im Neoliberalismus
- 50 Erfahrung – Interesse – Utopie; Subjektivität: natürliche Grundlagen – gesellschaftliche Strukturen – soziale Beziehungen; Kritische Psychologie in Entwicklung und Vernetzung
- 51 Sozialpsychiatrie; Persönliche Assistenz, Empowerment; Beschäftigungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit; Evaluationsforschung, Erinnerungsarbeit
- 52 Praxisforschung – Kritik; Technikpsychologie – Psychologiegeschichte

Einzelheft: 13 € [D], im Abonnement (2 Hefte/Jahr): 10 € [D] zzgl. Porto

Redaktionsadresse: Prof. Dr. Morus Markard · Studiengang Psychologie der FU Berlin
Habelschwerdter Allee 45 · D-14195 Berlin · E-Mail: mmarkard@zedat.fu-berlin.de

Einzelhefte und Aboverwaltung:
Argument-Versand · Reichenberger Straße 150 · 10999 Berlin
Fax: 030 / 611 42 70 · argument-versand@t-online.de

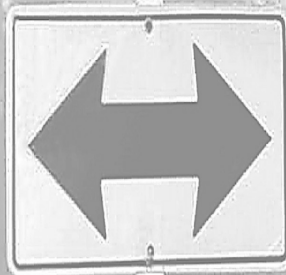


Wo Menschen Wissenschaft nützlich machen wollen.
Wo Wissenschaft sich auf sich selber anwendet.
Wo sie Verschwiegene benennt, Alternativen diskutiert.
Wo sie nützlich wird, kritisiert, eingreift.

Wo Studieren vom Eltern-Einkommen abhängig wird,
prekäre oder keine Arbeit normal.
Aus Umbau Abbau, aus Abbau private Dienstleistung.
Aus Gleichheitsansprüchen Imagepflege.
Aus Politik Sprücheverkauf
– da ist FORUM WISSENSCHAFT.
Das kritische Wissenschaftsmagazin.

FORUM Wissenschaft

Jedes Vierteljahr. Immer politisch. Immer mit einem aktuellen
Themenschwerpunkt. Immer kompetent. Immer mit anspruchsvoller
Illustration.



FORUM WISSENSCHAFT. Bewegt.

Vierteljährlich · Einzelheft 7,- € · Jahresabo 26,- € · www.bdwi.de/forum · forum@bdwi.de
Hg. vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

Christina Kaindl (Hg.)

Subjekte im Neoliberalismus



»Mit unterschiedlichen theoretischen Konzeptionen geraten unterschiedliche Handlungsfähigkeiten der Subjekte in den Blick. Die Frage nach Widerstand, nach einem politischen Subjekt, wird nicht in der Theorie entschieden, aber entscheidend ist doch, ob sie theoretisch gedacht werden kann und ob kritische Wissenschaft so dazu beiträgt, die herrschaftliche Anrufung der Selbstbestimmung für eine emanzipatorische, »dialektische Wendung« oder zumindest für ein wenig Subversion zu nutzen.«

Christina Kaindl, Vorwort

ISBN: 978-3-939864-03-5, September 2007, 296 S., 18,00 EUR

Einige Informationen zum Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

.....verbunden mit der Einladung zu Beitritt und Mitarbeit!

Der BdWi wurde 1968 auf Initiative von Hochschullehrern wie Wolfgang Abendroth, Werner Hofmann, Walter Jens, Helmut Ridder, Wolfgang Klafki und Jürgen Habermas gegründet, die zu der verschwindenden Minderheit ihres Standes gehörten, welche sich damals positiv auf das Projekt einer demokratischen Hochschulreform und die Impulse der außerparlamentarischen Opposition bezog.

Pate stand dabei die Erkenntnis, dass

- ◆ alternative Wissenschaft nur in Verbindung mit einer alternativen gesellschaftlichen Praxis entwickel- und umsetzbar ist und sich daher folglich
- ◆ über den ritualisierten akademischen Ideenstreit hinaus politisch organisieren muss. Dieser Gründungsimpuls trägt bei allem sonstigen Wandel bis heute.

Der BdWi vernetzt eine kritische (Gegen-) Öffentlichkeit an der Nahtstelle von Wissenschaft und Politik und bringt Opposition und Widerspruch innerhalb der akademischen Institutionen mit den politischen AkteurInnen sozialer Reformen zusammen. Seine politische Bewegungsform sind folglich Seminare und Kongresse, Streitschriften und Positionspapiere.

Der BdWi ist weder ein »68er« noch ein ProfessorInnenverband geblieben: Mitmachen kann im Prinzip jedeR – darunter auch Studierende –, der/die wissenschaftlich oder wissenschafts- und bildungspolitisch tätig oder an diesen Themenfeldern interessiert ist.

Kontakte und Informationen über folgende Büros:

- ◆ BdWi Marburg · Gisselberger Str. 7 · 35037 Marburg
Tel. (06421) 21395 · Fax: (06421) 24654 · E-Mail: bdwi@bdwi.de
- ◆ BdWi Bonn · Rheingasse 8 · 53113 Bonn
Tel. (0228) 219946 · E-Mail: bdwi.bonn@bdwi.de
und im Netz: www.bdwi.de



MORUS MARKARD, apl. Professor für Psychologie an der FU Berlin und Kritischer Psychologe, arbeitet seit mehr als 30 Jahren kontinuierlich zu Themen wie Einstellung, Erziehung, Autorität und Widerstand, Praxisforschung, Methoden, Identität, Verantwortung und Hochschulpolitik. Dabei geht es ihm nicht nur um die Kritik des Bestehenden, sondern gleichzeitig um die Weiterentwicklung Kritischer Psychologie wie kritischer Wissenschaften. Die Kritik und Weiterentwicklung psychologischer Erkenntnismöglichkeiten ist für ihn dabei auch Versuch, das Mögliche im Wirklichen zu eruieren, und an einer konkreten Negation von entwürdigenden Verhältnissen zu arbeiten: abstrakt negiert ist halb kapiert...

Die Festschrift versammelt Beiträge von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Generationen zu Praxisverhältnissen, Geschichte der Kritischen Psychologie, Kritik der gegenwärtigen Psychologie und Methodenfragen.

Die Beiträge zur marxistischen Subjektwissenschaft zeigen die Relevanz und Lebendigkeit Kritischer Psychologie, speziell der Arbeiten von Morus Markard, ihren Nutzen für die Kritik des gegenwärtigen Kapitalismus und der subjektiven Not, die er verursacht – und für die Überwindung von beidem.

